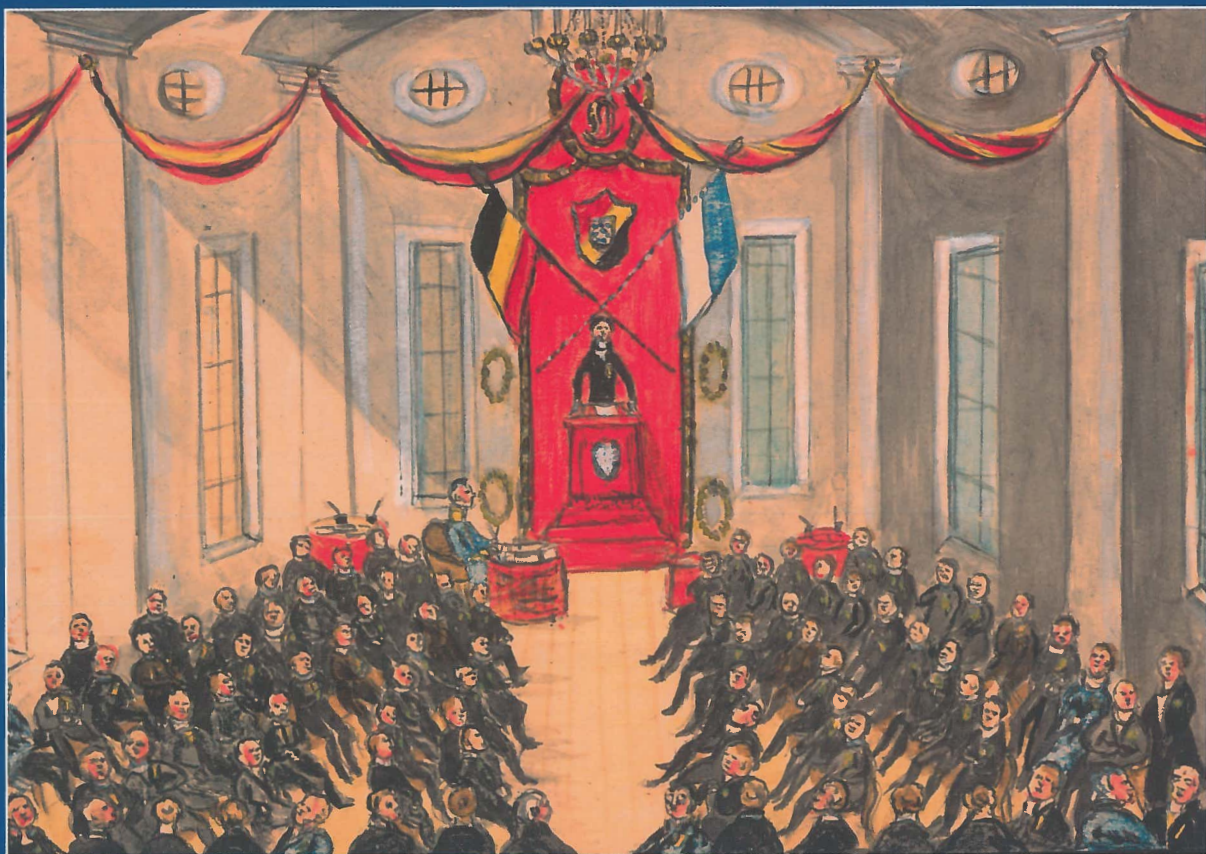


Revolution in der Provinz

Kaufbeuren in den Jahren 1848 und 1849



von
Ulrich Klinkert

Bauer-Verlag

Kaufbeurer Schriftenreihe Band 5

Herausgegeben von Stadtarchiv und Heimatverein Kaufbeuren

REVOLUTION IN DER PROVINZ
Kaufbeuren in den Jahren 1848 und 1849

KAUFBEURER SCHRIFTENREIHE

Herausgegeben von Stadtarchiv und Heimatverein Kaufbeuren e. V.
Band 5

Ulrich Klinkert

Revolution in der Provinz

Kaufbeuren in den Jahren 1848 und 1849

„Darum erlasse ich hiemit eine Bitte an unsere begabten Mitbürger, aus unseren Volksversammlungen keine Gelehrten-Congresse zu machen, in denen der Bürgersmann als Statist figurirt, sondern einen volkstümlichen Ton in den Versammlungen anzuregen, damit jeder seine Meinungen auszutauschen wage.“

Leserbrief im „Augsburger Tagblatt“ vom 15. April 1848, S. 465

Bauer-Verlag
Thalhofen 2004

Titelbild: Guache von Andreas Schropp (Nr. 243) „*Darstellung der am 28. April 1848 aus 120 Wahlmännern abgehaltenen Wahl zur Deutschen Volksvertretung in Franckfurth a. M. wurde erwählt Herr Docktor Barth in Kaufbeuren*“

Autor und Verlag danken der Stadt Kaufbeuren für die finanzielle Zuwendung und dem Kaufbeurer Heimatverein e.V. für seine Entschlossenheit, auch diesen Band der Schriftenreihe seinen Mitgliedern als Jahresgabe zuzueignen.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Klinkert, Ulrich:

Revolution in der Provinz : Kaufbeuren in den Jahren 1848 und 1849

/ Ulrich Klinkert. - Thalhofen : Bauer 2004

(Kaufbeurer Schriftenreihe ; Bd. 5)

ISBN 3-934509-33-9

Textgrundlage des Bandes 5 der Kaufbeurer Schriftenreihe ist die Dissertation des Verfassers zur Erlangung des Doktorgrades der philologisch-historischen Fakultät der Universität Augsburg

Impressum

Layout und Gestaltung: Rudolf Kaßberg

Schrift: Janson

Herstellung: Memminger MedienCentrum, Druckerei und Verlags-AG

© Bauer-Verlag, Thalhofen 2004

Alle Rechte, auch der Bildvergabe, sind vorbehalten

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkungen: Zielsetzung und Methode	8
Grundsteinlegung 1840: Mosaiksteine für ein Bild der Stadt	13
Ökonomie: Krisenbewusstsein und Industrielle Revolution	14
Die Krise des alten Handwerks	
Der Untergang des Weberhandwerks	
Vor einer Katastrophe: Die Jahre 1845-47	
Prachtstraße und Elendsquartiere	
Politik: Die Grenzen der Freiheit	33
Staatsfeind 1: Christoph Friedrich Heinzelmann, Großhändler	
Staatsfeind 2: Adolf Hafner, Gerbergeselle	
Konfession: Eine unsichtbare Grenze?	43
Protestantischer Alptraum: Von der Mehrheit zur Minderheit	
Erzwungene Gemeinsamkeit – Freiwillige Gemeinsamkeit	
Konfession und Alltag	
Die Revolutionsjahre 1848/49	53
Die spontane Revolution (März/April 1848)	53
Die Bauern machen den Anfang	
Die städtischen Unterschichten: Katzenmusik und Bürgerwehr	
Die bürgerliche Bewegung: Dankadressen und Bürgerversammlungen	
... und Lola Montez?	
Der Sommer der Freiheit (April – September 1848)	75
Die Revolution feiert sich: Die deutsche Fahne auf dem Rathaus	
Was tun?	
Schaffung vollendeter Tatsachen oder Vereinbarung?	
Heckerzug und Arbeiterlegion	
Wie wird man Paulskirchen-Abgeordneter?	
Die Formierung der Wirtschaftsinteressen	
Bürger in Waffen: Soldaten für oder gegen die Revolution?	
Kommunalwahlen: Das Machtgefüge der Stadt	
Wendezeit (Herbst/Winter 1848)	125
Die Gegenrevolution formiert sich	
Der Fall Wiens – Die Revolution bekommt ihren Märtyrer	
Das Desaster der Landtagswahlen	
Der Kampf um die Reichsverfassung (Januar – Mai 1849)	135
Für und wider die Grundrechte	
Der Volksverein – Kaufbeurens erste Partei	
Die Reichsverfassungskampagne	
Bayern lehnt die Verfassung ab	
Volksversammlungen	
Bleibt die Bewegung friedlich?	

Der langsame Tod der Revolution (Juni/Juli 1849)	166
Linksruck und Formierung der Konservativen	
Die Regierung lässt wählen	
Vorhang zu? - Die Folgen	180
Der Staat zeigt seine Krallen	
Die menschlichen Niederungen: Denunziation und Rufmord	
Selbstbehauptung der Liberalen	
Die „Schwarze Liste“	
Was blieb?	204
Alltagskultur: Alte Hüte – neue Hüte	
Kaufbeuren 1848/49	
Ein Resümee	
Kaufbeuren, Augsburg, Kempten - Einzelfälle oder Varianten?	215
Ausgangssituationen: Milieus und Führungspersönlichkeiten	216
Das liberale Kempten und Balthasar Waibel	
Kaufbeurer Gesellschaftsvereine: Die Bürgerliche Öffentlichkeit formiert sich	
Der Augsburger Liberalismus und Albrecht Volkhart	
Zusammenfassung	
Gewalterfahrungen: Militante Konflikte von unten und oben	230
Proteste zur Sicherung der eigenen Existenz	
Angriffe gegen die städtische Obrigkeit	
Soldaten gegen Bürger, Soldaten gegen Soldaten	
Zusammenfassung	
Spätkommunalismus: Die Stadt als Handlungsfeld	244
Durchsetzung lokaler Reformen	
Entfaltung des Vereinswesens:	
Von der Weiterbildung zur Interessenvertretung	
Zusammenfassung	
Parteien als Notlösung: Politische Vereine	262
Entstehung und Mitgliederstruktur	
Gescheiterte und geglückte Vernetzungsversuche	
Zusammenfassung	
Konfessionelle Rivalität: Katalysator der Revolution	278
Augsburg: Das Scheitern der Parität	
Kempten: Neustadt gegen Altstadt?	
Zusammenfassung	
Revolution in den Städten Schwabens: ein Modell	294
Epilog: Erinnerung als Waffe	302
Abkürzungsverzeichnis	305
Quellen- und Literaturverzeichnis	306
Bildnachweis	320

Vorwort

Lügen hätte keinen Sinn. Diese Arbeit verdankt ihre Entstehung dem Unterricht an der Schule. Am Anfang stand die Frage einer Schülerin nach dem Kaufbeurer Abgeordneten in der Frankfurter Paulskirche. Einige glückliche Begegnungen im Archiv, die mich zu den Bildern und vor allem zu den Notizen des Kaufbeurer Konditors Andreas Schropp führten und die Falle schnappte zu: Das Thema hatte mich gefunden.

Es gibt aber noch eine zweite Verbindung zur Schule. Wenn sich Schüler für Geschichte interessieren, dann vor allem für den konkreten Alltag von Menschen. Fragen, die in diese Richtung zielen, sind aber - quellenbedingt - nur schwer oder gar nicht zu beantworten. Und trotzdem, diese Neugierde färbt ab. Man möchte es genau wissen und sich nicht mit ein paar wenigen Befunden zufrieden geben.

Neugierde solcher Art kann nur in Archiven gestillt werden, und Arbeit im Archiv bleibt ein Abenteuer ganz eigener Art: Jedes Aktenbündel kann Überraschungen bringen, monatelange Arbeit kann sich als weitgehend unergiebig erweisen, Spurenarmut auf der einen und eine Überfülle an Information auf der anderen Seite.

Gelingt es, Namen, die einem bis dahin völlig unbekannt waren, mit Leben zu erfüllen, aus ihnen Menschen mit erkennbaren Konturen zu machen? Alles hängt davon ab, welche Dokumente zufällig erhalten sind. Besteht aber dann nicht die Gefahr, Geschichte geradezu zu konstruieren, anstatt sie zu rekonstruieren? Dass es die objektive Wahrheit kaum geben kann, dass sich - in den strengen Grenzen der Quellen! - jede Generation ihre Geschichte neu schreibt, ist ja eine Binsenweisheit.

Alles, was wir schaffen, bewerkstelligen wir selten aus eigener Kraft. Wir stehen immer auf den Schultern anderer und sind mit unseren Mitmenschen durch viele Fäden verbunden. Es ist deshalb alles andere als eine routinierte Pflichtübung, nach der Fertigstellung einer wissenschaftlichen Untersuchung vielen Menschen zu danken.

Gründe, um dankbar zu sein, gibt es in Hülle und Fülle. Den Stein ins Rollen brachten Fragen von Schülerinnen, der gehörige Schwung - um im Bild zu bleiben - wurde ihm durch eine folgenschwere Begegnung mit Jürgen Kraus gegeben. Viele Mitarbeiter von Archiven und Bibliotheken sowie freundlich-hilfsbereite Privatpersonen räumten die manchmal sehr verborgene Spur frei. Das nötige wissenschaftliche Gewicht verlieh ihm Prof. Rolf Kießling von der Universität Augsburg, der meine Arbeit wohlwollend förderte und sie in die richtigen Bahnen lenkte. Ebenso herzlich sei allen gedankt, die dafür gesorgt haben, dass der Stein sanft ausrollen konnte und sich in ein schönes Buch verwandelte: den Herausgebern, dem Verleger Josef Bauer und allen anderen, die an der technischen Einrichtung und der Bildbeschaffung beteiligt waren, dem Heimatverein, der sich entschlossen hat, auch diesen Band der Schriftenreihe als Jahresgabe seinen Mitgliedern anzubieten und nicht zuletzt der Stadtverwaltung Kaufbeuren und Oberbürgermeister Andreas Knie, die sich mit der Förderung dieser Schriftenreihe einem Kulturauftrag der ungewöhnlichen Art verpflichtet haben.

Dass der Stein mich nicht unter sich begrub, dafür danke ich vor allem meiner Familie, der ich diese Arbeit widme.

Vorbemerkungen: Zielsetzung und Methode

Die große Volksversammlung im Tänzelhölzchen war zu Ende. Etwa tausend Menschen hatten den Rednern zugehört, jetzt zog man in diskutierenden Gruppen zurück in die Stadt. Unter ihnen befand sich auch der ehemalige Konditormeister Andreas Schropp, der seine Eindrücke daheim mit Pinsel und Farbe aufs Papier bannte. Auf die Rückseite des Bildes notierte er: „1849, den 13. May, hat Krämer Schlund von Immenstadt und 2 andere eine Volksversamlungs Rede gehalten, die aber bey vernünftigen Bürgern keinen Anklang fand, die Köpfe dazu schüttel[t]en und ruhig nach Hause giengen.“¹ So unwichtig einem diese kleine Begegnung zwischen dem Kaufbeurer Bürger und dem europäischen Großereignis „Revolution von 1848/49“ auch vorkommen mag, die winzige Szene provoziert doch eine Reihe von Fragen. War hier die „große Politik“ über einen Ort hereingebrochen, der ansonsten ruhig im Windschatten der Geschichte lag? War das befremdete Staunen nur die Reaktion eines alten Mannes (Schropp war 68 Jahre alt), für den sich die Welt zu schnell veränderte oder beschreibt die Begebenheit gar das grundsätzliche Verhältnis von historischem Großereignis und Provinz? Noch schärfer gefragt: Waren die Bewohner der Provinz – und die Mehrheit der Deutschen lebte damals auf dem Land oder in Kleinstädten vom Zuschnitt Kaufbeurens – von Natur aus passive Zuschauer oder die geduligen Opfer historischer Prozesse, denen nichts anderes übrigblieb, als die „Verrücktheiten“ der Metropolen kopfschüttelnd zur Kenntnis zu nehmen? War die Revolution nur das Werk durchreisender Versamlungsredner oder hatte sie am Ort ihre eigenen Wurzeln und somit eine feste Verankerung?

Solche Überlegungen haben nicht nur mit der konkreten historischen Situation Kaufbeurens im Jahr 1849 zu tun, sondern sie berühren ganz grundsätzlich die Frage nach dem Stellenwert von Lokal- oder Regionalgeschichte. Unterstellt man die Existenz *einer* dominanten historischen Wirklichkeit (z.B. *die* Konfessionalisierung, *die* Industrialisierung, *den* Modernisierungsprozess oder auch *die* Globalisierung), die, vermittelt über den Weg der Fachwissenschaft, am Ende zu Schulbuchüberschriften gerinnt („Für Freiheit und Einheit – von der Julirevolution zum Hambacher Fest“²), dann bliebe der Regionalgeschichte vor allem die Aufgabe der anschaulichen Vermittlung. „Mit ihrer Hilfe lässt sich vieles anschaulicher und handgreiflicher und damit begreiflicher machen, was sonst abstrakt und damit unfassbar bleibt.“³ Das würde aber auch das Eingeständnis beinhalten, dass die wirklich wichtigen Entscheidungen in den Metropolen fallen und von dort aus in einer Art Einbahnstraße die Menschen in der Provinz erreichen.

¹ Kraus, J., Fischer, St. (Hg.), Eine Liebe in Bildern. Die Kaufbeurer Ansichten des Konditormeisters Andreas Schropp, Kaufbeuren 1997, Bild Nr. 278, S. 198.

² Erinnern und Urteilen 8. Geschichte für Bayern, Stuttgart 1994, S. 107.

³ Zang, G., Die unauffhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte, Konstanz 1985, S. 26. Die sehr bedenkenswerten Überlegungen des Autors bilden das Rückgrat dieser Vorbemerkungen; Grundsätzlich zur Regional- und Lokalgeschichte: Hachtmann, R., 150 Jahre Revolution von 1848: Festschriften und Forschungserträge, Teil 1, in: AFS XXXIX (1999), S. 475ff; Langewiesche, D., Die Revolution von 1848/49 im europäischen Kontext. Bemerkungen zu einer Regional- und Lokalforschung in vergleichender Absicht, in: ders. (Hg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847 bis 1849, Karlsruhe 1998, S. 185–195.

Die lokalen Ereignisse erscheinen in dieser Perspektive deshalb immer nur als mehr oder weniger gedämpftes Echo der „eigentlichen“ Geschichte. Da der Hauptstrom der Geschichte - um in dieser Vorstellungswelt zu bleiben - die Wirklichkeit entsprechend strukturiert, müssen lokalgeschichtliche Untersuchungen zwangsläufig zu weitgehend ähnlichen Ergebnissen gelangen. Auf die immer gleichen Fragen bekommt man - in einer gewissen Variationsbreite - die immer gleichen Antworten. Dementsprechend können die wirklich wichtigen Erkenntnisse auch nur in der Allgemeingeschichte gewonnen werden, Regionalgeschichte dient dann im Rang einer Art Hilfswissenschaft der Überprüfung und modellhaften Veranschaulichung.⁴ Letztlich erscheint sie in dieser Sichtweise aber nur als Ergänzung und damit in Zeiten finanzieller Engpässe sogar als verzichtbarer Luxus.

Dieser Geschichte von „außen“ wäre eine Geschichte von „innen“ entgegenzusetzen, die auch die kleinen gesellschaftlichen Einheiten von der Region über die Kommunen bis hin zu den Familien und Einzelpersonen ernst nimmt, einen Blick für deren Eigenesetzlichkeiten entwickelt, gerade Wechselwirkungen herausarbeitet und den kleinen Einheiten auch ein bestimmtes Maß an Eigengewicht zugesteht.⁵ Der einen dominanten Wirklichkeit wäre die Vielzahl von Wirklichkeiten gegenüberzustellen, die Darstellung der Komplexität, der Ungleichzeitigkeiten hätte gleiches Gewicht wie die Einordnung in übergreifende Strukturen. Geschichte von „innen“ wäre dann eben nicht ein Versinken in zahllosen Einzelheiten, ein theorieloses Nacherzählen von unterhaltsamen, aber belanglosen Episoden, ganz im Gegenteil: „Was gesamtgesellschaftliche Strukturen (...) historisch wirklich waren, zeigt sich erst an der Brechung mit den Grassroot-Kräften an der gesellschaftlichen Basis.“⁶ Geschichte von „innen“ meint hier allerdings nicht den illusionären Versuch, Ereignisse ausschließlich aus sich selbst heraus verstehen zu wollen. Regionalgeschichte sollte deshalb nicht nur der Bereitstellung von Fallbeispielen dienen, die „eine allgemeine These belegen oder falsifizieren“, ebenso wichtig sind die „Modifikationen“, das „Bemühen um die Einzelphänomene“ mit dem Ziel, „ein hohes Maß an Erklärbarkeit zu bieten.“⁷

Was bedeutet das für die folgende Untersuchung? In dieser Arbeit sollen Voraussetzungen, Verlauf und Folgen der Revolutionsmonate 1848/49 für Kaufbeuren dargestellt und analysiert werden. Dieser Vorsatz lässt sich um so leichter verwirklichen, je vielfältiger und umfangreicher die Vorarbeiten sind, die andere schon geleistet haben. Unglücklicherweise ist aber nicht nur die Geschichte der Jahre 1848/49, sondern die Geschichte des 19. Jahrhunderts insgesamt für Kaufbeuren ein weitgehend unbeackertes Feld. Warum das so ist, kann man nur vermuten, aber es ist wohl nicht ganz falsch, wenn man annimmt, dass das Ende der reichsstädtischen Freiheit und das Absinken Kaufbeu-

⁴ Ein Paradebeispiel für diese Haltung ist das Vorwort der Arbeit von Bachmann, K., Die Volksbewegung 1848/49 im Allgäu und ihre Vorläufer, Erlangen 1954, S. Vf.

⁵ Vgl.: Zang, Annäherung, S. 36f.; grundsätzlich: Brüggemeier, F. J., Kocka, J., „Geschichte von unten - Geschichte von innen.“ Kontroversen um die Alltagsgeschichte, Fernuniversität - Gesamthochschule - in Hagen 1985 (= Manuskript Fernstudium).

⁶ Broszat, M., Plädoyer für Alltagsgeschichte, in: Merkur, Heft 12 (1981), S. 1245f.

⁷ Kießling, R., Buttenwiesen, die Stauden und der Rest der Welt, in: Fried, P. (Hg.), Jahrbuch für bayerisch-schwäbische Geschichte 1995. Beiträge und Berichte (= Augsburger Beiträge zur Landesgeschichte Bayerisch-Schwabens, Bd.6), Sigmaringen 1996, S. 39, 54.

rens zu einer kleinen bayerischen Provinzstadt dem Untersuchungsgegenstand seinen Glanz genommen und das Forschungsinteresse nicht gerade befeuert haben. Es existieren zwar zu vielen Themen kleinere Beiträge (von höchst unterschiedlicher Qualität) in den Bänden der Kaufbeurer Geschichtsblätter, aber zu fast allen wesentlichen Bereichen fehlen tiefgreifendere Untersuchungen, die wissenschaftlichen Ansprüchen genügen. Die mehrbändige Kaufbeurer Stadtgeschichte ist, wenn auch in Überblicksdarstellungen, dabei, hier große Lücken zu schließen.⁸

Ähnliches gilt für unser spezielles Thema. Die wenigen vorhandenen Arbeiten bieten zwar einen Überblick über die Ereignisse, versuchen aber kaum weiterführende Erklärungen und Interpretationen der Vorgänge.⁹ In der überörtlichen Literatur spielt Kaufbeuren so gut wie gar keine Rolle. Die Untersuchung von Dietmar Nickel, die erste und bisher einzige Darstellung der Revolutionsgeschichte Bayerisch-Schwabens, widmet Kaufbeuren nur ganz wenige Zeilen.¹⁰ Umfangreiche Archivarbeiten förderten dann aber doch vielfältiges Quellenmaterial zu Tage, das es erlaubt, die örtlichen Vorgänge der Jahre 1848/49 detailliert zu rekonstruieren.

Zwei Zielsetzungen waren damit vor allem verbunden. Zum einen sollte der Versuch gemacht werden, die Revolutionsereignisse auf der untersten Ebene so umfassend und so anschaulich wie möglich darzustellen und zu interpretieren. Eine Stadt von der Größenordnung Kaufbeurens bietet zwar den Vorteil der Überschaubarkeit, umgekehrt ist der Umfang der Quellen und Überlieferungen aber geringer und bruchstückhafter. Um einen möglichst dichten Gesamteindruck zu bekommen, war es deshalb notwendig, kleinere oder größere Umwege in Kauf zu nehmen, um am Ende doch befriedigende Antworten auf die gestellten Fragen zu erhalten. Jede Einzelinformation musste sorgfältig und behutsam auf ihre Bedeutung hin befragt werden, bis die Einzelstücke schließlich so zueinander passten, dass ein schlüssiges Bild entstand. Dass das Bild trotzdem noch eine Reihe blinder Flecken aufweist, liegt in der Natur jeder Rekonstruktion. Zum anderen sollte der Blickwinkel auf die Ereignisse grundlegend verändert werden. War es, wie oben dargestellt, üblich, sich dem Untersuchungsgegenstand von „außen“ und von „oben“ zu nähern, so sollte jetzt das Innenleben im Vordergrund stehen. Bislang nahm man die wichtigen Ereignisse der „großen“ Geschichte (z. B. die Wahlen zur Nationalversammlung oder zu den Landtagen) als Beobachtungsraster und hakte sie auf lokaler Ebene dann nach den Kriterien „vorhanden/nicht vorhanden“ ab. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Frage, wie der „Organismus“ Stadt auf die von außen kommenden Impulse reagierte. Weitgehend unbeachtet blieb, was den „Organismus“ eigentlich in Bewegung setzte. Bezeichnend für diese Vorgehensweise ist, dass Phasen, die mit spektakulären Aktionen verbunden waren, wie der Anfang und das Ende der Revolution, detailliert beschrieben wurden, die ruhigen Sommermonate des Jahres 1848, in denen die Menschen von ihren neuen Freiheiten ausgiebig Gebrauch ma-

⁸ Bisher erschienen: Kraus, J., Fischer, St., Dieter, St. (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 1, Thalhofen 1999 und Bd. 2, Thalhofen 2001.

⁹ Halasz, G., Die Jahre 1848/49 (Hg.) in Kaufbeuren, unter besonderer Berücksichtigung des Dr. Marquard Barth, Zulassungsarbeit, München 1970; Eberle, W., Vor 150 Jahren - Vorgänge um die Märzrevolution 1848 in der Stadt Kaufbeuren, in: KGBL, Bd. 14, Nr. 11 (Sept. 1998), S. 410ff.; Fischer, St., Der politische Umbruch, in: Kraus, J., Fischer, St. (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 1, Thalhofen 1999, S. 105ff.

¹⁰ Nickel, D., Die Revolution 1848/49 in Augsburg und Bayerisch-Schwaben, Augsburg 1965.

chen konnten, aber seltsam blass blieben. Dieses Phänomen hat natürlich mit der Tatsache zu tun, dass Konflikte sich in der öffentlichen und amtlichen Berichterstattung immer stärker niederschlagen als der problemlose Alltag. Wovon das Bewusstsein der Zeitgenossen jedoch stärker geprägt wurde, von den Auseinandersetzungen oder aber von der selbstbewussten, reibungslosen Nutzung neuer Chancen, diese Frage ist damit noch nicht beantwortet.

Ein weiteres Problem der Herangehensweise von „oben“ ist die Gefahr, die Sichtweise der Regierungsberichte unhinterfragt zu übernehmen. In der älteren Literatur zeigt sich das nicht nur in den Schwankungen des Sprachgebrauchs¹¹ - Anhänger der Revolution erscheinen dann wahlweise als Demokraten und Liberale oder als gärende Elemente, Rädelsführer oder die Umsturzpartei -, sondern auch in der wenig ausgeprägten Neigung zu quellenkritischen Überlegungen. Die Berichte der örtlichen Behörden an die Regierung von Augsburg, eine der wichtigsten Quellen zu unserem Thema, wurden meist kritiklos als Informationsmöglichkeit genutzt, ohne zu bedenken, ob diese Berichte den jeweiligen Sachverhalt richtig wiedergaben oder nur das weitermeldeten, was man höheren Ortes lesen wollte oder lesen sollte. Am Kaufbeurer Stadtkommissär Heinrich von Sichlern lässt sich dieses Problem sehr anschaulich demonstrieren. Diese Berichte verlieren deshalb nicht an Aussagekraft, aber ihre Auswertung sollte mit großer Umsicht geschehen.

Ein dritter Bereich, in dem neue Akzentuierungen notwendig erscheinen, bezieht sich auf den Umgang mit Schlüsselbegriffen, wie „Freiheit“, „Nation“ oder „Liberalismus“. Die Inhalte dieser theoretischen Begriffe, die von Historikern auf hoher Abstraktionsebene zu griffigen Formeln zugespitzt wurden, werden auf konkrete Untersuchungsgegenstände rückübertragen, ohne zu berücksichtigen, dass Menschen in bestimmten Regionen möglicherweise etwas ganz anderes darunter verstanden. Das kann dann dazu führen, dass man das konkrete Verhalten einzelner Bevölkerungsgruppen im Nachhinein als ausgesprochen widersprüchlich empfindet, ohne zu bedenken, dass diese Haltung aufgrund ihrer eigenen Traditionen sehr schlüssig sein konnte. Das vermeintliche Auseinanderklaffen von politisch fortschrittlichem und ökonomisch konservativem Denken bei der Mehrzahl der Handwerksmeister ist dafür das auffallendste Beispiel. Deshalb sollte der Maßstab für die Beurteilung bestimmter Haltungen, wo immer es möglich ist, aus den Äußerungen der beteiligten Zeitgenossen gewonnen werden. Ebenso wäre es verfehlt, sich die Geisteswelt der damaligen Staatsrechtler und Philosophen als frei flottierenden Ideenmarkt vorzustellen, aus dem man sich nach Belieben bedienen konnte.¹² Wie zu zeigen sein wird, erwiesen sich lokale oder regionale Traditionen als viel prägender, die aber mit den gängigen Begriffen wie „Liberalismus“ nur unzureichend zu erfassen sind.

Konsequenterweise müsste dann aber auch der Begriff „Revolution“ auf seine Brauchbarkeit hin untersucht werden.¹³ Die Zeitgenossen verwendeten für die Vorgänge im

¹¹ Bei Nickel und Baumann ist dieses Phänomen fast auf jeder Seite festzustellen. Allgemein auch: Siemann, W., Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 13f.

¹² Vgl.: Baumann, Volksbewegung, S. 1-11.

¹³ Hierzu: Hachtmann, R., Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002, S. 14ff.

Frühjahr 1848 durchaus den Begriff „Revolution“, aber Manfred Hettling hat in seiner Darstellung der württembergischen Ereignisse überzeugend darauf hingewiesen, dass weder der zeitgenössische noch der moderne, aus den Sozialwissenschaften entlehnte Revolutionsbegriff den Vorgängen angemessen ist. Sein Buch trägt deshalb den Titel „Reform ohne Revolution“.¹⁴ Das hat wenig mit nachträglicher historischer Schulmeisteri zu tun, umso mehr aber mit einem Bemühen um eine sinnvolle Begrifflichkeit. In noch weit stärkerem Maße würden seine Argumente auf die bayerischen Verhältnisse zutreffen. Da die Bezeichnung „Revolution von 1848/49“ als Gesamtbegriff für die Vorgänge in Europa und den deutschen Staaten aber eingebürgert ist und mit guten Gründen auch verteidigt wird, soll sie hier weiterhin Verwendung finden. Zudem hat dieser Begriff sprachlich die größere Prägnanz als mühsame Umschreibungen wie „Vorgänge“, „Ereignisse“ oder die „Bewegung von 1848/49“.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben soll im ersten Teil der Arbeit ein möglichst konkretes Bild der Revolution in der Stadt Kaufbeuren gezeichnet werden. Dafür sind - wenigstens in Umrissen - zunächst die wesentlichen Strukturen der Stadt darzustellen, denn ohne Kenntnis der lokalen Verhältnisse wären die Vorgänge der Jahre 1848/49 kaum zu verstehen. Im Bild gesprochen: Zunächst muss die Bühne gebaut werden, auf der das Stück dann gespielt werden kann. Die dafür angemessene Darstellungsform scheint mir die Erzählung zu sein, die sich weitgehend an der Chronologie der Ereignisse und an beschreibbaren Handlungen ausrichtet.¹⁵ Um auch relativ isolierte Einzelheiten berücksichtigen zu können, musste gelegentlich weit ausgeholt werden. Der Zugewinn an Anschaulichkeit wiegt die Abschweifung ins Allgemeine aber hoffentlich auf. Die wichtigste Basis für diese grundsätzlichen Passagen war die Arbeit von Wolfram Siemann, die in meinen Augen immer noch anregendste Darstellung zu den Ereignissen von 1848/49.¹⁶

Mit der sorgfältigen Beschreibung der Ereignisse in einer kleinen Stadt, der Handlungen, Absichten und Haltungen ihrer Bewohner lässt sich historische Wirklichkeit aber noch nicht angemessen erfassen. Es bedarf ebenso der Einbindung in Strukturen und historische Prozesse. Das wiederum setzt vergleichende Untersuchungen voraus, die erst Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar machen, Analogieschlüsse ermöglichen und zur Bildung von Mustern - zumindest regionaler Reichweite - führen können. Im zweiten Teil der Arbeit wird deshalb das Beobachtungsfeld auf die Städte Augsburg und Kempten ausgeweitet. Besondere Gelenkstellen der Revolutionsereignisse sollen in Querschnittsuntersuchungen miteinander verglichen und auf strukturelle Gemeinsamkeiten hin befragt werden. Spätestens dann wird es notwendig sein, die Ebene der konkreten Handlungen zu verlassen und nach Begriffen und theoretischen Modellen zu suchen, die auch überörtlichen Erklärungswert besitzen. Dabei wird es unvermeidlich sein, dass sich zusätzliche und auch weiterreichende Deutungsmöglichkeiten ergeben, als sie die ausschließlich lokale Betrachtung hervorbringen konnte. Um diesen

¹⁴ Hettling, M., Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990, S. 196ff.

¹⁵ Hierzu: Kocka, J., Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation, in: Geschichte und Gesellschaft 10 (1984), S. 397.

¹⁶ Siemann, W., Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985.

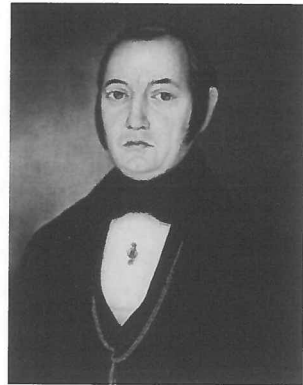
Zuwachs an Erkenntnis sichtbar zu machen, wurde darauf verzichtet, die beiden Teile der Arbeit nachträglich wieder einander anzugleichen. Die Interpretation erscheint dann nicht mehr wie aus „einem Guss“, Möglichkeiten und Grenzen einer reinen Lokalstudie treten so aber deutlicher hervor und zeigen, welchen Gewinn die Untersuchung von strukturellen Bedingungen abwirft.

Es gibt kein neutrales, leidenschaftsloses Interesse an historischen Wendepunkten, wie ihn auch die Revolution von 1848/49 darstellt. Auch beim Autor sind Sympathie und Antipathie für bestimmte Haltungen deutlich wahrnehmbar, was sich in der Wahl des Themas und der Untersuchungsschwerpunkte erkennbar spiegelt. Es muss hier nicht geklärt werden, ob es überhaupt Aufgabe der Geschichtswissenschaft sein sollte, der Lockerung oder der Festigung von historischer Identität zu dienen. Da diese Arbeit ihre Entstehung der Schule verdankt, erscheint es mir nicht unangebracht, darauf hinzuweisen, dass historisches Bewusstsein durch kognitive und emotionale Lernprozesse entsteht. Die Ansatzpunkte dieser Lernprozesse finden sich aber viel eher im nahen Umfeld des Einzelnen und nicht in einer weit entfernten Nationalgeschichte. Einen Beitrag zu einer so verstandenen „Herkunftsgeschichte“ (Zang) zu leisten, war zumindest ein Motiv bei der Entstehung dieser Studie.¹⁷

Grundsteinlegung 1840: Mosaiksteine für ein Bild der Stadt

Am 2. August 1840 beendeten zwei wohlhabende Kaufbeurer Weber, Philipp Jakob Bachschmid und sein Schwager Josef Hörburger, die Renovierungsarbeiten an ihrem Haus, das sie für teures Geld in der heutigen Kaiser-Max-Straße erworben hatten. Zu diesem Anlass deponierten sie – in einer Art nachträglicher Grundsteinlegung – eine Blechbüchse mit Nachrichten hinter einer schon bestehenden Inschriftentafel. Einer der beiden stolzen Hausbesitzer, Bachschmid, steckte ein Papier in diese Büchse, auf dem er in groben Zügen seine momentanen Lebensumstände charakterisierte:

„Unser Zeitpunkt glaube ich, ist die Wiege grosser Erfindungen, Unternehmungen und Maschinerien, allenthalben wird darauf hingearbeitet, Menschenhände durch Wasser und Dampfkraft zu ersetzen. Was will man mit den Menschen anfangen, möchte man fragen, die durch eben diese Maschinerien um ihre Arbeit kommen. Jetzt schon existieren jährlich bedeutende Auswanderungen nach Amerika und verschiedenen anderen Plätzen und ich glaube, dass sie noch zunehmender werden. Jetzt schon gehört eine Reise nach Amerika zu nichts gewagtem (...) denn schon fahren Dampfschiffe in 14-15 Tage von England nach Neuyork und wenn erst die im Bau begriffenen und projektierten Eisenbahnen alle fertig sind und dann kann man in kurzer Zeit weit kommen. (...) Unser gegenwärtiger König Ludwig I. ist kein Freund von Eisenbahnen, zur Errichtung



Philipp Jakob Bachschmid: liberaler Seidenweber und Vertreter der Handwerksinteressen

¹⁷ Zang, Annäherung, S. 54ff.

von Klöstern und Kirchen ist er ein größerer Freund. Überhaupt ist unsere Zeit in Hinsicht der Freisinnigkeit sehr auf dem Rückschritt begriffen, denn von oben wird darauf hingearbeitet, jede freisinnige Äußerung zu unterdrücken und den Geist in die vormalige Finsternis zurückzubannen. Ob er sich bannen lässt, bin ich sehr in Zweifel, vielleicht tritt er einmal schöner und freier hervor. Die Zeit der Französischen Revolution war eine zu freisinnig ausgeartete Zeit, es gehörte ein Mann wie Napoleon dazu, um die Völker wieder ins rechte Gleis zu bringen und die damals ganz unterdrückte Religion Jesu Christi wieder in Aufschwung zu bringen (...).¹⁸

Drei Dinge beschäftigten unseren Webermeister offensichtlich besonders stark: Die unkalkulierbare wirtschaftliche Situation, die die Menschen in Scharen außer Landes trieb, ein Klima zunehmender politischer Unterdrückung und - eine überraschende Passage – der Stellenwert der Religion.

Lieferte Bachschmid mit dieser Einschätzung lediglich eine höchst subjektive Diagnose oder traf er damit die objektiven Probleme seiner Zeit? Um diese wichtige Frage zu entscheiden, müssen die drei Punkte so genau wie möglich gemustert werden.

Ökonomie: Krisenbewusstsein und Industrielle Revolution

Liest man die ersten Zeilen Bachschmids noch einmal, so fällt einem sofort auf, wie sehr dieser Handwerker um einen Standpunkt ringt, wie sehr ihn seine Zeit ängstigt und gleichzeitig fasziniert. Er registriert sehr sorgfältig, wie vielen Menschen – gerade auch in seinem Beruf – der Boden unter den Füßen weggezogen wird und blickt trotzdem staunend auf einen Fortschritt, der im Bereich der Produktion und der Mobilität ganz neue Möglichkeiten eröffnet. Ersetzt man in dieser Passage die Wörter „Wasser“ und „Dampfkraft“ durch Begriffe wie „Mikrochip“ und „Internet“, dann wird einem dieser vormärzliche Seidenweber plötzlich zum Zeitgenossen. Auch wir stecken ja in einer gewaltigen Umwälzung, wobei noch nicht abzusehen ist, wer dabei gewinnen und wer dabei verlieren wird. Die Möglichkeit, sich unter den Verlierern zu befinden, war für einen Menschen wie Bachschmid eine ständige Bedrohung. Er spürte, dass es sich diesmal nicht um eine traditionelle Krise handelte, sondern dass es diesmal ums Ganze ging. Dieses Gefühl, dass nichts mehr so bleiben wird, wie es war, und die wichtige Frage, was denn in so einer Situation zu tun sei, beherrschte nicht nur das Fühlen und Denken einzelner aufmerksamer Zeitgenossen, sondern war weit verbreitet. „Modernisierer“ und „Traditionalisten“, so haben wir uns heute angewöhnt zu reden, lieferten sich schon damals heftige Kämpfe.

So druckte 1841 das „Kaufbeurer Wochenblatt“ eine Rede ab, die der Schulleiter der Aschaffenburg-Gewerbeschule anlässlich einer Preisverleihung gehalten hatte. Die Adressaten waren aber jetzt nicht Aschaffenburg-Schüler, sondern Kaufbeurer Väter. Ihnen wurden Sätze wie die folgenden ins Stammbuch geschrieben:

¹⁸ Die Kopie einer 1922 erstellten Abschrift dieses Papiers wurde mir freundlicherweise von Stadtheimatspfleger Anton Brenner zur Verfügung gestellt. Vgl. auch: Brenner, A., Kaiser-Max-Str.3. Würfeln um den Hausanteil, in: KGBL, Bd. 12, Heft 11 (Sept.1992), S. 512ff.

„Nicht die Zeiten sind schlecht, nein die Menschen sind beschränkt, welche die Zeit und ihre Forderung nicht begreifen, die Bedürfnisse derselben nicht erkennen und bei guter Zeit zu ihrem Vortheile benutzen. (...)

Die Zeit und mit ihr die Gewerbsindustrie schreiten fort: sie sind nicht aufzuhalten: die Mode regiert, Erfindungen, Verbesserungen tauchen von allen Seiten auf, neue Gewerbe entstehen, – uralte ersterben des langsamen Todes. – Könnt ihr die Zeit nicht erfassen, sie begreifen, mit ihr fortheilen: sie läßt euch zurück, und verurtheilt euch mit eurem Fleiße und mit eurer Rechtschaffenheit zum Hunger, sie gibt euch dem Verderben preis. (...)

Es wird die Zeit kommen, sie ist schon vor der Thüre, in welcher von Handwerkern nur noch die des Bäckers, Metzgers, des Schneiders und des Schubmachers und einige wenige andere noch bestehen. Alle übrigen Gewerbe haben sich mehr oder weniger in Fabriken und Handlungen aufgelöst. (...)

*Lasset eure Kinder, eure Söhne lernen, Alles lernen, wozu sich Gelegenheit, so schöne Gelegenheit bietet, und sie werden die kommende Zeit begreifen, sie zu ihrem Vortheile lenken.“*¹⁹

Lernen, mit den neuen Verhältnissen umzugehen, Qualifizierung der Jugend, Einrichtung von neuen Ausbildungsgängen, das waren die Forderungen der „Modernisierer“. Nicht umsonst war die Gewerbeschule in Kaufbeuren das Lieblingsprojekt des liberalen Bürgermeisters Christoph Daniel Walch gewesen, der nicht zufällig auch zu den Mitbegründern der ersten Textilfabrik gehörte.²⁰

Der Nutzen dieser „Bildungsoffensive“ wurde aber nicht überall so uneingeschränkt positiv gesehen. Die Mehrheit der Eltern nahm diese Ausbildungsmöglichkeit nicht an. Am 18. 8. 1845 forderte sogar das Kollegium der Gemeindebevollmächtigten, ein von Handwerksmeistern dominiertes Gremium, einstimmig die Aufhebung der Gewerbeschule.²¹ Einer der Schulinspektoren, der protestantische Stadtpfarrer Friedrich Königsheim, wandte sich – wieder über die Zeitung – darauf schon fast flehentlich an die Handwerkserschaft, die Gewerbeschule nicht eingehen zu lassen.²² „Sollte es nun schon Zeit sein, das Todes-Urtheil über sie für alle zukünftige Zeiten auszusprechen?“, fragte er seine Leser und beklagte eine grundsätzliche Abneigung gegen jede Fortbildung. „Man enteilt der Schule und jeder Geistesbildung mit einer Hast, als wäre sie die Quelle alles Uebels.“²³

Dieser Artikel war der Anlass für eine scharfe, öffentlich geführte Debatte über Sinn und Zukunft der Gewerbeschule. Mit großer Spitzfindigkeit wurden Detailfragen, vor allem finanzieller Art, erörtert, der wahre Grund der Auseinandersetzung ist aber in vielen Formulierungen deutlich spürbar: Die unbestritten hohen Kosten für die Schule, die am Ende des Schuljahres 1844/45 gerade noch von zehn Schülern besucht wurde, waren für die Großhändler eine sinnvolle Zukunftsinvestition, die Masse der Handwerksmeister, die „Traditionalisten“, konnten darin nur Verschwendung von Geld erkennen,

¹⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 11./18./25.12.1841, S. 213–221.

²⁰ HStA, MInn, Nr. 44354 (Freundlicher Hinweis von Dr.L.Lenk)

²¹ StAKf, B 173, Eintrag vom 18.8.1845, Nr. 166.

²² Kraus, J. (Hg.), Die Christa-Chronik. 1801–1875, Thalhofen 1999, S. 180 (Im Folgenden: Christa-Chronik). Christa vermutet in dem (wie damals üblich) anonymen Verfasser Pfarrer Königsheim. Mir erscheint diese Identifizierung durchaus wahrscheinlich, da Königsheim mit einer Tochter des Großhändlers Karl Haffner verheiratet war und somit zum Umfeld der liberalen protestantischen Großhändlerfamilien gehörte.

²³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 6.9.1845, S. 145.

das dringend für andere Zwecke benötigt wurde. Die Söhne der „*notorisch sehr Reichen unter den Magistratsmitgliedern*“, auf die die Gewerbeschule „*doch vorzugsweise berechnet*“ sei,²⁴ würden auf Kosten der städtischen Steuerzahler ausgebildet, während für die Elementarschulen dringend benötigte Gelder fehlten und dazu noch Gelder aus Wohltätigkeitsstiftungen zweckentfremdet und somit dem allgemeinen Nutzen entzogen würden.²⁵ Was sich da andeutete, war ein massiver Verteilungskampf. Verweigerten am Ende unbewegliche „Konservative“ notwendige Reformen oder versuchten die Profiteure der neuen Zeit, die Folgekosten einfach auf die Allgemeinheit abzuwälzen? Die Handwerker verwiesen auf die „*Armuth so vieler, denen es unmöglich ist, ihre Söhne noch zwei Jahre länger, als gewöhnlich, auf der Schüssel zu haben*“,²⁶ die Großhändler bestritten diese Notlage rundweg. „*Absolute Armuth ist aber, wenn wir aufrichtig sein wollen, im Ganzen doch nicht so häufig unter uns.*“²⁷

Wir sind also mitten in einem der wichtigsten Fragenkomplexe angekommen: Wie lebten und arbeiteten die Einwohner Kaufbeurens am Vorabend der Revolution?

Die Krise des alten Handwerks

Können die Lebensverhältnisse verschiedener sozialer Gruppen überhaupt zutreffend rekonstruiert und beurteilt werden, wenn sich schon die Zeitgenossen unter dem Begriff „Armut“ offenbar höchst unterschiedliche Dinge vorstellten? Kann man 150 Jahre später guten Gewissens Maßstäbe für Lebenslagen festlegen? Wie dünn ist das Eis, auf dem man sich bewegt, wenn man mit Begriffen, wie „am Rande des Existenzminimums“ oder „gesichertes Auskommen“ operiert?

Die Selbstzweifel wachsen, wenn man sich klarmacht, dass die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts eine weitgehend statistiklose Zeit ist. Amtliche Unterlagen, die mit vergleichbaren Daten längerfristige Entwicklungen sichtbar machen könnten, fehlen zumindest für Kaufbeuren weitgehend.²⁸

Machen wir aus der Not eine Tugend und behelfen wir uns mit den vorhandenen Informationen.

Wovon lebten die Kaufbeurer in der Mitte des letzten Jahrhunderts? Folgende Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung lässt sich wahrscheinlich machen:²⁹

Anzahl der Personen	Erwerbstätigkeit
400	Handwerksmeister (unklare Anzahl der Weber)
350	Handwerksgesellen
50	Beschäftigte in „Großbetrieben“ (Mühlen, Bleicherei o.ä.)

²⁴ Ebda., S. 161.

²⁵ Ebda., S. 161.

²⁶ Ebda., S. 157.

²⁷ Ebda., S. 176.

²⁸ Das gilt besonders für die Steuerbücher. Die Unterlagen des Rentamtes Kaufbeuren (des damaligen Finanzamtes), die im Staatsarchiv Augsburg liegen, bieten für unsere Fragestellung höchstens punktuelle Einblicke.

²⁹ Diese Übersicht beruht weitgehend auf den Zahlen der „Zollvereinsstatistik“ von 1847, abgedruckt in: Christa-Chronik, S. 188ff.

Anzahl der Personen	Erwerbstätigkeit
36	Gastronomie (ohne Gesinde)
667	Gesinde (Männer und Frauen)
150	Tagelöhner (Männer und Frauen)
491	Fabrikarbeiter (mit Frauen und Kindern)
128	Handel
100	öffentlicher Dienst / freie Berufe ³⁰
15	Landwirte (ohne Gesinde) ³¹

Von diesen etwa 2 300 Erwerbspersonen (bei 4 169 Einwohnern³²) waren noch immer ca. 35% im Handwerk beschäftigt, sie bildeten nach wie vor den Kern der Bürgerschaft. An diesem Zahlenverhältnis hatte sich über die Jahrzehnte erstaunlich wenig geändert. Wuchs die Bevölkerung Kaufbeurens von 1822 bis 1848 um 21,2%, so lag die Wachstumsrate bei den Meisterstellen (ohne Weber) mit 17,4% nur wenig darunter. Ähnliches lässt sich bei den Gesellen beobachten: Ihre Zahl wuchs nur geringfügig mehr als die der Gesamtbevölkerung.³³

Damit war der Stadt eine Entwicklung erspart geblieben, die in anderen Regionen Deutschlands zu gewaltigen sozialen Verwerfungen geführt hatte. Gab es um 1800 insgesamt rund 1,23 Millionen im Handwerk Beschäftigte, so stieg diese Zahl im Bereich der Zollvereinsstaaten bis 1846 auf rund 2 Millionen Menschen an, ein Zuwachs um 63%.³⁴ Dem lag ein starkes Bevölkerungswachstum zu Grunde, das in den süddeutschen Staaten so aber nicht zu verzeichnen war. Dementsprechend schwoll die Zahl der Arbeitskräfte hier auch nicht an, und das Handwerk wuchs weder bei den Meistern noch bei den Gesellen deutlich in die Breite.³⁵

Diese Feststellung könnte nun zu dem Schluss verführen, dass sich die wirtschaftliche Situation für die Kaufbeurer Handwerksmeister beruhigend stabil darstellte. Die Protokollbücher der Gemeindebevollmächtigten sprechen allerdings eine andere Sprache. Rigoros wurden die allermeisten Anträge von auswärtigen Gesellen, sich in Kaufbeuren niederlassen zu dürfen, abgewiesen. Auch bei einheimischen Meistersöhnen zeigte man sich sehr zurückhaltend. Dabei argumentierte man immer nach demselben Muster: Die entsprechenden Gewerbe seien bereits hinreichend, wenn nicht gar überbesetzt. Von den Schreibern hieß es z.B. 1842, dass „*mehrere der bereits hier ansässigen Meister öftere Zeit arbeitslos sind*“³⁶ Von den Küfern konnte man im selben Jahr lesen, dass ihre Ge-

³⁰ StAKf, A 78. Die Anzahl der Beamten, Schreiber, Ärzte, Rechtsanwälte usw. ist dem Wählerverzeichnis für die Wahl zur Frankfurter Nationalversammlung von 1848 entnommen.

³¹ STAA, Regierung, Nr. 5177, Agricole Statistik von Kaufbeuren 1830.

³² StAKf, A 81 Allgemeine Landesverfassung. Die Wahlen der Landstände und Anderes betreffend. 1824-76, S. 50ff.

³³ STAA, Bezirksamt Kaufbeuren, Nr. 667, S. 112. Dort wird für das Jahr 1822 die Einwohnerzahl der Stadt mit 3440 Seelen angegeben. Zu der Anzahl der Meister: StAKf, B 112, S. 224ff. Weidenbach kommt für das Jahr 1823 auf eine Anzahl von 253 Meistern.

³⁴ Hierzu: Wehler, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, München 1987, S. 55ff.

³⁵ Einen sehr detaillierten Überblick über eine in groben Zügen vergleichbare Wirtschaftsentwicklung gibt: Fassl, P., Konfession, Wirtschaft und Politik. Von der Reichsstadt zur Industriestadt, Augsburg 1750-1850, Sigmaringen 1988, S. 204-224.

³⁶ StAKf, B 173, 1842, Nr. 6.

schäfte stark rückläufig seien, da „um der billigeren Preise wegen, ein bedeutender Theil der von den hiesigen Brauereien benötigten Fässer von auswärts bezogen wird (...) jetzt mit Reifen aus gewalztem Eisen, statt aus Weide, wodurch das Geschäft einen großen Nachtheil erleidet.“

³⁷ Selbst wenn man unterstellt, dass die Gemeindebevollmächtigten sich mit ihrer rigiden Aufnahmepolitik auch lästige Konkurrenz fernhalten wollten, besteht kein Anlass, an der angespannten Gesamtsituation zu zweifeln. Gerade auch der Anschluss Kaufbeurens an das Eisenbahnnetz (1847) verstärkte die Konkurrenzsituation, da jetzt neue, bessere oder billigere Waren viel leichter auf den örtlichen Markt gelangten. Technische Innovationen, z.B. die eisernen Fassbänder oder nur neue Gewohnheiten, wie das Zigarrenrauchen, das die einheimischen Drechsler, die die traditionellen Pfeifen produzierten, in eine Existenzkrise stürzte, machten sich viel schneller und nachhaltiger bemerkbar und verstärkten den Druck auf die örtlichen Handwerker. Auch schien die Stadt nicht mehr der ausschließliche Ort gewerblicher Produktion gewesen zu sein, die Konkurrenz des ländlichen Handwerks wurde zunehmend spürbar. So klagten die Seifensieder über schwindende Absatzchancen, da auch in umliegenden „Marktflecken dieses Gewerbe ausgeübt wird“.³⁸

Es gibt aber noch weitere Hinweise darauf, dass man sich die Stabilität der Verhältnisse in Kaufbeuren als Stabilität auf relativ niedrigem Niveau vorstellen muss.

Da ist zum einen das zahlenmäßige Verhältnis von Meistern und Gesellen. Eine zeitgenössische Faustregel, die sich in der Forschung eingebürgert hat, besagt, dass eine Handwerkerexistenz erst dann gesichert war, wenn ein Meister mit zwei Gesellen und einem Lehrling arbeitete. In der Regel sei er erst dann in der Lage, „etwas zu erübrigen und einigen, wenn auch noch geringen Wohlstand zu begründen.“ Dagegen sei „ein Meister, der ohne alle Gehilfen arbeitet, eigentlich nur eine besondere Art von Tagelöhner.“³⁹

Wenn das stimmt, dann ergibt die Aufschlüsselung der Gewerbestatistik für den Zollverein von 1847 interessante Vergleichsmöglichkeiten. Der folgenden Tabelle liegt das durchschnittliche Verhältnis von Gesellen pro Meister in einigen ausgewählten Gewerbezeigen zugrunde.⁴⁰

Gewerbe	Bayern	München	bayerische Städte ohne München	Kaufbeuren
Nahrungsmittel	0,62	2,80	1,10	0,59
Gerber, Seifensieder	0,73	2,20	1,10	0,80
Stein, Ton, Glas	1,12	3,49	1,99	1,63
Bauhandwerk	5,50	19,16	6,80	5,78
Metall	0,96	3,45	1,65	1,06

³⁷ Ebda., 1842, Nr. 50.

³⁸ Ebda., 1847, Nr. 275 und 272.

³⁹ Hildebrand, B., Die Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft und andere gesammelte Schriften, Bd. 1, Jena 1922, S. 143. Bruno Hildebrand war Nationalökonom in Marburg und 1848 Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung.

⁴⁰ Hummel, K.-J., München in der Revolution von 1848/49, Göttingen 1987. Die Angaben für Bayern, München und die unmittelbaren Städte Bayerns sind dort auf S. 467ff zu finden. Die Kaufbeurer Zahlen wurden errechnet nach den Angaben der Christa-Chronik, S. 188ff.

Spinner, Seiler	0,87	3,96	1,32	0,63
Tuchscherer, Färber, Bleicher	0,76	0,64	1,06	2,44
Lederverarbeitung	0,76	3,26	1,67	1,09
Herstellung von Kleidungsstücken	0,73	6,38	1,53	0,92
Holz	0,70	4,22	1,82	1,15
Holz, Horn, Bein	0,88	2,83	1,30	0,80

Ein flüchtiger Blick zeigt bereits die wesentlichen Erkenntnisse dieser Gegenüberstellung. München war aufgrund seiner Funktion als Residenz des Monarchen ein Sonderfall. Die Münchner Handwerker konnten nicht über mangelnde Arbeit klagen, sie waren im Durchschnitt in der Lage, zahlreiche Gehilfen zu beschäftigen. Dass die Zahlen für Kaufbeuren über den Zahlen für Gesamtbayern liegen, verwundert auch nicht, da dort ja auch die ländlichen Regionen mit eingerechnet sind. Der Vergleich mit anderen unmittelbaren Städten macht aber deutlich, dass die Verhältnisse in Kaufbeuren nicht zum Besten standen. Die Mehrzahl der Handwerksmeister hatte einen oder gar keinen Gehilfen, fristete also ihr Dasein als Alleinmeister, im schlechtesten Fall an der Grenze zur Proletarisierung. Ein Meister, der allein in seiner Werkstatt saß und vergeblich auf Kunden und Aufträge wartete, unterschied sich in der Tat nur wenig von einem Tagelöhner.

Für die Jahre 1848/49 lässt ein Verzeichnis der Krankenhausbeiträge der männlichen und weiblichen Dienstboten, die über ihre jeweiligen Arbeitgeber eingezogen wurden, doch noch einen differenzierteren Blick auf die Situation der Kaufbeurer Handwerker zu.⁴¹ Demnach mussten von den 385 registrierten Meistern 249 ohne Gesellen oder Lehrlinge auskommen, 73 verfügten über die Hilfe einer zusätzlichen Arbeitskraft und nur 61 von ihnen beschäftigten zwei oder mehr Mitarbeiter. Wenn die zeitgenössische Bewertung der Mitarbeiterzahlen richtig ist, dann verfügten nur 16% der Kaufbeurer Handwerksmeister über eine gesicherte Existenz. Die Kaufbeurer Färbereien waren der einzige Bereich, in dem in jedem Betrieb mehrere Beschäftigte zu verzeichnen waren, in allen anderen Branchen war dies nur jeweils einer kleinen Spitzengruppe möglich. Als desolat muss die Situation bei den Webern und im Baugewerbe bezeichnet werden. 82 von 98 Webermeistern arbeiteten allein, nur vier von ihnen konnten sich drei oder gar vier Mitarbeiter leisten. Die Bauwirtschaft war anscheinend völlig zusammengebrochen. Verzeichnete die Zollvereinsstatistik 1847 noch 80 Gesellen im Baugewerbe, so finden sich in den Listen von 1848/49 nur noch ganze 9 Personen. Dass sich die Gesamtzahl der Gesellen/Lehrlinge innerhalb eines Zeitraumes von nur zwei Jahren um ca. ein Viertel verringerte, kann als weiteres Indiz



Schuster in der Werkstatt; Berliner Alleinmeister inmitten seiner Ware

⁴¹ StAKf, Angaben zusammengestellt nach: A 882 und A 883.

dafür gesehen werden, mit welch schwierigen Verhältnissen das Handwerk zu kämpfen hatte.

Dass man sich aber vor allzu schnellen Verallgemeinerungen hüten sollte, dass Gewerbe nicht gleich Gewerbe und Handwerk nicht gleich Handwerk war, macht ein Blick auf die Gewerbesteuer von 1832/33 deutlich.⁴² Diese Steuer konnte damals noch nicht auf die konkreten Erträge jedes einzelnen Betriebes erhoben werden, die einzelnen Branchen wurden eher pauschal eingeschätzt. Trotzdem wird eine klare Rangfolge innerhalb der Gewerbe sichtbar.

Zahl	ausgewählte Gewerbe	durchschnittliche Steuerleistung pro Betrieb
11	Großhändler	64 fl
15	Brauereibesitzer	19 fl 48 kr
6	Müller	15 fl 20 kr
13	Färber	11 fl 41 kr
19	Kaufleute	11 fl 4 kr
9	Rotgerber	10 fl 52 kr
25	Bäcker	7 fl 7 kr
19	Metzger	6 fl 44 kr
7	Schlosser	5 fl 34 kr
24	Schuster	4 fl 17 kr
15	Schneider	4 fl 10 kr
11	Schreiner	4 fl 2 kr
5	Drechsler	2 fl 48 kr
11	Hucker (Kleinkrämer)	2 fl 2 kr
139	Weber	2 fl 1 kr

Auch wenn die tatsächliche Steuerleistung innerhalb der einzelnen Gewerbe stark variierte, z.B. bei den Großhändlern zwischen 120 und 36 fl, bei den Rotgerbern zwischen 30 und 4 fl und bei den Webern zwischen 9 fl und 30 kr, so ist doch deutlich zu erkennen, wo Reichtum und Armut am ehesten zu finden waren.

Der Untergang des Weberhandwerks

Wenn bisher die Situation des Kaufbeurer Handwerks als schwierig, aber - mit Ausnahme der Revolutionsjahre - eher stabil beschrieben worden ist, dann wurde bewusst eine der dramatischsten Veränderungen außer Acht gelassen - der Untergang des traditionsreichen Weberhandwerks. Während des Mittelalters und der Frühen Neuzeit gehörte Kaufbeuren zu den bedeutenden Zentren der süddeutschen Textilproduktion,⁴³ aber auch 1848 lebte noch ungefähr ein Drittel aller im Gewerbe tätigen Menschen im

⁴² STAA, Rentamt Kaufbeuren, Gewerbssteuerekataster 1832/33. Alle Angaben wurden den umfangreichen Listen dieses Steuerkatasters entnommen.

⁴³ Vergleiche hierzu die Beiträge von Stephan Dieter, Kaufbeuren im späten Mittelalter, S. 50f und Fritz Junginger, Kaufbeuren im 17. und 18. Jahrhundert, S. 94f, in: Kraus, J., Fischer, St. (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 1, Thalhofen 1999.

weitesten Sinn vom Textilbereich: Das reichte von den Textilgroßhändlern bis zu den Fabrikarbeitern, von den Näherinnen, den Webstuhlfabrikanten bis hin zu den Lumpensammlern.⁴⁴ Die traditionellen Träger dieses Produktionszweiges aber, die Weber, waren schon fast verschwunden.

Das eigentlich Verwunderliche an diesem Vorgang ist nicht so sehr die Tatsache, dass das Weberhandwerk sein Ende fand, sondern die seltsam lautlose Art, wie es verschwand. Man nahm diesen Prozess damals durchaus wahr, aber selbst die Betroffenen wirkten eher wie gelähmte Zuschauer. Seit dem letzten Aufbäumen der Weber in der Revolte von 1763 schien diesem Handwerk die Kraft ausgegangen zu sein.

Dieses Phänomen zeigt sich schon daran, dass es für die zeitgenössischen Beobachter offenbar kaum mehr möglich war, den Umfang des Weberhandwerks zu bestimmen. So gab der Chronist Christoph Friedrich Weidenbach 1823 zwar präzise die Anzahl der Porzellanhändler oder der Regenschirmfabrikanten an, die Weber aber fehlten in seiner Aufstellung.⁴⁵ Ähnlich hielt es die Gewerbestatistik von 1847, unter den Handwerksmeistern tauchten so gut wie keine Weber mehr auf.⁴⁶ Das kann natürlich nicht bedeuten, dass es sie in Kaufbeuren nicht mehr gab, aber man war sich anscheinend nicht mehr sicher, ob die Bürger, die die Konzession für das Weberhandwerk besaßen, diese Tätigkeit auch tatsächlich noch ausübten. In den Wählerlisten der Jahre 1848/49 tauchen bei Webern häufig Bezeichnungen wie Zettelträger, Leichensager, Kornmesser o.Ä. auf, die nahelegen, dass viele Weber sich mit solchen Arbeiten über Wasser zu halten versuchten.⁴⁷ Ähnliches deuteten wohl auch 1848 die Gemeindebevollmächtigten mit der Bemerkung an, dass „*sich mancher unserer Mitbürger zu einem anderen Nahrungs-zweige seine Zuflucht nehmen mußte.*“⁴⁸ Bitter notwendig war die Suche nach neuen Einkünften in der Tat, denn die Lage der Weber war verzweifelt und das Gewerbe befand sich „*in einem solch traurigen Zustande und fortwährender Abnahme, daß selbst dem fleißigen geschickten Arbeiter nur ein kleiner, kümmerlicher Verdienst in Aussicht steht, der kaum den nothdürftigsten Lebens-Unterhalt gewährt.*“⁴⁹

Welche Zahlen erscheinen einigermaßen realistisch? Bei der Stadtverwaltung ging man 1848 davon aus, dass sich seit der Mitte der dreißiger Jahre die Anzahl der Meister von ca. 100 auf 45 reduziert habe.⁵⁰ Möglicherweise war aber auch diese Zahl noch zu hoch gegriffen, denn als 1835 die Zünfte in so genannte „Gewerbsvereine“ umgewandelt wurden, erschienen von den 167 Stimmberechtigten gerade einmal 20 Webermeister zur konstituierenden Sitzung.⁵¹ Eine Interesselosigkeit, die wohl nur dadurch erklärt werden kann, dass die meisten keine Zukunftsperspektive mehr für sich sehen konnten oder den Beruf schon praktisch aufgegeben hatten. Macht man sich klar, dass kurz vor der Wende vom 18. ins 19. Jahrhundert die Weberzunft noch

⁴⁴ Das ergibt die Durchsicht der Zollvereinsstatistik von 1847, in: Christa-Chronik, S. 188ff.

⁴⁵ StAKf, B 112, S. 224-226.

⁴⁶ Christa-Chronik, S. 190f.

⁴⁷ StAKf, A 57.

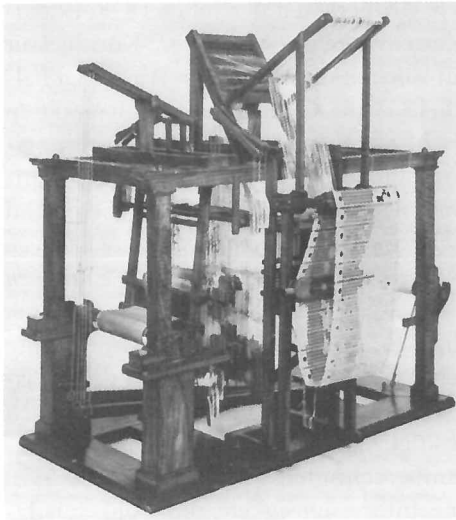
⁴⁸ StAKf, B 173, 1848, Nr. 326.

⁴⁹ Ebda., 1849, Nr. 377.

⁵⁰ StAKf, A 928, Die mechanische Baumwoll Spinnerei dahier und die hierauf bezughabende Korrespondenz betr. 1840 -, S. 29.

⁵¹ StAKf, A 916, S. 97 und 100f.

485 Mitglieder umfasste,⁵² also knapp die Hälfte der Handwerksmeister stellte, dann erkennt man das ganze Ausmaß dieser Entwicklung, die Wucht, mit der die Industrialisierung das Leben der Menschen veränderte. Neben den – auch ökonomischen – Verheerungen der napoleonischen Kriege war es vor allem die Überschwemmung der europäischen Märkte mit englischer Fabrikware, die die Weber vor unlösbare Probleme stellte. Die zunehmende Vereinheitlichung der Wirtschaftsräume (das hieß konkret, der Wegfall vieler Zollgrenzen) sowie die sich dauernd verbessernden Transportmöglichkeiten verschärften diesen Prozess, der durch nichts rückgängig zu machen war. Die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834 bedeutete wohl das endgültige Aus für die selbständigen Weber in Kaufbeuren.⁵³ Jetzt gab es nur noch Restbestände des ehemals so bedeutenden Handwerks. Inwieweit die Kaufbeurer Weber insgesamt bereit oder überhaupt in der Lage waren, sich den neuen Gegebenheiten technisch oder organisatorisch anzupassen, lässt sich aufgrund der spärlichen Quellenlage kaum beurteilen. Einzelversuche, sich durch innovative Technik und Spezialisierung auf bestimmte Produkte das wirtschaftliche Überleben zu sichern, gab es jedenfalls. So richtete Philipp Jakob Bachschmid 1828 einen Jacquard-Webstuhl auf, zu dessen Anschaffung ihm ein staatlicher Zuschuss von 120 fl gewährt worden war.⁵⁴ Diese Maschine konnte durch Steuerung mittels Lochkarten automatisch komplizierte Muster weben. Erst 1805 von einem französischen Weber erfunden, fand diese technische Errungenschaft also schon recht schnell Eingang in einen Kaufbeurer Handwerksbetrieb. Ob der Anstoß dazu von Bachschmid selbst gekommen war, er hatte als Geselle viele bedeutende europäische Textilregionen wie Sachsen, Belgien und die Schweiz kennengelernt, oder ob seine Verleger, die Textilgroßhändler Heinzelmann, die Impulsgeber waren, muss dahingestellt bleiben.



Ein Jacquard-Webstuhl mit den Lochstreifen zur Herstellung von Mustern

Den Umfang des Weberhandwerks möglichst realitätsnah beschreiben zu können, ist wichtig, wichtiger und interessanter ist es allerdings, danach zu fragen, was mit den arbeitslosen Webern eigentlich geschah. Eine denkbare Alternative nannte schon

Philipp Jakob Bachschmid – die Auswanderung nach Übersee. Voraussetzung einer legalen Auswanderung war aber, dass man seine Schulden bezahlt hatte. Aus diesem Grund wurde eine geplante Auswanderung vorher in der Zeitung angekündigt. Die Durchsicht des „Kaufbeurer Wochenblattes“ ergibt aber, dass sich unter den sowieso

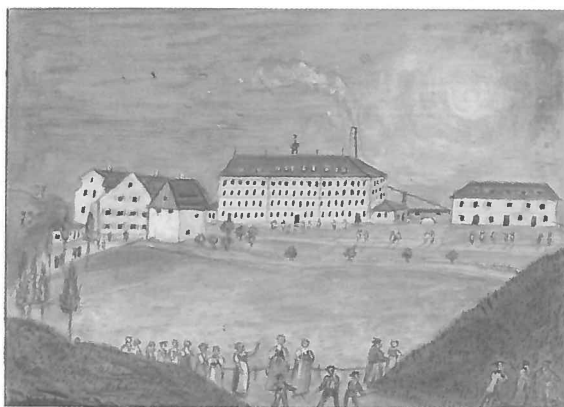
⁵² Dieter, St., Die Reichsstadt Kaufbeuren in der frühen Neuzeit, Thalhofen 2000, S. 143.

⁵³ StAKf, A 928, S. 29. Diesen Zusammenhang konstatierte jedenfalls der Magistrat der Stadt.

⁵⁴ HStA, MH 4615.

nicht sehr zahlreichen Auswanderungswilligen keine Kaufbeurer Weber befanden. Die Vorstellung, dass sich viele Familien illegal – und das hieße ohne Pässe und größere Geldsummen – zu diesem Schritt entschlossen hätten, erscheint wenig realistisch.

War die Arbeit in der Fabrik, der „Mechanischen Baumwollspinnerei“, die 1840 ihren Betrieb vor den Toren der Stadt aufgenommen hatte, nicht eigentlich die ideale Lösung? Mitglieder der Großhändlerfamilien Heinzelmann, Walch, Schäfer, Wagenseil und Schrader hatten schon 1836 diesen Industriebetrieb geplant und finanziert und standen jetzt vor glänzenden Geschäften mit hochwertigen Garnen.⁵⁵ Auf den ersten Blick scheint es keine einfachere Situation zu geben: Hier eine große Zahl von Webern, die dringend Arbeit brauchte und dort ein stark expandierendes Textilunternehmen, das Arbeitsplätze bieten konnte. Was liegt also näher, als unter der frühen Belegschaft der Fabrik die Kaufbeurer Weber zu vermuten? Die Festschrift des Unternehmens kam 1939, anlässlich des 100jährigen Firmenjubiläums, sogar zu dem Schluss: *„Die Gründung (...) wurde nicht vorwiegend von kapitalistischen, sondern von sozialen Erwägungen diktiert. Es galt, den arbeitslos gewordenen, einst so stolzen und selbständigen Angehörigen der alten Kaufbeurer Weberzunft eine neue Existenzmöglichkeit zu schaffen.“*⁵⁶ Eine solch automatische Verknüpfung erscheint aber nicht unbedingt zwingend. Diese Sichtweise verkennt, dass für eine mechanische Spinnerei keine hoch qualifizierten Handwerksmeister notwendig waren, dass sich die Belegschaft wohl eher aus ungelernten Arbeitskräften, Frauen und Kindern zusammensetzte, die aus der Umgebung Kaufbeurens kamen. Gehörte nämlich ein Großteil der Arbeiterschaft zur ländlichen Bevölkerung, dann konnten auch die Löhne niedrig liegen, da zumindest die Ernährung durch die Einbindung in die bäuerlichen Familien gesichert erschien. Der gewichtigere Einwand gegen die Vorstellung von der Fabrik als Auffangbecken für die Weber liegt meines Erachtens aber in der Mentalität der Handwerker des 19. Jahrhunderts. Der Schritt von der Selbständigkeit hin zur Lohnarbeit wurde von den Handwerkern als größtmögliche Degradierung empfunden, als Verlust ihrer Autonomie und als Verletzung ihrer herkömmlichen Vorstellungen und Regeln, deren Befolgung ihren Berufsstolz, ihre „Ehre“ und ihr Selbstwertgefühl mitbegründet hatte. *„Fortschreitende Arbeitsteilung, strikt kommerzielle Bewertung der Arbeit und wachsende Fremdbestimmung stan-*



Fabrikarbeiter (vor allem Frauen und Kinder) auf dem Weg nach Hause in die umliegenden Dörfer (Schropp, Nr. 61)

⁵⁵ Firmenarchiv Momm, Jall, W., Entwurf zu einer Chronik der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Kaufbeuren (undatiert und maschinenschriftlich, ca. 1930), S. 3ff.

⁵⁶ Wie die Baumwolle ins Allgäu kam. 100 Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Kaufbeuren. 1839-1939, Festschrift 1939, S. 20.

den ihren Wertvorstellungen entgegen, nach denen sie beurteilten, was gute Arbeit und ehrbares Leben bedeuteten.“⁵⁷ Ein Umwandlungsprozess erscheint grundsätzlich durchaus vorstellbar, die ökonomischen Zwänge waren ja übermächtig, aber kaum innerhalb einer Generation und kaum ohne massiven Widerstand. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Mehrheit der Kaufbeurer Weber den Schritt in die Lohnarbeit nicht vollzogen, sondern de facto die große Zahl der Tagelöhner und Gelegenheitsarbeiter vermehrt hätte. Möglicherweise wurde aber eine Zwischenform gefunden, von der beide Seiten profitierten. Bevor die Spinnerei 1850 offiziell um eine mechanische Weberei erweitert wurde, unterhielt die Fabrik zumindest 1848 schon eine Weberei, die fünfzig Arbeiter (an Handwebstühlen?) beschäftigte.⁵⁸ Vielleicht konnte so – in einer Form des Verlags, jedenfalls in größter Abhängigkeit von den Fabrikanten und Großhandelsfirmen – doch eine Reihe von Webern in ihrem Gewerbe arbeiten, ohne den Status als Handwerksmeister formal zu verlieren. Auch ein Weber wie Philipp Jakob Bachschmid arbeitete ja schon seit langer Zeit in ausschließlicher Abhängigkeit von seinem Verleger, produzierte *„halbleinene gefärbte Sacktücher, welche als nicht unbedeutender Ausfuhr-Artikel bei den Großhändlern Herrn Gebrüder Heinzelmann und Georg Heinzelmann nach Spanien und Amerika ausgeführt werden.“*⁵⁹

Die Frage nach der Zusammensetzung der frühen Fabrikbelegschaft und dem Verbleib der Weber lässt sich mangels Unterlagen zur Zeit nicht klären. Alle Aussagen zu diesem Thema haben vorläufigen, hypothetischen Charakter. Da es sich aber um einen entscheidenden Punkt innerhalb der Kaufbeurer Geschichte handelt, wüsste man schon gerne mehr.

Vor einer Katastrophe: Die Jahre 1845-47

Man bemerkt *„auf den Kartoffelfeldern einen eigenthümlichen stinkenden Geruch, das Kraut der Pflanzen erscheint sonderbar gefärbt“*, gräbt man nach, erkennt man, dass ein Teil der Knollen von *„einer früher nicht gekannten Fäulniß“* ergriffen ist, die die Kartoffeln *„für Menschen und Thiere total ungenießbar macht“*.⁶⁰ Diese Eintragung des Chronisten Emanuel Christa für das Jahr 1845 markiert den Beginn einer Schreckenszeit, die die Menschen in ganz Europa heimsuchte. Diese letzte große europäische Hungerkrise brachte noch einmal für Millionen von Menschen Elend und Not, in manchen Regionen, z.B. in Irland, spitzte sie sich zur tödlichen Bedrohung zu.

Die Kartoffelfäule, die einen Großteil der Ernte vernichtete, war aber nur der Anfang. Aufgrund der *„in diesem Jahre nicht sonderlich günstigen Erndte-Erträgnisse“*⁶¹ stiegen im Winter 1845/46 die Getreidepreise um beinahe ein Drittel an. Als auch die Ernte des folgenden Jahres nur kümmerliche Erträge brachte, Hagel und Überschwemmungen hatten zu einer völligen Missernte geführt, kletterten die Lebensmittelpreise in Schwindel erregende Höhen. Der Höhepunkt der Krise wurde dann im Frühjahr 1847 erreicht.

⁵⁷ Kocka, J., Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875, Berlin Bonn 1983, S. 89.

⁵⁸ StAKf, A 928, S. 29.

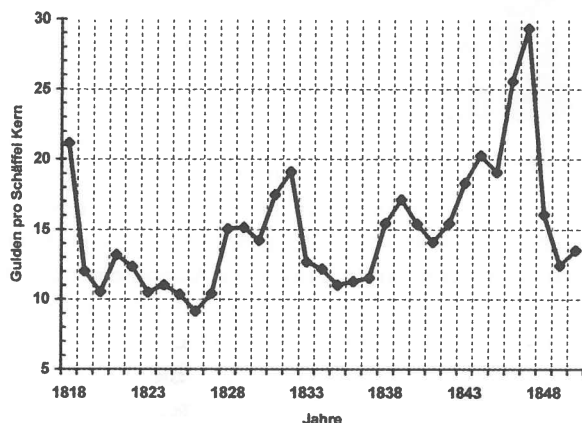
⁵⁹ KGBL, Bd. 12, Heft 11 (Sept. 1992), S. 513.

⁶⁰ Christa-Chronik, S. 182.

⁶¹ Ebda.

Obwohl sich zu diesem Zeitpunkt schon eine gute Ernte abzeichnete, erreichten die Preise ihre absoluten Spitzenwerte. Auf der Kaufbeurer Schranne mussten für den Schäffel Dinkel (auch Kern oder Veesen) 39 Gulden bezahlt werden.⁶²

Mittlere Jahresdurchschnittspreise für Kern in
Kaufbeuren 1818 bis 1850



Inwieweit neben dem Ernteausfall auch Preisspekulationen dafür verantwortlich waren, lässt sich auf lokaler Ebene nicht abschätzen, Christa, der es als Spitalverwalter wissen musste, hielt sie für durchaus wahrscheinlich. „Die drückende, mitunter auch künstlich hervorgerufene Theuerung ruht wie ein Alb auf der Bevölkerung.“⁶³ Ab Dezember 1846 wurden die Armen der Stadt mit verbilligten Brot- und Schmalzzuteilungen versorgt. Fast ununterbrochen rief man die Bürger zu Spenden auf, um diese Unterstützungsmaßnahmen finanzieren zu können.⁶⁴

Diese verheerende Preisentwicklung weckte bei vielen Menschen wieder die Erinnerung an die Jahre 1816/17, eine traumatische Erfahrung, die sich jetzt zu wiederholen schien. Noch aber hatte sich die Krise demographisch nicht bemerkbar gemacht.⁶⁵ Als der Druck im Sommer 1847 dann nachließ und eine vorzügliche Ernte eingebracht wurde, wurde dieses erlösende Ereignis gemeinschaftlich gefeiert wie 30 Jahre zuvor. Die ersten drei mit Getreide beladenen Wagen wurden am Nachmittag des 2. August 1847 von der ganzen Bevölkerung empfangen und unter Glockengeläut in die festlich geschmückte Stadt begleitet. Die Wagen waren mit Bibelziten geschmückt, auf ihnen saßen die Kinder und schwenkten ihre Fähnchen. In den Kirchen wurden Dankgottesdienste abgehalten, auf den Straßen sang man „Nun danket alle Gott“ und „Allmächtiger, Dich preisen wir“. Ein Freudentag, der „dem jetzt lebenden Geschlechte stets unvergeßlich seyn“ werde, ging feierlich zu Ende.⁶⁶

Die Menschen hatten wirklich Grund zur Freude. Die Angst, hungern zu müssen, war von ihnen genommen worden. Gerade die Stadtbevölkerung war ja ausschließlich auf

⁶² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 12. Mai 1847, S. 84. Die Preiskurve wurde anhand der im „Kaufbeurer Wochenblatt“ veröffentlichten Schrankenpreise errechnet. Die Jahresdurchschnitte ergeben aber nicht immer ein realistisches Bild der Situation. Die Spitzenwerte werden so in ihrer vollen Schärfe oft gar nicht deutlich.

⁶³ Christa-Chronik, S. 192.

⁶⁴ Ebda., S. 184, 192.

⁶⁵ Die Zahl der Heiraten und Geburten hatte nicht dramatisch abgenommen, die Sterberate war nicht signifikant gestiegen.

⁶⁶ Christa-Chronik, S. 192f.



Festliche Einführung der ersten Erntewägen im Hungerjahr 1847 (Schropp, Nr. 240)

Kaufkraft ihrer Kunden im selben Maße dahinschwand. Man konnte sich schon alltägliche Bestellungen kaum leisten, geschweige denn wirklich lukrative Aufträge vergeben. Seine Hausfassade in diesen Zeiten neu streichen zu lassen, erregte offenbar so großes Aufsehen, dass der Chronist Christoph Friedrich Weidenbach es 1847 in sein „Tagebuch der Kaufbeurischen Merkwürdigkeiten“ aufnahm.⁶⁷ Die Regel waren solche Renovierungsarbeiten vermutlich nicht, schon eher der Gang ins Pfandleihhaus, um seinen Hausrat zu versetzen.

In unserem Zusammenhang ist nun die Überlegung wichtig, ob diese außerordentliche Belastung für die Handwerker mit der reichen Ernte vom Herbst 1847 ihr Ende fand und damit für die Ereignisse des Jahres 1848 keine Bedeutung mehr besaß, oder ob diese Krisenerscheinungen noch weiter wirksam blieben.

Es ist anzunehmen, dass die verschiedenen Gewerbe in höchst unterschiedlichem Maß von der Verarmungstendenz betroffen waren. Wohlhabende Handwerker werden diese Jahre leichter durchgestanden haben als Gewerbetreibende, die sowieso an der Grenze der Verelendung lebten. Gerade bei den Unterschichten, die diese Preisexplosion in der Substanz getroffen hatte, wird eine Entspannung oder gar eine Normalisierung ihrer Lebenssituation auf lange Sicht kaum möglich gewesen sein. Arme Handwerker, die einen Teil ihres Besitzes verkaufen oder verpfänden mussten, um überhaupt an Kapital zu kommen, da sie nur schwer Kredit bekamen, waren immer weniger in der Lage, Rohstoffe oder Werkzeuge zu kaufen. Bei nach wie vor geringer Massenkauftkraft verfestigten sich bei ihnen die Probleme zu einer chronischen Krisensituation.⁶⁸

Die Formulierungen in den Gutachten der Gemeindebevollmächtigten zeigen die Dramatik dieser Krisenjahre deutlich. War früher nur von der „hinreichenden Besetzung“ oder der „genügenden Anzahl“, von Meistern in einem Gewerbe die Rede, so liest man seit 1847 Bemerkungen, wie „bei dieser bedrängten Zeit“, „bei den jetzigen nahrungslosen Zei-

die auf dem Markt angebotenen Nahrungsmittel angewiesen. Aber die Lebensmittelknappheit und die damit verbundene Teuerung war nur eine Seite einer solchen Krise „alten Typs“. Regelmäßig folgte in vorindustriellen Zeiten auf eine solche Agrarkrise eine Gewerbekrise in den Städten. Für die Handwerker bedeuteten die steigenden Lebensmittelpreise nicht nur, dass sie selber einen immer größeren Teil ihres Verdienstes für Nahrungsmittel aufwenden mussten, sondern es bedeutete auch, dass die

⁶⁷ EKA, Anlage 164, Weidenbach, Chr. Fr., Tagebuch der Kaufbeurischen Merkwürdigkeiten, Bd. VI, S. 33f (im Folgenden: Weidenbach-Chronik).

⁶⁸ Grundsätzlich zu diesem Themenkomplex: Bergmann, J., Das Handwerk in der Revolution von 1848. Zum Zusammenhang von materieller Lage und Revolutionsverhalten der Handwerker 1848/49, in: Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 320-347.

ten“, „kaum im Stande, ihre zahlreiche Familie zu ernähren.“⁶⁹ Der Konditormeister Andreas Schropp beendete im Dezember seine Notizen zum Jahr 1848 mit den lapidaren Worten „geschäftslähmung / allgemeine Noth“.⁷⁰

Aber nicht nur die Handwerksmeister hatten schwierige Zeiten zu überstehen, so gut wie alle Gruppen sahen sich größten Problemen gegenüber. Mussten die Meister um den Fortbestand ihrer Betriebe fürchten, sahen sich die Gesellen um ihre Zukunft betrogen. Die schlechte Bezahlung, die Mühen der Wanderjahre, die Unterordnung, die erzwungene Ehelosigkeit konnte man hinnehmen, solange man sicher war, selbst einmal seinen eigenen Handwerksbetrieb zu haben. Die bittere Erkenntnis, dass die Zukunftspläne wie Seifenblasen platzten, dass die Erlangung des Meisterrechts immer unwahrscheinlicher wurde, führte dazu, dass sich bei den Gesellen der Wunsch nach Veränderungen am heftigsten artikuliert. Sie hatten am wenigsten zu verlieren, sie brauchten in der Regel keine Familie zu ernähren, sie waren hochmobil und sie waren in zünftischer Tradition geübt in vielen Formen kollektiven Widerstands. So nimmt es nicht Wunder, dass die Handwerksgelesen die aktivste Gruppe in den Jahren der Revolution bildeten. Einen von ihnen, den Kaufbeurer Schustergesellen Georg Enzensberger, werden wir noch kennen lernen.

Auch am anderen Ende der sozialen Hierarchie, bei den Kaufbeurer Kaufleuten und Fabrikanten, sah man düster in die Zukunft. Der Großhändler Gustav Schäfer, dessen Vater ihm bei seinem Tod 1847 fast nur Schulden hinterlassen hatte, notierte am 1. März 1848 in sein Tagebuch: „Alle Geschäfte stocken, Mißtrauen, Creditlosigkeit und Bankerotte auf allen Seiten!“⁷¹ Nimmt man Schäfer beim Wort und untersucht die Entwicklung der so genannten „Vergantungen“, d.h. der eingeleiteten Konkursverfahren, dann macht man aber eine zunächst befremdliche Entdeckung.⁷² Es waren nicht die Jahre 1847/48, in denen sich in Kaufbeuren „Bankerotte auf allen Seiten“ bemerkbar machten, es traf mit 25 Vergantungen vor allem auf das Jahr 1819 zu. Dass das Katastrophenjahr 1817 für das Gewerbe diese verheerenden Folgen hatte, erscheint plausibel, ebenso, dass die Hälfte aller Konkurse zwischen 1818 und 1850 das Weberhandwerk betraf, dass aber die Krisenjahre vor der Jahrhundertmitte so „normal“ erscheinen, verwundert doch. Nach dem tiefen Einschnitt von 1819 waren über Jahrzehnte selten mehr als fünf Vergantungen pro Jahr zu verzeichnen gewesen, 1847 waren es z.B. null, 1848 zwei und 1849 vier. Vermutlich erreichte das Kaufbeurer Handwerk nach 1820 eine Größe, die sich - auf niedrigem Niveau - als relativ krisenfest erwies. Beim genaueren Hinsehen entdeckt man allerdings doch etwas Neues: Es traf in den Jahren vor 1850 nicht mehr die eher ärmeren Handwerkszweige, sondern sogar Kaufleute, Färber und Branntweinfabrikanten. Die Krise fraß sich immer tiefer in das Gewerbe der Stadt hinein.

Selbst die „Mechanische Spinnerei“, die so hoffnungsvoll ihre Produktion begonnen hatte, sah sich nun ernsten Problemen gegenüber.

⁶⁹ StAKf, B 173, Einträge 1847, Nr. 275; Einträge 1848, Nr. 329, 337; Einträge 1849, Nr. 377.

⁷⁰ StAKf, B 120, S. 510.

⁷¹ Privatbesitz Frau Ruth Fritz (Bonn), Tagebuch von Rudolf Schaefer, III. Das Leben des Herrn Gustav Adolf Schaefer.

⁷² Zu diesem Zweck wurden die „Kaufbeurer Wochenblätter“ von 1818 bis 1850 systematisch ausgewertet.

Seit dem Herbst 1847 erlebten die deutschen Staaten in wichtigen Industriebranchen eine Rezession mit einschneidenden Absatzproblemen. Am Ende desselben Jahres machte sich zudem eine internationale Börsen- und Bankenkrise auch auf den deutschen Kapitalmärkten bemerkbar, die z.B. in Frankfurt, Köln und Wien zum Zusammenbruch bedeutender Bankhäuser führte. Im wirtschaftlichen Leitsektor „Eisenbahnbau“ wuchs das Streckennetz erheblich langsamer als in den Vorjahren. Die Lokomotivenfabrik „Borsig“ in Berlin musste ein Drittel der Belegschaft entlassen, bei „Krupp“ war davon sogar die Hälfte betroffen.⁷³ Das Münchener Unternehmen „Maffei“ konnte Entlassungen nur durch massive finanzielle Unterstützung des bayerischen Staates verhindern.⁷⁴ Nicht nur die junge Maschinenbau-, sondern auch die Textilindustrie war von dieser ersten industriellen Krise betroffen.⁷⁵ 1847 ging der Gewinn der „Mechanischen Spinnerei“ gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück. Da er von den Unkosten, Abschreibungen und Zinsvergütungen aufgebraucht wurde, konnte an die Teilhaber des Unternehmens kein Gewinn ausgezahlt werden. Die politische Unsicherheit des Revo-

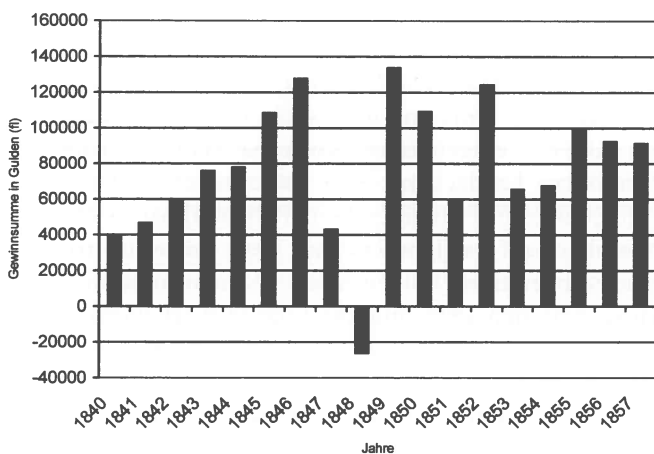
lutionsjahres führte dann dazu, dass das Geschäftsjahr 1848 mit Verlust schloss.⁷⁶

Auf längere Sicht erwies sich dieser Gewinneinbruch als wenig dramatisch, aber man darf nicht vergessen, dass den Unternehmern damals jede Erfahrung im Umgang mit Konjunkturschwankungen fehlte.

In der konkreten Situation der Jahre 1847/48 konnte die Zukunft in den Augen der Kaufbeurer Fabrikanten durchaus düster erscheinen. Entlassungen konnten aber vermieden werden. Dieser Umstand erklärt wohl auch die Zurückhaltung der Industriearbeiter wäh-

rend der Revolution. Sie hatten im Gegensatz zu den Handwerkern ein relativ gesichertes Einkommen und die heterogene Zusammensetzung der Belegschaft verhinderte in der Frühphase der Fabrik auch die Herausbildung eines eigenen Klassenbewusstseins. Die unterschiedlichen Erfahrungen und Traditionen, bedingt durch die unterschiedliche Herkunft der Beschäftigten, waren noch stärker als die Wahrnehmung gemeinsamer Probleme und Interessen. Bis zur Entstehung von Gewerkschaften oder Arbeiterparteien mussten noch etwa dreißig Jahre vergehen und auch dann waren es

Jahresreingewinne der Mechanischen-Baumwollspinnerei-Kaufbeuren 1840-1857



⁷³ Hierzu: Wehler, H.-U., Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 2, München 1987, S. 651.

⁷⁴ Hummel, K.-J., München in der Revolution von 1848/49, S. 399ff.

⁷⁵ Vgl.: Siemann, W., Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt a.M. 1985, S. 46.

⁷⁶ Jall, W., Entwurf einer Chronik, S. 12.

bezeichnenderweise nicht die Fabrikarbeiter, sondern Kaufbeurer Handwerker, die zu den Gründervätern der organisierten Arbeiterbewegung gehörten.⁷⁷

Prachtstraße und Elendsquartiere

Glücklicherweise ist die Realität vielfältiger und widersprüchlicher als jede Statistik. Man kann zwar von armen und reichen Gewerben sprechen, aber innerhalb jeden Gewerbes gibt es wiederum große Unterschiede in der Verteilung des Vermögens. Die Weber gehörten im Durchschnitt sicher zu den ärmsten Bürgern der Stadt, trotzdem gab es auch hier erfolgreiche Karrieren. Während die Mehrzahl der Meister allein am Webstuhl saß, konnte Philipp Jakob Bachschmid zehn Gesellen und fünf bis sechs Arbeiter beschäftigen.⁷⁸ Damit gehörte er 1839 sicher zu den wohlhabendsten Handwerkern der Stadt. Mit Durchschnittswerten zu argumentieren ist also problematisch, eine Gesellschaft aber völlig in ihre Individuen aufzulösen, wäre noch problematischer, denn dann wären Strukturen, Probleme und Veränderungsprozesse überhaupt nicht mehr beschreibbar.

Natürlich möchte man z.B. gerne wissen, wie Reichtum und Armut in der Kaufbeurer Gesellschaft verteilt waren. Steuerlisten könnten die verlässlichsten Auskünfte über verschiedene Vermögensaspekte wie Geschäftserträge oder Immobilienbesitz geben, nur, diese Akten existieren entweder nicht mehr oder wären nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand in eine auswertbare Form zu bringen. Es gibt allerdings eine Quelle, die uns bei unserer Fragestellung doch ein Stück weiterführt: die Spendenliste für die Weihnachtssammlung von 1853.⁷⁹ Seit 1814 wurde diese Sammlung regelmäßig im Dezember durchgeführt.⁸⁰ Die „Vorgeher“ der vier Stadtdistrikte gingen mit ihrer Liste von Haus zu Haus und nahmen die Spenden entgegen. Der Erlös floss dem Armenpflegerschaftsrat zu, der damit verarmte Bürger unterstützte. Die Bürger finanzierten damit, wenn man so will, ihre Form der Sozialhilfe.

Inwiefern kann eine solche Liste, ein solch isoliertes Dokument, Auskunft über die Verteilung von Armut und Reichtum geben? Spiegelt die Spendenbereitschaft wirklich die ökonomische Situation der Bürgerschaft wieder? Müssten Faktoren wie Bürgersinn oder Frömmigkeit nicht mindestens ebenso hoch veranschlagt werden? Ist es nicht oft sogar purer Zufall, der die Höhe einer Spende bestimmt? Die Einwände sind derart schwerwiegend, dass man sich mit dieser Spendenliste nicht weiter zu beschäftigen bräuchte, wenn es nicht einen auffallenden Umstand gäbe: Die Höhe der Gesamtspendensumme schwankt innerhalb der Jahrzehnte tatsächlich beträchtlich, aber die Einnahmen aus den vier Einzelvierteln stehen immer in einem vergleichbaren Verhältnis zueinander. Die Bürger des 1. Viertels spendeten z.B. immer etwa dreimal so viel wie die Bürger des 4. Viertels, was wiederum nur bedeuten kann, dass die Sammelergebnisse eben nicht Zufall waren, sondern doch eine gewisse Aussagekraft beanspruchen können.

⁷⁷ SPD Kaufbeuren, 1887-1897. 100 Jahre SPD Kaufbeuren, zusammengestellt und kommentiert von Erwin Birnmeyer, Kaufbeuren 1987, S. 8ff.

⁷⁸ KGBL, Bd. 12, Heft 11 (Sept. 1992), S. 513.

⁷⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt 1854, S. 1-4.

⁸⁰ Vgl. Christa-Chronik, S. 64.

Akzeptiert man diese Hilfskonstruktion, dann bietet die Liste einen entscheidenden Vorteil. Man kann mit ihrer Hilfe jedem Straßenzug, ja fast jedem Einzelhaus, seinen Rang im Gefüge der Stadt zuordnen.

Wie kommt die folgende Tabelle zustande? 446 Bürger, das entspricht etwa der Hälfte der Bürger, spendeten im Dezember 1853 insgesamt 238 Gulden und 53 Kreuzer. Jeder Spender gab also im Gesamtdurchschnitt 32 Kreuzer. Im Folgenden sind nun die einzelnen Straßenzüge aufgelistet mit der Anzahl der Spender, der in dieser Straße gespendeten Summe und dem Durchschnittswert dieser Straße. Daraus ergibt sich eine klare Rangfolge, die das ökonomische Gewicht des jeweiligen Straßenzuges wenigstens andeutet.

Straßenzug	Spenderzahl	Spendensumme	Spende/Person
Kaiser-Max-Straße	48	71 fl 24 kr	89 kr
östl. Vorstadt	25	31 fl 48 kr	75 kr
südl. Vorstadt	10	7 fl 42 kr	46 kr
Salzmarkt	31	19 fl 57 kr	40 kr
Ringweg	21	12 fl 9 kr	35 kr
nordöstl. Vorstadt	21	10 fl 51kr	31 kr
Ludwigstraße	49	21 fl 24 kr	26 kr
Schmidgasse	38	12 fl 36 kr	20 kr
Pfarrgasse	18	4 fl 48 kr	19 kr
Münzhalde	9	2 fl 39 kr	18 kr
Rosental	14	3 fl 48 kr	16 kr
Hafenmarkt	18	2 fl 54 kr	15 kr
Am Breiten Bach	28	6 fl 48 kr	15 kr
Neue Gasse	23	5 fl	13 kr
Ledergasse	17	3 fl 27 kr	12 kr
Schlosserhalde	8	1 fl 30 kr	11 kr
Kappeneck	16	2 fl 48 kr	10 kr
Baumgarten	13	2 fl 3 kr	9 kr
Unter dem Berg	8	1 fl 4 kr	8 kr

Berücksichtigt man noch den Umstand, dass die Bewohner der wohlhabenderen Straßen fast vollständig spendeten, die Bürger in den ärmeren Vierteln dagegen nur zu einem geringen Teil, dann vergrößert sich der Abstand zwischen den oben und unten aufgeführten Straßenzügen noch beträchtlich. Eines wird jedenfalls überdeutlich: Der Reichtum der Stadt konzentrierte sich in der heutigen Kaiser-Max-Straße, dort befanden sich die Handelshäuser der Kaufleute und die großen Brauereigaststätten, und in der östlichen Vorstadt etwa zwischen Gutenbergstraße und Füssener Straße, einem Areal mit Sägen, Mühlen, großen Färbereien und den Gartenhäusern der Großhändler und Fabrikanten. In den nördlichen und westlichen Randbezirken dagegen war die Armut zu Hause, hier lagen ja auch die alten Schwerpunkte des Weberhandwerks. In diesem Befund spiegelt sich noch immer die mittelalterliche und frühneuzeitliche Struktur der Stadt, die größeren Betriebe in den Vorstadtbereichen weisen aber schon deutlich auf die industrielle Revolution hin, die die Mauern der alten Stadt sprengte.

Dürre Zahlenreihen, statistische Abweichungen von Mittelwerten und ähnliche Hilfsmittel sind für den Historiker in der Regel sehr verlässliche Angaben, aber lieber hätte man etwas anderes: Bilder und anschaulich formulierte Beschreibungen. Vieles würde plötzlich vorstellbar: die Fassaden der Häuser, an denen die Menschen vorbeiging, die Auslagen der Läden, die Gerüche und Geräusche des alltäglichen Lebens. Fotografien gab es schon, aber sie waren teuer und zeigten deshalb in der Regel nicht den Alltag. Nicht zufällig ist auf dem ältesten in Kaufbeuren erhaltenen Foto das Rathaus der Stadt zu sehen und nicht ein Hinterhof im Kappeneck. Wenn man es sich leisten konnte, wurde ein Portrait angefertigt, Schnappschüsse in der Werkstatt eines Handwerkers waren eigentlich nicht vorstellbar. Zum Glück haben wir die vielen Bilder des Konditors Andreas Schropp, der die Stadt gerade in den Jahren des wirtschaftlichen und politischen Umbruchs mit großer Liebe zum Detail portraitierte. Aber vergleichen wir trotzdem: Nehmen wir ein Bild von Schropp, das die heutige Ludwigsstraße zeigt und legen eine frühe Fotografie, die etwa aus demselben Blickwinkel aufgenommen wurde, daneben. Bei Schropp ist der Himmel eigentlich immer blau, die Straße trocken und die Menschen sind zu genrehaft anmutenden Figurengruppen drapiert. Die Liebe zu



Die heutige Ludwigsstraße bei Andreas Schropp (1847) und in einer Fotografie des späten 19. Jahrhunderts

Kaufbeuren überwiegt erkennbar die Liebe zur realistischen Darstellung. Behalten wir deshalb lieber die Fotografie mit ihren Regenpfützen, ihrem Dreck, Mist und Kot, ihrer Unordnung auf der Straße im Hinterkopf, wenn wir ein paar Passagen aus den Kindheitserinnerungen Herman Hutters, geboren 1848 in Kaufbeuren, hören: „*Vom Fenster unseres Wohnzimmers konnte man in bestimmter Länge die bergansteigende Neue Gasse sehen, der mein nächster Streifzug zugeordnet war. Hier hatte in einem der ersten Häuser linker Hand der Bürstenbinder Stumpf seine Werkstatt. Sein Arbeitstisch stand unweit der waagrecht geteilten Türe, deren obere Hälfte nach innen zurückgeschlagen war, so daß sich sein Geschäftsbetrieb vor aller Augen abspielte. Sobald die Temperatur erträglich und die Witterung schön war, ging er heraus aus dem Kellerloch und etablierte sich vor dem Hause. Da sah man denn die altersgraue, verwitterte Holzbank; den runden kohlengeheizten Ofen neben dem stark verrußten Kessel, der mit siedendem Pech bis zum Rand gefüllt war; daneben den Tisch den Tisch mit den Pinseln und Bürsten, die er zum Bad bestimmt hatte. Wie lieblich dünkte mich der Schwefelgeruch, der mir wie Weibrauchduft in die Nase stieg; wie bedeutend schien mir der Mann, wenn er, den hölzernen Pfeifenstummel im Munde, mit salbungsvoller Würde an einem Stück nach dem anderen den feierlichen Taufakt vollzog! (...) Der Kupferschmied Grosselfin-*

ger, unser Nachbar zur Linken, hämmerte an seinen Kesseln, Kannen und Pfannen; der Spengler Ruschitzka in der Pfarrgasse klopfte mit hölzernem Hammer die Dachrinnen aus Weißblech (...) Die Bewohner der Pfarrgasse standen nicht im besten Geruche. Zu ihrer „Anrüchigkeit“ trugen nicht nur die Häute, richtiger die Lederstücke bei, welche in den Dach-Gauben aufgehängt waren, sondern auch die Düngerhaufen, die stellenweise die Straße begrenzten, deren Rinne jahraus, jahrein mit Odelwasser gefüllt war.“⁸¹

Welch ein krasser Gegensatz, wenn Hutter das Wohnhaus eines Advokaten betrat:

„Die hohen, schönen Wohnräume, die mir als das „non plus ultra“ des Reichtums und der Vornehmheit erschienen, machten auf mich einen fast beklemmenden Eindruck (...) Ich bewunderte die leuchtenden, goldgepressten Tapeten der Zimmerwände; an den Fenstern die farbigen, seidenen Vorhänge; dazwischen die in vergoldeten Rahmen fast bis zum Boden reichenden Spiegel; das samtgepolsterte Kanape nebst dito Sesseln; den Glasküster an der Decke des Salons und den gestrickten Glockenzug neben der Türe.“⁸²

Der Amtsarzt Dr. Hildebrand in einem Bericht aus dem Jahr 1858:

„Die meisten Wohnungen in der Stadt, namentlich die der Armen und wenig Bemittelten, sind klein, unbequem und feucht, was seinen Grund darin hat, daß die meisten alten Häuser mit Tuffstein erbaut sind, sondern vorzüglich daher rühren mag, daß fast in jedem Wohnzimmer ein Kochofen sich befindet, und dieser nicht bloß im Winter zu jeder Tageszeit, sondern selbst im Sommer, wenigstens Morgens zur Bereitung des Kaffees geheizt wird. Durch den beständigen Dampf, der sich bei niedriger Temperatur namentlich in der Nacht zur Flüssigkeit kondensiert, und weil selten gelüftet wird, wird auch die trockenste Wohnung in kurzer Zeit feucht und ungesund.“⁸³

Versuchen wir ein Fazit zu ziehen:

Je näher man der Jahrhundertmitte kam, desto schwieriger wurde das Leben für die Mehrzahl der Einwohner Kaufbeurens. Alle einschlägigen Daten belegen diesen zunehmenden Verarmungsprozess: Die Preise aller Lebensmittel stiegen seit den 20er Jahren kontinuierlich an,⁸⁴ die Löhne blieben dagegen relativ konstant,⁸⁵ die Spendenbereitschaft nahm deutlich ab,⁸⁶ seit Mitte der 40er Jahre mussten die Spareinlagen

⁸¹ Kraus, J. (Hg.), Geborgen ruht die Stadt im Zauber des Erinnerns. Der Kaufbeurer Komponist Herman Hutter 1848-1926 und sein autobiographisches Vermächtnis, Kempten 1996, S. 49ff.

⁸² Ebda., S. 60.

⁸³ Weißfloch, L., Das Leben in Kaufbeuren und seiner Umgebung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ein Bericht aus dem Jahre 1858, in: KGBL, Bd. 11, Heft 10 (Juni 1989), S. 421.

⁸⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt 1818-1850. Den Preistabellen für die Schranne ist zu entnehmen, dass nicht nur die Getreidepreise, sondern z.B. auch die Preise für Schmalz, Kartoffeln und Fleisch deutlich anstiegen.

⁸⁵ StAKf, A 928, S. 29. Die Fabriklohne schwankten 1848 für Spinner zwischen 16 kr und 1 fl 30 kr pro Tag, für Weber zwischen 16 kr und 36 kr pro Tag. Vergleichbare Daten aus anderen Geschäftsjahren sind mir nicht bekannt. An den Löhnen für die Maurer- und Zimmerergesellen lässt sich jedoch die bescheidene Lohnentwicklung ablesen. Von 1825-1845 betrug der Taglohn 36 kr, 1846 wurde er wegen der hohen Lebensmittelpreise auf 46 kr erhöht, 1849 jedoch wieder auf 40 kr gesenkt. Vgl. Christa-Chronik, S. 101, 183 und 221.

⁸⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 1814-1854. Die dort jährlich veröffentlichten Ergebnisse der Weihnachtssammlung zeigen ein kontinuierliches Absinken der Spendenbereitschaft von 486 fl (1816) auf 238 fl (1853).

angegriffen werden.⁸⁷ Grund für diese Entwicklung waren Strukturveränderungen, die von der Industrialisierung ausgelöst wurden und sich über Jahrzehnte hinzogen. Kurz vor dem Ausbruch der Revolution schoben sich über diesen lang anhaltenden Anpassungsprozess eine Reihe weiterer Probleme: die erste industrielle Krise Europas und die letzte vorindustrielle Hungerkrise. All diese Punkte lassen sich am Kaufbeurer Beispiel bestens studieren, die Stadt erweist sich damit geradezu als idealtypische Kleinstadt, der nur die Zuspitzung dieser Probleme durch eine Bevölkerungsexplosion erspart blieb. Für sich allein genommen erklären diese Ereignisse kaum den Ausbruch der Revolution, aber sie hinterließen im Denken der Betroffenen tiefe Spuren. Bis 1848 hatte sich ein explosives Gemisch von Erfahrungen und Enttäuschungen, Befürchtungen und Hoffnungen entwickelt. Die offenbare Unfähigkeit und Ratlosigkeit der Regierungen, mit diesen sich häufenden Problemen wenigstens ansatzweise fertig zu werden, löste bei vielen tiefe Zweifel an der Legitimität der überkommenen Herrschaftsformen aus. Das Interesse an Alternativen wuchs, denn so wie bisher konnte und durfte es nicht weitergehen.⁸⁸

Politik: Die Grenzen der Freiheit

Frankfurt, 1814: Der bayerische Kronprinz, der spätere König Ludwig I., besucht den Freiherrn vom Stein, den großen preußischen Reformminister der napoleonischen Ära. „*Erschien auch der Kronprinz Ludwig von Baiern, gleich Stein von dem feurigsten Muth für ein neues freies Deutschland entflammt (...) da wurden bei manchem Spaziergang die patriotischen Hoffnungen so laut erörtert, daß Stein, wenn auch im Scherz, den Prinzen mahnen mußte, leiser zu sprechen, weil bereits Leute stehen blieben – und 'glauben, ich halte hier einen Jacobinerclub'.*“⁸⁹ Diese kleine Szene, von Ernst Moritz Arndt überliefert, gibt den Eindruck wieder, den der bayerische Monarch auf viele seiner Zeitgenossen machte. Es ist das Bild eines impulsiven, reformfreudigen Menschen, der den Ideen von Freiheit und einem gemeinsamen deutschen Nationalstaat aufgeschlossen gegenüber stand. Er galt als einer der fortschrittlichsten deutschen Herrscher, auf ihm ruhten lange die Hoffnungen vieler süddeutscher Liberaler. Sogar der Würzburger Redakteur Gottfried Eissenmann, den Ludwig elf Jahre lang hinter Festungsmauern inhaftieren ließ, glaubte am Ende seiner Haftzeit immer noch, dass der „*König von Bayern (...) berufen sei, an der Spitze der freisinnigen Bewegung in Teutschland zu stehen, um ein einiges starkes Teutschland gründen zu helfen.*“⁹⁰ Wie sehr hier Wunsch und Wirklichkeit verwechselt wurden, musste jedem aufmerksamen Beobachter spätestens seit 1830 klar geworden sein. Die

⁸⁷ Vgl. Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren (Hg.), Chronik der Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren 1825-2000, Kaufbeuren 2000, S. 73.

⁸⁸ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 48; Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, S. 641.

⁸⁹ Grundsätzlich: Gollwitzer, H., Ludwig I. von Bayern. Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie, München 1986; Zitat: Schmitz, W., Der Deutsche der Deutschen...Ludwig I. und die nationale Bewegung, in: Grimm, C. (Hg.), „Vorwärts, vorwärts sollst du schauen...“ Geschichte, Politik und Kunst unter Ludwig I., München 1986, S. 136. (= Veröffentlichungen zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Nr. 9/86.).

⁹⁰ Ebda., S. 128.

französische Juli-Revolution hatte beim bayerischen Monarchen eine bisweilen geradezu hysterische Revolutionsfurcht ausgelöst. Die Heftigkeit und das Ausmaß der jetzt eingeleiteten repressiven Regierungsmaßnahmen hatten ihre Ursachen in der Vorstellung, dass eine europaweit im Untergrund agierende Revolutionspartei emsig daran arbeite, mit Propaganda und direkten Aktionen den Umsturz der monarchischen Ordnung zu bewerkstelligen.⁹¹ Um solche Bestrebungen schon im Keim zu ersticken, wurden alle Mittel der Unterdrückung eingesetzt: die Pressezensur, die politische Überwachung und Bespitzelung, die systematische Einschränkung der parlamentarischen Opposition, das Verbot von Vereinen und Versammlungen, Maßnahmen der Fremdenpolizei und vieles mehr. Allein zwischen den Jahren 1831 und 1839 wurden in Bayern ungefähr 800 Prozesse wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung durchgeführt.⁹²

Ob der Wechsel von einer frühen „liberalen“ zu einer späteren „reaktionären“ Phase in der Regierungszeit des Königs wirklich so grundlegend gewesen ist oder ob Ludwigs Politik nicht schon von Anfang an nur auf die Stärkung der Monarchie ausgerichtet war, braucht hier nicht diskutiert zu werden, wichtig ist jedoch, dass die Öffentlichkeit auch in der Provinz einen politischen Klimasturz wahrnahm. Erinnern wir uns an den Webermeister Bachschmid, der in seinem Grundsteindokument von „*Rückschritt*“, vom Zurück in die „*vormalige Finsternis*“, von Unterdrückung „*jeder freisinnigen Äußerung*“ sprach. Auch der Spitalverwalter Christa registrierte mit zunehmender Verärgerung Jahr für Jahr die Menge der verbotenen oder zensierten Bücher und Zeitungen. Lobte er 1834 in seiner Chronik die Obrigkeit noch ausdrücklich dafür, dass die Regierung durch „*zahlreiche Beschlagnahmen gefährlicher Druckschriften ihre Wachsamkeit zu erkennen giebt*“, zeigten sich 1840 mit der Formulierung „*angeblich staatsgefährlichen oder sittenverderblichen Inhalts*“ schon deutliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des staatlichen Vorgehens, so werden 1846 die Dinge auf den Punkt gebracht: „*Auch sind in diesem Jahre 67, dem Ministerium Abel mißliebige Druckschriften beschlagnahmt worden.*“⁹³

Ist diese Kritik an der staatlichen Zensur noch eher allgemeiner Natur, d.h. nicht unbedingt durch konkrete, persönliche Erfahrungen unterfüttert, so sollen im Folgenden zwei Vorgänge dargestellt werden, die für die Betroffenen wesentlich spürbarere Konsequenzen hatten.

Staatsfeind Nr. 1: Christoph Friedrich Heinzelmann, Großhändler

Der Kaufbeurer Großhändler Christoph Friedrich Heinzelmann d.Ä. (1786-1847) war in den Jahren 1825 – 1834 einer der profiliertesten Abgeordneten des bayerischen Landtags. Das Parlament führte damals zwar noch nicht diesen Namen, sondern nannte sich 2. Kammer der Ständevertretung, dem zu Folge war Heinzelmann auch nicht Landtagsabgeordneter, sondern „Landstand“, trotzdem soll aber, der besseren Verständlichkeit wegen, im Folgenden vom Landtag die Rede sein. Er, der „*gründliche Kenner des Fabrick- und Handelswesens*“, wurde nicht nur von seinen Wählern, sondern auch

⁹¹ Vergleiche hierzu: Mayring, E.A., Bayern nach der französischen Julirevolution. Unruhen, Opposition und antirevolutionäre Regierungspolitik 1830 – 1833, München 1990, S. 152.

⁹² Ebda., S. 65ff.

⁹³ Christa-Chronik, S. 143, 165, 187.



Christoph Friedrich Heinzelmann d.Ä.: Großhändler, Fabrikant, liberaler Landtagsabgeordneter

von den Kollegen zu den „*vorzüglichsten Männern dieser Versammlung*“ gerechnet.⁹⁴ Konnte er 1825 noch mit der Sympathie des jungen Königs rechnen⁹⁵, so zählte ihn die Regierung schon 1831 zu den „*eigentlich inkorrigiblen Oppositionsmännern*“⁹⁶. Dabei waren von Heinzelmann nie radikale Töne zu hören. Er setzte sich aber beharrlich für Pressefreiheit und eine liberale Wirtschaftspolitik ein, von der sich vor allem die neubayerischen Gebiete – Schwaben, Franken und die Pfalz – Nutzen versprachen. Das brachte ihn automatisch mit den führenden liberalen Oppositionsabgeordneten in Kontakt, die alle aus diesen Gebieten Bayerns kamen. Diese Verbindungen zogen Heinzelmann 1831/32 in die so genannte „Closen-Affaire“ hinein, einen Konflikt, der die politisch interessierte Öffentlichkeit Bayerns heftig erregte.

Da ein großer Teil der Landtagsabgeordneten im Staatsdienst stand, glaubte der König, eine bequeme Methode gefunden zu haben, seine Kritiker mundtot zu machen: Er verweigerte seinen schärfsten und kompetentesten Kritikern die Beurlaubung und hinderte sie so daran, an den Sitzungen des Landtags teilzunehmen. Dieses häufig angewandte Vorgehen führte Anfang Februar 1831 zu massiven öffentlichen Protesten. So ließ in Kempten der ehemalige Rechtsrat Balthasar Waibel eine scharf formulierte Protestschrift zirkulieren, die von über 300 Bürgern unterzeichnet wurde. Darin wurde eine bittere Rechnung aufgemacht: „*Das, obnedieß in die engsten Grenzen gezogene Wahlrecht ist aber der einzige Gewinn, den Bayern durch die Constitution von 1818 erhalten hat. Ist auch dieses, über Gebühr beschränkte Recht nur illusorisch – was bleibt uns dann von den hochgerühmten Wohlthaten dieser Verfassung noch übrig?*“⁹⁷ Dieser Text gelangte in viele andere schwäbische Städte, auch nach Kaufbeuren und alarmierte dort sofort die Obrigkeit. Die Regierung in Augsburg wies ihren höchsten Beamten in Kaufbeuren, den Stadtkommissär Fink, an, die Unterschriftensammlung, falls erforderlich, sofort zu unterbinden und über die beteiligten Personen genaueste Erkundigungen einzuziehen. Der Druck von oben funktionierte und Stadtkommissär Fink konnte seiner vorgesetzten Behörde zufrieden mitteilen, dass „*in folge der gegen diese gedruckte Adresse gemachten Einschreitungen jede weitere Äußerung hierüber sorgfältig vermieden wird.*“⁹⁸ Fink konnte aber nicht nur die Unterschriftensammlung verhindern, sondern auch die Querverbindungen nach Kempten ermitteln. Sorgfältige und vorsichtige Untersuchungen hätten ergeben, dass die in Kaufbeuren aufgetauchten Exemplare vom Kemptener Buchhändler Dannheimer und der Heinzelmannschen Verwandtschaft, der

⁹⁴ Aretin, K.O. v., Zeitgenössische Betrachtungen über den Landtag von 1827/28, in: Kraus, A. (Hg.), Land und Reich, Stamm und Nation, Bd. 3 (= Festgabe für Max Spindler zum 90. Geburtstag), München 1984, S. 42f.

⁹⁵ Pache, W., Christoph Friedrich Heinzelmann (1786-1847). Bürger, Unternehmer, Politiker, in: Haberl, W. (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 14, Weißenhorn 1993, S. 246.

⁹⁶ Ebda., S. 247.

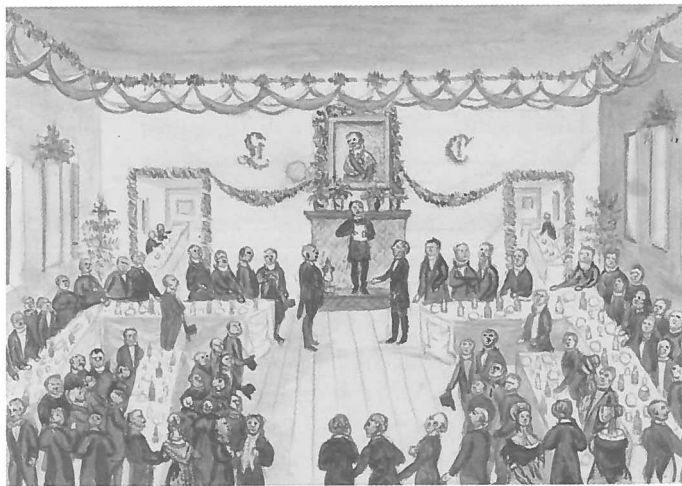
⁹⁷ STAA, Regierung, Nr. 6889.

⁹⁸ Ebda., S. 12.

Großhändlerfamilie Schachenmayer stammten.⁹⁹ Die Behörden hatten offenbar ihre Zuträger, der Überwachungsapparat funktionierte.

Der Streit zwischen König und liberaler Öffentlichkeit spitzte sich exemplarisch an der Person des fränkischen Abgeordneten Carl von Closen zu. Da ihm als Ministerialbeamten die Wahrnehmung des Abgeordnetenmandats vom König verweigert wurde, verließ Closen den Staatsdienst, um als Privatmann in den Landtag einziehen zu können. Um den dadurch entstandenen finanziellen Nachteil auszugleichen, mobilisierten liberale bayerische Zeitungen Solidaritätsaktionen. So rief der Würzburger Redakteur Eisenmann zur Gründung von „Closen-Vereinen“ auf, die aber schon Mitte Februar 1832 als „ungesetzliche staatsverräterische Vereinigungen“ verboten wurden.¹⁰⁰ Da Heinzelmann in Briefkontakt zu Eisenmann stand, wurde auch in Kaufbeuren eine Filiale des Closen-Vereins vermutet.¹⁰¹ Heinzelmann geriet immer mehr in den Ruf eines Staatsfeindes, Akten wurden über ihn angelegt, sein Verhalten überwacht.

Neue Nahrung bekam das Misstrauen der Behörden, als am 24. Juni 1832 Heinzelmanns liberale Freunde in Kaufbeuren ein Bankett zu seinen Ehren organisierten. Da politische Versammlungen nicht erlaubt waren, bildeten Festbankette eine Möglichkeit, dieses Verbot zu umgehen. Unverfänglicher Rahmen hierfür war die Feier eines Ver-



Festbankett als oppositionelle Willensbekundung: Die Kaufbeurer Liberalen überreichen ihrem Abgeordneten einen Silberpokal (Schropp, Nr. 269)

fassungsfestes, zu dem die Bevölkerung Kaufbeurens aufgerufen wurde, wobei allen klar war, dass es dabei – zwischen Suppe und Wildbraten – weniger um ein dankbares Gedenken, sondern eher um Forderungen nach dem konsequenten Ausbau der Verfassung von 1818 gehen würde. Der Großhändler Johann David Schäfer drückte dann in seiner Begrüßungsrede aus, wofür der Kaufbeurer Abgeordnete mit einem Silberpokal geehrt werden sollte: *„Einsichten in das, was dem Throne sowohl als dem Volke wahrhaft frommt, edle Freimüthigkeit in der Rede, durch nichts zu erschütternde Unerschrockenheit bei Hindernissen und ernstem Widerstande, und unermüdete Ausdauer im Wirken für heilig erkannte*

*Zwecke.“*¹⁰² Auch Heinzelmanns Dankesrede war eindeutig. Er hielt ein Plädoyer für Meinungs- und Pressefreiheit, für die Nutzung der Spielräume, die die Verfassung jetzt schon garantierte, für den Ausbau der Verfassung im Einvernehmen zwischen König

⁹⁹ Ebda.

¹⁰⁰ Mayring, Julirevolution, S. 111.

¹⁰¹ STAA, Regierung, Nr. 7145, S. 19.

¹⁰² StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 372: Das konstitutionelle Fest in Kaufbeuren, S. 5.

und Bevölkerung. „Auf das Erhalten, Gedeihen und Entwickeln unserer Verfassung in Einigkeit zwischen König und Volk!“. Dieser Trinkspruch am Ende seiner Rede brachte das Denken Heinzelmanns exakt auf den Punkt.¹⁰³ So wie er dachte damals die Mehrheit der deutschen Liberalen. Sie glaubten an die Kompromissfähigkeit und die Kompromissbereitschaft der Herrscher und setzten trotz gelegentlich heftiger Konflikte auf schrittweise, im Konsens erzielte Reformen. Der Gedanke an revolutionäre Veränderungen flößte den meisten von ihnen Entsetzen ein, ein Reflex auf die Französische Revolution, die viele von ihnen noch in Erinnerung hatten. „Als ob man nicht sehr liberal seyn und zur Opposition gehören könnte, ohne auch nur einen Gedanken an Revolution zu hegen“, sagte Heinzelmann seinen Zuhörern.¹⁰⁴ Selbst das Hambacher Fest, das nur einige Tage zurücklag, eine politische Kundgebung mit zehntausenden von Teilnehmern, wurde von einem gemäßigten Liberalen wie Heinzelmann kritisch kommentiert. Die Mobilisierung der Massen konnte riskant sein, man war sich nicht sicher, ob man die Kontrolle über solche Veranstaltungen behalten konnte. „Nur auf dem gesetzlichen Weg der Verfassung kann und soll es besser werden“, beschwor er sein Publikum im Gasthaus zur Wiese.¹⁰⁵

Stadtkommissär Fink, der zum Verfassungsfest zwar eingeladen war, aber nicht teilgenommen hatte, konnte seine Vorgesetzten beruhigen, dass „das am 24. dieses Monats dachier stattgefundene Fest sich in den Schranken der Ordnung bewegte und nach allen bis jetzt eingezogenen Erkundigungen von einer überwiegenden Mehrzahl der vorhandenen Gäste mit Begeisterung für die Verfassung und das königliche Haus gefeyert wurde.“¹⁰⁶ Das Fest verlief zwar in ruhigen Bahnen, zeigte aber gleichzeitig durch die Anwesenheit von 160 Gästen – unter ihnen viele Honoratioren der Stadt –, dass das liberale Denken in Kaufbeuren längst Fuß gefasst hatte und sich keineswegs auf ein paar wenige beschränkte.

Die Lieder, Gedichte, Ansprachen und Toaste, die auf dem Verfassungsfest zu hören waren, bieten die seltene Gelegenheit, frühliberales Denken in Kaufbeuren wenigstens in Grundzügen zu betrachten, um eine Vorstellung davon zu bekommen, was der Begriff Liberalismus für die Bürger der Stadt überhaupt beinhaltete. Das ist weniger klar, als man zunächst vermuten möchte. Auch die neuere Forschung setzt sehr unterschiedliche Akzente bei dem Versuch, den ideengeschichtlichen Kern des Begriffs genau zu bestimmen. Kreiste der Liberalismus hauptsächlich um die Idee eines autonomen Individuums, handelte es sich vornehmlich um eine politische Verfassungsbewegung oder ging es um soziale Modernisierung, die auf Befreiung von überkommenen Fesseln aller Art zielte?¹⁰⁷ Von entfesselten Privatinteressen ist bei Heinzelmann keine Spur zu finden, ganz im Gegenteil. Als oberstes Ziel allen politischen Handelns wird mehrfach „Bürgerwohl“, „Bürgerglück“ und „Gesammtwohl“ genannt. Die verschwenderisch gebrauchte Bürgerrhetorik macht sehr deutlich, dass man sich den Einzelnen nicht als freischwebendes Individuum, sondern als festen Bestandteil bürgerlicher Gemeinschaft

¹⁰³ Ebda., S. 11.

¹⁰⁴ Ebda., S. 7.

¹⁰⁵ Ebda., S. 10.

¹⁰⁶ STAA, Regierung, Nr. 9564.

¹⁰⁷ Nolte, P., *Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition-Radikalismus-Republik*, Göttingen 1994, S. 188f. Der Autor sichtet hier kritisch die Bewertungen von Nipperdey, Langewiesche und Wehler.

vorzustellen hat. Bedeutete bürgerliche Gemeinschaft aber Zugehörigkeit zu einer Klasse (Bourgeoisie), zu einem Staat (bayerischer Staatsbürger) oder zu einer Gemeinde (Bürger der Stadt Kaufbeuren)? Der Bezug zur bayerischen Ebene wird zwar immer wieder hergestellt, aber dem „*Bürgerfreund*“ wird von einer konkreten lokalen Bürgerschaft, „*unserm Bürgerbunde*“, symbolisiert durch den Silberpokal, die höchste Auszeichnung, „*die Bürgerkrone*“, zuerkannt. Die Verankerung in der Stadtgemeinde erscheint demnach als Basis politischen Wirkens. Ausgestattet mit vorbildlichen Verhaltensweisen (Zivilcourage, Beständigkeit, Engagement für die Öffentlichkeit, Redlichkeit) gilt der politische Einsatz vor allem einem Ziel: „*consequentes Festhalten an der verfassungsmäßigen Freiheit*.“ Nach Gesetz und Verfassung seien die Bürger dazu berufen, an der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, die Verfassung sei mitnichten „*ein Geschenk, das man also auch wieder zurücknehmen könne*“. Nur auf dem gesetzlichen Weg der Verfassung könne es besser werden, „*durch Einigkeit, durch ächten Bürgersinn, durch Kenntnis der Volksrechte, durch politische Mündigkeit, durch Festhalten an der Constitution*.“ Die Verfassung – die man bereits besaß, die nicht mehr erkämpft werden musste – wurde mit größtem moralischen Pathos zum zentralen Bezugspunkt stilisiert: „*Sobald die Mehrheit einsieht, wie sehr die Wirkungen freier Verfassungen den Werth des Lebens in jeder Beziehung erhöhen, wie der Mensch dadurch mehr zum Menschen wird, – da ist die Sache der Freiheit als gewonnen zu betrachten*.“ Was wäre also im Bewusstsein der Kaufbeurer ein Liberaler? – Ein Bürger, der – eingebettet in seine Stadtgemeinde – seine Privatinteressen hintanstellt, um im Rahmen der Verfassung, zum Besten aller, an Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken.¹⁰⁸ Auch die Gegner wurden klar bezeichnet: Nicht der Monarch, sondern die Regierung, die vom Adel beherrschte 1. Kammer und willkürlich handelnde Beamte bildeten den dunklen Hintergrund, vor dem sich Heinzelmann um so strahlender abhob. Darüber hinaus kritisierte man all diejenigen, die ihre Fähigkeiten nur zur persönlichen Karriere nutzten oder „*in leeren Theorien vergraben*“, in steter Gefahr standen, „*des Lebens wahren Zweck*“ zu verfehlen. Damit könnten zwei Gruppen gemeint sein, einmal radikale Liberale, die ihre Forderungen aus abstrakten Ideen ableiteten oder ein Beamtenliberalismus, der gönnerhaft von oben Reformen oktroyierte (z.B. die Auflösung korporativer Gewerbestrukturen), die an den alltäglichen Bedürfnissen der Bürger vorbeigingen. In beiden Fällen handelte es sich um Haltungen, die sich von der Lebenswirklichkeit der Bürgergemeinde bereits weit entfernt hatten. Die Position des Monarchen wurde auf dieser Festveranstaltung nie in Frage gestellt, aber Heinzelmann erinnerte mit dem Selbstbewusstsein eines ehemaligen Reichsstädters daran, dass die Unzulänglichkeiten eines Mittelstaates wie Bayern (mangelnder Schutz im Kriegsfall, geringere Spielräume für Handel und Industrie) nur durch größere bürgerliche Freiheiten wettgemacht werden könnten. Gäbe es diese Freiheiten nicht oder würden sie zurückgeschraubt, dann wäre der Gewinn, den die Bürger aus der Zugehörigkeit zu Bayern ziehen könnten, gleich null. Er bestünde nur aus hohen Kosten für eine überflüssige Regierung.¹⁰⁹ Bestand die nächstliegende Aufgabe in der Verteidigung der bayerischen Verfassung, so lag dem kaufmännischen Denken eines

¹⁰⁸ Vgl.: Nolte, P., Gemeindeliberalismus. Zur Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S. 77.

¹⁰⁹ StAKf, Beilagen zur Christa-Chronik, Nr. 372.

Textilgroßhändlers aber auch die Vorstellung eines deutschen Nationalstaats nicht fern. Ans Ende seiner Rede setzte Heinzelmann das „*schöne Ziel*“, „*ein einiges, ein freies und starkes constitutionelles deutsches Vaterland zu haben.*“¹¹⁰ Gegeneinander ausspielen lassen sich die Ziele nicht, zunächst meinte der Begriff Vaterland immer das eigene Land, also Bayern. Die Vorstellungen von einem bayerischen und einem deutschen Vaterland ließen sich noch problemlos miteinander vereinbaren, zumal ein deutscher Nationalstaat in so weiter Ferne stand, dass man sich um die konkrete Ausgestaltung dieses Verhältnisses keine allzu genauen Gedanken machen musste. Noch unverbindlicher war die Verwendung des Begriffes „deutsch“ in den Liedern und Gedichten auf Seiten der Kaufbeurer Festveranstalter. Hier reduzierten sich die Inhalte auf positive Charaktereigenschaften, wie „*von deutschem Schlag*“ oder „*deutschem Treusinn*“. Je weiter sich die Formulierungen von der lokalen Bürgergemeinde entfernten, desto rhetorischer wurden sie. Die Idee, die Loyalität gegenüber Bayern gegebenenfalls aufkündigen zu können, war im Gedankengang so auf die ökonomischen Interessen Heinzelmanns zugeschnitten, dass sie kaum als Kaufbeurer Allgemeingut angesehen werden kann. Die wirklich fasslichen Begriffe der Kaufbeurer Konstitutionsfeier waren: Gesamtwohl, Pressefreiheit und Verfassung. Wie stark diese Vorstellungen an die Bürgergemeinde zurückgebunden waren, kommt auch darin zum Ausdruck, dass man in den Trinksprüchen die Nationalgarde, also die bürgerlichen, in der Regel städtischen Einheiten der Landwehr, als „*die natürliche Beschützerin der Verfassung und die sicherste Stütze der Rechte des Volkes*“ hochleben ließ.¹¹¹

Es war nicht das erste Mal, dass sich der Landrichter in diesem Frühsommer Gedanken über die politische Haltung der Kaufbeurer Bürger machen musste. Im Mai hatte es bereits Auseinandersetzungen wegen der Vereidigung des Magistrats auf den König gegeben. Der Bürgermeister und die Stadträte sollten eidesstattlich erklären, sich keinem politischen Verein anzuschließen und die Befehle des Monarchen widerspruchsfrei auszuführen. Johann David Schäfer, einer der Hauptinitiatoren des Festbanketts, hatte sich daraufhin geweigert, diesen Eid abzulegen. Unterstützt wurde er von über 30 Kaufbeurer Bürgern, die mit Hilfe einer Unterschriftensammlung die Räte aufforderten, die Vereidigung abzulehnen. Landrichter Fink konnte diese Bürgerbewegung zwar beenden, indem er die Unterschriftenliste an sich brachte, er konnte aber nicht verhindern, dass fünf weitere Magistratsräte (Chr. D. Walch, J. D. Mayr, A. Rehle, J. Merz, A. Schropp) sich nur unter Vorbehalt vereidigen ließen. Sie gaben zu Protokoll, dass sie sich durch den Eid nicht davon abhalten lassen würden, sich für die in der Verfassung garantierten Bürgerrechte einzusetzen. Nur der Bürgermeister und die katholischen Ratsmitglieder beugten sich kommentarlos der Anordnung aus München.¹¹²

Aufgrund dieser Informationen an die Regierung in Augsburg spitzte sich für Heinzelmann die Situation in den folgenden Monaten zu. Im Sommer 1832 wurde in Bayern der Höhepunkt der Zensurmaßnahmen erreicht: Innerhalb von vier Wochen wurden 142 Zeitungsnummern beschlagnahmt. Der Abgeordnete Closen und auch der Initiator der Closen-Vereine, der Redakteur Gottfried Eisenmann, wurden wegen Majestätsbe-

¹¹⁰ Ebda., S. 11.

¹¹¹ Ebda., S. 12.

¹¹² StAKf, B 109 Schropp-Chronik, S. 347f.

leidigung verhaftet. Heinzelmann, der mit den Vorgängen um Closen bestenfalls am Rande befasst war, zog es aber doch vor, eine ungewöhnlich lange Reise ins Ausland zu unternehmen und so einer möglichen Verhaftung zu entgehen. Am 1.9.1833 verließ er in Begleitung des evangelischen Pfarrers Königsheim und des späteren Bürgermeisters Christoph Daniel Walch Kaufbeuren in Richtung Schweiz und Elsass. Erst am 6.1.1844 kehrte er in seine Heimatstadt zurück, unbehelligt, aber unter ständiger Beobachtung seitens der Behörden.¹¹³

Mitte der dreißiger Jahre zog sich Heinzelmann aus der Politik zurück, dem Landtag von 1837 gehörte er nicht mehr an: Vielleicht erforderte die Errichtung der „Mechanischen Baumwoll-Spinnerei“, zu deren Gründern er gehörte, seine ganze Energie, vielleicht machte sich Resignation bei ihm breit. Die Revolution von 1848 erlebte er jedenfalls nicht mehr. Allerdings sollte er dabei noch zu Ehren kommen. Im April 1848 schmückten Bürger der Stadt sein Grabmal auf dem Alten Friedhof mit schwarz-rot-goldenen Bändern, Gedichte rühmten seine Verdienste und ein Portrait Heinzelmanns wurde als zeitgemäßes Weihnachtsgeschenk im Wochenblatt annonciert.¹¹⁴ So kurios diese Details auch erscheinen mögen, sie zeigen doch eindrucksvoll, wie sehr Christoph Friedrich Heinzelmann die Herzen und das Denken seiner Mitbürger erreicht hatte. Die politische Vorstellungswelt vieler Kaufbeurer war maßgeblich durch ihn geprägt worden, seine Anschauungen über die Ziele und die Mittel politischer Veränderung bestimmten weitgehend auch das Handeln der lokalen politischen Entscheidungsträger während der Revolutionsmonate.



Die Grabstelle Heinzelmanns auf dem Alten Friedhof

Staatsfeind Nr. 2: Adolf Hafner, Gerbergeselle

Am 24. Oktober 1839 kam dem rechtskundigen Magistratsrat Bertele schier Unglaubliches zu Ohren. Die Ehefrau des Schusters Gotthard Möst war bei ihm erschienen, um einen seltsamen Vorfall zur Anzeige zu bringen:¹¹⁵

Gestern Abend sei sie auf dem Heimweg, in der Nähe des Ziegelstadels außerhalb der Stadt, zufällig Zeugin eines merkwürdigen Gesprächs zwischen zwei Männern gewesen. Die Männer hätten sich deutsch und französisch miteinander unterhalten:

„Wieviel hast du Briefchen?“

„Acht“

¹¹³ Hierzu: Pache, Christoph Friedrich Heinzelmann, S. 252.

¹¹⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 15. April 1848, S. 69. Der Werbezettel der Buch- und Schreibwarenhandlung Julius Reinhardt ist diesem Band beigelegt.

¹¹⁵ STAA, Regierung, Nr. 7157.

„Bis am Freitag früh 8 Uhr müssen wir's in Augsburg übergeben, damit der Schaezler, der Lump, der Jude, eins bekommt.“

„Das wird's dann gleich haben, dann wird es bald vorbei seyn.“

„Das muß aber alles schnell durchaus gehen. Am Sonntag 8 Uhr müssen wir in München an unserem Platz seyn, wir wollen ihm den Schwanen schon vertreiben, er wird ihn schwerlich wieder sehen, und mit dem Alten wollen wir auch ein End machen.“

„Der weiß alles in der Residenz, da darf man keine Bange haben und auf die Stube in Augsburg können wir auch gehen.“

Sie sei entdeckt, zur Rede gestellt, dann aber laufen gelassen worden. Sie würde die Männer jedoch sofort wieder erkennen: Einer sei ein schöner großer Mann mit einem starken Schnurrbart gewesen, der andere habe einen dunklen Rock, eine schöne Weste mit Blumen und eine goldene Uhrkette getragen.

Diese Zeugenaussage Barbara Mösts löste sofort eine Fahndung nach diesen beiden Unbekannten aus. Man vermutete - wieso eigentlich? - ein geplantes Attentat auf den König und den Kronprinzen. Postkutscher und Wirte wurden vernommen, die Stadtkommissariate von Lindau, Memmingen und Kempten benachrichtigt und um Hilfe gebeten. Die fieberhaften Aktivitäten führten aber zu keinem Erfolg. Die Männer wurden nirgends aufgespürt. Auch ein Anschlag auf den Monarchen fand nicht statt.

Es gab allerdings einen, für den diese Polizeiaktion durchaus Folgen hatte - den aus Zürich stammenden, jetzt in Kaufbeuren arbeitenden Gerbergesellen Adolf Hafner. Er wurde als politisch verdächtig angezeigt, verhaftet, seine Wohnung wurde durchsucht, seine Aufenthaltsorte der letzten Jahre akribisch rekonstruiert, er wurde ohne Ergebnis Barbara Möst gegenübergestellt und am Ende abgeschoben.

Was hatte er sich zu Schulden kommen lassen? Im Bericht des Polizei-Brigadiers Rein-auer liest sich das so: *„daß Adolf Hafner mit einer an sich gezogenen Kameradschaft von Arbeitsgesellen, Lieder absingt, die ihrem Inhalte nach von politischer Beschaffenheit sein dürften und sich dadurch noch verdächtiger machten, daß selbe bei der Ankunft des Unterzeichneten sogleich zu singen aufhörten und das, diesem Adolf Hafner zugehörige Liederbuch sogleich verwahrt wurde. Unter der anscheinenden Anleitung dieses Adolf Hafner bildete sich eine geheime Gesellschaft, die in dem Adler- und Löwenwirthshause wöchentlich dreimal zusammen kommt, wobei bemerkt wurde, daß zu dieser Gesellschaft nicht jeder Handwerksbursche Beitritt hatte, und jeder Beitretende, die Aufnahmeerlaubnis haben mußte. Diese Zusammenkünfte haben sich zum Theil wieder aufgehoben, da mehrere Mitglieder aus Zürich, die an der hiesigen Fabrik arbeiteten, in die Schweiz wieder zurückreisten. Als Adolf Hafner sich die Haare auf dem Kopfe auffallend weit zurück rasieren ließ, so wollten unterrichtete Personen auch wissen, daß dies ein Abzeichen einer geheimen Gesellschaft sei.“*¹¹⁶

Man braucht nun nicht darüber zu spekulieren, welche geheime Botschaft der sonderbare Haarschnitt transportieren sollte oder worüber sich die beiden Männer vor den Toren der Stadt wirklich unterhalten haben, ob überhaupt ein Anschlag geplant war und wenn ja, auf wen. Tatsächliche oder vermeintliche Attentatspläne auf den Monarchen waren den Behörden schon häufiger bekannt geworden und ganz unbegründet war die Angst Ludwigs I. sicher nicht, obwohl ein Mordversuch nie wirklich durchgeführt wur-

¹¹⁶ STAA, Regierung, Nr. 7158.

de.¹¹⁷ Auch der Augsburger Fabrikant und Bankier Ferdinand von Schaezler wäre als Opfer eines Verbrechens durchaus vorstellbar gewesen, gehörte er doch zu den wohlhabendsten Männern Bayerns und hatte durch die geplante Errichtung einer mechanischen Baumwollweberei den Zorn der Augsburger Weber auf sich gezogen.¹¹⁸

Wichtiger ist die Erkenntnis, dass die Revolutions- und Attentatsfurcht des bayerischen Königs offenbar dazu geführt hatte, ein engmaschiges Netz der politischen Überwachung aufzubauen, bei dem die Denunziation geradezu als staatsbürgerliche Pflicht angesehen wurde. 1833 wurde eine „Instruktion für Gemeinde-Vorsteher und die Gastwirth“ erlassen, die diese Personen verpflichtete, Fremde und Reisende besonders auf politische Äußerungen hin zu beobachten und sie gegebenenfalls den Behörden zu melden. Geld- oder Arreststrafen sollten die Befolgung dieser Instruktion durchsetzen.¹¹⁹

Das Reisen an sich schien zu einem staatsgefährdenden Tatbestand zu werden. Wer unterwegs war, konnte tendenziell dazu beitragen, revolutionäre Kommunikationsnetze zu knüpfen oder auszubauen. Kaufleute und Handwerksgesellen waren häufig beruflich unterwegs und mussten deshalb besonders sorgfältig überwacht werden, zumal gerade sie auch für liberales Gedankengut anfällig erschienen. Gerade die Handwerksgesellen versuchte man mit Hilfe der Meldevorschriften und des Passwesens einzuschüchtern und in kleinlicher Weise zu schikanieren.

1836 schilderte ein wandernder Geselle den Grenzübergang vom Großherzogtum Baden ins Königreich Bayern wie folgt: *„Den schönen See entlang kamen wir anderen Tages über Nonnenhorn nach Lindau. (...) So waren wir also in Bayern, wo in Hinsicht der reisenden Gesellen ein noch schärferes Lüftchen zu wehen scheint, wie ich es anderswo schon zur Genüge erfahren. Gleich am Stadttor wurde uns ein festlicher Empfang. (...) Diese ewigen Grenzen im Deutschen Reich sind wahrhaft vom Teufel erfunden. Das unaufhörliche Passieren von Schlagbäumen, und das Durchschnüffeln des Wanderbuchs von Constablern und Stadtsoldaten aller Art ist mit viel Verdruß verbunden und lästig genug für einen ordentlichen Gesellen, der nichts will, als sich in der Welt umsehen und sein Metier tüchtig erlernen. (...) Will darum besser aufschreiben, wie wir in Lindau am Tor die Wanderbücher abgeben mußten und ohne Umschweif auf das Stadthaus gewiesen wurden, wohin uns zu allem Überfluß ein Stadtsoldat begleitete. Splitternackt wurden wir auf dem Stadthaus auf Kretz untersucht und mußten unser Reisegeld vorweisen. Ich hatte Zorn und wies den Sekretären meinen vollen Beutel. (...) Machten nit schlechte Augen, und das war mir grad recht. Doch ich hatte falsch gestochen. Mein Reisekollege kam in arge Verlegenheit, dieweil er nur einige Kreutzer dabei hatte. Die Sekretäre freuten sich schon, ihn in städtische Arbeit abführen zu können, wo er sich seine zehn Gulden zusammenverdienen sollte. Ich aber stand ihnen entgegen, indem ich angab, mein Reisegesell hätte mir in Konstanz zehn Gulden geliehen. (...) Wäre also nit allein das meinige, was ich vorgewiesen, der andere hätte auch seinen Teil daran. Nun zählten sie eifrig darauf los, war aber noch ein gutes über und mußten uns ziehen lassen. Der Herr Sekretär mußte uns aber doch noch bedeuten, daß wir in Bayern wären und nit irgendwo auf der Welt. Ich sagte ihm ganz bescheiden, das*

¹¹⁷ Hierzu: Droß, E., Vom Spottgedicht zum Attentat. Angriffe auf König Ludwig I. von Bayern (1825-1848), Frankfurt 1994.

¹¹⁸ Hierzu: Zorn, W., Johann Lorenz und Ferdinand Benedikt von Schaezler (1762-1826 und 1795-1856), in: Pölnitz, G. v. (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 3, München 1954, S. 369-389.

¹¹⁹ Droß, Spottgedicht, S. 137ff.

*hätten wir gleich gemerkt, an der Stadtwache, die hätte so schöne Monturen. Das nahm der Mann für ernst und ließ uns ziehen.“*¹²⁰

Waren der Ausgangspunkt oder das Ziel der Reise auch noch Länder wie Frankreich oder die Schweiz, dann war man in den Augen der bayerischen Behörden bereits in höchstem Maße verdächtig.

Es ist gerade diese Diskrepanz zwischen den völlig überzogenen Maßnahmen der Obrigkeit und der tatsächlichen Harmlosigkeit der Opfer, die deutlich macht, dass das Bild vom gemütvollen Biedermeier nicht stimmt, dass die Spitzweg- oder auch Schropp-Idylle trügt. Schon gemäßigt liberale Ansichten, wie im Fall Heinzelmann, oder geringste Abweichungen von den üblichen Normen der Lebensführung, wie im Fall Hafner, reichten aus, um die Staatsorgane auf den Plan zu rufen. Kein Wunder, wenn unser Gewährsmann Philipp Jakob Bachschmid den Eindruck gewann, dass das Gängelband, an dem die Regierung die Untertanen führte, immer straffer angezogen, dass die Maulkörbe immer enger angelegt wurden.

Konfession: Eine unsichtbare Grenze?

Dass man der Industriellen Revolution mit gemischten Gefühlen gegenüberstand, lässt sich gut nachvollziehen, dass man die politische Entmündigung mit zunehmender Wut registrierte, kann man verstehen, dass ein Liberaler wie Bachschmid aber im selben Atemzug das Wiedererstarken der Religion befürwortete, erstaunt und verlangt nach einem Erklärungsversuch.

Eine weitgehend säkularisierte Zeit tut sich mit der Vorstellung schwer, dass für Menschen vergangener Zeiten religiöses Denken und sichtbar praktizierter Glaube selbstverständliche Teile ihres Lebens waren, wobei wirkliche Religiosität und eingeschliffene Rituale kaum voneinander zu trennen waren. Insofern wäre es nicht verwunderlich, wenn der offensiv vertretene Antiklerikalismus der Französischen Revolution im benachbarten Deutschland tatsächlich auf Abscheu oder zumindest auf Unverständnis gestoßen sein sollte. Immerhin war Philipp Jakob Bachschmid 1848 auch Mitglied der protestantischen Kirchenverwaltung.

Neben diesem eher allgemeinen Erklärungsversuch scheint aber noch eine andere Überlegung wichtig zu sein: Fragen der Religion, genauer der Konfession, hatten im gemischt-konfessionellen Deutschland seit der Reformationszeit einen weit höheren Stellenwert als anderswo. Der konfessionelle Dualismus war und ist „eine der fundamentalen alltäglichen und vitalen Grundtatsachen des deutschen Lebens“.¹²¹ Es mag im Allgemeinen durchaus zutreffen, dass seit der Stabilisierung der konfessionellen Lager nach dem Dreißigjährigen Krieg dieses Moment zunehmend an Bedeutung verlor und im 19. Jahrhundert nur noch eine untergeordnete Rolle spielte, in Städten, in denen die Konfessionen aber direkt aufeinander trafen, war wohl eher das Gegenteil richtig. Solche Gemeinwesen, in denen keine der rivalisierenden Konfessionen die erdrückende

¹²⁰ Hofmann, G. (Hg.), Biedermeier auf Walze. Aufzeichnungen und Briefe des Handwerksburschen Johann Eberhard Dewald 1836-1838, Berlin 1936, S. 81ff.

¹²¹ Nipperdey, Th., Religion im Umbruch: Deutschland 1870-1918, München 1988, S. 155.

Mehrheit der Einwohner stellte, waren im Süden Deutschlands eher die Ausnahme, aber Kaufbeuren gehörte zu diesen Ausnahmefällen. Neben Augsburg, Biberach, Dinkelsbühl und Ravensburg gehörte Kaufbeuren zu den Städten, in denen das Verhältnis zwischen den Religionsparteien von Seiten des Reichs rechtlich genau festgelegt worden war. Um das friedliche Zusammenleben der Einwohner zu garantieren, mussten sich Formen von Abgrenzung und Zusammenarbeit, von Unterscheidung und Toleranz herausbilden und eingeübt werden, die den Ausbruch offener Konflikte verhinderten, aber gleichzeitig die Identität der jeweils eigenen Gruppe stabilisierten. Die Folge war nicht eine Einebnung der konfessionellen Differenzen, sondern die Verstärkung der Unterschiede über den theologischen Bereich hinaus, weit hineinreichend in die Bereiche der Gesellschaft, der Kultur, der Mentalität. Etienne Francois hat in seiner bahnbrechenden Arbeit über das bikonfessionelle Augsburg dafür den schönen Begriff der „unsichtbaren Grenze“ geprägt, eine Grenze, „die man nicht greifen konnte, die manchmal nicht zu existieren schien und sich dann wieder als schwer überwindbar erwies, die hermetisch abschließen oder beinahe völlig durchlässig sein konnte.“¹²²

Im Zusammenhang mit der Revolution von 1848/49 ist nun die Frage wichtig, ob diese „unsichtbare Grenze“ in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch existierte, bzw. ob und wie sie von den Zeitgenossen wahrgenommen wurde.

Die Beschreibung der Stadt und des Landgerichtsbezirks Kaufbeuren, der so genannte Physikatsbericht von 1858, enthält zum Stichwort Religiosität folgenden bemerkenswerten Eintrag des Amtsarztes Dr. Hildebrand: *„Die Städte, namentlich der evangelische Theil derselben, wenn er auch höchst indifferent in Glaubenssachen ist, ja ich möchte sagen, gar keine Religion hat, hält doch streng an seiner Confession und wünscht sich Glück, daß er sich zur vorzugsweisen reinen christlichen Religion bekennt, während der Katholik sich wieder darauf zu Gut tut, daß er vom alten ersten Glauben nicht abgefallen ist. Beide Theile sind und bleiben sich im Grunde fremd, und das einzige Band, welches einigermassen zusammenhält, ist der Eigennutz und die Überzeugung, daß sie zu ihrem eigenen Vortheil sich einander wechselseitig bedürfen.“*¹²³

Zwei Aspekte verdienen es, hervorgehoben zu werden:

Die unsichtbare Grenze existierte. Dr. Hildebrand, ein katholischer Oberpfälzer, der schon zwei Jahrzehnte sein Amt in Kaufbeuren ausübte, der von außen kam, sich aber doch sehr gut auskannte, registrierte sie überdeutlich. Nach seinen Beobachtungen lebten die beiden Teile der Stadt wie auf jeweils anderen Planeten nebeneinander her.

Die konfessionelle Gruppenbildung konnte sich von ihrem theologischen Ausgangspunkt offenbar völlig ablösen. Man konnte sich privat von seinem Glauben verabschieden, man brauchte in diesem wissenschaftsgläubigen 19. Jahrhundert nicht mehr religiös zu sein, aber man konnte sich - bei Strafe - ins gesellschaftliche Niemandsland zu geraten - nicht von seiner konfessionellen Gruppe trennen.

Wenn man dies bedenkt, dann erscheint die zunächst rätselhafte Bemerkung Bachschmids zum Stellenwert der Religion plötzlich in einem ganz anderen Licht. Diese Frage musste für einen Kaufbeurer von fundamentaler Bedeutung sein.

¹²² Francois, E., Die unsichtbare Grenze. Protestanten und Katholiken in Augsburg 1648-1806, Sigmaringen 1991, S. 14.

¹²³ Zitiert nach: Weißfloch, L., Das Leben in Kaufbeuren und seiner Umgebung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ein Bericht aus dem Jahre 1858, in: KGBL, Bd. 11, (September 1989), S. 468.

Die Feststellung, dass die „unsichtbare Grenze“ existierte, sagt allerdings noch nichts über deren Beschaffenheit aus. Aus einer Vielzahl von möglichen Fragen sollen im Folgenden ein paar Bereiche ausgewählt werden, die aber bestenfalls Schlaglichter auf das Verhältnis von Protestanten und Katholiken in Kaufbeuren werfen können. Eine systematische Untersuchung dieses Problems, vor allem wenn Entwicklungen und Veränderungen herausgearbeitet werden sollen, wäre außerordentlich aufwändig und ergäbe genügend Stoff für eine eigene Arbeit.

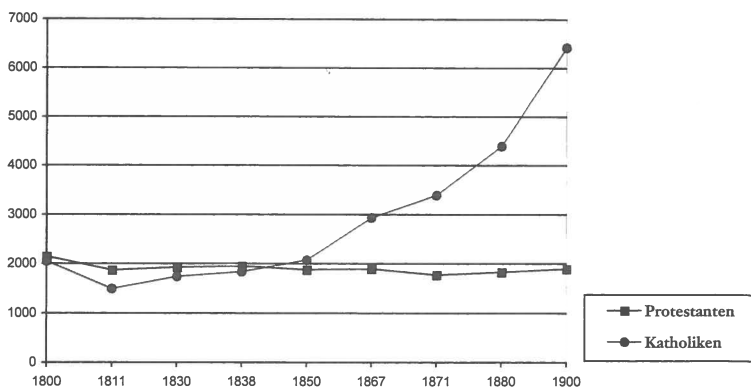
Protestantischer Alptraum: Von der Mehrheit zur Minderheit

Das Königreich Bayern gehörte im 19. Jahrhundert zu den demographischen Schlusslichtern. Wenn in anderen Regionen Deutschlands ein explosionsartiges Bevölkerungswachstum zu verzeichnen war, in Preußen oder Sachsen stieg die Bevölkerung z.T. um mehr als die Hälfte an, so betrug der Zuwachs in Bayern von 1818-1848 gerade 21,5%, in Bayerisch-Schwaben sogar nur 15,0%.¹²⁴ Die Stadt Kaufbeuren lag mit einem Wachstum von 20,7% dabei im bayerischen Durchschnitt. Da die Geburts- und Sterbeziffern kaum voneinander abwichen, es also keinen nennenswerten Geburtenüberschuss gab, wuchs die Stadt durch eine geringfügige Zuwanderung aus dem Umland. Und genau da begann für die Protestanten das Problem. Da das ländliche Umfeld geschlossen katholisch war, wuchs mit der Zuwanderung auch die Anzahl der Katholiken in Kaufbeuren. Es war in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur noch eine Frage der Zeit, bis sich die konfessionellen Verhältnisse umdrehen und die Protestanten in Kaufbeuren in die Minderheitenposition gelangen würden.

Standen sich in der ersten Jahrhunderthälfte die Konfessionsgruppen als beinahe gleich große Lager gegenüber, wobei den Protestanten noch ein leichtes Übergewicht zukam, so war am Ende des Jahrhunderts Kaufbeuren eine mehrheitlich katholische Stadt mit einer starken protestantischen Minderheit. Diese fundamentale Veränderung im Gefüge der Stadt war eindeutig eine Folge der Industrialisierung, da sich die wachsende Arbeiterschaft zum größten Teil aus dem ländlich-katholischen Umland rekrutierte.

Für die protestantische Führungsschicht Kaufbeurens, die Politik, Wirtschaft und Kultur traditionell dominiert hatte, war die Frage, wie mit dieser Veränderung umzugehen sei, von entscheidender Bedeutung. Konnte es gelingen, diesen Führungsanspruch weiterhin aufrecht zu erhalten, ohne die Bevölkerungsmehrheit gegen sich aufzubringen?

Anzahl der Protestanten und Katholiken in Kaufbeuren



¹²⁴ Hummel, München in der Revolution, S. 258f.

Formal gesehen stellte sich dieses Problem gar nicht in dieser Schärfe. Es war nämlich nicht die Einwohnerschaft einer Stadt, die sich in kommunalen Fragen engagieren konnte, sondern ausschließlich die Bürgerschaft. In Kaufbeuren zu wohnen und zu arbeiten, bedeutete noch nicht allzu viel, entscheidend war der Besitz des Bürgerrechts. 1842 waren z.B. bei einer Gesamtzahl von 4010 Seelen gerade einmal 739 Männer, das sind 18% der Einwohner, vollwertige Gemeindemitglieder.¹²⁵ Innerhalb dieses Kerns der Bürgerschaft besaßen die Protestanten aber noch immer eine deutliche Mehrheit. Das Verhältnis zu den Katholiken belief sich in etwa auf 60 : 40.¹²⁶ Der Zuwachs der Bürgerschaft konnte wiederum vom protestantisch dominierten Magistrat mit Hilfe der Entscheidungsbefugnis über Ansässigmachung, Heirat, Ausübung eines Gewerbes und die Höhe der Aufnahmegebühr ins Bürgerrecht sehr genau gesteuert werden. Ein unmittelbarer Machtverlust drohte der protestantischen Führungsschicht also keineswegs, wohl aber ein möglicher Verlust an Legitimität und damit auch an Autorität in den Augen der Einwohner.

Quantitativ verfügten die Protestanten innerhalb der Kaufbeurer Bürgerschaft noch immer über eine Zweidrittelmehrheit. Entsprach diese zahlenmäßige Überlegenheit aber auch einer qualitativen Überlegenheit? Im Bereich der Ökonomie lässt sich darauf eine eindeutige Antwort finden.¹²⁷ Die Vorstellung vom protestantischen Reichtum und der katholischen Armut ist zwar sehr pauschal, im Kern aber zutreffend. Die lukrativen Bereiche, wie der Großhandel und der Betrieb der Färbereien, waren ausschließlich in protestantischer Hand. Die einzige Ausnahme: Der Bereich Feinmechanik (Uhrmacher, Gold- und Silberschmiede) war eine Domäne der Katholiken. Auch im Baugewerbe zeigte sich ein deutliches katholisches Übergewicht, aber gerade dieser Bereich war von der Wirtschaftskrise besonders stark betroffen. Darüber hinaus lassen sich keine typisch protestantischen oder katholischen Gewerbe identifizieren. Interessanter als eine Berufsstatistik erscheint aber auch hier die Verteilung der Gesellen auf die Handwerksbetriebe.

Betriebsgröße und Konfession

protestantische Meister: 234 katholische Meister: 151

davon ohne Gesellen/Lehrling	59%	74%
davon mit einem G./L.	21%	17%
davon mit zwei oder mehr G./L.	20%	9%

Die Mehrheit der Kaufbeurer Meister arbeitete allein, unabhängig von der Konfession. Wesentlich häufiger als bei den Protestanten war diese Form der Arbeitsorganisation aber bei den Katholiken anzutreffen. Die Möglichkeit, in die Armut abzurutschen, stellte für die Mehrheit eine real existierende Gefahr dar, war für einen Katholiken aber

¹²⁵ Einwohnerzahl: Christa-Chronik, S.167; Zahl der Bürger: StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 10.9.1842, S. 190.

¹²⁶ Dieser Wert ergibt sich aus der Auswertung der Wählerlisten für die Landtagswahl vom Juli 1849. Unter den 640 verzeichneten Wahlberechtigten befanden sich 381 Protestanten und 259 Katholiken (StAKf, A 57).

¹²⁷ Alle Angaben nach: StAKf, A 882 und 883.

deutlich größer. Umgekehrt galt dies ebenso: Eine tragfähige Betriebsgröße zu erreichen, war für einen Protestanten offenbar eher möglich als für einen Katholiken. Am Beispiel der Weber lässt sich das besonders gut demonstrieren. Die Meisterstellen verteilten sich im Verhältnis 62% zu 38% auf Protestanten und Katholiken, die acht Meister, die zwei oder mehr Mitarbeiter hatten, waren aber ausnahmslos Protestanten. An diesem protestantisch dominierten Kern der Bürgerschaft lagerten sich aber zunehmend zwei andere Bevölkerungsgruppen an: katholisch dominierte Bildungsbürger (1848/49 waren sämtliche Juristen der Stadt, die meisten Mediziner und fast alle Beamten Katholiken) und die mehrheitlich katholische Arbeiterschaft. Beiden Gruppen fehlte das, was den traditionellen Kern des städtischen Selbstverständnisses ausmachte, die wirtschaftliche Selbstständigkeit. Ob es gelang, diese Gruppen in das gesellschaftliche Gefüge der Stadt zu integrieren, war von entscheidender Bedeutung für das Überleben der traditionellen Machtstrukturen.

Die Vergabe des Bürgerrechts war bis zur Liberalisierung 1868/69 die entscheidende Machtbefugnis, die die Herrschaft der Gemeinde über die in ihr lebenden Menschen zementierte: Politisch war davon das aktive und passive Kommunalwahlrecht abhängig, wirtschaftlich das Recht zur Ausübung eines selbständigen Gewerbes und sozial die Erlaubnis zur Heirat und die Absicherung in Notsituationen durch die kommunale Armenpflege.¹²⁸

Wer hatte diese Machtbefugnis inne? Vor 1848/49 waren die politischen Verhältnisse noch sehr übersichtlich. Der Bürgermeister wurde immer von einer der protestantischen Großhändlerfamilien gestellt, die aufs engste miteinander versippt waren. Von 1800-1813 amtierte Christoph Daniel Walch d.Ä., der sein Amt an seinen Schwager Johann Georg Heinzelmann (1813-1836) abgab. Dessen Nachfolger wurde der Sohn seines Vorgängers, Christoph Daniel Walch d.J. 1848 übernahm dessen Schwiegersohn, Carl Eduard Heinzelmann, das Bürgermeisteramt, um es 1856 an seinen Bruder Christoph Friedrich Heinzelmann-Schachenmayer weiterzugeben. In diesem Stil ging es bis in die achtziger Jahre des 19. Jahrhunderts weiter. Zum engeren Führungskreis gehörten darüber hinaus die Familien Schäfer, Wagenseil, Bachschmid und Schrader, auch sie über eine Vielzahl von Heiratsverbindungen miteinander verflochten. Es ist kein Zufall, dass die Gründer der „Mechanischen Baumwoll-Spinnerei“ allesamt aus diesem Kreis kamen. Angehörige dieser Familien besetzten nicht nur die politischen Spitzenpositionen, sondern waren auch als Fabrikanten und Textilgroßhändler die größten Arbeitgeber am Ort.

Die Dominanz der Protestanten wiederholte sich im zehnköpfigen Gremium des Magistrats (dem engeren Führungskreis) und im Kollegium der Gemeindebevollmächtigten (dem dazugehörigen Kontrollorgan), das vierundzwanzig Mitglieder umfasste. Hier lohnt es sich allerdings, etwas genauer hinzuschauen. Im März 1848 befanden sich unter den Mitgliedern des Magistrats 7 Protestanten und 3 Katholiken, bei den Gemeindebevollmächtigten standen 15 Protestanten 9 Katholiken gegenüber. Dieses Missverhältnis war nicht immer so ausgeprägt gewesen. Als diese beiden Gremien 1818 zum ersten Mal gewählt wurden, wurden beide Selbstverwaltungsorgane noch paritätisch besetzt. Erst in den dreißiger Jahren verschoben sich die Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Protestanten, um in den vierziger Jahren zu einem erdrückenden Übergewicht zu werden.

¹²⁸ Hierzu: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 29ff.

Wie lässt sich diese Entwicklung erklären? Gab es vielleicht keine Katholiken, die so vermögend waren, dass sie für das Amt des Magistratsrats in Frage kamen? Die Entwicklung zeigt, dass es daran nicht gelegen haben kann. Man konnte offenbar katholische Bürger finden, wenn man sie finden wollte. Es erscheint am plausibelsten, wenn man die Stärkung der protestantischen Position als Antwort auf die demonstrativ katholische Politik des bayerischen Königs begreift. Je katholisch-restaurativer die Regierungspolitik in München wurde, umso deutlicher glaubte man in protestantischen Enklaven Flagge zeigen zu müssen.¹²⁹

Ließ sich die Dominanz der Protestanten in den Gemeindegremien zu dieser Zeit noch immer notdürftig mit den konfessionellen Mehrheitsverhältnissen in der Stadt rechtfertigen, so wurde mit der Zunahme der Katholiken diesem Argument der Boden entzogen. Eine Untersuchung der Revolutionsergebnisse wird sich also auch mit der Frage beschäftigen müssen, inwieweit das Jahr 1848 auch auf diesem Feld eine Zäsur darstellt.

Erzwungene Gemeinsamkeit – freiwillige Gemeinsamkeit

Die bayerische Verfassung von 1818 stellte die christlichen Konfessionen gleich. Unter Titel IV, § 9 hieß es ausdrücklich: „*Jedem Einwohner des Reichs wird vollkommene Gewissens-Freyheit gesichert (...) Die in dem Königreiche bestehenden drey christlichen Kirchen-Gesellschaften genießen gleiche bürgerliche und politische Rechte.*“ Auf theoretischer verfassungsrechtlicher Ebene existierte ein konfessioneller Konflikt überhaupt nicht. Folgerichtig gab es auch in der Stadt eine ganze Reihe von Institutionen, in denen Katholiken und Protestanten zusammenarbeiten mussten. Das galt für die Landwehr, die regelmäßig auf dem Exerzierplatz ihre Übungen abhielt, in der Männer beider Konfessionen ihren Dienst taten und auch gemeinsam ihre Offiziere wählten. Das galt für die Organisation der Feuerwehr, in der die Hausbesitzer, nach Wohnvierteln zusammengestellt, zu bestimmten Tätigkeiten und Übungen verpflichtet waren, und das galt nicht zuletzt auch für die berufsständischen Einrichtungen, wie z.B. die 19 Innungen der Handwerksberufe. Offenbar funktionierte diese verordnete Zusammenarbeit, es liegen zumindest keine Nachrichten vor, dass es in diesen Bereichen zu konfessionellen Reibereien gekommen wäre. Etwas anders sieht es aus, wenn es um die Besetzung der Führungspositionen in diesen Institutionen ging. Als Beispiel sollen die sogenannten Gewerbsvereine, nicht zu verwechseln mit dem später entstandenen Gewerbeverein, herangezogen werden, die jährlich unter Aufsicht des Magistrats zwei Vorstände und deren Ersatzleute wählen mussten. Für das Jahr 1835 liegen die Protokolle dieser Sitzungen vor. Sie zeigen, dass sich bei der Besetzung des ersten Vorstands etwa gleich viele Katholiken und Protestanten durchsetzen konnten, bei der Gesamtzahl der Führungspositionen die Protestanten aber ein deutliches Übergewicht hatten (65 : 35%). Dass sich die konfessionelle Zusammensetzung der Bürgerschaft in diesem Ergebnis so sichtbar widerspiegelte, macht erneut deutlich, dass es bei den Innungswahlen offenbar

¹²⁹ Vgl.: Laube, St., Fest, Religion und Erinnerung, München 1999, S. 164-215.

weniger auf berufliche Qualifikation, sondern eher auf die „richtige“ Konfession ankam.¹³⁰

Aufschlussreicher als die Frage nach der verordneten Gemeinsamkeit ist die Frage nach der freiwilligen Zusammenarbeit. Gab es in dem interessierenden Zeitraum Organisationen, in denen sich Angehörige der beiden Konfessionsparteien völlig freiwillig zusammenfanden?

Hier liegt es nahe, den kulturellen Bereich nach geeignetem Quellenmaterial zu durchforsten, denn welchen Zusammenhang zwischen der Lust gemeinsam zu singen, zu musizieren oder Theater zu spielen und der konfessionellen Zugehörigkeit sollte es schon geben? Dass die Musik die Konfessionsparteien einander angenähert habe, wurde zumindest Chr. J. Wagenseil nachgerühmt, dessen Nachruf 1839 feststellte: *„Durch eine verbesserte Einrichtung der wöchentlichen Konzerte erwarb er sich den Dank der Musikfreunde seiner Vaterstadt, und bewirkte, daß durch die Theilnahme an derselben die Glieder beider Religionsconfessionen einander näher gebracht wurden, während sie früherhin in fast gänzlicher Trennung von einander lebten.“*¹³¹

Das Mitgliederverzeichnis des 1837 gegründeten „Liederkranzes“ gestattet uns eine detaillierte Auskunft auf diese Frage.¹³² 1848 gehörten 27 Männer zu den aktiven Sängern, unterstützt wurde der Verein darüber hinaus von 45 außerordentlichen Mitgliedern. Eine Auswertung der sozialen und konfessionellen Zusammensetzung des „Liederkranzes“ ergibt nun folgendes Bild: Der Verein wurde weitgehend vom Bildungs- und Besitzbürgertum der Stadt getragen. Ihm gehörten 29 Mitglieder mit akademischer bzw. höherer Ausbildung, 25 Kaufleute, 3 Wirte und 14 Handwerker an. Zudem wurde er weitgehend von den Protestanten geprägt, unter den 72 Mitgliedern waren gerade einmal 14 Katholiken. Betrachtet man die katholischen Mitglieder noch etwas genauer, dann stellt man fest, dass sie allesamt zur Spitzengruppe des katholischen Bevölkerungsteils gehörten. Unter ihnen befanden sich 5 Juristen, 2 Beamte, 1 Ingenieur, 2 Lehrer, 1 Chirurg, 2 Kaufleute, 1 Ökonom, aber kein Handwerker, geschweige denn ein Angehöriger der Unterschicht.

Verallgemeinert man diesen Befund – und man würde beim Theaterverein oder bei der Faschingsgesellschaft der „Schellenkämpfer“ sicher zu ganz ähnlichen Ergebnissen kommen – dann lässt sich mit aller Vorsicht Folgendes sagen: Es gab durchaus Bereiche, in denen die Grenzen der Konfession überschritten wurden, aber nicht jeder konnte oder wollte sie überschreiten. Die Bereitschaft zu diesem Schritt stieg offenbar mit dem Bildungsstand bzw. mit dem Rang in der sozialen Hierarchie der städtischen Gesellschaft. Je weiter der Horizont war, desto unwichtiger wurde anscheinend das schützende Milieu der eigenen konfessionellen Gruppe.

Festzuhalten bleibt aber trotzdem, dass die Protestanten um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Stadt in den Bereichen Politik, handwerkliche Interessensvertretung und Kultur noch fest im Griff hatten, also so etwas wie die politische und kulturelle Hegemonie besaßen.

¹³⁰ StAKf, A 916. Die Angaben sind den Wahlprotokollen für die 19 Gewerbsvereine entnommen, die auch die Namenslisten der wahlberechtigten Handwerksmeister enthalten. Anhand dieser Listen ließe sich auch klären, ob es so etwas wie spezifisch „katholische“ oder „protestantische“ Gewerbe gegeben hat.

¹³¹ StAKf, Beilagen zur Christa-Chronik, Nr. 450.

¹³² StAKf, Kiste „Kaufbeurer Liederkranz. Noten und Schriftgut“, noch keine Bestandsnummer.

Das setzt allerdings voraus, dass es im protestantischen Bereich mehr oder minder ausgeprägte Organisationsstrukturen gegeben haben muss, mit deren Hilfe die protestantische Dominanz gesichert bzw. auch ausgebaut werden konnte. Der Durchmarsch der Protestanten bei den Kommunalwahlen oder bei den Wahlen innerhalb der Innungen wäre ohne ein Mindestmaß an vorheriger Absprache gar nicht denkbar gewesen. Es gab nun in der Tat Zusammenschlüsse, die als Forum für solche Formen der Interessensvertretung gedient haben könnten. Es sind dies die drei Gesellschaftsvereine, die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in Kaufbeuren gegründet wurden: der „Bürgerverein“, die „Gesellschaft zum Bauernhaus“ und die „Harmonie“ bzw. „Pavillon-Gesellschaft“. Selbstverständlich erlaubte das restriktive Vereinsgesetz nur die Zulassung von Vereinen, die sich ausschließlich der Geselligkeit widmen wollten, aber das braucht nicht zu bedeuten, dass man dort nur über das Wetter oder die Sorgen mit den Kindern geplaudert haben muss. Besonders beim „Bürgerverein“ liegt der Verdacht nahe, dass es sich dabei um eine verdeckte Form der Interessensvertretung gehandelt haben könnte, da er von seiner Zusammensetzung sehr homogen war. Ihm gehörten ausschließlich Protestanten, mehrheitlich aus dem handwerklichen Milieu an.¹³³ Diese Vermutung gewinnt an Überzeugungskraft, wenn man bedenkt, dass z.B. im Jahr 1848 alle protestantischen Gemeindebevollmächtigten und vier der sieben protestantischen Magistratsräte Vereinsmitglieder waren. Ein vergleichbares Kristallisationszentrum für den katholischen Bevölkerungsteil existierte damals nicht. Die „Gesellschaft zum Bauernhaus“ war – zumindest in den dreißiger Jahren – entgegen anderslautender Darstellungen¹³⁴ keine katholische Vereinigung, sondern ähnlich wie die „Pavillon-Gesellschaft“ offen für beide Konfessionen und darüber hinaus ein Sammelbecken für die Honoratioren der Stadt. So gehörten ihr 1835 nicht nur die wichtigsten Beamten des Landgerichts, die beiden Stadtpfarrer, der evangelische Bürgermeister, sondern auch viele protestantische Großhändler an.¹³⁵ In einer solchen Umgebung waren politische Debatten, gar Absprachen, nicht nur schwer vorstellbar, sondern auch überaus riskant. Alles in allem scheinen die Protestanten nicht nur die machtbewusstere, sondern auch die politisch geübtere Konfessionsgruppe gewesen zu sein, der die Katholiken kaum etwas entgegensetzen hatten.

Konfession und Alltag

Lassen sich der Umfang der Konfessionsgruppen, die Zusammensetzung der Gemeindegremien oder die Mitgliederstruktur eines Vereins noch halbwegs objektiv beschreiben, so betritt man höchst unsicheres Gelände, wenn man die Bedeutung der Konfessionszugehörigkeit für das Alltagsleben abschätzen möchte.

Als Ausgangspunkt bieten sich hier wiederum die erstaunlich genauen Kindheitserinnerungen Herman Hutters an, die, wenn man sie etwas gegen den Strich bürstet, für unsere Fragestellung reiches Anschauungsmaterial liefern. Herman Hutter war der Sohn eines katholischen Lehrers, der im Schatten der Stadtpfarrkirche, in der Münzhalde,

¹³³ StAKf, FB 16, Mitgliederverzeichnis 1820-1868.

¹³⁴ Vergleiche hierzu: Weißfloch, L., Das Hölzle und die drei Gesellschaftshäuser, einst ein Paradies der Erholung vor den Toren der Stadt, in: KGBL, Bd. 7, Heft 6/7(Juli/Oktober 1976), S. 166-170, 199-208.

¹³⁵ StAKf, B 279, Bauernhausgesellschaft.

aufwuchs. Neugierig erforschte er sein Viertel, einen handwerklich geprägten Stadtteil, wobei es dem Buben gleichgültig war, ob er die Werkstätten katholischer oder protestantischer Meister besuchte und den Menschen bei ihrer Arbeit zusah. *„Wie dankbar war ich dem Rotgerber Schwyer (einem Protestanten), daß er mich nicht zum Teufel jagte, sondern ruhig gewähren ließ, daß ich ihm nicht von der Seite ging.“*¹³⁶ Dem gewitzten Buben fielen sehr schnell die Konfessionsunterschiede auf, die sehr bewusst gepflegt wurden, aber den Sonn- und Feiertagen vorbehalten waren. *„An den Sonntagen allerdings bequemte sich auch der „Kasperle-Bäck“ (der Protestant Gendelmayer) zu einer Weste aus dunklem Sammt und zu einer schwarzen seidenen Halsbinde. So sah ich ihn des Nachmittags am saubergefeigten Tische sitzen und in seiner mit Holzschnitten reichlich gezierten Bibel lesen. Er war ein strenggläubiger Bekenner der „Augsburger Konfession“; Bilder von Martin Luther und Gustav Adolf schmückten die Wand über dem dunkelbraunen Brotkasten (...) Während der Herr Gendelmayer am Sonntag Nachmittag vor seiner Bilder-Bibel saß, las die Frau Guggemos (die Frau eines katholischen Bäckers), die kreisrunden Gläser des Zwickers auf dem feinen Näslein, in ihrem „Goffine“, einem Gebets- und Erbauungsbuch. Wenn dort an der Wand über dem Brotkasten die Bildnisse der Reformatoren hingen, sah man hier in der Ecke über dem Tisch ein holzgeschnitztes Kruzifix, das je nach der Jahreszeit mit Tannengrün oder Palmkätzchen oder mit einem Feldblumenstrauß geschmückt war und neben der Türe den zinnernen Weihbrunnennapf, der beim Kommen und Gehen benützt wurde.“*¹³⁷ Ob Katholiken und Protestanten vielleicht auch an ihrem sonntäglichen Gewand zu unterscheiden waren, ob und welche kleinen alltäglichen Signale darüber hinaus existierten, die einem Zeitgenossen die Konfessionszugehörigkeit verrieten, erwähnte er leider nicht.

Mit dem Eintritt in die Schule kamen Freunde ins Spiel. *„Wie in den Familien Guggemos und Westermayer war ich auch in jenen des Untersuchungsrichters Marian und des Eisenhändlers Gerhauser als Schul- und Spielkamerad ihrer Söhne ein häufiger, stets willkommener Gast.“*¹³⁸ War die Welt im Vorschulalter noch weit, so wuchs jetzt die konfessionelle Mauer. Evangelische und katholische Kinder gingen in getrennte Schulen und so trennten sich auch die Freundeskreise, man blieb unter sich. Hutters Spielkameraden waren allesamt Katholiken, von einem protestantischen Freund ist nie die Rede. Wenn der Vater Zeitung las, dann teilte er sich das Abonnement mit zwei Katholiken.¹³⁹ Das bedeutete aber natürlich nicht, dass es zwischen den Konfessionsgruppen keine Hilfsbereitschaft oder gutnachbarliche Beziehungen gab. *„Als der uns gegenüber wohnende Bäckermeister Gendelmayer, der vom Backofen unter die Thüre zu treten pflegte, nach der Witterung Ausschau zu halten, einmal (...) noch vor Tagesanbruch in unserer Wohnung Licht sah, kam er auf die Vermutung, es müsse ein Glied der Familie plötzlich und schwer erkrankt sein, so daß er sich beeilte, uns seinen nachbarlichen Beistand anzubieten.“*¹⁴⁰ Aber ohne diesen nachbarlichen Beistand wäre das Zusammenleben von Menschen in der Tat nur schwer erträglich.

Wie eng war aber der Raum, auf dem Protestanten und Katholiken zusammenlebten? Hatten beide Konfessionsgruppen ihre bevorzugten Wohngegenden oder ihre eigenen

¹³⁶ Kraus, Geborgen ruht die Stadt, S. 50.

¹³⁷ Ebda., S. 48 und S. 59.

¹³⁸ Ebda., S. 62.

¹³⁹ Ebda., S. 41.

¹⁴⁰ Ebda., S. 42.

Straßenzüge? Glücklicherweise ist es gerade die kleine Welt Hutters, das IV. Stadtviertel, das diesbezüglich genauer analysiert werden kann. 1829 wurden die Bewohner jedes Hauses (Besitzer, Familienangehörige, Dienstboten, Gesellen und Mieter) exakt erfasst, was uns einen hervorragenden Einblick in das Alltagsleben dieses Viertels gestattet.¹⁴¹ Zwischen dieser Häuserbeschreibung und der Kindheit Herman Hutters liegen zwar über dreißig Jahre, was aber die Aussagekraft der Quelle kaum beeinträchtigt, da sich die Muster des Wohnverhaltens nur sehr langsam verändert haben dürften. Der Blick auf den Stadtplan zeigt es deutlich: Es gab keine konfessionellen Ghettos, man lebte trotz unterschiedlicher Konfession zusammen in einer Straße. Es waren bestenfalls vereinzelte Häusergruppen, die konfessionelle Schwerpunkte setzten. Mit Menschen anderer Konfession als Nachbarn zu leben war der Normalfall, mit ihnen aber unter einem Dach zu wohnen, war eher die Ausnahme. Die Bewohner eines Hauses gehörten in der Regel zur selben Religionsgemeinschaft, gleichgültig ob ein Haus mehrere Besitzer hatte oder die Wohnungen mit Mietern belegt waren. Auch die Dienstboten und die Gesellen hatten, soweit das nachprüfbar war, die Konfession ihrer Arbeitgeber. Wenn es so war, dass man nur mit Angehörigen derselben Konfession die Schulbank drückte, wenn man nur bei einem Meister seiner Konfession seinen Beruf erlernte, wenn man in der Regel nur innerhalb seiner eigenen Konfession heiratete,¹⁴² war es dann auch selbstverständlich, nur bei seinesgleichen einzukaufen oder nur dort Aufträge zu vergeben? Überspitzt gefragt, konnte ein Katholik ein gebrochenes Stuhlbein bei einem protestantischen Schreiner reparieren lassen, konnte ein Protestant in einem katholischen Wirtshaus am Stammtisch sitzen?¹⁴³ Solche Fragen lassen sich im Abstand von 150 Jahren empirisch nicht mehr beantworten. Ich kenne nur ein einziges Dokument, das ein kleines Schlaglicht auf dieses Problem wirft – die Auflistung der Handwerksbetriebe, die am Bau der „Mechanischen Baumwoll-Spinnerei“ beteiligt waren.¹⁴⁴ Wen beauftragten die protestantischen Großhändler bei der Errichtung der Fabrik? – 5 katholische und 28 protestantische Handwerksmeister. Ein Beweis für die anhaltende Tiefenwirkung der konfessionellen Spaltung ist eine solche Einzelbeobachtung natürlich nicht, aber warum sollte es im Kleinen wesentlich anders sein als im Großen? Kehren wir noch einmal zu Herman Hutter zurück. Ihn, den späteren Komponisten, faszinierte als Kind das Erlebnis eines Konzertes, erstaunte die Kraft der Musik. *„Noch etwas, was dem lebhaften Knaben, der überall seine Augen und Ohren hatte, von Belang schien: Er sah mit Verwunderung die Schranken gefallen, welche die Klassen der Gesellschaft auseinander hielten. Beamte und Bürger, Lehrer und Schüler, Großkaufleute und Handwerksmeister hatten sich hier (...) zu gemeinsamem Werke in feierlicher Eintracht zusammen gefunden.“*¹⁴⁵ Drehen wir das Zitat um, lassen wir den Buben nach dem Konzert in die Wirklichkeit zurückkehren. Von „feierlicher Eintracht“ war außerhalb dieses Konzertes keine Spur zu finden, sondern eine städtische Gesellschaft, in der deutliche Schranken existierten, die von zahlreichen tiefen Gräben durchzogen war. Einer davon, zwar schwierig zu fassen,

¹⁴¹ StAKf, B 154/4, Familien-Beschrieb des IV. Viertels. September 1829.

¹⁴² KKA, P 106. Für die Jahre 1844 – 1851 wurden bei insgesamt 231 Eheschließungen nur 2 gemischtkonfessionelle Hochzeiten registriert.

¹⁴³ Vgl.: Riehl, W., *Culturstudien aus drei Jahrhunderten*, Stuttgart 1859, S. 317ff.

¹⁴⁴ Jall, W., *Entwurf zu einer Chronik*, S. 87.

¹⁴⁵ Kraus, J., *Geborgen ruht die Stadt*, S. 75.

aber trotzdem vorhanden, war der Graben zwischen den beiden Konfessionen. Wo er auf den ersten Blick zugeschüttet erschien, tauchte er im Kleinen immer wieder auf, unüberwindbar war er aber nicht.

Die Revolutionsjahre 1848/49

Die spontane Revolution (März/April 1848)

Der flüchtige Blick auf einige Bereiche der Kaufbeurer Gesellschaft hat gezeigt, welche Probleme sich in den Jahrzehnten vor der Mitte des 19. Jahrhunderts aufgestaut hatten, welche Konfliktlinien sich abzeichneten und in welch kompliziertem Spannungsfeld sich städtische Politik bewegen musste. Dabei war Kaufbeuren aber nur eine relativ unbedeutende Kleinstadt unter vielen anderen. So vielfältig und widersprüchlich die Verhältnisse in den einzelnen deutschen Städten auch immer gewesen sein mögen, allen gemeinsam war, dass die Unzufriedenheit, die Ängste und die Hoffnungen der Menschen mittlerweile ein solches Ausmaß angenommen hatten, dass es nur noch eines Anstoßes bedurfte, um dieser weitgehend diffusen Gemütslage revolutionäre Schubkraft zu verleihen. Das eigentlich Unvorstellbare konnte in jedem Augenblick Wirklichkeit werden: Dass Menschen unterschiedlichster Herkunft, deren Interessen völlig gegenläufig sein konnten, sich trotzdem gemeinsam auf derselben Seite der Barrikade wiederfanden. Die Überraschung darüber, dass das möglich war, führte bei vielen Herrschern zu einer Handlungsunfähigkeit, zu einem anhaltenden Schockzustand. Man hatte mit allem gerechnet, nur nicht damit, dass sich Bauern und Akademiker, Handwerksburschen und Fabrikanten wenigstens für kurze Zeit zu gemeinsamem Handeln zusammenfinden könnten. Selbst diejenigen, die sich Veränderungen erhofft hatten, rieben sich verwundert die Augen. Der Kaufbeurer Chronist Emanuel Christa konnte seine Verblüffung nicht verbergen, gab sich doch *„in Deutschland unter allen Volksklassen eine Aufregung kund, wie sie früher nicht geahnt, geschweige denn für möglich gehalten wurde.“*¹⁴⁶

Der Anstoß kam von außen, es war die Nachricht von den Pariser Barrikadenkämpfen am 23. Februar 1848. Die revoltierenden Franzosen waren im Begriff, ihren „Bürgerkönig“ Louis Philippe, dem sie 1830 zur Macht verholfen hatten, nach 18 Jahren wieder vom Thron zu jagen. Louis Philippe hatte während seiner Regierungszeit Frankreich zu einem Selbstbedienungsladen gemacht. Die Profiteure waren das sogenannte „juste milieu“, ein kaum entwirrbarer Filz von Honoratioren, Grundbesitzern, Politikern und Unternehmern und dem Monarchen selbst, der der Korruption zu bislang ungeahnter Blüte verhalf. Geld und ein Netzwerk persönlicher Beziehungen hielten die Regierungsmaschinerie des „Bürgerkönigs“ am Laufen. Wer Sand ins Getriebe streuen wollte, wurde unnach-sichtlich verfolgt. Der König versuchte zwar, sich volksnah zu geben, handelte sich aber statt Popularität ätzende Karikaturen ein: Der Kopf des Monarchen verwandelte sich in einen birnenförmigen Geldsack. Aus Louis Philippe wurde „König Birne“.¹⁴⁷

Die bekannten wirtschaftlichen Probleme und die erbitterte Auseinandersetzung um das Wahlrecht führten Ende Februar 1848 dann zum Sturz der Monarchie in Frank-

¹⁴⁶ Christa-Chronik, S. 197.

¹⁴⁷ Vgl.: Botzenhart, M., 1848/49: Europa im Umbruch, Paderborn 1998, S. 42-48; Albrecht, J., Honoré Daumier, Reinbek 1984, S. 16-48.

reich. Die provisorische Regierung, die sich nach heftigen Straßenkämpfen im Pariser Rathaus gebildet hatte, proklamierte am 24. Februar 1848 die Republik. Ganz Europa verfolgte elektrisiert diese Vorgänge. Nicht etwa die Nachricht vom Aufstand in Palermo vom 13. Januar 1848, sondern erst der blutige Regierungswechsel in Frankreich brachte die Menschen in Bewegung. Hier in Paris schlug das revolutionäre Herz Europas. Hierhin schaute man, wenn man lernen wollte, wie eine Revolution Erfolg haben kann und hierhin blickte man voller Sorge und Angst um die Zukunft.¹⁴⁸ Die Große Französische Revolution von 1789 war im 19. Jahrhundert *der* Inbegriff der Revolution, und alles, was in Frankreich geschah, hatte unmittelbare Auswirkungen auf die anderen europäischen Staaten. Deshalb versuchte der neue französische Außenminister Lamartine auch sofort, den anderen europäischen Regierungen die Angst vor einem drohenden Revolutionsexport zu nehmen. „*Die Proklamation der französischen Republik ist durchaus kein Angriffspakt gegen irgendeine Regierungsform in der Welt (...) Die Monarchie und die Republik sind in den Augen wahrhafter Staatsmänner keine absoluten Gegensätze, welche sich auf den Tod bekämpfen; es sind Tatsachen, welche einen Zustand bilden und Angesicht gegen Angesicht bestehen können, indem sie sich begreifen und sich achten.*“ ¹⁴⁹

Weit entfernt von solchen Überlegungen zur Außenpolitik hatten die Menschen, die tatsächlich im Angesicht der neuen Republik lebten, sich schon längst ihren eigenen Reim darauf gemacht. Im deutschen Südwesten, im Großherzogtum Baden, sprang der Funke Ende Februar 1848 über.¹⁵⁰ Von hier aus verbreitete sich die Revolution wie ein Lauffeuer nach Norden und Osten und erfasste zunächst alle deutschen Mittel- und Kleinstaaten, darunter auch das Königreich Bayern. Erst danach vermochte sie sich - zumindest vorläufig - auch in Österreich und Preußen durchzusetzen, siegte sie auch in Wien und Berlin. Die lange Kette lokaler Erhebungen, es gab ja aufgrund der staatlichen Zersplitterung keinen zentralen Ort, an dem die Entscheidung für das ganze Land ausgefochten wurde, ließ aber immer ein ähnliches Muster erkennen: Die Bewohner der Städte, angeführt von den erprobten liberalen oder vereinzelt auch demokratischen Wortführern, präsentierten ihren Herrschern die sogenannten „Märzforderungen“, die altbekannte liberale Wunschliste. Massenversammlungen, Petitionen und Unterschriftensammlungen verliehen diesen politischen Forderungen Nachdruck. Parallel dazu erhob sich vieler Orts die Landbevölkerung und verschaffte sich mit schnellen, zum Teil sehr gewalttätigen Aktionen Gehör für ihre völlig anders gelagerten Probleme. Beide Ereignisstränge waren nicht miteinander koordiniert, beide zeigten sehr unterschiedliche Verlaufsmuster, erzeugten aber zusammen erst den notwendigen Druck, um die erste Revolutionswelle zum Erfolg zu führen.

Die Bauern machen den Anfang

Es waren zehntausende von Bauern aus Baden, Württemberg, Hessen und Bayern, bei denen das Signal „Freiheit“ fast gleichzeitig auf fruchtbaren Boden fiel. Überall dort, wo sich die Bauern nicht nur dem Landesherren, z.B. dem bayerischen König, sondern

¹⁴⁸ Langewiesche, Demokratiebewegung, S. 185f.

¹⁴⁹ Zitiert nach: Lautemann, W., Schlenke, M. (Hg.), Geschichte in Quellen, Bd. 5, München 1980, S. 141.

¹⁵⁰ Hierzu: Siemann, Revolution, S. 60ff.

zusätzlich noch einem standesherrlichen Grundherren zu beugen hatten, versuchten sie diese doppelte Abhängigkeit abzuschütteln. Man rebellierte nicht gegen den Monarchen, ganz im Gegenteil, man sah in ihm eher einen Verbündeten gegen die hochadeligen Feudalherren. Deren Schlösser wurden angegriffen, deren Rentämter verwüstet, deren Archive zerstört. In manchen Gegenden, z.B. im Odenwald oder im Hohenlohschen, schien sich der Bauernkrieg zu wiederholen.¹⁵¹

In Bayerisch-Schwaben war dieses Problem nicht so gravierend: Bei vielen Bauern, die früher kirchlichen Grundherren untertänig waren, war nach der Säkularisation nur noch der Staat im Besitz von Obereigentum an Grund und Boden. Trotzdem ergriffen auch hier die Bauern die Initiative. Zielscheibe ihrer Proteste und Angriffe waren vor allem die Fürsten von Öttingen-Wallerstein mit ihren Besitzungen im Ries und in Mittelschwaben und



Auch in der Kaufbeurer Fastnacht ein Thema: Bauern am kurzen Zügel der Beamten (Stadtmuseum Kaufbeuren: Schropp-Rolle)

die Fürsten Fugger, die ebenfalls in Mittelschwaben und an der Iller begütert waren.¹⁵² Obwohl der Regierungspräsident in Augsburg schon vorsorglich Truppen in einige Orte verlegen ließ, kam es trotzdem, z.B. in der Herrschaft Seifriedsberg bei Ziemetshausen zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Am 13. März hätten sich, so der Regierungsbericht, die Grundholden des Fürsten Karl von Wallerstein „zusammengerottet“ und unter „mörderischen Drohungen“ mit Steinwürfen das fürstliche Amtsgebäude angegriffen, den Fürsten als „Blutsauger“ beschimpft und gedroht, auch die übrigen grundherrlichen Gebäude und das Schloss anzugreifen. Einen Tag später spielte sich Ähnliches vor dem Fugger-Schloss in Babenhausen ab. Hier drohte man, das Schloss niederzubrennen, wenn die Forderungen der Bauern nicht erfüllt werden sollten. Am selben Tag erzwangen fast 4 000, zum Teil bewaffnete Rieser Bauern das Einlenken des Fürsten von Öttingen-Spielberg. Es bedurfte also nicht immer der Gewalt, oft erwies sich schon die ungewohnte Anwesenheit der Untertanen als ausreichend, um erfolgreich zu sein.¹⁵³

Aber auch dort, wo diese drückende Doppelbelastung nicht mehr existierte, wo den Bauern nur noch der Staat gegenüberstand, brachen altbekannte Konflikte wieder auf. Noch immer gehörte der Wald zu den klassischen Feldern der Auseinandersetzung.¹⁵⁴

¹⁵¹ Hierzu: Die Beiträge von Dietrich, St. J., in: Haus der Geschichte Baden Württemberg (Hg.), Heute ist Freiheit, Stuttgart 1998.

¹⁵² Grundlegend: Nickel, Revolution, S. 48-55; Die Darstellung der Ereignisse in Seifriedsberg und Babenhausen stützt sich auf die Arbeit von S. Münchenbach, Revolution in Krumbach 1848/49, in: Krumbacher Heimatblätter 7 (1989), S. 66ff.

¹⁵³ Nickel, Revolution, S. 53.

¹⁵⁴ Hierzu: Piereth, W., „Mitten im Holze aus Mangel an Holz kaum eine Suppe kochen können.“ Staatliche Forstpolitik und städtische Holzversorgung im vormärzlichen Bayern, in: Siemann, W. u.a. (Hg.), Städtische Holzversorgung, München 2002, S. 152f.

Am 21. März erreichte die Regierung der Hilferuf des Irseer Revierförsters Franz Lipp. Seit acht Tagen werde er besonders nachts in seiner Wohnung durch Gewalttätigkeiten bedroht, die ihn für sich und seine Familie das Schlimmste befürchten ließen. Er machte den Vorschlag, sein Revier mit dem des Försters Dauner von Tussenhausen zu tauschen, um die aufgewühlte Situation in Irsee zu beruhigen. Aus Angst um ihr Leben hätten er und seine Familie das Forsthaus schon verlassen, das nun unter Bewachung stehe. Weshalb der Volkszorn sich gegen ihn wende, könne er allerdings nicht begreifen.¹⁵⁵ Die Regierung in Augsburg hielt einen sofortigen Dienstwechsel nicht für notwendig. Nach Rücksprache mit dem Forstamt Kaufbeuren hielt man Anfang April weitere Ruhestörungen für wenig wahrscheinlich, gleichwohl sei man aber der Ansicht, *„daß bei dem allgemeinen Hasse, welcher sich gegen den K(öniglichen) Revierförster Lipp ausgesprochen hat, dessen baldige Entfernung höchst wünschenswerth erscheine.“*¹⁵⁶ Über die Ursachen dieses Hasses tappte man in Augsburg keineswegs im Dunklen. Als Lipp zwei Jahre später um Beförderung bat, hieß es über ihn: *„Dessen Benehmen auf dem Revier Irsee im Jahre 1848 war vielmehr so taktlos und verrieth eine solche Charakter-Schwäche, daß es bedenklich erscheinen möchte, ihm einem größeren Wirkungskreis zuzuführen.“*¹⁵⁷

Der Aufruhr in Irsee war aber nicht der einzige Vorfall in der Umgebung Kaufbeurens. So berichtete das „Augsburger Anzeigblatt“ aus dem Forstamtsbezirk Kaufbeuren: *„Montag den 13ten März früh um 3 Uhr umringten circa 200 mit Flinten, Heugabeln, Brecheisen etc. bewaffnete Männer die Wohnung des k(öniglichen) Revierförsters Rain in Frankenhofen, 2 Stunden von hier, und fordern denselben auf, augenblicklich das Jägerhaus zu verlassen und nie wieder zurückzukehren. Sie versprachen ihm Schutz und Sicherheit seines Eigenthums und stellten solches unter die garantierte Obhut seiner Haushälterin und des Reviergehilfen. Der Erschrockene wich der rohen Gewalt und entfernte sich durch die Spaliere der Selbsthülfler, um diesen Vorfall zur Kenntnis des Vorstands des Landgerichts und der Regierung zu bringen.“*¹⁵⁸ Der genaue Ablauf dieser nächtlichen Aktion lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Allein schon die Zahl der Teilnehmer ist unklar, meldete doch die



Zielscheiben der bäuerlichen Unruhen im Landgerichtsbezirk Kaufbeuren: Die Forsthäuser in Frankenhofen und Irsee

¹⁵⁵ HStA, MF 28140, Versetzungsgesuch Lipps vom 21.3.1848.

¹⁵⁶ Ebda., Gutachten der Regierung in Augsburg vom 7.4.1848.

¹⁵⁷ Ebda., Gutachten der Regierung vom 2.3.1850.

¹⁵⁸ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 78, 18.3.1848.

„Kemptner Zeitung“ nicht nur 200 Beteiligte, sondern sprach sogar von „600 theilweise bewaffneten Leuten“, die ihren Drohungen noch das „Abschießen einiger Gewehre“ hinzugefügt hätten.¹⁵⁹ Wie in Irsee sind auch hier die genauen Gründe, die zur Vertreibung des Försters geführt hatten, nicht bekannt. Es gehört allerdings nicht viel Phantasie dazu, sie sich vorzustellen, dazu waren die Probleme viel zu weit verbreitet. Gleichgültig ob die Forsten dem Staat, den Kommunen oder einzelnen Feudalherren gehörten, überall waren die alten, für die Bauern wichtigen Gemeinderechte wie der Viehtrieb im Wald, das Spreusammeln und Schlagen von Bauholz verschwunden. Aus alten Rechten war strafbarer Waldfrevel geworden. Auch die Jagdrechte boten seit alters her schwerwiegenden Zündstoff. Nicht einmal auf seinem Acker war es dem Bauern erlaubt, Wild zu schießen, selbst wenn es schwere Schäden verursachte. Dabei wäre der schöne Braten eine willkommene Bereicherung des kargen bäuerlichen Speisezettels gewesen. Waldfrevel und Wilderei gehörten nicht ohne Grund zu den häufigsten Delikten, die die Justiz zu verfolgen hatte. Verfolgte ein Förster seine Aufgaben streng und ausschließlich nach seinen Vorschriften, dann dauerte es nicht lange, bis er zum meist gehassten Mann seiner bäuerlichen Umgebung wurde. Vielleicht muss man sich den Förster Alexander Rain als einen überkorrekten Beamten vorstellen, den in dem Moment, als alle staatliche Autorität zusammenbrach, die geballte Wut der Landbevölkerung traf.

Auffallend an diesem nächtlichen Tumult in Frankenhofen ist zudem die Mischung aus energischem Vorgehen und größter Disziplin. Die Aktion der Bauern ging schnell und konzentriert über die Bühne, zu einer Uhrzeit, die garantierte, dass die Bewohner des Forsthauses keine Hilfe herbeiholen konnten. Hier handelte es sich nicht um blindes Wüten oder um einen irrationalen Exzess von Gewalt, sondern die Bauern handelten sehr planvoll, mit dem festen Vorsatz, Erfolg zu haben. Auch unterschied man offenbar sehr deutlich zwischen der Person des Försters und seinem Amt. Das Forsthaus wurde nicht demoliert, ganz im Gegenteil, das Eigentum des Beamten wurde geradezu geschützt. Die Akteure wollten damit wohl deutlich machen, dass sie sich nicht als „Umstürzler“ verstanden, sondern das Forstamt und die Gesetze grundsätzlich respektierten. Genauso deutlich wurde aber zum Ausdruck gebracht, dass man nicht länger bereit war, den Amtsinhaber zu dulden. Der Schutz der Nacht sollte auch eine größtmögliche Anonymität garantieren, was auch weitgehend gelang, denn es sind nur fünf Beteiligte namentlich bekannt: Joseph Funk aus Leeder, Georg Settele von der Moosmühle, Joseph Waldhör, Johann Hörmann und Nepomuk Kappler.¹⁶⁰ Aus diesem Grund lässt es sich auch nicht klären, ob die an der Vertreibung beteiligten Männer hauptsächlich den ländlichen Unterschichten angehörten oder ob ganze Dörfer, angeführt von ihren Honoratioren, hier zur Tat schritten.

Wie sehr die bäuerliche Revolution die liberale Bewegung verstörte, lässt sich gut an der Berichterstattung des „Augsburger Anzeigblattes“ studieren. Der Korrespondent Meldern-Marienfeld, der seinen Sitz offensichtlich in Kaufbeuren hatte,¹⁶¹ beließ es näm-

¹⁵⁹ StAK, Kemptner Zeitung 16.3.1848, S. 298.

¹⁶⁰ Nickel, Revolution, S. 232. Die Namen werden in der so genannten „Schwarzen Liste“ des Landgerichts Buchloe genannt.

¹⁶¹ Einige der Berichte aus Kaufbeuren und dem Allgäu sind mit dem Kürzel „...rn“ versehen. In der Nr. 116 vom 28.4.1849 findet sich der volle Name des Journalisten des „Augsburger Anzeigblattes“.

lich nicht bei der Meldung des Vorfalls, sondern erweiterte die Nachricht zu einem politischen Kommentar. *„Wie weit dieser Zustand ausgelassener Rohheit und höchst gefährlich werdender Rechtlosigkeit seine mit bewaffneter Hand geltend machende Anmaßungen der übermüthigen Brutalität gegen den verhassten Polizeitreiber und anderes Gelichter ec. steigern wird, muß jeden rechtlich Denkenden in sehr ernstes Nachsinnen versetzen, und zwar um so mehr, da ein längst verhaltener Groll über so erlittene Unbill und herabwürdigende Kränkungen des edlen Bürgerthums, die Zeit allgemeiner Bewegung und äußerst gereizter Gemüther benützt und unter den frechen Paladinen mißverständener Freiheit für Menschenrecht zu kämpfen wähnt, während doch der Bauernkrieg nichts anders ist, als ein Faustrecht usurpirter Autorität, die nie und nimmer Oberhand gewinnen darf.“*¹⁶² Man gestand den Bauern zwar gute Gründe für ihre Wut zu, immerhin gab es ja auch in der Stadt einschlägige Erfahrungen mit ungenießbaren Beamten, attestierte ihnen aber gleichzeitig geistige und politische Unreife. Es gab offenbar erhebliche Kommunikationsprobleme. Die bürgerlichen Liberalen konnten oder wollten nicht begreifen, dass man sich unter der abstrakten Formel „Freiheit“ auch etwas anderes vorstellen konnte als Meinungsfreiheit und deutsches Parlament. Die Bauern verstanden Freiheit ganz handfest als Befreiung von drückenden Lasten und ungerechten Vorschriften. „Freiheit“ wurde also keineswegs missverstanden, nur der Erfahrungshorizont, der dem Begriff seinen konkreten Inhalt gab, war ein deutlich anderer. Auch die viel belächelte Umdeutung der „Pressefreiheit“ in „Freiheit von Pressionen“, was für Bauern bedeutete, dass der Grundherr eben nicht mehr länger die verhassten Abgaben aus ihnen „herauspressen“ durfte, gehört in diesen Zusammenhang.¹⁶³ Die unterschiedliche Verwendung der Begriffe beweist also keineswegs bäuerliche Einfalt, sondern nur unterschiedliche Interessen. Die Bauern machten ihre eigene Revolution. Es ging ihnen weniger um eine liberalere oder demokratischere Staatsform, sondern um die endgültige Beseitigung der mittelalterlichen Feudalstruktur auf dem Land. Dass sich dieses spontane, auch gewalttätige Handeln mit bürgerlichen Politikvorstellungen nicht unbedingt zur Deckung bringen ließ, ist unbezweifelbar. Es ist aber auch zu fragen, wessen Maßstäbe denn als die gültigen anzulegen sind?

Die Landbevölkerung nahm sich jedenfalls ihre Freiheit, zumindest was in ihren Augen zu einem freien Leben dazugehörte. Obwohl die Regierung in Augsburg am 13. und am 30. März 1848 in amtlichen Bekanntmachungen ein energisches Eingreifen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung (einschließlich Militäreinsatz und Einquartierung) angedroht hatte,¹⁶⁴ musste der Kaufbeurer Landrichter noch im Mai die Bauern vor den Folgen des Wilderns warnen.¹⁶⁵ Über manchem Dorf dürfte also ungewohnter Bratenduft gelegen haben.

Das waren kleine Siege, viel wichtiger war, dass die Bauern ihre im Frühjahr 48 erkämpften Verbesserungen am 4. Juni vom Staat verbrieft bekamen: Die grundherrliche Gerichtsbarkeit hatte ein Ende, Abgaben und Dienste persönlicher Art mussten nicht länger geleistet werden, das Obereigentum der Feudalherren konnte ratenweise ab-

¹⁶² StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 78, 18.3.1848.

¹⁶³ Siemann, W., Revolution, S. 184ff.

¹⁶⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt vom 18.3.1848, S. 50f und vom 8.4.1848, S. 63f.

¹⁶⁵ Ebda., 6. Mai 1848, S. 82 und 20. Mai 1848, S. 91f.

gelöst werden.¹⁶⁶ Gerade bei der Frage der Ablösung gab es zwar noch lange Zeit erhebliche Probleme, aber trotzdem lässt sich eines mit Gewissheit sagen: Die Bauern waren die eigentlichen Gewinner der Revolution, vor allem die mittelgroßen Höfe profitierten von der gewonnenen Selbständigkeit.¹⁶⁷ Beteiligten sich die Bauern im Frühjahr 1848 in großem Umfang an der Revolution, fielen sie ab dem Sommer, nachdem sie ihre Ziele erreicht hatten, als bedeutsame Gruppe weitgehend aus. Auch hier wird wieder deutlich: Die politischen Ziele der bürgerlichen Bewegung zählten für die Bauern kaum, sie hatten andere Prioritäten. Nur, unpolitisch war diese Haltung nicht. Möglicherweise hätte die bürgerlich-bäuerliche Aktionseinheit des Anfangs andauern können, wenn sich die bürgerliche Bewegung mehr für die Alltagswelt der Bauern interessiert hätte. Gerade einige regionale Beispiele aus dem Allgäu, Baden oder Nordwürttemberg zeigen, dass sich auch noch Monate später, als es für die Revolution ums Überleben ging, die Bauern für demokratische Ziele mobilisieren ließen.

Die städtischen Unterschichten: Katzenmusik und Bürgerwehr

Dass man keine gemeinsame Sprache fand, dass dieselben Begriffe höchst unterschiedliche Inhalte haben konnten, dass konkrete Alltagsbedürfnisse und liberale Reformprojekte nur selten als zusammengehörig empfunden wurden, kennzeichnete nicht nur das Verhältnis von Stadt und Land. Auch innerhalb der städtischen Gesellschaft zeigten sich sehr schnell die Gräben zwischen den unterschiedlichen Schichten. An den Formen, wie man seine Interessen artikulierte, an der symbolischen Sprache waren die Widersprüche innerhalb der revolutionären Bewegung schon in den Märztagen unmittelbar abzulesen. Die Wucht des gemeinsamen Auftretens überdeckte nur für sehr kurze Zeit den fehlenden inneren Zusammenhalt.

Schon der Abend des 6. März 1848 zeigte in seiner Mischung unterschiedlichster Gefühlslagen den sich anbahnenden Konflikt: Angst und Jubel hielten sich bei den Kaufbeuern die Waage. Eigentlich gab es nur Anlass zu überschäumender Freude. König Ludwig I. hatte dem Drängen seiner Untertanen nachgegeben und die so genannte Märzproklamation erlassen, die Reformen in Sinne der Liberalen ankündigte. Mit dem Nachtzug erreichte diese Nachricht auch die Stadt Kaufbeuren, deren Bürger sich gerade im Faschingstrubel befanden. Begeisterung trieb die Menschen auf die Straße. Der Landtagsabgeordnete Johann Ulrich Schäfer illuminierte festlich sein Haus auf dem Marktplatz, der Neptunbrunnen wurde mit Fackeln beleuchtet, ein kleines Feuerwerk gezündet, die maskierten Menschen sangen „Heil dem König! Heil!“, während die Musik in lauten Vivat- und Hochrufen unterging.¹⁶⁸ Am Tag zuvor seien aber, so berichtet Andreas Schropp in seinen Notizen, in der Stadt an verschiedenen Orten anonyme Drohbriefe aufgetaucht, die ankündigten, „dass wenn die Leute auf dem Hirschball seyen,

¹⁶⁶ Hierzu: Götschmann, D., Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständerversammlung des Königreichs Bayern 1819-1848, Düsseldorf 2002, S. 848-859.

¹⁶⁷ Hoffmann, H., Revolution, Randalie und Reformen. Bauernbefreiung in Bayerisch-Schwaben vor 150 Jahren, Kronburg-Illerbeuren 1998, S. 38ff. (= Begleitbuch zur gleichnamigen Sonderausstellung des Schwäbischen Bauernhofmuseums Illerbeuren)

¹⁶⁸ StAKf, Schropp-Chronik, S. 503.

der Jubel der Gäste in traurige Ereignisse verwandelt werden würde.“¹⁶⁹ Diese Nachricht klingt zunächst etwas rätselhaft, es handelte sich dabei aber wahrscheinlich um eine gängige Form zeitgenössischen Protestverhaltens. Auf kleinen handgeschriebenen Zetteln wurden konkrete Missstände beklagt, die wirklichen oder vermeintlichen Verursacher (häufig Beamte, Magistratsmitglieder, Bäcker usw.) heftig attackiert und Veränderungen verlangt. Sollten die Forderungen nicht erfüllt werden, drohte man in der Regel mit Selbsthilfe, die von der Brandstiftung bis zum Mord reichen konnte. Unterzeichnet waren solche Handzettel häufig mit einem Pseudonym oder mit Formeln, die wilde Entschlossenheit zum Ausdruck bringen sollten.¹⁷⁰ Hinter den angedrohten „*traurigen Ereignissen*“ dürfte sich wohl so eine Ankündigung kollektiver Gewaltanwendung verborgen haben, vor allem wenn man bedenkt, dass das Gasthaus „Goldener Hirsch“ das bevorzugte Lokal der städtischen Honoratioren gewesen ist. Ihnen war diese Warnung zugebracht, wahrscheinlich von Einwohnern, die die Politik der herrschenden Großhändler- und Fabrikantenfamilien als Bedrohung ihrer Existenz betrachteten. Diese anonymen Drohbriefe hatten durchaus ihre Wirkung gehabt. Kaufbeurer Bürger, die in dieser Nacht daheim geblieben waren und von der Märzproklamation nichts wissen konnten, wurden vom dem Lärm und dem Feuerwerk so erschreckt, dass sie annehmen mussten, der angekündigte Gewaltausbruch sei in vollem Gange.¹⁷¹

Die Freude über politische Fortschritte wurde sofort gedämpft von der Angst vor der sozialen Revolution. Man hielt alles für möglich in diesen Tagen. Die Autorität der überkommenen Ordnung war erkennbar zusammengebrochen, die Macht lag für kurze Zeit wirklich auf der Straße. Beamte, die bisher in der Stadt die Obrigkeit verkörperten und die Menschen das auch spüren ließen, mussten plötzlich feststellen, dass sie auf einmal nackt dastanden. Der Postverwalter, der abends einer Gruppe von informationshungrigen Kaffeehausbesuchern die Aushändigung der neuen Zeitungen verweigerte und ihnen in altgewohnter Manier ausrichten ließ: „*Die Kälber sollen nur warten bis morgen, dann können sie lesen genug*“ entging nur knapp Misshandlungen.¹⁷² Über den Oberschreiber am Kaufbeurer Landgericht kursierten Spottgedichte, in denen ihm vorgeworfen wurde, seinen Pflichten nur gegen Schmiergelder nachzukommen. Eine Verleumdung, die er in einer Annonce „*mit gebührender Indignation*“ zurückwies.¹⁷³ Bauern vertrieben ihre Förster, die Bürger von Landsberg und Schongau sogar ihre höchsten Beamten, die Landrichter.

In der Nacht des 13. März kam es dann auch in der Stadt Kaufbeuren zu gewalttätigen Ausschreitungen, zu einer sogenannten „Katzenmusik“. Eine größere Anzahl von Menschen zog im Schutz der Nacht durch die Straßen und randalierte vor den Wohnungen einiger ihnen missliebiger Magistratsräte: Nicht nur, dass man ein ohrenbetäubendes akustisches Spektakel vollführte (daher auch der Name), den überraschten Räten wurden auch die Fensterscheiben eingeworfen.¹⁷⁴ Man könnte diesen Vorfall unter der Bezeichnung „jugendliche Lust am Krawall abtun“, dass diese Protestform aber mehr war

¹⁶⁹ Ebda.

¹⁷⁰ Mayring, Julirevolution, S. 19ff.

¹⁷¹ StAKf, Schropp-Chronik, S. 504.

¹⁷² StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 72, 12. März 1848.

¹⁷³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, Nr. 13, 25. März 1848, S. 56.

¹⁷⁴ Christa-Chronik, S. 199.

als nur die Folge exzessiven Alkoholgenußes, zeigt ihre lange Tradition und ihr in der Regel ritualisierter Ablauf. Katzenmusiken, im Altbayrischen besser bekannt unter dem Namen „Haberfeldtreiben“, waren alte traditionell-volkstümliche Formen gesellschaftlicher Straffaktionen, die auf dem Land hauptsächlich von den ledigen Männern getragen wurden. Katzenmusiken fanden grundsätzlich nur bei Dunkelheit statt, häufig wurden die Gesichter bemalt oder sogar Fastnachtmasken benutzt. Neben Johlen, Geschrei, Pfiffen, Schlagen von Topfdeckeln, Schlägen gegen die Haustür und die Fensterläden griff man häufig auf das Gesellenbrauchtum zurück und inszenierte eine Art öffentlicher Gerichtsverhandlung mit dem Vorlesen des Sündenregisters und der abschließenden Verrufserklärung des Angeklagten. Wie sehr solche Katzenmusiken als Teil des lokalen Brauchtums akzeptiert waren, zeigt z.B. die Tatsache, dass die öffentliche Strafverfolgung in der Regel ins Leere lief. Sicher haben die Zuschauer ihre Gesellen, Lehrlinge und Dienstboten trotz der Maskierung häufig wieder erkannt, aber man machte solche Dinge unter sich aus, zu Strafanzeigen der Betroffenen kam es selten. Das Rituelle dieser Protestform ist auch daran zu erkennen, dass die Katzenmusikanten immer als Kollektiv auftraten, dass es aus ihnen heraus nie zu individuellen Gewalttaten kam.¹⁷⁵

In Kaufbeuren beschränkte sich die Katzenmusik aber eher auf die Lärmkulisse und das Einwerfen der Fenster. Einer der Betroffenen, der Großhändler Heinrich Kaupert, schrieb drei Tage später an den Magistrat, dass *„mehrere meiner Bekandten, die Ursache der mir in den verfloßenen Tagen gemachten Unbille der rohesten Art, ganz allein in der Führung des hiesigen Pfand & Leihhauses zu finden glauben.“*¹⁷⁶ Der verstörte Altiliberal wusste offenbar immer noch nicht so recht, wie ihm geschehen war. Dass es sich nicht um einen willkürlichen Gewaltausbruch handelte, wird in der gezielten Auswahl des Opfers deutlich. Das Pfandleihhaus, das Kaupert betrieb, war bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht zufällig zum Stein des Anstoßes geworden. Das gibt uns auch einen deutlichen Hinweis auf die Teilnehmer der nächtlichen Gewaltaktion. Auch der Termin dieses Vorfalles weist in dieselbe Richtung. Es war ein Montagabend, an dem die Gesellen in den Stammlokalen gewöhnlich ihren traditionellen „blauen Montag“ feierten. Man war unter sich, man konnte ohne die Kontrolle der Meister offen reden, politische Meinungen austauschen, was dann den Impuls für ein gemeinsames Vorgehen abgab. Auch der Magistrat war sich sicher, in welchen Kreisen die Katzenmusikanten zu suchen waren, beim *„niedrigen mit dem Begriffe von Freiheit übelbelehrten Pöbel“*.¹⁷⁷ Befürchtet wurden Anarchie und die Gefährdung der persönlichen Freiheit und des Eigentums. Hier wird die Angst überdeutlich, die das europäische Bürgertum das ganze 19. Jahrhundert belastete, dass sich nämlich die verarmten Bevölkerungsgruppen, deren Zahl unaufhörlich stieg, mit Gewalt ihren Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand holen könnten. Die doppelte Frontstellung der bürgerlichen Liberalen - gegen den feuda-

¹⁷⁵ Hierzu: Schindler, N., Die Hüter der Unordnung. Rituale der Jugendkultur in der frühen Neuzeit, in: Levi, G., Schmitt, J.-C. (Hg.), Geschichte der Jugend, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1996, S. 319-383; Thompson, E. P., Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1980; Kaschuba, W., Vom Gesellenkampf zum sozialen Protest, in: Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung, Stuttgart 1884, S. 381-407.

¹⁷⁶ StAKf, A 747/1, S. 33.

¹⁷⁷ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 548.

len Obrigkeitsstaat, aber gleichzeitig auch gegen die Unterschichten - erklärt sich aus dieser tief sitzenden Furcht vor den Menschen, die herablassend als „der Pöbel“ bezeichnet wurden.

Damit sich solche Vorfälle nicht wiederholten, beschloss der Magistrat die Aufstellung einer freiwilligen bewaffneten Sicherheitswache.¹⁷⁸ Schon nach kurzer Zeit hatten sich über hundert junge Männer gemeldet, ledige Bürgersöhne und fremde Handwerksge- sellen, die aus den Beständen des Augsburger Zeughauses bewaffnet wurden. Nun war es aber nicht ungefährlich, genau die Bevölkerungsgruppe zu bewaffnen, die zu solchen spontanen Aktionsformen neigte, denn die Waffen konnten sich genauso gut gegen die Ordnung richten, die sie eigentlich schützen sollten. Aber man vertraute – und wie sich im Falle Kaufbeurens zeigte, zu Recht – auf Disziplinierungseffekte. Die Mischung von jungen Männern völlig unterschiedlicher Herkunft, das häufige Exerzieren, zumal an Samstag- und Montagabenden, neutralisierte anscheinend radikalere Strömungen.¹⁷⁹ Auf diese Art wurden die Gesellen, die ja sonst von jeder politischen Mitwirkung ausgeschlossen waren, auch ein Stück weit in die bürgerliche Gesellschaft integriert.

Das Lavieren zwischen Bewahrung des Alten und revolutionärer Veränderung zeigte sich auch in der Uniformierung der Freicorpsmitglieder. Auf eine reguläre Uniform wurde verzichtet, die meisten hätten sie sich gar nicht leisten können. Zur Kennzeichnung trug man eine weiße Schärpe und eine Armbinde in den weiß-blauen Landesfarben – das konservative Element –, die Verbindung mit der Revolution wurde durch eine schwarz-rot-goldene Kokarde am Hut zum Ausdruck gebracht.¹⁸⁰



Der Kommandant des Kaufbeurer Freicorps: Der Handlungscommis Emil Schäfer (Aufnahme aus späteren Jahren)

Ähnlich wie bei der Landwehr, mit der das Freicorps gleichgestellt war, konnte man auch hier die Offiziere selbst wählen. Kommandant wurde der dreiund- zwanzigjährige Handlungscommis Emil Schäfer, der Sohn des damaligen Landtagsabgeordneten. In seiner Person spiegelte sich geradezu der Zwiespalt des bürgerlichen Liberalismus. Einerseits stammte er aus einer Großhändlerfamilie mit langer liberaler Tradition (sein Onkel Johann David Schäfer verweigerte als Magistratsrat 1832 den Eid auf den König), andererseits wusste er persönlich, wohin revolutionäre Gewalt der Unterschichten führen konnte. Wurden doch der Buchhalter und der Kassier der Wiener Maschinenfabrik von revoltierenden Arbeitern erschossen, bei der er im Jahr zuvor in Ausbildung gewesen war.¹⁸¹ Objektiv gab es in Kaufbeuren nicht den Ansatz einer ernst zu nehmenden sozialen Revolution, subjektiv war Emil Schäfer diese Vorstellung sicher

¹⁷⁸ Ebda.

¹⁷⁹ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 75.

¹⁸⁰ Ebda., S. 79.

¹⁸¹ Privatbesitz Frau Ruth Fritz (Bonn), Tagebuch von Rudolf Schaefer IV, Aus dem Leben des Herrn Emil Ulrich Schaefer, meines Vaters.

nicht fremd. Wir wissen nicht, wie sich das Kaufbeurer Freicorps im Ernstfall verhalten hätte, es gab keinen Anlass, bei dem es sich zwischen Revolution und Gegenrevolution hätte entscheiden müssen. Weder stellte es sich - wie die Augsburger Bürgerwehr - sofort den alten Ordnungsmächten zur Verfügung, noch liebäugelte es - wie einige Allgäuer Freicorps - mit dem bewaffneten Aufstand.

Der möglicherweise einzige Einsatz des Freicorps hatte die Züge einer Farce: Es galt gegen ein Gerücht zu Felde zu ziehen, das den ganzen Südwesten Deutschlands in wenigen Stunden in Panik versetzte. Der so genannte „Franzosenlärm“ zeigt aber besonders eindrucksvoll, welche unberechenbare Eigendynamik Gerüchte in diesen Tagen entwickeln konnten.

Ausgangspunkt der Massenhysterie scheint die Gegend von Lahr und Offenburg gewesen zu sein. In der Nacht auf den 24. März wurden die Bewohner Offenburgs von der Nachricht erschreckt, dass Plünderer aus dem Elsaß nach Lahr eingedrungen seien. Der Bericht eines Grenzwächters, 1 500 elsässische Arbeiter seien „über den Rhein gebrochen“, schien diese Nachricht zu bestätigen. Jetzt wurde Sturm geläutet und die Bürgerschaft bewaffnet. Eine Lawine war ins Rollen gekommen, die durch nichts mehr (schon gar nicht durch die Zurücknahme dieser Falschmeldung) zu stoppen war.¹⁸² Die Nachricht von einer Invasion aus Frankreich verbreitete sich vom Rheintal und vom Schwarzwald aus im Laufe der nächsten Tage in ganz Württemberg, Baden und Bayerisch-Schwaben bis hinein nach Tirol. Mit jedem Kilometer wuchs das Ausmaß der Bedrohung. Man wusste von zerstörten, brennenden Städten zu berichten. Der Feind stand gerade immer in der am nächsten westlich gelegenen Stadt, sein Eintreffen war nur noch eine Sache von Stunden. Zudem war höchst unklar, mit wem man als Gegner zu rechnen hatte: Einmal waren es reguläre französische Truppen, ein anderes Mal arbeitslose französische, deutsche oder polnische, wahlweise auch russische Proletarier, die eine breite Spur der Verwüstung hinter sich her zogen. Der Kaufbeurer Konditor Andreas Schropp notierte am 26. März: *„Sontag, wurde alles durch ein Nachricht von der Augsburger Eisenbahn, mittags, für bestimmt versichert, daß 40 000 Arbeiter von Paris entlassen, bewaffnet den Rhein gequert haben und nur noch 4 Stunden von Ulm entfernt seyen, erschreckt. Daß an der Sage etwas war, ist richtig, daß mehrere tausend arbeitsloose in frankreich entlassen wurden, und viele Russen nach Warschau, Colonnen mit 500 Man sterck, durch würtemberg und baaden und bayern durchmarschieren werden, und sich wahrscheinlich auch ein gesindel anschließen werde.“*¹⁸³ Da war sie wieder, die Angst vor den Folgen des Pauperismus, die Angst vor dem „Gesindel“, dem „Pöbel“, geradeso, als wären die kollektiven Alpträume der Bürger plötzlich Realität geworden. Die schlechten, aber sehr lebendigen Erinnerungen an die Zeit der napoleonischen Eroberungskriege taten ihr Übriges, um viele Menschen zu grotesken Verhaltensweisen zu veranlassen. Ein beliebig herausgegriffener, aber sehr typischer Fall - das Beispiel Illertissen - mag das illustrieren. *„Die allgemeine Bestürzung war groß, und viele Leute vergruben ihre Wertsachen oder schafften sie*

¹⁸² Vergleiche hierzu: Heinz, W., „Mitbürger, greift zu den Waffen.“ Die Revolution von 1848/49 in Oberschwaben, Konstanz 1998, S. 76-86.

¹⁸³ StAKf, Schropp-Chronik, S. 506.

fort. Einige von der Linken jubelten, andere lauschten, wo man die Habe verberge.“¹⁸⁴ Der Landrichter bot die Landwehr auf, um die Illerbrücke bis zum Eintreffen des bayerischen Militärs zu verteidigen. Viele bewaffneten sich mit altertümlichen Flinten, gerade geschmiedeten Sensen, die an langen Stangen befestigt wurden. Man stand kurz davor, sogar die Illerbrücke vorsorglich zu zerstören, was aber durch den Gerichtsarzt, der sich dieser Aktion mit vorgehaltenem Jagdgewehr entgegenstellte, gerade noch verhindert werden konnte. Als nach langem Warten immer noch keine Feinde gefunden wurden, feierten die tapferen Verteidiger ihren Sieg zwei Tage lang in den Wirtshäusern der Stadt. Ob es in Kaufbeuren ebenfalls Grund zum Feiern gab, wird aus den Aufzeichnungen Schropps nicht so recht deutlich. „Daß auf dieses hin“, so fährt er fort, „der Lärm und Angst immer vergrößert wurde, haben in der nachbarschaft mehrere familien eingesackt und sich nach Augsburg geflüchtet, allein an der gränze zur Sicherheit vorkehrungen getroffen, daß bey dem vorgeblieben durchzug der an die polnische Grenze marschierenden borde keine unruhen entstehen, in den orten wie auch auf dörfern, schutz-wachen von jungen männern errichtet worden.“¹⁸⁵ Es ist unklar, ob Schropp die Nachbarn in seiner Straße beim Koffer packen beobachtete oder ob er Bewohner anderer Orte meinte, wenn er sie mit Sack und Pack in die Kreishauptstadt fliehen ließ. Dass die Kaufbeurer Freicorpsmänner - in auffallendem Gegensatz zur gesamten Region - nicht ausrückten, ist durchaus möglich, denn die Ereignisse dieses denkwürdigen Wochenendes werden in keiner anderen Kaufbeurer Quelle erwähnt. Wenn dem wirklich so war, dann hatte sich die Stadt allerdings als Hort kühler Rationalität erwiesen.

Dass man sich aber auch über Kaufbeuren in diesen Frühlingswochen eine aggressiv aufgeladene Atmosphäre vorstellen muss, beweisen kleine Beobachtungen aus dem Wochenblatt. So richtete der Landrichter deutliche Worte an die ländliche Jugend: „Es ist zur Anzeige gekommen, daß namentlich von jungen Leuten mit Pistolen von Morgens bis in die Nacht hinein zu verschiedenen Zeiten geschossen wird. Da das Verbot wegen Schießens nicht aufgehoben ist, so werden die Gemeinde-Vorsteher aufgefordert, jede Übertretung dieser Verordnung zur Anzeige zu bringen.“¹⁸⁶ Wohl nicht zufällig annoncierten Kaufleute der Stadt aber genau für diese Produkte: „Mehrere Nachfrage wegen zeige ich hiemit an, daß bei mir außer Specerei, Taback und Ellenwaaren auch Jagd-, Scheiben-, Musketen- und Sprengpulver, Blei, Schießbarchend, Schrott, Flintensteine und Kapseln um billige Preise zu haben sind, welche ich zu geneigter Abnahme bestens empfehle. Friedrich Mayr zum Mohren.“¹⁸⁷ Die Menschen bewaffneten sich, denn nichts mehr schien sicher, jederzeit konnte es zu Gewaltausbrüchen kommen.

Die bürgerliche Bewegung: Dankadressen und Bürgerversammlungen

Bitten – fordern – es sich nehmen: drei Alternativen, drei unterschiedliche Vorgehensweisen, für die man sich entscheiden konnte. Die Unterschichten hatten zum Teil mit

¹⁸⁴ Zitiert nach den Erinnerungen des Apothekers Anton Kanz, in: Federmann, E., 1000 Jahre Illertissen, Illertissen 1954, S. 134.

¹⁸⁵ StAKf, Schropp-Chronik, S. 506.

¹⁸⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 6.5.1848, S. 82f.

¹⁸⁷ Ebda., 8.4.1848, S. 66.

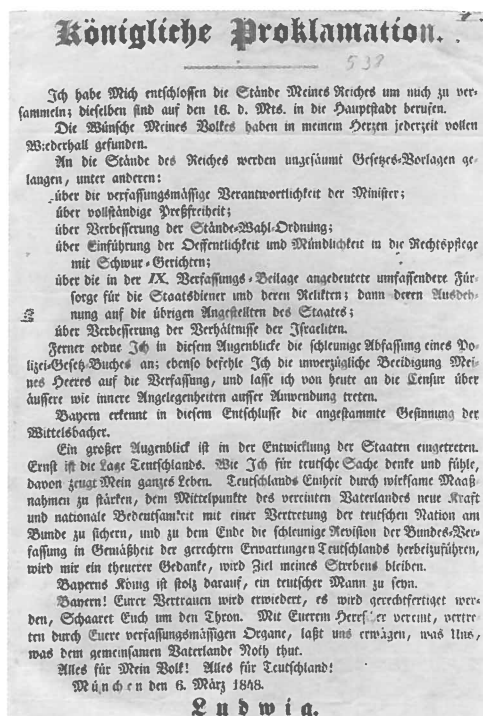
Erfolg den letzten Weg beschritten. Die bürgerliche Bewegung, die jahrzehntelang den Kompromiss gesucht, eine Revolution nie gewollt hatte, setzte auf die anderen beiden Varianten. Ob man sich dabei für das Fordern oder für das Bitten entschied, hing weitgehend vom politischen Entwicklungsstand der Liberalen in einer Region ab. Dabei konnte man ein ausgeprägtes Ost-West-Gefälle beobachten. In Baden, dem politisch entwickeltsten Staat des Deutschen Bundes saßen Liberale schon seit 1846 mit in der Regierung, hatte sich die liberale Opposition schon in demokratisch gesinnte Radikale, die eine Republik wollten und Gemäßigte, denen eine konstitutionelle Monarchie ausreichend erschien, ausdifferenziert. War der Landtag die Arena der Konstitutionellen, so setzten die Demokraten auf öffentliche Volksversammlungen. Am 27. Februar kamen in Mannheim 2500 Menschen zusammen, die einen von den Demokraten redigierten Forderungskatalog billigten, in dem scharfe Töne angeschlagen wurden. *„Das alte System wankt und fällt in Trümmer. Aller Orten haben die Völker mit kräftiger Hand die Rechte sich selbst genommen, welche ihre Machthaber ihnen vorenthielten. Deutschland darf nicht länger geduldig zusehen, wie es mit Füßen getreten wird. Das deutsche Volk hat das Recht zu verlangen: Wohlstand, Bildung und Freiheit für alle Klassen der Gesellschaft, ohne Unterschied der Geburt und des Standes. (...)“* Konkret ging es um vier Punkte: Volksbewaffnung, Ende der Zensur, Einführung von Schwurgerichten, sowie die sofortige Einberufung eines deutschen Parlaments.¹⁸⁸ Volksversammlungen in ganz Baden nahmen diese klassischen „Märzforderungen“ auf. Auch in Bayerisch-Schwaben berieten Bürger auf Versammlungen über ähnliche Wünsche. So sandten die Bürger Augsburgs, Lindaus, Memmingsens oder Landsbergs Petitionen an Ludwig I., die sich im Ton aber ganz anders anhörten. So formulierten die Augsburger am 4. März 1848 in einer Adresse an den König: *„Die Bürgerschaft einer Stadt, welche sich unter allen Umständen der treuesten ungestörtesten Anhänglichkeit an die allerhöchste Person Eurer Königlichen Majestät und ebenso der Liebe ihres Monarchen bewußt ist, folgt hiermit dem ernststen Rufe der Zeit und wagt es in ebenso tiefster Ehrfurcht als unerschütterlichem Vertrauen, ein freies Wort der Bitte an Eure Königliche Majestät zu richten.“*¹⁸⁹ Was dann an Einzelwünschen folgte, lässt sich mit dem badischen Forderungskatalog durchaus vergleichen. Unterzeichnet wurde die Adresse von über 2 000 Bürgern der Stadt.

Der entscheidende Durchbruch im Königreich Bayern gelang den Bürgern der Hauptstadt München. Am 3. März wurde eine Petition an den König erarbeitet und im Rathaus ausgelegt. Binnen weniger Stunden hatten über 10 000 Münchner ihre Unterschrift darunter gesetzt. Als sich am nächsten Tag die Bürgerschaft auch noch bewaffnete, man hatte das Zeughaus gestürmt, war der König gezwungen, die Märzforderungen zu akzeptieren. Nicht einmal im hochadeligen Kreis der Vertrauten um den König stießen diese Forderungen auf Unverständnis, ganz im Gegenteil. Karl Fürst zu Leiningen war schon am 20. Februar, also noch vor den entscheidenden Vorgängen in Paris, zu der Einschätzung gekommen, die Ziele der Liberalen seien *„Anforderungen, welche weder dem monarchischen Prinzip, sobald man es nicht mit Absolutismus identifizieren will, noch dem wahren Konservatismus, sobald darunter nicht Reaktion gegen die*

¹⁸⁸ Katalog zur Ausstellung : „Des Volkes Freiheit.“ Die Revolutionäre von Offenburg 1847-49., herausgegeben vom Haus der Geschichte Baden Württemberg, Stuttgart 1997, S. 47.

¹⁸⁹ StBA, Flugschriften 1848/49.

Richtung der Zeit verstanden werden soll, noch der Wahrung der Rechte und des Besitzes irgend zu nahe treten.“¹⁹⁰ Ludwig Fürst von Oettingen-Wallerstein riet dem König am 5. März dringend, sich nicht von den Ereignissen überrollen zu lassen, sondern „sich aufrichtig und entschieden an die Spitze der Bewegung“ zu stellen. Er legte dem Monarchen den Entwurf zur bekannten „Märzproklamation“ vor.¹⁹¹ Darin wurden eine Reihe von liberalen Reformen angekündigt: Verantwortlichkeit der Minister, vollständige Pressefreiheit, Reform der Wahlen zum Landtag, öffentliche Rechtspflege durch Schwurgerichte, Verbesserungen im Beamtenrecht, Judenemanzipation, Vereidigung des Heeres auf die Verfassung, Förderung der deutschen Einheit. Mit dem feurigen Motto: „*Alles für Mein Volk! Alles für Deutschland!*“ wurde sie am 6. März als Flugblatt publiziert und löste, wo immer der Text auftauchte, Jubel und Begeisterungstürme aus. Mit der „Märzproklamation“ und der Ernennung einer neuen liberalen Regierung wurde die Monarchie in Bayern tatsächlich gerettet, der Revolution die Spitze gebrochen. Die meisten Menschen nahmen diese Wendung mit großer Erleichterung auf, hatte die Revolution doch scheinbar schnell und ohne Blutvergießen zum Erfolg geführt. Dass die alte Ordnung damit vor allem aber eine entscheidende Atempause für sich erreicht hatte, war den wenigsten klar.



Die Monarchie gibt geschmeidig nach: Am 6. März stimmt der König wichtigen liberalen Forderungen zu.

Auch in Kaufbeuren dominierten die Gefühle der Dankbarkeit. Bei wem aber sollte man sich bedanken? Beim König? Stadtschreiber Krenkl entwarf für den Magistrat noch in derselben Nacht eine Dankadresse an den Monarchen: „*Eure Königl. Majestät haben die dringenden Bedürfnisse einer Abänderung und Verbesserung einiger Staats-Einrichtungen huldvollst erkannt, und durch dies Proclama vom gestrigen die gerechten Bitten der Unterthanen allergnädigst erhört. Namenlose Freude erregte allenthalben diese landesväterliche Rücksicht für das Landes-Wohl, und unverbrüchliche Treue und Anhänglichkeit an Ihre Königl. Majestät und das Königl. Haus werden diese allerhöchste Gnade lohnen.*“ Bei der Schilderung der dankbaren Gefühle der Kaufbeurer verstieg er sich aber dann so sehr in schwülstigen Formulierungen, dass man diese Adresse offenbar nicht ernsthaft weiterverfolgte

¹⁹⁰ Zitiert nach: Hummel, K.-J., Die Revolution von 1848/1849 in Bayern, in: Müller, R. A., Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 501.

¹⁹¹ Ebda.

und es beim Entwurf beließ.¹⁹² Weit mehr entsprach es bürgerlichem Selbstbewusstsein, sich an diejenigen zu wenden, die diesen Umschwung erzwungen hatten. Folglich verbeugte man sich vor der Bürgerschaft Münchens: *„Die Bewohner der königlichen Haupt- und Residenzstadt München, die Bedürfnisse der Zeit wohl erkennend, sind hierbei mit einem Beyspiele vorangegangen und haben sich mit einer Entschlossenheit benommen, welche ganz Bayern eben so zur Bewunderung, wie zur Freude hingerissen hat. Ihre Majestaet der König fanden sich in Folge dieser heldenmütigen Verwendung für die gerechten Wünsche des Landes gewogen zu gewähren, was in der königlichen Proklamation vom gestrigen enthalten ist, und worüber ganz Bayern freudig überrascht wurde. Bayern ist durchdrungen von Dankgefühl über die Aufopferung der braven Bewohner der königlichen Stadt München für die Wohlfahrt des Volkes, und die Bewohner der Stadt Kaufbeuren finden sich veranlaßt diesen ihren Mitbürgern ihren besonderen Dank, und ihre hohe Achtung über ihr partriotisches Benehmen hiemit auszudrücken (...)“*.¹⁹³ Diese Adresse, die einen Tag zur Unterzeichnung auslag, erhielt die Unterschriften von 201 Kaufbeurer Bürgern.

Damit wird zum ersten Mal eine größere Gruppe von Kaufbeurern namentlich fassbar, die sich im liberalen Sinn engagierte. Zunächst ist festzuhalten, mindestens ein Viertel der Kaufbeurer Bürgerschaft bekannte sich mit Namen und Unterschrift zu den liberalen Forderungen und auch zur Form ihrer Durchsetzung, wobei der Grad der Zustimmung mit Sicherheit wesentlich höher lag. Betrachtet man die Unterzeichner näher, so kommt man zu Ergebnissen, die für die Kaufbeurer Situation sehr charakteristisch sind:

1. Das liberale Milieu der Stadt war weitgehend protestantisch geprägt. 77% der Unterzeichner waren evangelisch, nur ein knappes Viertel katholisch.

2. Die Handwerksmeister stellten den größten Teil der Unterzeichner (74%). Ziemlich genau die Hälfte der Kaufbeurer Meister hatte unterschrieben. Die nächst größere Gruppe bildeten die Kaufleute und Fabrikanten mit 12%, die damit ebenfalls weit überproportional vertreten waren, gefolgt von den Wirten (5%) und den Angehörigen des Gesundheitswesens (3%). Vollständig fehlten die Geistlichkeit beider Konfessionen, die Beamten (mit Ausnahme des Eisenbahnbaus), die Lehrer und die Juristen. Die Angehörigen dieser Berufsgruppen hielten sich noch bedeckt, wollten offenbar erst die weitere Entwicklung abwarten, statt einen Karriereknick zu riskieren.

3. Es gab keine erkennbaren Unterschiede zwischen den Generationen. Der Wunsch nach Veränderung existierte in allen Altersgruppen.

4. Magistrat und Gemeindebevollmächtigte unterstützten - auf jeden Fall der protestantische Teil - die liberale Bewegung. Sieben der zehn Magistratsmitglieder, darunter auch Bürgermeister Walch, und zwanzig der vierundzwanzig Gemeindebevollmächtigten hatten unterschrieben.

5. Das Vereinswesen war ein wichtiger Teil des liberalen Milieus. Erneut wird der protestantische Bürgerverein als wichtige Schaltstelle der Meinungsbildung erkennbar. 71% der Mitglieder des Bürgervereins und etwa die Hälfte der Mitglieder des Liederkranzes unterschrieben die Adresse.

6. Die liberale Bewegung hatte sich in Kaufbeuren noch nicht in verschiedene Richtungen gespalten. Unter den Unterzeichnern finden sich Bürger, die später höchst un-

¹⁹² StAKf, A 78.

¹⁹³ StAMü, BuR 318.

terschiedlichen politischen Lagern angehören werden. Vor allem liberalkonservative Katholiken konnten sich zu diesem Zeitpunkt noch mit der sehr unverbindlich formulierten Adresse identifizieren.

Der Thron war gerettet, jetzt konnte man den Fortgang der Ereignisse wesentlich gelassener beobachten und ihn – wenn möglich – wieder direkt oder indirekt beeinflussen. Überhaupt reagierte die Obrigkeit erstaunlich flexibel, um in jedem Fall Herr der Lage zu bleiben. Der Augsburger Regierungspräsident wies die schwäbischen Landrichter und Stadtkommissäre in einem Rundschreiben an, ihre örtlichen Spielräume zu nutzen, um die revolutionäre Bewegung in kontrollierbare Bahnen zu lenken. „*Sie werden sich von der herrschenden Stimmung der Bevölkerung Gewissheit zu verschaffen wissen, und wenn man gleichwohl dem Drange, sich öffentlich auszusprechen, nicht widerstehen kann oder sich dessen (...) nicht versagen zu dürfen glaubt, mit den Notabeln der Stadt über die beste, immerhin aber gesetzliche Weise benehmen.*“¹⁹⁴ Im Klartext hieß das wohl, die Behörden sollten sich nicht gegen Volks- oder Bürgerversammlungen sperren, da sie als wichtiges Ventil betrachtet wurden. Auszuloten, inwieweit sich die örtlichen Honoratioren für diese Strategie der schrittweisen Beruhigung einspannen ließen, blieb dem Fingerspitzengefühl der lokalen Beamten überlassen. Die vielen Bürgerversammlungen des Frühjahrs erwiesen sich deshalb für beide Seiten als äußerst fruchtbar. Die Bürger konnten bei wichtigen lokalen Problemen direkt und mit Nachdruck auf rasche Lösungen drängen, gleichzeitig verpuffte der aufgestaute Zorn und dem allgemeinpolitischen Veränderungswillen wurden dadurch Energien entzogen.

Der Saal im ersten Stock des Gasthauses „Goldener Hirsch“ war der Versammlungsort für die Kaufbeurer Bürgerversammlungen. Eine anonyme Gruppe von Bürgern hatte Handzettel drucken und verteilen lassen, die die „*gesammte, verehrliche Bürgerschaft*“ für



Zum ersten Mal beraten die Bürger Kaufbeurens legal über ihre eigenen Belange: Trotzdem wird anonym zur Bürgerversammlung geladen.

den Sonntag, den 19. März, „zur Besprechung einiger Gemeinde-Angelegenheiten“ einlud.¹⁹⁵ Zum ersten Mal konnten die Bürger in einer von ihnen selbst organisierten Veranstaltung zu ihren ureigensten Angelegenheiten Stellung beziehen. Es kamen viele, und es wurde eine hitzige Versammlung. Ein Beteiligter machte sich hinterher in einem drastischen Gedicht Luft. Offenbar waren einige anwesende Magistratsräte (diejenigen, denen man die Fenster eingeworfen hatte?) nicht bereit, sich das politische Heft aus der Hand nehmen zu lassen.

¹⁹⁴ Zitiert nach: Keßler, H., Politische Bewegungen in Nördlingen und dem bayerischen Ries während der deutschen Revolution 1848/49, München 1939, S. 31.

¹⁹⁵ StAKf, Beilagen zur Christa-Chronik, Nr. 548.

„Nun trat ein Mann hervor, mit starker Stimme
 Verkündet er, was jeder Bürger will
 Doch sieh, da tritt ein wilder Löwengrimber
 Ein Rathsherr vor mit schrecklichem Gebrüll.
 Er will nicht, daß die Bürger Vortheil ziehen
 Von dem, was das Gesetz so deutlich spricht,
 Der Bürger soll nur zahlen, frohnen, knien (...)
 Dieß ist der fromme Wunsch vom Magistrat
 Erfüllt ihr den, dann Bürger seid ihr gut.“¹⁹⁶

Wie gespannt das Verhältnis zwischen Magistrat und Bürgerschaft war, zeigte auch die Wahl eines Bürgerausschusses, dessen Aufgabe es sein sollte, die Verhandlungen mit dem Magistrat zu führen und die Beschlüsse der Versammlung dort durchzusetzen. Vom Rathaus erwartete man sich offenbar keine Wendung zum Besseren.

„Doch lassen wir den Magistrat jetzt schlafen
 Bis die Posaun am jüngsten Tag ihn weckt
 Und wenden uns nun hoffnungsvoll zu Euch, ihr Braven,
 Die man als Ausschuß hat zusammeng'fleckt.“

Aber bereits die Zusammensetzung des Komitees weckte bei unserem Beobachter neue Zweifel. Die deutliche Dominanz des Besitzbürgertums und der Rechtsanwalt Dr. Barth als Vorsitzender erschienen ihm nicht als hinreichende Garantie für einen Wechsel in der städtischen Politik.¹⁹⁷

„Nur das sei euch gesagt, mit Advokaten Ränk
 Reizt dißmal ihr den freien Bürger nicht
 Der Reichen Antrieb und der Reichen Schwänk
 Entgehn dem Armen Bürger Auge nicht.“

Sollte sich am Ende doch wieder nichts ändern, dann, so drohte unser Dichter, bliebe nur mehr die Flucht in die Gewalt.

„Und sind des Bürgers Wunsch nicht all erfüllt
 Und so genau und klar als wie Cristall,
 Dann, Bürger, auf, das Racheschwert enthüllt
 Und stürmet tapfer dann den Rathaus Saal.“

Die Verse des unbekannten Teilnehmers belegen anschaulich die Entfremdung zwischen den Bürgern und ihrer selbst gewählten Gemeindevertretung, das Misstrauen zwischen

¹⁹⁶ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, eingelegtes handschriftliches Gedicht.

¹⁹⁷ Das Misstrauen gegenüber Barth kommt auch in einem Leserbrief in der „Kemptner Zeitung“ zum Ausdruck, indem ihm völlig überhöhte Honorarforderungen vorgeworfen werden. Der Autor beschließt seine Kritik an Barth mit dem Urteil: „Wer solche Rechnungen zu machen fähig sei, verdiene das Vertrauen des Volkes nicht und gehöre nicht nach Frankfurt.“ (StAKe, Kemptner Zeitung, 7.5.1848, S. 508.)

den Gesellschaftsschichten und die latente Aggressivität dieser Märztage, sie geben aber leider kaum Auskunft über die konkreten Probleme, die in der Hirsch-Versammlung so lebhaft debattiert wurden. Aus anderen Quellen lässt sich aber eine Reihe von Punkten zusammentragen, um die sich die Auseinandersetzung drehte.

Etlche Beschwerden trugen eindeutig sozialen Charakter. Wer darf in den städtischen Wäldern wann, wo und wie viel Brennholz sammeln? Für die ärmeren Bewohner der Stadt war das ein existentielles Problem. Wie könnte sichergestellt werden, dass das Pfandleihhaus die wirtschaftliche Not vieler Menschen nicht zu privatem Gewinnstreben nutzt? Wo und wie kann den Unterschichten im Krankheitsfall geholfen werden? Daraus entstand die Forderung nach der Errichtung eines städtischen Krankenhauses. War es in diesen schwierigen Zeiten zu rechtfertigen, dass die Bürgersöhne so viel Geld für die Aufnahme ins Bürgerrecht zahlen mussten? Man forderte eine deutliche Senkung der Aufnahmegebühr.¹⁹⁸

Die mangelnde Transparenz bei Magistratsentscheidungen war ein weiterer Stein des Anstoßes. Vetternwirtschaft bei der Vergabe von Stipendien¹⁹⁹ und Unregelmäßigkeiten bei der Ausschreibung von städtischen Baumaßnahmen²⁰⁰ lauteten einige der Vorwürfe. Gefordert wurden deshalb die Öffentlichkeit der Magistratssitzungen und stärkere Kontrollmöglichkeiten für die Gemeindebevollmächtigten über die Verwendung der Stiftungsgelder.²⁰¹

Dem Beispiel der Augsburger folgend, die die gleichmäßige Aufteilung der Stadtratssitze auf die beiden Konfessionen vereinbart hatten, wurde auch in Kaufbeuren die Parität verlangt, d.h. die Katholiken sollten in der politischen Führungsspitze der Stadt angemessen vertreten sein.²⁰²

Die Beschwerden und Forderungen, mit denen das „Comite“ auf dieser Sitzung überschüttet wurde - sicher wahllos, dafür um so temperamentvoller vorgetragen - mussten zunächst sortiert, vernünftig formuliert und zusammengestellt werden. Der Rechtsanwalt Barth, der die erste Bürgerversammlung offensichtlich zu allgemeiner Zufriedenheit geleitet hatte, lud die Bürger für den 5. April zu einem zweiten Treffen ein, auf dem der elf Punkte umfassende Forderungskatalog beraten, beschlossen und dem Magistrat übergeben werden sollte.²⁰³ In den folgenden Monaten bemühte sich der Magistrat, die Forderungen der Bürgerschaft umzusetzen. Manchmal gelang dies sehr schnell, z.B. bei der Frage der Holznutzung. Bereits am 28. März erließ der Magistrat eine neue Regelung, die auf die Ausgabe von Berechtigungsscheinen hinauslief. Damit konnten die Bürger in zugewiesenen Waldstücken legal ihr Brennholz sammeln, gleichzeitig blieb ein Missbrauch aber kontrollierbar.²⁰⁴ Wie wichtig die Befriedigung elementarer Bedürfnisse genommen wurde, zeigte auch das Zögern des Magistrats beim Verkauf städtischer Getreidevorräte. „*Wegen gegenwärtiger kritischer Umstände*“²⁰⁵ sollte dazu die

¹⁹⁸ StAKf, Schropp-Chronik, S. 505.

¹⁹⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 8.4.1848, S. 64f. und 15.4.1848, S. 68.

²⁰⁰ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 88, 28.3.1848.

²⁰¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt 27.5.1848, S. 97.

²⁰² Ebda.

²⁰³ Ebda., 1.4.1848, S. 60.

²⁰⁴ Ebda., 1.4.1848, S. 59f.

²⁰⁵ StAKf, B 4 Ratsprotokolle Oktober 1846-Ende 1859, Sitzung vom 3.4.1848.

Meinung der Gemeindebevollmächtigten eingeholt werden. Die Stadträte waren so verunsichert, dass sie sich in besonders sensiblen Bereichen eigene Entscheidungen nicht mehr zutrauten. Man wollte keine Fehler mit unabsehbaren Folgen machen. Rasch regelbar war auch die Neufestlegung der Aufnahmegebühren ins Bürgerrecht. Die Tarife für Kaufbeurer Bürgersöhne wurden drastisch gesenkt, eine Maßnahme, die sich im Stadtsäckel schmerzlich bemerkbar machte.²⁰⁶ Die Erfüllung anderer Wünsche ließ länger auf sich warten, was auch mit der angespannten Finanzlage der Stadt zu tun hatte. Die Einrichtung eines städtischen Krankenhauses für Dienstboten, Gewerbs- und Fabrikgehilfen erfolgte erst im Frühjahr des nächsten Jahres.²⁰⁷ Wieder andere Forderungen bedurften der Zustimmung der Regierung, die am 10. Mai 1848 dem Magistrat riet, sich „*die ihm gesetzlich zukommenden Befugnisse (...) nicht schmälern zu lassen, sondern auf deren Ausübung zu bestehen.*“²⁰⁸

Wer waren die Mitglieder des „Comites“, die zwar keine gesetzlichen Befugnisse, dafür aber das Vertrauen ihrer Mitbürger hatten? Zum Bürgerausschuss gehörten in alphabetischer Reihenfolge:

Philipp Jakob Bachschmid, Seidenweber, Protestant, 45 Jahre

Dr. Marquard Barth, Rechtsanwalt und Notar, Katholik, 39 Jahre

Dr. Joseph Daser, Arzt, Katholik, 40 Jahre

Georg Adam Geiger, Eisenbahn-Ingenieur, Katholik, 34 Jahre

Carl Eduard Heinzelmann, Großhändler, Protestant, 39 Jahre

Christoph Friedrich („Fritz“) Heinzelmann, Großhändler, Protestant, 39 Jahre

²⁰⁶ Ebda., Sitzung vom 2. Mai 1848. Bislang wurden folgende Gebühren, gestaffelt nach Herkunftsort des Antragstellers, erhoben: Gemeinde außerhalb des Zollvereinsgebietes - 60 fl, bayerische Gemeinde oder Gemeinde innerhalb der Zollvereinsstaaten - 50 fl, aus Kaufbeuren je nach Vermögen: 40 fl bei einem Vermögen von oder über 800 fl, 25 fl bei einem Vermögen zwischen 300 und 800 fl, 15 fl bei einem Vermögen bis 300 fl. (Ebda., Sitzung vom 28.12.1846.) Nach Ausweis der Journale der Rechnungsbücher der Jahre 1849/50 und 1850/51 waren nun bis zu einem Vermögen von 1500 fl nur noch 15 fl zu entrichten, bis zu einem Vermögen von 500 fl sogar nur noch 10 fl. Da die kuriose Situation eintreten konnte, dass ein Gastwirtssohn mit einem geschätzten Vermögen von 10 000 fl eine Gebühr von 40 fl, ein Geselle aus einem benachbarten Dorf aber nach wie vor 50 fl zu zahlen hatte, wird die Begünstigung der einheimischen Bürgersöhne überdeutlich. Diese Maßnahme hatte nicht die Erleichterung der Ansässigmachung zum Ziel, sondern nur eine finanzielle Entlastung der Einheimischen. Der Stadtkasse entgingen im Rechnungsjahr 1849/50 damit 175 fl. (StAKf, R 1c 1849/50 und 1850/51.)

²⁰⁷ StAKf, Intelligenzblatt Kaufbeuren, 30.4.1823, S. 136f.; A 2013 (Die Einrichtung eines Krankenhauses 1848-1925), Nr. 6, 12, 21; A 882 und 883 (Sammlungslisten der vier Stadtviertel für 1848/49), Kaufbeurer Wochenblatt 31.3.1849, S. 55 und 21.4.1849, S. 67f.; Der Magistrat hatte bereits im August 1823 die Einrichtung einer „Wohltätigkeits Anstalt für kranke Dienstboten“ beschlossen. Dafür waren im Seelhaus zwei Räume bereitgestellt worden. Das Krankenhaus von 1849 wurde ebenfalls nicht als Neubau errichtet, sondern im ersten Stock des Spitalgebäudes wurden auf Kosten der Zeichenschule sechs Zimmer freigeräumt und mit 11 Betten, Tischen, Holzsesseln, Nachttischchen und Nachttühlen ausgestattet. Für die Aufnahme war eine Einweisung des Landgerichtsarztes notwendig. Eine rigide Hausordnung regelte das Verhalten, die Besuchszeiten und vor allem die Verpflegung der Patienten. Zur Finanzierung sollten freiwillige, aber möglichst regelmäßige Spenden der Bevölkerung beitragen, von den Dienstboten und Handwerksgehlen wurden monatlich 8 bzw. 6 Kreuzer über ihre jeweiligen Arbeitgeber erhoben. Die Arbeiter der Mechanischen Baumwollspinnerei lehnten eine Teilnahme an dieser Einrichtung jedoch ab. Am 4. April nutzte der Zeugschmiedeselle Theodor Michlitz als erster Patient die neue Anstalt. (EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 137.)

²⁰⁸ Ebda., 27. Mai 1848, S. 97.

Heinrich Meggendorfer, Kaufmann, Katholik, 38 Jahre
Jakob Friedrich Roth, Kaufmann, Protestant, 36 Jahre
Martin Schmid, Rotgerber, Protestant, 31 Jahre
Johann Schwarz, Steinmetz, Katholik, 32 Jahre
Gabriel Schweyer, Ökonom und Wirt, Protestant, 42 Jahre
Theodor Walch, Ingenieur, Protestant, 29 Jahre²⁰⁹

Signalisierte diese Wahl einen Bruch mit der alten Gemeindevertretung? Auf den ersten Blick ja, denn nur zwei Mitglieder, Bachschmid und Roth, waren Gemeindebevollmächtigte. Das war natürlich eine Ohrfeige für die amtierenden Stadträte, auf der anderen Seite aber eine sinnvolle Entscheidung, wenn der Ausschuss wirklich als Gegenpart zum bestehenden Magistrat gedacht war. Blickt man aber etwas genauer hin, so wird deutlich, dass zumindest auf evangelischer Seite die alten führenden Familien weiterhin repräsentiert waren. Theodor Walch war der Schwiegersohn des amtierenden Bürgermeisters, Carl Eduard Heinzelmann der Sohn seines Vorgängers und der Vater Fritz Heinzelmanns war der ehemalige Landtagsabgeordnete.

Auch der Graben zwischen Protestanten und Katholiken schien auf einmal nicht mehr so tief zu sein. Die Parität, die der Ausschuss forderte, wurde in diesem Gremium zwar noch nicht erreicht, aber man hatte sich erkennbar angenähert. Aber auch hier lohnt ein genauerer Blick. Alle protestantischen Mitglieder gehörten alteingesessenen Kaufbeurer Familien an, von den katholischen Vertretern stammte niemand aus der Stadt. Gab es unter den alten katholischen Bürgern Kaufbeuren niemanden, der das Vertrauen seiner katholischen Mitbürger besaß? War man dort politisch so desinteressiert, dass man niemanden aus den eigenen Reihen durchsetzen konnte? Vertraten die katholischen Vertreter, die fast alle Akademiker waren und von außen kamen, wirklich den katholischen Bevölkerungsteil oder waren sie eher die Wunschartner der liberalen Protestanten?

Eigentlich passt der Satz, dass sich vieles ändern muss, damit alles beim Alten bleibt, gut auf den Bürgerausschuss. In Kaufbeuren blieb vieles beim Alten, nur dass eine neue Generation vernehmbar mit den Hufen scharrte. Das Bürgerkomitee versuchte nie, seine Rolle im Gefüge der Stadt auszuweiten oder gar allgemeinpolitisch tätig zu werden. Nachdem seine direkte Aufgabe beendet war, machte es sich nach kurzer Zeit als Gremium selbst überflüssig. Was aber nicht heißen soll, dass es eine unbedeutende Rolle gespielt hätte. Die meisten Mitglieder begannen hier ihren Weg in die Politik, Ausgangspunkt für weiterführende Karrieren war der Bürgerausschuss allemal.

Aber mit den Karrieren einzelner Kaufbeurer Bürger verlassen wir schon die Phase der spontanen, ungeplanten Revolution. Das nächste Kapitel wird sich damit beschäftigen, in welchen Formen sich die Revolution zu verfestigen suchte, welche Institutionen und Organisationen sie schuf und nicht zuletzt, wie sie sich selbst darstellte. Beide Phasen bedingten einander. Ohne die spontanen, oft gewalttätigen Aktionen des März, hinter denen ganz überwiegend konkrete soziale Motive standen, hätte die bürgerliche Revolution niemals die Schubkraft erreicht, die zu ihrer Durchsetzung notwendig war. Umgekehrt wäre die spontane Volksbewegung ins Leere gelaufen, wenn nicht Institutionen

²⁰⁹ Ebda., 22. April 1848, S. 75. Die Namen tauchen nur im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung auf, es handelt sich dabei aber mit Sicherheit um die Mitglieder des Bürgerausschusses.

und politische Programme sich um eine nachhaltige Wirkung bemüht hätten. Dass das eine ohne das andere nicht möglich war, sahen nur wenige. Die unterschiedlichen Interessen, das gegenseitige Misstrauen und Nichtverstehen, die verschiedenen Politikformen erwiesen sich schon bald als übermächtig.

... und Lola Montez ?

Wenn es ein Ereignis der bayerischen Geschichte aus der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt, das im Bewusstsein einer größeren Öffentlichkeit noch lebendig ist, dann die Liebesbeziehung zwischen dem alternden König und der Tänzerin Lola Montez, eine Affäre, die vierzehn Monate dauerte und 1848 dazu führte, dass König Ludwig I. - als einziger deutscher Monarch - von der politischen Bühne abtrat. Nicht die Details dieser Verbindung sollen hier interessieren, sondern nur die Frage nach dem Stellenwert für die Revolutionsergebnisse von 1848/49.

Ludwig I. verstand die Welt jedenfalls nicht mehr. Er könne einfach nicht begreifen, erklärte er dem Architekten Leo von Klenze, *„wie man ihm aus seinem Liebesverhältnis zu Lola solch ein Verbrechen machen könne, das es doch das fünfzigste sei, und da man davon 49 geduldet habe, ohne Etwas dawieder zu sagen.“*²¹⁰ Diese Bemerkung des Königs macht deutlich, wie sehr er die Realität nicht mehr sehen konnte oder wollte. Ein großer Teil der bayerischen Gesellschaft war nicht mehr bereit, Ludwigs Eskapaden widerspruchsfrei hinzunehmen. In Kreisen der Verwaltung, der Armee, der katholischen Kirche, des Adels wie auch bei den Bürgern Münchens war das Ansehen des Monarchen auf einem Tiefpunkt angelangt. Verunsicherung war der Erbitterung gewichen. Dabei ging es weniger um moralische Skrupel, sondern darum, dass Ludwig sämtliche Grundsätze beiseite wischte, nur um seiner Geliebten jeden erdenklichen Gefallen zu tun. Nicht das Liebesverhältnis, das Mitregieren seiner Mätresse, die mittlerweile zur Gräfin Landsfeld aufgestiegen war, wurde als anstößig empfunden.

Ein charakteristischer Vorfall, aber nur einer unter vielen, wiederum von Klenze überliefert: Lola Montez beginnt in einer Münchener Gaststätte eine handgreifliche Auseinandersetzung und wird dabei leicht verletzt. Um seine Geliebte vor einer sicheren Bestrafung zu bewahren, leitet Ludwig die polizeilichen Untersuchungen höchstpersönlich. Man kann sie nicht freisprechen, aber sie kommt mit einem eintägigen Hausarrest davon. Die verprügelten Münchener kommen dafür eine Woche ins Gefängnis. Nach diesem Urteil begnadigt der König Lola, die Gefängnisstrafe der Opfer wird aber verlängert.²¹¹ Eine Vielzahl solcher Episoden ließ den Unmut in München derart anwachsen, dass es im Februar 1848 zu gewalttätigen Ausschreitungen kam und Ludwig gezwungen war, Lola Montez auszuweisen. Mit neuem Pass und in Begleitung ihrer Gesellschafterin und zweier Polizeioffiziere musste sie München fluchtartig verlassen. Auf ihrem Weg in die Schweiz erreichte sie am 12. Februar 1848, abends um 9 Uhr, den Kaufbeurer Bahnhof. Nach einer kurzen Nacht in einem der Gasthäuser verließ sie am

²¹⁰ Reiser, R., Klenzes geheime Tagebücher, München 1998; Zitiert nach: Reiser, R., Ich bleib' bei meiner Lola. Ein bayerisches Sittengemälde mit Willkür-Akten: Neues aus den „Memorabilien“ des Leo Klenze über Ludwig I., in: Süddeutsche Zeitung vom 12./13.10.1996, S. V3/17.

²¹¹ Ebda.

nächsten Morgen die Stadt, um über Kempten nach Lindau zu gelangen. „Es wurde aber 8 Uhr bis die Postpferde kamen und so war alles, was in Kaufbeuren Beine hat, um ihren Wagen versammelt, als sie einstieg. Alles verhielt sich ruhig, wie aber der Postillion die Pferde antrieb, folgte ihr Pfeifen und Zischen bis zum Thor.“²¹² In ständigem Briefkontakt mit dem König hielt sie sich noch zehn Tage am Bodensee auf und verließ am 24. Februar endgültig bayerischen Boden. Der Lindauer Stadtkommissär berichtete an die Regierung: „Heute früh 9 Uhr ist die Frau Gräfin von Landsfeld mit dem Dampfboote Ludwig in einer Extrafahrt nach Romanshorn und von da nach Zürich und weiter in die Schweiz abgereist. Während ihres Aufenthaltes vom 13. Februar, Nachts 10 Uhr bis heute früh 9 Uhr hatte die ganze Stadt ihr ruhiges und besonnenes Äußeres beibehalten. Obwohl die Abreise-Stunde weiter hinausgesetzt war, fanden sich gegen 100 Personen auf dem Quai des Hafens ein, allein nicht nur nicht die geringste Störung fand statt, sondern die Anwesenden begrüßten durch Hut- und Mützen-Abnahme, was die Frau Gräfin durch freundliches Danken erwiderte.“²¹³ Die Lindauer Quelle sei deshalb so ausführlich zitiert, da sie deutlich macht, dass der Unmut gegen Ludwigs Geliebte sich weitgehend auf München beschränkte. Je weiter man sich von der Residenzstadt entfernte, desto geringer war der Zorn der Menschen, sie waren ja auch weniger unmittelbar von den Launen der Primaballerina und ihres Liebhabers betroffen gewesen.

Ob die Märzrevolution in München auch ohne Lola Montez so stattgefunden hätte, ist schwer zu beurteilen. Die Februartumulte haben sicher erheblich zur Aufheizung der politischen Atmosphäre beigetragen, die sich dann in den Ereignissen des 3./4. März entlud. Für die neubayerischen Gebiete lässt sich aber ebenso sicher sagen, dass die Affäre um Lola Montez keinen entscheidenden Einfluss auf die Vorgänge ausgeübt hat. Viel wichtiger waren hier die Ereignisse in den westlichen Nachbarstaaten, in Baden, Württemberg und Hessen. Und trotzdem, die Mischung aus moralischer Entrüstung und politischer Enttäuschung erleichterte es im konservativ-katholischen Bayern vielen, die Autorität des Monarchen in Frage zu stellen. In diesem Sinne äußerte sich auch der Kemptener Redakteur Balthasar Waibel mit der ihm eigenen Süffisanz: „Sage man, was man will, zwei Dinge hat man der spanischen Sünderin doch zu verdanken. Erstens hat sie uns vom Abel erlöst (...) Zweitens hat sie den für unmöglich gehaltenen Beweis geliefert, daß sogar eine bayerische Geduld erschöpft werden kann. Das ist mehr als ein Verdienst, das ist ein Wunder.“²¹⁴

Die Märzproklamation und die Ernennung eines liberalen Ministeriums beendeten die Krise der bayerischen Monarchie, der Thron der Wittelsbacher kam nie ernsthaft ins Wanken. Dass Ludwig am 20. März 1848 trotzdem seine Krone niederlegte, lag nicht in der Logik der Entwicklung, sondern beruhte ausschließlich auf der privaten Enttäuschung des Königs. So bitter dieser Schritt für Ludwig persönlich gewesen sein mag, er trug nicht unwesentlich zur Stabilisierung der Situation zugunsten der Monarchie bei. Die Thronbesteigung seines Sohnes Max ermöglichte dem monarchischen System einen unbelasteten Neuanfang und nahm der Revolution in diesem frühen Stadium bereits viel Wind aus den Segeln. So resümierte der fränkische Demokrat Gustav Diezel

²¹² StAA, Augsburgs Tagblatt, Nr. 46, 15.2.1848.

²¹³ STAA, Regierung, Nr. 6897.

²¹⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 26.2.1848, S. 224.

im Zürcher Exil erbittert: „*Was im Munde Ludwigs Argwohn, Mißtrauen, Unzufriedenheit und Aufregung hervorgerufen hätte, das deutete man aufs Günstigste, weil es von den Lippen eines neuen Königs kam.*“²¹⁵ In den Tagen, in denen die Revolution in Berlin und Wien erst richtig begann, war sie in Bayern schon fast wieder beendet.

Am 23. März 1848 wurde den Einwohnern Kaufbeurens mit großem Pomp die Thronbesteigung des neuen Königs verkündet. Sechs berittene Trompeter und sechzehn Kavalleristen der Bürgerwehr begleiteten den Stadtschreiber Krenkl, der auf mehreren Plätzen der Stadt die Proklamation des Monarchen öffentlich verlas.²¹⁶ Darin versprach Max II., „*dieser Zeit Gebot zu verstehen und zu vollbringen. (...) Euch auf die Stufe zu erheben, zu der Ihr als ein freies Volk berufen seyd, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande!*“²¹⁷ In Wahrheit arbeitete Max II. von Anfang an darauf hin, sich selbst auf der Stufe zu halten, die ihm in seinem Verständnis von Herrschaft zukam. Dabei handelte er, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, aber sehr konsequent nach der Devise seines liberal-konservativen Beraters Fürst Leiningen, dass man sich „*dem Sturm beugen (müsse), um ihn über sich hinweggehen zu lassen*“.²¹⁸

Der Sommer der Freiheit (April - September 1848)

Die Revolution feiert sich: Die deutsche Fahne auf dem Rathaus

Der Zorn war verraucht, der Ärger hatte sich gelegt. Den lokalen Obrigkeiten, wie auch dem König in München waren die Forderungen und Wünsche der Bürger mit Nachdruck präsentiert worden. Dort beeilte man sich, zumindest guten Willen zu demonstrieren. Geduldig wartete man nun auf die Einlösung der Versprechen. Jetzt war auch Zeit, über den städtischen Tellerrand hinauszublicken. Nicht zufällig tauchen erst Anfang April Begriffe wie „Deutschland“ oder „Reich“ in den Kaufbeurer Quellen auf. Die konkreten Alltagssorgen waren allemal drängender als der Wunsch nach einem Nationalstaat. Dabei gehörte es zu den konsensfähigen Überzeugungen der politisch interessierten Öffentlichkeit, dass die deutschen Territorien, die seit dem Wiener Kongress locker in einem Staatenbund organisiert waren, enger zusammenrücken sollten. Wie und in welcher Form das aber geschehen könnte, darüber gab es nur höchst vage Vorstellungen. Nicht ohne Grund wurden in Reden und Liedern die Formulierungen immer dann besonders pathetisch und wolkig, wenn die Rede auf ein geeintes Deutschland kam. In diesen Begriff konnte man höchst Unterschiedliches hineinprojizieren, unverbindliche Metaphern verschleierte politische Ratlosigkeit. Der Begriff „Freiheit“ war konkret, jeder konnte damit etwas anfangen, „Einheit“ blieb eine verschwommene Angelegenheit, die vielleicht gerade deshalb rhetorisch besonders strapaziert wurde.

Gabriel Schwyer, Inhaber der Bahnhofsrestauration und der Gastwirtschaft „Tell“, Mitglied des Bürgerausschusses, brachte dieses Gefühl in einem Gedicht so zum Ausdruck:

²¹⁵ Diezel, G., Baiern und die Revolution, Zürich 1849, S. 147.

²¹⁶ StAKf, Schropp-Chronik, S. 504.

²¹⁷ StAKf, Intelligenz-Blatt der Königlichen Regierung von Schwaben und Neuburg, Nr. 24, 21. März 1848, S.303.

²¹⁸ Zitiert nach: Valentin, V., Fürst Karl Leiningen und das deutsche Einheitsproblem, Stuttgart 1910, S. 152.

„Nicht mehr zerrissen und nicht mehr getrennet,
Seist du, mein großes deutsches Vaterland!
Ob man sich Bayer oder Preuß nennet:
Der Hess in Sachsen seinen Bruder kennet:
Es reicht nun jeder sich die Bruderhand.
Der biedre Deutsche an dem Donaustrande,
Der Bürger an dem freien deutschen Rhein,
Der Bruder in dem fernen Holstein Lande,
Sie stimmen all im lauten Jubel ein.“²¹⁹

Anlass für dieses vierstrophige Gedicht war die Hissung der schwarz-rot-goldenen Fahne auf dem Dach des Kaufbeurer Rathauses. In einer hochoffiziellen Feier wurde am 9. April 1848 die dreifarbige Fahne aufgezogen, die spätestens seit dem Hambacher Fest von 1832 zum verbotenen, aber populären Banner der liberalen Bewegung geworden war. Andreas Schropp hat diese erste offizielle Revolutionsfeier Kaufbeurens im Bild festgehalten. Das



Revolution als festliche Inszenierung: Die Hissung der schwarz-rot-goldenen Fahne auf dem Dach des Rathauses (Schropp, Nr. 242)

ganze Ausmaß der Veränderung, der Wandel im Selbstverständnis der Revolution wird hier optisch sichtbar. Vor dem Rathaus hatten sich Landwehr und Freicorps postiert. Sie bildeten ein großes Karree, in dessen Mitte die Magistratsräte, die Gemeindebevollmächtigten, die Beamten des Landgerichts, die Rechtsanwälte und die Sänger des Liederkranzes Aufstellung genommen hatten. Bürgermeister Walch wandte sich in einer kurzen Ansprache, die auch als gedrucktes Flugblatt verteilt wurde, an die wartenden Menschen.²²⁰ Die Fahne sei das Symbol für den Wunsch nach nationaler Einheit, erklärte er. „Wir wollen uns stets in Eintracht um dieselbe sammeln, man mag sie als Leitstern vor uns hertragen, mit Begeisterung werden wir ihr folgen, mit Gut und Leben sie vertheidigen.“ Nach einer Ermahnung zur gewissenhaften Beachtung der Gesetze wurden die

Garanten einer glücklichen Zukunft vorgestellt: die noch zu wählenden Abgeordneten eines deutschen Parlamentes und der bayerische König. Hochrufe auf Max II., das deutsche Parlament und das freie, eine Deutschland beendeten die Veranstaltung.²²¹

Der Magistrat hatte das Heft wieder in der Hand, die Bevölkerung wurde im wahrsten Sinne des Wortes an den Rand gedrängt, ihr war bestenfalls die Rolle des applaudierenden Publikums zugedacht. Die symmetrische Aufstellung des Militärs drückte bürgerliche Ordnung aus, keine Spur mehr vom Durcheinander der Bürgerversammlungen

²¹⁹ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 72f.

²²⁰ Ebda., S. 63.

²²¹ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 550.

oder vom vermeintlichen Chaos der Katzenmusik. Vaterländischer Männergesang, dargeboten am helllichten Tag, ersetzte nächtliches Lärmen und Schreien. Diese Form bürgerlicher Selbstdarstellung prägte alle folgenden Veranstaltungen. Der Kampf um die Straße war entschieden, die Bürger, nicht die Unterschichten beherrschten den öffentlichen Raum.

Einige Tage später erschien im Wochenblatt ein langer Artikel, ganz im Stil einer Rede, der den Lesern die Farben Schwarz, Rot und Gold politisch durchbuchstabierte. Dass die Fahne auf dem Rathaus diese drei Farben nicht in der genannten Reihenfolge zeigte, hatte keine weitere Bedeutung, denn die Reihenfolge war damals noch frei, sogar die Richtung der Streifen konnte variieren.

Das ernste Schwarz, so der anonyme Verfasser, sei die Farbe des alten Reichsadlers. Das neu zu errichtende Reich müsse in sich bereits abzeichnenden politischen Unwettern in großer Eintracht verteidigt, der Tod notfalls in Kauf genommen werden. Gold stehe für die Sonne, der der Adler entgegenfliege, das Symbol für ewige Wahrheit und Freiheit. Wenn Schwarz für Wehrhaftigkeit stehe, dann Gold für eine freiheitliche Verfassung. Das Rot bringe die Bruderliebe zum Ausdruck. Nach einem Appell an Disziplin und Ordnungsliebe übertrug der Autor seine bislang recht allgemeinen Ausführungen auf die Kaufbeurer Verhältnisse. *„So sei das Banner deutscher Eintracht und Einigkeit auch uns ein Zeichen, am eigenen Herde und in unserer Gemeinde alle Sonderinteressen und kleinlichen Leidenschaften, alle thörichten Eifersüchteleien und Vorurtheile, alle Feindseligkeit, die den Einnern trennt und entfernt hält von dem Andern, aus unserer Mitte zu entfernen! die Eintracht im Großen wird nimmer gedeihen, wenn wir sie nicht zuerst üben im Kleinen. Das Banner der Eintracht verscheuche daher zuerst unter uns all das unedle Gewürm, das nur dem Staube und dem Schmutze der Erde entkriecht. Hinweg mit allen Sonderinteressen und kleinen Eifersüchteleien im Rathe der Vertreter unserer Stadt – mögen sie ihren Grund in confessionellen oder anderen Verhältnissen haben! hinweg mit allem Misstrauen zwischen den Bürgern und ihren selbst gewählten Vertretern! hinweg endlich auch mit der Trennung im geselligen Leben, die seit Jahren wahrlich kein erhebendes Bild deutscher Eintracht darbietet! Sollte es nicht möglich sein, alle die einzelnen Gesellschaften, die sich dermalen unter uns gebildet haben, wenigstens zu gewissen Tagen und Zeiten im Jahre unter einander zu vereinen, damit ein Bürger dem andern sich freundlich und vertrauensvoll nähert? Die Zeit ist so ernst und wir wissen nicht, was die nächste Zukunft uns bringe. Alle Zersplitterung taugt nicht; Eintracht nur vermag Großes auszurichten. Es lebe das deutsche Banner!“*²²²

Diese ungehaltene Rede ist in mehrfacher Hinsicht aufschlussreich. Die Beschwörung der Eintracht, die sich wie ein roter Faden durch den ganzen Artikel zieht, belegt zunächst, dass es damit offenbar nicht weit her war. Die bisher eher vermuteten innerstädtischen Konfliktlinien, die ökonomischen, gesellschaftlichen und confessionellen Gräben, wurden – das zeigt der Text – von den Zeitgenossen als solche auch wahrgenommen. Die ersehnte Harmonie wurde aber nicht nur als notwendige Voraussetzung für einen nationalen Kraftakt gesehen – *„Eintracht baut Häuser. Soll das große Gebäude einer freien deutschen Verfassung für die gesamten Stämme unseres Vaterlandes vollendet werden, so muß das Banner der Eintracht fest stehen (...)“*²²³ – sondern verrät auch ein Welt-

²²² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 15.4.1848, S. 70f.

²²³ Ebda.

bild, in dem die Vertretung unterschiedlicher Interessen, die Austragung von Konflikten keinen rechten Platz hat. „*Es gibt keine Freiheit ohne Ordnung, keine Ordnung ohne Unterordnung, Sitte, Zucht und Gehorsam! Nur der feile Knecht gibt sich zügelloser Leidenschaft hin, wenn auf Augenblicke seine Fesseln gesprengt wurden. Der freie Mann sucht seinen höchsten Ruhm in der freien sieggewohnten Beherrschung seiner selbst und aller untergeordneten Lüste!*“²²⁴ Frei bedeutete hier selbstredend ökonomisch frei, also selbständig. Unter feilen Knechten hat man sich wohl abhängig Beschäftigte vorzustellen, deren Formen des Protestes und der Konfliktaustragung scharf verurteilt wurden. Nur der „freie Mann“ erschien als politikfähig, seine Interessen wurden automatisch mit denen des Gemeinwohls gleichgesetzt. Wahre Freiheit war für den Verfasser aber zunächst innere Freiheit. Deshalb erschien der Obrigkeitsstaat mit dieser Einstellung durchaus vereinbar. Gesellschaftliche Leitfiguren waren der selbständige Handwerksmeister oder Kaufmann, in deren Stand man sich hinaufbilden musste, um politische Mitspracherechte überhaupt zugestanden bekommen zu können. Deren Eintracht war gemeint, diese Bürger sollten ihre Reihen schließen, um Angriffe von unten abzuwehren und sich von oben nicht auseinander dividieren zu lassen.²²⁵

Am 9. März hatte der Bundestag in Frankfurt, der von den Regierungen der einzelnen deutschen Staaten mit Gesandten beschickt wurde, Schwarz, Rot und Gold zu den Farben des Deutschen Bundes erklärt. Es dauerte demnach einen ganzen Monat, bis man auch in Kaufbeuren darauf reagierte. Von einer spontanen nationalen Aufwallung kann in Kaufbeuren deshalb keine Rede sein. Die zeitliche Verzögerung ist so lang, dass sie erklärt werden muss. Grundsätzlich ist eine relativ langsame Verbreitung von Nachrichten in Rechnung zu stellen. Man erfuhr in der Provinz in der Regel nur das, was in den überregionalen Zeitungen gemeldet wurde. Und dann kam es immer noch sehr darauf an, in welcher Tendenz die Medien über ein Ereignis berichteten. Ein Kaufbeurer Zeitungsleser konnte am 31. März im „Augsburger Anzeigblatt“ zum ersten Mal von der Hissung der deutschen Trikolore in München lesen.²²⁶ Das war wohl die entscheidende Anregung für Kaufbeuren und auch für Augsburg, das sein Rathaus am 4. April mit den deutschen Farben schmückte. Dass aber die Nachrichtengeschwindigkeit oder auch das unsichere Schielen nach den großen Städten nicht alles erklärte, machte die Rede Bürgermeister Walchs deutlich. Die knappe Ansprache war weit entfernt von nationalem Überschwang. Dem bayerischen König und der Eigenstaatlichkeit Bayerns wurde ein ebenso großes Gewicht beigemessen wie dem Wunsch nach einem deutschen Nationalstaat. Walch vermied jede protokollarische Brüskierung der bayerischen Regierung. Die wenigen Sätze waren wohl auch der kleinste gemeinsame Nenner, auf den

²²⁴ Ebda. Dass diese Bemerkung ganz wörtlich zu nehmen war, zeigt das Lob, das dem Kaufbeurer Krankenhaus von Seiten des „Augsburger Anzeigblattes“ gesendet wurde. Der Gratulation wurde gleich die ernste Mahnung hinzugefügt, „*Dienstboten, leichten Dirnen und derley luftigem Gesindel die Aufnahme in diese vortreffliche Anstalt bey vorkommenden galanten Krankheiten, als Folge lüderlichen Lebenswandels nur dann zu gestatten, wenn sie die Kurkosten selbst bezahlen können.*“ (EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 152f.) Hier wird deutlich, wie soziale Einrichtungen ganz patriarchalisch auch als Disziplinierungsinstrumente betrachtet wurden.

²²⁵ Grundsätzlich zur Mittelstandsorientierung und zum Begriff der „klassenlosen Bürgergesellschaft“: Gall, L., Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: HZ 220 (1975), S. 324-356.

²²⁶ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 91, 31. März 1848.

sich liberale und konservative Ratsmitglieder einigen konnten. Man wollte keine Dissonanzen bei diesem festlichen Ereignis, Eintracht war auch hier das Leitmotiv.

Was tun? – Schaffung vollendeter Tatsachen oder Vereinbarung?

Deutschland war ein zusammengewürfeltes, politisch äußerst buntes Gebilde aus 38 souveränen Staaten. Obwohl es kein politisches Zentrum gab, hatte sich die Revolution im ersten Anlauf überall durchgesetzt. Der Südwesten hatte dabei die Rolle des Motors übernommen. Deshalb machte man sich dort auch als Erstes Gedanken darüber, wie es denn auf gesamtdeutscher Ebene weitergehen sollte.

Am 5. März 1848 – in Wien und Berlin hatte die Revolution überhaupt noch nicht stattgefunden! – trafen sich in Heidelberg kraft eigener Autorität über 50 führende, hauptsächlich südwestdeutsche Liberale aller Schattierungen, um über das weitere Vorgehen zu beraten. Man wählte einen Siebener-Ausschuss, der einen Verfassungsentwurf ausarbeiten sollte und der am 12. März zu einem vorbereitenden Parlament nach Frankfurt einlud. Dieses Vorparlament sollte sich weitgehend aus Abgeordneten der bestehenden Landtage zusammensetzen, man lud aber auch bekannte liberale oder demokratische Politiker ein, die kein Parlamentsmandat hatten. Manche erhielten Blankovollmachten zugesandt, die sie wiederum an Vertrauensmänner weitergeben konnten. 576 Teilnehmer kamen am 31. März in der Frankfurter Paulskirche zu ihrem vorbereitenden Treffen zusammen, darunter der einzige Vertreter Bayerisch-Schwabens, der Augsburger Rechtsanwalt Dr. Adolph Paur.²²⁷ Was sich in Heidelberg bereits andeutete, wurde in Frankfurt nun offensichtlich: Über den unterschiedlichen Vorstellungen über Verlauf und Ziel des weiteren Vorgehens trennten sich die Wege der Liberalen und der Demokraten. Die Führer der süddeutschen Demokraten, die Mannheimer Rechtsanwälte Friedrich Hecker und Gustav von Struve, forderten vehement die Umwandlung der Frankfurter Versammlung in ein revolutionäres Parlament sowie die umgehende Errichtung einer deutschen Republik. Die Gegner der Revolution sollten keine Atempause bekommen, sie sollten vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Die große Mehrheit des Vorparlaments stimmte diese Anträge nieder und beschloss die Durchführung allgemeiner Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung. Auf dem Weg der Vereinbarung, des Kompromisses zwischen Nationalversammlung und Regierungen, sollte das neue, freie Deutschland entstehen. Ein Fünzigerausschuss sollte die Zeit bis zum Zusammentritt des gewählten Parlaments überbrücken. Kein Vertreter der radikalen Demokraten wurde in dieses Gremium gewählt, ein weiterer Grund für Hecker, sich enttäuscht von Frankfurt abzuwenden.

Hecker-Zug und Arbeiterlegion

„Hier in Frankfurt ist nichts zu machen, es gilt, in Baden loszuschlagen!“²²⁸, diese Konsequenz zog Friedrich Hecker aus seiner Niederlage im Frankfurter Vorparlament. Wenn

²²⁷ Vgl. hierzu: Hummel, München in der Revolution, S. 98ff.

²²⁸ Zitiert nach: Ausstellungskatalog „1848/49 Revolution der deutschen Demokraten in Baden, Baden-Baden 1998, S. 222.



Der gescheiterte Revolutionär als Volksbeld: Der badische Demokrat Friedrich Hecker wurde zu einer der populärsten Figuren der Revolution, Kleidung und Haartracht zum modischen Vorbild

die Durchsetzung der Republik irgendwo gelingen konnte, dann nur hier, wenn die Mobilisierung der Bevölkerung durch irgendjemanden bewerkstelligt werden konnte, dann nur durch Hecker. Seit 1842 als Abgeordneter im badischen Landtag, war er durch engagierte Reden zu sozialen Fragen bekannt geworden. Durch mitreißende Beredsamkeit und große persönliche Ausstrahlung hatte er sich zu einem demokratischen Volkstribunen entwickelt, der während der Revolution zu den umstrittensten, aber populärsten Politikern gehörte. Er konnte inbrünstig verehrt oder gehasst werden, gleichgültig ließ er niemanden, auch in Kaufbeuren nicht. Das ist ein Grund, weshalb hier ausführlicher von der ersten badischen Revolution die Rede sein soll.²²⁹ Entscheidender ist allerdings, dass mit diesem so genannten Hecker-Zug etwas unternommen wurde, was die gemäßigte Mehrheit der Liberalen immer vermied, nämlich die Machtfrage tatsächlich zu stellen. Die Autorität des

liberal-konservativ dominierten Parlaments beruhte auf der Lebenslüge, entgegen der eigenen Überzeugung im Notfall doch noch die revolutionäre Karte spielen zu können. Das konnte so lange funktionieren, wie die alten Mächte sich ihrer bürokratisch-militärischen Hilfsmittel nicht sicher sein konnten. Das tatsächliche Kräfteverhältnis sichtbar gemacht zu haben, war somit einer der wesentlichen Effekte der Vorgänge in Baden.

Am 12. April 1848 rief Hecker in Konstanz die Republik aus und begann mit der Bewaffnung und militärischen Mobilisierung der badischen Bevölkerung. Auf seinem Freischarenzug in Richtung Freiburg folgten ihm ca. 6 000 bewaffnete Gesellen, Arbeiter, Bauern, Tagelöhner und Studenten. Der junge Offizier Franz Sigel hatte 3 000 Mann organisieren können. Hilfe sollte auch aus dem benachbarten Ausland kommen. Johann Philipp Becker hatte in der Schweiz Freiwillige geworben und der Schriftsteller Georg Herwegh war mit seiner „Legion deutscher Arbeiter“ von Paris aus im Anmarsch. Diese Truppen vereinigten sich jedoch nie, so dass es für die badische Regierung ein Leichtes war, den republikanischen Aufstand niederzuschlagen. Zusammen mit bayerischen, hessischen und württembergischen Truppen, die vom Deutschen Bund angefordert worden waren, standen den Revolutionären ca. 30 000 gut ausgebildete Soldaten gegenüber. Nach der Niederlage seiner Verbände am 20. April bei Kandern floh Hecker in die Schweiz, von wo aus er im September resigniert in die USA emigrierte. Ein Blick nach Frankreich: Die Februarrevolution in Paris, der Sturz des Königs und die Ausrufung der Republik hatten eine deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation zur Folge. Tausenden von deutschen Handwerksgesellen, die ihr Weg in die französische Hauptstadt geführt hatte, standen schwierige Monate bevor. So verzweifelt ihre wirtschaftliche Lage auch immer war, politisch öffneten sich ungeahnte Perspektiven. Deutsche Handwerker und politische Emigranten gründeten Anfang März die

²²⁹ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 71ff.

„Deutsche demokratische Gesellschaft“. Der Schriftsteller Georg Herwegh wurde zum Präsidenten gewählt, ein Manifest formuliert und der französischen Regierung überreicht. Darin hieß es: *„Die Ideen der neuen französischen Republik sind die Ideen aller Nationen, und das französische Volk hat das unsterbliche Verdienst, ihnen durch seine glorreiche Revolution die Weihe der That erteilt zu haben. Französisches Volk, wir gehen Hand in Hand mit Dir. (...) die einzige Hilfe, welche wir von Dir begehren, ist, daß Du standhaft bleibst und uns zuzuschauen, wenn wir von den Zinnen des von deutschen Händen befreiten Deutschlands Dir zurufen: Es lebe die europäische Republik!“*²³⁰ Man beschloss die Bildung einer bewaffneten Legion, um den Revolutionären in Deutschland Hilfe zu bringen. Plakate riefen an allen Straßenecken zu Versammlungen auf. Geld wurde gesammelt, um die Freiwilligen mit Uniformen und Waffen auszurüsten. Auf dem Marsfeld wurde exerziert. Einer, der die Plakate gelesen hatte, der sich begeistern ließ und freiwillig meldete, war Johann Georg Enzensberger, ein einundzwanzigjähriger Schustergeselle aus Kaufbeuren.²³¹ In einem Brief an Friedrich Hecker bot Herwegh am 15. März seine Hilfe an. Die Revolution in Wien und die Massenversammlungen in Baden ließen die Hoffnung aufkommen, dass auch in Deutschland die Zeit für einen republikanischen Aufstand reif sei. Am 24. März marschierten die ersten 250 Mann nach Straßburg ab. Am selben Tag begann in Süddeutschland die Massenpanik, der so genannte „Franzosenlärm“. Die Nachricht von den Truppenaushebungen unter deutschen Handwerkern in Paris war kaum der konkrete Anlass, wohl aber der politische Hintergrund der Hysterie. Die Erfahrungen dieser seltsamen Tage bewogen Hecker wahrscheinlich, die ihm von Herwegh angebotene Hilfe nicht – zumindest nicht offiziell – anzunehmen. Sie hätte ihm politisch erheblich geschadet, zudem war der militärische Nutzen kaum abzuschätzen. Mitte April hatten alle vier Bataillone Straßburg erreicht, insgesamt etwa 800 Männer in hellgrauen Leinenblusen und breitrempigen Hüten mit schwarz-rot-goldenen Kokarden. Enzensberger gehörte dem dritten Bataillon an. 73% dieser Männer stammten aus den verschiedenen deutschen Bundesstaaten, die anderen kamen aus allen möglichen europäischen Ländern, 68 Männer kamen aus Frankreich.²³² Hatte Herwegh am 6. März noch den europäischen Charakter der Revolution betont, so stellte er jetzt die deutsche Herkunft der Legionäre heraus: *„Wir sind keine Freischaaren! Wir sind deutsche Demokraten, wollen Alles für das Volk, Alles durch das Volk! Wir wollen die deutsche Republik mit dem Völker verbindenden Wahlspruche: Freiheit! Gleichheit! Bruderliebe! (...) Wir sind Eure Freunde und Bundesgenossen. Wir kämpfen nur Eure Kämpfe, wollen nur Euren Sieg (...) schätzt Euch glücklich, daß auch eine Armee der Freiheit in Eurer Nähe steht. Sobald Ihr sie ruft, wird sie über den Rhein in Eure Mitte eilen.“*²³³ Drei Tage zuvor hatte die badi-sche Revolution begonnen, Hecker warb um Freiwillige für seinen Zug. Die Männer aber, die in Straßburg ungeduldig nur auf ein Zeichen warteten, um einzugreifen, hofften vergebens. Erst am 23. April überschritten sie nachts etwa 10 km nördlich von Ba-

²³⁰ Enzensberger, U., Herwegh. Ein Heldenleben, Frankfurt a.M. 1999, S. 193.

²³¹ Hauptstaatsarchiv Stuttgart, E50/01, Bü767 „Verzeichnis der bei und nach dem Gefecht von Dossenbach eingebrachten Gefangenen von der Legion der deutschen Arbeiter.“ Unter der Nr. 162 wird dort Georg Enzensberger, Schuhmacher aus Kaufbeuren, angeführt.

²³² Katalog zur Ausstellung „Nationalität trennt, Freiheit verbindet“, herausgegeben vom Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 1998, S. 21.

²³³ Ebda., S. 16.

sel den Rhein. Voller Tatendrang, aber mit wenig praktischer Erfahrung, machten sie sich auf die Suche nach den Truppen Heckers, aber bei jeder Richtungsänderung erreichte sie eine neue Hiobsbotschaft von den Niederlagen der Aufständischen. Bald ging es nur noch darum, die eigene Haut zu retten und möglichst schnell die Schweizer Grenze bei Rheinfelden zu erreichen. Bei Nebel, scharfem Wind, Regen, stellenweise kniehohem Schnee begannen die Truppen am Morgen des 26. April die Flucht über die Gebirgspfade des Belchen. Völlig erschöpft stießen die Männer am Morgen des nächsten Tages im Wald bei der Ortschaft Dossenbach auf württembergische Truppen. Nach einem kurzen Gefecht löste sich alles auf. Etwa die Hälfte der Freischärler konnte in die Schweiz fliehen, darunter auch Georg Herwegh und seine Frau. Zehn Republikaner waren gefallen, viele ergaben sich. Am Ende zählte man 373 Gefangene, darunter auch Georg Enzensberger. Sie wurden nach Lörrach, in das württembergische Hauptquartier, später dann ins Untersuchungsgefängnis nach Bruchsal gebracht.

Im Verlauf des Sommers wurden die meisten der Gefangenen an ihre Herkunftsländer ausgeliefert oder entlassen. Einige blieben in Gruppen zusammen. Vielleicht kehrte Enzensberger mit Freunden nach Kaufbeuren zurück und arbeitete in der Sattlerei des Vaters in der Pfarrgasse. Im „Augsburger Anzeigblatt“ konnte man jedenfalls von der Ankunft republikanisch gesinnter Männer in Kaufbeuren lesen. *„Der gestrige Abend-Bahnzug führte unserem sentimentaln Städtchen ein paar Notabilitäten eigener Art zu, nemlich einen Herrn v. Eckstein, Professor für Barrikadenbau, und Herrn Dr. Höllriegel, Lehrer der höheren Katzenmusikkunst. Beide besitzen ausgezeichnete Zeugnisse, ersterer von der „Bruderschaft des eisernen Bundes“ in Paris, letzterer vom „Demokraten-Club“ in Wien.“*²³⁴ Diese kleine Zeitungsnotiz ist ein schönes Beispiel dafür, wie schwierig es bisweilen sein kann, zeitgenössische Texte angemessen zu verstehen. Ganz offensichtlich handelt es sich um ein fiktives Spiel mit zeitgenössischen Klischees. So tauchte in vielen Karikaturen der Ty-

pus des „Barrikadenbauers“ oder des „Katzenmusikanten“ als Zerrbild für einen Anhänger der Republik auf. In der Regel gehörte zu seinem Erscheinungsbild zerlumpte Kleidung, Vollbart und der Hecker-Hut mit Hahnenfeder. In krassem Gegensatz dazu stehen aber die Berufsangaben der beiden: Adelliger und promovierter Gelehrter. Aber auch dieses Duo gehörte zum Standardinventar der politischen Karikatur. „Baron Beisele“ und „Dr. Eisele“ waren populäre Witzfiguren, die den



*Enormer satirischer Aufwand für einen revolutionären Schuster-
gesellen aus Kaufbeuren: Demokratische Revolutionäre als
Spottfiguren der Karikatur; Eisele und Beisele als Beobachter der
Zeitverhältnisse*

Münchener „Fliegenden Blättern“ entnommen waren und ihre Runde in ganz Süddeutschland machten. Der Redakteur des „Anzeigblattes“ versuchte sich ganz offensichtlich in satirischem Schreiben. Aber gerade Satire braucht ihren konkreten Anlass.

²³⁴ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 234, 26.8.1848.

Die Zeitungsnotiz lässt sich also vermutlich so lesen: In Kaufbeuren wurden ein paar Männer mit revolutionären Ideen im Kopf gesichtet. Warten wir ab, was sich daraus entwickeln wird. Dass man von der Ankunft dieser Männer überhaupt Notiz nahm, deutet aber darauf hin, dass sie in irgendeiner näheren Beziehung zu Kaufbeuren standen. Warum also nicht an Georg Enzensberger denken? ²³⁵

Im September 1852 tauchte der Name Georg Enzensberger – diesmal aber in ernstem Zusammenhang – noch einmal auf. Zusammen mit neun weiteren Männern wurde er in Dillingen auf die so genannte „Schwarze Liste“ der politisch unzuverlässigen Personen gesetzt.²³⁶ Sieben dieser Verdächtigten waren Mitglieder von Herweghs demokratischer Legion gewesen. Das aktive Eintreten für die deutsche Republik hatte das Leben dieser jungen Männer offenbar zusammengeschweißt, gemeinsam ließ sich die bleierne Zeit nach dem Ende der Revolution von 1848/49 besser ertragen. Dann verlieren sich allerdings ihre Spuren, Enzensberger kehrte anscheinend nicht mehr in seine Heimatstadt zurück.

Welche Schlüsse konnten nun die Zeitgenossen aus dem kläglich gescheiterten Aufstandsversuch in Baden ziehen?

1. Die Bereitschaft der Bevölkerung, die Revolution auch mit der Waffe in der Hand zu unterstützen oder gar weiterzutreiben, war weit geringer als angenommen.

2. Die alten Gewalten waren militärisch, wenn es darum ging, revolutionäre Bewegungen niederzuschlagen, durchaus handlungsfähig.

Liberalen und Demokraten standen sich von jetzt an feindlicher als je zuvor gegenüber, beide Lager zogen aus dem Hecker-Zug sehr unterschiedliche Konsequenzen. Jedem aufmerksamen Beobachter konnte aber nicht entgehen, dass die Chancen und Handlungsspielräume der Revolution bereits im April 1848 weit geringer waren, als viele sich das eingestehen wollten.²³⁷

Wie wird man Paulskirchen-Abgeordneter?

Das Frankfurter Vorparlament hatte sich für den Weg der Vereinbarung entschieden. Dazu war ein Parlament als Gegengewicht zu den monarchischen Regierungen notwendig. Das Vorparlament fasste dazu eine Reihe von Beschlüssen, die vom Bundestag am 7. April 1848 bestätigt wurden.²³⁸ Die Regierungen, die in den Einzelstaaten die Wahlen durchzuführen hatten, erhielten folgende Vorgaben bzw. Empfehlungen:

- alle männlichen erwachsenen Staatsbürger sollten wahlberechtigt sein, Voraussetzung war allerdings die ökonomische Selbständigkeit
- jede Stimme sollte gleich viel wiegen
- die Wahlen sollten direkt sein
- je 50 000 Einwohner sollten durch einen Abgeordneten vertreten werden, Bayern bekam damit 71 Abgeordnete zugestanden.

²³⁵ StAA, Augsburgs Tagblatt, 26.8.1848, S. 1113. Das Tagblatt meldete am selben Tag die Überstellung von sechs Teilnehmern des Heckerzugs nach Augsburg. Es dürfte sich also tatsächlich um Enzensberger gehandelt haben.

²³⁶ Nickel, Revolution, S. 233.

²³⁷ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 72ff.

²³⁸ Vgl.: Siemann, S. 84ff; Hummel, München in der Revolution, S. 112ff.

Die Regierung in München stand nun unter erheblichem Zeitdruck, um die Wahlordnung für Bayern auszuarbeiten und vom Landtag bestätigen zu lassen. Das Ergebnis dieser Bemühungen unterschied sich aber zum Teil erheblich von den Frankfurter Vorstellungen.

In Bayern, wie auch in den meisten anderen Staaten, wurde die indirekte Wahl vorgeschrieben. Das hieß konkret, dass die Wähler zunächst Wahlmänner bestimmten, die dann ihrerseits in einem zweiten Wahlgang den Abgeordneten wählten. Dahinter stand die Überlegung, dass bei der Kürze der Zeit und beim Stand des politischen Bewusstseins vor allem der ländlichen Bevölkerung eine direkte Wahl nicht sinnvoll durchzuführen sei. Ein überschaubarer Kreis von Wahlmännern – so argumentierte man – sei in dieser speziellen Situation weit eher im Stande, einen geeigneten Abgeordneten nach Frankfurt zu entsenden. Die Form der indirekten Wahl, verbunden mit einer nicht-geheimen Stimmabgabe, führte dazu, dass sich die Wahlmänner fast ausschließlich aus dem Kreis der örtlichen Honoratioren rekrutierten, die zudem in der Regel auch die Wahlvorstände bildeten.

Die zweite wesentliche Abweichung von der Vorgabe des Vorparlaments betraf die Einschränkung des Wahlrechts. In Bayern wurde das aktive Wahlrecht an die Zahlung einer direkten Steuer geknüpft. Jemand war dann wahlberechtigt, wenn er entweder eine Grund-, Haus-, Gewerbe-, Dominikalien- oder Familiensteuer bezahlte. Für München bedeutete dies z.B., dass von über 33 000 Männern, die als Wähler grundsätzlich in Frage gekommen wären, nur knapp 9 000 wählen konnten.²³⁹

Am 15. April wurde das in Bayern geltende Wahlgesetz verkündet. Am 20. April veröffentlichte Stadtkommissär von Sichern die Wahltermine und die organisatorischen Einzelheiten für Kaufbeuren. Die Wahl der Wahlmänner wurde für den 25. April, die Wahl des Abgeordneten für den 28. April angesetzt.²⁴⁰

Die gesetzlichen Vorgaben waren: Ein Urwahlbezirk umfasst ca. 2 000 Einwohner, für je 500 Einwohner wird ein Wahlmann gewählt. Für Kaufbeuren mit seinen etwa 4 000 Einwohnern bedeutete das, dass die Stadt in zwei Wahlbezirke aufgeteilt wurde. Das 1. und 2. Stadtviertel bildeten den ersten, das 3. und 4. Viertel den zweiten Urwahlbezirk. In jedem Wahlbezirk waren vier Wahlmänner zu bestimmen, Kaufbeuren stellte damit für den zweiten Wahlgang insgesamt acht Wahlmänner.

Da dieses Wahlverfahren auch für die Kommunal- und Landtagswahlen Anwendung fand, soll es an dieser Stelle einmal ausführlich beschrieben werden.

Die schwierigste Aufgabe fiel dem Rentamt zu, das die Wählerverzeichnisse auf den gewünschten Stand zu bringen hatte. Im Urwählerverzeichnis vom April 1848 erschienen 710 wahlberechtigte Männer. Das bedeutete, dass immerhin zwischen 60 und 70% der

²³⁹ Hummel, München in der Revolution, S. 121ff.

²⁴⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 22.4.1848, S. 73.

erwachsenen Männer Kaufbeurens zur Wahl gehen konnten.²⁴¹ Ausgeschlossen blieben die Fabrikarbeiter, viele Tagelöhner und der größte Teil der Gesellen.

Die Urwahl sollte am 25. April (Dienstag) um 8 Uhr vormittags in den beiden Wahllokalen im Rathaus von den Wahlkommissären Schäfer und Bertele eröffnet werden. Die um diese Zeit anwesenden Urwähler hatten dann aus ihren Reihen einen siebenköpfigen Wahlausschuss zu bestimmen, der über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen zu entscheiden hatte. Gültig war die Stimme dann, wenn die Namen der jeweils gewünschten Wahlmänner und der Name des Wählers deutlich lesbar auf dem Stimmzettel standen. Der Wähler übergab dann seinen Wahlzettel dem Schreiber, der die Entscheidung des Wählers zu Protokoll nahm. Diese offene Stimmabgabe konnte für den Wähler durchaus problematische Seiten haben. Wollte er sich nicht in Schwierigkeiten bringen, hatte er nur die Möglichkeit, auf sein Wahlrecht zu verzichten. Eine andere Folge war, dass man häufig diejenigen wählte, denen man bei der Stimmabgabe gegenüberstand.



Ländliche Urwahl in Süddeutschland: Man tritt vor die Schriftführer und gibt offen seine Stimme ab. Kann man zu seiner Überzeugung stehen oder gibt man auf Nummer sicher?

Gewählt war derjenige, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht hatte. Für den ersten Wahlgang waren fünf Stunden vorgesehen. Die wartenden Urwähler gaben ihre Stimmen in der Reihenfolge der Hausnummern ab und konnten dann nach Hause gehen. Die Ergebnisse des ersten Wahlganges wurden um 14 Uhr bekannt gegeben, wenn notwendig schlossen sich daran die nächsten Wahlgänge an.²⁴² Da jeder jeden wählen konnte, war es durchaus möglich, dass sich die Urwahl über mehrere Wahlgänge hinzog. Um solche aufwändigen Prozeduren möglichst zu verhindern, schlug Stadtkommissär von Sichlern dem Magistrat schon am 18. April vor, eine öffentliche Versammlung zur Vorbesprechung der Wahl zu initiieren. Dabei sollte über die Besetzung der Wahlausschüsse und die Aufstellung geeigneter Kandidaten gesprochen werden. Sollte der Magistrat sich dazu nicht entschließen können, so würde er selbst mit diesem Vorschlag an die Öffentlichkeit gehen.²⁴³

²⁴¹ StAKf, A 78. Das überlieferte Urwählerverzeichnis listet 710 Wahlberechtigte mit Hausnummer und Berufsangabe auf. Darunter befinden sich 42 Tagelöhner, 22 Gesellen und kein Fabrikarbeiter. Die Bevölkerungsstatistik von 1830 ergibt einen Anteil von 36,69% männlicher Einwohner über 14 Jahren. Die Statistik im Physikatsbericht von 1858 kommt auf einen ähnlichen Wert von 35,40%. Bei einer Einwohnerzahl von 4228 im Jahr 1848 ergibt sich bei dem theoretischen Wert von 36% Männeranteil die Anzahl von 1522 Männern über 14 Jahren. Das würde bedeuten, dass 46,6% der männlichen Einwohner wahlberechtigt wären. Rechnet man von diesen 1522 Männern noch diejenigen ab, die ein Alter zwischen 14 und 21 Jahren hatten, so kommt man wohl auf die halbwegs realistische Zahl von etwa 1000 erwachsenen Männern. Knapp unter 70% dieser Männer wären dann zur Wahl zugelassen gewesen.

²⁴² Vergleiche hierzu: StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 22. April 1848, S. 73.

²⁴³ StAKf, A 78.

Weshalb entfaltete der höchste Beamte der Stadt eine solche Aktivität? Suchte der Stadtkommissär wirklich nur nach praktikablen Lösungen oder wollte er die Urwahl in eine regierungsfreundliche Richtung lenken? Stand der Magistrat noch so unter dem Eindruck der hitzigen Bürgerversammlungen, dass er auf jede Aktivität verzichtete, um nur ja nichts falsch zu machen? Der Rat leitete den Vorschlag jedenfalls umgehend an den Bürgerausschuss weiter, der die Wahlberechtigten in einer Zeitungsannonnce für Montag, den 24. April, zu einer Versammlung in den Hirschsaal einlud.²⁴⁴ Hier einigte man sich offenbar schon im Vorfeld auf die Wahlmänner. Da das Wahlergebnis des nächsten Tages für Kaufbeurer Verhältnisse absolut untypisch war, konnte es nur auf einer vorherigen Absprache beruhen.

Als Wahlmänner wurden gewählt:²⁴⁵

für den 1. Wahlbezirk	Dr. Marquard Barth,	Rechtsanwalt, Katholik
	Dr. Ludwig Dauner,	Rechtsanwalt, Katholik
	Dr. Joseph Daser,	Arzt, Katholik
	Joseph Mittl,	Unteraufschläger, Katholik
für den 2. Wahlbezirk	Jakob Wiedemann,	Kaufmann, Protestant
	Philipp Jakob Schönwetter,	Pfarrer, Protestant
	Gustav Walch,	Wirt, Protestant
	Heinrich Meggendorfer,	Kaufmann, Katholik

Das Ergebnis macht eines deutlich: Man wollte Wahlmänner mit akademischer Bildung, denen man offenbar besonderen Sachverstand zutraute, und man wollte mehrheitlich Katholiken als Vertreter Kaufbeurens. Angehörige der protestantischen Führungsschicht tauchten unter den Wahlmännern erstaunlicherweise nicht auf. Wir werden sehen, warum.

Drei Tage später fand – wieder im Hirschsaal – die Wahl des Abgeordneten für den Wahlkreis Kaufbeuren statt. 120 Wahlmänner wurden zu diesem festlichen Wahlakt in Kaufbeuren erwartet.

Der Wahlkreis Kaufbeuren, der ungefähr 50 000 Einwohner umfassen sollte, setzte sich folgendermaßen zusammen:²⁴⁶

Stadt Kaufbeuren	4 234 Einw.	8 Wahlmänner
Landgericht Kaufbeuren	8 064 Einw.	16 Wahlmänner
Ldg. Türkheim	15 121 Einw.	30 Wahlmänner
Ldg. Buchloe	10 429 Einw.	21 Wahlmänner
Ldg. Schwabmünchen (z.T.)	6 229 Einw.	12 Wahlmänner
Ldg. Krumbach (z.T.)	12 388 Einw.	24 Wahlmänner
Herrschaftsgericht Edelstetten	1 286 Einw.	2 Wahlmänner
Herrschaftsgericht Neuburg	1 735 Einw.	3 Wahlmänner
Herrschaftsgericht Mickhausen	1 974 Einw.	4 Wahlmänner

²⁴⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 22.4.1848, S. 75.

²⁴⁵ StAKf, A 78.

²⁴⁶ STAA, Regierung, Nr. 8487.

Die Urwahlen waren nicht in allen Bezirken so problemlos wie in der Stadt Kaufbeuren abgelaufen. Im ländlichen Raum konnte es schon mühsam sein, den Wahlort zu erreichen. So musste z.B. ein Bauer aus Hirschzell nach Stöttwang, um seine Stimme abzugeben. Entweder organisierten die Wahlberechtigten eine gemeinsame Fahrt mit dem Fuhrwerk oder man machte sich zu Fuß auf den Weg.²⁴⁷ Es bedurfte jedenfalls eines gesteigerten Interesses an öffentlichen Angelegenheiten, damit man diese Unbequemlichkeit auf sich nahm. Stadtbewohner hatten es da leichter.

Gelegentlich waren die Methoden der politischen Willensbildung auf dem Land auch etwas handfester als in der Stadt. Der Pfarrer, ein Beamter des Landgerichts oder die Gemeindevorsteher erschienen oft persönlich bei den Wählern, um eine Stimmenscheidung in ihrem Sinne zu erreichen. Auch schreckte man bei der Austragung persönlicher Rivalitäten nicht vor der Anwendung von Gewalt zurück. So berichtete die „Kemptner Zeitung“ von der Urwahl in Altensteig (Lgr. Mindelheim), dass der Dirlwanger Gemeindevorsteher in der Wahlversammlung erklärte *„daß er aus gewissen Gründen, die er, weil sie der Versammlung bereits bekannt wären, nicht auseinander zu setzen brauche, nur im Allgemeinen noch zu erinnern wäre, ja keinem Geistlichen eine Stimme zu geben. Als der Pfarrer von Warmisried dagegen Einsprache machen wollte, traten vier Männer mit geladenen Pistolen versehen, aus der Versammlung hervor und erklärten, daß sie den des Todes würdig halten, der einem Geistlichen eine Stimme gäbe. Hierauf entfernten sich die Geistlichen, weil sie natürlich um einen solchen Preis keine Werber sein wollten.“*²⁴⁸ In Türkheim führte der Machtkampf zwischen dem Gemeindevorsteher Högg und dem Landrichter Schmid dazu, dass die Anhänger Schmidts mit Steinen bewaffnet in der vorbeireitenden Wahlversammlung erschienen und *„unter den fürchterlichsten Drohungen und Schmähungen die ihnen so verhaßte Wahlcommission“* verjagten.²⁴⁹ Wie die Urwahlen außerhalb der Stadt auch immer abgelaufen sein mögen, in der Mehrzahl waren es wohl ländliche Honoratioren, die nach Kaufbeuren anreisten. Die Uniformen von Beamten und die schwarzen Soutanen der geistlichen Herren waren sicher häufig zu entdecken.²⁵⁰

Die tabellarische Übersicht zeigt, dass die Kaufbeurer Wahlmänner rein rechnerisch eine völlig zu vernachlässigende Größe waren. Es spielte keine Rolle, wer sich in Kaufbeuren durchsetzen konnte, wenn er die anderen Wahlmänner geschlossen gegen sich hatte. Umgekehrt galt aber auch, wenn man der Mehrheit keine unnötigen Angriffsflächen bot, konnte die Herkunft aus der größten Stadt des Wahlkreises durchaus vorteilhaft sein. Es war nicht zwangsläufig so, dass die ländlichen Wahlmänner einen geschlossenen Block darstellten. Man darf nicht vergessen, dass auch sie erst vor drei Tagen gewählt worden waren, kaum Kontakt zueinander hatten, sich in der Mehrzahl am Wahlort zum ersten Mal sahen. Alle befanden sich in einer völlig ungewohnten Situation, vor einer bislang noch nie da gewesenen politischen Herausforderung.

²⁴⁷ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 22.4.1848, S. 74.

²⁴⁸ StAKe, Kemptner Zeitung, 1.5.1848, S. 484.

²⁴⁹ Ebda.

²⁵⁰ Ein Beispiel für einen ländlichen Bezirk liefert das Augsburger Anzeigblatt, Nr. 117 vom 28.4.1848 (Staatsbibliothek Augsburg). Die Wahlmänner des Landgerichts Göggingen setzten sich zusammen aus: 1 Landrichter, 1 Förster, 1 Lehrer, 2 Ärzte, 6 Pfarrer, 4 Gemeindevorsteher, 7 Ökonomen, 4 Wirte, 1 Fabrikant, 2 Handwerker, 1 Müller und 3 Händler.

Wie hatte der Wahlkampf im Vorfeld ausgesehen? Hatte er im lokalen Umfeld überhaupt stattgefunden?

Feste Parteiorganisationen, die die Aufstellung der Kandidaten und die Wahlpropaganda steuerten, gab es bestenfalls ansatzweise und auch nur in den großen Städten. So hatten sich in München sehr rasch Clubs und Ausschüsse gebildet, die nicht nur in der Residenzstadt tätig wurden, sondern bewusst auch in die Fläche wirken wollten.²⁵¹ Ihre Namen leiteten sie – wie später auch die Fraktionen der Paulskirche – von ihren Versammlungslokalen ab. So gründete sich am 7. April der „Bauhofclub. Verein für Volkswohl“, der politisch und personell relativ heterogen war und vor allem die großen Volksversammlungen zur Wahl in München organisierte. Sein Programm und seine Vorschlagsliste mit 52 Kandidaten für die Paulskirche erreichten wenige Tage vor der Wahl in Flugblattform auch Kaufbeuren. Wesentlich erfolgreicher war das so genannte „Ott'sche Wahlcomite“ unter der Führung des liberalkonservativen Grafen von Hegenberg-Dux. Dieser verfasste einen sehr wirkungsvollen, sprachlich auch auf Nicht-Politiker abgestimmten „*Aufruf an die Wahlmänner*“, der in vielen Tausend Exemplaren verbreitet wurde. Besonders betont wurden darin das Bekenntnis zur konstitutionellen Monarchie, die Ablehnung der Republik und das Festhalten an der bayerischen Eigenstaatlichkeit. Eine Liste mit den Namen von 105 Kandidaten vervollständigte diesen Aufruf, der seinen Weg ebenfalls nach Kaufbeuren fand. Auch in Augsburg fühlte man sich für ganz Schwaben zuständig. Das dortige Wahlkomitee sandte gleichfalls einen Aufruf mit Kandidatenliste an die Wahlmänner, in dem vor allem die Bedeutung des deutschen Parlaments für die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung hervorgehoben wurde.²⁵² Aus der „Augsburger Allgemeinen Zeitung“ konnte man am 20.4.1848 auch die Personalvorschläge und Vorstellungen der konservativ katholischen Seite, der so genannten Ultramontanen, entnehmen.²⁵³

Die Wirkung dieser Wahlbroschüren auf die Wahlmänner kann kaum rekonstruiert werden, zwei Momente haben aber offensichtlich Wirkung gezeigt: Einmal die große Skepsis gegenüber der Republik, bzw. die eindeutige Favorisierung der konstitutionellen Monarchie und zum anderen die auffallende Tatsache, dass eine Reihe von Kandidaten auf allen Listen erschien. Besonders das Ott'sche Wahlkomitee betonte, dass man keineswegs gezwungen sei, den Abgeordneten aus den Reihen der lokalen Wahlmänner zu entnehmen, sondern dass man durchaus Kandidaten aus anderen Regionen wählen könne. Das führte dann tatsächlich dazu, dass etliche Kandidaten, nämlich genau diejenigen, die ihre Kandidatur sehr breit abgesichert hatten, in mehreren Wahlkreisen gewählt wurden und sich das Mandat, das sie tatsächlich annahmen, sogar aussuchen konnten. Es ist bemerkenswert, dass dies alles eher konservativ eingestellte Liberale mit großer Nähe zur Regierung waren. Nicht nur das Ergebnis, sondern auch die Vorbereitung der Paulskirchenwahl in Bayern zeigt, dass König und Regierung sich zu diesem Zeitpunkt keineswegs mehr in der Defensive befanden.

Da sich in den großen Städten die verschiedenen Kandidaten den Wählern vorstellen konnten, entwickelten sich auch nur dort Formen eines intensiveren Wahlkampfs. In

²⁵¹ Zum Folgenden: Hummel, München in der Revolution, S. 141–59.

²⁵² StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 550. Dort befinden sich Exemplare aller drei Wahlbroschüren.

²⁵³ StBA, Augsburger Allgemeine Zeitung, Nr. 111, 20.4.1848, S. 1761.

ländlichen Wahlkreisen war dies so gut wie unmöglich. Hier kam alles auf die Versammlung am Wahltag an. Zwischen wem konnten sich die Wahlmänner in Kaufbeuren entscheiden?

Der einzige Kandidat, der erkennbar auf seine Wahl hinarbeitete, war der Kaufbeurer Rechtsanwalt und Notar Dr. Marquard Barth. Dieser stammte aus einer klassischen Juristenfamilie. Sein Vater war von 1822 bis 1834 Bürgermeister der Stadt Augsburg gewesen und hatte sich als Autor des juristischen Standardhandbuches für Magistratspersonen und Gemeindebevollmächtigte hervorgetan. Seine vier Söhne folgten alle dem beruflichen Vorbild des Vaters. Marquard Barth strebte zunächst eine Stellung als Rechtsanwalt in Augsburg an. Als dies nicht gelang, denn offene Stellen wurden ausschließlich durch die Regierung besetzt, bekam er 1837 die Genehmigung für Kaufbeuren. Der Umzug der Familie von Augsburg nach Kaufbeuren stand sicher auch im Zusammenhang mit dem wenig rühmlichen Ende der väterlichen Bürgermeisterkarriere. Anton Barth erschien der katholischen Ratsmehrheit aufgrund einer außerehelichen Beziehung in diesem Amt nicht mehr tragbar und wurde aus „*administrativen Rücksichten*“ in den vorzeitigen Ruhestand versetzt.²⁵⁴ Diese Erfahrung mit den konservativen katholischen Hardlinern dürfte den Sohn wahrscheinlich in die Arme der Liberalen getrieben haben. Sein älterer Bruder Karl arbeitete als Advokat in Landsberg. Politisch ebenso ambitioniert, nur ungleich konservativer, traf dieser einige Jahre nach der Revolution als Abgeordneter im Landtag auf seinen jüngeren Bruder, der allerdings der liberalen Gegenseite angehörte. Der dritte der Brüder, Wilhelm Barth, arbeitete seit 1841 als Rechtsconciipient in der Kaufbeurer Kanzlei mit, der jüngste Bruder Emil befand sich zur juristischen Ausbildung in Kempten.²⁵⁵



Der Vertreter Kaufbeurens in der Frankfurter Nationalversammlung: Der Rechtsanwalt und Notar Dr. Marquard A. Barth (mittlere Reihe, erster von rechts)

Die Übersiedlung nach Kaufbeuren war für Marquard Barth der Beginn einer äußerst erfolgreichen Anwaltskarriere. 1844 wurde die Kanzlei ins Hörmann-Haus, das ehemalige Landgerichtsgebäude, verlegt.²⁵⁶ Man benötigte offenbar Platz, denn die Praxis hatte sich zur regelrechten Großkanzlei entwickelt. 1848 arbeiteten bei Barth über zehn Mitarbeiter und Schreiber, die beiden anderen Kaufbeurer Rechtsanwälte beschäftigten nur jeweils zwei bis drei Angestellte. Selbst das Landgericht, die größte Behörde der Stadt, hatte nicht mehr Personal zur Verfügung.²⁵⁷

Ob Barth damals schon die „Mechanische Baumwollspinnerei“ juristisch vertrat und dadurch zum Syndikus der protestantischen Großhändler wurde, ist nicht belegbar, aber wahrscheinlich. 1858 trat er jedenfalls in den Verwaltungsrat der Firma ein unter Über-

Ob Barth damals schon die „Mechanische Baumwollspinnerei“ juristisch vertrat und dadurch zum Syndikus der protestantischen Großhändler wurde, ist nicht belegbar, aber wahrscheinlich. 1858 trat er jedenfalls in den Verwaltungsrat der Firma ein unter Über-

²⁵⁴ Vergleiche hierzu: Fassl, Konfession, S. 320; Zitat: HStA, MI 54950.

²⁵⁵ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 113/114, 22./23.4.1848 (Todesanzeige für Anton Barth).

²⁵⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 20.7.1844, S. 121.

²⁵⁷ StAKf, A 78.

lassung einer Aktie in „*Berücksichtigung seiner vielseitig geübten Bemühungen*“.²⁵⁸ Zum beruflichen Erfolg gesellte sich das gesellschaftliche Renommee. 1838 wurde er dem Kaufbeurer Landwehrbataillon als Auditor zugeordnet, zuständig für die juristische Beratung und Schlichtung interner Konflikte.²⁵⁹ Seit 1846 war er Vorstand der Pavillon-Gesellschaft, einer der drei Gesellschaftsvereine der Stadt.²⁶⁰ Hier trafen sich – unabhängig von der Konfession – die Mitglieder der wohlhabendsten Kaufbeurer Familien. Als Marquard Barth Ende März 1848 zum Vorstand des Bürgerausschusses gewählt wurde, gehörte er zu den angesehensten Bürgern der Stadt. Wer allerdings seine „*Freunde*“ waren, die ihn drängten, sich „*den Wahlcandidaten für die deutsche constituierende Versammlung*“ anzureihen, weiß man leider nicht.²⁶¹ Die Rückendeckung des Bürgerausschusses sowie die Unterstützung der protestantischen Fabrikanten und Großhändler hatte Barth wohl sicherlich. Am 23. April, am Ostersonntag, ging der Rechtsanwalt in die politische Offensive und veröffentlichte sein gedrucktes Wahlprogramm.

Es war allerdings nicht von vorneherein klar, dass die Entwicklung auf die Kandidatur Barths abzielen würde. Wäre alles in den für Kaufbeuren sonst üblichen Bahnen gelaufen, dann wäre der „geborene“ Kandidat ein anderer gewesen, nämlich der Großhändler und



*Der amtierende Landtagsabgeordnete:
Der Großhändler Johann Ulrich Schäfer*

Landtagsabgeordnete Johann Ulrich Schäfer. Schäfer hatte am 2. April das Landwehrbataillon auf die bayerische Verfassung vereidigt und dabei „*eine schöne rührende Rede gehalten*“, die offenbar so gut angekommen war, dass ihm am selben Abend vom Freicorps ein Fackelzug und vom Liederkranz ein Ständchen dargebracht wurde.²⁶² Offenbar machte er sich Hoffnungen, als Kaufbeurer Abgeordneter in die Paulskirche nach Frankfurt einzuziehen, denn sein Name taucht in der Kandidatenliste des Augsburger Wahlkomitees auf. Da in diesen ereignisreichen Wochen seine Anwesenheit im Münchener Landtag unabdingbar war, konnte er in Kaufbeuren nicht präsent sein, ein Umstand, der seinen Rivalen sicher zu Gute kam. Ob er seine Kandidatur gegen Barth aufrechterhielt, ist eher unwahrscheinlich. Die Chancen, als führender Vertreter der liberalen, protestantischen Oligarchie Kaufbeurens von den mehrheitlich katholischen Wahlmännern des Umlandes in die Paulskirche gewählt zu werden, wären nicht

allzu groß gewesen. Um doch einen Kaufbeurer als Abgeordneten durchzusetzen, präsentierte sich die Stadt nicht wie sonst üblich als protestantisches Bollwerk. Ganz im Gegenteil: Der Kandidat und das Gros der Kaufbeurer Wahlmänner waren Katholiken und damit der ländlichen Wahlmännermehrheit vermittelbar.

²⁵⁸ Firmenarchiv Momm, Jall, W., Entwurf einer Chronik der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei in Kaufbeuren, S. 20.

²⁵⁹ StAKf, A 93, S. 49.

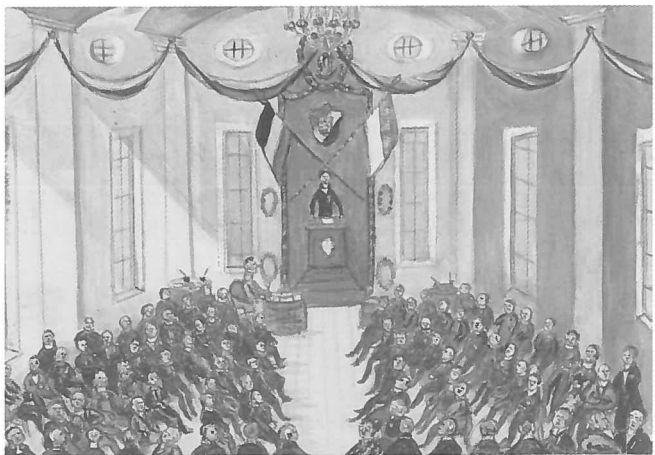
²⁶⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 30.5.1846, S. 101.

²⁶¹ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 550 (Wahlprogramm Barth).

²⁶² StAKf, Schropp-Chronik, S. 506.

Zwei weitere Kandidaten warfen ebenfalls ihre Hüte in den Ring. Einmal der Leiter des Kaufbeurer Forstamtes, Johann Peter Mayer, einer der wenigen konservativen Protestanten der Stadt ²⁶³ und der Türkheimer Landrichter Josef Simon Schmid. Dessen Name wurde zwei Tage vor der Wahl durch eine Zeitungsanzeige (von ihm selbst?) ins Spiel gebracht. Da sie ein Stück Wahlkampf dokumentiert, sei die Annonce hier vollständig wiedergegeben. *„Wahl-Angelegenheiten. Mehrere Wahllisten für die constituierende deutsche Volksversammlung sind uns schon zugekommen, und wir wissen den Werth der anempfohlenen Candidaten recht gut zu schätzen. Einen Namen vermissen wir jedoch auf der Liste, den Namen eines ächt deutschen Mannes, der gleich ausgezeichnet ist durch geistige Anlagen, wie durch Kenntnisse, der mit dem tiefsten Scharfblick die überzeugendste Rednergabe, mit dem größten Wohlwollen die thatkräftigste Energie verbindet, wir vermissen den Namen des vom constitutionell monarchischen Prinzip entschieden beseelten königlichen Landrichters Schmid in Türkheim, der die mannichfaltigen Gebrechen der Zeit in seiner langjährigen musterhaften Amtsführung kennen gelernt, Abhülfe dagegen seit Jahren angestrebt und eben dadurch eine umfassende Kenntniß der Zeitgemäßen Heilmittel sich erworben hat. Möge dieser Wink von den Wahlmännern nicht unberücksichtigt gelassen werden.“*²⁶⁴

Am Freitag, den 28. April, 8 Uhr morgens versammelte man sich im schwarz-rot-golden dekorierten Festsaal des „Goldenen Hirschen“. Die 120 Wahlmänner saßen sich an den Längsseiten des Saales in mehreren Reihen gegenüber, an der Stirnseite hatte als Wahlleiter der Kaufbeurer Stadtkommissär und Landrichter Heinrich von Sichlern Platz genommen. Die geschmückte Rednertribüne lud die Kandidaten dazu ein, sich und ihre politischen Ziele vorzustellen. Eine offene Situation, in der eine überzeugende Rede alles bewirken konnte. Wir wissen nur, dass Barth seine Vorstellungen darlegte, die wohl weitgehend mit seinem im Umlauf befindlichen Wahlprogramm übereinstimmten. Damit bewegte er sich ganz im Hauptstrom der gemäßigt liberalen Überzeugungen. *„In allen deutschen Landen sollen die Landesangehörigen unter ihren angestammten Fürsten vereinigt bleiben. Die Republik ist nichts für Deutschland, am wenigsten jetzt, sie führt zum Rückgriff (zur Reaction) und durch diesen zur unbedingten Gewalt der Fürsten (zum Absolutismus) zurück. In allen deutschen Landen sollen aber auch die Fürsten nicht willkürlich, sondern nach einer Verfassung regieren, welche dem Volke überwiegende Rechte einräumt (constitutionelle Monarchie mit demokratischer Grundlage).“*²⁶⁵



Die Wahlversammlung im Saal des „Goldenen Hirschen“. Am Rednerpult wahrscheinlich Marquard Barth, der sein „politisches Glaubensbekenntnis“ ablegt (Schropp Nr. 243)

²⁶³ StAKe, Kemptner Zeitung, 3.4.1849, S. 383, sowie StBA, Augsburgener Anzeigblatt, Nr. 155, 8.6.1849.

²⁶⁴ StBA, Augsburgener Anzeigblatt, Nr. 117, 26.4.1848.

²⁶⁵ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 550.

Zu den Reformen, die den Bürgern zugute kommen sollten, zählte Barth ein demokratisches Wahlrecht, die Ministerverantwortlichkeit, Rechtsgleichheit, Freiheit des Grundeigentums, Aufhebung der Jagdprivilegien, soziale Maßnahmen zugunsten der Arbeiter, größere kommunale Rechte, progressives Steuersystem, Abschaffung der indirekten Steuern, bürgerliche Grundrechte, allgemeine Volksbewaffnung, öffentliche Rechtspflege durch Schwurgerichte.

Wie stellte er sich den neuen deutschen Staat vor? *„Die Regierungs-Gewalt werde in die Hände eines Bundesoberhauptes gelegt, welches sie durch verantwortliche Minister ausübt. Die Gesetzgebung in Bundessachen gelange an ein deutsches Parlament, bestehend aus einem Senat der Fürsten und einer Volkskammer, frei aus dem deutschen Volke gewählt. Die Volkskammer erhalte das Recht, ein zweimal nach einander vergeblich vorgeschlagenes Gesetz das dritte Mal auch gegen den Willen des Senates durchzusetzen. (...) Eine bündige Bundesverfassung sichere für alle Zukunft die Vereinigung aller deutscher Lande zu einem Bundesstaate.“*

Die Souveränität, die Barth der Nationalversammlung zusprach, gipfelte dann in seiner beschwörenden Schlussformulierung: *„Die constituierende Versammlung gehe nicht eber auseinander, bis die neue Bundesverfassung überall in Deutschland beschworen, das deutsche Parlament eingesetzt ist und das neue Bundesoberhaupt von seiner Würde Besitz genommen hat.“*²⁶⁶

Es war wohl Barths Rede, die genügend überzeugende politische Substanz bot, gleichzeitig aber durchaus auf sein Publikum zugeschnitten war, die die Wahlmänner dazu veranlasste, den Kaufbeurer Rechtsanwalt mit großer Mehrheit zum Abgeordneten zu wählen. Andreas Schropp sah in seinen Aufzeichnungen jedenfalls einen Zusammenhang zwischen Rede und Wahl: *„(...) und nach einer von Dr. Barth sehr schön gehaltenen Rede wurde solcher zum Vertreter des Volkes gewählt.“*²⁶⁷ Dass die anderen lokalen Kandidaten gegen Barth keine Chance hatten, macht die Wahl der beiden Ersatzmänner deutlich. Hier kamen überregional bekannte Persönlichkeiten zum Zuge, nämlich der Würzburger Professor Karl Edel sowie der Münchener Ministerialrat Friedrich Benedikt von Hermann. Beide Männer sind Beispiele für den oben beschriebenen Typus des



Die Kaufbeurer Ersatzkandidaten: Prof. Carl Edel (Würzburg) und Friedrich Benedikt von Hermann (München)

regierungsnahen Kandidaten, dessen Name sich auf allen Listen wiederfand. Außer in Hofheim (Unterfranken), wo Edel die Wahl annahm, wurde er noch in sechs anderen Wahlkreisen als Abgeordneter oder Ersatzmann gewählt. Ähnlich verhielt es sich mit v. Hermann, der als Vertreter des Wahlkreises München I nach Frankfurt ging. Diese prominenten Kandidaten erschienen, obwohl beide nie einen Fuß in den Wahlkreis Kaufbeuren gesetzt

²⁶⁶ Ebda.

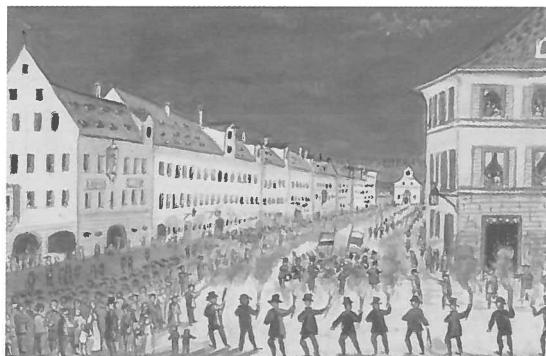
²⁶⁷ StAKf, Schropp-Notizen, S. 506.

hatten, den Kaufbeurer Wahlmännern immer noch geeigneter als die anderen örtlichen Bewerber. Johann Peter Mayer schien noch die meisten Stimmen bekommen zu haben.²⁶⁸

Dieser Wahltag endete so festlich, wie er begonnen hatte. Abends um 8 Uhr bewegte sich ein Zug von über hundert Fackeln zum Versammlungslokal, um den frisch gewählten Abgeordneten und die Wahlmänner öffentlich zu ehren. Die Musikkapelle des Landwehrbataillons spielte „türkische Musik“ und der Liederkranz ehrte mit seinen Liedern auch sein Mitglied Dr. Barth.²⁶⁹ „Der Jubel war groß“, schrieb Barth später in seiner Autobiographie, „und obwohl mit sehr konfuse[n] Ideen über das, was in Frankfurt zu tun sei, fuhr doch der Erwählte mit großem Selbstvertrauen und mit verschränkten Armen wie Cäsar in sein Glück auf dem Vorderdeck stehend, von Würzburg den Main hinab zur alten Kaiserstadt.“²⁷⁰

In der Paulskirche gehörte Barth nicht zu den unbedeutenden Abgeordneten, er war kein „Hinterbänkler“. Zunächst schloss er sich der linksliberalen Fraktion „Württembergischer Hof“ an, später wechselte er zum rechtsliberalen „Augsburger Hof“. Er war Mitglied des deutsch-österreichischen Ausschusses und gelangte dabei zu der Überzeugung, dass der neue deutsche Staat nur einen Schwerpunkt haben könne. Als einer der wenigen bayerischen Abgeordneten plädierte er deshalb im Parlament für den Ausschluss Österreichs aus dem Bund und die Übertragung der erblichen Kaiserwürde an den preußischen König. Aus diesem Grund gehörte Barth auch zur Delegation der Paulskirche, die Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone anbot.²⁷¹

Nicht nur sein Eintreten für das kleindeutsche Erbkaisertum entfremdete ihn zunehmend von seinem Wahlkreis.²⁷² Im Zuge seiner parlamentarischen Tätigkeit hatte er sich überhaupt weitgehend von den Wählern gelöst. Er war ein Politiker, der - völlig in



Fackelzug zu Ehren des frisch gekürten Abgeordneten Dr. Barth und der in Kaufbeuren versammelten Wahlmänner (Schropp, Nr. 244)

²⁶⁸ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 155, 8.6.1849. Da die beiden Ersatzmänner eigene Mandate errungen und angenommen hatten, gab es für Barth keinen gewählten Ersatzmann, der notfalls hätte nachrücken können. Als diese Frage im Juni 1849 akut wurde, tauchte der Name Mayers auf.

²⁶⁹ StAKf, Schropp-Notizen, S. 506.

²⁷⁰ Zitiert nach: Schieder, Th., Die Kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, München 1936, S. 9. Die Autobiographie Barths, aus der Schieder zitierte, ist leider nicht mehr auffindbar.

²⁷¹ Koch, R. (Hg.), Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten, Kelkheim 1989, S. 74.

²⁷² Der gesamte Vorstand des Kaufbeurer Volksvereins unterzeichnete Ende April 1849 eine Adresse an die Nationalversammlung, in der die Abgeordneten aufgefordert wurden, an der Verfassung festzuhalten, in der aber auch zum Ausdruck gebracht wurde, dass „das Erbkaisertum den Erwartungen eines großen Theiles des Volkes nicht entsprochen“ habe. (DBA, DB 51/431 Petition aus Kempten vom 22.4.1849)

der Rolle des berufenen Experten befangen - den Kontakt zu den Menschen als überflüssig und störend empfand. Im Gegensatz zu seinen schwäbischen Parlamentskollegen Haggenmüller (Kempten) und Mayer (Ottobeuren) hielt er es nie für nötig, in Briefen oder Zeitungsartikeln aus Frankfurt zu berichten und sein eigenes Abstimmungsverhalten zu begründen.

In Kaufbeuren wuchs die Unzufriedenheit mit ihm. Ende Februar 1849 berichtete das „Augsburger Anzeigblatt“: *„Seit ein paar Tagen befindet sich Herr Dr. Barth (...) dahier. Ein Schreiben des hiesigen Gewerbevereins an ihn, das lediglich die Interessen des Gewerbestandes betraf, wurde keiner Antwort gewürdigt, was in der letzten Versammlung der hiesigen Gewerbsleute allgemeine Mißbilligung und einen bedeutenden Sturm hervorbrachte.“*²⁷³ Anfang Juni meldete dieselbe Zeitung, dass Barth wieder in seiner Kaufbeurer Kanzlei arbeite, seinen Platz im Parlament ohne Zwang aufgegeben habe, ohne *„seinen Wählern (...) die Gründe mitzuteilen, die seine Handlungsweise etwa zu rechtfertigen im Stande seyn dürften.“*²⁷⁴ Welch ein Gegensatz zu seinen Vorsätzen im Wahlprogramm ein Jahr zuvor: Betonte er damals den Souveränitätsanspruch des Parlaments, so erschien ihm die Situation jetzt so verfahren, dass er keinen anderen Ausweg mehr wusste, als die Paulskirche resigniert zu verlassen.

Die Reaktion der Wähler ließ nicht lange auf sich warten. Bei den Urwahlen im Juli 1849 wünschten sich gerade noch fünf (!) von 443 Kaufbeurer Wählern Dr. Barth als Wahlmann für die anstehenden Landtagswahlen.²⁷⁵ Schallender konnte die Ohrfeige für einen Mann, dem ein Jahr zuvor noch Fackelzüge dargebracht wurden, kaum ausfallen. Barth war aber nicht der Mann, der sich nach Misserfolgen enttäuscht aus der Politik zurückge-

zogen hätte. Seine Zeit sollte erst noch kommen. Als sich nach dem Ende der Revolution Ernüchterung breitmachte, war er es, der das politische Leben in Kaufbeuren wieder organisierte. Von 1855-1869 vertrat er Kaufbeuren im bayerischen Landtag, wo er zum Führer der kleindeutsch gesinnten Fortschrittspartei wurde. Auch hier blieb er seinen in der Paulskirche entwickelten Anschauungen treu.



Barth (mit Kopfbedeckung) 1863 im Kreise seiner Münchener Fraktionskollegen der liberalen „Fortschrittspartei“: hinter ihm Ludwig Fischer, der Sohn von Dr. Stanislaus Fischer, der dem „Deutschen Verein“ in Augsburg vorstand, auf die Stuhllehne stützt sich Joseph Völk.

Bisweilen vermitteln geglückte Photographien einen tieferen Einblick in das Wesen eines Menschen als viele Worte. 1863 stellte ein Münchener Photograph die Landtagsabgeordneten der Fortschrittspartei zu einem Gruppenportrait zusammen. Darauf ist

²⁷³ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 51, 20.2.1849.

²⁷⁴ Ebda., Nr. 155, 8.6.1849. Dieselbe Zeitung veröffentlichte am 31.5. eine Liste der bayerischen Abgeordneten, die bis zum 25. Mai ihr Mandat niedergelegt hatten. Darunter befindet sich auch Barths Name.

²⁷⁵ StAKf, A 78.

auch Marquard Barth inmitten einiger Parteifreunde, denen wir z.T. noch begegnen werden, zu sehen. Dieses Bild und die Charakteristik Barths durch den Historiker Theodor Schieder ergänzen sich in vollkommener Weise. Barth stand, so schreibt er „ganz in der Welt nüchterner Wirklichkeit. Er hatte den Instinkt für die Macht, er schätzte Kräfte und Gegenkräfte in jeder Situation in der ihnen innewohnenden Stärke, er verrechnete sich in den großen Linien dabei nie (...) Eigentlich schöpferisch ist seine Politik nicht gewesen; Skepsis und allzu kluges Berechnen lähmten zuweilen Willen und Aktivität. Störende Züge persönlichen Ehrgeizes machten es den Mitlebenden und nächsten Freunden oft schwer, der unersetzlichen Bedeutung dieses Mannes für die Vollendung der liberalen Einheitspolitik gerecht zu werden (...) sein Einfluß als Parlamentarier fußte nicht auf rednerischen Leistungen, er sprach selten und ungern, mehr nüchtern argumentierend, als rednerisch mitreißend. Er war groß als parlamentarischer Taktiker. Mit Geschick und Berechnung führte er die Einheitspartei in der Kammer durch alle Klippen, oft mit tyrannischer Strenge, bis zum Ziele ihrer Politik.“²⁷⁶

Die Formierung der Wirtschaftsinteressen

Die industrielle Revolution hatte die fragmentierte deutsche Gesellschaft noch stärker in einander widerstrebende Interessensgruppen gespalten. Auf der politischen Ebene der Paulskirche spiegelte sich dieser Prozess in der Herausbildung einer Vielzahl von Parlamentsfraktionen, die sich auf lange Sicht zu Bestandteilen einer demokratisch-pluralistischen Parteienlandschaft entwickelten.²⁷⁷

Ein vergleichbarer Vorgang zeigte sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Die alten traditionellen Korporationen, wie Zünfte oder Innungen, wurden zunehmend als unzureichend empfunden. An deren Stelle sollten freie Assoziationen, die Vereine, treten. Vorreiter auf diesem Gebiet waren, wie nicht anders zu erwarten, die Großhändler und Fabrikanten. Am 17. Juli 1841 enthielt das „Wochenblatt“ einen „*Aufruf an Deutschlands Biedermänner*“ in dem die Bildung eines nationalen Gewerbevereins angeregt wurde.²⁷⁸ Dass hier die Interessen des Industrie- und Handelsbürgertums im Vordergrund stehen sollten, machte die Formulierung der Ziele deutlich. Es wurde ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch über Marktlage und neue Technologien angestrebt, um dadurch den Boden für eine verstärkte Industrialisierung vorzubereiten. Allerdings scheint es bei diesem Versuch geblieben zu sein.

Vier Jahre später kam es in Kaufbeuren zur Gründung eines „Industrie- und Gewerbevereins“, dem sich 125 Handwerker aus den Innungen der Seiler, Maurer, Uhrmacher, Brauer, Schlosser, Bäcker, Weber, Buchbinder, Seifensieder, Färber, Schuhmacher, Schneider, Gerber und Kürschner anschlossen. Ziel des Vereins war die „*Hebung und Unterstützung der Industrie und der Gewerbe in dieser Stadt*“, ²⁷⁹ unter anderem durch Förderung der Gewerbeschule, Prämierung hervorragender Meister, berufliche Fortbil-

²⁷⁶ Schieder, Th., Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, München 1936, S. 8.

²⁷⁷ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 128.

²⁷⁸ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 17.7.1841, S. 126, 130.

²⁷⁹ Zitiert nach: Breuning, W., Chronik des Gewerbe-Vereins Kaufbeuren 1848-1898. Festschrift, dem Gewerbe-Verein zum 50jährigen Jubiläum gewidmet, Kaufbeuren 1899, S. 5.

dung, z.B. durch Bereitstellung von Fachzeitschriften. Der Schwerpunkt lag offensichtlich auf der individuellen Weiterbildung interessierter Mitglieder, die führende Rolle der Lehrer spricht zumindest dafür.²⁸⁰ Viel Erfolg war dem Verein aber nicht beschieden. Es fehlten eine überregionale Vernetzung und die Möglichkeit - wahrscheinlich auch der Wille - Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen.

Beides änderte sich im Revolutionsjahr 1848. Jetzt bot sich die Chance, die handwerklichen, gewerblichen und industriellen Interessen wesentlich wirkungsvoller zu organisieren. Wie man auf politischem Gebiet alle Hoffnungen auf ein nationales Parlament konzentrierte, so strebte man auch auf der Ebene der ökonomischen Interessen nationale oder zumindest regionale Zusammenkünfte an. Am 20. Mai wandten sich die Innungsvorstände Kaufbeurens mit einer Bittschrift an den König. Darin forderten sie die Einberufung von regionalen Versammlungen der Handwerker zur Beratung ihrer Situation, die Einrichtung eines Ministeriums für Handel und Gewerbe und die Abstellung des Hausierhandels auf dem Land.²⁸¹



Der führende Liberale Augsburgs:
Der Buchdrucker Albrecht Volk-
hart

Das Muster für die Bildung eines „politischen“ Gewerbevereins lieferte der Augsburger Buchdrucker Albrecht Volkhart. Im „Augsburger Anzeigblatt“, dessen Herausgeber Volkhart war, schlug er als Alternative zu der häufigen Einberufung von Volksversammlungen die Politisierung des *„jetzt sich bildenden Gewerbsvereins“* vor, *„der, abgesehen von seinen speziellen Interessen, auch allgemein politische Fragen nicht ausschließt, und nicht ausschließen kann, weil die politischen Verhältnisse so vielfach fördernd oder hindernd auf den Wohlstand der Gewerbe einwirken.“*²⁸² Damit konnte Volkhart den Ge-

werbeverein zugleich als wichtige Vorfeldorganisation der Augsburger Liberalen etablieren. Hier Mitglied zu werden, fiel leichter als der Eintritt in eine dezidiert politische Organisation. Gerade in Städten, in denen auch starke konfes-

sionelle Gegensätze existierten, war die vermeintlich unpolitische Organisation von Wirtschaftsinteressen ein gangbarer Weg, um die konfessionellen Berührungsängste abzubauen. Den protestantisch dominierten Liberalen gelang damit auch ein Einbruch ins meist deutlich konservativere katholische Lager.

Eine vergleichbare Situation bestand in Kaufbeuren. Als im Juli in der Paulskirche die Themen Gewerbefreiheit und Niederlassungsrecht auf der politischen Tagesordnung standen, kam erneut Bewegung in die organisierte Handwerkerschaft. Ein provisorischer Ausschuss, mehrheitlich Protestanten unter der Führung des liberalen Seidenwebers Bachschmid, lud die Handwerker und Gewerbetreibenden der Stadt für den 17. Juli zu einer Vorbesprechung ein.²⁸³ Man einigte sich darauf, den alten „Industrie- und Gewerbeverein“ in eine neue Organisation überzuführen. Vorbild war der Augsburger Gewerbeverein, dessen leicht veränderte Statuten und Geschäftsordnung man am

²⁸⁰ Ebda., S. 5.

²⁸¹ StAKf, A 916, S. 52.

²⁸² StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 140, 21.5.1848.

²⁸³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 15.7.1848, S. 126f.

31. Juli in der Kaufbeurer Gründungsversammlung den Mitgliedern zur Abstimmung vorlegen wollte.²⁸⁴ Dort hieß es in Paragraph 1: *„Der Kaufbeurer Gewerbs-Verein besteht vorzugsweise aus Gewerbetreibenden, doch sind auch andere, welchen das Wohl des Volkes am Herzen liegt, nicht ausgeschlossen.“* Das hieß, dass sich der neue Verein nicht ständisch abschließen wollte. Ob diese Offenheit nur eine Öffnung nach oben oder auch nach unten beinhalten sollte, wurde nicht präzisiert. Wahrscheinlich dachte man nur an Gemeindebürger. Unselbständigen, außer sie kamen aus dem Bereich der Bildungsbürger, gestand man ernst zu nehmende Ansichten nicht zu. Paragraph 2 wurde dann noch deutlicher: *„Der Kaufbeurer Gewerbsverein hat zum Zweck, die Besprechung und Förderung gewerblicher und allgemeiner Interessen, die Ausmittlung der Ursachen, welche den Gewerbestand in die jetzige traurige Lage versetzt haben, und die Erforschung der Mittel, um diese verderblichen Einflüsse zu entfernen oder unschädlich zu machen. Da bei der Berathung der gewerblichen Zustände sociale und politische Fragen nicht umgangen werden können, so finden auch diese in dem Vereine ihre Berathung und Erledigung.“*²⁸⁵ Die Grenze zwischen Gewerbeverein und politischem Verein war bewusst unscharf gehalten worden. Das war wohl auch der Grund dafür, daß der konservative Landgerichtsassessor Saint Marie Egglise sich bei den Vorstandswahlen aufstellen ließ und zum Schriftführer gewählt wurde. Wahrscheinlich erhoffte man sich von Seiten der Behörden, dass eine Durchsetzung der Vereine mit Beamten dem politischen Engagement der Mitglieder spürbare Grenzen setzen könne. Vorsitzender des Vereins, der etwas über 100 Mitglieder zählte, wurde Philipp Jakob Bachschmid, Kassier der Schlossermeister Josef Merkle.²⁸⁶



*Führende Interessenvertreter
des Kaufbeurer Handwerks:
Der Seidenweber Philipp Ja-
kob Bachschmid, der Gerber
Martin Schmid und der
Schmied Josef Merkle*

Beiden, Bachschmid und Merkle, war schon zwei Wochen zuvor das Vertrauen der Kaufbeurer Handwerkerschaft ausgesprochen worden. Für den Handwerkerkongress in Frankfurt, der parallel zum Paulskirchenparlament tagte, sollten zwei Abgeordnete aus Schwaben gewählt werden. Als Wahlmänner Kaufbeurens reisten der Rotgerber Martin Schmid, Merkle und Bachschmid nach Augsburg, die ihrerseits dort Albrecht Volkhart und den Schmied Frankenberger als Delegierte für Frankfurt bestimmten.²⁸⁷

²⁸⁴ Ebda., Kaufbeurer Wochenblatt, 29.7.1848, S. 135. Die Satzung wurde nur leicht modifiziert vom Augsburger Gewerbeverein übernommen. Der Text war Anfang Juli vom Augsburger Verein an die Handwerksinnungen aller Märkte und Städte im ganzen Kreis Schwaben-Neuburg geschickt worden, verbunden mit der Aufforderung, Wahlmänner für die Wahl der Delegierten zum Handwerkerkongress zu bestimmen. (Vgl.: StAMn, Mindelheimer Wochenblatt 1848, Beilage Nr. 31).

²⁸⁵ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 576.

²⁸⁶ Breuning, Chronik des Gewerbevereins, S. 16f., 18.

²⁸⁷ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 189, 11.7.1848.

Dieser „Erste Allgemeine Deutsche Handwerker- und Gewerbekongreß“ (14. Juli-18. August 1848) wurde sehr schnell zur Plattform sozial-konservativer Vorstellungen. Die Wirtschaftsverfassung Deutschlands sollte so aussehen, als hätte es die Jahrzehnte der industriellen Revolution nie gegeben, besser gesagt, man wollte der liberal-kapitalistischen Ordnung *„eine bewußt gestaltete korporative Ordnung (...), die jedem Arbeitenden ein sicheres Auskommen mittleren Zuschnitts ermöglichen sollte“*, entgegensetzen.²⁸⁸ In einer Gewerbeordnung sollte der Zunftzwang wieder eingeführt werden, Gewerbefreiheit wurde abgelehnt, die Aufnahmebedingungen in ein Gewerbe sollten ausschließlich von den Meistern geregelt werden, staatliche und kommunale Betriebe seien aufzulösen, Fabriken, deren Produkte mit denen des Handwerks in Konkurrenz standen, sollten beschränkt werden, dem Landhandwerk sollten spürbare Fesseln angelegt werden.²⁸⁹ Man bekämpfte nicht nur diejenigen Liberalen, die in einer möglichst entfesselten Marktwirtschaft ihr Heil sahen, sondern drängte auch die Interessen und Wünsche anderer am Arbeitsleben beteiligter Gruppen, wie die der Gesellen und Arbeiter energisch zur Seite. Es wäre nun aber falsch, allen Handwerkern eine sozialromantische Verklärung zünftischer Ordnung zu unterstellen. Es gab zwar durchaus einen Flügel der Handwerkerbewegung, der die angeblich gute alte Zeit restaurieren wollte und sich auch politisch nach rechts orientierte, andere entwickelten dagegen genossenschaftliche Modelle als Alternative zur völlig freien Konkurrenzgesellschaft wie auch als Alternative zu starren zünftischen Korporationen. Hier zeigten sich auch erste, oft christlich grundierte, sozialistische Vorstellungen, auch wenn Karl Marx das als „Philisterutopie“ verspottete. Dieser Flügel neigte der demokratischen Linken zu. Auf welcher Seite die jeweiligen Handwerker- oder Gewerbevereine tatsächlich standen, hing weitgehend von der lokalen ökonomischen und politischen Situation ab.²⁹⁰ Als der Kaufbeurer Gewerbeverein vor den Landtagswahlen und im Streit um die Einführung der Reichsverfassung politisch Farbe bekennen musste, entschied er sich eindeutig für die linksliberale Seite. Traditionelle Vorstellungen im Bereich der Wirtschaftsordnung, zumindest was den gewerblichen Sektor betraf, waren mit liberalen politischen Überzeugungen durchaus vereinbar. Entscheidend dabei war, welche Art von Liberalismus gemeint war, vor allem aus welchen Quellen er sich speiste.

Einig war man sich aber im September 1848 in der kategorischen Ablehnung der Gewerbefreiheit. Dieses Thema entzündete die Gemüter aufs heftigste und hier wird auch die organisatorische Kraft deutlich, die die Handwerksorganisationen zu diesem Zeitpunkt erreicht hatten. Der Augsburger Gewerbeverein erstellte unter Volkharts Federführung eine Adresse an die Nationalversammlung, die sich zwar grundsätzlich für eine fortschrittliche Organisation der Arbeitsverhältnisse aussprach, für die *„Freiheit der Bewegung jedes Einzelnen und der Ermöglichung unbehinderter Anwendung seiner Kräfte“*, die zwar versicherte, weder rückwärts gehen zu wollen noch zu können, da u.a. die Konkurrenz des Auslands *„uns unaufhaltsam erdrücken würde, könnten wir mit ihr nicht glei-*

²⁸⁸ Kaufhold, K.H., Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 118 (1982), S. 97.

²⁸⁹ Ebda.

²⁹⁰ Hierzu: Lipp, C., Württembergische Handwerker und Handwerkervereine im Vormärz und in der Revolution 1848/49, in: Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 347-381, besonders 360ff.

Protestation

Zehntausend Gewerbetreibenden

Städtischer Gewerkschaften und Verbände
in Bayern
gegen Einführung von Gewerbefreiheit.

1. John L. Smith
 2. James H. Smith
 3. John L. Smith
 4. James H. Smith
 5. John L. Smith
 6. James H. Smith
 7. John L. Smith
 8. James H. Smith
 9. John L. Smith
 10. James H. Smith
 11. John L. Smith
 12. James H. Smith
 13. John L. Smith
 14. James H. Smith
 15. John L. Smith
 16. James H. Smith
 17. John L. Smith
 18. James H. Smith
 19. John L. Smith
 20. James H. Smith
 21. John L. Smith
 22. James H. Smith
 23. John L. Smith
 24. James H. Smith
 25. John L. Smith
 26. James H. Smith
 27. John L. Smith
 28. James H. Smith
 29. John L. Smith
 30. James H. Smith
 31. John L. Smith
 32. James H. Smith
 33. John L. Smith
 34. James H. Smith
 35. John L. Smith
 36. James H. Smith
 37. John L. Smith
 38. James H. Smith
 39. John L. Smith
 40. James H. Smith
 41. John L. Smith
 42. James H. Smith
 43. John L. Smith
 44. James H. Smith
 45. John L. Smith
 46. James H. Smith
 47. John L. Smith
 48. James H. Smith
 49. John L. Smith
 50. James H. Smith
 51. John L. Smith
 52. James H. Smith
 53. John L. Smith
 54. James H. Smith
 55. John L. Smith
 56. James H. Smith
 57. John L. Smith
 58. James H. Smith
 59. John L. Smith
 60. James H. Smith
 61. John L. Smith
 62. James H. Smith
 63. John L. Smith
 64. James H. Smith
 65. John L. Smith
 66. James H. Smith
 67. John L. Smith
 68. James H. Smith
 69. John L. Smith
 70. James H. Smith
 71. John L. Smith
 72. James H. Smith
 73. John L. Smith
 74. James H. Smith
 75. John L. Smith
 76. James H. Smith
 77. John L. Smith
 78. James H. Smith
 79. John L. Smith
 80. James H. Smith
 81. John L. Smith
 82. James H. Smith
 83. John L. Smith
 84. James H. Smith
 85. John L. Smith
 86. James H. Smith
 87. John L. Smith
 88. James H. Smith
 89. John L. Smith
 90. James H. Smith
 91. John L. Smith
 92. James H. Smith
 93. John L. Smith
 94. James H. Smith
 95. John L. Smith
 96. James H. Smith
 97. John L. Smith
 98. James H. Smith
 99. John L. Smith
 100. James H. Smith

²⁹⁴ StadtA Kf, Kaufbeurer Wochenblatt, 16.9.1848, S. 166.

aus, dass der größte Teil der Mitglieder für diese Petition mobilisiert werden konnte (alles andere wäre bei dieser prestigeträchtigen, hoch emotionalen Frage einer Blamage nahe gekommen), dann lässt sich auch die Zusammensetzung des Gewerbevereins wenigstens in der Tendenz andeuten.²⁹⁵ Der Gewerbeverein organisierte demnach etwa ein Viertel der Handwerksmeister, wobei er das konfessionelle Verhältnis innerhalb der Bürgerschaft exakt spiegelte (zwei Drittel Protestanten, ein Drittel Katholiken). Wie in Augsburg war der Vorstand fest in protestantischer Hand, aber es gelang, Teile des katholischen Bevölkerungsteils an sich zu binden. Bei beiden Konfessionsgruppen zeigt sich ein sehr ähnliches soziales Muster: Es waren nicht die Alleinmeister, sondern die Handwerker mit einem oder mehr Mitarbeitern, die Interesse an einem Gewerbeverein oder auch nur an der Kampagne gegen die Gewerbefreiheit zeigten. Nicht die bereits vorhandene Misere mobilisierte, sondern die Sorge vor dem sozialen Abstieg. Entsprechend sah die Beteiligung der unterschiedlichen Berufsgruppen aus: Die Sparten Textilverarbeitung und Leder mit den vermögenden Färbern und Rotgerbern waren über-, die Bauhandwerker und Weber waren deutlich unterrepräsentiert. Ähnliches gilt aber auch für die Meister der Lebensmittelbranche. Möglicherweise wollte man sich hier von vornherein einer Debatte über Qualität und Preis der immer heftig umstrittenen Lebensmittel entziehen. Eine kleine Gruppe von Kaufleuten, ein Apotheker und einige Angestellte (Landgericht, Rentamt) ergänzten die Handwerker. Der Vorstand wurde ausschließlich von gut situierten Meistern gebildet. Ein Drittel der Gemeindebevollmächtigten und ein Magistratsrat unterzeichneten die Adresse. Gemessen an der Mitgliedschaft der Gemeindevertreter im Bürgerverein ist dieser Anteil nicht sehr beeindruckend. Die Tatsache, dass aber fast alle der im Oktober neu gewählten Gemeindebevollmächtigten sich auch im Gewerbeverein fanden, deutet den steigenden politischen Einfluss des Vereins in der Stadt an.

Da der Protestaufruf nicht mehrere Tage zur Unterschrift auslag, sondern am Ende der Vereinssitzung unterzeichnet wurde, öffnet die Unterschriftenliste auch ein kleines Fenster zur Beobachtung von Alltagsverhalten. Gleichgültig ob die Liste von Tisch zu Tisch zirkulierte oder ob man sich in einer Reihe anstellen musste, die Reihenfolge der Unterschriften zeigt, wer sich zu wem gesellte. Der Vorstand taucht als Gruppe auf, ebenso der Landtagsabgeordnete mit den Kaufleuten. Darüber hinaus strukturierten nicht Nachbarschaft, nicht derselbe Beruf oder gar ähnliche politische Gesinnung die Veranstaltungsteilnehmer, sondern ganz eindeutig die Konfession. Die katholische Minderheit tauchte immer in abgrenzbaren Gruppen auf. Obwohl der Gewerbeverein überkonfessionell angelegt war, fühlten sich die Anwesenden innerhalb ihrer eigenen Konfessionsgruppe sichtlich am wohlsten.

Die Sitzungsprotokolle des Vereins sind nicht mehr überliefert. Deshalb lassen sich die Aktivitäten des Gewerbevereins nur mehr in Bruchteilen rekonstruieren. Anscheinend entwickelte sich dieser Verein aber zum Motor der städtischen Politik. Vom Gewerbe-

²⁹⁵ Die Mitgliederzahl von 188 im Jahr 1849 ist gesichert. Geht man davon aus, dass ein paar Wochen nach der Gründung die Zahl noch deutlich darunter gelegen haben dürfte und berücksichtigt man, dass im November 1848 durch die Angliederung des Gewerbeunterstützungsvereins, der für die Verteilung staatlicher Darlehen zuständig war, der Verein zusätzlich an Attraktivität gewonnen hat, dann erscheint im September 1848 eine Vereinsgröße von vielleicht 130 Mitgliedern nicht abwegig.

verein, nicht von den eigentlich zuständigen Gemeindekollegien, wurden Initiativen erwartet. „Es ist sonderbar, daß der hiesige Gewerbeverein bisher auf einen Punkt sein Auge noch nicht gerichtet hat (...),“²⁹⁶ so beginnt ein Artikel im Wochenblatt, der vorschlägt, alle Hebel in Bewegung zu setzen, damit Kaufbeuren – immerhin an der Bahnstrecke gelegen – zum Sitz des Bezirksgerichts wird. „So darf man es gewiß für die erste Zeitaufgabe des hiesigen Gewerbsvereins halten, daß von ihm ein Aufruf zu einer Versammlung aller hiesiger Einwohner ergehen, daß im bemerkten Sinn Berathungen gepflogen und Sachverständige beauftragt werden zur Anfertigung von Plänen und Kostenvoranschlägen.“ Diese Anregung scheint aber weder vom Verein noch vom Magistrat aufgenommen und umgesetzt worden zu sein, die Quellen geben zumindest keine Hinweise.

Dafür beschäftigte sich der Gewerbeverein mit dem Dauerproblem des Bettelns umherziehender Handwerksgesellen. Immerhin zogen täglich ungefähr fünfzig Gesellen auf Suche nach Arbeit durch die Stadt. Deren Notlage war ein in der Öffentlichkeit sichtbares Phänomen. Beide Seiten, Gesellen wie Gendarmen, schienen dabei durchaus handgreiflich geworden zu sein, jedenfalls empfanden viele Einwohner diesen Zustand nicht nur als lästig, sondern auch als Beeinträchtigung ihrer Sicherheit. Der Gewerbeverein beantragte nun, ein so genanntes Stadtgeschenk für reisende Handwerksgesellen einzuführen, das durch Spenden finanziert werden sollte und die Handhabe bot, gegen Gesellen, die trotzdem bettelten, polizeilich vorzugehen.²⁹⁷ Mit Beginn des neuen Jahres sollten auf dem Rathaus 6 Kreuzer an jeden Gesellen ausgezahlt werden.²⁹⁸ Tafeln mit der Aufschrift „Stadtgeschenk. Strengstes Verbot des Bettelns“ wurden in den letzten Dezembertagen an den Stadttore befestigt.²⁹⁹ Man versuchte sich von dem drängenden Problem loszukaufen, wollte die Armut mit halbwegs gutem Gewissen aus dem Gesichtsfeld drängen. Wer trotzdem bettelte, musste mit einer gnadenlosen Behandlung rechnen. Wir können nur hoffen, dass ein Vorfall, wie er aus dem Herbst 1849 überliefert ist, nicht den Alltag darstellte: „Gensdarm Sch. hatte im Tänzelsbölzel allhier einen



Ein bettelnder Handwerksgeselle nach einer Zeichnung Carl Spitzwegs

Fechtbruder zu arretieren und in den magistratischen Polizey-Arrest abzuführen. Dort angelangt, erfrechte er sich, den Bettler ohne die geringste Veranlassung, der Art zu säbeln, daß nicht nur der dürre Körper des Armen grün und blau durchgegerbt wurde, sondern er auch von dem stattlichen Helden einen Säbelhieb in den Arm erhielt, der eine 3“ lange Wunde verursachte, in deren Folge der Unglückliche im hiesigen Spitale untergebracht und in ärztliche Behandlung genommen werden mußte.“³⁰⁰

²⁹⁶ StAKF, Kaufbeurer Wochenblatt, 2.9.1848, S. 156.

²⁹⁷ Ebda., Kaufbeurer Wochenblatt, 21.10.1848, S. 186.

²⁹⁸ Ebda., 23.12.1848, S. 223.

²⁹⁹ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 109.

³⁰⁰ Ebda., S. 161f.

Die Unterschriftensammlung, im zeitgenössischen Sprachgebrauch Adresse oder Petition genannt, hatte sich zum wichtigsten Druckmittel von Interessengruppen entwickelt. Die politischen Schaltstellen in Bayern (König, Landtag, Kammer der Reichsräte) sowie die Nationalversammlung in Frankfurt wurden mit solchen Adressen geradezu bombardiert. Die Organisation der öffentlichen Meinung wurde zu einem wichtigen Mittel im politischen Kampf. Um deren Wirksamkeit zu erhöhen, genügte es nicht, nur lokal Unterschriften zu sammeln, die Regel war eine in größerem Rahmen organisierte Kampagne. Ähnlich wie bei der Adresse gegen die Gewerbefreiheit, ging auch im Februar 1849 die Initiative vom Augsburger Gewerbeverein aus. Eine große Sammelpetition, die Mitte des Monats auch im Versammlungslokal des Kaufbeurer Gewerbevereins auslag, wandte sich mit der Forderung an den Bayerischen Landtag, dass die Beamten bei der Einquartierung von Militär in gleicher Weise herangezogen werden sollten wie die Bürger.³⁰¹ Es war wohl diese Auseinandersetzung um eine gerechte Verteilung von Lasten, die den Abgeordneten Barth zum Ärger des Gewerbevereins so wenig berührte.

Aber nicht nur Handwerksmeister und Kaufleute versuchten, ihren Vorstellungen mehr Nachdruck zu verleihen. Auch die Kaufbeurer Fabrikanten nutzten ihre Möglichkeiten, um Entscheidungen in ihrem Interesse beeinflussen zu können. So wandten sich die Direktoren der „Mechanischen Baumwoll-Spinnerei“, Schrader und Heinzelmann-Schachenmayer, am 29. Juli 1848 mit ihrer Bitte direkt an die Nationalversammlung. Marquard Barth, der sich diesmal der Sache annahm, übergab sie dort am 7. August, wo man sie an den Ausschuss für Volkswirtschaft überwies.³⁰² Worum ging es?

„In einem Augenblicke, wo unsere deutschen Gewerbe, unsere deutsche Industrie, im Allgemeinen unter dem Druck der Verhältnisse seufzet, wo der Fabrikant gezwungen ist mit Schaden zu arbeiten, und bei mangelndem Absatz, massenhafte Vorräthe anzuhäufen, nur um seinen Arbeitern Brod zu verschaffen, droht nun eine neue Gefahr, welche die deutsche Gewerbtätigkeit in den vorzüglichsten Branchen nicht nur für die Gegenwart sondern auch für die Zukunft gänzlich lähmen muß, wenn nicht von den Regierungen des Zoll Vereins die schleunigsten und kräftigsten Gegenmaaßregeln getroffen werden.

Die französische Regierung hat nämlich unterm 13 Juny ein Decret erlassen, wodurch sie die Ausfuhr Praemien von allen Baumwoll & Wollen Garnen, allen Baumwoll Wollen & gemischten Geweben & cet. um 50 Procent gegen die jetzt schon bestehenden Tarif Sätze erhöht (...) auf Kosten & zum Verderben unserer deutschen Industrie, ein künstliches Mittel geschaffen, um die gefährliche Klasse der Arbeiter einigermaßen zu beschäftigen.“

Die Baumwolle, die für die Textilindustrie Europas benötigt wurde, stammte entweder aus eigenen Kolonien oder zum größten Teil aus den USA. Die amerikanischen Hauptanbaugebiete waren Carolina, Virginia, Louisiana, Georgia, Maryland und Florida. Das Material, das in der Kaufbeurer Spinnerei verarbeitet wurde, stammte weitgehend aus Louisiana. Man kaufte es entweder in Le Havre oder in Liverpool, verschiffte es dann nach Rotterdam und brachte es von dort aus nach Kaufbeuren.³⁰³ Die Baumwolle wurde dort zu Garnen verarbeitet und von den Großhändlern weiterverkauft. Die

³⁰¹ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 43, 12.2.1849.

³⁰² DBA, Außenstelle Frankfurt, Petition Nr. 1792.

³⁰³ Jall, Mechanische Baumwollspinnerei, S. 54f.

französischen Spinnereien bekamen nun vom Staat einen so genannten Rückzoll, der die französische Produktion subventionierte. Dieser Rückzoll – und das war der Anlass für die Petition – war nochmals erhöht worden, um die Arbeitsplätze der französischen Arbeiter zu sichern. Laut den Berechnungen der Kaufbeurer Fabrikanten erwuchs den deutschen Unternehmern dadurch ein Wettbewerbsnachteil von 3 Gulden und 37 Kreuzern pro Zentner Garn, *„ein Verlust, der den Gewinn, den er bei den besten Zeiten machen kann, weit übersteigt, & der ihn zwingt, seine Arbeit gänzlich einzustellen, das Interesse auf das sehr bedeutende Anlage Capital zum Opfer zu bringen & und seine Arbeiter brodlos nach hause zu schicken.“* Die beiden Kaufbeurer Unternehmer schlugen nun vor, entweder den deutschen Schutzzoll fast zu verdoppeln oder für die deutschen Spinnereien ebenfalls eine staatliche „Bonification“ einzuführen.

Zwar „verharrten“ Schrader und Heinzelmann „in tiefster Verehrung“, vergaßen aber am Schluss ihres Schreibens nicht, darauf hinzuweisen, dass *„bei gänzlich eintretender Verdienstlosigkeit, unserer Arbeiter, die so sehr ersehnte und erhoffte Ruhe von neuem gestört und ein sehr bedenklicher Zustand auch bei unserer immer noch ruhiger Fabrik Bevölkerung herbeigeführt werden könnte.“*

In unserem Zusammenhang ist nun weniger die Berechtigung der Klage oder der ökonomische Sinn der vorgeschlagenen Maßnahmen interessant. Die Kaufbeurer Eingabe bewegte sich ganz im Rahmen der für den Süden charakteristischen Schutzzollforderungen. Im Rheinland, in Baden, in Württemberg und Sachsen lagen ja die Schwerpunkte der importgefährdeten Montan- und Textilindustrie. Im Norden lag eher der Freihandel in der Konsequenz der ökonomischen Interessen. Beide Seiten versuchten, massiv auf die Parlamentsberatungen Einfluss zu nehmen.³⁰⁴ Wichtiger erscheint der Hinweis auf die Form, in der versucht wurde, die eigenen Forderungen durchzusetzen. Man fuhr verbal schwerste Geschütze auf und drohte zum Teil recht unverhohlen mit dem Schreckensgemälde der sozialen Revolution.

Die war in Kaufbeuren allerdings nicht zu befürchten. Einen Organisationsversuch der Kaufbeurer Arbeiter und Gesellen gab es während der Jahre 1848/49 nicht, obwohl Kaufbeuren zu den ältesten Industriestädten Bayerisch-Schwabens gehörte. In Augsburg, Kempten und Memmingen hatten sich während der Revolution „Arbeiterbildungsvereine“ gebildet. Entsprechend dem Münchner Arbeiterbildungsverein, der allerdings nie eine bedeutende Rolle spielen konnte, werden auch sie sich eingesetzt haben, um *„eine allgemeine, moralisch-politische Bildung des Arbeiters zu erstreben und die Arbeiter mit allen gesetzlichen Mitteln in den Vollgenuß aller staatsbürgerlichen Rechte zu bringen, sowie überhaupt die materiellen und geistigen Interessen desselben nachdrücklich zu vertreten und zu fördern.“*³⁰⁵ Die schwäbischen Arbeiterbildungsvereine lösten sich nach dem Ende der Revolution alle auf oder fielen unter das Gesetz über Versammlungen und Vereine vom 26. Februar 1850, was ihr Verbot zur Folge hatte. Seltsamerweise taucht der erste Anstoß zur Gründung eines Kaufbeurer „Bildungs- und Unterstüt-

³⁰⁴ Vergleiche hierzu: Siemann, *Revolution*, S. 113; Best, H., *Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland*, Göttingen 1980, S. 192ff.

³⁰⁵ Zitiert nach: Hummel, *München in der Revolution*, S. 513f.

zungsvereins für Arbeiter“ zwei Monate nach dem allgemeinen Verbot auf. Im Wochenblatt wandte sich ein provisorischer Ausschuss mit einem Aufruf an die Kaufbeurer Arbeiter, einen Verein nach dem Muster der Kemptener ins Leben zu rufen.³⁰⁶ Die Vereinsgründung schien tatsächlich Erfolg gehabt zu haben, denn für die Monate Juli und August wurden Mitgliederversammlungen anberaumt.³⁰⁷ Danach ist von dieser Organisation nichts mehr zu hören. Wahrscheinlich löste auch sie sich selbst wieder auf, um einem Verbot zu entgehen. Wie hatte doch das Innenministerium argumentiert: „*Jede Vereinigung der Arbeiter, besonders der Fabrikarbeiter und Handwerksge- sellen, welche sich die Verbesserung ihrer Lage zur Aufgabe macht, wird bei ihren Bestrebungen und deren Durchführungen mehr oder minder immer in einen feindlichen Gegensatz zur bestehenden Staatsordnung kommen und daher dem Art. 19 des Vereinsgesetzes verfallen.*“³⁰⁸

Bürger in Waffen: Soldaten für oder gegen die Revolution?

Dass die Macht aus den Gewehrläufen kommt, ist nicht erst eine Revolutionsweisheit des 20. Jahrhunderts. Volksbewaffnung war nicht zufällig von Anfang an eine der zentralen Märzforderungen.³⁰⁹ Für die Demokraten stellte sich dieses Problem nach dem militärischen Debakel des ersten badischen Aufstandes in besonders dringlicher Form. Aber auch für Menschen, die einen gewaltsamen Umsturz nicht wollten – und das war die überwältigende Mehrheit – konnte die Frage nach dem Verhältnis von Revolution und Militär keine Nebensache sein. Welche Rolle spielte demnach das Militär in der Praxis und im Bewusstsein der Kaufbeurer Bevölkerung?

Laut Verfassung war jeder bayerische Staatsbürger zum Wehrdienst verpflichtet. Gleich an drei Stellen des Verfassungstextes tauchte dieser Passus auf. Die Realität sah aber wesentlich bescheidener aus. Die konkrete Ausgestaltung der Ausbildung und viele Schlupflöcher führten dazu, dass nur ein geringer Bruchteil der jungen Männer Kaufbeurens zum sechsjährigen Militärdienst eingezogen wurde.

Wie hat man sich die Truppenaushebung vorzustellen? Die dienstpflichtigen Männer eines Jahrgangs wurden aufgefordert, sich an einem bestimmten Tag im Rathaus einzufinden. Dort wurden diejenigen, die tatsächlich einberufen wurden, durch Losverfahren bestimmt. Die Anzahl der Ausgelosten war für Kaufbeuren anscheinend nie sehr groß. So berichtet die Christa-Chronik, dass 1804 von 286 Konskribierten gerade einmal 6 Wehrpflichtige eingezogen wurden, 1806 waren es 5 und 1807 immerhin 14 junge Männer.³¹⁰ Um die Mitte des Jahrhunderts könnte es etwa die Hälfte eines Jahrgangs getroffen haben. Traf einen das Los, so konnte man z.B. immer noch einen Stellvertreter schicken. Allerdings musste man dafür relativ tief in die Tasche greifen. 1847 kostete die Stellung eines Ersatzmannes bei der Infanterie ca. 1 000 Gulden.³¹¹ Der Kreis der

³⁰⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 25.5.1850, S. 100.

³⁰⁷ Ebda., 13.7.1850, S. 133 und 3.8.1850, S. 147.

³⁰⁸ Zitiert nach: Hummel, München in der Revolution, S. 519.

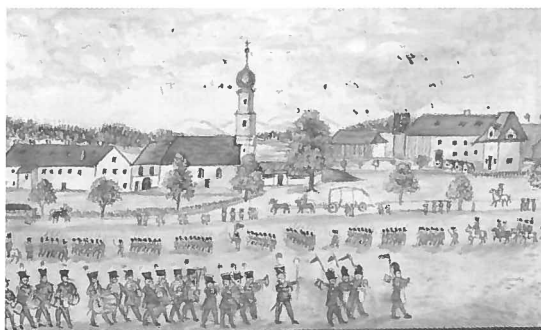
³⁰⁹ Grundsätzlich: Prüve, R., Bürgerwehren in den europäischen Revolutionen 1848, in: Dowe, D. u.a. (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998, S. 901-914.

³¹⁰ Christa-Chronik, S. 24f, 25, 40.

³¹¹ Calließ, J., Militär in der Krise. Die bayerische Armee in der Revolution 1848/49, Boppard 1976, S. 23, Anm. 50.

Personen, der sich das leisten konnte, war auf die wohlhabenderen Schichten beschränkt. Umgekehrt konnte für jemanden, der nichts hatte, dieser Dienst durchaus eine Einkommensquelle darstellen. Die ersten 3-4 Monate waren dann tatsächlich durch die Ausbildung in einer Kaserne, durch Zwang, Drill und drakonische Strafen geprägt, danach musste der Soldat jährlich einen Monat für die herbstlichen Waffenübungen zur Verfügung stehen. Etwa ein Drittel der Einberufenen war darüber hinaus ständig beurlaubt.³¹² Diese Details machen deutlich, dass das Prinzip einer allgemeinen Wehrpflicht zwar theoretisch galt, aber praktisch nicht existierte. Die Rekrutierung der niederen Ränge beschränkte sich zudem fast ausschließlich auf die unteren Gesellschaftsschichten und auf das Land. Wer es sich irgendwie leisten konnte, kaufte sich frei.

Das hieß nun nicht, dass alle anderen überhaupt nicht mit militärischen Dingen in Berührung gekommen wären. Auf den städtischen Bereich zugeschnitten war die Einrichtung der Landwehr, neben den Linientruppen die zweite Stütze des bayerischen Militärs. Jeder Inhaber des städtischen Bürgerrechts, das hieß konkret jeder Gewerbetreibende oder Haus- und Grundbesitzer, war verpflichtet, bis zu seinem 55. Lebensjahr Dienst in der Landwehr zu leisten. Der Magistrat wurde sogar verpflichtet, die Aufnahme



Kaufbeurer Landwehreinheiten beim Exerzieren vor der Kirche St. Dominikus und der Schützenwirtschaft (Schropp, Nr. 34)

ins Bürgerrecht von der Anschaffung von Uniform und Ausrüstung abhängig zu machen. Ausgenommen von der persönlichen Dienstverpflichtung waren in der Stadt nur die Geistlichen, die Beamten, die Ärzte, die Advokaten und die Magistratsräte.

Vorbild bei der Einrichtung der Landwehr waren die französischen Nationalgarden der Revolutionszeit gewesen. In Frankreich sollte mit der Bewaffnung der Bürger nicht nur das militärische Potential ausgeschöpft, sondern auch Staat und Gesellschaft zur Deckung gebracht werden. Dieses Prinzip hatte gerade in den süddeutschen Staaten zur Zeit der napoleonischen Herrschaft deutliche Spuren hinterlassen. So hieß diese Form der militärischen Organisation auch in Bayern Nationalgarde III. Klasse, erst seit 1814 bürgerte sich dafür der Begriff Landwehr ein. Mit einer wirklichen Volksbewaffnung hatte die Landwehr aber wenig zu tun. Schon 1814 erklärte der König, es handle sich dabei „um eine außerordentliche Bewaffnung sonst zu den Waffen nicht berufener Bürger“ und weniger um eine Form „militärischer Organisation“. ³¹³ Der militärische Einsatz gegen einen äußeren Feind wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Hauptaufgabe war die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Inneren und auch das nur innerhalb der eigenen Gemarkungsgrenzen. Diese Funktion einer besseren Polizeitruppe kam auch dadurch zum Ausdruck, dass die Landwehr sowohl dem Innenministerium als auch dem Kriegsministerium unterstellt war. Auf Kaufbeurer Ebene bedeutete dies, dass der Bataillonskom-

³¹² Ebda., S. 55.

³¹³ Zitiert nach: Brückner, G., *Der Bürger als Bürgersoldat*, Bonn 1968, S. 24.

mandant mit der zivilen Behörde, also dem Stadtkommissär, zusammenzuarbeiten hatte. Noch konkreter auf die Revolutionsmonate bezogen hatte das zur Folge, dass der Stadtkommissär die Landwehr zur Sicherung der öffentlichen Ordnung mobilisieren durfte, ohne dass die Einheiten die Notwendigkeit und das Ausmaß des Einsatzes in Frage stellen konnten.

Im Normalfall waren die Aufgaben der Landwehr eher bescheidener Natur. Die wichtigsten Bestimmungen enthielt die Wachinstruktion von 1809. Darin wurde der Landwehr die Aufgabe erteilt, den Wachdienst an den Stadttoren zu übernehmen und in den Wirtshäusern die Sperrstunde zu kontrollieren. Die Aufsicht über den öffentlichen Raum spielte überhaupt eine große Rolle: Betten, die zum Sonnen auf die Straße gestellt wurden, Wäsche und Häute, die zum Trocknen auf Brücken und Geländer gehängt wurden, sollten umgehend entfernt werden. Personen, die mit offenem Feuer auf der Straße hantierten, waren gar zu arretieren. Militärisches wurde dagegen kaum geübt. Um das Berufsleben möglichst wenig zu stören, durften nicht mehr als zehn Tage im Jahr für Übungen verwendet werden, die zudem nur Fest- und Feiertage sein durften. Und auch da stellten zwei Stunden die Obergrenze dar.³¹⁴ Wichtigste Gelegenheit, militärisches Verhalten, wie z.B. das Marschieren oder das Salutschießen zu üben, waren die Paraden, vor allem die Paraden zu kirchlichen Festen und zu den Namens- und Geburtstagen des Königspaares. Es verwundert nicht, dass die Landwehr aufgrund dieses Ausbildungsstands und dieser Aufgaben zunehmend zur Zielscheibe mitleidigen Spotts wurde. Das Klischeebild der Landwehr als unfreiwillig komischer Veranstaltung verfestigte sich immer mehr. Stellvertretend sei hier wieder Herman Hutter mit seinen Kindheitserinnerungen zitiert: *„Ich war so begeistert von dem militärischen Schauspiel, daß mir kleine Unfälle und soldatische Unstimmigkeiten den seltenen Genuß nicht beeinträchtigen konnten; z.B. daß der Major und Großhändler Schaefer auf dem holprigen Pflaster hin und her galoppierte, während der unberittene Adjutant, sein bebrillter Buchhalter Bächler, keuchend hinter ihm drein lief und stolpernd den schlecht gegürteten Säbel verlor: eine glänzendere Manifestation bürgerlicher Wehrhaftigkeit als das exercitus Kaufbeurensis konnte ich mir garnicht vorstellen.“*³¹⁵

Unausgesprochener Maßstab war dabei immer die militärische Brauchbarkeit, die Rolle der Landwehr für das gesellschaftliche Gefüge einer Kommune kam dabei gar nicht ins Blickfeld.

Das Wehrsystem, so wie es in Bayern damals existierte, entsprach in jeder Hinsicht bürgerlichen Bedürfnissen. Man machte reichlich Gebrauch von der Möglichkeit, sich vom regulären Militärdienst freizukaufen und die Landwehrordnung gewährte alle nur denkbaren Erleichterungen, um den bürgerlichen Lebensbereich vor Beeinträchtigungen zu bewahren. Die Interessen in Handel und Gewerbe wurden vom Militärdienst kaum eingeschränkt. Dazu kam, dass sich ein Element der Nationalgarden erhalten hatte, nämlich das Prinzip, dass die Mannschaften ihre Offiziere selbst wählen konnten. Damit wies die Landwehr sogar strukturelle Ähnlichkeiten mit dem bürgerlichen Vereinswesen auf, das maßgeblich zur Verbreitung und Verfestigung liberaler Überzeugungen beigetragen hatte. Ob die militärische Struktur eher konservativ monarchische

³¹⁴ Ebda., S. 75ff.

³¹⁵ Kraus, Geborgen, S. 118.

Haltungen festigte oder ganz im Gegenteil zur Stärkung und Verbreitung liberaler oder gar demokratischer Überzeugungen beitrug, hing wesentlich von der politischen Haltung der Landwehroffiziere ab. Wie auch in allen anderen Bereichen der städtischen Gesellschaft dominierten in Kaufbeuren hier die protestantischen Liberalen.³¹⁶

Gerade weil die Stellung in der Landwehr sich mit der gesellschaftlichen Position weitgehend deckte, war die Wahl zum Offizier eine Möglichkeit, sich gesellschaftliches Ansehen zu erwerben oder bestätigen zu lassen. Der Rang eines Landwehroffiziers war demnach weniger Quelle lästiger Pflichten, sondern eher Ausdruck gesellschaftlichen Aufstiegs. So versuchte der Kaufmann Ludwig Gerzabeck Anfang März 1849 die Offizierswahl, bei der er nicht zum Zuge gekommen war, in einer Zeitungsanzeige anzufechten: *„Da ich vernehmen muß, daß bei der (...) stattgehabten Wahl (...), die Stimmen, welche auf mich lauteten, mit der Bemerkung zurückgewiesen wurden, daß ich zu einer Offiziers-Stelle nicht wahlfähig sei, so erlaube ich mir hiemit meinen verehrten Mitbürgern für Ihr Vertrauen zu danken und Ihnen die Versicherung zu geben, daß ich mich bestreben werde in keiner Lage des Lebens desselben unwürdig zu sein, wie auch, daß meiner Wahl kein gesetzliches Hindernis im Wege steht. Indem ich glaube, daß ein Wahlakt, wo Irrthümer vorkommen, keine Gültigkeit habe, halte ich es für meine Pflicht, bei dem verehrlichen Commando dahin zu wirken, daß meinen Mitbürgern Ihr Recht zu einer freien Wahl werde.“*³¹⁷ In einem offenen Brief erwiderten die Wahlmänner nicht ohne Häme, dass für ihn überhaupt keine Stimmen abgegeben worden seien. Offizierswahlen konnten also durchaus ein Gradmesser für das Sozialprestige eines Bürgers sein. Nach dieser öffentlichen Auseinandersetzung konnte unser Kaufmann seine Aufstiegsträume wohl für einige Zeit vergessen. Auch die Schützenscheibe, die zwei frisch gewählte Landwehroffiziere für ein Preisschießen stifteten, macht in ihrem Bildprogramm deutlich, dass man auf die Mitgliedschaft in der Landwehr stolz war. Unter dem Motto „Sonst und jetzt“ waren Bürgermilitärgruppen aus drei Epochen der Stadtgeschichte abgebildet. Der Jetzt-Zustand hob sich dabei sehr positiv vom Einst-Zustand ab, aber die Haltung der abgebildeten Figuren (die Dreiergruppe als Zitat des Rütli-Schwurs oder revolutionärer Verbrüderungsszenen?) brachte immer Eintracht und Zusammengehörigkeit zum Ausdruck. Man empfand die Zugehörigkeit zur Landwehr keineswegs als diskriminierend, ganz im Gegenteil. Aufschluss über die Haltung der Kaufbeurer Bürger zur Landwehr könnten auch Portraits und Photographien geben. Ließ man sich als Offizier lieber in Uniform oder in Zivil dar-



Die 1849 gestiftete Schützenscheibe zweier neu gewählter Offiziere (Stadtmuseum Kaufbeuren)

³¹⁶ Vergleiche hierzu: StadtA Kf, A 93. Listen, die über die Besetzung der Offiziersstellen Auskunft geben, sind nur sehr bruchstückhaft überliefert, an der Dominanz der vermögenden Protestanten kann aber kein Zweifel bestehen.

³¹⁷ StadtA Kf, Kaufbeurer Wochenblatt, 10.3.1849, S. 44.

stellen? Leider sind mir keine derartigen Darstellungen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts bekannt. Aus den 60er Jahren gibt es eine Photographie, die Emil Schäfer – damals Kommandant der Landwehr – in Uniform zeigt. Aber gerade dieser Mann hatte seit 1848 eine besondere Affinität zu Militärischem, immerhin war er in jungen Jahren schon Kommandant des Kaufbeurer Freicorps gewesen. Wie sehr militärisches Denken auch bei einem Liberalen wie Schäfer seine Eigendynamik entwickeln konnte, macht eine Beschwerde der Gemeindebevollmächtigten vom Mai 1859 sichtbar. Schäfer ließ die gewählten Gemeindevertreter schriftlich wissen, *„daß die Stelle eines Landwehr Offiziers die eines Gemeindebevollmächtigten aufhebe und die anwesenden Offiziere und Landwehrmänner aufgefordert werden, die Sitzung zu verlassen, wenn diese bis zu der zu einem Exercitium bestimmten Zeit nicht geschlossen seyn sollte.“* Ein anderer Liberaler, Karl Haffner, musste ihn auf die Unangemessenheit seines Verhaltens hinweisen und den Vorrang parlamentarischer Verpflichtungen vor militärischen Übungen verteidigen.³¹⁸ Auch hier wird der potentielle Doppelcharakter der Landwehr nochmals deutlich. Sie konnte – auch im politischen Bereich – getreues Spiegelbild der Gesellschaft sein, sich aber auch zu einer eigenen Welt mit eigenem Korpsgeist entwickeln.

Jedenfalls brachte ein Liberaler der Landwehr weit größere Sympathie entgegen als dem regulären Militär. Galt dieses doch, da es dem alleinigen Zugriff des Monarchen unterstand, vielen als willfähiges Werkzeug des Herrschers. Deshalb versuchten die Liberalen seit den zwanziger Jahren zwei militärpolitische Ziele zu verwirklichen: Zum einen sollte das stehende Heer verkleinert werden und zum anderen wollte man dem König die exklusive Verfügungsgewalt über das Heer entziehen. Seit 1819 gehörte deshalb die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung zu den liberalen Standardforderungen. Man sah im Soldaten nicht nur eine Kampfmaschine, die ausschließlich dem Willen des Monarchen unterworfen war, sondern einen Staatsbürger, der unter dem Schutz der Verfassung stehen sollte. Wie dieses Ziel aber politisch durchgesetzt werden könnte, dafür bestand kein praktikables Konzept.



Dem Landtagsabgeordneten Schäfer (im Fenster des Erkers) wird ein abendliches Ständchen dargebracht (Schropp, Nr. 239)

Erst die Revolution brachte dann den Verfassungseid. Am 2. April waren in Kaufbeuren die Abteilungen der Landwehr auf dem Markt angetreten und wurden auf die bayerische Verfassung vereidigt. An der weiß-blauen Landwehrfahne flatterten bereits schwarz-rot-goldene Bänder. Dr. Marquard Barth verlas die Eidesformel und der Landtagsabgeordnete Ulrich Schäfer, der eigens aus München gekommen war, nahm den Eid der bürgerlichen Bataillone ab. Der Abgeordnete hielt anschließend *„eine schöne rührende Rede“*, für die ihm am Abend mit einem Fackelzug und einem Ständchen gedankt wurde.³¹⁹

War die Vereidigung des Militärs auf die Verfassung – trotz der z.T. erheblichen Politisierung der

³¹⁸ StAKf, A 111, Nr. 59.

³¹⁹ StAKf, Schropp-Chronik, S. 506.

Soldaten innerhalb und außerhalb der Kasernen – für den Monarchen noch im Rahmen des Akzeptablen, so berührte das Verhältnis zur sich bildenden Reichsregierung viel grundsätzlichere Fragen.³²⁰

Die Paulskirche musste, wenn sie sich nicht im luftleeren Raum reiner Verfassungsdebatten bewegen wollte, den neuen deutschen Staat zumindest in einem Provisorium greifbar machen. Dabei spielten Fragen der Militärhoheit eine bedeutende Rolle. Die bayerische Position war dabei die, dass man eine Beschränkung der Verfügungsgewalt über das eigene Militär unter keinen Umständen dulden werde. Als am 28.6. die provisorische Zentralgewalt unter dem Reichsverweser Erzherzog Johann eingesetzt wurde, war der Konflikt mit Frankfurt nur noch eine Frage der Zeit. Die Linke und die Linksliberalen in der Paulskirche forderten eine Vereidigung der Bundestruppen auf die Zentralgewalt. Der zuständige Reichskriegsminister beschränkte sich aber darauf, von den Einzelregierungen eine Huldigungsparade für das provisorische Staatsoberhaupt anordnen zu lassen. Preußen und Österreich kamen diesem Befehl nicht nach – die erste bittere Niederlage für die Paulskirche. Auch in Bayern zierte man sich lange. Allein schon die direkte Aufforderung an das bayerische Kriegsministerium wurde als Missachtung der Souveränität betrachtet, dazu kam die Verärgerung über einzelne Passagen der Proklamation. Deshalb entschloss man sich, die Huldigungsfeiern am 6. August in deutlich veränderter Form abzuhalten.

Den versammelten Truppen wurde zunächst ein Aufruf des bayerischen Königs verlesen, in dem die Vorreiterrolle Bayerns und damit auch traditionelle Rechtsansprüche des Einzelstaates betont wurden. Erst dann kam die Proklamation des Reichsverwesers an die Reihe. Das ursprünglich geforderte dreifache Hoch auf Erzherzog Johann wurde so umgangen, dass man zunächst König Max II. hochleben ließ, dann erst den Reichsverweser und Deutschland.³²¹

Diese protokollarischen Feinheiten wurden von der Bevölkerung sehr wohl registriert. So berichtet die Augsburger Allgemeine, dass die Hochrufe auf den Erzherzog und Deutschland den „*lautesten und begeistertsten Wiederhall*“ gefunden hätten, während das Hoch auf den König „*ungleich schwächer gehört wurde*.“³²² Obwohl die Regierung in München den Eindruck einer Huldigung unter allen Umständen vermeiden wollte, wurde zumindest in Kaufbeuren die Veranstaltung als solche aufgefasst. Christa und Schropp sprechen in ihren Aufzeichnungen ausdrücklich vom „*Huldigungsfest für den Reichsverweser*.“³²³ Die am Exerzierplatz (nördlich des heutigen Stadtsaals) angetretenen Landwehr- und Freicorpsmänner ließen sich von solchen Skrupeln anscheinend nicht beirren, sie zogen anschließend ins Tänzelhölzchen und feierten den Beginn des neuen, freien deutschen Staates.³²⁴

Diese Haltung der Kaufbeurer Wehrmänner verwundert nicht, denn gerade das Freicorps fühlte sich den revolutionären Zielen verpflichtet.

So hatten die Einwohner Kaufbeurens am 1. Juni die Übergabe einer schwarz-rot-goldenen Fahne an das Freicorps miterleben können. Eine Gruppe von Frauen hatte sie

³²⁰ Zu den Fragen des Verfassungseides siehe: Calließ, *Militär in der Krise*, S. 31-37 und 148-152.

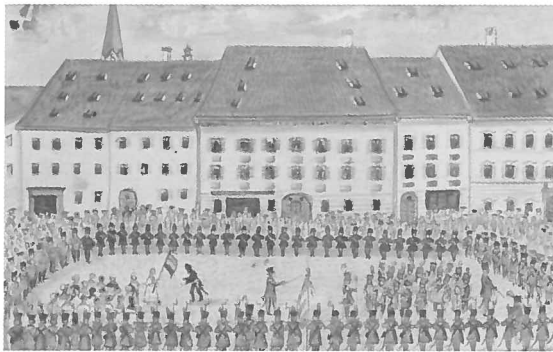
³²¹ Hierzu: Calließ, *Militär in der Krise*, S. 105-111.

³²² Ebda., S. 108, Anmerkung 156 (Augsburger Allgemeine Zeitung vom 7.8.1848).

³²³ Christa-Chronik, S. 203.

³²⁴ StAKf, Schropp-Chronik, S. 507.

angefertigt und überreichte sie in einem öffentlichen Festakt der Mannschaft. Auch dieses Ereignis wurde in der uns mittlerweile geläufigen Form bürgerlicher Selbstdarstellung inszeniert. Man wählte mit Be-



Das Freicorps bekommt von Kaufbeurer Frauen die deutsche Fahne überreicht (Schropp, Nr. 270)

dacht einen hohen kirchlichen Feiertag, Christi Himmelfahrt, um nach den Gottesdiensten „den Zulauf des größten Teils der Einwohnerschaft“ zu ermöglichen. Auch die Landwehr, die wohl zur Kirchenparade abkommandiert worden war, konnte auf diese Weise gleich in die Veranstaltung integriert werden. Freicorps und Landwehr bildeten auf dem Markt wieder ein geschlossenes Viereck, in dessen Mitte sich die Fahnenübergabe abspielen konnte. Die teilnehmenden Frauen,

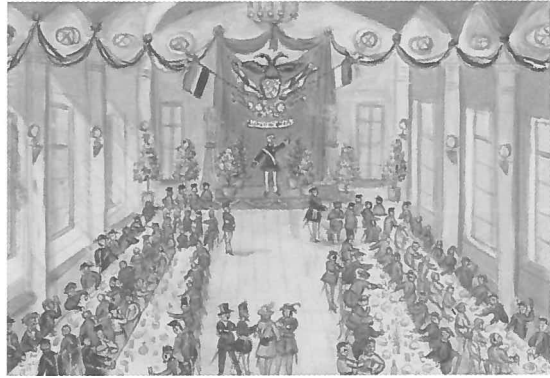
die alle mit den deutschen Farben geschmückt waren, wurden von Elise Schäfer angeführt, die nach einer Ansprache die „Fahne mit passender Stickerei und geschmackvoller Zeichnung“ dem Kommandanten, ihrem Bruder Emil, übereichte.³²⁵ Wir werden auf dieses Ereignis später noch einmal zurückkommen, da es eine der ganz wenigen Situationen war, in denen Frauen aus dem Schatten der Männer heraustraten.

Die größte Aufmerksamkeit erlangte das Freicorps allerdings durch ein spektakuläres Fest am 10. September 1848. Wahrscheinlich war die Huldigungszeremonie des 6. August mit ihrem gesamtdeutschen Charakter ein wichtiger Impuls für den Versuch, die Freicorps wenigstens regional zu vernetzen. Es gehört zu den auffälligen Widersprüchen dieser Revolutionsmonate, dass man den abstrakten Begriff „Deutschland“ ständig im Munde führte, aber in der praktischen Arbeit kaum in der Lage oder auch willens war, die lokalen Grenzen zu überspringen. Organisatorische Kontakte nach Altbayern oder gar nach Württemberg waren für Kaufbeuren seltene Ausnahmen. Um die benachbarten Freicorps miteinander in Verbindung zu bringen, sandte man Einladungen zu einem „Vereinigungsfest“ in die umliegenden Städte. Auch dort scheint Interesse an einem solchen Vorhaben vorhanden gewesen sein, denn am 10. September platzte die Stadt vor Besuchern fast aus den Nähten. Emil Schäfer, der das Treffen organisiert und sich dabei gesundheitlich fast ruiniert hatte, sprach von etwa 1 000 Gästen, die mit der Eisenbahn, zu Fuß oder mit Fuhrwerken nach Kaufbeuren gekommen waren. Man sah die Uniformen der Freicorps von Memmingen, Kempten, Oberdorf (Marktoberdorf), Obergünzburg, Immenstadt, Füssen, Landsberg, Mindelheim, Schwabmünchen und Augsburg. Sogar eine Delegation aus dem österreichischen Reutte war angereist.

Nach der Begrüßung durch den Kaufbeurer Landwehrkommandanten Baron von Freyberg, die auf dem Markt stattfand, schwärmte man zum Essen in die Wirtshäuser aus.

³²⁵ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 79; sowie: Privatbesitz Ruth Fritz (Bonn): Tagebuch Rudolf Schaefer: IV Aus dem Leben des Herrn Emil Ulrich Schaefer.

Für etwa 150 Personen war der Hirsch-Saal festlich dekoriert und vorbereitet worden. Schwarz-rot-goldene Girlanden, Fahnen, Wappen, Lanzenbündel und ein großes Spruchband mit der Aufschrift „Einheit macht stark“ stimmten auf die Reden, Trinksprüche, Lieder und Musikstücke ein. Der Rechtspraktikant Maximilian Fleißner begrüßte die Gäste im Namen des Kaufbeurer Freicorps. Sein Kollege Joseph Völk aus Landsberg bedankte sich stellvertretend für alle Geladenen in einer offenbar stürmisch gefeierten Rede. „Nachdem er zur Unterstützung der heiligen Rechte des deutschen Volks gegen die Übergriffe der fremden Mächte, zur Unterstützung der gewählten Vertreter des deutschen Volkes und zur ganzen Hingebung für Deutschlands Sache auf-



Festbankett der südschwäbischen Freicorps im Saal des „Goldenen Hirschen“ (Schropp, Nr. 267)

forderte, schloß er mit einem ‘Hoch dem deutschen Parlamente’. Nun folgte Toast auf Toast.“³²⁶ Nach dem Essen veranstalteten die Kaufbeurer, die Oberdorfer und Mindelheimer Freicorps ein Schaumanöver, bevor man sich nachmittags zum rein geselligen Teil ins Tänzelhölzchen zurückzog. Hier ging es weniger militärisch zu: Man konnte bei schönstem Wetter den Musikkapellen zuhören, Bekanntschaften knüpfen oder dem Aufstieg eines kleinen Heißluftballons zusehen.³²⁷

Nachdem die ersten Gäste am Abend den Heimweg antreten mussten, begleitete man sie mit Musik in die Stadt zurück, um sie dort zu verabschieden. Diejenigen, die die Nacht in Kaufbeuren verbrachten, saßen noch lange im Hirsch-Saal zusammen, „wo die Kaufbeurer Landwehr Musik spielte und noch manches Wort zu den Versammelten gesprochen ward. Die Worte eines Studenten, der an die Theilnahme der Universitäten und deutscher Jünglinge an den Ereignissen der vergangenen Monate erinnerte und die Nachricht mittheilte, daß die bairische Regierung sich innigst der deutschen Sache angeschlossen und gegen den Waffenstillstand mit Dänemark sich erklärt habe, wurde enthusiastisch aufgenommen und das Hoch auf König Max II., mit dem er schloß, begeistert wiederholt.“³²⁸ Je undurchdringlicher der Nebel aus Tabakqualm und Alkohol wurde, desto kriegereischer wurde die Stimmung der Männer. Bereits am Vormittag waren schon sehr martialische Töne zu hören gewesen. Die Gäste aus Reutte hatten erklärt, dass auch „Tyrol sich ganz der deutschen Sache hingeeben und daß sie so eben zurückgekehrt aus dem Kampfe zum Schutze der deutschen Grenzmarken gegen den Uebermuth der Wälschen, stets bereit seyen Gut und Blut zu opfern dem deutschen Vaterland.“ Und nach dem Mittagessen hatte man in aufgeräumtester Stimmung, sich den Bierschaum aus den Bärten wischend, die Verse des Kaufbeurer Theologiestudenten Georg Michael Zech gesungen:

³²⁶ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 98.

³²⁷ StAKf, Schropp-Chronik, S. 509.

³²⁸ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 100.

*„Laßet klingen die Gläser
 Der Freiheit bringt ein Hoch
 Sie leuchtet durch Nächte
 Nur desto schöner noch!
 Wir sahen schon
 Ihr feurig Morgenroth
 Wir wollen auch die Sonne
 Und sey's durch Tod.*

*Das letzte Hoch erklinge
 Dem großen Bruderbund
 Dem Bunde deutscher Söhne!
 Und allen sey er kund,
 Dem Feigen Fluch
 Und Fluch der fremden Knecht
 Wir sterben alle freudig
 Für Pflicht und Recht.“*³²⁹

Dieses verbale Säbelrasseln, so hohl und phrasenhaft es auch immer klingen mag, richtet den Blick darauf, dass die Revolution von 1848/49 nicht nur eine innenpolitische, sondern ebenso eine außenpolitische Seite besaß. Es ging nicht nur um mehr Freiheit, was durchzusetzen schon schwierig genug war, sondern auch um Einheit. Das aber ging nicht nur die Deutschen (wer sich damals auch immer als Deutscher fühlen mochte) etwas an, sondern auch die Nachbarn. Ganz abgesehen davon mischten sich in allen nördlichen, östlichen und südlichen Grenzregionen des Deutschen Bundes Einwohner deutscher Nationalität mit Dänen, Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen, Kroaten, Italienern und Niederländern.³³⁰ Die parlamentarische Behandlung dieser im Detail sehr schwierigen Probleme zeigte deutlich die Inkonsistenz der libelal-konservativen Paulskirchenmehrheit in der Frage des Nationalitätenprinzips. Man pochte zwar auf das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, verweigerte es aber gleichzeitig den nichtdeutschen Minderheiten. Das Beispiel Südtirol mag das illustrieren. Ganz Südtirol bis hinunter zum Gardasee gehörte damals offiziell zum Deutschen Bund. Als auch in Italien die Revolution begann, stellten die Abgeordneten der mehrheitlich italienisch bewohnten Bezirke „Welsch-Tirols“ in der Paulskirche den Antrag auf Austritt aus dem Deutschen Bund. Die Mehrheit lehnte das ab. Ein österreichischer Abgeordneter begründete diese Haltung mit dem Argument: *„Ich sage nur: beati possidentes; wir besitzen Südtirol und somit behalten wir es; das ist mein Völkerrecht.“*³³¹

Es ging beileibe nicht nur darum, einen deutschen Nationalstaat zu schaffen, wie ihn die meisten europäischen Staaten schon lange besaßen, Sendungsbewusstsein und Hegemoniestreben waren von Anfang an unüberhörbar. Die Bildung eines Nationalstaats war vielen zu wenig, in den Köpfen spukte die Wiedererstehung des „Reiches“ mit all sei-

³²⁹ Ebda., S. 98f.

³³⁰ Vergleiche hierzu: Siemann, Revolution, S. 146–57.

³³¹ Zitat: Ebda., S. 151.

nen schillernden Assoziationen.³³² Die meisten Regierungen Europas erkannten die provisorische Regierung in Frankfurt nicht an. Die Auseinandersetzung mit Dänemark um Schleswig-Holstein brachte die Staaten dann fast an den Rand eines größeren europäischen Krieges.

Ausgangspunkt dieses Konfliktes war die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig. Seit langem lebten hier Deutsche und Dänen unter der Regierung des dänischen Königs, der in Personalunion auch Herzog von Schleswig, Holstein und Lauenburg war, problemlos zusammen. Erst im 19. Jahrhundert entfesselte die Frage der Thronfolge bislang unbekannte nationale Emotionen. Die Dänen wollten Schleswig von Holstein trennen und unter dänische Herrschaft bringen, den Deutschen schwebte das genaue Gegenteil vor, nämlich Schleswig einem deutschen Nationalstaat einzuverleiben. Am 21. März 1848 marschierten dänische Truppen in Schleswig ein, um das Herzogtum für Dänemark zu annektieren. Drei Tage später bildete sich in Kiel eine revolutionäre deutsche Landesregierung, die den Widerstand organisierte und die von den deutschen Regierungen als legitim anerkannt wurde. Damit hatte der Krieg mit Dänemark begonnen. Unter preußischer Führung besetzten deutsche Bundestruppen und Freiwilligenverbände nicht nur Schleswig, sondern drangen bis Ende April auch bis nach Jütland vor. Waren die deutschen Truppen auf dem Land erfolgreich, so blockierte die überlegene dänische Flotte die deutschen Küstenstädte. Die ohnehin spürbare Wirtschaftskrise verschärfte sich dadurch drastisch. In Deutschland fand nun der Ruf nach einer Flotte ein lebhaftes Echo. Es waren aber nicht die wirtschaftlichen Folgen des Seekrieges, die Preußen zum Einlenken bewegten, sondern die Kriegsdrohungen Englands und Rußlands, die eine Intensivierung des deutschen Einflusses im Nord- und Ostseeraum als nicht akzeptabel ansahen. Gegen den Willen der deutschen Öffentlichkeit, der Paulskirche und der provisorischen Reichsregierung signalisierte Preußen Verhandlungsbereitschaft und schloss am 26. August 1848 auf eigene Faust in Malmö einen Waffenstillstand mit Dänemark. Grundsätzlich war das ein vernünftiger Schritt. Er bedeutete aber gleichzeitig die weitgehende Entmachtung der schleswig-holsteinischen Landesregierung, vor allem aber eine politische Demütigung der Nationalversammlung in Frankfurt. Wiederum war klar geworden, dass sich die alten Mächte nicht freiwillig der neuen gemeinsamen Regierung unterordnen würden, wenn ihre eigenen Interessen auf dem Spiel standen.

Überall in Deutschland, wie wir gesehen haben auch in Kaufbeuren, wurde das Für und Wider des Waffenstillstands leidenschaftlich diskutiert. Es ging nicht nur um die Frage, ob man bereit war, einen großen europäischen Krieg zu riskieren, sondern auch um die Zukunft der Revolution. Auf der Rechten sah man im Waffenstillstand einen nationalen Verrat, auf der Linken hoffte man, durch einen Krieg die Revolution wieder in Schwung bringen zu können. Insofern ist auch die Ausführlichkeit, mit der sich der Kaufbeurer Chronist Emanuel Christa der Schleswig-Holstein-Frage und dem Freicorpstreffen vom 10. September widmet, nicht Ausdruck besonders militaristischer Gesinnung, sondern spiegelt exakt den Stellenwert, den diese Vorgänge für die Öffentlichkeit hatten. Die Mannschaften der Landwehr und des Freicorps bestanden allesamt aus Einheimi-

³³² Vgl.: Winkler, H.A., *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1, München 2000, S. 86ff.; Botzenhart, 1848/49: *Europa im Umbruch*, Paderborn 1998.

schen: Väter, Söhne, Brüder der Kaufbeurer Einwohner. Deshalb waren das Verhalten und die Ansichten dieser Truppenteile immer Spiegelbild der städtischen Gesamtgesellschaft.

Etwas grundsätzlich anderes war es, wenn Kaufbeurer mit regulären Truppen der bayrischen Armee in Kontakt kamen. Hier konnten durchaus sehr unterschiedliche Welten aufeinander stoßen. Was hielten sie von der Revolution? Fühlten sie sich eher als verlässliche Stütze der Regierung oder verstanden sie sich als Staatsbürger mit eigener Meinung?

Gelegenheiten, sich über politische Angelegenheiten auszutauschen, gab es mehr als genug. Der Konditor Andreas Schropp z.B. musste in den Jahren 1848/49 neunmal Soldaten in seiner Wohnung einquartieren.³³³

1848		1849	
21. Oktober	1 Unteroffizier und 1 Gemeiner	20. Mai	1 Offizier
1. Dezember	1 Unteroffizier und 2 Bedienstete	22. Juni	1 Offizier
15. Dezember	2 Gemeine	11. Juli	2 Schreiber
		1. August	1 Offizier und 1 Bediensteter
		24. September	1 Offizier und 1 Bediensteter
		15. Oktober	1 Offizier

Aber nicht nur Schropp war davon betroffen. Bei jedem dieser Termine waren es mehrere Hundert Mann, die bei Kaufbeurer Bürgern unterzubringen waren.³³⁴ Den Soldaten musste nicht nur ein Dach über dem Kopf geboten werden, sondern sie waren darüber hinaus nach einer exakten täglichen Norm zu verpflegen.³³⁵ Für einen einfachen Soldaten wurde dabei ein Verpflegungswert von 20 Kreuzern angesetzt.

Dienstgrad	Frühstück	Mittagessen	Abendessen
Gemeine/ Unteroffizier	Brot, Suppe oder ein Gläschen Branntwein	Suppe, 1/2 Pfund Fleisch, Gemüse	Suppe oder Gemüse, 1 Maß Bier
Leutnant	Verpflegung im Wert von 1 Gulden		
Major	Verpflegung im Wert von 1 Gulden 40 Kreuzer		
Oberst	Verpflegung im Wert von 2 Gulden 20 Kreuzer		

Zwar bekam man in normalen Zeiten die Verpflegungskosten pauschal ersetzt, trotzdem bedeutete eine Einquartierung immer eine Störung und Beeinträchtigung des Alltags-

³³³ StAKf, Schropp-Chronik, S. 520.

³³⁴ Ebda., S. 510, 515, 517.

³³⁵ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 3.6.1848, S. 101.

lebens. Bezogen die Truppen aber nicht ein normales Standquartier, wurden sie zum Zweck der militärischen Besetzung einquartiert, dann wurden die Kosten selbstverständlich den Betroffenen aufgebürdet. Die Androhung der Einquartierung gehörte deshalb zum wirkungsvollen Standardrepertoire politischer Einschüchterung. Packte man die Bevölkerung am Geldbeutel, konnte die politische Stimmung einer Region durchaus wieder auf Regierungskurs gebracht werden, wandte sich der Unmut doch rasch gegen die vermeintlichen Verursacher einer solchen Belastung, gegen Liberale und Anhänger der Republik.

Kaufbeuren wurde im Gegensatz zu anderen Städten des Allgäus nie militärisch besetzt, aber die häufige Anwesenheit von in Marsch gesetzten Truppen dürfte ihre demoralisierende Wirkung trotzdem nicht verfehlt haben und auch ihren Teil zur vorsichtigen, gemäßigten Haltung der Stadt beigetragen haben.

Grundsätzlich ist aber der umgekehrte Fall ebenso denkbar. Auch an den Soldaten gingen die sozialen Proteste der Frühjahrsmonate 1848 nicht spurlos vorüber, auch sie hatten mit der Verschlechterung ihrer Lage zu kämpfen. Wurden die Rekruten früher, begleitet von angesehenen Gemeindevertretern, in die Garnisonsstädte gebracht und mit einem kleinen finanziellen Zuschuss (10-12 fl) unterstützt, so sahen sich viele Gemeinden im Jahr 1848 dazu nicht mehr in der Lage. Dementsprechend sank auch die Motivation der jungen Männer, ihren Militärdienst abzuleisten. So wäre es Ende April 1848 auf dem Kaufbeurer Bahnhof fast zu Krawallen gekommen, da sich die Bahnbeamten weigerten, den Rekruten die Fahrtkosten zu erlassen oder auch nur zu ermäßigen. *„Wir haben unsere ärmeren Kameraden, die in Kaufbeuren Scandal anfangen wollten, darauf vertröstet, sie sollten ruhig seyn, wir wollten´s in Augsburg schon durchfechten.“* Besonnenen Kameraden war es gelungen, sie davon abzuhalten. Der Zwischenfall wurde aber von den Betroffenen doch als so ärgerlich eingestuft, dass man ihn über die Presse in die Öffentlichkeit trug.³³⁶

Als sich ein gutes Jahr später die Auseinandersetzung um die Reichsverfassung zuspitzte, solidarisierten sich ganze Einheiten mit der revolutionären Bewegung. So sprachen sich Anfang Mai 1849 die Soldaten des 11. Infanterieregiments in Kempten eindeutig für die Verfassung aus und erklärten, sie würden es *„vorkommenden Falls mit dem Volke halten und sich nicht gegen dasselbe gebrauchen lassen“*. Ein daraufhin wegen aufrührerischer Reden verhafteter Korporal wurde von seinen Kameraden in einer Gewaltaktion wieder befreit. Da auch die in Lindau stationierten Truppen eine ähnliche Haltung zu erkennen gaben, verfügte die militärische Führung, diese in ihren Augen unzuverlässigen Truppen entweder nach Altbayern zu verlegen oder im Lager Donauwörth von der Bevölkerung zu isolieren. Auf dem Weg dorthin machten sie auch in Kaufbeuren Quartier. Von ihnen ging wohl eher eine Ermutigung für die politisch radikaleren Kaufbeurer aus. Im Donauwörther Lager setzten sich die Unruhen dann fort. Es kam zu politischen Demonstrationen, Hoch-Rufen auf Friedrich Hecker und die Republik, Handgreiflichkeiten gegen hohe Offiziere, sogar zu offenen Gefechten mit regierungstreuen Truppenabteilungen.³³⁷

Wenn die Wirkung der Einquartierungen auf die Kaufbeurer Bürger analysiert werden soll, dann müsste also sehr genau zwischen einzelnen Truppenteilen, ihrer militärischen

³³⁶ StAA, Augsburger Tagblatt, 27.4.1848, S. 521, 28.4., S. 527.

³³⁷ Calließ, Militär in der Krise, S. 169 und 173ff.

Bestimmung und ihrer politischen Haltung unterschieden werden. Leider lässt die Quellenlage eine solch differenzierte Untersuchung nur selten zu.

Dass Linientruppen und Zivilbevölkerung aber tatsächlich intensive Kontakte miteinander hatten, zeigt die wohl launig gemeinte Bemerkung des Korrespondenten des „Augsburger Anzeigblattes“: *„Die März-Errungenschaften traten und treten wohl nirgends auffallender und fruchtbarer hervor, als beim schönen Geschlecht in jenen Orten, wo bairisches Militair Stand-Quartier hatte, und man könnte desfalls mit dem Dichter ausrufen: An den vielen dickleibigen Schwäbinnen erkenne ich, daß der Feind im Lande ist!“*³³⁸

Kommunalwahlen: Das Machtgefüge der Stadt

Am 6. bzw. 11. September fanden in Bayern Kommunalwahlen statt, die ersten nach der Revolution. Eigentlich ein wichtiger Test dafür, inwieweit sich die Reformkräfte durchsetzen oder zumindest halten konnten. Das Ausmaß der Veränderung sollte sich, so möchte man meinen, auch an personellen Verschiebungen ablesen lassen. Wurden die lokalen politischen Eliten ausgewechselt oder blieb alles beim Alten?

Leider eignen sich die Kommunalwahlen nur sehr bedingt als Gradmesser politischer Veränderung. Die Gemeindeordnung sah nämlich nicht die komplette Neuwahl der Gemeindekollegien vor, sondern nur Ergänzungswahlen. Alle drei Jahre schieden die Hälfte der Magistratsräte und ein Drittel der Gemeindebevollmächtigten aus und wurden wieder gewählt oder durch neue Leute ersetzt. Darüber hinaus standen die Ämter eines rechtskundigen Bürgermeisters und des Rechtsrats in der Regel ebenfalls nicht zur Disposition, da beide Amtsinhaber nach ihrer ersten Wiederwahl nicht mehr abwählbar waren. Selbst tiefgreifende Veränderungen, wie die Märzrevolution konnten die Zusammensetzung der Gemeindekollegien nur zum Teil beeinflussen. Radikale Brüche waren in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen. Auch die Vorschriften bezüglich der Wählbarkeit strukturierten das Ergebnis schon vor und schlossen Überraschungen weitgehend aus. So konnte in Kaufbeuren nur derjenige Magistratsrat oder Gemeindebevollmächtigter werden, der zur Hälfte der Höchstbesteuerten gehörte. Diese Vorauswahl wurde durch die Kriterien Bildung und Abkömmlichkeit noch weiter sozial eingengt. Wer konnte es sich beruflich leisten und wer fühlte sich ausreichend sachkundig, um an den doch recht häufigen Magistratssitzungen teilzunehmen? In der Praxis führte das dazu, dass der Magistrat weitgehend die Domäne der Großhändler und Kaufleute war, während die Handwerksmeister das Gros der Gemeindebevollmächtigten stellten.

Trotz dieser Einschränkungen bildete die Wahl - zumindest für Kaufbeuren - den Abschluss der städtischen Reformphase. Zum einen gab der schon fast siebzigjährige Bürgermeister Walch sein Amt auf (vielleicht wurde er auch dazu gedrängt), zum anderen war eine der Hauptforderungen der Bürgerversammlungen vom März/April die angemessene Berücksichtigung der Katholiken in den beiden Gremien gewesen. Es stand in Kaufbeuren also doch eine Richtungsentscheidung und ein Glaubwürdigkeitstest an. Die neue Zusammensetzung des Gesamtmagistrats zeigt eindeutig, dass die Ergänzungswahlen von den Bürgern ernst genommen wurden und wesentlich von den Revo-

³³⁸ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 128.

lutionsereignissen beeinflusst waren. Kombiniert man die Namensliste mit so einfachen Informationen wie Konfession, Alter und Beruf, so zeigen sich bereits signifikante Veränderungen. Die Wahlunterlagen zur Landtagswahl vom Juli 1849 erlauben darüber hinaus auch eine politische Bewertung der Kommunalwahl.³³⁹ Da in unserem Zusammenhang vor allem die neu gewählten Ratsmitglieder interessieren, werden sie in der folgenden Übersicht hervorgehoben.

Magistrat

Heinzelmann, Carl Eduard (Bürgermeister)	Großhändler	ev.	38 J. liberal
Bertele, Michael (Rechtsrat)	Jurist	kath.	56 J. liberal
Albrecht, Christoph	Glaser	ev.	49 J. liberal
Böck, Johann	Kupferschmied	kath.	60 J. konservativ
Mayer, Johann Martin	Buchbinder	kath.	55 J. nicht festgelegt
Meggendorfer, Heinrich	Kaufmann	kath.	38 J. liberal
Osterried, Anton	Färber	kath.	48 J. liberal
Rehle, Martin	Seifensieder	ev.	43 J. liberal
Uhl, Johann Sigmund	Kaufmann	ev.	46 J. liberal
Wiedemann, Jakob	Kaufmann	ev.	56 J. liberal

Das wichtigste Ergebnis: Neuer Bürgermeister wurde der Großhändler Carl Eduard Heinzelmann, ein populärer Mann, der schon dem Bürgerausschuss vom März/April angehörte und als „*entschieden freisinnig*“ charakterisiert wurde.³⁴⁰ Von ihm erwartete man wohl frischen Wind im Rathaus, zumindest aber eine energischere Umsetzung der Bürgerforderungen vom März. Inwieweit sein Vorgänger Christoph Daniel Walch seinen Stuhl freiwillig räumte, bzw. wie sehr er dazu gedrängt werden musste, lässt sich nur vermuten. Zumindest kurzierte im April 1849 eine anonyme Schrift „*Beleuchtung der Wirksamkeit des ehemaligen Bürgermeisters und Finanz-Ausschuß-Mitglieds der Kammer der Abgeordneten, Herrn Chr. D. Walch*“, die von der Redaktion des



Der alte und der neue Bürgermeister - Schwiegervater und -sohn:
Christoph Daniel Walch und Carl Eduard Heinzelmann

³³⁹ StAKf, A 57. Die Wahlunterlagen dokumentieren das Stimmverhalten eines jeden Wählers bei der Urwahl zur Landtagswahl 1849. Da in Kaufbeuren zu diesem Zeitpunkt zum ersten Mal nach Parteilisten gewählt werden konnte, lässt sich das Abstimmungsverhalten leicht interpretieren. Die Mehrzahl orientierte sich an der Liste der Liberalen (Volksverein) und der Liste einer konservativen Gruppierung. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, dass sich in der Zeit zwischen der Kommunalwahl (September 1848) und der Landtagswahl (Juli 1849) die politische Haltung einzelner Wähler veränderte. Dieser Unsicherheitsfaktor dürfte aber das Ergebnis nicht wesentlich verändern.

³⁴⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 12.4.1849, S. 415.

„Augsburger Anzeigblattes“ wegen der von „*gemeiner Schmähsucht diktierten Ausfälle*“ zwar nicht gedruckt, deren sachliche Überprüfung aber immerhin angekündigt wurde.³⁴¹ Was auch immer Walch in dieser Schrift vorgeworfen wurde, offenbar gab es Gründe, den Mann an der Spitze der Stadt gegen einen deutlich jüngeren auszuwechseln. Dass der Wechsel insgesamt aber nicht zu radikal ausfiel, dafür sorgte allein schon die Tatsache, dass der neue Bürgermeister der Schwiegersohn des alten war. Von einem Austausch der Eliten kann demnach keine Rede sein. Tatsächlich handelte es sich um einen Generationswechsel. Immerhin sank das Durchschnittsalter der Magistratsräte von 56 auf 49 Jahre, da sich neben Walch noch drei weitere Männer aus der Generation der über Sechzigjährigen aus der aktiven Politik verabschiedeten.

Mit der Parität wurde tatsächlich ernst gemacht. Obwohl die Regierung eine offen paritätische Besetzung der Gemeindekollegien abgelehnt hatte, ergaben die Nachwahlen exakt diesen Zustand. Das wiederum kann nur bedeuten, dass bei der Wahl nicht freie Willensbildung den Ausschlag gab, sondern genaue Absprachen unter den 48 Wahlmännern.

Da bei einer paritätischen Zusammensetzung des Magistrats die Protestanten freiwillig auf Sitze verzichteten, die sie im Normalfall mit ihren Vertretern besetzt hätten, ist es nicht uninteressant zu überprüfen, wer nicht mehr in den Magistrat kam. Nicht wieder gewählt wurden der evangelische Großhändler Heinrich Kaupert (67 Jahre), der wohl zu alt und als umstrittener Inhaber des Pfandleihhauses untragbar geworden war, der katholische Kaufmann Joseph Probst (60 Jahre) und der evangelische Großhändler Gustav Schäfer (44 Jahre). Mit Probst schied wahrscheinlich der härteste konservative Vertreter aus. Vermutlich war er es, der am 19. März der Bürgerversammlung jegliche Berechtigung bestritten hatte. Die neu gewählten Katholiken Mayer und Meggendorfer hatten im Gegensatz zu Probst immerhin die Kaufbeurer Dankadresse an die Münchener Bürgerschaft unterzeichnet. Insofern konnte, wenn man die Spannweite des Liberalismus nur weit genug ansetzt, der komplette Magistrat jetzt als liberal angesehen werden. Gustav Schäfer, einer der engagiertesten Liberalen, fiel dem Streben nach Parität zum Opfer. Durch sein Ausscheiden konnte aber das Übergewicht der Großhändler zugunsten der Handwerksmeister korrigiert werden. Auch von dieser Veränderung erhoffte man sich eine deutliche Signalwirkung.

Ein identisches Bild ergibt die Übersicht über die Nachwahl zu den Gemeindebevollmächtigten:

Gemeindebevollmächtigte

Bachschmid, Jakob	Ökonom	ev.	45 J.	?
Dorn, Joseph Bernhard	Buchdrucker	kath.	56 J.	konservativ
Fritz, Sebastian	Schuster	kath.	44 J.	liberal
Gerhauser, Joseph	Eisenhändler	kath.	26 J.	liberal
Gleich, Ulrich	Wirt	kath.	59 J.	liberal
Guggemoos, Balthasar	Bäcker	kath.	42 J.	konservativ
Günther, David	Färber	ev.	49 J.	liberal
Koch, Anton	Rotgerber	kath.	32 J.	konservativ

³⁴¹ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 116., 28.4.1849.

Kohler, Martin	Metzger	ev.	55 J. liberal
Kutter, Paul	Uhrmacher	ev.	43 J. nicht festgelegt
Ledermann, Lorenz	Schuster	kath.	41 J. liberal
Männer, Matthäus	Maler	kath.	44 J. liberal
Martin, Joseph	Wirt	kath.	44 J. nicht festgelegt
Merkle, Joseph	Schlosser	kath.	37 J. liberal
Pracht, Joseph	Uhrmacher	kath.	46 J. liberal
Remler, Tobias	Tuchscherer	ev.	49 J. liberal
Roth, Friedrich	Kaufmann	ev.	47 J. liberal
Schmid, Daniel	Weber	ev.	54 J. liberal
Schmid, Johann	Drechsler	ev.	48 J. liberal
Schmid, Peter	Wirt	kath.	42 J. ?
Walch, Gustav	Wirt	ev.	37 J. liberal
Welty, Christian	Färber	ev.	72 J. liberal
Wiedemann, Gottfried	Tuchmacher	ev.	46 J. liberal
Zech, Johann	Kürschner	ev.	41 J. liberal

Auch hier wählten die sicher mehrheitlich protestantischen Wahlmänner nur Katholiken als Neuzugänge. Nur so konnte die politisch gewünschte Parität erreicht werden, ohne die liberale Mehrheit zu gefährden. Das Durchschnittsalter verjüngte sich ebenfalls, allerdings nur um drei Jahre. Der Generationswechsel war hier auch nicht so notwendig wie bei den Magistratsräten. Aber auch bei den Gemeindebevollmächtigten musste ein populärer evangelischer Liberaler seinen Stuhl räumen: der Seidenweber Philipp Jakob Bachschmid. Immerhin war dieser in der Zwischenzeit Vorsitzender des Gewerbevereins geworden, eine Funktion, der weit mehr politische Bedeutung zukam als dem Amt eines Gemeindebevollmächtigten, trug doch der Gewerbeverein durchaus Züge einer politischen Partei.

Die Bedeutung, die der Parität offenbar beigemessen wurde, legt es nahe, den Schlüssel für das Verständnis der politischen Vorgänge in Kaufbeuren im Verhältnis der beiden Konfessionsparteien zueinander zu sehen. Wenn das so ist, dann dürfen nicht nur die gewählten Gemeindevertreter ins Blickfeld geraten, sondern dann müssen auch die Geistlichen beider Konfessionen in die Untersuchung des kommunalen Spannungsfeldes mit einbezogen werden. Wenn es richtig ist, dass in Städten wie Kaufbeuren die Frontlinien immer noch entlang der konfessionellen Grenze verliefen, dann kam den Geistlichen eine wesentliche Rolle bei der weltanschaulichen Prägung und politischen Mobilisierung der jeweiligen Konfessionsgruppen zu.

Grundsätzlich ist natürlich zu erwarten, dass die Geistlichkeit in den Revolutionsmonaten keine Kraft darstellte, die den Veränderungsprozess vorantrieb. Beide Kirchen verstanden sich zu sehr als Pfeiler der monarchischen Ordnung, um jetzt etwas anderes als das Bemühen um Ruhe und Ordnung zu unterstützen. Für die katholische Kirche war das in Bayern überhaupt keine Frage, aber auch die protestantische Kirche musste gerade als Konfession der Minderheit - trotz aller Distanz - im Monarchen den wirksamsten Garanten ihrer Rechte sehen. Zudem waren die Kirchen fest in das staatliche System eingebunden, oblag ihnen doch die Schulaufsicht, die Mitarbeit in den Armenpflugschaftsräten und die Führung der Personenstandsregister. Ein Pfarrer war also

nicht nur Geistlicher, sondern auch eine Art Beamter. Deshalb verwundert es überhaupt nicht, dass es vielerorts Geistliche waren, die versuchten, die Revolution abzubremsen. Diejenigen, die Sympathien für die Revolution entwickelten, befanden sich in der Rolle von absoluten Außenseitern.

So setzte sich der Augsburger Bischof Peter von Richarz schon am 25. Februar 1848 in einem Hirtenwort zur Fastenzeit grundsätzlich mit der Vokabel „Freiheit“, dem Zentralbegriff der Liberalen, auseinander: *„Aber kein Wort ist vielleicht jemals mehr mißverstanden, mit keinem ist, wie manches blutige Blatt alter, neuer und neuester Geschichte beweist, jemals ein solcher Mißbrauch zur Verwirrung reizbarer Köpfe und zur Befriedigung selbstsüchtiger Begierden getrieben worden, wie mit dem Worte Freiheit. (...) Die Geschichte weist nach, daß bei dem Bestehen gleich guter Gesetze und bei gleicher Heiligachtung derselben die Unterthanen eines Königs gerade so frei seien, wie die Bürger einer Republik, nur mit dem Unterschiede, daß diese viele und öfter wechselnde Herren haben, jene aber nur einen, der bleibt, bis es dem Herrn aller Herren, dem König der Könige gefällt, ihn abzurufen. Daraus folgt, (...) daß die Freiheit eines Volkes weit weniger auf dessen Verfassung und Gesetzen beruht, als auf dessen Sitten und auf der Achtung vor dem Gesetze (...) Hüten wir uns insbesondere vor dem (...) in vielen Ländern umgehenden und durch blutdürstige Rufe und Handlungen sich kennzeichnenden Wahne, daß die wahre Freiheit auf dem Wege der Gewaltthat und der Auflehnung gegen die gesetzliche Obrigkeit zu gewinnen sey.“*³⁴²

Die Predigt wurde von allen Kanzeln verlesen, sicher auch in Kaufbeuren. Auch danach war der Bischof unermüdlich bestrebt, sein Verständnis von rechtmäßiger Ordnung zu verbreiten. 1849 nutzte er auf seinen Visitationsreisen jede Gelegenheit, *„nicht nur den Klerus, sondern auch die mich begrüßenden Beamten und Gemeindeverwaltungen in ungesuchter Weise aufmerksam zu machen auf den Terrorismus, der sich hinter der Freiheit, auf die Tyrannei, die sich hinter der Gleichheit, und auf die großartige Dieberei, die sich hinter der Brüderlichkeit in Baden und der Pfalz geltend macht.“*³⁴³

Wie sehr sich die einzelnen Pfarrer den Eifer ihres Bischofs für die monarchische Sache zu eigen machten, hing natürlich von vielen Faktoren ab, z.B. von ihrer Bereitschaft und ihren Fähigkeiten, sich in öffentlichen Dingen zu engagieren. Genau das aber war eine Schwachstelle von Andreas Albert Fuchs, der von 1835-1850 Kaufbeurer Stadtpfarrer in St. Martin war. In der Dienstbeurteilung des Pfarrers aus den Jahren 1847/49 heißt es: *„Vortrag. Schwache und leise Stimme. Soll nicht recht verstanden werden. Besondere Bemerkungen: Hält sich an alle kirchlichen Verordnungen. Erscheint in keiner Gesellschaft. Wird oft durch Podagra (Fußgicht) an Amtsgeschäften verhindert.“*³⁴⁴

Seine Zurückgezogenheit, seine mangelnde Ausstrahlung und seine offenbar ungenießbare Haushälterin führten zur Entfremdung von seiner Gemeinde, zu Zerwürfnissen mit den Kaplänen bis hin zu Beschwerden über ihn in Augsburg. *„Es sei erwiesen, daß Pfarrer Fuchs das Vertrauen und die Achtung fast seiner ganzen Gemeinde verloren habe und selbes nicht leicht wieder gewinnen könne.“*³⁴⁵

³⁴² ABA, Generalia des Bischofs Richarz.

³⁴³ Zitiert nach: Miedaner, St., Der Augsburger Bistumsklerus und die Revolution von 1848, in: Kultur-Geschichten. Festschrift für Walter Pötzl zum 60. Geburtstag, herausgegeben von Alexandra Kohlberger im Auftrag des Heimatvereins für den Landkreis Augsburg e.V., Bd. 2, Augsburg 1999, S. 902.

³⁴⁴ Ebda., S. 913. Hier der Verweis auf: ABA, Dekanatsarchiv Kaufbeuren, D 112.

³⁴⁵ Ebda., S. 913. Hierzu Hinweis auf: ABA, Generalvikariatsprotokoll 122, Sitzung vom 13.5.1848.

Pfarrer Fuchs war jedenfalls kaum der Mann, der in der Lage gewesen wäre, den Kaufbeurer Liberalen ernsthaft Widerstand entgegenzusetzen. Er konnte kein Kristallisationskern für eine konservativ-monarchische Gegenbewegung werden, denn dazu fehlte ihm jede Autorität im katholischen Lager. Auch sein Kaplan Joseph Marchinger war nicht der Typ des kämpferischen Konservativen. Herman Hutter charakterisierte ihn in seiner Autobiographie als „verkanntes Genie“. *„Dieser Marchinger, den ich oft vom Fenster aus gesehen, wie er, vom „Zipperlein“ geplagt, gestützt auf seinen Rohrstock, langsamen Schrittes zum Schellhorn (...) wallte (...) um seinen Dämmerstübchen zu trinken, (...) habe eine tolle Jugend erlebt, (...) sei Tagschreiber, Hofmeister, Schauspieler gewesen, bevor es ihm gelungen, sich aus dem Schiffbruch des Lebens in die stille Behaglichkeit des gartenumfriedeten ehemaligen Jesuiten-Collegs zu retten.“*³⁴⁶ Die zeitgenössischen Beobachtungen lassen unwillkürlich die Vorstellung von älteren geistlichen Herren entstehen, die ihren verdienten Ruhestand genießen – nur, Fuchs war fünfundvierzig und Marchinger gerade dreiunddreißig Jahre alt. Nicht einmal die Marianische Bürgerkongregation, die stand unter Marchingers Leitung, erwies sich als konservativ katholisches Bollwerk. Eine Reihe seiner Vorstandsmitglieder sympathisierte mit den Liberalen.³⁴⁷

Da die Geistlichkeit den katholischen Teil der Einwohnerschaft mehr oder weniger sich selbst überließ, ist es durchaus vorstellbar, dass sich in Kaufbeuren auch eine kleine Gruppe von so genannten Deutschkatholiken herausbildete. Diese Bewegung, geführt von dem schlesischen Priester Johannes Ronge, verwirklichte 1845 das, wovon viele Reformkatholiken träumten: Messe in der Muttersprache, Abendmahl in beiderlei Gestalt, Aufgabe von Reliquienkult und Heiligenverehrung, Ende des Pflichtzölibats. Der Bruch mit Rom, der sofort auch die Unterdrückung durch den Staat nach sich zog, führte dann fast zwangsläufig dazu, dass viele prominente Deutschkatholiken (z.B. Robert Blum) sich im Revolutionsjahr im Lager der Linken sammelten. Auch Ronge war ins Vorparlament und in die Paulskirche gewählt worden. Das brachte den Deutschkatholiken sofort den Ruf ein, keine religiöse Gemeinschaft, sondern eine radikale politische Organisation zu sein. Die Existenz dieser Bewegung in Kaufbeuren ist direkt nirgends belegt, ein Artikel im „Augsburger Anzeigblatt“ macht sie aber durchaus wahrscheinlich. *„Nach zuverlässigen Nachrichten gedenkt Johannes Ronge im Laufe des Monats April seine Freunde in Kaufbeuren, Füssen, Kempten, Memmingen, Lindau, Grönenbach ec. ec. zu besuchen, um sie in seiner Lehre mündlich zu unterrichten und ausdauernd zu bestärken.“*³⁴⁸ Zu diesem Besuch ist es nie gekommen. Wer seine Anhänger in Kaufbeuren gewesen sein könnten, lässt sich vermutlich nie klären, da die meisten Deutschkatholiken nach dem Scheitern der Revolution zur katholischen Kirche zurückkehrten oder zurückkehren mussten, wollten sie ihre bürgerlichen Rechte nicht verlieren. Aber dass es diese Anhänger gegeben hat, ist in dem führungslosen und unstrukturierten katholischen Milieu Kaufbeurens zumindest denkbar.

Ganz anders bei den Protestanten. Führt der katholische Stadtpfarrer Fuchs ein sehr weltabgewandtes Leben, so ging sein evangelischer Kollege Johann Friedrich Königs-

³⁴⁶ Kraus, Geborgen ruht die Stadt, S. 44f.

³⁴⁷ Pfarrarchiv St. Martin Kaufbeuren, K 601. Etwa ein Drittel der dort für die Jahre 1848/49 genannten Mitglieder des Marianischen Rates wählte im Juli 1849 liberal.

³⁴⁸ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 46, 15.2.1849.

heim keinem Konflikt aus dem Weg. Beide bekleideten ihre Ämter etwa gleich lang, waren aber aus sehr unterschiedlichem Holz geschnitzt.



Der evangelische Stadtpfarrer
Johann Friedrich Königsheim

Königsheim, der 1825 nach Kaufbeuren gekommen war, unterhielt beste Kontakte zur städtischen Führungsschicht, insbesondere zur Familie Heinzelmann. Er war es gewesen, der den Landtagsabgeordneten Christoph Friedrich Heinzelmann ein Stück weit auf seiner „Flucht“ ins Ausland begleitete. Ende der dreißiger Jahre heiratete er eine Tochter des Großhändlers Karl Haffner und war somit auch familiär in das Geflecht der liberalen protestantischen Großkaufleute eingebunden. Dass er 1845 mit seinem Eintreten für die Gewerbeschule eine heftige öffentliche Debatte über den richtigen Weg ins Industriezeitalter lostrat, passt dabei gut ins Bild. Wie wenig ihn staatliche Autorität schreckte, hatte er schon 1838 bewiesen, als er dem Veteranenverein, angeführt vom Stadtkommissär, die Benutzung der Dreifaltigkeitskirche für ihren Jahrtagsgottesdienst verweigerte.³⁴⁹ Sturheit scheint sich aber durchaus mit einer friedensstiftenden

Gesinnung verbunden zu haben. So wählte er bei der Urwahl zur Landtagswahl 1849 zwei Liberale und zwei Konservative zu Wahlmännern, darunter auch katholische Bürger. Die Wahlunterlagen weisen auch seinen evangelischen Kollegen Dr. Schönwetter als Parteigänger der Liberalen aus. Beide evangelische Pfarrer signalisierten damit weitgehende Übereinstimmung mit der mehrheitlichen politischen Haltung der Kaufbeurer Protestanten. Konservativeren Protestanten ging das schon zu weit. In einem Leserbrief erklärten mehrere Bürger, dass sie „in Zukunft von der Kanzel herunter das Wort Gottes und nicht Politik und Diplomatie zu verlangen sich berechtigt fühlen“.³⁵⁰

Um die Durchsetzungschancen reformorientierter Politik auf lokaler Ebene abschätzen zu können, reicht es aber nicht aus, nur die kommunalen und kirchlichen Funktionsträger zu berücksichtigen. Das Koordinatensystem der Macht muss noch um die Vertreter des Staates erweitert werden. Der höchste Beamte in der Stadt war der Stadtkommissär, der gleichzeitig auch Landrichter des Landgerichts Kaufbeuren war. Ansatzweise kann diese Position mit dem heutigen Amt des Landrats verglichen werden, nur dass die Landrichter damals nicht gewählt, sondern von der Regierung ernannt wurden. Dementsprechend begriffen sie sich auch als Verkörperung der Obrigkeit. Die Funktion als Richter auf unterster Ebene (Verwaltung und Justiz waren noch nicht getrennt) und der Zugriff auf die Landwehr verstärkten dieses Selbstverständnis nicht unerheblich. Bei offiziellen Anlässen kam dem Stadtkommissär deshalb protokollarisch der erste Rang zu, noch vor Bürgermeister und Gemeindegliedern.

Von 1835 - 1851 bekleidete dieses Amt Heinrich von Sichlern.³⁵¹ Der gebürtige Dillinger war Polizeikommissar in der Polizei-Direktion München gewesen, bevor er nach

³⁴⁹ Christa-Chronik, S. 158.

³⁵⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 2.6.1849, S. 96.

³⁵¹ HStA, M Inn 36454. Die meisten Angaben zu v. Sichlern wurden seinem Personalakt entnommen.

Kaufbeuren versetzt wurde. Eine Reihe von Versetzungsanträgen lässt darauf schließen, dass die neue Aufgabe in der Kleinstadt nicht unbedingt als traumhafter Karrieresprung empfunden wurde. Man sah in ihm aber offensichtlich den richtigen Mann für die - aus Regierungssicht - nicht ganz unproblematische Aufgabe. Aufgrund der Vorgänge um den Landtagsabgeordneten Heinzelmann stand Kaufbeuren unter dem Generalverdacht politischer Unzuverlässigkeit. *„Das Stadtkommissariat in der gewerbsamen Stadt Kaufbeuren, wo in frühern Jahren auch die politische Aufregung einiger jüngerer Bewohner esceillirt (?) und auf kluge Weise die öffentliche Ruhe gehandhabt werden mußte, und überhaupt die erforderliche heiklere und humane Behandlung der dortigen gebildeteren und wohlhabenden Bewohner erheischt einen ruhigen, durch Enthaltung von jeder Aufwallung und von jedem Ausbruche des Zorns fortan auf die Erhaltung der Amts-Ehre bedachten, und mit Umsicht das Stadt-Kommissariat verwaltenden Beamten.“*³⁵² Kurz darauf erschienen der Regierung die guten Kontakte von Sichlerns zur liberalen Kaufbeurer Oberschicht aber schon in bedenklichem Licht. Das Innenministerium fragte bei der Augsburger Regierung nach, *„wodurch der Landrichter von Sichlern sich die Benennung eines Liberalen-Beamten gewonnen oder zugezogen habe.“*³⁵³ Die Augsburger Behörde antwortete zwar, dass es bisher keine Hinweise gebe, *„welche Zweifel über dessen politische Gesinnung wecken könnten“*, aber der Keim des Misstrauens war gesät.³⁵⁴ Zehn Jahre später stand der Stadtkommissär auf der Abschlusssliste des Ministeriums.

Auslöser war ein Schreiben des Krumbacher Landgerichts, das sich darüber beklagte, dass die harte Linie der mittelschwäbischen Landrichter gegenüber den jüdischen Händlern aus Hürben von Kaufbeuren systematisch unterlaufen würde: *„(In) Kaufbeuren aber haben insbesondere mit Hilfe des dortigen Gerichts und der dortigen Anwälte mehrere Juden einen bedeutenden Wirkungskreis für Geldmäklereien gewonnen.“*³⁵⁵ Man unterstellte ihm parteiische Prozessführung bei gerichtlichen Auseinandersetzungen, Begünstigung der jüdischen Geschäfte durch Preisgabe von Informationen und indirekt wohl auch Beteiligung am Gewinn und das alles nur, weil er offenbar nicht bereit war, reflexartig antisemitische Vorurteile zu übernehmen, die damals in weiten Kreisen Allgemeingut waren. Es war sicher auch die Erfahrung dieser Kampagne, die Marquard Barth in der Paulskirche dazu brachte, sich in einer Rede für die Gleichbehandlung der jüdischen Bürger einzusetzen. Nicht nur der Stadtkommissär, sondern wohl auch die Anwaltskanzlei des Abgeordneten war damals ins antisemitische Schussfeld geraten. *„Wir haben unseren israelitischen Mitbürgern die volle Gleichberechtigung, namentlich in privatrechtlicher Beziehung, schon so lange und auf eine so harte Weise entzogen, daß wir schuldig sind, dafür zu sorgen, daß sie sie nun gleich und ganz erhalten.“*³⁵⁶

Die Behörden in Augsburg überprüften von Sichlerns Prozessführung, es fand sich aber kein Grund zur Beanstandung.³⁵⁷ Trotzdem hörten die Beschuldigungen nicht auf. Ein Wirt aus Thalhofen beschwerte sich über ihn beim Landtag. Der Landrichter deckte ei-

³⁵² Ebda., Gutachten der Regierung vom 6.4.1836.

³⁵³ HStA, M Inn 43677, Anfrage vom 28.5.1836.

³⁵⁴ Ebda.

³⁵⁵ StAA, Regierung, Nr. 6451, Bericht vom 20.2.1845.

³⁵⁶ Wigard, F. (Hg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung, Frankfurt 1848-1850, S. 1753.

³⁵⁷ HStA, M Inn 36454, Bericht vom 29.8.1845.

nen Juden, gegen den der Wirt einen Prozess führte. Die Petition wurde als unbegründet zurückgewiesen. Nach dem Ende der Revolution waren es wiederum Vorwürfe dieser Art, die sich zur Denunziation trefflich eigneten.

Seit 1845 überlegte man in München, wohin man von Sichlern versetzen könnte. In seinem neuen Wirkungskreis sollten keine Juden wohnen, ein größeres Landgericht sollte es aber auch nicht sein, denn das sähe wieder nach Beförderung aus. Da sich aber anscheinend kein passender Ersatz fand, beließ man ihn in Kaufbeuren.

Für die Kaufbeurer war das ein Glück. Sie hatten während der Revolutionsmonate einen liberal denkenden Stadtkommissär, der den Veränderungen weitgehend wohlwollend gegenüberstand. Gerade das Verhalten der Landrichter entschied oft darüber, in welche Richtung sich die Stimmung der Bevölkerung entwickelte. Besonders forsches obrigkeitliches Gehabe führte nicht selten zu Konflikten, an denen sich die Revolution radikalisierte. Heinrich von Sichlern vermied jede provokante Auseinandersetzung und half dadurch mit, die Revolution in friedliche Bahnen zu lenken. Selbst wenn er es nicht aus Überzeugung getan hätte, seine berufliche Stellung war so prekär, dass er sich Schwierigkeiten unter gar keinen Umständen leisten konnte. Jede Meldung über Unruhen oder chaotische Zustände in seinem Bezirk hätte seine Situation verschlechtert. Deshalb unterließ er alles, was zu einer Zuspitzung der Lage beitragen konnte.

Die Revolution kam für die meisten Kaufbeurer sicher überraschend. Aber als sie kam, traf sie nicht auf politisches Niemandsland. Kaufbeuren war schon seit Jahrzehnten eine Hochburg des Liberalismus gewesen. Die protestantischen Großhändler, die die Spitze dieser Bewegung bildeten, hatten dafür gesorgt, dass die Gemeindekollegien schon vor 1848 weitgehend mit Liberalen besetzt waren. Die Kanäle, über die sich die liberalen Überzeugungen ungehindert in weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens verbreitet hatten, liefen über Organisationen wie Landwehr, Feuerwehr-Turner und über das Vereinswesen. Die Revolution fegte dann nur noch die letzten obrigkeitlichen Behinderungen beiseite, so dass im Frühjahr und Sommer 1848 sofort eine Welle von Vereinsgründungen einsetzte, die dazu beitrug, die Interessenvertretung des Bürgertums effektiver zu gestalten. Die drängendsten städtischen Probleme konnten angegangen werden, die politische Willensbildung fand ihren Ausdruck in der Wahl zur Paulskirche und in den Kommunalwahlen, die unterschiedlichen Wirtschaftsinteressen organisierten sich. Eine neue Generation von politisch engagierten Bürgern bildete den Motor des Veränderungswillens. Ausdruck des neuen bürgerlichen Selbstbewusstseins war nicht zuletzt das Freicorps, in dem sich der Wunsch nach einem gemeinsamen deutschen Staat manifestierte. In Windeseile hatte sich eine bereits weitgehend pluralistische Gesellschaft ihre Ausdrucksformen geschaffen. Nicht nur auf lokaler Ebene, sondern auch in der Paulskirche kam man mit den Spielregeln der neuen Zeit, die von unterschiedlichsten Interessen geprägt war, erstaunlich gut zurecht.³⁵⁸ Die Bürger hatten allen Grund, ihr Selbstbewusstsein und ihren Stolz auch auf der Straße zu inszenieren. Man fühlte sich als Subjekt, nicht mehr länger nur als Objekt und das sollte auch jeder sehen können. Wenn dieses Kapitel mit der vielleicht allzu pathetisch wirkenden Formulierung „Der Sommer der Freiheit“ überschrieben wurde, dann wurde lediglich ein

³⁵⁸ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 128.

Grundgefühl zitiert, das besonders schön in den Aufzeichnungen des Berliner Diplomaten Karl August Varnhagen von Ense vom Juli 1849 zum Ausdruck kommt. Berlin und Kaufbeuren trennten natürlich Welten, aber die Grundbefindlichkeit war wohl dieselbe. *„Ich habe doch einmal in vollen Zügen Freiheitsluft geathmet, ihre ganze Kräftigung empfunden, das war vorigen Sommer; jeden Morgen erwacht ich mit diesem Gefühl der Freiheit; keine Behörde, keine Polizei, keine elenden Scheerereien, der Mensch galt als solcher, jeder sagte und that, wie er es meinte, und wie ordentlich, wie sittlich, wie zutraulich und freudig war alles! Ich hab' es genossen und danke Gott noch jeden Tag dafür!“*³⁵⁹

Dass das alles ohne dramatische Konflikte ablief, war alles andere als selbstverständlich und hing mit den günstigen Bedingungen in Kaufbeuren zusammen. Bürgerliche, kirchliche und staatliche Autoritäten versuchten zwar, die Entwicklung in gemäßigte Bahnen zu lenken, sie machten aber keine Anstalten, die Revolution grundsätzlich in Frage zu stellen. Der gemäßigte Liberalismus Heinzelmanscher Prägung setzte sich in allen städtischen Bereichen durch. Weder von konservativer noch von radikaldemokratischer Seite erwuchs ihm ein ernsthafter Gegenspieler. Anfang September 1848 standen die Kaufbeurer Liberalen auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Mehr konnte lokal unter den gegebenen Bedingungen kaum erreicht werden. Insofern kam die Revolutionsbewegung in der Stadt im September 1848 zu ihrem Abschluss. Alles Weitere hing von der politischen Großwetterlage ab. Was sich in den folgenden Monaten in der Stadt ereignete, war deshalb in der Regel nur das Echo auf Entscheidungen, die anderswo fielen.

Wendezeit (Herbst/Winter 1848)

Die Gegenrevolution formiert sich

Die Revolution im Frühjahr war ein gesamteuropäisches Ereignis gewesen. Lokale und regionale Unruhen hatten sich wie in einer Kettenreaktion fortgepflanzt. Jetzt drehte sich der Wind und der umgekehrte Vorgang setzte ein. Gelang es den alten Mächten irgendwo, wieder die Oberhand zu bekommen, so ermutigte das andere Monarchen, es ihnen gleichzutun. Mit größter Aufmerksamkeit registrierte man in den europäischen Residenzen Ereignisse, die Auskunft über die Chancen einer Gegenrevolution gaben.³⁶⁰

Bereits im April scheiterte ein Aufstand in Krakau, im Mai der polnische Aufstand in Posen, in Prag siegte Mitte Juni zum ersten Mal das Militär in einer Hauptstadt, Ende Juli machte Radetzky der Unabhängigkeitsbewegung in Oberitalien ein Ende. Waren es in all den genannten Fällen reguläre Truppen der alten Mächte, vor allem österreichisches und preußisches Militär, die die Revolution mit Waffengewalt unterdrückten, so gewannen die Vorgänge Ende Juni in Paris eine ganz neue Qualität. Die zum ersten Mal an einer republikanischen Regierung beteiligten Frühsozialisten hatten zur Minderung des allgemeinen Elends staatliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Form von so ge-

³⁵⁹ Varnhagen von Ense, K.A., *Journal einer Revolution*. Tagesblätter 1848/49, Nördlingen 1986, S. 278. Dass Berlin und Kaufbeuren doch nicht so weit voneinander entfernt waren, zeigt der Umstand, dass Varnhagens Bücher in der Bibliothek des Großhändlers Gustav Schäfer standen und von ihm auch weiterverliehen wurden. Am 30.6.1849 bat er in einem Zeitungsinserat jedenfalls um die Rückgabe seiner Bücher.

³⁶⁰ Vergleiche dazu: Siemann, *Revolution*, S. 157-175.

nannten Nationalwerkstätten durchgesetzt. Die Wirtschaftskrise machte allerdings der Gemeinsamkeit zwischen Armen und Wohlhabenden rasch ein Ende. Nach gerade vier Monaten beschloss man, diese immens teuren Maßnahmen wieder abzuschaffen. Unverheiratete junge Arbeiter sollten entlassen oder der Armee eingegliedert werden. Das löste einen Arbeiteraufstand aus, der am 26. Juni von Bürgerwehren und regulärer Armee in einem Blutbad erstickt wurde. Tausende fielen den erbitterten Barrikadenkämpfen und den nachfolgenden Strafkaktionen zum Opfer. In Paris war die Einheit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, die die Revolution getragen hatten, zerbrochen. Zwischen den Besitzbürgern und den ärmeren Schichten gab es keine Gemeinsamkeit mehr. Das Erwachen aus dem Traum, dass es so etwas wie einen gesellschaftlichen Ausgleich, eine soziale Republik geben könnte, war schrecklich.

Auch in den deutschen Ländern waren die sozialen Spannungen bei weitem noch nicht gelöst. Enttäuschung über das mangelnde Interesse der Abgeordneten an sozialen Problemen, die Furcht vor der Gegenrevolution, nationale Begeisterung und maßlose Enttäuschung über die Vorgänge um Schleswig-Holstein verschmolzen zu einer zweiten großen Revolutionswelle, der so genannten Septemberbewegung.

Am 26. August hatte Preußen in Malmö einen Waffenstillstand mit Dänemark abgeschlossen, der von der deutschen Öffentlichkeit und vom Frankfurter Parlament erbittert bekämpft wurde. Zur großen Zufriedenheit der national aufgeputschten Bevölkerung lehnte die Paulskirche am 5. September den Waffenstillstand ab. Elf Tage später musste das Parlament, um einen Bruch mit Preußen zu vermeiden, seinen Beschluss revidieren. Mit knapper Mehrheit stimmte man jetzt dem Waffenstillstand zu. In vielen Orten gab es einen Aufschrei der Empörung, das Parlament geriet in eine seiner schwersten Legitimationsskrisen. Ratlosigkeit und Enttäuschung machten sich breit. Wozu würde man die Abgeordneten noch zwingen können, was würden sie noch alles akzeptieren?

Der Kaufbeurer Theologiestudent Zech, der Autor des Festliedes für das Freicorpsstreffen, versank in trübsinnige Schwermut:³⁶¹

*„Was klagt der Jüngling? Ueber euch, ihr Männer,
Die ihr des Geistes Schwert in Händen habt, (...)
Es kommt ein Tag, da man auch euch wird richten
Und Volkes Freund vom Volksverderber schichten.*

*Was weint der Jüngling? Ueber euch, ihr Männer,
Euch denen's graut, ob unsrer wachen Zeit,
Die ihr zurück euch seht zum langen Winterschlaf
Die ihr euch nicht des schönen Frühlings freut,
Der kommen muß, ob Jahre noch vergehen:
Nur aus des Alten Grab mag Neues uns erstehen!*

*Was hofft der Jüngling? Du der Völker größtes,
Du Deiner Abnen, deiner Kämpfe werth,
Du wirst den Feind mit deutscher Kraft zerschmettern*

³⁶¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 23.9.1848, S. 171.

*Der Dir am eignen Herzblut frevelnd zehrt.
Noch grünt die Eiche! hüte Dich bei Zeiten,
Daß nicht die eignen Stürme sie des Schmucks entkleiden.“*

Bemerkenswert erscheint hier nicht nur die Wut auf die Abgeordneten, die er sich ins Grab wünschte (Marquard Barth war in diesen frommen Wunsch nicht eingeschlossen: Er stimmte zweimal gegen den Waffenstillstand)³⁶², nicht nur die enttäuschte Gegenüberstellung von Völkerfrühling und unwirtlicher Gegenwart, sondern auch die Bereitschaft, sich leichthin in Gewaltphantasien zu ergehen. Dabei bleibt durchaus unklar, was das erstrebte „Neue“ denn sein sollte: die deutsche Hegemonie (wobei es dem „größten Volk“ erlaubt sein sollte, andere Völker, z.B. Dänemark zu „zerschmettern“) oder der endgültige Sieg über die Reaktion?

Anderswo folgten der Erbitterung Taten. In Frankfurt beschloss eine riesige, von radikal-demokratischen Vereinen organisierte Volksversammlung, diejenigen Abgeordneten, die für den Waffenstillstand gestimmt hatten, als Verräter zu brandmarken. Man erwog sogar die Einrichtung eines Gegenparlaments. Die provisorische Regierung hatte als Vorsichtsmaßnahme Militär nach Frankfurt verlegen lassen, was die explosive Stimmung noch mehr steigerte. Als der Platz vor der Paulskirche von Soldaten gewaltsam geräumt wurde, brach der Aufstand los. Barrikaden wurden errichtet, hinter denen sich vor allem Arbeiter, Gesellen und kleine Handwerker verschanzten. Wie in Frankreich wurde auf einmal der tiefe soziale Riss erkennbar, der die Revolutionäre in zwei sich feindlich gegenüberstehende Lager trennte. Durch die Frankfurter Barrikadenkämpfe ermutigt, begann in Baden der zweite Versuch, die Republik gewaltsam durchzusetzen. In Lörrach proklamierte Gustav von Struve die deutsche Republik. Schon im Sommer hatte er im Schweizer Exil einen „Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands“ ausgearbeitet, der unter dem Motto „Wohlstand, Bildung und Freiheit für Alle!“ die Einführung einer „sozialen Republik“ vorsah. Deshalb wehten in Lörrach jetzt auch mehr rote denn schwarz-rot-goldene Fahnen. Auch in Württemberg und im Rheinland sammelten sich Freiwillige zur Unterstützung des Aufstandes. Doch bereits nach wenigen Tagen war die Septemberbewegung am Ende. Die Überlegenheit der Regierungstruppen und die mangelnde Unterstützung durch die Bevölkerung machten auch den zweiten Anlauf zu einem hoffnungslosen Unterfangen.

Der leichtfertige Alleingang Struves, der dem Unternehmen eher den Charakter eines Putsches verlieh und die Ermordung zweier konservativer Paulskirchenabgeordneter während der Frankfurter Kämpfe führten letztlich zu einem nicht beabsichtigten, aber vorhersehbaren Resultat. Die Gegner der Revolution, vor allem die Regierungen in Wien und Berlin, hatten jetzt wirksame propagandistische Gründe, um die Revolution insgesamt in Frage zu stellen und zum Generalangriff überzugehen. Selbst die Provisorische Zentralregierung ergriff Maßnahmen, die nur zur Schwächung der Revolution führen konnten. So regte man z.B. die systematische Überwachung und Bespitzelung der politischen Vereine an.³⁶³ Wenn die Regierungen der Einzelstaaten sonst nur we-

³⁶² Wigard, F. (Hg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung, Frankfurt 1848-50, S. 1912 und 2145.

³⁶³ Vergleiche hierzu: Siemann, Revolution, S. 163.

nig Bereitschaft zeigten, den Anweisungen aus Frankfurt Folge zu leisten, so musste man sie in diesem Fall nicht lange bitten. Im Königreich Bayern wurden die Landrichter und Stadtkommissäre im November 1848 angewiesen, gestützt auf einen Fragenkatalog, regelmäßige Stimmungsberichte aus ihren Bezirken vorzulegen. Als Historiker möchte man diese Berichte natürlich nicht missen, aber in der aktuellen zeitgenössischen Situation waren sie vor allem Ausdruck für das abgrundtiefe Misstrauen, das die politische Elite ihrer eigenen Basis entgegenbrachte.

Für die Kaufbeurer hatte die politische Überwachung kaum Folgen. Aber das lag vor allem an der Person des Stadtkommissärs von Sichlern, der dieser Aufforderung zur Denunziation offensichtlich nur widerwillig nachkam.³⁶⁴ Seine Berichte waren knapp und unaufgeregt, nie wurden Namen genannt, alles wurde vermieden, was jemanden in persönlichen Schwierigkeiten bringen konnte. Da von Sichlern politische Sympathien für die gemäßigten Liberalen hegte und da es für ihn aus persönlichen Gründen nur vorteilhaft war, die Situation als problemlos darzustellen, stellt sich die Frage nach der Aussagekraft dieser Stimmungsberichte. Seine Einschätzungen der politischen Situation in Kaufbeuren zeugen meines Erachtens von einem ausgeprägten Realitätssinn. Vieles, was andere Berichterstatter in aufgeregtem Ton gemeldet hätten, verschweigt der Stadtkommissär. Insofern erscheint es realistisch, sich die politische Atmosphäre in Kaufbeuren doch etwas lebhafter vorzustellen, als es die Stimmungsberichte nahe legen. Man kommt der Wahrheit wohl näher, wenn man bei diesen Berichten die Möglichkeit der Untertreibung für wahrscheinlicher hält als die Gefahr der Dramatisierung. Wenn es z.B. im Bericht vom 27.11.1848 heißt, es sei „unter der Bürgerschaft nicht die mindeste bedenkliche Stimmung bemerkbar, da die extremen Ansichten einiger Weniger zu dem Schlusse einer vorwiegenden Mehrheit nicht berechtigen“³⁶⁵, dann sollte man daraus vor allem entnehmen, dass es in Kaufbeuren nicht nur gemäßigte Liberale, sondern durchaus auch Anhänger republikanisch-demokratischer Ideen gegeben hat.

Der Fall Wiens – Die Revolution bekommt ihren Märtyrer

In keiner Hauptstadt des Deutschen Bundes war die Revolution so fest verankert wie in Wien.³⁶⁶ Trotz einer hochkomplizierten Gemengelage von rivalisierenden Machtzentren verstärkte sich seit Mai 1848 zunehmend der Einfluss der revolutionären Demokraten. Aber auch hier zerbrach die Einheit der Revolution an den unterschiedlichen Interessen der krisengeschüttelten Unterschichten und des Bürgertums. Ähnlich wie in Paris schoss auch in Wien die bürgerliche Nationalgarde auf Arbeiter, die am 23. August gegen Lohnsenkungen protestierten. Als sich die Wiener Einheiten des österreichischen Militärs am 6. Oktober weigerten, gegen die ungarischen Revolutionäre ins Feld zu ziehen, kam es in Wien erneut zur Revolution. Gegen die von Prag anrückenden Truppen unter Fürst Windischgrätz bildete sich in Wien eine Schutztruppe, der zehntausende bewaffnete Menschen, vor allem Arbeiter und Studenten angehörten. Nirgendwo sonst konnten sich die Revolutionäre auf eine ähnlich breite Machtbasis

³⁶⁴ STAA, Regierung, Nr. 9687a (Landgericht Kaufbeuren) und 9703 (Stadt Kaufbeuren).

³⁶⁵ STAA, Regierung, Nr. 9703, 27.11.1848.

³⁶⁶ Vergleiche hierzu: Siemann, *Revolution*, S. 165-170.

stützen. Das Schicksal Wiens bekam aus diesem Grund Signalcharakter, keinen deutschen Demokraten konnte die kommende Entwicklung gleichgültig lassen.

Robert Blum, der populäre Führer der parlamentarischen Linken in der Paulskirche, und drei weitere Abgeordnete eilten genau aus diesem Grund in die österreichische Hauptstadt. Sie hatten zwar kein offizielles Mandat der Frankfurter Nationalversammlung, hofften aber durch ihre Anwesenheit die Legitimität der revolutionären Institutionen zu festigen. Kurz nach seiner Ankunft am 17. Oktober schrieb Blum an seine Frau: „*In Wien entscheidet sich das Schicksal Deutschlands, vielleicht Europas. Siegt die Revolution hier, dann beginnt sie von neuem ihren Kreislauf; erliegt sie, dann ist wenigstens eine Zeitlang Kirchhofsrube in Deutschland.*“³⁶⁷ Diese Einschätzung sollte sich nur zu bald als zutreffend erweisen. Obwohl der Wiener Gemeinderat alles unternahm, um doch noch zu einer Lösung ohne Blutvergießen zu kommen, begann am 28. Oktober der Angriff der Regierungstruppen auf Wien. Bei den eingesetzten tschechischen und kroatischen Truppen bestand keine Gefahr, dass sie sich mit den Wienern verbünden könnten. Das Auspielen der verschiedenen Nationalitäten erwies sich in Österreich als bewährtes gegenrevolutionäres Rezept. Für die eingeschlossenen Revolutionäre erwies sich die Lage schnell als aussichtslos, eine Stadt dieser Größenordnung hätte einer Belagerung nicht allzu lange standhalten können. Von Moritz Hartmann, einem der drei Begleiter Blums, ist die Schilderung einer bewegenden Szene überliefert: Als sich kurz vor der Eroberung durch Windischgrätz die Menschen in die Keller geflüchtet hatten, zog ein alter Arbeiter, die Trommel schlagend, über den menschenleeren Hohenmarkt, vor ihm her ein Junge mit einer schwarz-rot-goldenen Fahne. Hartmann sprach ihn an: „Lieber Freund! Lassen Sie das, es ist alles aus.“ Der Alte schüttelte den Kopf: „Es darf nicht aus sein, sie müssen noch einmal heraus.“ Trommelnd zog er dem Jungen nach, aber die beiden blieben allein.³⁶⁸

Am 30. Oktober war die Kapitulation unvermeidlich geworden. Das Herannahen ungarischer Truppen ließ die Kämpfe aber nochmals aufflackern. Der Bruch der Kapitulation war für den Sieger Windischgrätz der willkommenen Anlass, mit Kriegsgerichten und Standrecht ein blutiges Exempel zu statuieren. Prominentestes Opfer war Robert Blum, der in seinem Hotelzimmer verhaftet wurde. Blum wurde nicht im Kampf erschossen, es handelte sich auch nicht um den Übereifer untergeordneter Stellen, sondern seine Hinrichtung war eine bewusste Provokation der Frankfurter Paulskirche. Das Recht auf Immunität, auf das sich Blum selbstbewusst berief, wurde absichtlich mit Füßen getreten, um zu demonstrieren, was man von der Nationalversammlung hielt. Als Blum am 9. November standrechtlich erschossen wurde, waren Abscheu und Entsetzen die vorherrschende Reaktion weit über das linke Lager hinaus. Nahezu einstimmig verlangte das Frankfurter Parlament die Bestrafung der Verantwortlichen. Verantwortlich waren der Oberbefehlshaber der österreichischen Truppen, Fürst Windischgrätz und sein Schwager, Fürst Schwarzenberg, der neue Ministerpräsident des Habsburgerreiches. Wieder einmal wurde die Ohnmacht der Paulskirche offenbar.

³⁶⁷ Lautemann, G., Schlenke, M. (Hg.), *Geschichte in Quellen*, Bd. 5, Das bürgerliche Zeitalter 1815-1914, München 1980, S. 199.

³⁶⁸ Huch, R., *Alte und neue Götter. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland*, Berlin-Zürich 1930, S. 365.

Dafür entwickelte sich nun ein regelrechter Robert-Blum-Kult. In vielen Orten wurden offizielle Totenfeiern zu seinen Ehren abgehalten. Spenden aus ganz Deutschland liefen ein, um seine Familie finanziell zu unterstützen. Auch in Kaufbeuren beteiligte man sich an der Sammlung. Stadtschreiber Krenkl erklärte sich bereit, Kaufbeurer Spenden an die Redaktion der „Deutschen Constitutionellen Zeitung“ weiterzuleiten, deren Unterstützungsaufruf im „Kaufbeurer Wochenblatt“ abgedruckt worden war.³⁶⁹ Bis Anfang Dezember kamen 44 Gulden und 9 Kreuzer zusammen.³⁷⁰

Auf unzähligen Lithographien wurde - in Kombination mit seinen letzten Worten - Blums Tod dargestellt. Bestimmte Bildelemente rückten diese Drucke immer deutlicher in den Bereich der christlichen Märtyrerdarstellungen. Waren zu Blums Lebzeiten seine gedrungene Gestalt und seine groben Gesichtsformen oft genug Anlass für herabsetzende Karikaturen gewesen, so idealisierten sich seine Züge jetzt zunehmend. Sein Portrait erschien auf Pfeifenköpfen und Tabaksdosen, auf Seidentüchern und Keramikfließen. Man konnte ihn als Anstecknadel am Revers tragen oder ihn als bemalte Tonfigur ins Regal stellen. Der tote Robert Blum entfaltete auch in Kaufbeuren eine Breitenwirkung, die weit in die Alltagskultur hineinreichte. War nach seiner Hinrichtung die Trauer noch allgemein, so trug langfristig der Kult um seinen Tod nicht unerheblich zur Klärung der politischen Fronten in der Stadt bei. Robert Blum wirkte - ähnlich wie Friedrich Hecker - deutlich polarisierend.

Für die Linke in Kaufbeuren wurde er zum politischen Vorbild. Ganz im Sinne seiner letzten Worte *„Aus jedem Tropfen meines vergossenen Blutes wird ein Rächer der Freiheit entstehen“* gelobte man in Gedichten, sein Vermächtnis fortzuführen. Zumindest nahm man es sich vor:

(...)
*„Fort lebt in deutschen Herzen
 Der Name Robert Blum,
 Des Herzensblut besiegelt
 Der Freiheit Heiligtum.*

(...)
*Drum haltet treu zusammen
 Wer links ist zugewandt,
 Und selbst noch sterbend ruft:
 Freiheit dem Vaterland!“*³⁷¹

Besonders in den Reihen des Freicorps herrschte Erbitterung nicht nur über die Hinrichtung Blums, sondern auch über die *„papierenen Demonstrationen“* des deutschen Parlaments. Viele von ihnen hätten *„Lust gegen Windisch-Graetz zu ziehen und dessen blutige Thaten an ihm zu rächen“*, so konnte man es zumindest in Augsburger Zeitungen lesen.³⁷²

³⁶⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 18.11.1848, S. 205.

³⁷⁰ Ebda., Kaufbeurer Wochenblatt, 2.12.1848, S. 213.

³⁷¹ StAKE, Kemptner Zeitung, beigelegtes Volksvereinsblatt, 16.5.1949.

³⁷² StAA, Augsburger Tagblatt, Nr. 325, 25.11.1848.



Kaufbeurer Erinnerungsstücke an Robert Blum: Pfeifenkopf (gefunden in einer Abfallgrube im Alleeweg) und beschlagnahmtes Portrait aus der Hammerschmiede bei Pforzen

Am 28. Januar 1849 beherrschte Robert Blum sogar die Kaufbeurer Fastnacht. Vor 500 lärmenden und pfeifenden Ballgästen wurden im Hirschaal das Portrait des Fürsten Windischgrätz und eine Ausgabe des konservativen „Volksboten“ öffentlich verbrannt. *„Dagegen prangte das bekränzte Bild des Robert Blum hoch im Festsale, und des Toten wurde durch donnernde Toaste ehrevoll gedacht.“*³⁷³ Wurden in dieser Fastnachtzeremonie die Mörder Blums von den Liberalen und De-

mokraten symbolisch bestraft, so gab es auf Seiten der Konservativen auch den umgekehrten Fall. So hielt im Frühjahr 1849 der Kaufbeurer Spengler Ruschitzka mit drei Schülern der katholischen Lateinschule in der Nähe von Irsee Schießübungen ab. Zielscheibe war ein Blatt Papier, auf dem der Name Robert Blums zu lesen war. Dieser nachgestellten Exekution schlossen sich dann drei Ehrensalven für Windischgrätz an.³⁷⁴

Dieser denkbar konträre Umgang mit der Erinnerung an den toten Robert Blum belegt eindrucksvoll den politischen Klimawechsel seit dem Sommer 1848. Herrschte damals eine fast kindliche Freude und Begeisterung über die eingeleiteten Veränderungen, so zeigten sich jetzt Resignation und tiefe Skepsis über die Zukunft der Revolution. Der Märtyrerkult um Robert Blum trug trotz aller kämpferischen Beschwörungen einen deutlich defensiven Charakter. Die Revolution stand mit dem Rücken zur Wand.

Das Desaster der Landtagswahlen

Während in Wien der Kampf um die Macht mit Waffengewalt ausgetragen wurde, erfolgte in Berlin der Sieg der Gegenrevolution unblutig. Am 10. November besetzten preußische Truppen Berlin, verhängten den Ausnahmezustand und das Kriegsrecht, das Parlament wurde nach Brandenburg verlegt, Volksbewaffnung, Pressefreiheit und Versammlungsrecht rückgängig gemacht. Höhepunkt der Reaktion war der Oktroï einer preußischen Verfassung am 5. Dezember 1848, die zwar auf den ersten Blick erstaunlich liberal ausfiel, letztlich aber dem alten vorrevolutionären System nur ein modernes Mäntelchen umhängte.

Das alles wusste man auch in einer Kleinstadt wie Kaufbeuren. So schnell wie noch nie gelangten Nachrichten aus einer Ecke Europas in die andere. Einem sorgfältigen Zeitungsleser konnte nicht entgangen sein, dass die Gegenrevolution fast überall erfolg-

³⁷³ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 56, 25.2.1849.

³⁷⁴ Ebda., Nr. 102, 14.4.1849.

reich gewesen war. Nur Venedig, Rom und Ungarn waren davon noch nicht erfasst worden.

Mit diesem Wissen um den Stand der Dinge sah man den Landtagswahlen im Dezember 1848 entgegen. Dieser Landtag würde der erste wirklich demokratisch gewählte bayerische Landtag sein. Das Wahlgesetz vom 4. Juni 1848 hatte das Versprechen der Märzproklamation für eine Reform des Wahlrechts wahr gemacht.³⁷⁵ Das indirekte Wahlverfahren über Wahlmänner blieb erhalten, aber die Bindung des Wahlrechts an Besitz war gefallen. War früher nur ein geringer Prozentsatz der männlichen Bevölkerung wahlberechtigt, geschweige denn wählbar, so genügte jetzt die Zahlung einer direkten Steuer, was den Kreis der Wahlberechtigten enorm ausweitete. Neu war auch die Einteilung des Landes in Wahlkreise: Auf 31.500 Einwohner sollte ein Abgeordneter kommen. Der Wahlkreis Kaufbeuren, der zwei Abgeordnete stellte, setzte sich folgendermaßen zusammen:

Stadt Kaufbeuren	4 234 Einw.	8 Wahlmänner
Lgr. Kaufbeuren	8 064 Einw.	16 Wahlmänner
Lgr. Oberdorf	8 925 Einw.	18 Wahlmänner
Lgr. Buchloe	10 429 Einw.	21 Wahlmänner
Lgr. Türkheim	15 121 Einw.	30 Wahlmänner
Lgr. Mindelheim	15 350 Einw.	31 Wahlmänner

Auch hier gelten dieselben Feststellungen wie bei der Wahl zur Paulskirche. Der Wahlkreis war überwiegend ländlich katholisch geprägt. Die acht Wahlmänner Kaufbeurens spielten rechnerisch eine völlig untergeordnete Rolle. Kaufbeuren war nur Wahlort, politisch konnten die Bewohner der Stadt den Wahlkreis nicht dominieren. In einer politisch offenen Situation wie im Frühjahr 1848 musste sich das nicht automatisch nachteilig auswirken, jetzt hatten sich die unterschiedlichen Lager aber formiert und alles sprach dagegen, dass sich das Wahlergebnis vom April wiederholen würde.

Während in anderen Städten, wie Kempten oder Nördlingen, der Wahlkampf bereits von politischen Vereinen getragen wurde, ging die politische Meinungsbildung in Kaufbeuren vom Gewerbeverein aus. Ein besonderer Ausschuss des Vereins hatte politische Eckpunkte erarbeitet, auf die die Wahlmänner und Abgeordneten verpflichtet werden sollten. In einer Wahlversammlung am 26. November wurde das Programm den interessierten Urwählern präsentiert und zur Abstimmung vorgelegt.³⁷⁶ Dabei kam unter dem Titel „An die Urwähler und Wahlmänner zur bevorstehenden Landtags-Wahl“ ein dezidiert linksliberales Wahlprogramm zustande, das auf Flugblättern in Umlauf gebracht wurde.³⁷⁷

Ausgangspunkt der Überlegungen war die realistische Einschätzung der revolutionären Situation. „Die Reaktion wagt überall ungesäumt das kühnste Spiel. Bayern ist nicht frei da-

³⁷⁵ Hierzu: Lenk, L., Zur Geschichte der bayerischen Volksvertretung, in: Bocklet, R. (Hg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, München 1979, S. 31-37.

³⁷⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 25.11.1848, S. 209.

³⁷⁷ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 556.

von. Darum muß der künftige Landtag durch das Gesetz einen unbesiegbaren Wall gegen jeden Angriff auf die Freiheit und die Rechte des Volkes bauen und dazu bedürfen wir aufrichtiger, charakterfester kenntnisreicher Männer des Fortschritts, muthvolle Streiter für des Volkes Wohl. Nur solche wollen wir als Wahlmänner, als Deputirte sehen.“

Wofür sollten sie sich einsetzen? Eine lange Liste stellte die „Grundsätze“ zusammen:

- vollkommene Geltung der Beschlüsse der Frankfurter Nationalversammlung
- starke deutsche Zentralgewalt
- Ausarbeitung einer neuen bayerischen Verfassung
- Beibehaltung der Monarchie, aber Bindung des Herrschers an demokratische Beschlüsse
- Auflösung der Kammer der Reichsräte
- jährliche Einberufung des Landtags, der direkt für zwei Jahre gewählt werden soll
- Kürzung der königlichen Zivilliste
- Entlassung reaktionärer Beamter
- Umsetzung der Märzforderungen
- progressives Steuersystem
- Wirtschaftsreformen im Sinne des Frankfurter Gewerbe-Kongresses
- größere kommunale Selbständigkeit
- Hebung der Volksbildung
- Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht
- politische Emanzipation der Soldaten und effektive Volksbewaffnung

Allein schon der relativ geringe Stellenwert der wirtschaftlichen Forderungen zeigt, wie sehr sich der Kaufbeurer Gewerbeverein als politischer Verein verstand. Obwohl anscheinend keine namentlichen Wahlempfehlungen abgegeben wurden, schien die Kampagne den gewünschten Effekt gehabt zu haben, denn bei der Urwahl am 30. November setzten sich überwiegend liberale Wahlmänner durch.³⁷⁸

Wahlbezirk 1 (1./2. Stadtviertel)

Roth, Friedrich	Kaufmann	ev.	liberal
Schäfer, Gustav	Großhändler	ev.	liberal
Heinzelmann, Fritz	Großhändler	ev.	liberal
Walch, Gustav	Wirt	ev.	liberal

Wahlbezirk 2 (3./4. Stadtviertel)

Wolfrum, Friedrich	Apotheker	ev.	liberal
Meggendorfer, Heinrich	Kaufmann	kath.	liberal
Bachschmid, Ph. Jakob	Seidenweber	ev.	liberal
Probst, Josef Jakob	Kaufmann	kath.	konservativ

Die Zuspitzung der politischen Situation am Ende des Jahres 1848 erzwang wohl bei jedem interessierten Zeitgenossen eine eindeutige Haltung zu den Vorgängen in Deutschland. Insofern ist das linksliberale Wahlprogramm und der Sieg der liberalen Wahl-

³⁷⁸ StAKf, A 81, S. 50ff.

männer in der Stadt als bewusstes Bekenntnis zur Revolution zu interpretieren. Lokale Erfordernisse, wie z.B. die Bereitschaft, zu einem konfessionellen Ausgleich zu kommen, gerieten aus dem Blickfeld. Die alten konfessionellen Fronten schienen sich erneut auszubilden.

Der Preis, den die Kaufbeurer Liberalen für ihren Sieg in der Stadt zu zahlen hatten, war allerdings hoch. Was an inhaltlicher Präzision gewonnen wurde, ging in der Breitenwirkung verloren. Auf dem Land hatte man ganz andere Vorstellungen davon, wie es politisch weitergehen sollte. Das Beispiel Mindelheim eignet sich besonders gut zur Illustrierung der konservativen Vorstellungswelt.³⁷⁹ Hier, in diesem sehr ländlich geprägten Landgerichtsbezirk, besaß das „Mindelheimer Wochenblatt“ eine Art Meinungsmonopol. Es erschöpfte sich in den Revolutionsmonaten keineswegs in den üblichen amtlichen Bekanntmachungen und Fundmeldungen, sondern kommentierte in eigenen oder übernommenen Beiträgen das Zeitgeschehen. Da darüber hinausgehende Informationsmöglichkeiten kaum vorhanden waren, darf man der Lokalzeitung einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf das Verhalten der Bevölkerung unterstellen. Welcher Blick auf die Revolution offenbarte sich nun? Grundlage war immer eine unerschütterliche Loyalität gegenüber dem bayerischen Herrscherhaus. Zwar begrüßte man durchaus die durch die Märzproklamation eingeleiteten Reformen, begriff sie aber immer als großmütiges Zugeständnis, nie als Rechte, die man einfordern konnte. Der Schritt vom Untertanen zum selbstbewussten Staatsbürger unterblieb.

Forderte man in Kaufbeuren: „*Der Fürst gehe als Oberhaupt des Staates nur mit dem Volk*“ und in der Konsequenz eine starke Volksvertretung, so stellte man sich die Rolle des Königs in Mindelheim ganz anders vor. „*Wir wollen auch nicht, daß ein König so ganz unbeschränkt schalten und walten kann mit dem Volk und seinen Rechten (...) Nein, aber einen Willen muß er doch haben (...) wir wollen (...) einen wirklichen König, der einen eigenen Willen und ein starkes Recht hat.*“³⁸⁰

Ein zweites emotionsgeladenes Problemfeld war das Verhältnis von Liberalismus und katholischer Kirche. Im August 1848 hatte das „Mindelheimer Wochenblatt“ seinen Lesern folgende Sicht nahe gebracht: „*Zwar vernimmt man allerwege einen sehnstichtigen Ruf nach Fortschritt, allein dieser Ruf – er dünkt uns identisch zu sein mit den Worten: ‘Nieder mit der katholischen Religion!’ (...) Ja, das ist heute das Feldgeschrei jener Liberalen, die um jeden Preis, auch wenn ihre Ehre auf dem Spiel stünde, den Ultramontanismus resp. die katholische Religion gestürzt wissen wollen.*“³⁸¹ Ruft man sich in Erinnerung, dass der Kaufbeurer Gewerbeverein die Abschaffung der kirchlichen Schulaufsicht auf seine Fahnen geschrieben hatte, dann kann man sich leicht vorstellen, mit welchen Gefühlen die ländlich katholischen Wahlmänner am 7. Dezember das protestantisch liberale Kaufbeuren betraten.

Man hatte sich im Vorfeld offenbar bereits abgesprochen, damit nicht wieder „*so planlos wie bei der Wahl der Abgeordneten nach Frankfurt*“ zu Werke gegangen werde.³⁸² Die Fronten standen fest und die Kaufbeurer Liberalen erlebten ein Desaster sonderglei-

³⁷⁹ Hierzu: Sobczyk, P., Das „Wochenblatt der königlich bayerischen Stadt Mindelheim“ in der Revolution 1848/49, in: ZHVS, Bd. 84 (1991), S. 247–265.

³⁸⁰ Ebda., S. 258 (Beilage zum Mindelheimer Wochenblatt, 21.1.1849).

³⁸¹ Ebda., S. 257 (Mindelheimer Wochenblatt, 6.8.1848).

³⁸² Ebda., S. 260, Anmerkung 56 (Beilage zum Mindelheimer Wochenblatt, 12.11.1848).

chen. Kaufbeuren wurde zum konservativsten Wahlkreis in ganz Schwaben.³⁸³ Alle Abgeordneten, sowie alle Ersatzleute gehörten den Konservativen an. Gewählt wurden der Ökonom Clemens Schmid aus Buchloe (rechtes Zentrum) und der Türkheimer Landrichter Joseph Simon Schmid (Rechte), der am selben Ort als Kandidat für die Paulskirche gescheitert war. Ersatzleute wurden der Mindelheimer Zimmermeister Böck und Pfarrer Michel aus Waal.³⁸⁴ Die Stadt Kaufbeuren war direkt durch keinen Abgeordneten mehr im Landtag vertreten. Der Liberale Johann Ulrich Schäfer verlor sein Mandat. Die Demokratisierung des Wahlrechts hatte sich gegen diejenigen gewandt, die es durchgesetzt hatten. Das war allerdings nicht überall so, in der Pfalz, in Franken und in Schwaben nicht einmal die Regel. Der Landtag vom Dezember 1848 hatte eine breite linke, bzw. linksliberale Mehrheit - zum ersten und zum letzten Mal - in der Geschichte Bayerns.

Wie aber kam dann der Ausnahmefall Kaufbeuren zustande? Die Stadt lag wie eine liberale Insel inmitten konservativer ländlicher Gebiete. Dass es den Liberalen nicht gelang, politische Ausstrahlungskraft zu entwickeln, kann eigentlich nur durch die konfessionelle Distanz zum Umland erklärt werden. Das Misstrauen zwischen den Konfessionen konnte zwar innerhalb Kaufbeurens abgebaut werden, außerhalb der Stadt waren die Vorbehalte anscheinend aber jederzeit mobilisierbar. Fanden sich dann auch Landrichter oder Geistliche, die die konservative Sache energisch organisierten, dann erwiesen sich die Spielräume der Liberalen als sehr begrenzt. Die Frage der politischen Organisationsform bekam für die Kaufbeurer Liberalen nach der Wahl jedenfalls einen ganz neuen Stellenwert.

Vergleicht man das Wahlergebnis in Kaufbeuren allerdings mit der gesamtpolitischen Situation, so spiegelt sich die Realität darin ungleich stärker wieder als in den linksliberal dominierten Wahlkreisen. In allen großen Staaten des Deutschen Bundes hatte die Gegenrevolution inzwischen die Oberhand gewonnen. Auch in Bayern war im November das gemäßigt liberale Kabinett unter dem Minister Thon-Dittmer gegen ein deutlich konservativeres ausgewechselt worden. Der Regierungsstil des Königs hatte sich vom passiven Erdulden der Revolution längst zu einer selbstbewussten Herrschaftsausübung gewandelt. Berater des Königs wie Abel oder Dönniges arbeiteten längst für eine konservative Gegenoffensive.³⁸⁵ Es war nur noch die Arbeit der Paulskirchenabgeordneten an den Grundrechten und an einer Verfassung, die nochmals Bewegung in die eigentlich hoffnungslose Lage bringen konnte. Die letzte und dramatischste Phase der Revolution von 1848/49 entzündete sich auch genau an diesen Punkten.

Der Kampf um die Reichsverfassung (Januar-Mai 1849)

Für und wider die Grundrechte

Die Septemberkrise hatte der Nationalversammlung in Frankfurt einen enormen Ansehensverlust beschert. Das Nachgeben beim Waffenstillstand von Malmö und die langwierigen Debatten führten dazu, dass sich viele Menschen enttäuscht von der Paulskirche

³⁸³ Knorr, J., Charte über die politische Färbung Bayerns zur Zeit des Landtages 1849, München 1859.

³⁸⁴ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 339, 9.12.1848.

³⁸⁵ Hierzu: Hummel, München in der Revolution, S. 233ff.

abwandten. Die Kritik an ihrer Arbeit nahm immer schärfere Töne an. Auf der Rechten hielt man die Beratungen des Parlaments grundsätzlich für eine Anmaßung, die unterschiedene Linke war über das fehlende revolutionäre Selbstverständnis verbittert.

Formulierungen wie *„Hat die in Frankfurt tagende Nationalversammlung auch vieles gethan und ebenso vieles unterlassen, was wir tief beklagen, so wollen wir doch (...)“* aus dem Kaufbeurer Wahlauf Ruf vom November zeigen, dass man bei den Wählern keineswegs mehr ein grundsätzlich positives Bild vom ersten deutschen Parlament voraussetzen konnte. Auch die Abgeordneten spürten den wachsenden Unmut beziehungsweise das zunehmende Desinteresse ihrer Wähler. So hielt es der Memminger Wahlkreisabgeordnete Thomas Mayer für nötig, seinen Wählern Anfang Dezember mitzuteilen, dass die Parlamentsarbeit durch ein Debattengesetz deutlich beschleunigt worden sei. Damit sei es *„endlich gelungen (...), die vielen überflüssigen Diskussionen oberflächlicher Phrasenmacher und gelebrter Wortglauber (...) abzuschneiden.“*³⁸⁶

Diese weitverbreitete Einstellung änderte sich schlagartig, als am 27. Dezember die Grundrechte verabschiedet wurden. Die Debatte, die sich über ein halbes Jahr hingezogen hatte, hatte sich offenbar gelohnt. Der Katalog der Grundrechte wurde vom Großteil der Bevölkerung zustimmend aufgenommen. Seine Attraktivität trug wesentlich mit dazu bei, dass auch die Reichsverfassung ein paar Monate später von den Menschen vielerorts begrüßt wurde. Obwohl die Revolution letztlich unterlag, die sorgfältige und durchdachte Erarbeitung der Grundrechte wies den Weg über die Verfassung der Weimarer Republik bis hin zum Grundgesetz der Bundesrepublik.

Der Schwerpunkt lag auf der Sicherung persönlicher und politischer Freiheitsrechte sowie des Eigentums, was kein Wunder war, lagen doch wichtige Motive für die Revolution in den Erfahrungen mit dem Polizeistaat der Vormärzzeit.³⁸⁷ Die schwierige soziale Lage vieler Menschen, deren Aufbegehren der Revolution erst die notwendige Massenbasis verschafft hatte, fand in den Grundrechten allerdings keinen Niederschlag. Hier war das Gesellschaftsbild der meisten Abgeordneten noch zu sehr von der Vorstellung geprägt, dass soziale Ungerechtigkeit und materieller Notstand individuell behebbar seien. Die industrielle Revolution hatte die Köpfe der meisten Verfassungsväter noch nicht erreicht. Vermied man einerseits Festlegungen, die sozialrevolutionären Charakter haben konnten, z.B. die entschädigungslose Aufhebung der bäuerlichen Grundlasten, so schreckte man andererseits auch vor einem rein wettbewerbsorientierten Liberalismus zurück. Bestimmungen, die den gewerblichen Mittelstand in Unruhe versetzten, wie z.B. Freizügigkeit, Gewerbefreiheit und Niederlassungsrecht, wurden so modifiziert, dass ihre konkrete Ausgestaltung der künftigen Reichsregierung bzw. den Länderregierungen überlassen bleiben sollte.

Auch in Kaufbeuren war es genau dieser § 3 der Grundrechte, der laut Bericht des Stadtkommissärs *„Besorgnisse und Aufregung“* hervorrief.³⁸⁸ Genauere Informationen konnten die Gemüter der Handwerker aber wieder beruhigen, so dass insgesamt die Aufnahme der Grundrechte geradezu *„musterhaft erfolgt“* sei. Sichlern erhoffte sich durch

³⁸⁶ Zitiert nach: Münchenbach, S., Revolution in Krumbach 1848/49, in: Krumbacher Heimatblätter 7 (1989), S. 101 (Krumbacher Wochenblatt, Nr. 50, 9.12.1848).

³⁸⁷ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 136ff.

³⁸⁸ STAA, Regierung, Nr. 9703, Bericht vom 2.3.1849.

die Grundrechte sogar eine Beruhigung der angespannten Atmosphäre. „Diese gute Meinung läßt erwarten, daß eine exaltierte Richtung der Gesinnung nicht eintreten wird.“³⁸⁹

Die gute Meinung musste man sich allerdings selbst bilden, denn die bayerische Regierung dachte überhaupt nicht an die Publizierung der Grundrechte. Die Tatsache, dass die Grundrechte zu einer beträchtlichen Vereinheitlichung der Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsverfassung führen mussten – so durften die Gesetze der Einzelstaaten nicht den Bestimmungen der Reichsverfassung widersprechen – und die Form ihrer Verkündung führten dazu, dass die großen Staaten wie Österreich, Preußen und Bayern die Anerkennung verweigerten. Nach dem souveränen Willen der Nationalversammlung sollten die Grundrechte am 18. Januar 1849 in Kraft treten. In Bayern wusste man davon bestenfalls in den Städten, auf das Land drangen nur Gerüchte. „Nach den bisherigen Erfahrungen wurden im Landgerichts-Bezirk Kaufbeuren keine Versuche zur Verbreitung der Grundrechte der deutschen Nation gemacht. Die hie und da zur Kenntniss von Landleuten gekommenen Gerüchte über unbedingtes Recht zur Ansässigmachung und von Gewerbsfreiheit hat in ersterer Beziehung besorgliche Äußerungen laut werden lassen, deren Beschwichtigung aber durch gelegentliche Belehrungen bei Anlaß solcher Äußerungen auf dem Lande oder bei Gericht herbeigeführt wurde, indem ihnen begreiflich gemacht wurde, daß der betreffende Paragraph keineswegs dieses Recht zur Ansässigmachung unbedingt ausspreche“, berichtete Landrichter von Sichlern an seine vorgesetzte Behörde.³⁹⁰ Nicht nur in der Stadt, auch auf den Dörfern hatte sich der Landrichter auf korrekte Art bemüht, Missverständnisse auszuräumen. Genau das war es aber, was die Regierung von ihm überhaupt nicht erwartete. Mittlerweile war nämlich der Meinungskampf um die Grundrechte voll entbrannt.³⁹¹ Gegner wie Befürworter versuchten in einer noch nie da gewesenen Weise ihre Anhänger zu mobilisieren.

Aus welchem Gefühl der Stärke Monarch und Regierung handeln zu können glaubten, zeigte sich schon in der Eröffnungssitzung des neuen Landtages am 22. Januar 1849. Vor den mehrheitlich oppositionellen Abgeordneten erwähnte der bayerische König die Grundrechte mit keinem Wort und vermied überhaupt jeden Hinweis auf das Verhältnis Bayerns zum künftigen gemeinsamen deutschen Staat. Ergänzt wurde dieses deutliche Schweigen durch eine ministerielle Erklärung, in der man sich jegliche Einmischung der Frankfurter Zentralregierung in bayerische Verhältnisse verbat.

Die linke Landtagsmehrheit antwortete auf diesen Affront mit einer Entschließung, die forderte, Frankfurter Beschlüsse grundsätzlich zu akzeptieren, den Grundrechten auch in Bayern sofort Geltung zu verschaffen und eine parlamentarisch verantwortliche Regierung einzuführen. Daraufhin trat am 8. Februar die Regierung zurück, wodurch das Parlament in seiner Arbeit praktisch lahm gelegt wurde. Außerdem wurde Zeit gewonnen, um die Grundrechte nicht doch noch einführen zu müssen. Einen Monat später wurde der Landtag dann vertagt, so dass die nächste Sitzung erst am 19. Mai stattfand. Während die Volksvertreter unfreiwillig pausierten, wurde die Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit ausgetragen. Beide Seiten versuchten mit Hilfe von Unterschriftensammlungen, den so genannten Adressen, zu beweisen, dass sie die Bevölkerungsmehr-

³⁸⁹ Ebda.

³⁹⁰ STAA, Regierung, Nr. 9687a, Bericht vom 28.2.1849.

³⁹¹ Siehe hierzu: Nickel, Revolution 1848/49, S. 164ff.

heit hinter sich hatten. Dabei wurden zunehmend schärfere Töne angeschlagen. So formulierte der Kemptener Volksverein, die Regierung habe durch ihr Verhalten den Boden des Rechts verlassen und sich auf den der Gewalt begeben.³⁹² Das hieß umgekehrt, dass alle Aktionen, die das Ziel hatten, die Regierung wieder auf den Boden des Rechts zurückzuführen, nicht nur legitim, sondern geradezu geboten seien - eine Argumentation, die für die Akzeptanz der oppositionellen Vorgehensweise von großer Bedeutung war.

Beide Seiten bombardierten Regierung und Landtag geradezu mit ihren Unterschriftenlisten. Über 1600 solcher Stellungnahmen gingen zwischen dem 20.1. und dem 1.3.1849 in München ein. 461 Adressen - vor allem aus Franken und Schwaben - sprachen sich für die Grundrechte aus, 1123 Adressen dagegen. Hier überwogen deutlich die altbayerischen Gebiete.³⁹³ In diesen Ergebnissen spiegelt sich aber weniger die tatsächliche Haltung der Bevölkerung, sondern eher die Kampagnefähigkeit der beiden Lager. Aus Kaufbeuren kam keine Adresse, obwohl man dort die Grundrechte begrüßte, umgekehrt sprachen sich bezeichnenderweise alle Gemeinden des Landgerichts Mindelheim dagegen aus.³⁹⁴ Hier hatte wohl der Mindelheimer Landrichter seine Gemeindevorsteher auf Regierungskurs gebracht. Die Vorstellung, dass sich die Dorfbewohner nach intensiver Lektüre des Grundrechte-Textes von sich aus zu einer Stellungnahme gedrängt fühlten, ist eher unwahrscheinlich. Auch in den altbayerischen Gebieten waren es wohl Beamte, die auf Weisung oder in vorauseilendem Gehorsam gegen die Grundrechte Stimmung machten. In Kaufbeuren war es der Leiter des Forstamtes, Johann Peter Mayer, der der Regierung Argumentationshilfe zukommen lassen wollte. Von der „Kemptner Zeitung“, dem Sprachrohr der Allgäuer Linksliberalen, wurde er deshalb regelrecht verhöhnt. *„In dem Pfarrdorf Roßhaupten, k. Landgericht Füssen, wurde vor Kurzem eine Adresse gegen die unbedingte Einführung der Grundrechte und durchweht von dem constitutionell-monarchischem Geiste bei dem Gemeinde-Vorsteher aufgelegt und konnte schon nach wenigen Tagen mit 4 Unterschriften bedeckt an ihren Ausgangspunkt zurückgesandt werden. – Dieselbe war ausgegangen von dem königl. bayer. Forstmeister Hrn. Mayer (oder nach anderer Lesart und bei nicht unbedingter Geltung der Grundrechte Herr von Mayer) von Kaufbeuren (...) Der bezeichnete Herr Forstmeister ist derselbe, in dessen Kopfe, aber auch nur in diesem allein, sich im April vorigen Jahres die hohe politische Idee Eingang verschafft hatte, er dürfte wohl der tüchtigste Kandidat ins deutsche Parlament nach Frankfurt sein. Daß diese Idee durch die Wahl nicht verwirklicht worden, daran dürfte wohl bei dem ökonomischen Sinne der Bewohner jener Gegend noch der Umstand mit Schuld sein, daß die Wähler nicht der deutschen Nation Baukosten dadurch verursachen wollten, daß man für ihren Abgeordneten hätte rechts in der Paulskirche hinausbrechen müssen, um für denselben einen seiner politischen Ansichten entsprechenden Sitz zu gewinnen. Der untergebene Revierförster ist derselbe, der vor einigen Wochen zwei Frauenzimmern, die nach Amerika auswandern wollten, den wohlmeinenden Rath gab, sich doch nicht aufs Wasser einzulassen, sondern den Weg, wenn es auch ein wenig um und etwas kostspieliger wäre, lieber zu Lande zu machen. Wahrscheinlich eine Frucht der fleißigen Studien, die dieser Mann, bei den vielen Mußestunden, die ihm der Dienst gewährt, im stillen Kämmerlein macht.“*³⁹⁵

³⁹² StAKe, Kemptner Zeitung, Nr. 30, 30.1.1849.

³⁹³ Nickel, Revolution von 1848/49, S. 167.

³⁹⁴ HStA, M Inn 43866.

³⁹⁵ StAKe, Kemptner Zeitung, Nr. 93, 3.4.1849.

In Kaufbeuren sammelte man zwar keine Unterschriften für die Grundrechte, aber die Fastnacht von 1849 bot genügend Möglichkeiten politisch eindeutiger Stellungnahmen. Den Festsaal des Gasthauses zum goldenen Hirschen schmückte nicht nur das bekränzte Bildnis von Robert Blum. Die Darstellung eines Krebsreiters symbolisierte die Konservativen (bewegt sich ein Krebs doch bekanntermaßen rückwärts), während die Linke „durch einen kühnen Adler“ gefeiert wurde.³⁹⁶ Andreas Schropp berichtet, dass junge Männer, als Armenier maskiert, auf Stangen befestigte Buchstaben zu immer neuen Parolen zusammenstellen konnten. Die Antwort auf die Frage: „Was ist in Deutschland, bey dieser bewegten Zeit nötig zum Glück des Volkes?“ lautete z.B. „Einheit“.³⁹⁷ Eine andere Gruppe stellte Förster mit Hunden dar, wohl eine Anspielung auf die Vertreibung des Forstpersonals im März 1848 oder ein Hinweis auf die politischen Aktivitäten von Forstmeister Mayer. Dass all diese Fastnachtsaktivitäten an politischer Aussagekraft nichts zu wünschen übrig ließen, belegt auch die sarkastische Bemerkung des beobachtenden Journalisten vom „Augsburger Anzeigblatt“: „Drei Leser der Augsburger Postzeitung (ein konservativ katholisches Blatt, Anm. d. V.) vermuten, das schuldlose Städtchen möchte durch derlei Demonstrationen demnächst in Belagerung erklärt werden, trauern in Sack und Asche, und beabsichtigen morgen Ergebnheits-Adressen nach Wien, Frankfurt und München abgeben zu lassen.“³⁹⁸



Fastnacht in Kaufbeuren 1849:
Politisches Begrifferaten - Muss man der
Revolution Dampf machen? - Wen muss
man zum Jagen tragen? Oder sind die
Forstbeamten die Gejagten?
(Schropp-Rolle, Stadtmuseum KF und
StadtA KF, B 109)

Der Volksverein – Kaufbeurens erste Partei

Die katastrophale Niederlage der Kaufbeurer Liberalen bei der Landtagswahl im Dezember 1848 und die an Dramatik zunehmende Auseinandersetzung um die Anerkennung der Grundrechte machten das Fehlen einer politischen Organisation immer schmerzhafter erfahrbar. Der Gewerbeverein, der nach dem Augsburger Vorbild ganz bewusst auch die Artikulation politischer Interessen ermöglichen sollte, stieß jetzt deutlich an die Grenzen seiner Möglichkeiten. Wenn in Augsburg wie in Kaufbeuren das

³⁹⁶ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 56, 25.2.1849.

³⁹⁷ StAKf, Schropp-Chronik, S. 512.

³⁹⁸ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 56, 25.2.1849.

Ziel der Vereinsgründung unter anderem darin bestand, die Gewerbetreibenden über ihre ökonomischen Probleme an die liberale Sache heranzuführen, die Basis des Liberalismus über den protestantischen Bevölkerungsteil hinaus auszuweiten, dann durfte der Grad der Politisierung einen gewissen Punkt nicht überschreiten. Auch Ausstrahlungskraft nach außen, über die Stadtmauern hinaus in den ländlichen Bereich, war von einem Gewerbeverein nur begrenzt zu erwarten. Ein offen politischer Verein dagegen konnte auch für Landbewohner von Interesse sein.

Es waren seit den Märztagen immer wichtige politische Ereignisse gewesen, die der Organisation von Interessen Impulse gegeben hatten: die Wahlen zur Nationalversammlung, die Beratungen in der Paulskirche zu den verschiedenen Themen, die Septemberkrise, die Siege der Gegenrevolution, die Landtagswahlen.³⁹⁹

Jetzt, als der Kampf um die Grundrechte und um die Reichsverfassung begann, stellte sich die Organisationsfrage immer dringlicher. Sicher wurde sie auch in Kaufbeuren aus eigenem Antrieb diskutiert, aber jetzt gab es auch von außen Aufforderungen zur Gründung eines politischen Vereins.

Die erste Wortmeldung kam aus Kempten. Die linksliberale „Kemptner Zeitung“, das Organ des dortigen Volksvereins unter der Leitung Johann Martin Dannheimers, griff am 12. Februar mit einem bemerkenswerten, wie sich aber herausstellen sollte, nicht sehr glücklichen Artikel in die Debatte ein. Nachdem zunächst die Kaufbeurer Abgeordneten im Landtag wie in der Paulskirche heftig attackiert wurden, fährt der Autor folgendermaßen in seiner Analyse fort: *„Wer Kaufbeuren kennt und seine sprichwörtlich gewordenen aufgeweckten Einwohner, dem wäre unbegreiflich, wie in dieser intelligenten Bürgerschaft solche Wahlen möglich gewesen wären, wenn man nicht wüßte, daß die ganze Stadt von dem gewaltigen und schwer wiegenden Zopf der traurigsten Aristokratie, der des Geldsackes, dominiert ist. Die sogenannten Herren von Kaufbeuren, das sind nämlich die durch ihren Handel und ihre Fabriken reich gewordenen Kaufleute der Stadt, wünschen alles gerne beim Alten zu lassen, ziehen die Schlafkappen über die Ohren und vegetieren im Genuße ihrer behaglichen Ruhe so harmlos wie die Marmelthiere. Von gleicher Theilnahmslosigkeit am öffentlichen Leben ist nun auch die Bürgerschaft befallen und deshalb unthätig bei der Bewegung der Zeit geblieben. Deshalb rufen wir Euch zu, ihr sonst so wackeren Kaufbeurer, wachet auf aus Eurem vielleicht bequemen, aber Eurem Bürgerglücke nicht zuträglichen Schlafe. Schaart Euch zusammen wie in anderen benachbarten Städten zu einem Vereine, in dem Ihr über Eure Stellung als Staatsbürger zum lebendigen Bewußtsein kommt. Es sind Männer genug unter Euch, welche das Wort führen und ihre Mitbürger belehren können. Bald wird auch das Volk auf dem Lande zu ähnlichen Vereinen zu bringen sein und Euch die Hand bieten. Ihr werdet dann, wenn einmal wieder Wahlen zu treffen sind, leicht tüchtigere Männer durchsetzen können, als das letzte Mal, denn die Landgemeinden werden zu Euch halten, wenn Ihr Euch die Mühe gebt, sie an Euch zu ziehen und sie zu gleichem Streben aufzumuntern. Ihr sebet gewiß so gut, wie anderswo, daß wir einer ernsten Zeit entgegen gehen, in der Alles, unsere ganze zukünftige Existenz in Frage gestellt ist. Da darf man wach sein, denn das köstlichste Gut des Lebens, die Freiheit, fällt nicht im Traume in unseren Schooß. Von allen Seiten lauert die Reaction darauf, uns die Errungenschaften der März-Revolution wieder zu entreißen und das Volk in die alte Knechtschaft und Finsterniß zurückzuführen. Es wird dies unmöglich sein, wenn das Volk Ge-*

³⁹⁹ Siehe hierzu: Siemann, Die deutsche Revolution, S. 90-114.

*brauch macht von seinem durch das Gesetz ihm zugesprochenen Rechte der freien Presse und dem freien Versammlungsrechte. (...) Wie sehr würde es uns freuen, wenn unsere wackere Nachbarstadt Kaufbeuren unserer gutgemeinten Aufforderung Gehör schenken und bald in einem Volksvereine zu gleichem Streben mit uns sich die Hand bieten würde. Versucht es frischen Muthes, Ihr werdet die guten Früchte bald an Euch selbst spüren.*⁴⁰⁰

Der Autor hatte sicher Recht mit seiner Forderung, dass es jetzt darauf ankomme, alle Kräfte zu mobilisieren. Dass gute Pressearbeit dafür eine wichtige Voraussetzung war, hatte die massenwirksame „Kemptner Zeitung“ hinlänglich bewiesen. Auch das Bemühen um die Landbevölkerung hatte sich für die Kemptener ausgezahlt. Rund um Kempten gab es ein dichtes Netz von Volksvereinsfilialen, die zeigten, dass es ein Irrtum wäre, die bäuerliche Bevölkerung als naturbedingt konservativ zu ignorieren. Die Beschreibung der Kaufbeurer Verhältnisse zeugte aber nicht nur von mangelndem diplomatischen Geschick, sondern auch von reichlich vorhandener Unkenntnis oder Böswilligkeit. Von Teilnahmslosigkeit oder Verschlafenheit konnte keine Rede sein und die so genannten „Herren von Kaufbeuren“ hatten sich nicht als Bremser, sondern eher als Motor des politischen Fortschritts erwiesen. Die Energie, die in Kempten in den politischen Streit investiert worden war (immerhin existierten schon seit dem Sommer zwei politische Vereine), benötigte man in Kaufbeuren, um das seit Jahrhunderten verkrampte konfessionelle Zusammenleben aufzubrechen. Deshalb und nicht aus Schlafmützigkeit standen in Kaufbeuren die Signale eher auf Konsens als auf Konfrontation. Es war aber nicht nur der Ton dieser Aufforderung, diese Mischung aus klugen Argumenten, Schmeicheleien und Tritten vor das Schienbein, der die Kaufbeurer Liberalen zögern ließ, sondern wohl auch die Angst vor folgens schweren Festlegungen. Der Anschluss an den Kemptener Volksverein hätte den Beitritt zur straffen Organisation der demokratischen Linken bedeutet. Schon seit dem Juni 1848 versuchten die Demokraten, die sich von den gemäßigten Liberalen getrennt hatten, zu einer ganz Deutschland umgreifenden politischen Organisation zu kommen. Angesichts der siegreichen Gegenrevolution schlossen sich am 21. November 1848 drei linke Parlamentsfraktionen der Paulskirche zu dem Zweck zusammen, die „Märzerrungenschaften“ zu verteidigen. „Zentralmärzverein“ war der Name dieser Dachorganisation und die ihm angeschlossenen Vereine bezeichneten sich in der Regel als „Märzvereine“. Die Organisation erstreckte sich von der örtlichen über die Bezirks-, Kreis- und Landesebene und umfasste in ihrer Hochzeit etwa tausend Ortsvereine mit über einer halben Million von Mitgliedern. Mit über 500 Vereinen war Baden der deutsche Staat mit dem weitaus höchsten politischen Organisationsgrad der Bevölkerung.⁴⁰¹ Die Volksvereine in Kempten und Nördlingen bildeten in Bayerisch-Schwaben die Kristallisationskerne der Linken. Programmatisch umfassten die Märzvereine trotz ihrer engmaschigen Organisation ein relativ weites Spektrum an Ansichten. Gemeinsam war ihnen die Überzeugung von der Volkssouveränität als Grundlage des politischen Systems. Die Mehrheit favorisierte die Staatsform der Republik, der eher linksliberale Flügel akzeptierte aber - aus Überzeugung oder aus taktischen Überlegungen - auch eine konstitutionelle Monarchie. Der radikale Flügel drängte zur revolutionären Aktion, die Mehrheit setzte

⁴⁰⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 14.2.1849, S. 185.

⁴⁰¹ Vgl.: Siemann, Revolution, S. 103.

weiterhin auf den parlamentarischen Weg. Auch Waibel und der Kemptener Volksverein waren je nach Situation und Publikum inhaltlich durchaus flexibel. In einer scharf formulierten Adresse an die Nationalversammlung vom 13. Februar 1849 wurde betont, dass die Grundlage aller Gesetze die Volkssouveränität sein müsse, die Idee eines deutschen Kaisers veraltet sei.⁴⁰² Wesentlich konservativer hörte sich dagegen eine Erklärung zum Erfolg der Märzvereine in der „Kemptner Zeitung“ vom 11. April an: *„Woher kommt es, dass sie sich so vermehren? Etwa daher, daß die Volksfreunde die Bürger und Bauern zur Rebellion, Umsturz, Gesetzlosigkeit oder Gewaltthätigkeit auffordern? (...) Nein, solche schändliche Mittel kennen die wahren Volks- und Vaterlandsfreunde nicht. Belehrung und politische Aufklärung über die Rechte eines constitutionellen Bürgers, sowie über die Pflichten gegen König und Vaterland, Wahrheit, Recht und gesetzliche Freiheit, sind die Mittel, welche die Volksvereine so vervielfältigen.“*⁴⁰³ Diese Unterschiede brauchen keinesfalls als taktische Wendigkeit gedeutet werden. Waibel verstand es jedenfalls, seine Leser oder Zuhörer auf der Ebene des politischen Bewusstseins abzuholen, auf der sie sich befanden. Und konnte es nicht ebenso die Pflicht eines gesetzestreuen Bürgers sein, seinen Monarchen massiv auf Rechtsbrüche hinzuweisen, die sich dieser zu Schulden kommen ließ? Wenn Waibel hier mit eher konservativ besetzten Begriffen arbeitete, dann konnten sich hinter überraschenden Wendungen trotzdem sehr fortschrittliche Inhalte verbergen.

Klar war jedenfalls, dass der Anschluss an die Kemptener Richtung einen deutlichen Linksruck mit sich gebracht und die Ausdifferenzierung der politischen Meinungen und damit auch die Konflikte in der Stadt vorangetrieben hätte, bei gleichzeitigem Verlust eigener Handlungsspielräume durch die Einbindung in das Netzwerk der demokratischen Vereine.

Die zweite Offerte kam aus Augsburg. Sie war zwar nicht speziell an die Kaufbeurer gerichtet, aber doch in der Erwartung verschickt worden, hier auf fruchtbaren Boden zu treffen. Am 18. Januar 1849, am Tag, an dem in Deutschland die Grundrechte theoretisch in Kraft traten, war in Augsburg von liberalen Bürgern der „Deutsche Verein“ gegründet worden. Auch hier hatten es die Liberalen für sinnvoll empfunden, neben dem Gewerbeverein einen politischen Verein zu etablieren. Der Vorsitzende des Gewerbevereins und Herausgeber des „Augsburger Anzeigblattes“, Albrecht Volkhart, gehörte nicht zufällig zu den Mitgliedern. Politisch standen die „Deutschen Vereine“ den liberal-konservativen Mehrheitsfraktionen der Paulskirche nahe und vertraten einen eher gemäßigten Liberalismus großbürgerlicher Prägung. Auch diese gemäßigten Vereine suchten sich überregional zu organisieren, kamen aber im Gegensatz zu den entschiedeneren „Märzvereinen“ dabei über Ansätze kaum hinaus. Einig war man sich mit den „Märzvereinen“ in der Notwendigkeit eines gemeinsamen deutschen Staates, in der Anerkennung der Nationalversammlung als politisch maßgeblicher Institution und der Durchsetzung der Grundrechte. Unterschiede bestanden in der Frage des Staatsoberhauptes. Sahen die meisten „Märzvereine“ eine Republik als angemessene Staatsform an, so dachten die gemäßigten Liberalen noch in strikt konstitutionellen Bahnen. Monarchie und geschriebene Verfassung gehörten für sie selbstverständlich zusammen.

⁴⁰² Bachmann, K., Die Volksbewegung im Allgäu 1848/49 und ihre Vorläufer, Erlangen 1954, S. 93.

⁴⁰³ StAKe, Kemptner Zeitung, Volksvereinsblatt, Nr. 3, 11.4.1849, S. 12.

Dementsprechend lautete § 2 ihres Programmes: „Die oberste Staatsgewalt wird dargestellt durch einen Monarchen mit einem alljährlich wiederkehrenden Parlament ihm zur Seite.“⁴⁰⁴ War für die „Märzvereine“ die Volkssouveränität Ausgangspunkt aller weiteren Überlegungen, so setzte der „Deutsche Verein“ auch auf die Möglichkeit der Vereinbarung zwischen Monarch und Volksvertretung. „Die Reichsverfassung wird verwirklicht durch die Nationalversammlung, welcher nach Umständen die Verständigung mit den Landesregierungen und Kammern anheimgestellt ist.“⁴⁰⁵

Dass aber auch beim „Deutschen Verein“ taktisches Denken und eine erhebliche Spannbreite an Meinungen existierte, zeigt gerade das Beispiel Volkharts. So hatte er im April 1848 bei seiner Kandidatur zur Paulskirche erklärt, dass ihm die Republik „als Ideal bürgerlicher Freiheit“ erscheine, diese Haltung aber sofort mit einer realistischen Einschätzung relativiert. „Wer für Teutschland eine Republik zur Wohlfahrt des Volkes für nöthig hält, der kennt offenbar Teutschland, der kennt das teutsche Volk nicht. Zur Republik gehören Republikaner – Republikaner aber sind wir Teutsche trotz aller Liebe zur Freiheit nicht.“⁴⁰⁶ Albrecht Volkhart und Balthasar Waibel waren beide schon Jahre vor der Revolution couragierte Streiter für freiheitliche Verhältnisse gewesen, beide hatten deshalb Repressalien durch die bayerische Regierung erdulden müssen, beide schätzten sich auch in den Revolutionsmonaten trotz der Zugehörigkeit zu verschiedenen Flügeln der Liberalen. Gerade dieser Umstand macht deutlich, dass man programmatische Unterschiede nicht überbewerten sollte. Beiden Lagern war der Ernst der Lage klar, beide setzten auf die Mobilisierung der Bevölkerung, um zu retten, was noch zu retten war. Am ehesten unterschied man sich in der Frage, ob (verbaler) Angriff oder eine geschmeidige Haltung die beste Verteidigung war. In beiden Lagern waren die führenden Männer aber auch Politiker genug, um für die Zeit nach dem möglichen Sieg organisatorische Pflöcke einzuschlagen.

Am 20. März 1849 beschloss man auf einer Versammlung des Kaufbeurer Gewerbevereins, einen Volksverein zu gründen. Der Antrag, den Gewerbeverein direkt in einen politischen Verein umzuwandeln, wurde aber abgelehnt.⁴⁰⁷ Eine Gruppe von etwa hundert Bürgern übernahm die notwendigen Vorarbeiten, die Formulierung eines Aufrufs, die Ausarbeitung der Satzung und des Programms.⁴⁰⁸ Am 3. April erging dann die Einladung an die Bevölkerung Kaufbeurens und des Umlandes, sich am Ostermontag, dem 9. April, zur Gründungsversammlung im „Goldenen Hirsch“ einzufinden:

„Das deutsche Volk hat sich im Jahre 1848 erhoben und durch die Revolution diejenigen Rechte und Freiheiten errungen, deren Anerkennung von den Regierungen auf anderem Wege nicht zu erlangen gewesen war.

Das deutsche Volk hat gleichzeitig im Gefühle der großen Nachtheile der Zerrissenheit seines Vaterlandes beschlossen, sich zu einigen, um im europäischen Staatensysteme denjenigen Platz einzunehmen, welcher ihm vermöge seiner Macht und Größe gebührt.

Es hat seine Vertreter nach Frankfurt gesendet, um dieses große Werk zu Stande zu bringen.

Die Nationalversammlung hat den einen Theil ihrer hohen Aufgabe vollendet, sie hat in den

⁴⁰⁴ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 586.

⁴⁰⁵ Ebda.

⁴⁰⁶ StBA, Augsburgs Anzeigblatt, Nr. 114, 25.4.1848.

⁴⁰⁷ StAKf, Breuning, Chronik des Gewerbevereins, S. 48f.

⁴⁰⁸ StAKe, Kemptner Zeitung, Volksvereinsblatt, Nr. 3, 11.4.1849, S. 12.

Grund-Rechten des deutschen Volkes die Grundzüge für die bürgerlichen und politischen Rechte der Deutschen festgestellt, während sie den andern Theil ihrer Aufgabe, das Verfassungs-Werk, dem Abschlusse nahe gebracht hat.

Aufgabe des deutschen Volkes und seiner Regierungen ist es nun, auf der durch die Revolution gewonnene und rechtlich bestehende Grundlage fortzubauen, und die in den einzelnen deutschen Staaten bestehenden Einrichtungen nach den in den Grund-Rechten und in der zu erwartenden Reichs-Verfassung enthaltenen Bestimmungen umzuwandeln, und so den gewonnenen neuen Rechtszustand zu vollenden.

Ebenso ist es Aufgabe des deutschen Volkes, seine Freiheit und seine zur Anerkennung gebrachten Rechte gegen freiheitsfeindliche Bestrebungen zu schützen, und vor Verkümmern zu bewahren. Die im geheiligten Kampfe des deutschen Volkes errungene Freiheit, die dadurch zur Geltung gebrachten unveräußerlichen Rechte des Volkes werden durch reaktionäre Bestrebungen, welche theils von Regierungen, theils von einer freiheitsfeindlichen Partei ausgehen, in Frage gestellt und bedroht.

Diese freiheitsfeindlichen Bestrebungen sind um so gefährlicher, als das deutsche Volk in Folge des durch Jahrhunderte auf ihm gelasteten geistigen Druckes noch keineswegs in seiner Gesamtheit jene Reife des politischen Urtheils erlangt hat, welche es gänzlich unzugänglich machen könnte gegen die lügenhaften Einflüsterungen Derjenigen, welche ihm glauben machen wollen, daß durch die Neugestaltung der öffentlichen Zustände, welche aus der Bewegung des vorigen Jahres hervorgegangen ist, und durch die Grundrechte die Sanktion erhalten hat, seine leibliche und geistige Wohlfahrt gefährdet, die Religion seiner Väter angetastet, und wohl gar sein Vermögen und Besitzstand bedroht sei.

Aufgabe eines Jeden, der es mit dem Volke ehrlich und wohl meint, ist es daher, zur Verbreitung allgemeiner politischer Bildung und Aufklärung nach Kräften beizutragen, damit das Volk die junge Freiheit lieb gewinne, die erworbenen Rechte zu schätzen und sich selbst zu achten lerne, damit es nicht selbst die Revolution verleugne, damit es nicht, wie es leider da und dort geschehen ist, die magna charta seiner Rechte und Freiheiten, die Grund-Rechte mit Misstrauen von sich weise, statt sie als einen heiligen Schatz aus der Hand seiner Vertreter zu empfangen, und wie ein theures Kleinod zu bewahren.

Weiß einmal das Volk in seiner Gesamtheit seine Freiheit und seine Rechte zu schätzen, sind die Ideen der Neuzeit einmal so recht in Fleisch und Blut des Volkes übergegangen, dann ist keine Macht der Welt mehr im Stande, dem Volke seine Errungenschaften zu rauben, die alten schlechten Zustände wieder herbeizuführen, dann ist der Schlange, die sich um den Baum der Freiheit windet, der Stachel genommen.

Um nun an dieser Aufgabe, allgemeine politische Bildung im Volke zu verbreiten, es über die Erscheinungen der Neuzeit aufzuklären und sich allseitig zu verständigen, nach Kräften mitzuarbeiten, haben patriotisch gesinnte Bewohner der Stadt Kaufbeuren den Entschluß gefaßt, auch für hiesige Stadt und Umgebung einen Volks-Verein zu gründen.

*Zu diesem Zwecke wird am Ostermontage, den 9. April 1849 im Saale des Gasthauses zum goldenen Hirsch Nachmittags 3 Uhr eine Versammlung stattfinden, zu der alle Diejenigen freundlich eingeladen sind, welche dem Vereine beizutreten gedenken.*⁴⁰⁹

Obwohl diese Einladung wenig mitreißend formuliert war, stieß sie sofort auf großes Interesse. Man sah mit großen Erwartungen der ersten Zusammenkunft entgegen. „Auch

⁴⁰⁹ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 150.

wird dem Wunsche der Mitglieder entsprechend dieser Verein den Märzvereinen die brüderliche Hand reichen, mag nun die hiesige Dunkelmänner-Partei wüthen und heulen, wie sie will und ihre Anhänger sich noch so lächerlicher Drohungen bedienen. Redlich denkende Männer können solche Leute nur bedauern und höchstens verachten“, schrieb zum Beispiel ein unbekannter „Freund der Wahrheit, des Lichtes und des Rechtes“. ⁴¹⁰

Zur Überraschung des provisorischen Ausschusses war das Interesse bei der ländlichen Bevölkerung weit größer als innerhalb der Kaufbeurer Bürgerschaft. Zwischen 350 und 400 Landbewohner hatten sich zur Gründungsversammlung eingefunden, aber nur etwa 60 Kaufbeurer, darunter allerdings wichtige Honoratioren, so zum Beispiel Bürgermeister Heinzelmann.⁴¹¹ Die vom Kemptener Lehrer Anton Wendlinger verfasste und vom dortigen Volksverein massenhaft verteilte Broschüre „*Rechts und Links, ein freimütiges Wort an die Landleute*“, hatte offenbar auf dem Land ein lebhaftes Echo ausgelöst und das politische Interesse der Bauern wieder geweckt. In einfachen, aber eindringlichen Formulierungen wurde dort die Position der linken Landtagsabgeordneten erläutert, für die Grundrechte geworben und Adel, Geistlichkeit und Beamte scharf angegriffen. Um alles beim Alten belassen zu können, würden gerade diese Gruppen die Landbevölkerung verunsichern und bewusst desinformieren. „Denn sie haben gedacht, so lange der Bauer verbundene Augen hat, so lange sieht er nicht“, aber gerade der Bauernstand sollte nicht nur Steuern zahlen und seine Söhne zum Militär schicken müssen, sondern seine wichtige Stellung im Staat „auch begreifen und seine Meinung frei und offen aussprechen“. ⁴¹² Es war wohl eher dieses ungemein wirksame kleine Heft und weniger die Kaufbeurer Einladung, die die Menschen in die Stadt lockte. Man erwartete dort klare, kämpferische Worte, die geeignet waren, einem die Binden von den Augen zu reißen. Das Programm, das dort zur Abstimmung vorlag, konnte diese Erwartungen aber kaum erfüllen, es zeigte die gewohnt vorsichtige Kaufbeurer Handschrift:

„Programm des Kaufbeurer Volks-Vereins.

1. Wir wollen die Einheit Deutschlands.
2. Wir wollen unbedingte Anerkennung und Einführung der Grundrechte, sowohl um ihrer selbst willen, als auch als Grundlage und erster Ausdruck der Einheit.
3. Wir wollen ebenso unbedingte Anerkennung der übrigen Beschlüsse der deutschen National-Versammlung.
4. Wir wollen, daß alsbald die Verfassung und Gesetzgebung Bayerns jene Umgestaltung und Änderung erhalte, welche durch die Grundrechte, die Reichs-Verfassung und die sonstigen Beschlüsse der National-Versammlung in Frankfurt geboten sind.
5. Wir wollen, daß diejenigen Gesetze, welche auf der Grundlage der März-Revolution und der Grund-Rechte noch ferner zu erlassen sind, eine folgerichtige Durchführung der dadurch zur Geltung gekommenen Prinzipien seien.
6. Wir wollen nicht, daß die Revolution fortdauernd sei, aber wir wollen, daß der durch sie geschaffene neue Rechts-Zustand als der bestehende, von Regierungen wie vom Volke anerkannt werde.

⁴¹⁰ Ebda., S. 142f.

⁴¹¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 12.4.1849, S. 415.

⁴¹² StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 588/1.

7. Wir wollen, daß dem Ackerbau, dem Handel und den Gewerben künftighin jene Aufmerksamkeit von den Regierungen zugewendet werde, welche zur Förderung der materiellen Interessen des Volkes erforderlich ist.

8. Zur Erreichung unserer Tendenzen wollen wir uns aller gesetzlichen Mittel bedienen, als da sind: Das Versammlungsrecht, Das Petitions-Recht, Die Presse.

9. Wir wollen insbesondere, mittelst freier Besprechung in Versammlungen und mittelst der Presse dazu beitragen, allgemeine politische Bildung und Aufklärung über die öffentlichen Zustände in unseren Kreisen zu verbreiten, und dadurch das Interesse am öffentlichen Leben zu heben.

10. Alle Diejenigen, welche obige Grundsätze mit uns theilen, laden wir zum Beitritte in unsern Verein.“⁴¹³

Rief dieses Programm nun Begeisterung, lediglich zustimmendes Kopfnicken oder gar Enttäuschung hervor? Wir wissen es nicht, aber zumindest Stadtkommissär von Sichlern zeigte sich in seinem Bericht an die Regierung zufrieden. „Nach seinem Programme nähert er (der Volksverein, Anm. d. V.) sich wohl den gebildeten März-Vereinen, verfolgt aber nur die lobenswerthe Tendenz der Aufklärung der Mitglieder über die öffentlichen Zustände.“⁴¹⁴ Ein Demokrat wäre wohl zu demselben Urteil gelangt, nur mit dem Unterton der Enttäuschung. Auch ein typisches Programm eines „Märzvereins“ wäre genauso deutlich für die Grundrechte und die Reichsverfassung eingetreten, hätte aber dann die Akzente anders gesetzt. War denn diese Verfassung wirklich die denkbar beste? War sie ausbaufähig, könnte Deutschland wenigstens in Zukunft Republik werden? Wer hätte darüber zu befinden? Wäre dafür nur der Wille der Bevölkerungsmehrheit ausschlaggebend oder hätten die Monarchen mitzureden? Was sollte man tun, wenn die bayerische Regierung die Verfassung nicht akzeptierte? Verließe sie dann den Boden des Gesetzes? Wären dann radikalere Gegenmaßnahmen erlaubt oder gar geboten?

Positiv ausgedrückt: Wer - aus welchen Gründen auch immer - die Arbeit der Paulskirche akzeptierte, der hatte jetzt in Kaufbeuren eine politische Heimat. Kritisch formuliert: Das Programm kam über den kleinsten gemeinsamen Nenner nicht hinaus. Dadurch, dass die absehbaren Konfliktpunkte weitgehend ausgeklammert wurden, schob man die Auseinandersetzung nur vor sich her und verhinderte dadurch gleichzeitig die Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten.

Auch der Stadtkommissär urteilte in dieser Richtung. Der Kaufbeurer Volksverein würde zumindest unter dem derzeitigen Vorsitzenden „keine bedenkliche Richtung einschlagen, aber eben deshalb keine sehr zahlreiche Theilnahme, oder eine Vermehrung der Mitglieder erhalten, da das Programm von Seiten der einflußreichen Katholiken größtentheils als zu weit greifend nur geringen Anklang fand, und zu erwarten steht, daß bei einem Weitergreifen dieses Vereins ein anderer sich demselben entgegen stellen wird.“⁴¹⁵

Da war sie wieder, die Kaufbeurer Selbstblockade aufgrund der konfessionellen Rivalität. Den führenden protestantischen Liberalen konnte ein entschiedeneres Programm des Volksvereins nicht gelegen kommen, da sonst wahrscheinlich ein katholisch dominierter, konservativer Verein provoziert worden wäre, der sich mittelfristig zu einer ernsthaften Gefahr für die protestantische Vorherrschaft entwickeln konnte. Strategisch

⁴¹³ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 150.

⁴¹⁴ STAA, Regierung, Nr. 9703, Bericht vom 16.4.1849.

⁴¹⁵ Ebda.

befanden sich die Kaufbeurer Liberalen in keiner beneidenswerten Lage: Ein halbherziges Programm setzte der Massenwirksamkeit in dieser kritischen Situation enge Grenzen, auf der anderen Seite hätten entschlossener Töne vielleicht die Existenz der liberalen Insel überhaupt gefährdet. Folglich versuchte man, den innerstädtischen Konsens so gut es ging aufrecht zu erhalten. Das zeigte sich in vielen Details. Beim Vereinsnamen lehnte man sich an den Kemptener Verein an, ohne dessen kämpferische Haltung zu übernehmen. Inhaltlich schloss man sich eher dem „Deutschen Verein“ an, ohne sich aber offen dazu zu bekennen. Alle Begriffe, die irgendwie provozierend wirken konnten, wurden im Programm sorgsam vermieden – kein Wort von Volkssouveränität, kein Wort über die Regierungsform, ja nicht einmal das Wort Freiheit taucht an irgendeiner Stelle auf. Ähnlich verhielt es sich bei der Gestaltung der Vereinsfahne. Das Fahmentuch zeigte nicht wie allgemein üblich die schwarz-rot-goldene Trikolore, sondern betonte den goldenen Streifen, indem das Rot auf die Fahnenstange zurückgedrängt wurde. Wenn man bedenkt, wie heftig damals um die Farbgebung von Fahnen gestritten wurde, dann handelt es sich beim Kaufbeurer Beispiel mit Sicherheit nicht um ein zufälliges Ergebnis. Die Farbe Rot stand wohl schon zu sehr für die Forderungen nach Demokratie und Republik, dass man sie so unauffällig wie möglich unterbrachte. Damit bekam die Volksvereinsfahne einen festlicheren, aber unpolitischen Charakter.⁴¹⁶



*Rekonstruktionsversuch der eigenwilligen
Fahne des Volksvereins (Stadtmuseum KF)*

Die Zusammensetzung des Volksvereins änderte sich in der Tat in den nächsten Wochen. Zwei Monate später umfasste er noch 301 Mitglieder, hatte also zumindest gegenüber der Gründungsversammlung an Attraktivität eingebüßt. Aber das Stadt-Land-Verhältnis hatte sich ins Gegenteil verkehrt. 220 Kaufbeurer und 81 Auswärtige waren als Vereinsmitglieder eingetragen.⁴¹⁷ Der Kaufbeurer Volksverein zählte damit zu den großen Vereinen in Schwaben. Immerhin war darin etwa ein Viertel der erwachsenen Männer der Stadt organisiert, eine Zahl, von der heute jede Partei nur träumen kann. Dass der Verein den Namen Volksverein zurecht führte, macht die Zusammensetzung der Mitglieder deutlich. Zwar existieren keine Unterlagen des Vereins mehr, man hatte sie nach dem Ende der Revolution wohl vernichtet oder versteckt, doch lassen die Ergebnisse der Landtagswahl vom Juli 1849 eine Rekonstruktion der Vereinsstruktur zu. Bei den Urwahlen hatten 242 Kaufbeurer die Liste des Volksvereins unverändert oder nur mit geringfügigen Abweichungen gewählt.⁴¹⁸ Es liegt nahe, unter diesen Wählern

⁴¹⁶ Die Fahne wurde im Depot des Stadtmuseums vor einigen Jahrzehnten durch eine herabstürzende Decke fast vollständig zerstört. Die noch vorhandenen Reste, die Stange und das aufgestickte Stadtwappen, erlauben aber eine sichere Rekonstruktion des Gesamtbildes.

⁴¹⁷ STAA, Regierung, Nr. 9703, Bericht vom 11.6.1849.

⁴¹⁸ StAKf, A 57. Bei der Urwahl konnte jeder Wähler vier von ihm gewünschte Wahlmänner angeben. Alle Wähler, die vier oder zumindest drei Kandidaten aus der Volksvereinsliste nannten, wurden von mir zu den möglichen Mitgliedern des Vereins gezählt.

gleichzeitig die 220 Mitglieder zu vermuten. Akzeptiert man diese Voraussetzung, dann könnte die Mitgliedschaft sich folgendermaßen zusammengesetzt haben:

Berufe	Anzahl	Prozent
Großhändler, Kaufleute, Fabrikanten	17	7,0%
Wirte, Brauer	12	5,0%
Handwerksmeister	172	71,0%
Tagelöhner	4	1,6%
Freiberufler	5	2,0%
Beamte	1	0,4%
Angestellte	9	4,0%
Lehrer	1	0,4%
Ökonomen	3	1,2%
Unbekannt	19	7,8%

Diese Sozialstruktur entspricht mit ihrer Dominanz der Handwerker ziemlich genau der typischen Zusammensetzung eines kleinstädtisch demokratischen Vereins.⁴¹⁹ Paragraph 1 der Satzung legte zwar fest, dass „*jeder unbescholtene Mann*“ - also auch ein Geselle oder Arbeiter - aufnahmefähig sei,⁴²⁰ trotzdem scheinen aber nur Bürger Mitglieder gewesen zu sein. Die vermutlich über vierzig Weber, die dem Verein angehörten, sicherten zumindest die Offenheit gegenüber den Unterschichten. Als Wortführer der „Märzvereine“ betätigten sich in der Regel Angehörige der freiberuflichen Intelligenz. Auch die Vorstandschaft des Kaufbeurer Volksvereins entspricht diesem Muster.⁴²¹

Name	Funktion	Beruf	Konf.	Alter
Fleißner, Maximilian	1. Vorstand	Rechtspraktikant	kath.	31
Wolfrum, Friedrich	1. Stellvertreter	Apotheker	ev.	32
Heinzelmann, Fritz	2. Stellvertreter	Großhändler	ev.	40
Höfelmayr, Nepomuk	Schriftführer	Ökonom	kath.	33
Meggendorfer, Heinrich	Schriftführer	Kaufmann	kath.	39
Schmid, Johann Martin	Kassier	Rotgerber	ev.	32
Graser, Johannes		Strumpfwirker	ev.	37
Hebbel, Daniel		Seifensieder	ev.	41
Bachschmid, Philipp Jakob		Seidenweber	ev.	46
Männer, Matthäus		Maler	kath.	45
Fritz, Sebastian		Schuhmacher	kath.	45
Lunz, Georg		Seiler	ev.	38
Walch, Gustav		Brauer	ev.	38
Stumpp, Joseph		Brauer	kath.	28

⁴¹⁹ Siemann, Die deutsche Revolution, S. 103f.

⁴²⁰ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 150.

⁴²¹ DBA 51/431, Anhang zur Kemptener Petition vom 22.4.1849.

Vorsitzender wurde der Rechtspraktikant Maximilian Fleißner, seine Stellvertreter waren der Großhändler Fritz Heinzelmann und der Apotheker Friedrich Wolfrum. Der Vorstand, konfessionell fast paritätisch besetzt, repräsentierte ganz offensichtlich die junge Generation beruflich gut situerter Bürger. Die Brauer waren die Wirte bedeutender Brauereigasthöfe (Traube, Goldener Hirsch) und auch die Handwerksmeister rückten kurze Zeit später an die Spitze ihrer Innungen oder waren bereits Mitglied der Gemeindegremien. Der Vorstandschaft nach zu schließen, war der Volksverein jedenfalls kein Sammelbecken unzufriedener Bevölkerungsgruppen.

Überspitzt ausgedrückt hatte der Kaufbeurer Volksverein zwar die Struktur eines „Märzvereins“, durfte oder wollte aber kein „Märzverein“ sein. Das war offenbar der Preis, den man in Kaufbeuren für einen überkonfessionellen Verein zu zahlen hatte. Wie nicht anders zu erwarten, stellten die Protestanten etwa drei Viertel der Mitglieder, die Katholiken ein Viertel. Der junge, gerade einmal dreißig Jahre alte Vorsitzende Maximilian Fleißner war allerdings Katholik, seine beiden Stellvertreter Protestanten. Wie sehr der Volksverein tatsächlich dazu beitrug, die Hegemonie der liberalen Protestanten abzusichern, zeigt das Ergebnis der Landtagswahl vom Juli 1849. Der größere Teil der katholischen Bürger stimmte zwar für konservativ-katholische Kandidaten, ein beträchtlicher Teil entschied sich aber trotzdem für die Liste des Volksvereins. Von den protestantischen Bürgern wählte dagegen kein einziger die konservative Liste. Die politische Spaltung der katholischen Konfessionsgruppe konnte die Protestanten beruhigt in die Zukunft blicken lassen, obwohl sie zahlenmäßig in die Minderheit gerieten.

Wie man sich in Kaufbeuren die konkrete Arbeit des Volksvereins vorstellte, macht die zweite Versammlung deutlich. Es ging weniger darum, eigene Interessen zu artikulieren oder gar praktische Maßnahmen zur Durchsetzung von Verfassung und Grundrechten zu ergreifen, im Vordergrund stand vielmehr politische Fortbildung durch Referate von Gastrednern. *„Die am 22. April abgehaltene 2te Volks-Vereins-Versammlung zeigte schon regere Theilnahme, edleres Auffassen der hohen Wichtigkeit der Zeitfragen von Seiten früherer Abteiler, Luftschauer und Fenstermacher. Leider gestattete die gänzliche Unwegsamkeit vielen Fremden nicht, der Versammlung beizuwohnen; in deßen brachte der Frühbahnzug uns doch sehr ehrenwerthe Gäste aus Augsburg, darunter namentlich den Vorstand des dortigen „deutschen Vereins“ Herrn Dr. Fischer. Nach umfassender Erörterung über deutsche Fragen, von Seite des Vorsitzenden, Herrn Accessisten Fleißner, wurden Einläufe auswärtiger Vereine vorgelesen, worauf sich dann Herr Dr. Fischer das Wort erbat und in gehaltvoller, kurzer Rede, würdig ernster Sprache und hinreißendem Vortrage die mächtige Bedeutung der Ereignisse der Gegenwart, und dessen was Recht ist und Noth thut, von Fürsten und Bettler, berührte und allgemein stürmischen Beifall fand. Möchte dieser edle Volksfreund uns bald wieder besuchen; ja, um der guten Sache willen wird er es auch thun; (...) Nicht ein einziges Wölkchen des Neides störte das Bruderschaft. Alles war voll Freude und edlen Muthes; und wenn Brougham sagt, daß die gesprächige Unzufriedenheit ein Zeichen liberaler Regierung sey, denn nur der Slave schweigt – so gehören wir am letzten Sonntag zum glücklichsten Völkchen der Welt.“*⁴²²

Die lebhafteste Diskussion am Ende der Versammlung zeigte, dass es genügend Fragen gab, über die dringend hätte beraten und beschlossen werden müssen. Bereits am nächsten Tag sollten die Dinge eine dramatische Wendung nehmen.

⁴²² Ebda., Augsburger Anzeigblatt, Nr. 117, 29.4.1849.

Die Reichsverfassungskampagne

Im Januar 1849, nach der Verabschiedung der Grundrechte, hatten in der Paulskirche die Abstimmungen über die Reichsverfassung begonnen. Strittige Punkte waren vor allem die Frage des Staatsoberhauptes, das Verhältnis der Zentralgewalt zu den Einzelstaaten und vor allem das kaum lösbare Problem der Einbindung der Habsburgermonarchie in den deutschen Gesamtstaat. Nach leidenschaftlichen Debatten, schmerzhaften Kompromissen, begleitet von zum Teil seltsamen taktischen Bündnissen der Fraktionen einigte sich die Mehrheit auf einen sehr ausgewogenen Verfassungsentwurf: Eine starke Zentralgewalt sollte für die Außenpolitik, das Reichsheer und wichtige Bereiche der Wirtschaftspolitik zuständig sein. Die Gesetzgebung lag eindeutig beim Parlament, dem zukünftigen Kaiser sollte nur ein aufschiebendes Veto zustehen. Der Volksvertretung, die auf sehr demokratische Weise gewählt werden sollte, standen erhebliche Möglichkeiten politischer Gestaltung offen. Allgemein verbindliche Grundrechte und ein Reichsverfassungsgericht verstärkten den einheitlichen Charakter des neuen deutschen Staates. Auf der anderen Seite blieb der föderalistische Aufbau des Reiches aber unangetastet. Damit wurde der Loyalität großer Teile der Bevölkerung gegenüber ihren traditionellen Dynastien Rechnung getragen. Die Herrschaft des mit großen Rechten ausgestatteten Kaisers wurde nicht mehr durch das Gottesgnadentum legitimiert. Er sollte sich „Kaiser von Deutschland“ nennen und seine Krone weitervererben.

War man zu Beginn der Revolution noch einhellig der Meinung gewesen, dass die deutschsprachigen Teile der Habsburgermonarchie selbstverständlich Teil des Reiches sein sollten, so stellte sich dieses Vorhaben als immer undurchführbarer heraus, setzte es doch die freiwillige Auflösung des Habsburgerreiches voraus. Je mehr sich in der Phase der Gegenrevolution die Stellung des österreichischen Kaisers stabilisierte, um so weniger war man zu Schritten in diese Richtung bereit. In Frankfurt bewegte sich deshalb die Entwicklung auf die so genannte kleindeutsche Lösung zu, d.h. auf einen deutschen Nationalstaat ohne die Österreicher.

Da aufgrund der österreichischen Politik ein habsburgisches Kaisertum nicht in Frage kam, lief nun alles auf den preußischen König als zukünftiges Staatsoberhaupt zu. Um Friedrich Wilhelm IV. als Kaiser durchzusetzen, musste die liberal-konservative Parlamentsmehrheit der Linken in vielen Punkten entgegenkommen, mit der Folge, dass die Gesamtverfassung letztlich demokratischer ausfiel, als es sich die Mehrheit ursprünglich wohl vorgestellt hatte. So bilanziert W. Siemann, dass die geplante Verfassung „mit Recht als eine der fortschrittlichsten unter den europäischen Konstitutionen der Jahrhundertmitte“ gelten könne, sie stelle ein Modell für alle folgenden deutschen Verfassungen dar.⁴²³

Am 28. März 1849 wählten die Abgeordneten den preußischen König zum zukünftigen Kaiser und unterzeichneten die Verfassung. Von ihrem Souveränitätsrecht Gebrauch machend, verhandelte die Nationalversammlung nicht mit den Einzelstaaten, sondern setzte das Verfassungswerk am 1. April 1849 in Kraft. Es lag nun an den Einzelstaaten, darauf zu reagieren. Bis zum 14. April hatten bereits 28 deutsche Staaten ihre Zustimmung übermittelt, es fehlten jedoch die wichtigen großen Territorien wie Österreich,

⁴²³ Siemann, *Revolution*, S. 198.

Preußen, Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg. Friedrich Wilhelm IV. hatte bereits am 3. April der Paulskirchenabordnung eine diplomatisch verbrämte Absage erteilt. Einer romantisch verklärten, rückwärts gerichteten Herrschaftsideologie nachhängend, wollte er keine Krone mit dem „*Ludergeruch der Revolution*“, keine Verfassung, die er als „*Hundehalsband*“ empfand.⁴²⁴ Am 28. April lehnte der preußische König definitiv Kaiserkrone und Verfassung ab.

Die Verlegenheit, in die er damit die Parlamentsmehrheit stürzte, war groß. Wie sollte es jetzt weitergehen? Wäre ein anderer Monarch als Kaiser denkbar? Würde das Preußen akzeptieren? Sollte man nochmals die revolutionäre Karte spielen und den offenen Bürgerkrieg riskieren?

Das Parlament entschied sich zwar am 4. Mai mit denkbar knapper Mehrheit von zwei Stimmen dafür, Regierungen, Parlamente und die Bevölkerung zur Durchsetzung der Verfassung aufzurufen, aber die meisten Abgeordneten verließ sehr bald der Mut, auf diesem Weg weiterzugehen. Immer mehr gemäßigt liberale Abgeordnete - darunter auch der Kaufbeurer Dr. Barth - legten ihr Mandat aus Resignation oder Enttäuschung nieder und verließen das Parlament. Übrig blieben die Parlamentarier der Linken, die die Stellung nicht kampflos aufgeben wollten und die letzte Welle der Revolution unterstützten.

Bereits am 11. April hatte der Zentralmärzverein begonnen, die Bewegung für die Verfassung zu organisieren. In einem Aufruf hieß es: „*Wir erwarten von den Märzvereinen, daß sie alle ihre Kraft, allen ihren Einfluß daran setzen, um die dem ganzen Vaterland drohenden Gefahren zu beschwören und abzuwenden. Die Nationalversammlung steht in der vorersten Reihe (...) Aber sie entbehrt der materiellen Macht. Leibt ihr darum die moralische Macht, welche keine Bajonette und Kanonen überwinden (...) Benutzt alle Waffen, die das Gesetz und euer Gewissen euch gestatten (...) Erhebt eure mächtige Stimme in den Einzelstaaten und laßt eure Regierungen wissen, daß Deutschland seit dem 28. März 1849 eine rechtsgültige Verfassung besitzt und daß keine Regierung befugt ist, das geringste daran zu ändern.*“⁴²⁵ Wie Friedrich Engels scharfsinnig bemerkte, ergab sich seit April 1849 eine seltsame Konstellation: „*Denjenigen, denen es ernst war mit der Bewegung, war es nicht ernst mit der Reichsverfassung, und denen es ernst war mit der Reichsverfassung, war es nicht ernst mit der Bewegung.*“⁴²⁶ Die Linke, der die Verfassung zu wenig demokratisch war, mobilisierte zu ihrer Verteidigung, während die Gemäßigten, deren Handschrift die Reichsverfassung eigentlich trug, sich resigniert zurückzogen und den Dingen bald ihren Lauf ließen.

Bayern lehnt die Verfassung ab

Ähnlich wie schon der württembergische Monarch lehnte auch König Max II. die Reichsverfassung ab. Waren es im Falle des Nachbarstaates vor allem Vorbehalte gegen die Führungsrolle Preußens gewesen, so argumentierte die bayerische Regierung in ihrer Ablehnung am 23.4.1849 viel grundsätzlicher. „*Die bayerische Regierung hat niemals*

⁴²⁴ Zitiert nach: Siemann, *Revolution*, S. 201, 203.

⁴²⁵ StAKe, *Kemptner Zeitung*, Nr. 109, 19.4.1849.

⁴²⁶ Zitiert nach: Calließ, *Militär in der Krise*, S. 175, Anm. 528.

anerkannt, daß der nach Frankfurt a.M. berufenen Nationalversammlung das Recht zustehe, die deutsche Verfassung einseitig ohne Zustimmung der Regierungen festzulegen“, hieß es in einer brüskten Stellungnahme. Folgerichtig erklärte man, dass sie der „Reichsverfassung, wie sie von der Nationalversammlung in zweiter Lesung beschlossen worden ist (...) ihre Zustimmung nicht erteilen kann.“ Kritikpunkte waren vor allem der Ausschluss Österreichs, ein zu starker Zentralismus, ein zu starker Einfluss des Parlaments und ein zu demokratisches Wahlrecht. Der Kompromisscharakter der Verfassung würde sehr schnell zu instabilen politischen Verhältnissen führen und darüber hinaus die Gefahr bergen, „den Süden Deutschlands dem Norden zu unterwerfen und dadurch die materiellen Interessen des Südens im höchsten Grade zu beeinträchtigen.“⁴²⁷

In Fragen materieller Interessen durchaus kompetent, antwortete der Kaufbeurer Gesamtmagistrat schon zwei Tage später mit einer Adresse:

„Allerdurchlauchtigster Großmächtigster König! Allergnädigster König und Herr!

Die Geschicke Deutschlands sind in einen Wendepunkt getreten, wo es sich entscheiden muß, ob Deutschland fortan den ihm gebührenden Platz einer Großmacht unter den europäischen Staaten einnehmen und all der Vortheile theilhaftig werden soll, welche ihm nur die staatliche Einigung bieten kann und welche die deutschen Einzelstaaten für sich allein nimmermehr zu erreichen vermögen, oder ob der große Gedanke eines einigen, mächtigen Deutschlands wie ein Traumbild der Phantasie zerfließen soll.

Das deutsche Volk erblickt in der unbedingten Annahme der von seinen Vertretern geschaffenen Reichsverfassung - wenn es auch erkennt, daß dieselbe, wie jedes Menschenwerk von Mängeln nicht frei sein mag, - das einzige Mittel, den Gedanken der Einigung zu verwirklichen und einem Übergangs-Zustande ein Ende zu machen, unter dem Handel und Gewerbe nun schon lange genug leiden und welcher das Vertrauen in die öffentlichen Zustände nicht aufkommen läßt. Nachdem 28 kleinere deutsche Regierungen sich für unbedingte Anerkennung der von der National-Versammlung geschaffenen und verkündeten Reichsverfassung bereits ausgesprochen und zu erkennen gegeben haben, wie der Standpunkt der Vereinbarung unbaltbar sein dürfte, blickt das deutsche Volk mit ängstlicher Spannung auf die Entscheidung derjenigen Einzelstaaten, welche ihre Erklärung bisher noch zurückgehalten haben, es blickt insbesondere das bayerische Volk auf seinen König, dessen Entscheidung ein so großes Gewicht in die Waagschale der Geschicke Deutschlands zu legen bestimmt ist.

Wir verkennen nicht die Größe, die Schwere des Opfers, das von Eurer Majestät gefordert wird; Ew. k. Majestät sollen sich gleich den übrigen Einzelstaaten bezüglich derjenigen Aufgaben des Staates, welche von den Einzel-Regierungen für sich allein nicht genügend erfüllt werden können, Ihrer Regierungs-Gewalt begeben und einer höheren Gewalt unterordnen, allein der Preis dieses Opfers ist kein geringerer als die Verwirklichung der Idee der deutschen Einheit, die Gründung eines neuen festen und gesicherten Rechtszustandes in Deutschland während auf der anderen Seite, wenn dieses Opfer verweigert wird, Deutschland einer Zukunft entgegen geht, der es mit ängstlicher Sorge entgegenblicken mußte.

Wir zweifeln keinen Augenblick, daß Euer königl. Majestät Hochherzig genug sind Ihrem biedernden, treuen Volke auch das schwerste Opfer zu bringen, sobald Allerhöchstdieselben die Ge-

⁴²⁷ Zitiert nach: Zwehl, K.v. (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 3, Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1985, S. 269f.

wißheit haben, daß Sie dadurch auch wirklich einem **allgemeinen** Wunsche des Volkes entgegenkommen.

Bei der unberechenbaren Wichtigkeit, bei dem großen Ernste des Augenblicks, von dem die künftigen Geschicke Deutschlands, das Wohl und Weh von Millionen abhängen, drängt es die loyalen Bürger hiesiger Stadt, durch den Mund ihrer gesetzlichen Organe, der beiden Collegien des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten Eure königliche Majestät allerehrfurchtsvoll zu bitten, alsbald die Stände des Reichs um sich zu versammeln um aus deren Munde die Wünsche des Landes bezüglich auf die Annahme der Reichsverfassung zu vernehmen.

Wird sich dann, wie wir nicht zweifeln, das bayerische Volk durch seine Vertreter für unbedingte Geltung und Einführung der Reichsverfassung aussprechen, so bitten und beschwören wir Eure königl. Majestät, das oben angedeutete große Opfer zum Wohle Deutschlands zu bringen, die Liebe Ihres biedern loyalen Volkes wird es Ihnen reichlich lohnen!“⁴²⁸

Dass sich der Landtag mit seiner linksliberalen Mehrheit für die Annahme der Reichsverfassung aussprechen würde, stand außer Zweifel. Dass sich die Kaufbeurer Gemeindevertretung auf einen einstimmig angenommenen Text einigen konnte, erstaunt schon eher.⁴²⁹ Es war wohl der Gestus der respektvoll vorgetragenen Bitte, der es auch den konservativ-katholischen Räten ermöglichte, der Adresse zuzustimmen. Anderswo formulierte man weniger untertänig. Das begann schon bei der Anrede. So stimmte man unter den Gemeindebevollmächtigten Nürnbergs darüber ab, ob der König mit der offiziellen Titulatur (wie in Kaufbeuren) oder mit der gerade noch den Höflichkeitsregeln entsprechenden Formulierung „Königliche Majestät“ angesprochen werden sollte.⁴³⁰ Auch der Günzburger Magistrat wählte in seiner Adresse die Kurzform und verzichtete nicht auf den Hinweis, „daß nur dann, wenn Fürst und Volk Hand in Hand gehen, die Liebe des Volkes und aufopfernde Begeisterung für ihn sich erwarten läßt. Alles andere ist erzwungener Schein, der mit der Notwendigkeit schwindet.“⁴³¹ Auf solche versteckten Drohungen, dass die Loyalität der Bevölkerung auch aufgekündigt werden könnte, verzichtete man in Kaufbeuren vollständig. Wie hätte das Kaufbeurer Hauptargument, dass die Reichsverfassung auf allgemeine Zustimmung stoße, auch überzeugen können, wenn ein Teil der Räte eine deutlicher formulierte Adresse nicht akzeptiert hätte. Ein verbindlicher Text erschien den Kaufbeurer Liberalen nicht nur Erfolg versprechender, sondern auch dem inneren Frieden der Stadt zuträglicher. Denn am 24.4. hatte sich der Vorstand des Volksvereins im Namen der Kaufbeurer Mitglieder bereits an einer Adresse der Kemptener beteiligt, die an die Abgeordneten in Frankfurt gerichtet war. Diese wurden an ihre Aufgabe erinnert, aus eigener Souveränität einen neuen freien Staat zu schaffen und nicht nur bescheidene Anträge zu beraten. „Haltet Stand bis zum Äußersten und vertraut dem Volke“, hieß es aufmunternd in dem Antrag der beiden Volksvereine.⁴³² Mit dieser schnellen Reaktion hatte sich die Kaufbeurer Stadtspitze auch die Federführung bei der Formulierung gesichert. Jedes längere Zuwarten hätte möglicherweise eine Adresse des Volksvereins mit Bürgerbeteiligung hervorgerufen, die im Ton ver-

⁴²⁸ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 28.4.1849, S. 73f.

⁴²⁹ Ebda.

⁴³⁰ Bühl, Ch., Revolution, Demokratie, Reichsbewusstsein – Nürnberg 1848/49, in: MVGN 85 (1998), S. 221.

⁴³¹ STAA, Regierung, Nr. 6786, beigelegtes Günzburger Wochenblatt vom 2.5.1849.

⁴³² DBA 51/431, Petition aus Kempten vom 22.4.1849 mit dem Kaufbeurer Anhang vom 24.4.1849.

mutlich schärfer ausgefallen wäre. Mit dieser Adresse erschöpfte sich aber auch schon das Engagement des Magistrats. Auch daran wird deutlich, dass der Text offenbar das Äußerste war, worüber sich in den Gemeindegremien ein Konsens erzielen ließ. Dabei wäre den Magistraten in dieser Situation eine wichtige Rolle zugefallen. So war die Kehrtwendung des württembergischen Königs, er erkannte am 25. April die Reichsverfassung doch noch an, nicht zuletzt auf das Drängen der dortigen Gemeindevertretungen erfolgt.⁴³³ Es war der Nördlinger Bürgermeister Karl Brater, der für Bayern etwas Ähnliches versuchte. Am 22. Mai stellte er seinen Plan zur Diskussion: 130 schwäbische und fränkische Stadtgemeinden sollten zu einer großen gemeinsamen Deputation bewogen werden, *„um dem König und dem Staatsministerium das Verlangen nach Anerkennung der Reichsverfassung vorzutragen. Es ist unnötig, die immer näher heranrückende Gefahr des Bürgerkriegs zu erörtern, noch unnötiger, die heilige Pflicht geltend zu machen, welche den gesetzlichen Organen der Gemeinden nichts unversucht zu lassen gebietet, was zur Abwendung dieser Gefahr beitragen könnte.“*⁴³⁴ Die angeschriebenen Magistrate wurden um strenge Geheimhaltung und um eine unverzügliche Antwort gebeten. Sollte mehr als ein Drittel der Rückmeldungen Ablehnung signalisieren, würde man den Plan fallen lassen. Als die Regierung in Augsburg von diesem Vorhaben erfuhr, die Gemeinde Greding hatte die Einladung an die Behörden weitergeleitet, setzte man alle Hebel in Bewegung, um die Magistrate von einer Beteiligung an der Deputation abzubringen. Dementsprechend sah das Ergebnis dann aus. Aus Schwaben sagten lediglich die Städte Kempten, Lindau, Füssen, Immenstadt, Höchstädt, Memmingen, Weißenhorn und Gundelfingen zu. Keine Antwort kam aus Augsburg, Burgau, Dillingen, Günzburg, Leipheim, Mindelheim, Monheim, Öttingen und Ottobeuren. Ablehnend äußerten sich Kaufbeuren, Wemding, Neuburg, Donauwörth und Lauingen. Der Kaufbeurer Magistrat begründete seine Ablehnung mit der Bemerkung: *„Es sei zu spät.“*⁴³⁵ Objektiv war diese Einschätzung sicher zutreffend. Gleichzeitig enthielt der Satz aber das Eingeständnis, dass es einen richtigen Zeitpunkt gegeben hätte, den man aus allzu großer Vorsicht ungenutzt hatte verstreichen lassen.

Volksversammlungen

Dass die Magistrate sich nicht an die Spitze der Verfassungskampagne setzen konnten und wollten, lag an ihrer verfassungsrechtlichen Stellung und ihrer heterogenen Zusammensetzung. Das Recht, in dieser Frage als Vertretungskörperschaft eine offizielle politische Erklärung abzugeben, wurde von der Kreisregierung energisch zurückgewiesen,⁴³⁶ und da man in vielen Fragen auf das Wohlwollen der Regierung angewiesen war, gehörte Konfliktbereitschaft nicht zu den hervorstechendsten Eigenschaften der meisten Gemeindevertretungen. Zudem saßen ja nicht nur Liberale aller Schattierungen in den Gremien, sondern auch Konservative, die für ein solches Vorgehen kaum zu gewinnen waren.

⁴³³ Kessler, H., Politische Bewegung in Nördlingen und dem bayerischen Ries während der deutschen Revolution 1848/49, München 1939, S. 263.

⁴³⁴ Ebda., S. 264.

⁴³⁵ Ebda., S. 270.

⁴³⁶ Ebda., S. 266f.

Außerhalb der Gemeindekollegien brauchte man solche Rücksichten nicht zu nehmen. Jetzt schlug die Stunde der politischen Vereine, schien doch die Entwicklung in Württemberg zu beweisen, dass die Mobilisierung der Bevölkerung ein Erfolg versprechender Weg sein könnte. Was zu Jahresbeginn bei der Debatte um die Grundrechte an Aktionsformen eingeübt worden war, darauf konnte man jetzt in großem Stil zurückgreifen: Massenmobilisierung durch Volksversammlungen und Bürgeradressen. Eine Welle von Großveranstaltungen überzog in dichter Folge ganz Schwaben. Die beeindruckende Zahl der Teilnehmer belegte immer wieder aufs Neue den Grad der erreichten Politisierung.

Da die Volksversammlung in Buchloe (29. April) nicht nur die erste große Aktion war, an der sich der Kaufbeurer Volksverein beteiligte, sondern auch vom „Deutschen Verein“ aus Augsburg, dem der Kaufbeurer Verein nahe stand, organisiert wurde, bietet es sich an, die Dramaturgie einer solchen Veranstaltung an diesem Beispiel zu studieren. Der Plan zu dieser Volksversammlung war in Augsburg entstanden. Am Mittwoch, dem 25. April, wurde unter dem Eindruck der veränderten Lage in Württemberg auf der Mitgliederversammlung des „Deutschen Vereins“ der Beschluss gefasst, in Buchloe eine öffentliche Versammlung zu organisieren, *„damit sich dort alle gleichgesinnten Vereine und Bürger schaaren, um eine riesige Adresse zu Stande zu bringen.“*⁴³⁷ Dass die Wahl gerade auf Buchloe fiel, hatte mit der günstigen Verkehrslage dieses Ortes zu tun. Von Augsburg und Kaufbeuren aus konnte man mit der Eisenbahn anreisen und auch die Landsberger mussten keine allzu weite Anfahrt in Kauf zu nehmen. Eine Zeitungsanzeige warb bereits am nächsten Tag für diese Veranstaltung, worin *„die freisinnigen Vereine und Alle, die außerhalb der Vereine stehend, sich zu liberalen Grundsätzen bekennen“* eingeladen wurden.⁴³⁸ Die massive Werbung im „Augsburger Anzeigblatt“ macht auch deutlich, dass sich die Buchloer Versammlung für den „Deutschen Verein“ zur Prestigeangelegenheit entwickelte, da der konkurrierende Augsburger „Märzverein“ für denselben Tag eine eigene Großveranstaltung plante. Deshalb wurde angekündigt, dass die Augsburger Liedertafel bereits ihr Kommen zugesagt habe und auch die Mitglieder des Gewerbevereins wurden eigens darauf aufmerksam gemacht, dass man sich am Bahnhof - vor der um 8.00 Uhr geplanten Abfahrt - bei der Vereinsfahne treffe.⁴³⁹ Ein geschickt platzierter Leserbrief tat ein Übriges, um die Augsburger zu motivieren: *„(...) so wollen auch wir an diesem Tage uns brüderlich die Hand reichen, und uns verpflichten, mit Gut und Blut einzustehen zur Erlangung für die uns von unseren gesetzlichen Vertretern in Frankfurt gegebene Verfassung. – Der Himmel wird uns hiezu günstig seyn, darum auf nach Buchloe! Ein Patriot.“*⁴⁴⁰

Zumindest dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Am Sonntag, dem Tag der Veranstaltung, regnete es in Strömen. Aus diesem Grund hatten sich auf dem Kellerberg außer den Augsburgern und Kaufbeuern nur etwa 400-500 Menschen eingefunden.⁴⁴¹ Der ritualisierte Ablauf sah nun vor, dass man sich in eine Rednerliste eintragen konnte. Dadurch sollte der Charakter einer wirklichen Volksversammlung gewahrt werden,

⁴³⁷ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 115, 27.4.1849.

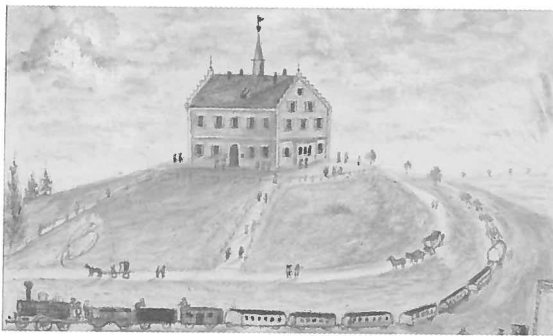
⁴³⁸ Ebda.

⁴³⁹ Ebda., Augsburger Anzeigblatt, Nr. 116, 28.4.1849.

⁴⁴⁰ Ebda.

⁴⁴¹ STAA, Regierung, Nr. 9725, Stimmungsbericht des Türkheimer Landrichters vom 4.5.1849.

obwohl die Organisation von einer Partei übernommen wurde. Um 11.00 Uhr wurde die Versammlung vor einer entfalteten schwarz-rot-goldenen Fahne von Dr. Stanislaus Fischer, dem Vorsitzenden des Augsburgers Vereins, mit einer Grundsatzrede eröffnet. Er sprach über die *„dermaligen Zustände und deren Ursachen, sowie über die dadurch dringend gebotene Nothwendigkeit der Anerkennung der deutschen Reichsverfassung.“*⁴⁴² Zum selben Thema äußerten sich dann der Vorsitzende des Kaufbeurer Volksvereins, Maximilian Fleißner, und der Augsburgers Rechtspraktikant Lunglmayr. Aber die Anwesenden sollten nicht nur den Reden und den Liedern zuhören, sondern vor allem den Text der Adresse mit ihrer Unterschrift unterstützen. Vermutlich stellte Fischer die Augsburgers Adresse des Vereins zur Diskussion, in der zunächst das monarchische Prinzip unterstützt und alle republikanischen Bestrebungen verurteilt wurden. Nach diesen eher zur Beruhigung dienenden Passagen kam man dann doch recht deutlich zur Sache. Zwar wurden Mängel in der Reichsverfassung zugestanden, aber deren Beseitigung sei Aufgabe des Parlaments und kein hinreichender Grund zur Ablehnung. *„Wir wagen daran zu erinnern, wie viele und große, leider wie oft danklose Opfer das deutsche Volk freudigen Muths für seine Fürsten gebracht. So ist es wohl recht und billig, daß, in dieser großen Entscheidungsstunde des Vaterlandes, endlich die Fürsten sich zu einem Opfer für die Völker ermannen – zu einem Opfer in frischer That, nicht bloß in ungewissen Zusagen auf eine ungewisse Zukunft. (...) Unsere Stadt hat (...) nicht vergessen, noch vergessen können, daß sie früher deutsch war als bayerisch. Nicht bloß Altbayern, auch Schwaben und Rhein- und Mainfranken leben unter dem Scepter der Wittelsbacher; hoffen noch ferner hin in Lehenstreue unter ihnen zu verharren; allein das Gefühl dieser Stämme zwischen Bayern und Deutschland zu spalten, das – bei Gott – wäre nicht wohlgetan, und das möge Eure Majestät Regierung vermeiden.“*⁴⁴³ In welchem Umfang die Adresse diskutiert wurde, wissen wir nicht. Akklamation reichte für ihre Annahme aus, die Zahl derjenigen, die dann tatsächlich unterzeichneten, braucht aber keineswegs mit der Zahl der Zuhörer übereinzustimmen. Der Stimmungsbericht des Buchloer Landrichters deutet zumindest an, dass sich die Begeisterung der Landbevölkerung in Grenzen hielt.⁴⁴⁴ Nachdem der offizielle Teil beendet war,



Wirtshaus und Eisenbahnhaltestelle: Der Kellerberg in Buchloe, Ort einer der vielen Volksversammlungen (Schropp, Nr. 263)

schloss sich noch ein Festessen an, in dessen Verlauf Dr. Fischer und Albrecht Volkhart mit den Gästen weitere, wahrscheinlich auch politisch intensivere Gespräche führen konnten.

Worüber sich die heimreisenden Augsburgers und Kaufbeurer in ihren Zugabteilen unterhielten, ob sie die Teilnahme an der Buchloer Versammlung für einen Gewinn oder für einen verlorenen Tag ansahen, ist nicht überliefert. Entmutigen –

⁴⁴² StBA, Augsburgers Anzeigblatt, Nr. 118, 30.4.1849.

⁴⁴³ Ebda.

⁴⁴⁴ STAA, Regierung, Nr. 9707, Stimmungsbericht vom 12.6.1849.

auch vom Regen - ließen sie sich jedenfalls nicht, denn eine Woche später standen für sie schon die nächsten Massenveranstaltungen auf dem Programm: die Volksversammlungen in Erpfting bei Landsberg und in Kempten.

Dass die politischen Vereine sich mit Delegationen an vielen Versammlungen beteiligten, hatte sicher mehrere Gründe. Zum einen war es ein Akt der Solidarität und auch der Selbstermutigung, zum anderen diente es der gegenseitigen Vernetzung. Nicht zuletzt wurde auch die Neugierde befriedigt, konnte man doch die bekannten politischen Matadore einmal von Angesicht zu Angesicht erleben. Die Buchloer Versammlung wurde eindeutig von Dr. Fischer beherrscht, den die Kaufbeurer ja schon auf ihrer letzten Volksvereinsversammlung als beeindruckenden Redner erlebt hatten. Die Versammlung in Erpfting wurde ebenfalls von keinem Unbekannten einberufen. Joseph Völk, Mitarbeiter einer Landsberger Anwaltskanzlei, war vielen noch vom großen Freicorps-Treffen her in Erinnerung. Auch er favorisierte, ähnlich wie Barth und Fischer, einen deutschen Staat unter preußischer Führung, eine Haltung, die in Schwaben keineswegs auf besondere Gegenliebe stieß. Dafür gehörte er aber zu einer Spezies politischer Naturtalente, die aufgrund ihres Temperaments und ihrer rhetorischen Fähigkeiten Säle füllen konnten. Darüber hinaus zeichnete er sich in schwierigen Situationen durch beachtliche Nervenstärke aus. Ihm war es zu verdanken, dass die Mindelheimer Volksversammlung vom 24. April nicht in einem Fiasko für die Liberalen endete. Offenbar hatte er die richtige Art gefunden, mit konservativen Störern fertig zu werden und die Versammlung wieder ins Laufen zu bringen.⁴⁴⁵ Selbst massive Drohungen, wie „*Fort muß er binnen 48 Stunden lebendig oder todt!*“ oder er solle sehen, dass er lebendig wieder zurückkomme, wenn er nach Erpfting gehe, hielten ihn am 6. Mai nicht davon ab, auf seinem Recht zur politischen Betätigung zu bestehen.⁴⁴⁶

Zeigt das Beispiel der Erpftinger Versammlung, mit welchen Problemen auch gemäßigte Liberale in einem weitgehend konservativen Umfeld zu kämpfen hatten, so demonstrierte die Kemptener Veranstaltung, wie sehr sich monatelange mühsame Arbeit auszahlen konnte. Die Kemptener Volksversammlung wurde zu einem Triumph für Balthasar Waibel, den Redakteur der „Kemptner Zeitung“ und führenden Kopf der Allgäuer Linksliberalen. Noch nie waren im Allgäu so viele Menschen zu einer Veranstaltung geströmt. 42 politische Vereine aus ganz Schwaben, aber auch aus Württemberg, hatten Abordnungen gesandt, so dass über 10 000 Zuhörer zusammenkamen. Über mehrere Stunden folgten die Menschen konzentriert den zahlreichen Rednern.⁴⁴⁷ Das war für Redner und Zuhörer an sich schon eine bemerkenswerte Leistung, wenn man bedenkt, dass man ohne Mikrophone und Lautsprecher auskommen musste. Auf dem Höhepunkt der Veranstaltung verlas Waibel eine Adresse an die Abgeordneten des Landtags, in der er mit der Münchener Regierung hart ins Gericht ging: „*In keinem deutschen Lande brüstet man seit Jahren sich von oben gewaltiger mit deutscher Gesinnung als in Bayern. König Ludwig nahm von seinen Schmeichlern den Titel 'Teutschester der Teutschen' an und die königliche Proklamation vom 6. März 1848 schließt mit dem Ausrufe: 'Alles für Deutschland!' Das große, einige Deutschland!' tönt es beständig in unseren Ohren. Was aber*

⁴⁴⁵ StALL, Landsberger Volksblatt, Nr. 1, 5.5.1849.

⁴⁴⁶ Ebda., Landsberger Volksblatt, Nr. 2, 12.5.1849.

⁴⁴⁷ Bachmann, Volksbewegung im Allgäu, S. 112ff.

all' die hohen Worte von Deutschlands Einheit und Größe zu bedeuten haben, ist schon längst kein Geheimnis mehr: Wir wissen, daß sie nichts sind als leerer Schall, nur gebraucht, um der Herrschsucht und den sonderbündlerischen Bestrebungen der Gewalthaber den täuschenden Firniß des Patriotismus zu verleihen. Demungeachtet wurden wir durch die bayerische Erklärung vom 23. April gegen die Reichsverfassung überrascht. Eine Regierung, die selbst den Märzstürmen ihr Dasein verdankt, verläugnet mit kecker Stirne ihren Ursprung. Sie weiß nichts von der Märzrevolution, nichts vom Vorparlament und vom Fünfzigerausschuß; sie kennt und respektiert nur die Metternichschen Protokolle und den Bundestag (...) Die vom Parlament beschlossene Reichsverfassung wird von unserer Regierung unter anderem aus der Ursache verworfen, weil sie das Stammesbewußtsein in den Einzelländern tötete. Sind denn aber die bayerischen Minister noch so jung, oder glauben sie, wir hätten ganz vergessen, auf welche Weise die bayerische Krone verfuhr, als sie unser Land in Besitz nahm? Wurden wir etwa gefragt, ob wir von unseren Stammesgenossen in Schwaben losgerissen und Bayern einverleibt sein wollen? Hat man uns nicht die Faust in den Nacken gesetzt, als wäre das Land mit dem Schwert erobert? Die Erinnerung hieran lebt noch im Gedächtnisse von Tausenden, und die Minister thun schwerlich klug, uns zu zwingen, sie wieder aufzufrischen. Unter Verletzung der feierlichsten Versprechen zur Aufrechterhaltung der alten Rechte und Verträge wurde die rücksichtsloseste Gewaltherrschaft geübt, das verhaßte althayerische Beamtenwesen mit seiner Kriecherei nach oben und seiner Grobheit nach unten uns aufgedrängt und durch eine maaßlose Centralisation das provinzielle Leben zu vernichten gesucht. Wenn wir aber unser Stammesbewußtsein für die bayerische Staatseinheit hingeben konnten, warum sollten wir nicht mit Freuden bereit sein, es dem größeren Zwecke der deutschen Einheit zum Opfer zu bringen? (...) Vertreter des Volks! (...) Man kann euch vertagen, auflösen, verhöhnen, aber nicht verleiten, daß ihr das Vaterland verrathet. Das Volk wird euch schützen!“⁴⁴⁸ Anschließend wurde die Adresse per Akklamation gebilligt und von 7118 Menschen unterschrieben⁴⁴⁹. Allein schon die Prozedur der Abstimmung, der Moment, in dem viele Tausend Zuhörer ihre Hand hoben, muss auf die Beteiligten großen Eindruck gemacht haben.⁴⁵⁰ Die Anwesenheit so vieler gleich gesinnter Menschen vermittelte Zuversicht, zumindest für eine kurze Zeit. Auch das Gedicht eines Teilnehmers aus Kaufbeuren, das die Erinnerung an Robert Blum heraufbeschwor, gab diese entschlossene Jetzt-erst-Recht-Stimmung präzise wieder:⁴⁵¹

*Die Linken
Erinnerung an den 6. Mai in Kempten*

*Es haben wackre Männer
Zusammen sich gethan;
Zu kämpfen für die Freiheit
Auf der gerechten Bahn.*

⁴⁴⁸ StAKe, Kemptner Zeitung, Volksvereins-Blatt, Nr. 7, 9.5.1849.

⁴⁴⁹ Ebda., Volksvereinsblatt, Nr. 9, 23.5.1849.

⁴⁵⁰ Ebda., Volksvereins-Blatt, Nr. 7, 9.5.1849.

⁴⁵¹ Ebda., Kemptner Zeitung, Volksvereins-Blatt, Nr. 8, 16.5.1849.

*Zu kämpfen für die Rechte,
Der deutschen Nation,
Die uns sind vorenthalten
An stolzer Fürsten Thron.
(...)
Auch uns soll nicht erschrecken
Der Tod, noch Kerkers Nacht –
Bis unser aller Streben
Das große Werk vollbracht.
(...)*

Wir wissen nicht, welche Mitglieder des Kaufbeurer Volksvereins in Kempten waren, wer nach Erpfting fuhr, ist bekannt: der Vorsitzende Maximilian Fleißner, Bürgermeister Heinzelmann, der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten Friedrich J. Roth sowie die Großhändler Schäfer und Elch.⁴⁵² Ob sich mit dieser Aufteilung schon die Spaltung des Kaufbeurer Volksvereins in gemäßigte und radikalere Mitglieder andeutete, kann nicht bewiesen werden, ist aber durchaus denkbar. Die Anlehnung des Kaufbeurer Vereins an den „Deutschen Verein“, wie er in Augsburg und Landsberg existierte, wurde offenbar nicht von allen Mitgliedern gutgeheißen. Als nämlich am 25. April der neue Stadtarzt Kaufbeurens, Dr. Jakob Lodter, seine Praxis eröffnete,⁴⁵³ wurde er von seinen „Freunden und Verehrern“ schon sehnlichst erwartet⁴⁵⁴ – eine Bemerkung, die erst dann Sinn gibt, wenn man weiß, dass Dr. Lodter den „Märzverein“ von Oberstaufen gegründet und geleitet hatte.

Wie dem auch immer gewesen sein mag, der Kaufbeurer Verein hatte inzwischen an ausreichend vielen Veranstaltungen teilgenommen oder sogar mitgewirkt, so dass man jetzt an die Organisation einer eigenen großen Versammlung denken konnte.

Für den 13. Mai, einen Sonntagnachmittag, wurde eine Versammlung in Kaufbeuren angekündigt. Bei schlechtem Wetter sollte sie im Saal der Hirsch-Wirtschaft, bei gutem Wetter im Tänzelhölzchen stattfinden. Bezeichnend war die ausgewogene Zusammensetzung der Rednerliste: Für den am „Deutschen Verein“ orientierten Flügel sprachen der Kaufbeurer Vorsitzende Fleißner und der Landsberger Vorsitzende Völk, die „Märzvereine“ wurden von den beiden Landtagsabgeordneten Waibel aus Kempten und Dr. Mair aus Roßhaupten repräsentiert.⁴⁵⁵



*Die Kaufbeurer Volksversammlung im Tänzelhölzchen
(Schropp, Nr. 278)*

⁴⁵² StALL, Landsberger Volksblatt, Nr. 2, 12.5.1849.

⁴⁵³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 28.4.1849, S. 75.

⁴⁵⁴ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 144.

⁴⁵⁵ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 12.5.1849, S. 83.

Da das Wetter diesmal mitspielte, zimmerte man im Tänzelhölzchen eine Rednertribüne, die mit rotem Stoff bespannt und mit schwarz-rot-goldenen Tüchern und einem Wappenschild geschmückt wurde.

Gegen drei Uhr nachmittags setzte sich der Demonstrationszug vom Hirschen aus in Bewegung. „*Die Musik der Stadt voran, dann die stattliche Fahne des Vereins, die lang ersehnten Gäste und Redner am Arme der Ausschuß-Mitglieder, das Freicorps mit seiner Fahne, der Liederkranz*“⁴⁵⁶ und alle anderen Teilnehmer zogen über den Neptun-Brunnen, den Salzmarkt zum Kemnather-Tor und von dort aus zum Tänzelhölzchen, wo sie mit Böllerschüssen begrüßt wurden.⁴⁵⁷ Maximilian Fleißner begrüßte die Gäste und sprach als erster der vier Redner. Danach bestiegen Balthasar Waibel, Dr. Mair und Joseph Völk das Podium. Zwischen den Rednern, immerhin zog sich auch diese Versammlung über drei Stunden hin, sorgte der Liederkranz für etwas erholsamere Pausen. Am Ende wurde wie üblich die Kemptener Adresse vom 6. Mai zur Unterzeichnung ausgelegt.

Soweit die unbestrittenen Tatsachen. An der Berichterstattung über die Versammlung - es existieren darüber vier unterschiedliche Darstellungen⁴⁵⁸ - lässt sich schön zeigen, wie sehr politische Überzeugungen die Wahrnehmung filtern können, denn gerade in den wichtigen Punkten gehen die Aussagen sehr weit auseinander.

Der erste strittige Punkt ist die Anzahl der Teilnehmer. Der Berichterstatte der „Kemptner Zeitung“ spricht von über 3 000 Menschen, während Stadtkommissär von Sichlern nur etwa 800 Zuhörer gezählt haben will. Beiden Augenzeugen darf man ruhig eine von gegensätzlichen Interessen geleitete Wahrnehmung unterstellen. Der begeisterte Revolutionsanhänger mochte das Protestpotential natürlich möglichst hoch ansetzen, der Vertreter der Obrigkeit wollte es herunterspielen. Beiden kam es in erster Linie auf die öffentliche Wirkung der Zahlen an. Aber auch hier erweisen sich die Stimmungsberichte von Sichlern als sehr glaubwürdige Quelle. Der Konditormeister Schropp notierte in seinen privaten Aufzeichnungen nämlich ebenfalls nur etwa 1 000 Teilnehmer. Man sollte daraus den Schluss ziehen, die Zahlenangaben der „Kemptner Zeitung“ grundsätzlich mit Skepsis zu betrachten. Hier waren wohl oft der Wunsch oder die Bedürfnisse der Propaganda die Väter des Gedankens. Stellt man darüber hinaus noch einen gewissen „Versammlungstourismus“ der politischen Vereine in Rechnung, dann kommt man um die Feststellung nicht herum, dass die öffentliche Stimmung wohl weit weniger aufgeladen war, als die Demokraten sich das erhofften. Trotzdem bleibt aber festzustellen, dass selbst 1 000 Versammlungsteilnehmer - gemessen an der Einwohnerzahl der Stadt - immer noch eine beeindruckend große Menge bildeten. Interessant ist aber auch die Zusammensetzung der Volksversammlung. Der Stadtkommissär hielt es nämlich für berichtenswert, dass sich unter den Zuhörern auch etwa 200 Frauen und ungefähr 100 junge Burschen befanden. Auch die Frauen schienen sich für Politik durchaus interessiert zu haben und hinter den jungen Burschen dürften sich wohl vor allem Lehrlinge und Handwerksge-sellen verborgen haben, die jetzt - ähnlich wie im Frühjahr 1848 - wieder verstärkt in

⁴⁵⁶ StAKe, Kemptner Zeitung, 16.5.1849.

⁴⁵⁷ Christa-Chronik, S. 215.

⁴⁵⁸ Christa-Chronik, S. 214f.; StAKf, Schropp-Chronik, S. 514 und Schropp-Bilderchronik, Nr. 278, rückseitiger Text; StAKe, Kemptner Zeitung, 16.5.1849; STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 13.5.1849.

Erscheinung traten. Sie waren es vor allem, die Waibels scharfen Attacken applaudierten. Die öffentliche Resonanz der Veranstaltung ist der zweite Bereich, über den in den Quellen Uneinigkeit besteht. Man hat sogar den Eindruck, dass von zwei verschiedenen Volksversammlungen die Rede ist.

„Der sehr sparsam gespendete Beifall, größtentheils von den in Kaufbeuren als Republicaner sich denkenden Individuen, durch den gebrauchten Ausdruck ‘Bravo’ erkennbar, und nur von den Knaben-Leuten unterstützt, deutet auf eine besonnene Haltung des größeren Theils der Bürgerschaft und des Landvolks (...) Eine Aufregung hat dieser dreistündige Akt nicht hervorgerufen, und die Einladung (...) zur Mitunterzeichnung der Adresse soll besonders unter dem Landvolke wenig Anklang gefunden haben“, meldete von Sichlern an die Regierung in Augsburg.

Etwas ganz anderes wusste die „Kemptner Zeitung“ zu berichten: *„Rauschender, oft fast endloser Beifall lobte die hochherzigen Kämpfer für Freiheit, Recht und Gesetz – er zeigte ihnen, daß sie verstanden, ganz begriffen wurden, daß ihre feurigen Worte in aller Herzen ein lebhaftes Echo gefunden! (...) Der Verein dankt diesen Ehrenmännern einen Nachmittag und einen Abend, wie er uns Kaufbeuern kaum alle Decennien einmal beschieden ist.“*

Ähnlich die Christa-Chronik: *„Übrigends wurden die Reden jedesmal am Schluß mit stürmischem Beifall begleitet“*, während Andreas Schropp zur Waibel-Rede notierte, dass sie *„aber bey vernünftigen Bürgern keinen Anklang fand, die Köpfe dazu schüttelten und ruhig nach Hause giengen.“*

Aber nicht nur die Außenwirkung wurde denkbar unterschiedlich wahrgenommen, sondern auch der psychologische Effekt für die Organisatoren. Ging man mit neuem Optimismus aus der Veranstaltung heraus oder belastete einen die nahe Zukunft?

Die Christa-Chronik steht für die Zuversicht spendende Variante: *„Hierauf verlief sich die Menge, während die Mitglieder des Vereins im Gasthaus zum Hirschen sich nochmals versammelten und bei gemütlicher Unterhaltung den lebhaft ausgebrachten Toasten freudig zustimmten. In später Abendstunde trennte man sich ermüdet, aber doch heiter, dem Schläfe seinen Tribut zollend.“*

Geradezu von schlechten Vorahnungen gequält endet der Bericht in der „Kemptner Zeitung“: *„Die Stimmung in der man schied war eine ernste, sorgenvolle – wie, wo und wann wird man sich wieder sehen! (...) Die heißesten Wünsche begleiten ihre Abgeordneten nach München; wahrlich, wenn Deutschlands schönste und theuerste Hoffnung nochmals untergeht, so tragen diese Edelmänner keine Schuld daran, denn sie kennen ihre Pflicht – und sie haben dieselbe tief sammt der Zeit erfaßt und werden sie erfüllen, so weit es in menschlicher Macht liegt!“*

Für den Kaufbeurer Volksverein war die Versammlung vom 13. Mai offenbar eine durchaus ermutigende Erfahrung, denn das „Augsburger Anzeigblatt“ kündigte am 5. Juni eine weitere von den Kaufbeuern organisierte *„Versammlung gesinnungstüchtiger Männer des Allgäus“* für Mitte Juni auf dem Auerberg an.⁴⁵⁹ Doch dazu sollte es nicht mehr kommen.

Bleibt die Bewegung friedlich?

Balthasar Waibel sollte sich nicht täuschen. Was er bei der großen Kemptener Versammlung am 6. Mai schon prophezeit hatte, traf ein. Der Landtag, der nach langer

⁴⁵⁹ StBA, Augsburgs Anzeigblatt, Nr. 153, 5.6.1849.

Vertagung am 19. Mai wieder zusammentrat, traf erneut auf eine Regierung, die in keiner Weise bereit war, sich am Willen der Volksvertreter zu orientieren. Die Regierung unter Ludwig von der Pfordten hatte schon im Vorfeld klar gegen die linksliberale Mehrheitsposition Stellung bezogen.⁴⁶⁰ Die Mehrheit der Abgeordneten sprach der Regierung daraufhin erneut das Misstrauen aus, indem sie einen zweiten Beschluss zur Anerkennung der Reichsverfassung durchsetzte. *„In wenigen Tagen werden sie sich in München versammeln um aufs Neue heimgeschickt zu werden. Man wird die Stimme der Wahrheit von ihnen nicht hören wollen, man wird sie auflösen.“*⁴⁶¹ Am 23. Mai wurde, wie vorhergesagt, der Landtag erneut vertagt und am 11. Juni schließlich ganz aufgelöst. Die Hoffnung der Liberalen, dass sich ähnlich wie in Württemberg durch stärker werden- den öffentlichen Druck doch noch eine Wendung der Dinge herbeiführen lassen könnte, hatte sich in nichts aufgelöst. Jetzt war guter Rat teuer. Die Mobilisierung der Öffentlichkeit hatte in den Augen der Liberalen gerade nicht den Sinn gehabt, einen gewalttätigen Konfrontationskurs zu beginnen. Ganz im Gegenteil, die Massenproteste sollten eine Verständigung mit dem Monarchen erzwingen. Da die Verständigung aber verweigert wurde, sahen sich die liberalen Führer plötzlich als Gefangene ihrer eigenen Rhetorik. Jetzt musste es sich erweisen, wie ernst es ihnen mit der ständig strapazierten Formel war, dass man mit „Gut und Blut“ für die deutsche Sache eintreten wolle. Wie riskant dieses Spiel mit dem Feuer war, hatten schon die letzten Wochen deutlich gemacht. Seit Ende April hatten sich die Ereignisse geradezu überstürzt. Am 2. Mai wurde in der bayerischen Pfalz, auf einer Volksversammlung in Kaiserlautern, ein Landesverteidigungsausschuss zum „Vollzug der Reichsverfassung gegen die verfassungsbrüchige Regierung“ eingesetzt, der sich am 16. Mai zu einer provisorischen Regierung umbildete. In Baden waren die Republikaner im dritten revolutionären Anlauf siegreich gewesen. Der badische Großherzog war geflohen, in Karlsruhe regierte seit dem 13. Mai eine provisorische Landesregierung. Auf beide Gebiete marschierten preußische Soldaten zu. Am 9. Mai war nach viertägigen Kämpfen der Aufstand in Sachsen blutig zusammengeschossen worden. Das massive Eingreifen Preußens auch hier musste jedem klarmachen, dass die Reichsverfassung ohne Kampf nicht zu haben sein würde. Vergeblich hatte der sächsische Abgeordnete Dietsch am 7. Mai an die Frankfurter Nationalversammlung appelliert: *„(...)lassen Sie jetzt das sächsische Volk, welches für die deutsche Verfassung, wie sie von Ihnen beschlossen worden, in die Schranken getreten ist, im Stich, so wird Sie das Volk auch im Stich lassen und das mit Recht.“*⁴⁶² Aber die Agonie der Paulskirche hatte längst eingesetzt. Einen Monat später, der Rest der linken Abgeordneten war nach Stuttgart umgezogen, fand das erste deutsche Parlament in Wirtshaussälen ein schmachliches Ende.

Die Maxime „gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ wurde von Preußen konsequent umgesetzt. Der Berliner Varnhagen von Ense notierte am 9. Mai in sein Tagebuch: *„(...)Das unselige Einmischen preußischer Truppen! Der König hat auch nach Hannover Truppen*

⁴⁶⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 26.5. und 2.6.1849, S. 89f und 94f.

⁴⁶¹ StAKe, Kemptner Zeitung, Volksvereins-Blatt, Nr. 7, 9.5.1849.

⁴⁶² Zitiert nach: Wördehoff, B., Im Schatten Preußens, in: ZEIT Punkte 1/1998, „Freiheit, schöner Götterfunken. Europa und die Revolution 1848/49“, S. 63.

(Received on 18. April 1973.)

163

tionären Bewegungen in Baden vertraut sind, vielleicht als Commissäre zur Anwerbung ausgesendet sind.“⁴⁶⁵ Der Erfolg oder Misserfolg dieser Anwerbungen lässt sich nur in Maßen abschätzen. Als alles vorbei war, schoben die badischen Behörden jedenfalls 67 aus Bayern stammende Freischärler nach Augsburg ab.⁴⁶⁶ Fünfzehn dieser Männer stammten aus Bayerisch-Schwaben, darunter auch der Kaufbeurer Johann Schmidt. Betrachtet man sich deren Herkunftsorte genauer, dann stellt man fest, dass aus dem revolutionären Schwerpunkt Schwabens, dem Allgäu, offenbar niemand den Weg nach Baden gefunden hatte. Offenbar waren dort entschieden denkende und handelnde Männer der Überzeugung, in ihren Heimatorten selbst gebraucht zu werden. Bereitete man im Allgäu gar die militärische Auseinandersetzung vor? In den Wirtshäusern machten jedenfalls Gerüchte über einen bevorstehenden bewaffneten Zug nach München die Runde, mit dem man den König zur Annahme der Reichsverfassung zwingen wollte.⁴⁶⁷ Der Kemptener Volksverein hatte seine Zweigvereine angewiesen, Angaben über ihren Organisationsstand nach Kempten weiterzuleiten, die Agitation für Grundrechte und Reichsverfassung zu verstärken und am 30. Mai zu einer Versammlung in Kempten zusammenzukommen.⁴⁶⁸

Obwohl die Behörden größtes Interesse daran hatten, Näheres über dieses Treffen der Allgäuer „Märzvereine“ in Erfahrung zu bringen, konnte - zum Leidwesen heutiger Historiker - die Geheimhaltung offenbar durchgehalten werden. Unklar ist z.B. die räumliche Reichweite dieser Einladung. So versuchte der Füssener Landrichter vergebens, vom dortigen Magistrat zu erfahren, ob Füssener Vereine an dem Treffen teilgenommen haben.⁴⁶⁹ Wir wissen aus der Tagebuchnotiz des Lehrers Wendlinger, dass eine Sitzung der „*Ausschüße von Märzvereinen Oberschwabens*“ stattfand, wir wissen aber nicht, worüber dort diskutiert und welche Beschlüsse möglicherweise gefasst wurden. Da sich die führenden Allgäuer Liberalen, Waibel und Schlund, zu diesem Zeitpunkt noch in München befanden, ist der Stellenwert dieser Versammlung nur sehr schwer einzuschätzen. Es liegt aber nahe zu vermuten, dass Chancen und Risiken bewaffneter Maßnahmen ausführlich debattiert wurden. Eine realistische Einschätzung der eigenen Stärke, dazu dienten wohl die angeforderten Angaben über die Größe der Vereine, war die wichtigste Grundlage für das Durchspielen aller weiterführenden Maßnahmen. Es ist schwer vorstellbar, dass dort wirklich der „*Befehl zur allgemeinen Volksbewaffnung*“ ausgegeben worden ist, wie Bachmann vermutet.⁴⁷⁰ Wahrscheinlich ließ man sich alle Möglichkeiten offen und fasste gar keine konkreten Beschlüsse. Das Eingeständnis, sich in einer weitgehend aussichtslosen Lage zu befinden, hätte die kampfbereiten Anhänger wohl völlig demoralisiert, andererseits wäre das Signal zum Losschlagen absolut unverantwortlich gewesen. Einen Bürgerkrieg, der nach Lage der Dinge nur in einer Niederlage enden konnte, wollte wohl niemand ernsthaft riskieren. Welche konkreten politischen Ziele sollte ein vom Allgäu aus geführter Aufstand eigentlich haben, wenn der

⁴⁶⁵ Ebda., Stimmungsbericht vom 14.6.1849.

⁴⁶⁶ STAA, Bezirksamt Kaufbeuren, Abgabe 1907, Nr. 651.

⁴⁶⁷ Hierzu vor allem: Bachmann, Volksbewegung, S. 120ff.

⁴⁶⁸ Ebda., S. 124

⁴⁶⁹ Riedmiller, Th., Treue zum bayerischen Königshaus und demokratische Bewegung - Die Zeit der Revolution 1848/49 in Füssen, in: Alt Füssen. Jahrbuch des Historischen Vereins „Alt Füssen“ 1998, S. 175.

⁴⁷⁰ Bachmann, Volksbewegung, S. 124.

Großteil Altbayerns die Reichsverfassung gar nicht akzeptierte? Mit welcher Legitimität und mit welchen Erfolgsaussichten sollte der Kemptener Volksverein einen Aufstand organisieren, wenn nicht einmal die schwäbischen politischen Vereine ausreichend miteinander vernetzt waren?

Aber nicht nur solche politischen Fragen sprachen eindeutig gegen eine Radikalisierung der Situation, auch die militärische Seite war völlig unkalkulierbar.

Am ehesten waren wohl die Freicorps zu mobilisieren, die seit einem Jahr in den meisten größeren Orten existierten. Gleichgültig ob sie sich eher als Ordnungsfaktor oder als revolutionäre Garde begriffen, der Grad der Politisierung war hier sicher am höchsten, war doch die Entstehung der Freicorps unmittelbar mit den Revolutionseignissen verbunden. Es ist bezeichnend, dass auch im gemäßigten Kaufbeuren ein paar Tage nach dem bayerischen Nein zur Reichsverfassung die Mitglieder des Freicorps zu einer Generalversammlung zusammengerufen wurden, auf der die Frage nach der politischen Zukunft ein wichtiges Thema war. So hoffte der Kommandant Emil Schäfer „*auf zahlreichen, pünktlichen und eifrigen Besuch*“, da „*in einer geübten Bürgerwehr noch ein Hauptmittel liegt, freisinnige Institutionen zu wahren*“ und „*sich für die künftige Volksbewaffnung heranzubilden*“.⁴⁷¹ In seiner unverblünten Aufforderung, dass es für diejenigen, die „*große Gleichgültigkeit an den Tag legen*“, besser sei, „*ganz aus den Reihen des Corps zu treten*“, wird auch eine gewisse Nervosität spürbar.⁴⁷² Der Ernstfall rückte in den Bereich des Möglichen.

War bei den Mitgliedern des Freicorps noch eine gewisse ideologische Geschlossenheit anzunehmen, so traf das auf die Landwehr in weit geringerem Maße zu. Zum Landwehrdienst war man verpflichtet, das Freicorps war ein Freiwilligenverband. Trotzdem überwog auch hier die Sympathie für die Ergebnisse der revolutionären Bewegung. In den ersten Maitagen sprach sich die Kaufbeurer Landwehr in einer Adresse an den König für die sofortige Annahme der Reichsverfassung aus.⁴⁷³ Man dürfte wohl den Text der Augsburger Landwehr-Adresse weitgehend übernommen haben, der im „Augsburger Anzeigblatt“ veröffentlicht und zu dessen Unterstützung aufgerufen worden war:

„(...) *Wir erblicken den einzigen Weg des Heils, der zu einer dauerhaften Gestaltung aller Verhältnisse, der Gründung deutscher Einheit und Freiheit führen kann, in der unbedingten Annahme der zu Frankfurt endgültig beschlossenen Reichsverfassung. – Es ist im Interesse der Ordnung, was dem Institut der Landwehr Leben und Bedeutung gibt, es ist im Interesse der gesetzlichen Ordnung, daß wir uns für die Reichsverfassung erklären, die nunmehr das oberste Gesetz in Deutschland ist. – In dieser gesetzlichen Ordnung erkennen wir die wahre Freiheit, die wahre Wohlfahrt des Volkes. – An dieser werden wir in den Tagen der Prüfung gesetzmäßig halten, und damit die deutsche Ehre, die Treue an unseren König und unsere deutsche Gesinnung bethätigen.* (...)“⁴⁷⁴

Diese unzweideutige Erklärung war aber das Äußerste, wozu sich die Kaufbeurer Landwehr in den „Tagen der Prüfung“ hinreißen ließ. Und selbst das konnte nur gegen den

⁴⁷¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 28.4.1849, S. 75.

⁴⁷² Ebda.

⁴⁷³ HStA, M Inn 43865. Unter der laufenden Nummer 199 wird eine Adresse der Kaufbeurer Landwehr verzeichnet. Text und Unterschriftenliste sind aber nicht mehr auffindbar.

⁴⁷⁴ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 122, 4.5.1849.

Mitte Juni stellte eine Gruppe von Mitgliedern beim Vorstand den Antrag, darüber zu diskutieren, ob sich der Kaufbeurer Volksverein den Allgäuer „Märzvereinen“ anschließen solle.⁴⁸³ Bislang hatte man Kontakte zu den Kemptenern weitgehend vermieden, fühlte man sich doch eher der Konkurrenzorganisation, den „Deutschen Vereinen“, zugehörig. Der Augsburgener und Landsberger Zweigverein hatten sich zwar - wie die Kaufbeurer auch - klar für die Reichsverfassung ausgesprochen, da die Volksversammlungen und Massenpetitionen aber keinen Erfolg brachten, entschied man sich dafür, die Entwicklung ruhig abzuwarten. Das aber erschien vielen Kaufbeurern jetzt zu wenig, man wollte die Hände nicht nur in den Schoß legen. Eine Umorientierung nach Kempten erschien deshalb konsequent. Wenn man sich vor Augen hält, dass zu diesem Zeitpunkt der Aufstand in der Pfalz militärisch bereits niedergeschlagen war, ja dass in Stuttgart der Rest der ausharrenden Paulskirchen-Abgeordneten von Soldaten auseinandergejagt worden war, dann erscheint der Antrag, sich in dieser Situation den „Märzvereinen“ anzuschließen, als durchaus radikaler Schritt. Maximilian Fleißner, der junge Kaufbeurer Vorsitzende, weigerte sich, diesen Antrag überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen. Als er aber auf der Versammlung am 20. Juni trotzdem eingebracht wurde, legte Fleißner nicht nur den Vereinsvorsitz nieder, sondern trat sogar aus dem Volksverein aus. Vermutlich leiteten ihn dabei nicht nur seine politischen Überzeugungen, sondern auch die Angst um sein berufliches Fortkommen. Auch als zukünftiger Anwalt war er vom Wohlwollen der Regierung direkt abhängig. Er gab dem Antrag wohl recht gute Chancen und glaubte, seine Haut nur noch durch eine energische Absatzbewegung retten zu können. Vielleicht verhinderte dieser spektakuläre Schritt aber auch die Annahme des Antrags. Die Befürworter blieben letztlich in der Minderheit. Landrichter von Sichlern machte in seinem Bericht an die Regierung dafür aber mehr taktische Überlegungen als die politische Überzeugung der Mehrheit verantwortlich. Auch wenn sich nach außen wenig änderte, die Vereinsführung wurde in eine Krise gestürzt. Wahrscheinlich verließ mit Fleißner auch der Schriftführer Heinrich Meggendorfer, das einzige Magistratsmitglied im Vorstand, den Verein. Der Volksverein rückte deutlich nach links.

Damit trat die Situation ein, die Landrichter von Sichlern schon am 16. April vorausgesagt hatte: Die Konservativen begannen sich jetzt ebenfalls zu organisieren. Als Gegenpol zum Volksverein wurde im Frühsommer 1849 in Kaufbeuren ein „Konstitutionell-monarchischer Verein“ gegründet, der sich als Zweigverein des Augsburgener oder Münchener Vereins verstand.⁴⁸⁴ Es ist kein eigenes Programm dieses Vereins überliefert, aber es dürfte sich nicht von dem anderer schwäbischer Filialvereine unterscheiden haben.⁴⁸⁵ Man operierte dabei mit liberal besetzten Begriffen, wie z.B. Konstitution, Herrschaft des Rechts, Freiheit, deutsche Einheit und Fortschritt. Tatsächlich war aber häufig geradezu das Gegenteil gemeint. Meyer nennt als Gründungsmotiv das Bemühen um eine Politik, die *„dem Vaterlande wahrhaft frommt und die stetige Entwicklung aller (...) Einrichtungen nur auf gesetzlichem Wege herbeiführt.“*⁴⁸⁶ Mit dem „Vaterland“ war selbstverständlich das Königreich Bayern gemeint und der „gesetzliche Weg“

⁴⁸³ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 30.6.1849.

⁴⁸⁴ STAA, Regierung, Nr. 9308, Brief Meyers an den Regierungspräsidenten vom 3.12.1849.

⁴⁸⁵ Hierzu: Münchenbach, *Revolution in Krumbach* 1848/49, S. 108ff.

⁴⁸⁶ StAA, Regierung, Nr. 9308, Brief vom 3.12.1849.

beruhte vor allem auf dem traditionellen Herrschaftsrecht des Monarchen und nicht auf der demokratisch legitimierten Rechtsetzung des Paulskirchenparlamentes. „Konstitutionell“ zielte auf die Beibehaltung der bayerischen Konstitution von 1818 und nicht auf die Einführung einer gesamtdeutschen Verfassung. Wenn Schwarz-Rot-Gold die Farben der Liberalen und Demokraten waren, dann sammelten sich die „Konstitutionell-monarchischen Vereine“ unter der weiß-blauen Fahne. Stand der Volksverein in Opposition zur Regierung in München, so wurde diese von den konservativen monarchischen Vereinen unterstützt. Dementsprechend war die Anhängerschaft strukturiert: Amtsleiter und Beamte, Polizeidiener, Lehrer, kirchliches Personal, einige Kaufleute, die Masse der Mitglieder bildeten aber auch hier die Handwerker. War der Volksverein überkonfessionell, so bildete die katholische Bevölkerungsgruppe eindeutig die Hauptstütze des konservativen Vereins.⁴⁸⁷



*Jakob Joseph Probst: Kaufmann
und Vertreter der konservativen
Richtung in Kaufbeuren*

Die vor der Tür stehende Landtagswahl sollte sich somit auch in Kaufbeuren zum Richtungswahlkampf entwickeln.

Die Regierung lässt wählen

König Max II. und seine Regierung hatten sich weder dem Willen der linksliberalen Landtagsmehrheit noch dem außerparlamentarischen Druck gebeugt. Folgerichtig wurde der oppositionelle Landtag am 10. Juni 1849 aufgelöst und Neuwahlen angesetzt. Mit allen Mitteln versuchte die Regierung jetzt, eine ihr genehme Landtagsmehrheit herbeizuführen.⁴⁸⁸

Bereits der Wahltermin entsprach diesen Überlegungen. Um eine möglichst hohe Wahlbeteiligung der ländlichen Wähler sicherzustellen, wurden die Wahltage ausdrücklich ans Ende der Erntezeit gelegt (Urwahl 17.7. / Abgeordnetenwahl 24.7.). Die Kirchen wurden aufgefordert, sich in den Wahlkampf einzumischen und für die konstitutionelle Monarchie einzutreten und die dominierenden konservativen Vereine Münchens setzten einen bewussten Agitationsschwerpunkt auf das liberale Schwaben.

Die Regierung legte besonderen Wert darauf, die schwäbischen Oppositionshochburgen Kempten und Nördlingen möglichst zu neutralisieren. So wurde in beiden Wahlbezirken der Wahlort in ruhigere Städte verlegt. Kempten wurde durch Lindau, Nördlingen durch Neuburg an der Donau ersetzt. Darüber hinaus sollten Veränderungen der Wahlbezirke die gewünschten Wahlergebnisse sicherstellen. An einem Dokument der Kreisregierung in Augsburg lassen sich diese taktischen Sandkastenspiele noch wunder-

⁴⁸⁷ StAKf, A 57. Die Angaben ergeben sich aus den Wahlakten der Urwahl vom 17.7.1849. Wenn es beim Volksverein wahrscheinlich gemacht werden konnte, dass diejenigen Wähler, die die Vereinsliste unverändert oder nur mit einer Veränderung akzeptierten, mit den Mitgliedern des Volksvereins identisch sind, dann muss das gleiche Verfahren auch beim konstitutionell-monarchischen Verein zur Anwendung kommen. Daraus ergibt sich dann folgende Mitgliederstruktur: 6 katholische Geistliche bzw. kirchliche Angestellte, 5 Beamte, 2 Kaufleute, 1 Wirt, 2 Selbständige, 43 Handwerksmeister, 4 Tagelöhner.

⁴⁸⁸ Hierzu: Hummel, München in der Revolution, S. 242ff.

bar nachvollziehen.⁴⁸⁹ So stellte man für jeden Landgerichtsbezirk eine Wahlprognose auf und bastelte sich aus diesen Hochrechnungen Wahlbezirke mit konservativen Mehrheiten. Auf diese Art und Weise trennte man z.B. die Stadt Kempten von ihrem Umland und zerstörte damit das enge Beziehungsgeflecht zwischen dem Kemptener Volksverein und seinen zahlreichen Filialen. Die konservative Region Mindelheim wurde dem Wahlbezirk Memmingen zugeschlagen, wohl um die Wahl des ehemaligen Paulskirchen-Abgeordneten Thomas Mayer zu verhindern, während das weniger konservative Landgericht Obergünzburg zum Wahlbezirk Kaufbeuren kam, wo dessen oppositionelle Stimmen aber kaum ins Gewicht fielen.

Der Wahlkreis Kaufbeuren, mit dem die Regierung schon bei der letzten Wahl im Dezember 1848 sehr zufrieden sein konnte, wurde politisch folgendermaßen eingeschätzt:

Verwaltungseinheit	Zahl der Wahlmänner	regierungsnah	oppositionell
Ldgr. Füssen	29	15	14
Ldgr. Kempten	35	18	17
Ldgr. Oberdorf	18	18	-
Stadt Kaufbeuren	8	4	4
Ldgr. Kaufbeuren	16	10	6
Ldgr. Obergünzburg	20	10	10
Ldgr. Buchloe	21	21	-
Ldgr. Türkheim	30	30	-
	Summe: 177	Summe: 126	Summe: 51

Interessant ist die Prognose für die Stadt Kaufbeuren. Hier erwartete der Regierungsbeamte ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Lagern. War das nur eine Schätzung über den Daumen, Wunschenken, oder wusste man in Augsburg von konservativen Organisationsversuchen? Immerhin war Kaufbeuren bei der letzten Wahl eine Domäne der Liberalen gewesen.

Zwischen diesem Planspiel und der Wahl lagen fast vier Wochen, in denen sich theoretisch noch einiges verändern konnte. Eigentlich wäre ein harter politischer Schlagabtausch zu erwarten gewesen, ging es doch nach dem Scheitern der Einheitsträume darum, wenigstens die Position im eigenen Territorialstaat zu halten oder gar auszubauen. Seltsamerweise fand aber so gut wie kein öffentlicher Wahlkampf statt. Dass die Anwesenheit des Militärs die politischen Leidenschaften zumindest im Allgäu dämpfte, liegt nahe, zumal sich die Soldaten wie Besatzer benahmten. Der unverdächtige Augenzeuge Specht aus Weiler schilderte das Wüten der niederbayerischen Soldaten in einem Privatbrief so: *„In Scheidegg und Weiler ist auch Cavallerie und in den anderen umliegenden Dörfern ist Infanterie und Artillerie und so überbesetzt, daß man in den Wirtshäusern und in den Straßen nichts anderes sieht als Soldaten, und die Not wird von Tag zu Tag größer, indem viele Familien sich selbst nicht mehr ernähren können. Wir haben den Rittmeister Baron Wallenfels und den Oberleutnant von Schürmding und noch zwei Chevaulegers im Quartier und acht Pferde, wo wir Hafer und Heu auf eigene Kosten beschaffen müssen (...) Aber die gelben Passauer haben sich schweinemäßig betragen; denn wo sie ein Bild von Hecker, Struve und Blum*

⁴⁸⁹ STAA, Regierung, Nr. 8488.

*gesehen haben, haben sie es mitsamt dem Stubenfenster hinausgeschmissen und den Leuten fürchterliche Grobheiten gemacht und sogar mit dem Tode gedroht.*⁴⁹⁰

In Kaufbeuren konnte aber von dieser einschüchternden Präsenz der Soldaten keine Rede sein. Hier konnte man noch ungehindert reden und schreiben. Vergleicht man allerdings die publizistische Begleitung, die Anzahl der Aufrufe, Wahlprogramme etc., mit vorangegangenen Wahlen, dann muss man ein Verstummen aller öffentlichen Aktivität feststellen. Lähmende Stille machte sich breit. Selbst der Volksverein tagte vor der Wahl nicht mehr öffentlich. Ein merkwürdiger Umstand, da sowohl der Volksverein als auch die Gegner Wahllisten präsentierten. Wann und von wem wurden diese Parteilisten zusammengestellt? Wie wurden sie bekannt gemacht, wie für sie geworben? Aber vielleicht war das Ausmaß der Politisierung so hoch, die informellen Verbindungen so funktionstüchtig, dass es der Öffentlichkeit gar nicht bedurfte. Auch inhaltlich war alles Wesentliche ja schon gesagt worden, die Lager hatten sich formiert.

Dass die Kaufbeurer Bürger die Landtagswahl für wichtig erachteten, macht allein schon die hohe Wahlbeteiligung deutlich. Von 640 wahlberechtigten Einwohnern nahmen 488 in irgendeiner Form an der Urwahl teil, das entspricht einer Beteiligung von 76,2%!

Aber nicht nur den Bürgern war die Wahl wichtig, auch die Obrigkeit demonstrierte verstärktes Interesse. Da man zum ersten Mal „Parteien“ wählen konnte, ermöglichten die Wahlunterlagen einen genauen Einblick in das politische Denken jedes einzelnen Kaufbeurer Wählers. Diesem Umstand ist es wohl zu verdanken, dass die Protokolle über die Abstimmung, die ja noch nicht geheim war, aufbewahrt wurden. Das Abstimmungsverhalten machte gleichzeitig die Gesinnung aktenkundig. Wer dem entgegen wollte, musste der Wahl fernbleiben oder gegen seine wahre Überzeugung stimmen.

Diese Wahlunterlagen sind für die Untersuchung der Kaufbeurer Revolutionsereignisse von zentraler Bedeutung. Sie erlauben nicht nur eine politische Verortung fast aller an führender Stelle beteiligten Personen, die Rekonstruktion des Volksvereins und seiner Gegenorganisation, sondern geben auch Einblicke in das politische Verhalten ganzer sozialer und konfessioneller Gruppen.⁴⁹¹

Nimmt man dieses Dokument zum ersten Mal in die Hand, dann sieht man zunächst nur eine verwirrende Vielfalt von Namen, die einen mehr ent- als ermutigt. Dass das so ist, liegt an der Art und Weise des Wahlablaufs. Die Urwähler traten so weit als möglich in der Reihenfolge ihrer Hausnummern an den Tisch des Wahlleiters und nannten ihm vier Namen von Bürgern, die sie als Wahlmänner für geeignet hielten. Da hier theoretisch jeder Bürger genannt werden konnte, ergab sich im schlimmsten Fall eine unendliche Anzahl von verschiedenen

Wahlbezirk	Wahlkreis	Wahlbezirk	Wahlkreis	Wahlbezirk	Wahlkreis
38		Ant. Gerber	Ant. Koch	Ant. Koch	Ant. Koch
39		Ant. Gerber	Ant. Koch	Ant. Koch	Ant. Koch
40		Ant. Gerber	Ant. Koch	Ant. Koch	Ant. Koch
41		Ant. Gerber	Ant. Koch	Ant. Koch	Ant. Koch

Kaufbeurens erste Parteiwahlen: Der Gerber Anton Koch (Nr. 38) wählt die Liste der Konservativen, der Hirschwirt Joseph Stumpp (Nr. 39) die Kandidaten des Volksvereins

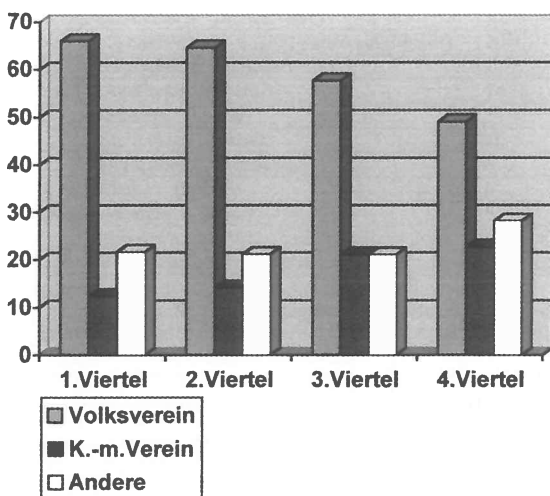
⁴⁹⁰ zitiert nach: Bachmann, Volksbewegung, S. 137.
⁴⁹¹ StAKf, A 57.

Namenskombinationen. Ein Alptraum für jeden Wahlvorstand, der bei großer Zersplitterung der Stimmen in der Regel mehrere Wahlgänge ansetzen musste.

Hier lassen sich nun erste Beobachtungen zum Wahlverhalten machen: Eine kleine Gruppe von Wählern wählte so, wie es das Wahlsystem eigentlich vorsah. Sie nannten Vertrauenspersonen ihrer engeren Umgebung, z.B. ihres überschaubaren Straßenzuges oder Platzes.

Eine zweite, deutlich größere Gruppe, entnahm die Vorschläge ihrem konfessionellen Bezugsfeld. Das waren die Wähler, die, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, ausschließlich protestantisch oder katholisch wählten.

Die meisten orientierten sich allerdings an politischen Vorgaben. Bestimmte Namenskombinationen tauchen so häufig unverändert auf, dass man von der Existenz von Absprachen, von zwei Parteilisten, ausgehen muss.



Der Volksverein als die weitaus größere Gruppierung stellte für die beiden Kaufbeurer Stimmbezirke jeweils eigene Kandidaten auf. Im Stimmbezirk I (1./2. Stadtviertel) stellten sich zur Wahl: Bürgermeister Carl Eduard Heinzelmann, die Großhändler Fritz Heinzelmann und Gustav Schäfer sowie der Gastwirt Thomas Schmid, alle vier Protestanten. Im Stimmbezirk II (3./4. Stadtviertel) warb der Volksverein mit dem Apotheker Friedrich Wolfrum, dem Seidenweber Philipp Jakob Bachschmid, dem Ökonomen Nepomuk Höfelmayr und dem Eisenhändler Joseph Gerhauser. Entsprechend dem höheren Anteil an Katholiken in diesen Stadtteilen gehörten die beiden letztgenannten Kandidaten der katholischen Bevölkerungsgruppe an.

Der konstitutionell-monarchische Verein schickte für beide Stimmbezirke Forstmeister Johann Peter Mayer, Unteraufschläger Joseph Mittl, die Kaufleute Joseph Jakob Probst und Heinrich Meggendorfer ins Rennen. Im zweiten Stimmbezirk kam noch Kaplan Joseph Marchinger dazu. Die konservative Liste war eine katholische Liste. Forstmeister Mayer bildete als Protestant die absolute Ausnahme.

Die Urwahl vom 17. Juli 1849 wurde zu einem Triumph des Volksvereins. Die Liberalen stellten entgegen der Regierungsprognose sieben der acht Kaufbeurer Wahlmänner. Selbst der achte Kandidat des Volksvereins verfehlte nur knapp sein Ziel. Es standen zwar keine Parteien direkt zur Wahl, aber die Personenvorschläge lassen sich trotzdem sinnvoll in Prozentangaben für die politischen Gruppen umrechnen.⁴⁹² Demnach gewann in der Stadt Kaufbeuren der Volksverein 59,4% der Stimmen, der konstitutionell-

⁴⁹² Bei der Umrechnung wurde folgendes Verfahren angewandt. Wenn ein Wähler sich für den kompletten Wahlvorschlag einer politischen Gruppe entschied oder höchstens zwei Veränderungen vornahm, dann wurde diese Stimme dem entsprechenden Verein zugeordnet. Entschied sich ein Wähler gleichzeitig für je zwei Kandidaten der beiden Parteien, dann wurde seine Stimme der Gruppe „Andere“ zugeordnet. Die Durchsicht dieser Rubrik „Andere“ ergibt aber, dass die meisten dieser ungebundenen Wähler eher den Liberalen zuzuordnen sind. Insofern kann von einem wirklichen Triumph des Volksvereins ausgegangen werden.

monarchische Verein 17,6%. 23% der Wähler wollten sich weder für die eine noch die andere Seite festlegen und schlugen unabhängige Kandidaten vor.

Völlig eindeutig waren die Ergebnisse im ersten Wahlbezirk. Hier siegten die Liberalen mit großem Abstand. Obwohl eine größere Gruppe von liberalen Wählern lieber den Traubenwirt Gustav Walch anstelle des Schiffwirts Thomas Schmid gesehen hätte, eröffneten diese internen Querelen den konservativen Kandidaten nicht die geringste Chance.

Wahlbezirk I (1. / 2. Stadtviertel)

Wahlberechtigte: 306 / Wähler: 210 Personen - Wahlbeteiligung: 68,6%

Als Wahlmann vorgeschlagen: Anzahl der Stimmen:

Heinzelmann, C. E. , Bürgermeister (liberal)	145
Schäfer, G. , Großhändler (liberal)	132
Heinzelmann, F. , Großhändler (liberal)	115
Schmid, Th. , Gastwirt (liberal)	105
Walch, G., Gastwirt (liberal)	46
Probst, J. J., Kaufmann (konservativ)	36
Meggendorfer, H., Kaufmann (konservativ)	35
Mayer, J. P., Forstmeister (konservativ)	22
Heinzelmann-Schachenmayr, J. Chr., Fabrikant (liberal)	20
Mittl, J., Unteraufschlagger (konservativ)	17
Wolfrum, F., Apotheker (liberal)	14
Roth, F. J., Kaufmann (liberal)	13
Schwarz, J., Steinmetz (liberal)	10
Böck, J., Kupferschmied (konservativ)	8
Roth, A., Apotheker (liberal)	6
Barth, A. M., Advokat (liberal)	5

Die übrigen 43 Vorschläge erhielten ebenfalls fünf oder weniger Stimmen.

Schwieriger gestaltete sich die Abstimmung im zweiten Bezirk. Da nur zwei Kandidaten – Wolfrum und Bachschmid – auf Anhieb die erforderliche absolute Mehrheit erhielten, musste ein zweiter Wahlgang angesetzt werden. Hierbei konnte sich dann auch ein konservativer Kandidat durchsetzen. Dieser Vorgang verdient auch deshalb eine genauere Analyse, weil er für den Betroffenen einschneidende Folgen haben sollte. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Ergebnisse des ersten Wahlgangs.

Wahlbezirk II (3. / 4. Stadtviertel) - 1. Wahlgang

Wahlberechtigte: 309 / Wähler: 233 Personen - Wahlbeteiligung: 75,4%

Als Wahlmann vorgeschlagen: Anzahl der Stimmen:

Wolfrum, F. , Apotheker (liberal)	147
Bachschmid, Ph. J. , Seidenweber (liberal)	119
Meggendorfer, H., Kaufmann (konservativ)	102
Gerhauser, J., Eisenhändler (liberal)	94
Höfelmayr, N., Ökonom (liberal)	94
Probst, J. J., Kaufmann (konservativ)	53
Mayer, J. P., Forstmeister (konservativ)	32

Heinzelmann, C.E., Bürgermeister (liberal)	24
Walch, G., Gastwirt (liberal)	22
Marchinger, J., Geistlicher (konservativ)	14
Mittl, J., Unteraufschläger (konservativ)	14
Roth, F. J., Kaufmann (liberal)	13
Schäfer, G., Großhändler (liberal)	13
Schmid, Th., Gastwirt (liberal)	12
Heinzelmann, F., Großhändler (liberal)	11
Koch, A., Gerber (konservativ)	10

Alle übrigen 59 Vorschläge erhielten zehn oder weniger Stimmen.

Schon beim ersten Wahlgang fällt die hohe Stimmenzahl für den konservativen Kandidaten Heinrich Meggendorfer auf. Zwar war er auch im ersten Stimmbezirk der populärste konservative Kandidat, aber der Abstand zu den Mitbewerbern auf seiner eigenen Liste war bei weitem nicht so groß. Im zweiten Wahlbezirk lagen die konservativen Kandidaten ebenfalls mit deutlichem Abstand hinter den Kandidaten des Volksvereins – mit Ausnahme Meggendorfers. Wie ist dieser Sonderfall zu erklären? Untersucht man die abgegebenen Stimmen genauer, dann stellt man fest, dass etwa 40 liberale Wähler auch ihn als Wahlmann vorgeschlagen haben. Möglicherweise genoss Meggendorfer auch unter den Anhängern des Volksvereins noch ein gewisses Ansehen, immerhin hatte er im März des vergangenen Jahres die Dankadresse an die Münchener Bürgerschaft mitunterzeichnet, war Mitglied des Bürgerkomitees gewesen, das städtische Reformen in Gang setzen sollte, und gehörte zunächst dem Volksverein als Schriftführer an. Um einen kompromisslosen Gegner der Revolutionsereignisse konnte es sich bei ihm deshalb wohl kaum handeln. Diese Erklärung überzeugt aber nur dann, wenn sich ein ähnliches Stimmverhalten auch im anderen Wahlbezirk beobachten ließe. Hier waren es aber gerade einmal sieben Liberale, die Meggendorfers Namen nannten.

Man kommt der Wahrheit vermutlich näher, wenn man einen anderen Umstand bedenkt. Meggendorfer war als aussichtsreicher konservativer Kandidat gleichzeitig Wahlvorstand in dem Wahlbezirk, in dem er auch wohnte. Vor ihm waren die Stimmen offen abzugeben. Selbst wenn man politisch nicht seiner Meinung war, war es schwer, ihn nicht zu wählen, wenn man vielleicht Kunde in seinem Laden war, im Nachbarhaus wohnte oder neben ihm in der Kirchenbank saß.

Diese tatsächlichen oder vermeintlichen Verpflichtungen mussten sich bei einer Stichwahl noch stärker bemerkbar machen.

Wahlbezirk II - 2. Wahlgang

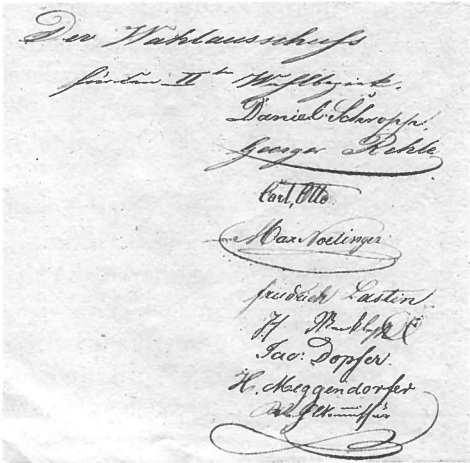
Wahlberechtigte: 309 / Wähler: 215 Personen - Wahlbeteiligung: 69,5%

Als Wahlmann vorgeschlagen:	Anzahl der Stimmen:
Höfelmayer, N. , Ökonom (liberal)	146
Meggendorfer, H. , Kaufmann (konservativ)	129
Gerhauser, J., Eisenhändler (liberal)	111
Marchinger, J., Geistlicher (konservativ)	21
Mayer, J. P., Forstmeister (konservativ)	10
Probst, J. J., Kaufmann (konservativ)	5

Alle anderen sechs Vorschläge bekamen weniger Stimmen.

Die vielfältigen Alltagsverflechtungen bekamen bei einer nicht geheimen Wahl wahrscheinlich ein ebenso großes Gewicht wie politische Überzeugungen. Das galt für die liberale Gegenseite natürlich in gleichem Maße. Im ersten Wahlbezirk war der Fabrikant Heinzelmann-Schachenmayr als Wahlkommissär tätig – er war der Bruder des Bürgermeisters und der größte Arbeitgeber am Ort. In diesem Sinne kommentierte auch Stadtkommissär von Sichlern den Wahlsieg der Kaufbeurer Liberalen. Der „Einfluß welchen die Matadore im gewerblichen Leben auf diejenigen ausüben, von denen sie durch Arbeitszuteilungen abhängig sind“ erklärte für ihn den Erfolg der „Wahlmänner mit demokratischer Richtung“.⁴⁹³

Die These: „Wess’ Brot ich ess, dess Lied ich sing“ ist zwar auf den ersten Blick recht einleuchtend, müsste aber erst nachgewiesen werden. Ansatzweise erlauben die Wahlunterlagen eine Überprüfung dieser eingängigen, aber doch recht pauschalen Behauptung. Viel wichtiger ist es aber, dass die Akten in vielfacher Hinsicht detaillierte Beobachtungen zum Wahlverhalten der Kaufbeurer Bürger zulassen.



Namensliste des paritätisch besetzten Wahlausschusses im 2. Wahlbezirk: Der Wahlleiter H. Meggendorfer profitiert als Kandidat von seiner amtlichen Funktion.

Sozialstruktur und Wahlverhalten

Soziale Gruppe

	Wahlentscheidung (Anteil in %)			
	Volksverein	K.- m. Verein	Andere	Nichtwähler
Großhändler, Fabrikanten, Kaufleute	57%	6%	3%	34%
Gastwirte	62%	4%	13%	21%
Handwerksmeister	53%	15%	15%	17%
abhängig Beschäftigte	27%	8%	16%	35%
freiberufliche Akademiker	50%	11%	6%	33%
öffentlicher Dienst	19%	20%	17%	44%

Die Übersicht zeigt zunächst einmal, dass der Volksverein seinen Namen zu Recht trug. Bei allen wahlberechtigten Gruppen der städtischen Gesellschaft – mit Ausnahme des öffentlichen Dienstes – hatte er eine deutliche Mehrheit. Einen bedeutenden Teil zum liberalen Erfolg trug sicher die Haltung der Wirte bei. Waren doch die Wirtshäuser wichtige Knotenpunkte der städtischen Kommunikation. Aber auch die Apotheken konnten Orte der politischen Meinungsbildung sein. In der Apotheke Friedrich Wolf- rums konnte man neben Arzneien sicher auch das Programm des Volksvereins bekom- men und Stadtarzt Dr. Lodter hatte bei Krankenbesuchen bestimmt auch Rezepte zur politischen Gesundung parat. Es ist kein Zufall, dass vor allem Inhaber freier, akademi-

⁴⁹³ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 27.7.1849.

scher Berufe (Ärzte, Apotheker, Anwälte) an der Spitze vieler März- oder Volksvereine standen. Sie kamen in ihrem Berufsalltag mit Menschen aus allen sozialen Schichten zusammen und kannten deshalb deren Probleme sehr genau. Wenn auf konservativer Seite die Autorität kirchlicher und staatlicher Ämter zur politischen Beeinflussung genutzt wurde, so kamen der Opposition gerade die vielfältigen Sozialkontakte ihres Führungspersonals zugute.

Bei den Handwerksmeistern fand die politische Werbung offenbar die größte Resonanz, sie bildeten die politisierte Gruppe, zumindest deutet dies die geringe Zahl der Nichtwähler an. Differenziert man das Wahlverhalten der Meister nach den unterschiedlichen Branchen, dann wird aber auch deutlich, dass man zur Erklärung der politischen Haltung die möglicherweise vorhandene ökonomische Abhängigkeit von den Großhändlern und Fabrikanten nicht überbewerten sollte. Dafür war das Stimmverhalten über die verschiedenen Handwerkszweige hinweg viel zu einheitlich.

Wahlverhalten der Handwerksmeister

Branche	<i>Volksverein</i>	<i>K.-m.Verein</i>	<i>Andere</i>	<i>Nichtwähler</i>
Textil	58%	17%	11%	14%
Metall	64%	10%	10%	16%
Leder	46%	12%	24%	17%
Holz, Glas, Ton, Hanf	56%	10%	11%	23%
Lebensmittel	53%	15%	12%	20%
Bau	33%	14%	21%	31%

Bei den Meistern der Textilbranche (die dramatische Situation der Weber wurde an anderer Stelle bereits dargestellt) wäre eine Beeinflussung durch die „Herren von Kaufbeuren“, die Inhaber der „Mechanischen Spinnerei“, noch am ehesten vorstellbar, aber die Weber stimmten nicht signifikant anders als ihre Kollegen aus anderen Handwerksbereichen. Auffallend ist allerdings der hohe Anteil an Nichtwählern bei dieser Gruppe, ebenso wie bei den Maurern und Zimmerleuten. Es ist durchaus denkbar, dass hier, in den krisengeschüttelten Branchen, die Frage nach dem Für und Wider eines Nationalstaates und einer Reichsverfassung nur noch auf geringes Interesse stieß. Dazu passt auch die Beobachtung, dass die wenigen wahlberechtigten Tagelöhner sich nicht an der Abstimmung beteiligten.

Wenn ein Zusammenhang zwischen Stimmverhalten und beruflicher Stellung sichtbar wurde, dann weniger bei den Handwerkern als bei den Angehörigen des „öffentlichen Dienstes“. Unter diesem Begriff wurde allerdings sehr Verschiedenes zusammengefasst: Beamte, kommunale Angestellte, Pfarrer und kirchliches Personal. Hier wird die Rücksichtnahme auf den Dienstherrn mit Händen greifbar. Beamte und Lehrer wählten in der Regel nur dann, wenn sie auf der Seite der Regierung standen. Neigten sie liberalen Ansichten zu, dann enthielten sie sich der Stimme. Stadtkommissär von Sichern blieb der Wahl fern, während Forstmeister Mayer selbstverständlich seine Stimme für die Konservativen abgab. Umgekehrt verhielt sich das Gros der städtischen Angestellten (Schreiber beim Magistrat, Schrankenmeister usw.): Sie votierten in der Regel für die Vorschläge des Volksvereins, dessen Spitzenkandidat Bürgermeister Heinzelmann war. Manche fanden sich gar zwischen allen Stühlen wieder, wie der evangelische Pfar-

rer Königsheim oder Spitalverwalter Christa. Beide benannten vorsichtshalber sowohl Kandidaten des Volksvereins wie auch des konstitutionell-monarchischen Vereins. Hinter diesem Wahlverhalten muss sich gar nicht das ängstliche Bestreben verbergen, es sich möglichst mit niemandem zu verderben, es könnte auch der Geist der Parität sein, wie er in den Anfangswochen der Revolution so eindrucksvoll hervortrat. In der aufgeregten Atmosphäre drohte das mühsam erreichte Gleichgewicht der Konfessionsparteien wieder ins Kippen zu geraten. War der konservative Verein offensichtlich eine weitgehend katholische Angelegenheit, neigte der „*protestantische Theil der hiesigen Bevölkerung zu demokratischen Gesinnungen*“.⁴⁹⁴ Diesen Eindruck gewann jedenfalls der Stadtkommissär. Hier irrte von Sichlern weniger, als bei seinem Versuch, das Wahlergebnis auf ökonomische Abhängigkeiten zurückzuführen. Das Wahlverhalten der Protestanten war von großer Einheitlichkeit gekennzeichnet, obwohl es auch hier sicher große politische Unterschiede gab. Ein Blick auf den evangelischen Bürgerverein macht das sehr deutlich. 65% der Mitglieder stimmten für den Volksverein, etwa 9% entschieden sich für unabhängige Kandidaten, etwa 13% wählten gar nicht, aber kein einziger gab seine Stimme dem konstitutionell-monarchischen Verein. Ganz ähnlich das Wahlverhalten der protestantischen Handwerksmeister: 72% stimmten für den Volksverein, 9% machten eigene Vorschläge, 18% enthielten sich der Stimme, niemand stimmte konservativ. Bemerkenswert erscheint dabei auch der Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und sozialer Lage. Je wohlhabender die protestantischen Meister waren, desto stärker neigten sie dem Volksverein zu. Die meisten Nichtwähler unter ihnen entstammten der Gruppe der Alleinmeister. Der Volksverein war mithin nicht die Vertretung von Protestwählern, die sich aus materieller Verzweiflung den Zielen der Revolution verschrieben. Die Revolution war zumindest in Kaufbeuren die Sache der gut situierten Bürger. Das Lager der Katholiken war dagegen gespalten. Die Revolutionsgegner oder Skeptiker wählten die konservative Liste, die liberalen Katholiken stimmten mit den Protestanten. Soziale Differenzierungen sind hier ebenfalls relativ deutlich zu erkennen. Mit der wirtschaftlichen Unsicherheit nahm auch bei den Katholiken die Neigung zum politischen Engagement ab. Die meisten Nichtwähler entstammten der Gruppe der Alleinmeister, gleichzeitig fanden sich hier aber auch viele Wähler des Volksvereins. Für die katholischen Handwerksmeister lässt sich etwas zugespitzt formulieren: Knapp die Hälfte von ihnen wählte konservativ, wer besonders wohlhabend war oder in besonders unsicheren Verhältnissen lebte, tendierte hingegen zum Volksverein.

Die Konfessionsgrenze, die bislang die Linie bildete, an der städtische Konflikte ausgetragen wurden, war im Begriff, ihre altgewohnte Bedeutung zu verlieren. Sie wurde durch politische Frontstellungen ersetzt. Nach Lage der Dinge bedeutete das aber auch, dass die protestantische Hegemonie nicht gefährdet war. Sie zeigte sich nur in anderem Gewand.

Das Wahlergebnis löste bei den Anhängern des Volksvereins große Freude aus, man machte sich weitreichende Hoffnungen. „*Wie wir vernehmen, sollen auch in anderen Urwahlbezirken, welche mit Kaufbeuren 3 Abgeordnete zu wählen haben, die Urwahlen liberal ausgefallen seyn, daher wir die schöne Hoffnung haben, daß die Hauptwahl allhier ein erfreu-*

⁴⁹⁴ STAA, Regierung Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 27.7.1849.

licheres Resultat liefere, als die vorigen Jahres“, notierte z.B. Christoph Weidenbach in seiner Chronik.⁴⁹⁵

Diese Hoffnung sollte allerdings trügen, die Obrigkeit hatte ein viel realistischeres Bild von der tatsächlichen Stimmungslage in den Wahlbezirken. Die Prognose der Regierung, nach der ja die Wahlbezirke zusammengestellt worden waren, sollte sich als viel zutreffender erweisen. Am 26. Juli machten – wie im Dezember zuvor – die konservativen ländlichen Wahlmänner alle liberalen Illusionen zunichte. Der Erfolg in der Stadt Kaufbeuren verwandelte sich zum zweiten Mal in eine vernichtende Niederlage. Dabei hatte die liberale Opposition diesmal prominente Kandidaten aufzubieten: den Arzt und Landtagsabgeordneten Dr. Ignaz Mair aus Roßhaupten, den Kemptener Paulskirchen-Abgeordneten Johann Baptist Haggenmüller und Pfarrer Johann Nepomuk Lerchenmüller aus Bernbeuren.

Auch die Vorversammlung der Wahlmänner am Spätnachmittag des 23. Juli ließ das Debakel noch nicht erahnen. Der Redemarathon im Kaufbeurer Hirschaal wurde fast vollständig von den Liberalen dominiert: Dr. Geiß (Füssen), Dr. Mair (Roßhaupten), Prof. Haggenmüller (Kempten), Dr. Barth (Kaufbeuren), Pfarrer Lerchenmüller (Bernbeuren), Dr. Völk (Landsberg) sowie Anton Feller (Füssen). Für die Konservativen ergriffen nur der Herausgeber der Allgäuer Zeitung, Peter Aschenauer, und Pfarrer Boos aus Ingried das Wort.⁴⁹⁶

Für einen musste es schmerzlich gewesen sein, von den liberalen Wahlmännern erst gar nicht aufgestellt zu werden – den Kaufbeurer Paulskirchen-Abgeordneten Marquard Barth. Bei der Urwahl hatte nur eine Handvoll Kaufbeurer für ihn gestimmt und jetzt zog man ihm in seinem eigenen Wahlkreis Haggenmüller vor. Haggenmüllers Mut, dem deutschen Parlament bis zu seiner gewaltsamen Auflösung in Stuttgart treu zu bleiben, imponierte den Menschen zu diesem Zeitpunkt mehr als der resignierte Rückzug Barths. Barth hatte sich zudem als Mitglied des von der preußischen Regierung inspirierten „Nachparlaments“ in Gotha (25.-27. Juni 1849) für eine Reichsverfassung ausgesprochen, die deutlich konservativere Züge trug. Hier waren ein absolutes Veto des Reichsoberhauptes, stärker föderalistische Elemente und ein Zensuswahlrecht vorgesehen. Der Linksruck in Kaufbeuren wird auch daran sichtbar, dass man sich mit der bewussten Übergehung Barths auch von derartigen Vorstellungen distanzierte. Darüber hinaus entbehrte die Situation nicht einer gewissen Pikanterie. Barth hatte im Juli des Vorjahres Haggenmüller wegen seines Abstimmungsverhaltens bei der Wahl des Reichsverwesers in größte Schwierigkeiten gebracht. Der Kemptener Abgeordnete hatte sich damals mit einer kleinen Minderheit linker Parlamentarier nicht für Erzherzog Johann als provisorisches Staatsoberhaupt ausgesprochen, sondern für einen bürgerlichen Politiker. Barth hatte dieses Verhalten in einem Brief an den Landgerichtsassessor Stöger von Obergünzburg scharf kritisiert und damit bewusst oder unbewusst eine hitzige Kampagne gegen Haggenmüller in Gang gesetzt. Balthasar Waibel hatte große Mühe, die Wogen im Wahlkreis Kempten wieder einigermaßen zu glätten.⁴⁹⁷ Seit diesem Zeitpunkt verfolgte Waibel die politische Entwicklung in Kaufbeuren mit großem

⁴⁹⁵ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 160.

⁴⁹⁶ StAKe, Kemptner Zeitung, 26.7.1849, S. 842.

⁴⁹⁷ StAKe, Kemptner Zeitung, 10.8.1848, S. 884 und 21.8.1848, S. 948.

Misstrauen und die Schärfe vieler seiner Formulierungen hatte ihre Ursache wohl in den damaligen Vorgängen.

Aber selbst die Kandidatur eines so redlichen und couragierten Mannes wie Haggmüller änderte nichts am vorhersehbaren Sieg der Konservativen. Ihre drei Kandidaten, der Gemeindevorsteher von Oberdorf, Anton Gschwender, der Gemeindevorsteher von Türkheim, Norbert Hoegg und der Pfarrer von Ingenried, Joseph Boos, siegten immer mit 106 Stimmen. Die Liberalen konnten jeweils nur um die 50 Wahlmänner für sich gewinnen.⁴⁹⁸ Die festen Stimmböcke zeigten, dass sich die Lager unbeweglich gegenüberstanden. Auf die menschlichen Qualitäten oder die vorhandene parlamentarische Erfahrung kam es nicht mehr an. Was zählte, war einzig die richtige Gesinnung. Dass nur Kandidaten zum Zuge kamen, die der Öff-



Die konservativen Sieger der Landtagswahlen:
Anton Gschwender, Schreiner aus Marktoberdorf
und Ortsvorsteher Hoegg aus Türkheim

fentlichkeit bislang kaum bekannt waren, dass Aschenauer, der profilierteste Konservative, ebenfalls nicht als Abgeordneter gewählt wurde, deutet darauf hin, dass die Mehrheit der Wahlmänner kaum feste programmatische Vorstellungen besaß, sondern sich nur in dem Bestreben einig war, einen liberalen Sieg zu verhindern.⁴⁹⁹ So kam die Regierung in einem Dossier über die neuen Abgeordneten selbst über ihre eigenen Leute nicht immer zu sehr schmeichelhaften Einschätzungen. Über Gschwender hieß es zum Beispiel, er sei „*zwar ein geschickter Landschreiner sonst aber (...) ohne alles besondere Verdienst.*“ An „*Einbildung und Anmaßung*“ fehle es ihm jedoch nicht, dafür gehe ihm „*sicheres politisches Bewußtsein und Selbständigkeit*“ ab. Von Hoegg, einem erklärten „*Feind der Umsturzpartei*“, wusste man zu berichten: „*Die Wahl zum Abgeordneten sagt seinem mächtigen Ehrgeiz höchst wohltuend zu, Gelegenheiten zur Erlangung persönlicher Vortheile wird er mit großer Besonnenheit benutzen.*“ Zu Pfarrer Boos fiel dem Berichtersteller nur ein, dass er ein ausgezeichnete Musiker war.⁵⁰⁰

Aber auch die Ersatzleute gehörten allesamt der konservativen Rechten an. Gewählt wurden Redakteur Aschenauer aus Kempten, Pfarrer Michel aus Waal und wohl zum Entsetzen der Kaufbeurer Wahlmänner Heinrich Meggendorfer, der einzige Konservative unter ihnen.⁵⁰¹

Der Wahlkreis Kaufbeuren lag mit seinem erneuten Wahlsieg der Konservativen durchaus im Trend. Insgesamt gingen der Opposition in Bayerisch-Schwaben sieben Sitze

⁴⁹⁸ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 203, 26.7.1849.

⁴⁹⁹ STAA, Regierung, Nr. 8684. In der Ausgabe des „Augsburger Stadt- und Landboten“ vom 20.12. 1854 beschreibt ein Teilnehmer für den Wahlkreis Augsburg rückwirkend eine ganz ähnliche Situation. Auch hier war man sich ohne große Programmdiskussion nur einig, den Liberalen Volkhart als Abgeordneten um jeden Preis zu verhindern. Die konservativen Gegenkandidaten wurden weniger nach politischen, eher nach regionalen Proporzgründen zusammengestellt.

⁵⁰⁰ STAA, Regierung, Nr. 8488.

⁵⁰¹ Ebda.

verloren, was nicht unwesentlich zum Zustandekommen einer konservativen Landtagsmehrheit beitrug. Die Regierung hatte ihr Ziel erreicht, eine Volksvertretung zu bekommen, die ihr keine Schwierigkeiten mehr bereitete. Das deutsche Parlament existierte nicht mehr, der Volksaufstand in Baden war mit der Kapitulation der Festung Rastatt am 23. Juli zusammengebrochen und auch in Bayern waren die alten Verhältnisse wieder zurückgekehrt. Die Revolution war an ihr Ende gelangt, die politischen Aktivitäten versiegten fast schlagartig.

Vorhang zu? - Die Folgen

Der Staat zeigt seine Krallen

Zu den schockierendsten Erlebnissen vieler Menschen in Bayerisch-Schwaben gehörte die Erfahrung, dass die Obrigkeit in großem Umfang Militär gegen die eigenen Bürger einsetzen ließ. Ein Vorgang, den es seit dem Bauernkrieg nicht mehr gegeben hatte. Die Exzesse der Soldaten im Allgäu wurden bereits angesprochen. Demokraten mussten die Bilder von Hecker oder Blum bespuken und kniend dem Monarchen Treue geloben.⁵⁰² Der Kommandierende des Einsatzcorps in Schwaben, General Flotow, bezeichnete in einem Bericht an die Regierung die demokratische oder linksliberale Haltung als „*Krebschaden, den man im Entstehen energischer behandeln, das faule Fleisch gleich anfangs ohne Erbarmen hätte ausschneiden sollen*“.⁵⁰³ Diese blutige Arbeit wurde zum einen durch das brutale Auftreten des Militärs verrichtet, viel effektiver erfolgte sie aber auf bürokratischem Weg. Dazu benötigte man aber geeignetes Personal, das auch bereit war, die staatlichen Mittel der Unterdrückung konsequent einzusetzen. Dem bisherigen Regierungspräsidenten in Augsburg traute man diese Härte offenbar nicht zu, er wurde am 1.7.1849 durch den Freiherrn von Welden abgelöst, der sich zuvor schon in Mittelfranken einen wenig schmeichelhaften Ruf erworben hatte.⁵⁰⁴ In kürzester Zeit visitierte er alle Landgerichte und sorgte mit äußerster Strenge für eine stromlinienförmige Gesinnung der ihm unterstehenden Beamten. Wer Glück hatte, kam mit Verweisen davon, wer Pech hatte, verlor seinen Beruf. Beamte wurden gemaßregelt, Ärzte entlassen, Lehrer versetzt, Rechtskonzipienten wurden jahrelang Advokatenstellen vorenthalten. In Kaufbeuren, das am 5.9.1849 visitiert wurde, hatte kaum jemand mit solch schwerwiegenden Konsequenzen zu rechnen, dazu war die politische Bewegung viel zu gemäßigt verlaufen.⁵⁰⁵ Die einzige Maßnahme, mit der auch Bürger getroffen werden konnten, die nicht im öffentlichen Dienst standen, war die Disziplinierung der Landwehroffiziere. Es ist bezeichnend, dass als Kommandanten der Kaufbeurer Landwehr nun führende Mitglieder des Konstitutionell-monarchischen Vereins auftauchten. Wohl als Belohnung für seine Loyalität gegenüber der Regierung erhielt Forstmeister Meyer im März 1850 das Ba-

⁵⁰² Vergleiche: Nickel, Revolution von 1848/49, S. 200.

⁵⁰³ Zitiert nach: Baumann, Volksbewegung, S. 136.

⁵⁰⁴ Hierzu: Nickel, Revolution von 1848/49, S. 203.

⁵⁰⁵ STAA, Regierung, Nr. 6411, Visitationsbericht vom 5.9.1849.

taillonskommando.⁵⁰⁶ Sein Nachfolger wurde dann im Oktober 1851 Unteraufschläger Joseph Mitl.⁵⁰⁷ Dieser konnte im August 1853 dem Kreiskommando in Augsburg mitteilen, ihm sei in den Kreisen der Kaufbeurer Landwehr „*kein Individuum bekannt, welches noch in Aktivität steht und auffallenden Antheil (...) an der besonderen Aufregung in den demokratischen Bestrebungen genommen hätte.*“⁵⁰⁸ Bis zu diesem Zeitpunkt waren allerdings vier Offiziere ihrer Posten enthoben worden: Gustav Schäfer, Karl Haffner, Johann Schmidt und Joseph Stumpp.⁵⁰⁹

Die wahrscheinlich einzige Person, die ernsthafte berufliche Schwierigkeiten bekam, war Stadtkommissär Heinrich von Sichlern. Als von Welden in Kaufbeuren ankam, traf er zwar alles wohlgeordnet vor, es ist aber unverkennbar, dass der Ton gegenüber dem gemäßigt liberalen Beamten deutlich schärfer wurde. Es ist nicht klar zu erkennen, inwieweit Denunziationen dabei eine Rolle spielten, aber er wurde in der Folgezeit wegen angeblicher Verletzung von Dienstpfl ichten verwarnt und mit Geldbußen belegt.⁵¹⁰ Am 1.3.1852 versetzte man ihn aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand⁵¹¹, es ist aber offensichtlich, dass die Regierung ihn loswerden wollte. In Kaufbeuren wurde sein Weggehen mit großem Bedauern aufgenommen. Im „Wochenblatt“ widmete der Magistrat ihm einen Nachruf, eine Sympathiekundgebung, die vor ihm noch kein hoher Beamter erhalten hatte. „*Möge den Biedermann der Segen des Himmels in die Ferne begleiten!*“⁵¹² Mit diesem sicher ernst gemeinten Ausruf verabschiedete man einen Stadtkommissär, der von den Kaufbeuern anscheinend nicht vornehmlich als Kontrollinstanz und Vorposten der bayerischen Regierung empfunden worden war. Was danach kam, war aus ganz anderem Holz geschnitzt. Der neue Stadtkommissär Wolff entsprach weit mehr den Erwartungen seiner Vorgesetzten. In seinen Stimmungsberichten erschienen jetzt genau die Formulierungen, die wir bei General Flotow schon kennen gelernt haben. Die Revolution wurde als Krankheit gesehen, die ausgemerzt werden musste. Die Kaufbeurer Bevölkerung, meldete er 1853, sei von dem „*seit 1848 eingesogenen Gifte nicht genesen*“, das Volk sei zwar ruhig, habe aber die Verwerflichkeit seiner Haltung während der Revolution noch immer nicht erkannt. „*Nicht aber ist es ohne Ausnahme von der Überzeugung durchdrungen, daß nur Verrath an Fürst und Vaterland alle Autorität zu vernichten angestrebt hat!*“⁵¹³

Gegenüber „Verrätern“ bedurfte es selbstverständlich größter Wachsamkeit. Die aktivsten Demokraten und Liberalen (Waibel, Haggenmüller, Schlund usw.) waren noch im Sommer 1849 verhaftet worden, allerdings zum Ende des Jahres wieder freigekommen. Trotzdem wurde jede ihrer Handlungen genauestens überwacht. Als Fidel Schlund am 19. Februar 1853 mit seiner 12-köpfigen Familie Kempten verließ, um in die USA aus-

⁵⁰⁶ StAKf, A93, Nr. 58.

⁵⁰⁷ StAKf, A114, Nr. 5, Nr. 18.

⁵⁰⁸ StAKf, A114, Nr. 18.

⁵⁰⁹ STAA, Regierung, Nr. 8205 und Nr. 6460 (Stumpp).

⁵¹⁰ STAA, Regierung, Nr. 8205. Am 10.10.1850 erhielt Sichlern einen Verweis wegen nachlässiger Kellervisitation, im nächsten Jahr wurde er (aus nicht ermittelbarem Anlass) zu einer Geldstrafe von 50 fl verurteilt.

⁵¹¹ HStA, M Inn 36454.

⁵¹² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 6.3.1852, S. 53.

⁵¹³ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 24.2.1853.

zuwandern, wurde penibel registriert, wer ihn auf dem Bahnhof verabschiedete, wo er Halt machte und mit wem er Kontakt aufnahm. In Kaufbeuren machten Schlund und Balthasar Waibel, der ihn ein Stück begleitete, im Gasthaus Hirsch Station. Stadtkommissär Wolff meldete umgehend, dass die Reisegruppe sich ein eigenes Zimmer geben ließ, da anzunehmen sei, „daß Leute seines Gelichters aus Kaufbeuren sich zusammengefun-
den haben“. ⁵¹⁴

Stadtkommissär von Sichlern hatte in seinen Berichten zwar durchaus eingeräumt, dass es immer noch eine „geringe Anzahl von Personen (...) mit republikanischen Tendenzen“ gebe, hielt auch Kontakte zu Exilrevolutionären in der Schweiz für theoretisch möglich, hatte aber nie Hausdurchsuchungen vornehmen lassen.⁵¹⁵ Die Regierung in Augsburg musste ihn eigens darauf hinweisen, dass der Hirschwirt Joseph Stumpp vermutlich regierungsfeindliche Flugblätter verbreite. Der Oppositionsabgeordnete Reinhard hatte 1852 eine Broschüre zusammengestellt, in der er anhand vieler Beispiele nachwies, wie sehr die Landtagswahl vom Juli 1849 unter dem massiven Druck der Militärbesatzung beeinflusst worden war. Diese Schrift mit dem Titel „Beweisantritt über die durch militärische Gewalt vernichtete Wahlfreiheit in Schwaben und Neuburg“ zeigte zu diesem Zeitpunkt zwar kaum noch irgendeine öffentliche Wirkung, war der Regierung aber so peinlich, dass sie die Verbreitung unbedingt zu stoppen suchte. Stumpp hatte tatsächlich am 24.1. mit dem Zug aus Augsburg 500 Exemplare erhalten, die er in seinem Lokal auslegte und auch über Wirte der näheren und weiteren Umgebung weiterzuverbreiten suchte. Die sechs Tage später von Sichlern durchgeführte Durchsuchung konnte gerade noch 24 Exemplare sicherstellen.⁵¹⁶ Sein Nachfolger Wolff musste nicht erst zum Jagen getragen werden, er reagierte selbständig bereits auf weit geringfügigere „Vergehen“. In der Gaststube Johann Waldmanns auf der Hammerschmiede bei Pforzen ließ er am 17.7.1852 ein Bild Robert Blums beschlagnahmen und zitierte den Gastwirt auf das Landgericht. Waldmann konnte sich aus der Affäre ziehen, indem er sich einfach dumm stellte und beteuerte, er habe das Bild seit drei Jahren in all seinen Wirtsstuben hängen gehabt, ohne dass es zu Schwierigkeiten geführt habe. Wenn er gewusst hätte, dass es nicht erlaubt sei, hätte er es nicht aufgehängt. Treuherzig verzichtete er auf die Rückgabe des Bildes. Aus diesem Grund kann die Trophäe obrigkeitlicher Bilderjagd noch heute in den Akten bewundert werden.⁵¹⁷

Solche Maßnahmen, die nicht nur in Bayern, sondern in allen deutschen Staaten ergriffen wurden, machen deutlich, wie sehr den Regierungen die Erfahrung der Revolution in den Knochen steckte, wie sehr man sich bemühte, selbst die Erinnerung zu löschen, indem man Symbole der Revolution wie Bilder oder die schwarz-rot-goldene Fahne verfolgte. Die Polizeibehörden zogen mit Hilfe des „Polizeivereins“, dem Bayern 1852 beitrug, ein dichtes Netz der geheimen politischen Überwachung über die Staaten des wieder erstandenen Deutschen Bundes. Es gab kaum etwas, was die politische Polizei nicht interessierte und worüber sie nicht informiert war. Diese Repressionsmaßnahmen ließen sich in Bayern zwanglos mit der schon bisher geübten Praxis

⁵¹⁴ STAA, Regierung, Nr. 6526.

⁵¹⁵ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsberichte vom 29.11.1849 und 22.7.1851.

⁵¹⁶ STAA, Regierung, Nr. 6677.

⁵¹⁷ STAA, Langericht älterer Ordnung Kaufbeuren, Nr. 752.

bürokratischer Überwachung verbinden. König Max II. nutzte in seiner skrupulösen Art den staatlichen Verwaltungsapparat sowieso schon als „Auskunfts- und Meinungsforschungsunternehmen“.⁵¹⁸ Am laufenden Band mussten die untergeordneten Behörden Berichte, Gutachten, Übersichten, statistische Erhebungen für den Monarchen erstellen, die zusammengenommen eine ungeheure Informationsdichte ergaben. So wünschte der König, neben den monatlichen Stimmungsberichten, Ende August 1849 einen genauen Bericht über Verlauf, Ursachen und Träger der Revolution. Die Landrichter sollten bei ihren Berichten nach folgendem schematischen Fragenkatalog vorgehen:

1. *Hat die Märzbewegung des vorigen Jahres in Stadt und Umgebung einen günstigen Boden gefunden? Warum oder warum nicht?*
2. *Welche Volksklassen beteiligten sich zunächst bey den Bewegungen, ob die niedere oder die mittlere, oder beide zugleich? Gründe der Beteiligung? Wie wäre hier abzubelfen?*
3. *Welche Vereine (namentlich demokratische) bestanden daselbst? Deren Zweck, Thätigkeit und Erfolge? Zahl ihrer Mitglieder?*
4. *Zustand der Lokalpresse? Welche Blätter sind zumeist gelesen?*
5. *Fanden oder finden s.g. Volks- oder andere größere Versammlungen statt? Wer beruft und leitet sie?*
6. *Wie sind die Gesinnungen, wie die Bildungsstufe des Arbeiterstandes der Stadt und Umgebung? Etwaige politische Thätigkeiten der Handwerksgesellen, Arbeitervereine?*
7. *Ist Arbeit vorhanden, lohnende oder kärgliche?*
8. *Gründe des etwaigen Mißverhältnisses in der Anzahl der Besitzenden zu den Besitzlosen, der Arbeit-Suchenden zur Arbeitsgelegenheit? Mittel der Abhilfe?*
9. *Ob und wo relative Überbevölkerung vorhanden? Wo und wohin selbe etwa abzuleiten?*
10. *Wie stehen die Vermögens- u. Erwerbsverhältnisse im Allgemeinen?*
11. *Gewerbewesen und Industrie der Stadt im Besonderen; wie könnte heruntergekommenen Gewerben aufgeholfen werden?*
12. *Gesinnung und etwaige politische Thätigkeit der begüterten Einwohner?*
13. *Gemeindliche und confessionelle Verhältnisse?*
14. *Bedürfnisse und Anliegen der Stadt?*⁵¹⁹

Dass diese zusammengetragenen Datenberge nicht nur zu Unterdrückungsmaßnahmen, sondern zu geradezu zukunftsweisenden Reformmaßnahmen hätten dienen können, war zwar theoretisch möglich – die Formulierungen deuteten die gute Absicht zumindest an – erwies sich aber als frommer Wunsch. In dieselbe Kategorie „Dauerüberwachung der Bevölkerung“ gehörten auch die Anweisung vom Juni 1851, monatliche Berichte über demokratisch-sozialistische Bestrebungen anzufertigen, sowie die bekannte „Weiße und Schwarze Liste“ von 1852/53.

Diese polizeistaatlichen Maßnahmen wurden begleitet von Gesetzesänderungen, die das Ziel hatten, wichtige revolutionäre Errungenschaften wieder rückgängig zu machen.

⁵¹⁸ Lenk, L., Revolutionär-kommunistische Umtriebe im Königreich Bayern. Ein Beitrag zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft 1848-1864, in: ZBLG 28 (1965), S. 577f.

⁵¹⁹ Zitiert nach: Dilger, M., Landsberg 1848/49: Im Blick der Obrigkeit, in: Landsberger Geschichtsblätter 1999, Nr. 6 (24. September 1999), S. 2. Die Antwortschreiben der Behörden scheinen für Schwaben nicht zu existieren. Dilger bezieht sich in seinem Aufsatz auf die Berichte der oberbayrischen Landgerichte.

Ende Februar 1850 wurde das Vereins- und Versammlungsrecht so umgestaltet, dass die Obrigkeit jeder ihr missliebigen Regung den Garaus machen konnte. Einen Monat später wurde die Pressefreiheit erheblich eingeschränkt. Unter dem verräterischen Titel „Gesetz gegen den Mißbrauch der Presse“ wurde in Dutzenden von beliebig dehnbaren Artikeln jede nur denkbare regierungskritische Äußerung unter Strafandrohung gestellt. Die Zahl der Beschlagnahmen bewegte sich nach Aussage von Zeitgenossen innerhalb von acht Jahren um die zweieinhalbtausend.⁵²⁰

Auf der Ebene des Deutschen Bundes koordinierte und ergänzte man die Maßnahmen der einzelnen Mitgliedsstaaten. Am 23.8.1851 hob man die in der Paulskirche beschlossenen Grundrechte wieder auf.⁵²¹

Der ausschließliche Blick auf die Repressionsmaßnahmen von Monarch und Regierung bringt aber nicht unbedingt die ganze Wahrheit ans Tageslicht. Der Wille der Staatsorgane, hart durchzugreifen, muss in der Praxis nicht automatisch erfolgreich gewesen sein. Ließ sich die Bevölkerung tatsächlich einschüchtern oder gar zur Mitarbeit gewinnen? Bevor die Gegenstrategie der Kaufbeurer Liberalen in der Reaktionszeit wenigstens angedeutet werden kann, soll an zwei – vermutlich nicht repräsentativen – Beispielen die Bandbreite menschlicher Reaktionen vorgestellt werden.

Die menschlichen Niederungen: Denunziation und Rufmord

Umbrüche, wie der Beginn oder auch das Ende einer Revolution, sind Situationen, in denen gewohnte Strukturen, fest gefügte Hierarchien, Mechanismen des sozialen Auf- und Abstiegs zerbrochen und durch neue Spielregeln ersetzt werden oder doch zumindest ersetzt werden können. Wie wir beobachten konnten, bewirkten die Ereignisse im März 1848 auf lokaler Ebene keinen wirklichen Austausch der Eliten. Zwar gab es durchaus Veränderungen innerhalb der Kaufbeurer Führungsschicht, doch führten sie zu keinem Bruch mit der Vergangenheit. Dafür gab es auch keinen Grund, schon eher spiegelten sich darin Generationskonflikte. Die Karten wurden in der Stadt am Beginn der Revolution nur in sehr begrenztem Umfang neu gemischt. War der Sieg der alten Ordnung jetzt die Gelegenheit, die liberale protestantische Führungsschicht auszuhebeln? Wohl kaum, denn dafür hatte man sich in Kaufbeuren politisch viel zu sehr bedeckt gehalten. Es hatte keine Aktionen der Stadtspitze gegeben, aus denen die konservativen Gegner wirklich politisches Kapital schlagen konnten. Aber es gab zumindest die Gelegenheit, alte Rechnungen zu begleichen oder die eigene Karriere zu beschleunigen. Am Beispiel des Forstmeisters Johann Peter Meyer lässt sich diese Variante des Umgangs mit der neuen politischen Situation trefflich illustrieren.

Meyer, der als Kandidat bei den Wahlen zur Paulskirche kläglich gescheitert war, der im liberalen Kaufbeuren aufgrund seiner konservativen, regierungstreuen Haltung Spott und Hohn über sich ergehen lassen musste, der auf dem Lande gegen die Grundrechte Stimmung machte und den „Konstitutionell-monarchischen Verein“ ins Leben rief, wollte we-

⁵²⁰ Kuppelmayer, L., Die Tageszeitungen in Bayern (1849-1972), in: Spindler, M. (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. II, München 1978, S. 1147.

⁵²¹ Hierzu: Siemann, Revolution, S. 222.

nigstens jetzt die Früchte seiner Loyalität ernten. Da sich die politische Stimmungslage in der Stadt auch nach der verlorenen Landtagswahl vom Juli 1849 nicht wirklich zu Gunsten der Konservativen verschob, sah er seine Felle wohl endgültig davonschwimmen. In Sorge wandte er sich Anfang Dezember 1849 mit der Bitte an den Regierungspräsidenten von Welden, man möge ihm das „*Wohlbollen nicht entziehen*“. Er befürchtete, „*es möchten Übelwollende aus Neid bemüht sein, ein nachtheiliges Urtheil über mich zu fällen und dadurch das Vertrauen meines hohen Herrn Vorgesetzten (...) schwächen*.“⁵²² Er verwies dabei auf die Motive seiner bisherigen Verhaltensweise, nämlich „*in einer bewegten Zeit durch Ruhe und Besonnenheit anderen ein gutes Beispiel zu geben und in der nächsten Umgebung für Gesetz und Ordnung allezeit mitzuwirken*.“ Dabei vergaß er nicht darauf hinzuweisen, dass diese Haltung nicht nur in den vergangenen Monaten ihre Berechtigung hatte, sondern auch jetzt von Bedeutung sei, „*damit der noch immer großen Thätigkeit der Gegenparthei ein Damm entgegengesetzt werde*.“⁵²³ Die Antwort aus Augsburg war freundlich, der Regierungspräsident ahnte wohl, dass er in Meyer einen willigen Zuträger gefunden hatte. So brauchte er nur zu erwähnen, dass ihm der Streit zwischen Bürgermeister Heinzelmänn und Meyer bekannt sei, um Meyer dazu zu bringen, ihm den Vorfall in epischer Breite zu schildern, wobei dieser nicht mit Namen und Verdächtigungen sparte: „*(...) beeile ich mich gehorsamst zu erwiedern, daß ich mich nicht sowohl mit Bürgermeister Heinzelmänn – der zwar gegenwärtig war und an der Unterhaltung mit noch anderen seiner Gesinnungsgenossen Theil nahm – als mit demselben Schwager, Rath und Landwehr Hauptmann Gustav Schäfer in einen politischen Streit eingelassen habe*.“ Darauf folgte der politische Wortwechsel, der in der Forderung zum Duell mündete. Dass Meyer nicht nur seiner Geschwätzigkeit freien Lauf ließ, sondern dass er genau wusste, was er tat, geht aus dem Schluss des Briefes hervor. Er deutete nicht nur seine Bereitschaft zu weiterer Denunziation an, sondern forderte unverblümt seinen Lohn. „*Dieses ist der kurze Hergang der Sache, sollte ich nach Augsburg kommen, so werde ich mir erlauben, Eurer Excellenz noch weitere mündliche Mittheilungen zu machen*.“ Er schmeichle sich aber „*mit der angenehmen Hoffnung, daß Eure Excellenz meine redlichen Gesinnungen nicht nur selbst gnädig anerkennen, sondern solche auch zur Kenntnis S. Majestät (...) bringen werde, für die ich jeden Augenblick bereit bin, mein Leben zu opfern*.“⁵²⁴

Sein Leben brauchte Meyer nicht mehr in die Waagschale zu werfen, dafür machte er aber anderen das Leben schwer. Er belastete nicht nur Heinzelmänn und Schäfer, auch gegen Stadtkommissär von Sichlern wurden die alten antisemitischen Vorwürfe reaktiviert. Im März 1851 kritisierte Meyer den häufigen Kontakt zwischen Sichlern und den Gebrüdern Levinger aus Hürben. Sei Sichlern im Urlaub, blieben auch die jüdischen Händler aus, komme er aber zurück, „*hat der Jude zu jeder Zeit zutritt, erfreut sich eines freundlichen Empfangs und kann nach Gefallen von Hypothekenbüchern Einsicht nehmen*.“ Zudem habe von Sichlern „*während der bewegten Zeit anderen Beamten gegenüber eine traurige Rolle gespielt*“.⁵²⁵ Im Klartext hieß das wohl, daß von Sichlern nicht nur administrative, sondern auch politische Fehlleistungen zu verantworten habe. Tatsächlich

⁵²² STAA, Regierung, Nr. 9308, Brief vom 3.12.1849.

⁵²³ Ebda.

⁵²⁴ Ebda.

⁵²⁵ StAA, Regierung, Nr. 6451, Brief vom 22.3.1851.

dauerte es auch nicht mehr lange, bis der Stadtkommissär vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde. Meyer hingegen wurde mit dem Bataillonskommando der Kaufbeurer Landwehr belohnt und machte auch beruflich einen Schritt nach vorne, indem man ihn im Mai 1851 von Kaufbeuren nach Augsburg versetzte. Sichlern, ein liberaler Katholik, wurde vom Magistrat in einem Zeitungsinserat respektvoll gewürdigt. Meyer, ein konservativer Protestant, der in seinem konfessionellen Milieu wohl nie Fuß fassen konnte, musste sich seine Abschiedsgrüße selbst schreiben. „Jetzt, wo die Stunde der Trennung herbeigekommen ist, fühle ich mich gedrungen, **allen** Bewohnern dahier (...) ein herzliches Lebewohl zuzurufen. Es war mir vergönnt, fast sechs glückliche Jahre unter ihnen zuzubringen, und nun wird mir der Abschied von hier gerade dadurch um so schwerer, daß mir noch in der letzten Zeit so viele Beweise von Liebe zu Theil geworden sind.“⁵²⁶ – Ein „Untertan“, der in dieser Mischung aus Falschheit und Sentimentalität auch dem berühmten Roman Heinrich Manns entspringen sein könnte.

Ganz anders liegt der Fall bei Heinrich Meggendorfer, auch er ein Vertreter der konservativen Minderheit. Attackierte Forstmeister Meyer als Einzelner die Repräsentanten der liberalen Mehrheit, so lässt sich am Beispiel Meggendorfers studieren, wie sich die Mehrheit einen unbequemen Einzelnen vom Halse schaffte. So rasant Meggendorfers Aufstieg in der Kaufbeurer Gesellschaft begonnen hatte, so jäh endete diese erstaunliche Karriere durch Aktivitäten, denen man heute den Namen „Mobbing“ geben würde. Heinrich Meggendorfer hatte sich, nach seiner kaufmännischen Ausbildung in Augsburg, 1841 in der Stadt angesiedelt, indem er in der Pfarrgasse die Material-, Farb- und Spezereiwarenhandlung der Familie Fuchstaller übernahm. „Handelsmann und Materialist“, so lautete jetzt die Berufsbezeichnung des Einunddreißigjährigen. Eigentlich hatte der aus der Traunsteiner Gegend stammende Meggendorfer eine akademische Laufbahn einschlagen wollen. Der Tod seines Vaters beendete aber auch sein Jurastudium. Möglicherweise waren es finanzielle Schwierigkeiten, die ihn jetzt zu einem ganz anderen Broterwerb zwangen.⁵²⁷ Die Eröffnung des Geschäftes in Kaufbeuren ermöglichte es ihm zu heiraten, jedenfalls fand noch im selben Jahr die Trauung mit einer Apothekerstochter aus Pfaffenhofen/Ilm statt.⁵²⁸

Offenbar bereitete es ihm keine Schwierigkeiten, beruflich wie gesellschaftlich in der Stadt Fuß zu fassen, denn bereits vier Jahre später wird er in das Gremium der Gemeindebevollmächtigten gewählt.⁵²⁹ Das Jahr 1848 beschleunigte diesen Aufstieg noch



Kaufmann Heinrich Meggendorfer: Ein Liberaler konservativer, für den Aufstieg und Fall sehr nahe beieinander lagen

⁵²⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 24.5.1851, S. 88.

⁵²⁷ Diese und weitere Informationen verdanke ich den freundlichen Hinweisen von Frau Marg. Meggendorfer aus Bad Aibling, einer Nachfahrin Heinrich Meggendorfers.

⁵²⁸ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 6.2.1841, S. 27.

⁵²⁹ Christa-Chronik, S. 181.

erheblich, im Revolutionsjahr gehörte er mit zu den populärsten Männern Kaufbeurens: Mitglied des Bürgerausschusses, Wahlmann zur Paulskirchenwahl, Wahl zum Magistratsrat, Wahlmann zu den Landtagswahlen 1848 und 1849. Zunächst gehörten seine Sympathien noch den Liberalen. So unterzeichnete er im März 1848 die Dankadresse an die Bürgerschaft Münchens und selbst noch ein Jahr später billigte er als Mitglied des Magistrats die Adresse zugunsten der Einführung der Reichsverfassung. Im April 1849 wurde er sogar als Schriftführer in den Vorstand des Volksvereins gewählt. Vielleicht war es die zunehmende Radikalisierung im Frühsommer 1849, die ihn dann auf die Seite der Konservativen trieb. Er war jedenfalls das Zugpferd der konstitutionell-monarchischen Gruppe bei den Urwahlen im Juli 1849. Nur er war in der Lage, den völligen Durchmarsch des Volksvereins etwas abzubremesen. Dass Meggendorfer dem konservativen Verein zu einem Wahlmann verhalf, war in den Augen der Liberalen schlimm genug, dass ausgerechnet er sich aber auch noch von den Konservativen als Ersatzmann für den Landtag wählen ließ, musste den Kaufbeurer Liberalen wie ein Schlag ins Gesicht erscheinen. Meggendorfer selbst stellte diesen Schritt eher als einen Versuch des Ausgleichs zwischen den völlig verhärteten politischen Fronten dar. Am Wahltag hatte er sich mehrmals beiden Lagern als Kandidaten angeboten.⁵³⁰ Mit einem Gedicht im „Augsburger Anzeigblatt“, dem Leib- und Magenblatt der Kaufbeurer Liberalen, versuchte er, seine Position als Entscheidung für „die gold'ne Mitt“ zu rechtfertigen.⁵³¹ Offensichtlich hatte er sich umsonst bemüht, sein Ansehen wiederherzustellen, denn einige Zeit später brach eine Kampagne über ihn herein, die ihn dazu veranlasste, Kaufbeuren zu verlassen. Der Ansatzpunkt für das Kesseltreiben gegen ihn war nicht seine politische Haltung, sondern sein für Kaufbeurer Verhältnisse innovatives Geschäftsgebaren. Dazu gehörte, sich geschäftlich neue Felder zu erschließen, indem man in fremden Revieren wilderte. Bereits im Januar 1849 war zwischen ihm und dem Tierarzt Dr. Junginger ein heftiger Konflikt entbrannt, da Meggendorfer als Agent des „Bayreuther Versicherungsvereins gegen Schaden an Pferden und Rindern“ anscheinend Gutachtertätigkeiten ausübte, die Junginger als Eingriff in seine tierärztlichen Rechte interpretierte.⁵³² Für wesentlich heftigeren Wirbel sorgte seine Bereitschaft, Zeitungsinserate massiv zu Werbezwecken einzusetzen. Seit Beginn des Jahres 1849 konnten die Leser des „Kaufbeurer Wochenblattes“ in fast jeder Ausgabe große, aufwändig gestaltete Anzeigen für „Goldbergers Galvano-electrische Rheumatismus-Ketten gegen gichtische, nervöse und rheumatische Übel aller Art“ bestaunen. Gemessen am mageren Umfang des „Wochenblattes“ kämen diese Inserate heute ganzseitigen Anzeigen nahe. Am 8.12. wiesen einige Leserbriefschreiber (allesamt Protestanten und Anhänger des Volksvereins) auf die Diskrepanz zwischen Werbeaufwand und Wirksamkeit dieser Heilmittel hin, was Meggendorfer zu einer Gegendarstellung veranlasste, die vielleicht ironisch gemeint war, aber eher zu einem maßlosen Rundumschlag geriet. Der Leserbriefkrieg – für das „Wochenblatt“ eine noch nie da gewesene Form der Auseinander-

⁵³⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 28.7.1849, S. 847. In diesem Artikel wird Meggendorfer dementsprechend als chamäleonartiges „*Amphibium*“ charakterisiert.

⁵³¹ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 205, 28.7.1849 und Nr. 211, 3.8.1849.

⁵³² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 3.2.1849, S. 24f.

setzung - schaukelte sich in kürzester Zeit zu wüsten persönlichen Angriffen hoch.⁵³³ Resigniert beendete Meggendorfer diesen Streit, indem er keinem anderen Geschäftsmann wünschte, „daß seine öffentlichen Ankündigungen solchen hämischen Angriffen ausgesetzt sein mögen.“ Er vergaß aber nicht, sich mit Hilfe eines Voltaire-Zitates als zivilisierten Menschen zu stilisieren, der unter eine Horde von Barbaren gefallen sei.⁵³⁴ Auch seine Gegner ließen jetzt alle Zurückhaltung fallen und warfen ihm Hochmut, Geiz, Gewinnsucht, Betrugsabsichten und Unverschämtheit vor.⁵³⁵

In dieser aufgeheizten Situation sah Meggendorfer keine andere Möglichkeit mehr, als mit seiner Familie Mitte Mai Kaufbeuren zu verlassen und ins oberbayerische Bad Aibling überzusiedeln.⁵³⁶ Hier nahm er einen zweiten erfolgreichen Anlauf als Geschäftsmann, bei dem er wohl durchaus Kaufbeurer Erfahrungen nutzen konnte. Er eröffnete einen Kolonialwarenladen, ging in die Kommunalpolitik und gehörte zu den Begründern der Lokalzeitung und einer Bank.⁵³⁷ Dass die Affäre um Heinrich Meggendorfer in Wahrheit wohl doch politischer Natur war, macht eine Aktennotiz des Stadtkommissärs Wolff von 1853 deutlich. Er charakterisierte ihn als Mann, der von seinen politischen Gegnern in den Revolutionsjahren viel Unangenehmes erfahren habe.⁵³⁸ Das „Unangenehme“ kann nichts anderes gewesen sein, als die kaum zufällige Rufschädigung eines Konservativen, der der liberalen Führungsschicht offenbar zu erfolgreich wurde.

Wenn man nicht nur die Wirtshäuser, sondern auch die Läden der Kaufleute als wichtige örtliche Kommunikationszentren begreift, dann hatten die Liberalen mit der Vertreibung Meggendorfers eine wichtige Bastion dazugewonnen. In einem eher katholisch geprägten Stadtviertel ging der einzige Laden nun in den Besitz eines ausgewiesenen Liberalen über. Karl Gradmann, der Schwager Karl Haffners, hatte ihn Meggendorfer abgekauft.⁵³⁹ Die vormals heiß umstrittenen galvano-elektrischen Rheumatismusketten waren jetzt aber anscheinend politisch unbedenklich, sie wurden auch von Gradmann weiterhin angeboten.⁵⁴⁰

Selbstbehauptung der Liberalen

Der Schock über den Ausgang der Landtagswahl vom Juli 1849 saß tief. Das politische Leben in der Stadt schien wie ausgelöscht zu sein. Weder der Volksverein noch das Freicorps luden in den folgenden Monaten zu öffentlichen Versammlungen. Ob der Volksverein verboten wurde, sich formell auflöste oder nur sang- und klanglos seine Tätigkeit einstellte, ist nicht bekannt. Er gab jedenfalls kein Lebenszeichen mehr von sich. Dieses plötzliche Verstummen war aber keineswegs ein Charakteristikum Kaufbeurens.

⁵³³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 8.12.1849, S. 110; 15.12.1849, S. 113 und 29.12.1849, S. 223f.

⁵³⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 5.1.1850, S. 6.

⁵³⁵ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 12.1.1850, S. 12.

⁵³⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 11.5.1850, S. 93.

⁵³⁷ Freundliche Hinweise von Frau Marg. Meggendorfer, Bad Aibling.

⁵³⁸ STAA, Regierung, Nr. 8488 (darin: Nr. 231).

⁵³⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 11.5.1850, S. 92.

⁵⁴⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 14.9.1850, S. 175.

So löste sich z.B. der „Deutsche Verein“ in Augsburg Ende August freiwillig auf.⁵⁴¹ Nur der Kemptener Volksverein hielt noch bis zum Frühjahr des nächsten Jahres durch. Dann musste auch er seine Tätigkeit einstellen, da die Satzung von der Regierung nicht mehr gebilligt wurde.⁵⁴²

Das Kaufbeurer Freicorps lud für den 12.1.1850 zur letzten Zusammenkunft. Die Waffen des Freiwilligenverbandes wurden - wie anderswo auch - wieder ins Zeughaus nach Augsburg abgeliefert. Immerhin versuchte der Kommandant Emil Schäfer seine Leute zusammenzuhalten, denn im August erfolgte nochmals eine Einladung zu einem geselligen Treffen.⁵⁴³

Die offenkundig politischen Organisationen der Liberalen existierten nicht mehr oder waren zum Schweigen verurteilt, aber das liberale Milieu insgesamt war noch intakt und, wie der Fall Meggendorfer gezeigt hatte, durchaus handlungsfähig. Auch schämte man sich keineswegs der revolutionären Symbole, die Farben Schwarz-Rot-Gold wurden bei vielen Gelegenheiten gezeigt. Auf einer im September 1849 gestifteten Schützenscheibe sieht man die Fahnen noch an der Tell-Wirtschaft des Gastwirts Gabriel Schwyer wehen.⁵⁴⁴ Selbst der Aufenthalt des Königspaares am 6. September hinderte die Kaufbeurer nicht daran, die Wertachbrücke nicht nur mit den bayerischen, sondern auch mit den deutschen Farben zu schmücken.⁵⁴⁵ Schwarz-Rot-Gold wurde aber nicht nur zu außergewöhnlichen Anlässen demonstrativ gezeigt, sondern gehörte beinahe zum Alltagsbild. So überreichte der Hirsch-Wirt Joseph Stumpp im August 1850 den Kindern der neu errichteten „Kleinkinder-Bewahranstalt“ ganz selbstverständlich eine Fahne in den Nationalfarben.⁵⁴⁶



Man hatte noch nicht resigniert und zeigte Flagge: Die deutsche Trikolore zur Begrüßung des bayerischen Königs (Schropp, Nr. 279)

Dass ein derartiges Verhalten durchaus unangenehme Folgen haben konnte, musste Friedrich Wieland, der Sohn des Bleichereibesitzers, 1854 erfahren: Ein sonntäglicher Segelausflug, bei dem ein schwarz-rot-goldener Wimpel am Mast flatterte, führte in Kempten zu einer Anzeige und beinahe zur Inhaftierung.⁵⁴⁷

Auch die Stimmungsberichte des Stadtkommissärs kommen zu dem Schluss, dass „die verschiedenen Partheyen, welche in politischer und confessioneller Beziehung bisher (...) bestunden,

⁵⁴¹ StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 228, 21.8.1849.

⁵⁴² Bachmann, Volksbewegung, S. 147.

⁵⁴³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 12.1.1850, S. 11 und 10.8.1850, S. 153.

⁵⁴⁴ Museum der Stadt Kaufbeuren. Die Schützenscheibe wurde am 8.9.1849 von Max Noethinger und Josef Merkle anlässlich ihrer Wahl zu Landwehroffizieren gestiftet.

⁵⁴⁵ Zumindest ist dies auf dem Bild Nr. 279 von Andreas Schropp zu sehen.

⁵⁴⁶ Christa-Chronik, S. 223.

⁵⁴⁷ StAKf, B25/177, Lebensgang von Friedrich Wieland, S. 11.

auch jetzt noch nicht verschwunden seyen.“ Lediglich die Leidenschaftlichkeit der Auseinandersetzung habe abgenommen, man tausche seine Ansichten öffentlich weit weniger aus *„und wenn es geschieht, so ist es größten theils in kleinen Circeln und mit großer Mäßigung und Rube.“*⁵⁴⁸ Man war vorsichtiger geworden, aber hatte seine Gesinnung durchaus nicht geändert. Gelegentlich blitzten politische Aktionen aber doch noch auf. Am 17. September 1849 sammelte der Gerber Martin Schmid im Gewerbeverein Geld zur Unterstützung der in der Schweiz lebenden politischen Flüchtlinge. Es kamen dabei zwar nur 8 fl. zusammen, aber es wurde dadurch deutlich, dass das Schicksal der geschlagenen badi-schen Revolutionäre die Gemüter auch in Kaufbeuren noch beschäftigte.⁵⁴⁹ Die Broschüre *„Erlebnisse in den Kasematten von Rastatt“*, die sich mit der Situation der inhaftierten Revolutionäre in der Festung Rastatt auseinandersetzte, konnte Anfang Januar 1850 beim Buchhändler Julius Reinhard für wenig Geld erstanden werden.⁵⁵⁰ Auch das ein Zeichen, wenn nicht von Solidarisierung, so doch von anhaltendem Interesse.

Eine ganz neue Situation schuf das Wiederaufflackern der Kämpfe um Schleswig-Holstein im Juli 1850. Der erste Waffenstillstand, der im August 1848 in Malmö zwischen Preußen und Dänemark geschlossen worden war, hatte in Deutschland bekanntlich zur zweiten revolutionären Welle, der Septemberbewegung, geführt. Da der Vertrag zu keiner tragfähigen Lösung geführt hatte, kam es in den folgenden Monaten wiederholt zu heftigen Kämpfen zwischen dänischen Truppen auf der einen und Reichstruppen, verstärkt durch Freiwilligenverbände, auf der anderen Seite. Die Lage für die Schleswig-Holsteiner wurde aber immer aussichtsloser, je mehr sich die preußischen Truppen aus den Auseinandersetzungen zurückzogen. Preußen schloss erneut einen Waffenstillstand (10.7.1849) und ein Jahr später einen Friedensvertrag mit Dänemark (2.7.1850) – wieder gegen den erklärten Willen der nationalen öffentlichen Meinung. Auch wenn Preußen nicht mehr militärisch eingriff, war der Krieg noch nicht an sein Ende gekommen. Tausende von Freiwilligen gingen nach Schleswig-Holstein, um den Kampf trotzdem fortzusetzen. Auf internationalen Druck hin beendeten preußische und österreichische Truppen zum Jahresende 1850 die sinnlosen Gefechte.

In Kaufbeuren wurden die Monate zwischen Juli und Dezember 1850 sofort genutzt, um der liberalen Bewegung wieder eine Struktur zu geben. Es bildete sich ein Hilfskomitee, das sich zur Aufgabe machte, Gelder und Sachspenden zu organisieren sowie Freiwillige für die schleswig-holsteinische Armee anzuwerben. Unter den Unterzeichnern des Aufrufs finden sich alle stadtbekannten Liberalen wieder: der Paulskirchen-Abgeordnete Dr. Barth, der Vorsitzende des Gewerbevereins Bachschmid, die Vorstandsmitglieder des Volksvereins Heinzelmann und Wolfrum.⁵⁵¹ Die SammelListen, auf denen die Bürger ihre Spenden eintragen konnten, lagen durchwegs in Wirtsstuben oder Geschäftsräumen prominenter Liberaler. Diese Anlaufstellen bildeten die Apotheker Adolf Roth und Friedrich Wolfrum, die Kaufleute Karl Gradmann und Georg Rehle und

⁵⁴⁸ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsbericht vom 29.9.1849.

⁵⁴⁹ StAKf, Breuning, Chronik des Gewerbevereins, S. 49.

⁵⁵⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 5.1.1850, S. 5. Wahrscheinlich: Dietz, Wilhelm, Rastatter Casematten - Erzählungen eines Freigewordenen, Nov.1849.

⁵⁵¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 20.7.1850, S. 138.

der Hirsch-Wirt Joseph Stumpp.⁵⁵² Um ein Verbot durch die Regierung von vorne herein zu verhindern, versuchte man, den Kreis der Unterstützer so weit wie möglich auszudehnen. Mit Stadtkommissär Heinrich von Sichlern, Rechtsrat Maximilian Müller, sowie den Geistlichen Joseph Marchinger und Dr. Schönwetter waren auch die Vertreter der staatlichen, städtischen und kirchlichen Obrigkeit in das Vorhaben eingebunden. Dementsprechend erfolgreich war das Hilfskomitee auch. Nicht nur Einzelspender trugen ihr Scherflein bei, im Offizierskorps der Landwehr wurde gesammelt, sogar die Einnahmen des Theatervereins flossen in die Hilfskasse. Insgesamt konnte man mit einer Geldsumme von fast 1 000 Gulden arbeiten, über deren Verwendung die Öffentlichkeit sorgsam informiert wurde.⁵⁵³ Wie in den besten Tagen des Jahres 1848 war die Stadt von politischem Leben erfüllt. Zu einer Wiederbelebung der freiheitlichen Verhältnisse kam es aber nicht, auch Organisationsstrukturen auf lokaler Ebene blieben in den Anfängen stecken. Im Februar 1851 musste man kleinlaut die Vergeblichkeit aller Bemühungen zugeben. Das Komitee bedankte sich bei den Kaufbeuren im Namen der Empfänger, „*deren Sache eine gerechte bleibt, wenn es auch der Vorsehung für diesmal nicht gefiel, sie mit Sieg zu krönen.*“⁵⁵⁴ Gemeint war natürlich die Sache der Schleswig-Holsteiner, mancher Leser wird dabei aber auch an naheliegendere Dinge gedacht haben. Aufschlussreich an der Konstituierung des Hilfskomitees ist nicht nur das taktische Geschick, sondern auch eine offensichtliche Gewichtsverschiebung innerhalb der Zielsetzungen der liberalen Bewegung in Kaufbeuren. Nationale Töne schoben sich jetzt deutlich in den Vordergrund. Plötzlich ist von nationalen Pflichten die Rede, die „*dem Deutschen ohne Unterschiede der Parteistellung*“ auferlegt seien, Geldspenden werden zum „*Ausdruck patriotischer Gesinnung*“,⁵⁵⁵ wenn „*Deutschlands Ehre und Recht dem Hohn des Auslands preisgegeben wird*“. ⁵⁵⁶ Der Errichtung eines deutschen Nationalstaates wurde eine höhere Dringlichkeit eingeräumt als der freiheitlichen Ausgestaltung des politischen Lebens. Die Sammelergebnisse für die republikanischen Flüchtlinge bzw. die nationalen Kämpfe im Norden sprechen hier eine sehr deutliche Sprache. Für Marquard Barth stand diese Gewichtung der Ziele schon lange fest. Bevor er sein Mandat in der Paulskirche niederlegte, schrieb er als Quintessenz seiner bisherigen politischen Arbeit den Satz ins Parlamentsalbum: „*Durch Einheit zur Macht, durch Macht zur Freiheit. Dr. Barth Abgeordneter für Kaufbeuren in Bayern.*“⁵⁵⁷ Verflüchtigte sich der Begriff Freiheit – bezeichnenderweise steht er am Ende des Satzes – zu einer immer unwichtigeren Zukunftsvorstellung, dann blieben nur noch Einheit und Macht übrig, ein Begriffspaar, das schon sehr an das kommende Bismarckreich gemahnte. Noch waren Nationalbewegung und Liberalismus nur die zwei Seiten ein und derselben Medaille, dass sich dem Widerstand gegen die Neuauflage des Deutschen Bundes aber auch schon in der Mitte des 19. Jahrhunderts deutlich nationalistische Töne beimengten, kann nicht überhört werden. Das Hilfskomitee für Schleswig-Holstein war nur ein Versuch, liberale Strukturen zu erhalten oder neu aufzubauen. Auch die Anläufe, einen Arbeiterbildungsverein ins Leben

⁵⁵² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 3.8.1850, S. 147.

⁵⁵³ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 15.10.1850, S. 196f. und 15.2.1851, S. 29.

⁵⁵⁴ Ebda.

⁵⁵⁵ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 20.7.1850, S. 138.

⁵⁵⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 10.8.1850, S. 153.

⁵⁵⁷ Fiedler, W. (Hg.), Die erste deutsche Nationalversammlung 1848/49, Athenäum 1980.

zu rufen (Mai 1850),⁵⁵⁸ einen Turnverein zu etablieren (Mai 1852)⁵⁵⁹ oder eine Steigerabteilung der Feuerwehr einzurichten (Dezember 1853),⁵⁶⁰ gehören in diesen Zusammenhang. Obwohl die Regierung das neue Vereinsrecht in allen Fällen sehr restriktiv handhabte, gab es für die Kaufbeurer Liberalen keinen Grund, sich als Verlierer zu fühlen. Bei der Besetzung kommunaler Ämter konnten sie alle ihre Vorstellungen durchbringen. Bei der Besetzung der Stelle des rechtskundigen Magistratsrates hatte es schon heftiges politisches Gerangel gegeben. Der Berichterstatter des „Augsburger Anzeigblattes“ merkte süffisant an, dass von den bisherigen Bewerbern *„vier der schwarzen, drei der weißblauen, zwei der hochrothen, einer der blaß röthlich-schillernden, einer zur Hälfte der schwarz-rot-goldenen und zur anderen Hälfte der demüthig violett blauen Farbe“* angehörten.⁵⁶¹ Gewählt wurde der in Kempten geborene Maximilian Müller, ein enger Freund des Volksvereinsvorsitzenden Fleißner.⁵⁶² Mit der Wahl Müllers in dieses wichtige städtische Amt setzte man ein Zeichen der Solidarität mit Menschen, die aufgrund ihrer politischen Haltung berufliche Schwierigkeiten bekommen hatten. Bei der Wahl zur Paulskirche war Müller, der sich die Republik als Staatsform durchaus vorstellen konnte, im Wahlkreis Kempten zum ersten Ersatzmann für Johann Baptist Haggenmüller gewählt worden. Bereits einige Monate später hatte ihm sein Dienstherr, der Landrichter von Füssen, den Stuhl vor die Türe gesetzt.⁵⁶³ Auch die Ersatzwahlen für die Gemeindekollegien gingen ganz im Sinne der Liberalen aus. Alle neuen Magistratsräte und Gemeindebevollmächtigten gehörten der liberalen Richtung an.⁵⁶⁴ Kaufbeuren blieb trotz aller Schikanen und repressiver Regierungsmaßnahmen eine Hochburg der Liberalen in Schwaben.

Die „Schwarze Liste“

Mit zu den bekanntesten Dokumenten der Reaktionszeit gehören zweifellos die „Schwarze und die Weiße Liste“, in denen über Jahre hinweg wirkliche, wie vermeintliche Gegner sowie verlässliche Stützen der bayerischen Regierung namentlich erfasst

⁵⁵⁸ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 25.5.1850, S. 100.

⁵⁵⁹ STAA, Regierung, Nr. 9703, Stimmungsberichte vom 24.5, 24.7 und 22.8.1852.

⁵⁶⁰ Ebda., Stimmungsbericht vom 24.12.1853.

⁵⁶¹ Zitiert nach : EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 164.

⁵⁶² ABA, Traungsbuch der Pfarrei Dillingen 1.5.1851. Müller war der Trauzeugen Maximilian Fleißners. Freundlicher Hinweis von Dr. Stefan Miedaner.

⁵⁶³ StAKe, Kemptner Zeitung, 29.4.1848, S. 473 und 13.8.1848, S. 896.

⁵⁶⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 18.10.1851, S. 181. Wie sehr bei allen Berichten der Verwaltungsstellen quellenkritische Vorsicht angebracht ist, zeigt der Bericht des Kaufbeurer Stadtkommissärs über die Ergebnisse der Ergänzungswahlen vom 25.9.1851 (STAA, Regierung, Nr. 8677). Sichlern kommt in seinem Bericht zu einem auf den ersten Blick völlig entgegengesetzten Urteil, dass nämlich *„die Wahlen (...) im konservativen Sinne erfolgt“* seien. Es mag durchaus zutreffen, dass die Kaufbeurer Liberalen sich politisch deutlich zurückhaltender äußerten und verhielten, entscheidend erscheint mir aber die Tatsache, dass niemand aus dem konstitutionell-monarchischen Lager in die Gemeindekollegien gewählt wurde. Sichlerns Bericht zeigt m.E. eher die Tendenz, im eigenen Interesse nur das nach Augsburg zu berichten, was dort gerne gehört wurde, zumindest aber den Versuch, die Lage nicht unnötig zu dramatisieren und *„ebrenwerthe Männer“* nicht als „Staatsfeinde“ zu denunzieren, auch wenn sie allesamt Mitglieder im Volksverein gewesen waren.

wurden. Am 16.8.1852 verfügte Max II. von Hohenschwangau aus die Auflistung der Personen, die „in den Jahren 1848 und 1849 sowohl nach der schlechten als nach der guten Seite sich hervorgethan haben.“⁵⁶⁵ Die Liste sollte nicht der nachträglichen Disziplinierung dienen - die Bestrafung der im öffentlichen Dienst stehenden Bürger war längst über die Bühne gegangen -, sondern war als vorsorgliche Maßnahme für „allenfalls wiederkehrende ähnliche Zeitverhältnisse“ gedacht.⁵⁶⁶ Sache der Landrichter und Stadtkommissäre war es, die Listen für ihre Bezirke zu führen, eventuell auch zu ergänzen. Die einlaufenden Berichte wurden dann von der jeweiligen Kreisregierung zusammengestellt, überarbeitet, ausgewertet und nach München übersandt. Da die in Augsburg liegende Liste⁵⁶⁷ umfangreicher ist als diejenige, die tatsächlich in die Hände des Königs gelangte, soll diese Fassung im Folgenden verwendet werden:

Bezirk	Namen, Stand u. Wohnort	Veranlassung zu deren Aufnahme
Kaufbeuren	Lodter, Dr. prak. Arzt zu Kaufbeuren	war auf seinem frühren Posten zu Staufeu, Lg. Immenstadt bei Constituierung des Maerzvereins betheiligt, und dessen Vorstand
	Schaefer, Gustav Landwehrhauptmann zu Kaufbeuren	buldigte den Grundsätzen der Democratie und wurde aus dem Landwehrdienst entlassen
	Hafner, Carl Landwehrlieutnant zu Kaufbeuren	desgleichen, wurde entlassen
	Fleißner, Advoc. Concipient	Trat als Redner in der Volksversammlung zu Buchloe auf und erscheint politisch nicht verlässlich
	Stumpp, Hirschwirth zu Kaufbeuren	wegen seines Verkehrs mit dem Landtags-Abgeordneten Reinhardt und Verbreitung dessen Druckschrift „Beweisantritt pp“ politisch verdächtig. Wurde von der Landwehr entlassen.
	Lieb, Joseph, Bauer zu Frankenried	gehörte der demokratischen Richtung an. Bericht 18/9 52 Nr 45356 Landrathswahl
	Wolfrum, Apotheker zu Kaufbeuren	bat sich der demokratischen Partei nicht ferngehalten, Bericht 18/9 52 Nr 45356 Landrathswahl
	Schmidt, Kaufm. u. Landw. Lieut. Noetinger, Max, Kaufmann	Ganz roth, wurde entlassen bat sich nach Anzeige des Stadtkommissaers von Kaufbeuren in den letzten Jahren jener Partei angeschlossen, welche antimonarchischen Principien buldigte, Bericht ad Maj. vom 20 Maerz 1854 Nr 29462

Die Entstehungsgeschichte der „Schwarzen Liste“ zeigt, dass ihre tatsächliche Aussagekraft sorgfältig diskutiert werden muss. Immerhin lagen die Ereignisse schon über drei Jahre zurück und auch die politischen Begriffe hatten mittlerweile einen anderen Stellenwert bekommen. Demokrat zu sein hieß zum Beispiel 1849, sich eindeutig für die Errichtung einer Republik einzusetzen. Nach dem Scheitern der Revolution wurde jeder, der an den Verhältnissen etwas auszusetzen hatte, unter den Generalverdacht einer

⁵⁶⁵ HStA, MA 99796.

⁵⁶⁶ Ebda.

⁵⁶⁷ STAA, Regierung, Nr. 6460.

„demokratischen Gesinnung“ gestellt. Harmlose Liberale konnten in den Listen plötzlich als gefährliche Revolutionäre erscheinen. Auch kann die Frage nach der Vollständigkeit der Listen kaum beantwortet werden. Stellten die Namen nur eine subjektive Auswahl dar oder spiegelten sie tatsächlich den Umfang der politisch Engagierten? Stadtkommissär Wolff, der die Kaufbeurer Liste erstellte, war 1848/49 überhaupt nicht am Ort, sondern konnte sich bestenfalls auf Berichte aus zweiter oder dritter Hand stützen. Wer waren seine Gewährsleute? Besitzt die Reihenfolge der Namen eine Bedeutung? Waren die Erstgenannten die aktivsten Anhänger der Revolution oder handelt es sich um eine absolut zufällige Abfolge?

Gleichgültig wie die Antworten ausfallen mögen, die „Schwarze Liste“ bleibt ein nicht zu unterschätzender Ansatzpunkt für die Untersuchung lokaler Revolutionsereignisse und stellt darüber hinaus auch eine Art „Ehrentafel“ für die Geschichte der örtlichen Freiheitsbewegungen dar.⁵⁶⁸ Aus diesem Grund soll im Folgenden versucht werden, die Namen - so gut es geht - wieder zum Leben zu erwecken. Dabei wird man über „Scherenschnitte“ kaum hinauskommen. Bei den meisten lässt sich der äußere Umriss ihres Lebens in etwa nachzeichnen, bei manchen ist nicht einmal das möglich. Die dunkle Fläche innerhalb der Umrisslinie wenigstens an ein paar Stellen aufzuhellen, gelingt dagegen leider so gut wie nie.

Dr. Jakob Lodter, Stadtarzt

Der dreiundvierzigjährige Arzt Jakob Lodter kam zu einem denkbar kritischen Zeitpunkt nach Kaufbeuren. Die Regierung in München hatte die Reichsverfassung zurückgewiesen und auch in Kaufbeuren diskutierte man leidenschaftlich die Konsequenzen, die daraus zu ziehen wären: resigniertes Abwarten oder Radikalisierung? Vermutlich war es Dr. Lodter, der den Kaufbeurer Volksverein auf einen deutlich radikaleren Kurs festlegen wollte und zu einem Anschluss an die Allgäuer „Märzvereine“ drängte. Wenn man sein bisheriges Leben betrachtet, dann verwundert einen das keineswegs. Er war mit Sicherheit derjenige, der am weitesten in der Welt herumgekommen war, am meisten gesehen hatte und allein schon deshalb kaum ein Freund ängstlicher Zurückhaltung gewesen sein kann.

1806 in Augsburg geboren, studierte er ab 1825 Medizin in Erlangen, München und Würzburg, wo er 1830 auch die Ausbildung mit der Promotion abschloss. In seiner Studentenzeit ließ er sich offensichtlich auch vom Unabhängigkeitskampf der Griechen begeistern, denn vier Jahre später finden wir ihn als Militärarzt in Griechenland, das seit 1832 von König Otto, einem Wittelsbacher, regiert wurde. 1837 wurde er auf eigenen Wunsch entlassen. Er wollte mehr sehen, reiste weiter nach Alexandria, wurde aber auf einem Schiff festgehalten, da er bei einer ausgebrochenen Seuche als Arzt dringend benötigt wurde. In Tunis belohnte ihn Mustafa Pascha dafür reichlich, man bot ihm dort sogar den Posten eines Marine-Oberarztes an. Aufgrund von Intrigen verließ er aber schon nach zwei Wochen Tunis und kehrte über Malta, wo er wieder auf die Cholera traf, nach Bayern zurück.

⁵⁶⁸ Die vollständigen Listen für den Kreis Schwaben und Neuburg hat Nickel im Anhang seiner Dissertation zur Revolutionsgeschichte 1848/49 in Bayerisch-Schwaben abgedruckt.

Der Gegensatz kann wohl kaum größer gedacht werden. Aus Nordafrika zurückgekehrt, weist man ihm eine Stelle in Staufen (Landgericht Immenstadt), in einer „*abgelegenen beschwerlichen Gebirgs Gegend*“ zu. Zwölf Jahre versieht er dort seinen Dienst und es ist wohl nicht nur die Enge des Gebirges, die ihm das Leben schwer macht.⁵⁶⁹ Als 1848 die Revolution ausbricht, steht er wieder auf der Seite derjenigen, die sich von Bevormundung befreien wollen. Er gründet in Staufen einen „Märzverein“ und wird dessen Vorsitzender. Im April 1849 sind dann seine vielen Gesuche um Versetzung endlich von Erfolg gekrönt, er zieht mit seiner Familie nach Kaufbeuren um. Dass er sich an seinem Wirkungsort nicht sonderlich wohl fühlte, ließ er seine Patienten allerdings nie spüren. Ein Abschiedsgedicht in der „Kemptner Zeitung“ pries ihn als kompetenten, fleißigen und sozial denkenden Arzt.⁵⁷⁰

In Kaufbeuren wurde er, wie Weidenbach berichtet, von Freunden und Anhängern schon sehnsüchtig erwartet. Ein Teil des Volksvereins war anscheinend mit der Orientierung am gemäßigten Augsburg nicht einverstanden und erwartete wohl politische Unterstützung durch einen Mann, der den entschiedeneren „Märzvereinen“ verbunden war. Ob Dr. Lodter diese Erwartungen erfüllte, wissen wir nicht, dass er aber an den Auseinandersetzungen im Volksverein beteiligt gewesen ist, dürfte mehr als wahrscheinlich sein.

Nach dem Ende der Revolution hat er sich anscheinend politisch sehr zurückgehalten. 1855 attestierte ihm die Regierung jedenfalls, nicht die geringste Veranlassung zu Bedenken gegeben zu haben.⁵⁷¹ Seinem beruflichen Aufstieg stand mithin nichts im Wege. 1856 wurde er zum Amtsarzt des Landgerichts Schwabmünchen befördert. Der Physikatsbericht, den er 1861 über seinen Bezirk verfassen musste, zeigte ihn aber nach wie vor als Vertreter der aufgeklärten Wissenschaft und Gegner jeglichen Obskurantismus.⁵⁷²

Mit Recht kann man hier eine Art „Marsch durch die Institutionen“ beobachten, nicht den des Jahres 1968, sondern den des 19. Jahrhunderts. Der aus der Nähe von Immenstadt stammende Theologe Magnus Jocham bemerkte in seiner Autobiographie jedenfalls bitter: „*Die Praktikanten und praktischen Ärzte, die während des Sturmjahres zum Niederstürzen der Throne aufgefordert und über die Regentenfamilien gelästert und geschimpft und alles Bestehende als verderblich und lächerlich verschrieen hatten, wurden jetzt (...) Gerichtsärzte und Medizinalräthe.*“⁵⁷³ Möglicherweise war dieser Satz direkt auf Lodter gemünzt, wenn nicht, dann trifft er doch zumindest genau den Typus.

Gustav Schäfer, Großhändler

Gustav Schäfer wurde bereits in eine liberale Familie hineingeboren. Sein Vater Johann David hatte schon 1832 die sich verstärkende staatliche Gängelung bekämpft, indem er sich als Angehöriger des Magistrats der Vereidigung auf den König widersetze und auf

⁵⁶⁹ HStA, M Inn 60836, Personalakt Dr. Lodter.

⁵⁷⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 23.4.1849, S. 462.

⁵⁷¹ STAA, Regierung, Nr. 8192.

⁵⁷² Abgedruckt in: Landkreis Schwabmünchen (Hg.), Landkreis Schwabmünchen, Schwabmünchen 1983, S. 86f.

⁵⁷³ Zitat und Hinweis in: Miedaner, S., Der Augsburger Bistumsklerus und die Revolution von 1848, in: Kohlberger, A. (Hg.), KulturGeschichteN, Bd. 2, Augsburg 1999, S. 918.



Gustav Schäfer: Großhändler und engagierter Liberaler

dem Verfassungsfest die Laudatio auf den liberalen Abgeordneten Christoph Friedrich Heinzelmann hielt. Den damals erst achtundzwanzigjährigen Gustav Schäfer (geb. 1804) hatten diese Ereignisse sicher nicht unbeeindruckt gelassen. Zwei Jahre später machte er als junger Landwehrleutnant selbst Bekanntheit mit dem permanenten Misstrauen der Regierung. Er musste auf dem Rathaus erklären: „*Ich (...) schwöre hiemit, daß ich zu keiner geheimen Gesellschaft und zu keiner geheimen Verbindung irgend einer Art, deren Zweck dem Staate unbekannt, von demselben nicht gebilliget oder dem Interesse des Staates fremd ist, gehöre noch in Zukunft gehören werde, so sehr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium.*“⁵⁷⁴ Dieser Eid, den alle Offiziere der Landwehr und alle Beamten zu leisten hatten, diente natürlich auch der politischen Einschüchterung. Die Schere im Kopf sollte alle liberalen Gedankengänge im Voraus kappen. Gustav Schäfer ließ sich davon sicher nicht einschüchtern, gehörte er doch 1850 zu den ersten Landwehroffizieren, die aus dem Dienst entlassen wurden, da er „den Grundsätzen der Demokratie, wie er sagt ‘des Fortschrittes’ huldigt.“⁵⁷⁵ Wahrscheinlich gehörte Gustav Schäfer zu den Initiatoren der Kaufbeurer Landwehradresse zugunsten der Reichsverfassung, die sein damaliger Vorgesetzter, Baron von Freyberg, als unerlaubte politische Meinungsäußerung betrachtete und seinem „nachrevolutionären“ Vorgesetzten, Forstmeister Meyer, gar als Umsturzpläne erschienen sein dürften. Von Meyer war er nicht nur vergeblich zum Duell gefordert, sondern auch bei der Regierung als Anhänger der Republik denunziert worden. Der Öffentlichkeit gegenüber versuchte Gustav Schäfer seine Entlassung allerdings in anderem Licht erscheinen zu lassen. In einem Zeitungsinserat wies er darauf hin, dass er selbst um die Entlassung nachgesucht und sie erhalten habe.⁵⁷⁶ Vermutlich hätte die Wahrheit seinem Ansehen nicht nennenswert geschadet, denn Gustav Schäfer war in diesen Jahren ein geachteter und populärer Bürger. Seit 1842 hatte er dem Magistrat angehört, musste bei der Kommunalwahl im September 1848 allerdings seinen Sitz abgeben, um eine paritätische Besetzung des Gremiums zu ermöglichen. Bei den Landtagswahlen 1848 und 49 wählten die Kaufbeurer Bürger ihn allerdings immer auf Anhieb zum Wahlmann. Die Aufnahme in die Liste der Geschworenen zeugt ebenfalls von seinem ungebrochenen Ansehen.⁵⁷⁷ Nach der Revolution scheint er sich aber aus dem politischen Leben weitgehend zurückgezogen zu haben. Möglicherweise erforderte sein Unternehmen seine ganze Aufmerksamkeit, hatte er es doch erst vor kurzem von seinem verstorbenen Vater übernommen. Dass die Großhandlung aber schon seit geraumer Zeit auf wackeligen Beinen stand, war der Öffentlichkeit nicht bekannt. Die politische und wirtschaftliche Unsicherheit der Revolu-

⁵⁷⁴ StAKf, A93, Nr. 23.

⁵⁷⁵ STAA, Regierung, Nr. 8205, S. 6.

⁵⁷⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 30.11.1850, S. 219.

⁵⁷⁷ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 104.

tionsmonate hatte die Situation vermutlich kaum zum Besseren gewendet. Vielleicht machte sich auch ein gewisser resignativer Zug bei ihm bemerkbar. Schon 1842 hatte sich der Witwer, der vier Töchter aufzuziehen hatte, über sein „*an frohem, beiteren Lebensglück obnehin nicht überreiches Leben*“ beklagt. Sich persönlich weiterzubilden, zu lesen, zu lernen, erschien ihm vielleicht befriedigender, als sich nochmals in öffentliche Dinge zu mischen. Seiner Popularität tat das aber keinen Abbruch. Sein Enkel Rudolf Schäfer charakterisierte ihn Jahrzehnte später: „*Allgemein beliebt und geachtet, wohlwollend und von gutem Herzen, von eminentem Wissen, namentlich in fremden Sprachen, Geschichte und Geographie. (...) Wohl selten hat meine Vaterstadt Kaufbeuren einen ihrer verstorbenen Mitbürger so geehrt – hunderte von Leidtragenden waren herbeigekommen, um „dem guten alten Herrn“ die letzte Ehre zu erweisen.*“ Dass er auch in hohem Alter seinen politischen Idealen noch nicht abgeschworen hatte, zeigte sein letzter Wille. Dort legte er fest, auf dem Grabstein „*soll das Wort ‘Herr’ nicht vorkommen.*“⁵⁷⁸

Karl Haffner, Großhändler

Bei Karl Haffner (geb. 1816) war die Ausgangssituation in manchen Punkten ähnlich, nur dass sich sein Unternehmen in bescheideneren Dimensionen bewegte. 1848 wurde er offiziell noch als Handlungsgehilfe geführt, tatsächlich leitete er aber schon seit mehreren Jahren offenbar erfolgreich das väterliche Geschäft.⁵⁷⁹ Mit dem Tod des Vaters 1849 wurde er Inhaber der Textilgroßhandlung. Friedrich Wieland, der in diesen Jahren bei Haffner in die Lehre ging, lobte seinen Prinzipal noch viele Jahre später als geradezu idealen Lehrherren: „*streng und brav, geschaid und gütig.*“⁵⁸⁰ In den politischen Gremien Kaufbeurens war Haffner damals noch nicht vertreten, mit seinen 32 Jahren war er dafür auch noch etwas jung. In der Landwehr bekleidete er dafür schon als Leutnant einen Offiziersposten. Ähnlich wie Schäfer dürfte auch er der Gruppe angehört haben, die sich als Soldaten das eigenständige Denken nicht verbieten ließen und die Landwehradresse für die Reichsverfassung ins Rollen brachten. Auch später trat er für den Vorrang der Politik vor dem Militärischen ein. Beratungen der Gemeindegremien hatten für ihn einen höheren Stellenwert als Landwehrübungen.



Karl Haffner: Großhändler, Bürgermeister; Kaufbeurens liberale Führungsfigur im 19. Jahrhundert

Die Entlassung aus der Landwehr, die „*wegen seiner demokratischen Gesinnungen*“ Ende 1851 erfolgte,⁵⁸¹ beendete aber nicht sein öffentliches Engagement. Ihm stand vielmehr noch eine steile politische Karriere bevor. 1854 in das Kollegium der Gemeindebevoll-

⁵⁷⁸ Tagebuch von Rudolph Schaefer, III. Das Leben des Herrn Gustav Adolf Schaefer (Privatbesitz Frau Ruth Fritz, Bonn).

⁵⁷⁹ StAKf, Magistratsprotokolle, 15.12.1848.

⁵⁸⁰ StAKf, B 25/177, S. 6.

⁵⁸¹ STAA, Regierung, Nr. 8205.

mächtigten gewählt, brachte er es drei Jahre später schon zu dessem Vorstand. 1860 wurde er Mitglied des Magistrats und von 1866 bis 1876 leitete er als Bürgermeister die Geschicke der Stadt. Karl Haffner dürfte in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die zentrale Figur der Kaufbeurer Liberalen gewesen sein. 1887- Haffner hatte das Alter von siebzig Jahren bereits überschritten - war er noch immer der führende Kopf des liberalen Wahlvereins.⁵⁸² Sein Engagement in den Revolutionsjahren hatte ihm offenbar nie geschadet. Er ist der Einzige der Achtundvierziger, dem die Ehrenbürgerschaft der Stadt verliehen wurde. Er ist auch der Einzige, an den noch ein Kaufbeurer Straßenna-me, die „Bürgermeister-Haffner-Straße“, erinnert.

Maximilian Fleißner, Rechtsconzipient

Ähnlich wie Dr. Lodter kam auch der junge Rechtspraktikant Maximilian Fleißner (geb. 1818 in Dillingen) erst während der Revolutionsmonate nach Kaufbeuren. Seine berufliche Zukunft beunruhigte ihn damals sehr, denn die Übernahme in den Staatsdienst bzw. die Zuteilung einer Advokatenstelle ließ auf sich warten. Ein Bittschreiben an den König, in dem er schon fast verzweifelt Werbung für sich selbst betrieb, lässt auch seine Verbitterung erahnen: *„Beinahe sieben Jahre sind es nun, seit der treuehorsamst Unterzeichnende dem Dienste des Staates ununterbrochen seine Kräfte widmete (...) Es vertröstet sich daher der treuehorsamst Unterzeichnende, daß auch ihm diese Allerhöchste Gnade werde verliehen werden, und erstirbt mit der Versicherung, seinen Dank hiefür zeitlebens durch unermüdeten Eifer im Dienste seines allergnädigsten Königs durch die strengste Berufstreue, durch Aufopferung aller seiner Kräfte bestätigen zu wollen.“*⁵⁸³ Wie auch immer dieses Anstellungsgesuch beschieden wurde, es war auf jeden Fall mit einem Ortswechsel verbunden. Fleißner beendete seinen Dienst beim Landgericht Landsberg und trat als Rechtspraktikant in die Kanzlei des Kaufbeurer Rechtsanwalts Dr. Ludwig Dauner ein. Als die Märzereignisse das Land erschütterten, gehörte Fleißner sofort zu denjenigen, die sich der revolutionären Bewegung anschlossen. Er scheint im Kaufbeurer Freicorps bald eine führende Rolle gespielt zu haben, denn ihm wurde die Aufgabe übertragen, die vielen Teilnehmer beim Treffen der schwäbischen Freicorps zu begrüßen. Seine rhetorischen Talente waren es auch, die ihn im Frühjahr 1849 zum Vorsitzenden des Kaufbeurer Volksvereins prädestinierten. So erläuterte ein Kaufbeurer den Lesern der „Kemptner Zeitung“: *„Es ist wohl keinem Zweifel unterworfen, daß Rechtspraktikant Fleißner definitiver Vorstand des Vereins wird; wir haben an ihm einen muthigen Kämpfer für Freiheit und Recht, einen Mann, der mit gediegenen Kenntnissen einen seltenen Scharfblick und schönes Rednertalent vereint. Der Eindruck seiner gebaltvollen und entschieden freisinnigen Rede war ein allgemein günstiger und erweckte die lebhaftesten Sympathien.“*⁵⁸⁴ Den leicht ironischen Kommentar Waibels, dass der politische Erfolg vor allem von der Kombination aus schlichtem (!) Wort und redlichem Willen abhängt, bestätigte auch Landrichter Sichlern mit seiner Einschätzung des Kaufbeurer Volksvereins als eher harmloser Bildungsveranstaltung ohne wirklichen Veränderungswillen. Als die Lage dann tatsächlich

⁵⁸² 100 Jahre SPD Kaufbeuren, S. 32.

⁵⁸³ HStA, M Inn 34123, Schreiben vom 9.4.1847.

⁵⁸⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 12.4.1849, S. 415.

ernst wurde, als jeder Schritt berufliche Konsequenzen nach sich ziehen konnte, verließ Fleißner der Mut. Die tief sitzende Angst um sein berufliches Fortkommen siegte über seine politische Standfestigkeit. Eine Revolution war mit solchen Führungspersonen nicht zu gewinnen, für ihn persönlich zahlte sich diese Entscheidung aber aus. Während andere liberale Rechtspraktikanten, wie z.B. sein Landsberger Kollege Dr. Völk, noch Jahre auf eine Advokatenstelle warten mussten, gelangte Fleißner relativ rasch zum Ziel. Bereits im September 1850 konnte er in seiner Heimatstadt Dillingen eine eigene Kanzlei eröffnen, 1876 wurde ihm sogar – er war seit 1872 als Rechtsanwalt in Donauwörth tätig – der St.-Michaels-Orden verliehen.⁵⁸⁵ Beide Seiten hatten offenbar ihren Frieden miteinander gemacht. Trotzdem blieb Fleißner auch weiterhin politisch tätig. Im März 1877 gehörte er im Zusammenhang mit der anstehenden Reichstagswahl zu den Mitbegründern des „Liberal-politischen Vereins für Stadt und Bezirksamt Donauwörth“. ⁵⁸⁶ Im September desselben Jahres wurde er nach Augsburg versetzt, so dass seine Tätigkeit als „Parteivorsitzender“ – ähnlich wie in Kaufbeuren – nur von kurzer Dauer war.⁵⁸⁷

Joseph Stumpp, Brauereibesitzer und Gastwirt zum „Goldenen Hirsch“

Wenn es in Kaufbeuren einen Ort gab, an dem sich das politische Geschehen gleichsam kristallisierte, dann war das die Gastwirtschaft „Goldener Hirsch“: Hier kam man zu den Bürgerversammlungen zusammen, hier wurden die Abgeordneten zur Nationalversammlung und den Landtagen gewählt, hier feierten die schwäbischen Freicorps ihr Verbrüderungsfest, fanden die politisch aufgeladenen Faschingsveranstaltungen statt, traf sich der Volksverein zu seinen Sitzungen. Dass das so war, lag sicher nicht nur an den passenden Räumlichkeiten, wie dem Hirschaal, sondern ebenso an dem jungen Wirt (geb. 1821), der zu den aktivsten Revolutionsanhängern der Stadt gehörte. Wie fest Joseph Stumpp zur liberalen Sache stand, zeigte sich deutlich in den Jahren nach dem Ende der Revolution, in denen manch andere eher ein unauffälliges Verhalten vorzogen. Er stellte sein Lokal selbstverständlich dem „Schleswig-Holstein-Comite“ zur Verfügung und verteilte weiterhin ohne Bedenken auch schwarz-rot-goldene Fahnen. 1851/52 nutzte er seine weitreichenden Verbindungen zu den Wirten im Umland, um regierungskritische Broschüren in Umlauf zu bringen. Eine Hausdurchsuchung war die prompte Folge dieser couragierten Haltung. Als die beiden Allgäuer Revolutionsführer Balthasar Waibel und Fidel Schlund bei ihm 1853 Station machten, vermutete das Stadtkommissariat sofort,



Gastwirtschaft „Goldener Hirsch“: Schauplatz fast aller wichtigen Veranstaltungen während der Revolution (Aufnahme 1909)

⁵⁸⁵ HStA, M Inn 13397.

⁵⁸⁶ StADon, Wochen- Anzeige- und Amtsblatt der Stadt Donauwörth, 8.3.1877. (Freundlicher Hinweis von Stadtarchivar Dr. Seuffert)

⁵⁸⁷ Ebda., 29.9.1877.

Stumpp habe die Gelegenheit genutzt, um ein Treffen mit Kaufbeurer Anhängern in die Wege zu leiten. Dass Stumpp im Juli 1853 plötzlich an einem Blutsturz verstarb, dürfte auf Seiten der Obrigkeit durchaus auch Gefühle der Erleichterung hervorgerufen haben. Als einer der wohlhabendsten Männer der Stadt und Inhaber des ersten Lokals Kaufbeurens kam man an ihm im gesellschaftlichen Leben nicht vorbei, andererseits stand er unter politischem Dauerverdacht. Die Bevölkerung nahm an seiner Beerdigung großen Anteil. Seine Witwe bedankte sich jedenfalls ausdrücklich bei „*allen hochverehrlichen Anwesenden von Stadt und Umgegend, den Herren Beamten und Honoratioren, (...) seinen sämtlichen Mitbürgern*“ für die für den Verstorbenen „*äußerst ehrenvolle Theilnahme*“. Obwohl Stumpp aus der Landwehr entlassen worden war, ehrten ihn seine Kameraden von der Landwehrreiterei bei der Beisetzung.⁵⁸⁸ Dass es aber nicht nur ehrendes Andenken gab, macht der Eintrag im Totenbuch von St. Martin deutlich. Der katholische Stadtpfarrer Dopfer gab, in lateinischer Sprache, dem Toten noch nachträglich einen Tritt, indem er notierte: „*Ein Mann, der sein in politischen Dingen und im Trinken oft maßloses Leben beendete, nachdem die Sakramente fromm empfangen wurden.*“⁵⁸⁹

Joseph Lieb, Bauer in Frankenried

Die spärlichen Daten, die von dem Landwirt Joseph Lieb (geb. 1807) überliefert sind,⁵⁹⁰ spiegeln nicht nur die unterschiedlich dichte Quellenlage zwischen der Stadt Kaufbeuren und ihrem Umland, sondern auch die traditionelle Neigung der Historiker, das Augenmerk fast ausschließlich auf die „bürgerliche Revolution“ zu richten. Die Ereignisse auf dem Land werden bestenfalls während der ersten Revolutionswochen zur Kenntnis genommen, dann wird generalisierend das Ausscheiden der Bauern aus der Revolution behauptet. Es soll nicht verkannt werden, dass die Komplexität und die Geschwindigkeit der europäischen Revolution auf dem Land sicher anders wahrgenommen wurde als in der Stadt, aber das große Interesse der Landbevölkerung an der Gründung des Kaufbeurer Volksvereins und vor allem die Erfolge des Kemptener „Märzvereins“ zeigen auch, dass man nicht grundsätzlich von einer politisch desinteressierten bäuerlichen Bevölkerung ausgehen sollte. Vermutlich bestand das „Vergehen“ Liebs genau in diesem Punkt, nämlich Mitglied des Kaufbeurer Volksvereins gewesen zu sein und mit seiner Überzeugung im Dorf auch nicht hinterm Berg gehalten zu haben. Da Lieb damals den größten Hof Frankenrieds (Hausnr. 53/49) bewirtschaftete, dürfte seine Stimme im Dorf durchaus Gewicht gehabt haben. Die Dörfer waren nicht zwangsläufig Bastionen der Klerikal-Konservativen. Sie wurden es aber oft, weil viele Liberale nicht willens oder nicht fähig waren, sich ernsthaft mit den Problemen des Landes zu beschäftigen. Dass es auch anders ging, dafür bietet das Dorf Frankenried ein zweites aufschlussreiches Beispiel. 1815 wurde dort, auf einem der größten Höfe, Thomas Mayer geboren. Als einer der wenigen Bauernsöhne konnte er Rechts- und Forstwissenschaft in München studieren. 1846 bekam er eine Staatsstelle als Assessor am Landgericht Ottobeu-

⁵⁸⁸ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 23.7.1853, S. 127.

⁵⁸⁹ StAKf, Sailer, Katholisches Familienbuch, Bd. VII, S. 669.

⁵⁹⁰ Die Personendaten und Hinweise zur Geschichte des Hofes (heute im Besitz von Norbert Wiedemann) verdanke ich den freundlichen Hinweisen von W. Reiß aus Frankenried.

ren. 1848 wurde er für den Wahlkreis Memmingen in die Frankfurter Paulskirche geschickt. Dort gehörte er zu den Vertretern der Linken (Fraktion „Westendhall“) und setzte sich – entsprechend seiner Herkunft – besonders für die Belange der Bauern bei der Grundablöse ein. 1849 verteidigte er in Stuttgart mit dem Rest der linken Abgeordneten das erste deutsche Parlament bis zu dessen gewaltsamer Auflösung. Obwohl politisch links stehend, obwohl er von den Konservativen erbittert angefeindet wurde, wählte ihn die ländliche Mehrheit des Memminger Wahlkreises im Juli 1849 erneut zu ihrem Abgeordneten, diesmal in den bayerischen Landtag.⁵⁹¹

Friedrich Wolfrum, Apotheker

Wenn auf katholisch-konservativer Seite der Kaufmann Heinrich Meggendorfer beispielhaft demonstrierte, welches Ansehen und welcher Einfluss auch einem Fremden in kurzer Zeit zuwachsen konnten, so fand sich auf protestantisch-liberaler Seite in dem Apotheker Friedrich Wolfrum ein sogar noch erfolgreicherer Gegenstück. Wolfrum kam erst 1847 nach Kaufbeuren, als er von Franz Xaver Welzhofer die „Obere Apotheke“ übernahm.⁵⁹² Der junge, frisch mit einer Memmingerin verheiratete Wolfrum (geb. 1817) stammte ursprünglich aus Hof an der Saale.

Aufgewachsen in einer Kaufmanns- und Fabrikantenfamilie kam er, ähnlich wie Gustav Schäfer, schon sehr früh mit liberalen, bzw. demokratischen Ideen in Berührung. Zwei seiner älteren Brüder hatten sich nach der französischen Juli-Revolution von 1830 ganz der liberalen Bewegung verschrieben. Der eine – ein Handelscommis – nahm in Paris 1833/34 an den Treffen revolutionärer Clubs teil, der andere – ein Student – begleitete im Dezember 1838 Johann Georg August Wirth, den Hauptorganisator des Hambacher Festes, auf seiner Flucht von Hof nach Frankreich.⁵⁹³ Als Friedrich Wolfrum das Erwachsenenalter erreichte, waren seine Brüder zwar nicht mehr am Leben, trotzdem dürfte ihn dieser familiäre Hintergrund nicht unbeeinflusst gelassen haben. Ob Wolfrum – wie seine Brüder – sogar dem radikalen Flügel der Liberalen zugeordnet werden muss, kann nicht geklärt werden. Sein bewusst gepflegter Habitus, der große Ähnlichkeit mit den populären Darstellungen Friedrich Heckers aufweist, könnte ein Hinweis darauf sein, dass er zu der kleinen Gruppe der Kaufbeurer Republikaner gehört haben könnte. Als im März 1848 die Revolution auch in den Staaten des Deutschen Bundes begann, stellte sich Wolfrum von Anfang an auf die Seite der Verände-



Friedrich Wolfrum: Ein rübriger liberaler Apotheker, dem die Stadt bald zu klein wurde

⁵⁹¹ Vergleiche hierzu: Begleitheft zur Ausstellung des Bezirks Schwaben von 1998 „Die Revolution von 1848/49 in Bayerisch-Schwaben“, herausgegeben von Dr. P. Fassl, S. 40.

⁵⁹² EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 40.

⁵⁹³ Kluge, A., Die politischen Beziehungen zwischen J. G. A. Wirth und seiner Heimatstadt Hof, S. 165 in: Hermann, A., Kluge, A., J. G. A. Wirth (1798-1848). Ein Revolutionär aus Hof, Hof 1999. (Freundlicher Hinweis von A. Preuß, Stadtarchiv Hof)

rungswilligen. Seine Verankerung im gesellschaftlichen Leben der Stadt führte rasch dazu, dass er in allen Phasen der Revolutionsereignisse einflussreiche Positionen innehatte. Seine Bereitschaft, sich in allen wichtigen Vereinen zu engagieren, wurde dadurch belohnt, dass die Bürger ihm im politischen Bereich ihr Vertrauen schenkten. So gehörte er zum Vorstand des evangelischen Bürgervereins, des Gewerbevereins und des Volksvereins. Bei den Urwahlen für die Landtage von 1848 und 1849 wurde er in beiden Fällen mit großen Mehrheiten zum Wahlmann bestimmt. Bei der Wahl im Juli 1849 lag er im Gesamtstimmenergebnis sogar nur knapp hinter dem populären Bürgermeister. Da das liberale Milieu Kaufbeurens auch nach dem Ende der Revolution völlig intakt blieb, stand seinem Aufstieg in kommunale Ämter nichts entgegen. Auch Wolfrum ist wie Karl Haffner ein gutes Beispiel dafür, dass einem politische Aktivitäten während der Jahre 1848/49 keineswegs zu schaden brauchten. Obwohl - oder vielleicht sogar weil - er bei den Regierungsstellen in Ungnade fiel, konnte er in wichtige Positionen gelangen. 1851 wird er Vorstand der Gemeindebevollmächtigten, 1853 rückt er in den Magistrat nach. Seit seiner Ankunft in der Stadt bekleidete er innerhalb von nur sechs Jahren fast alle wichtigen Funktionen. Vielleicht wurde Kaufbeuren für so einen tatkräftigen Mann wie Friedrich Wolfrum zu eng. 1855 verkauft er die Apotheke⁵⁹⁴ und siedelt mit seiner Familie nach Augsburg über. Auch hier entfaltet er offenbar sofort emsige Aktivitäten, denn bereits vier Jahre später wird er zum Magistratsrat gewählt, ein Amt, das er bis 1884 innehat.⁵⁹⁵ Drei Jahre später stirbt er nach einem rastlosen, aber erfolgreichen Leben.

Johann Schmidt, Kaufmann

Es ist außerordentlich bedauerlich, dass die wohl interessanteste Persönlichkeit, die in der „Schwarzen Liste“ genannt wird, sich so gut wie gar nicht greifen lässt. Johann Schmidt war einer der wenigen Kaufbeurer, auf den der Begriff „Revolutionär“ tatsächlich passt.

Geboren wurde der Sohn eines Bäckermeisters 1801 in Nürnberg. Seine Heirat 1835 mit Katharina Wilhelmina Wagenseil macht deutlich, dass er sein Leben wohl tatkräftig und erfolgreich in die Hand genommen haben muss, da er für den Kaufbeurer Kattunfabrikanten Johann Ulrich Wagenseil ein anscheinend standesgemäßer Schwiegersohn war. Mit dieser Heirat wurde er jedenfalls theoretisch Bestandteil des einflussreichen Netzwerkes der liberalen protestantischen Führungsschicht um die Familien Heinzelmann, Schäfer, Schrader, Walch und Wagenseil. Wo und wie Johann Schmidt mit seiner Familie die nächsten Jahre verbracht hat, wissen wir nicht, jedenfalls verließ er 1835 Kaufbeuren.⁵⁹⁶ In den Wahllisten des Jahres 1848 finden wir ihn aber wieder in der Stadt. Seine Berufsbezeichnung lautete jetzt Privatier, das heißt, er konnte offensichtlich vom ererbten Vermögen seines Schwiegervaters, der 1836 bei einem Betriebsunfall tödlich verunglückte, leben. Sein Vermögen dürfte sogar erheblich gewesen sein, denn die Kattundruckerei mit über 100 Drucktischen, das Bad sowie Wohnhaus und

⁵⁹⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 3.3.1855, S. 37.

⁵⁹⁵ StAA, Adressbücher der Stadt Augsburg 1860 - 84.

⁵⁹⁶ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 1835, S. 70.

Ökonomiegebäude wurden nach dem Tod des Firmeninhabers verkauft.⁵⁹⁷ Kommunalpolitisch spielte Johann Schmidt wohl aufgrund seiner langjährigen Abwesenheit keine Rolle, in den Kreis der Landwehroffiziere wurde er allerdings als Leutnant der Kavallerie aufgenommen. Wer oder was Johann Schmidt in seinem politischen Denken beeinflusste, bleibt völlig im Dunkeln. Jedenfalls hatte er im Frühjahr 1849 den Entschluss gefasst, sich als Freiwilliger der badischen Revolutionsarmee zur Verfügung zu stellen. Möglicherweise wirkten sich hier familiäre Beziehungen nach Mannheim, der Hochburg der badischen Demokraten, aus.⁵⁹⁸ In dieser dritten großen Revolutionswelle in Baden ging es zwar offiziell um die Verteidigung der Reichsverfassung, jedem der daran teilnahm, war aber klar, dass hier der letzte, verzweifelte Versuch unternommen wurde, der drohenden Restauration die Republik entgegenzusetzen. Der Staatsapparat lag deswegen nicht falsch, wenn Schmidts politische Haltung nicht nur als demokratisch, sondern als „*ganz roth*“ charakterisiert wurde. In der politischen Farbenlehre der Zeit war das die Kennzeichnung für einen Anhänger einer demokratischen Republik. Möglicherweise war er gar nicht der einzige Kaufbeurer, der die Revolution mit der Waffe in der Hand verteidigen wollte. Immerhin wurde die Anwesenheit von Werbetrupps vom Kaufbeurer Bahnhofsvorstand gemeldet. Als alles vorbei war, war er aber der Einzige, der von den Behörden des badischen Großherzogs als Gefangener an Bayern ausgeliefert wurde. Schmidt scheint mit der Amnestie Ende 1849 aus dem Augsburger Untersuchungsgefängnis freigekommen zu sein. Seine Entlassung aus der Landwehr „*wegen fortgesetzter demokratischer Gesinnung*“ erfolgte erstaunlicherweise aber erst im Frühjahr 1852, während andere Offiziere - wie Gustav Schäfer - schon zwei Jahre früher vom Dienst suspendiert worden waren.⁵⁹⁹ Möglicherweise spiegelte sich in dieser auf den ersten Blick inkonsequenten Haltung der Behörden aber die mangelnde Bedeutung, die man Johann Schmidt für die politische Gesamtstimmung der Stadt beimaß. Dass Schmidt irgendwann nach diesem Zeitpunkt die Stadt wieder verließ, deutet ebenfalls auf eine nur geringe Verwurzelung in Kaufbeuren hin. Ein Sterbedatum ist in den Akten jedenfalls nicht überliefert.

Maximilian Noetinger, Eisenhändler

Max Noetinger wurde erst nachträglich - 1854 - auf die „Schwarze Liste“ gesetzt, das heißt, er spielte offenbar während der Jahre 1848/49 keine herausragende Rolle. Im politischen Gefüge Kaufbeurens lässt er sich aber trotzdem recht eindeutig verorten. 1845 heiratete der aus Öhringen stammende Eisenhändler eine Tochter des Großhändlers Johann Christoph Schäfer.⁶⁰⁰ Damit heiratete er in eine der wichtigsten liberalen Familien Kaufbeurens ein. Emil Schäfer, der Kommandant des Kaufbeurer Freicorps, wie auch Gustav Schäfer wurden auf diese Weise seine angeheirateten Vettern. Dass der Zusammenhang zwischen politischer Haltung und familiärer Einbindung nicht nur theoretischer Natur war, zeigt die bekannte Schützenscheibe anlässlich Noetingers Wahl

⁵⁹⁷ StAKf, Schropp-Bilderchronik, rückseitiger Text zu Bild Nr. 110.

⁵⁹⁸ Die Tante seiner Frau war in Mannheim mit dem Großhändler Friedrich Gerbel verheiratet.

⁵⁹⁹ STAA, Regierung, Nr. 8205 (März 1852).

⁶⁰⁰ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 1845, S. 109.



Max Noetinger: Liberaler Eisenhändler

zum Landwehroffizier. Zusammen mit dem Schlossermeister Josef Merkle, der ebenfalls im März 1849 in eine Offiziersstelle aufrückte, stiftete er eine Schützenscheibe, auf der im Hintergrund die mit schwarz-rot-goldenen Fahnen geschmückte Tell-Wirtschaft abgebildet ist. Bemerkenswert daran ist nicht nur, dass die Nationalfarben ein offenes Bekenntnis zur Revolution ablegten, als dies schon nicht mehr opportun war, sondern auch, dass die Scheibe von einem Protestanten und einem Katholiken gemeinsam gestiftet wurde. In Kaufbeuren alles andere als selbstverständlich, sollte das wohl heißen, dass man bereit war, auch innerhalb der Stadt alte Zöpfe abzuschneiden und neue Wege zu beschreiten.

Was blieb?

Alltagskultur: Alte Hüte – neue Hüte

Es gehört zu den Alltagserfahrungen, dass Ereignisse, die von Berufspolitikern oder Historikern für bedeutend gehalten werden, von der Mehrzahl der Menschen manchmal überhaupt nicht wahrgenommen werden. Debatten und Abstimmungsergebnisse in fernem Frankfurter oder Münchener Parlamenten dürften die Bewohner Kaufbeurens nur selten wirklich berührt haben, weit wichtiger waren Dinge, die im alltäglichen Leben



Revolutionskostüm in der Kaufbeurer Fastnacht: Heckerhut, Zigarre, schwarz-rot-goldene Schärpe

sichtbar und spürbar waren. Aus diesem Blickwinkel können aber Kleinigkeiten, die uns im Abstand von über 150 Jahren eigentlich nur kurios erscheinen, plötzlich eine ganz eigene Bedeutung gewinnen. Das bekannteste Beispiel für die unterschiedliche Wahrnehmung von Bedeutsamem und Nebensächlichem ist die selbstgenügsame Zufriedenheit vieler Bürger mit der Erlaubnis, in der Öffentlichkeit rauchen zu dürfen. Mochte die Revolution untergehen, wenn man nur seine kleinen persönlichen Zugewinne bewahren konnte. In denselben Bereich der symbolischen Handlungen gehörte

die Diskussion über die zeitgemäße Form des Grüßens. So erschien am 1. Juli 1848 im „Kaufbeurer Wochenblatt“ eine Anzeige, die zur Bildung eines „Hut-Emancipations-Vereins“ aufrief. Von der Mitgliederversammlung sollte über das „für das bisherige Abnehmen der Kopfbedeckung einzuführende Surrogat beraten und beschlossen werden“. ⁶⁰¹ Was auf den ersten Blick wie ein Stück Satire aussieht, war der völlig ernst gemeinte Versuch, eine

⁶⁰¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 1.7.1848, S. 119.

Sache, die bereits in Augsburg und München weite Kreise gezogen hatte, nach Kaufbeuren zu verpflanzen.

Am 20. April hatte ein anonymes Leserbriefschreiber im „Augsburger Anzeigblatt“ eine „*schnelle Vereinigung*“ in der Sache des Hutabnehmens angeregt. Er gab zwar zu, dass es Bedeutsameres gebe, fand aber doch, dass es nicht schade sei, „*wenn der wohlwollende Deutsche zwar freundlich bleibt, einmal aber verlernt servil zu seyn*“.⁶⁰² Es ging tatsächlich nicht um Nebensächliches, sondern um die Frage, wie soll ein Bürger seine gerade gewonnene Freiheit, seine gesellschaftliche Gleichberechtigung optisch sichtbar zum Ausdruck bringen. Das Abnehmen des Hutes – vor allem gegenüber Höherstehenden – wurde als ärgerliches Relikt einer endlich überwundenen Zeit empfunden. Das neue Selbstbewusstsein ließ sich mit dieser Respektsbezeugung nicht mehr in Einklang bringen. Das Tippen mit den Fingern an den Hutrand, eine Art militärisches Salutieren, wurde als Ersatz vorgeschlagen. Ein kleines, an den Hut gestecktes Abzeichen mit dem Augsburger Stadtwappen sollte deutlich machen, dass man die neue Form des Grüßens praktizierte und auch erwartete.⁶⁰³ Ein Mindestbeitrag schuf den finanziellen Grundstock für Ausgaben zu wohltätigen Zwecken. Seit dem 29. Mai veröffentlichte die Zeitung dann in langen Listen die Namen der Vereinsmitglieder. In kürzester Zeit waren Hunderte von Augsburgern dem Hut-Emanzipations-Verein beigetreten, darunter auch Bürgermeister Forndran und sogar Regierungspräsident von Fischer.

Man demonstrierte damit aber nicht nur, dass man sich als Teil einer gleichberechtigten Bürgergesellschaft verstand, sondern deutete auch seine Sympathie mit den Revolutionsereignissen an. Ohne sich politisch allzu weit aus dem Fenster zu hängen, konnte man das Gefühl genießen, auf der Seite der Sieger und des allgemeinen Fortschritts zu stehen. Auf geradezu unwiderstehliche Art gelang es so den Liberalen, sich ein weites Feld politischer Sympathisanten zu schaffen.

Dass solche Äußerlichkeiten wichtig waren und registriert wurden, hatte ein Vorfall vom 4. April sehr deutlich gemacht. Als auf dem Augsburger Rathaus die deutsche Fahne gehisst wurde, vergaß ein anwesender liberaler Journalist bei den Hochrufen seinen Hut abzunehmen. Aufgebrachte Veranstaltungsteilnehmer stürzten sich auf ihn, schlugen ihm den Hut sofort vom Kopf und verfolgten ihn wutentbrannt bis in seine Wohnung.⁶⁰⁴ Es gab also Situationen, in denen man den Hut abnehmen musste und solche, in denen man ihn tunlichst aufbehalten sollte, wollte man sich politisch korrekt verhalten. Wichtig schien der Hut in jedem Fall zu sein. An den Grußformen konnte man präzise den Stand der revolutionären Sache ablesen. Genau ein Jahr später erschien, wieder im „Anzeigblatt“, ein ironisches Gedicht auf das Ende des Augsburger Hutvereins. Die beiden letzten Strophen zogen eine bittere Bilanz. Ängstlicher Kleinmut hatte das bürgerliche Selbstbewusstsein längst wieder verdrängt:

*„Das Zeichen ist verschwunden schnell
Von gar so vielen Hüten.
Man sagt ihm schweigend Farewell!*

⁶⁰² StBA, Augsburger Anzeigblatt, Nr. 111, 20.4.1848; Vgl.: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 302ff.

⁶⁰³ Ebda., Nr. 134, 15.5.1848.

⁶⁰⁴ Ebda., Nr. 96, 5.4.1848.

*Denn könnte man es auf der Stell
Nicht noch am End verbieten?*

*D'rum auf ihr Männer, deutsch und gut!
Seyd nur bei Allem munter,
Und thut, wie es ein Jeder thut,
Und greifet stolz an euren Hut,
Und - reißt ihn schnell herunter!*⁶⁰⁵

In Kaufbeuren kam der Hut-Emanzipations-Verein nicht zustande. Das erscheint zunächst verwunderlich, war diese Sitte doch bis in kleinste Städte vorgedrungen,⁶⁰⁶ war Augsburg doch in vielen anderen Angelegenheiten das große Vorbild für die Kaufbeurer Liberalen gewesen. Bedenkt man aber, dass die Einwohnerzahl Kaufbeurens bedeutend kleiner war und dass die Liberalen die Stadt unangefochten dominierten, dann erscheint diese Art vorsichtiger Politisierung nicht unbedingt notwendig gewesen zu sein. Darüberhinaus stand zwei Wochen später die Gründung des Gewerbevereins auf dem Programm. Zwei Vereinsgründungen in so kurzem zeitlichen Abstand schien den führenden Liberalen nicht viel Sinn zu machen. Der Hut-Emanzipations-Verein kam deshalb über den Gründungsaufruf nicht hinaus. Trotzdem verstand man sich auch in Kaufbeuren auf leicht verständliche Symbolik. Im Rahmen des Tänzelfestes verbrannte man „den alten reichsstädtischen Zopf öffentlich und auf feierliche Weise“, während die neue Zeit mit einem Brillant-Feuerwerk begrüßt wurde.⁶⁰⁷ Ob man sich allerdings immer noch in althergebrachter Art grüßte, entzieht sich unserer Kenntnis. Der Chronist Christa fand es jedenfalls bemerkenswert, dass die Redner bei der Kaufbeurer Volksversammlung im Mai 1849 ihre Hüte grundsätzlich aufbehielten.⁶⁰⁸

Dabei war die Frage, ob man seinen Hut antippte oder abzog, nur ein Teil des Problems. Genauso wichtig schien die Frage zu sein, welchen Hut man trug. Glaubt man der zeitgenössischen Bildpublizistik, dann war die Kopfbedeckung eindeutiges Signal für die darunter steckende politische Gesinnung. Dreispitz der Beamtenuniform, Tschako und steifer Zylinder standen demnach für eine konservative Haltung, je abenteuerlicher dagegen die Hutform, desto radikaler war ihr Träger.⁶⁰⁹ Die Wirklichkeit ließ so eine eindeutige Klassifizierung sicher nicht zu. So war z.B. der Zylinder auch bei Bauern und Handwerkern Teil des Festtagsgewandes. Betrachtet man aber das Bild, das Andreas Schropp zum Verbrüderungsfest der schwäbischen Freicorps malte, dann erkennt man an Details sehr wohl den Symbolgehalt von Hüten und Kleidung. Die Kaufbeurer Freicorpsmitglieder waren nur an Kokarde, Armbinde und Schärpe zu erkennen, ansonsten trug man seine dunkle Repräsentationskleidung samt Zylinder. Vertreter an-

⁶⁰⁵ Ebda., Nr. 92, 2.4.1849.

⁶⁰⁶ So gaben am 19.8.1848 145 Dillinger Bürger über eine Annonce im Wochenblatt bekannt, dass sie in Zukunft nicht mehr mit Abnehmen des Hutes begrüßt werden wollten. (StADill, Dillinger Wochenblatt, Nr. 34, 21.8.1848.)

⁶⁰⁷ StAMn, Mindelheimer Wochenblatt, Nr. 31, 30.7.1848 und StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 22.7.1848, S. 131.

⁶⁰⁸ Christa-Chronik, S. 215.

⁶⁰⁹ Grundsätzlich: Belting, I., Mode und Revolution. Deutschland 1848/49, Hildesheim 1997.

derer Städte, z.B. die Memminger, hatten sich ganz an militärischen Uniformen orientiert. Wieder andere, wohl die Immenstädter, trugen ihre republikanische Gesinnung ganz offen zur Schau, indem sie sich in der Kleidung an Friedrich Hecker anlehnten. Dazu gehörte ein gegürtetes blusenartiges Obergewand (in der Leinenfarbe der Turner oder im Blau der Arbeiterkittel) und vor allem ein weicher Filzhut, an dem eine Hahnenfeder steckte. Dieser Heckerhut signalisierte eindeutig eine demokratische Gesinnung. Gerade diese Hü-



*Auf dem Treffen der Freicorps im Hirschaal:
Kleidung signalisiert die politische Haltung*

te „mit breiter Krempe und der deutschen Kokarde darauf“ brachten im Juni 1849 den Kaufbeurer Bahnhofsvorstand auf die Idee, unter seinen Reisenden badische Freischärler zu vermuten und sofort Anzeige zu erstatten.⁶¹⁰

Ähnlich stilbildend war Haar- und Barttracht des badischen Revolutionärs. Die langen Haare, wie sie die vormärzlichen Studenten schon getragen hatten, sowie der beeindruckende Vollbart entwickelten sich zu einer Ausdrucksform revolutionärer Gesinnung. Diese Selbststilisierung, die sich zwischen Christusbild und romantischem Räuber bewegte, dürfte über den Weg der weitverbreiteten Flugblätter nicht unerheblich zu Heckers Popularität beigetragen haben. Möglicherweise imitierte der Apotheker Friedrich Wolfrum ganz bewusst Heckers charakteristisches Äußeres, was gut zu seinem Auftauchen in der „Schwarzen Liste“ passen würde. Andererseits ist es kaum vorstellbar, dass einem Republikaner in Kaufbeuren eine solche Karriere, wie sie Wolfrum durchlief, möglich gewesen sein sollte.

Gehörten Vollbart und Heckerhut bereits zu einem klar ausdifferenzierten Zeichensystem, so zeigte sich der allgemeine Überschwang der ersten Revolutionswochen in einer Vorliebe für die Farben Schwarz-Rot-Gold. Zum Pfingstmarkt des Jahres 1848 offerierte ein Pferseer Händler aus seinem „reichhaltig und aufs geschmackvollste versehenen Lager deutscher Erzeugnisse“ speziell für Herren „Westen (...) in den Bundesfarben“. ⁶¹¹ Dass schwarz-rot-goldene Kleidungsstücke im darauf folgenden Jahr nicht mehr im Angebot waren bzw. nicht eigens dafür geworben wurde, macht deutlich, dass im Sommer 1849 damit keine großen Geschäfte mehr zu machen waren. Von der Euphorie des Anfangs war kaum noch etwas übrig geblieben. Man stellte seine Meinung nicht mehr so selbstverständlich zur Schau, der Rückzug ins Private war im vollen Gange.

In den eigenen vier Wänden konnte man seine Überzeugungen nach wie vor auch optisch zum Ausdruck bringen. Welche Bilder an der Wand hingen, welche Erinnerungsstücke in der Glasvitrine ausgestellt waren, ging niemanden etwas an. Aber auch hier machte sich ein quantitativer Rückgang bemerkbar. Wenn im Frühjahr 1848 selbst ein konservativer Buchdrucker wie J. B. Dorn seinen Lesern Lithographien mit Münchener Revolutionsszenen zum Kauf anbot,⁶¹² dann muss ein weitverbreitetes Bedürfnis vor-

⁶¹⁰ STAA, Regierung, Nr. 9703 (Stimmungsbericht vom 14.6.1849)

⁶¹¹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 3.6.1848, S. 103.

⁶¹² StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 1.4.1848, S. 62. Es handelte sich dabei um die Darstellung des Zeughaussturmes und der Vereidigung des Militärs auf die bayerische Verfassung.

handen gewesen sein, sich die großen Ereignisse ins kleine Wohnzimmer zu holen. Einem ähnlichen Zweck dienten Schaumünzen, wie sie z.B. zum Andenken an die königliche Proklamation vom 6. März 1848 geprägt wurden.⁶¹³ Das Angebot des liberalen Buchbinders J. Reinhardt, das Portrait des Kaufbeurer Lokalheroen Christoph Friedrich Heinzelmann als Weihnachtsüberraschung zu verschenken, spricht ebenfalls dafür, dass auch ein dreiviertel Jahr später der emotionale Bezug der Kaufbeurer zu den Revolutionensereignissen noch vorhanden gewesen ist. Unumstritten war gewiss die Situation innerhalb Kaufbeurens, für die überörtlichen Entwicklungen galt dies nicht mehr. Eine kleine Szene auf dem Kaufbeurer Martinimarkt von 1848 macht dies sehr deutlich. Fliegende Händler hatten, wie überall, Lithographien von bekannten Politikern wie dem Reichsverweser Erzherzog Johann oder Friedrich Hecker an ihren Ständen ausgehängt. Einen ehemaligen Kaufbeurer Magistratsrat, vermutlich J. J. Probst, ärgerte das Hecker-Bild dermaßen, dass er lautstark „in die gemeinsten Ausdrücke und trivialsten Schimpfworte ausbrach“. Sofort gab es Diskussionen mit den umstehenden Marktbesuchern und Händlern, wobei sich ein Schwarzwälder Uhrenhändler für Hecker in die Bresche warf. Die meisten stellten sich gegen den wütenden Kaufbeurer, da sie - ohne mit der Republik zu

sympathisieren - der Meinung waren, das Bild des Revolutionärs dürfe ja wenigstens zum Kauf angeboten werden. Da sich der Wutausbruch nicht dämpfen ließ, eskalierte die Situation derart, dass der ehemalige Magistratsrat „vor einem zu erwartenden Ausbruche der ihn enger und enger umdrängenden Menge“ in ein Haus flüchten musste.⁶¹⁴ Auch der bereits dargestellte konträre Umgang mit dem Bild Robert Blums belegt, dass spätestens seit dem Beginn der Gegenrevolution im Herbst 1848 Revolutionssymbole die städtische Gesellschaft eher polarisierten als in einer gemeinsamen Überzeugung bestärkten. In der Schlussphase dienten derartige Bilder zumeist der Selbstvergewisserung. Trotzig hängte man sich die Portraits seiner Vorbilder - meist versehen mit

einem markanten Ausspruch - an die Wand. Unter dem Bild des Kemptener Abgeordneten Haggenmüller stand z.B. dessen Bekenntnis: „Ich werde mich der Verhaftung nicht entziehen; das Volk soll sehen, daß es Männer gibt, die alles, Freiheit und Leben, für dasselbe einzusetzen entschlossen sind.“ Als die Revolution vorbei war, lag es dann in der Logik der Dinge, dass die Obrigkeit den öffentlichen Raum „säuberte“. Blum-Portraits in der Wirtsstube hängen zu haben oder schwarz-rot-goldene Wimpel an Segelbooten zu befestigen, wurde zu einem strafbaren Delikt. Mit den Symbolen und Bildern sollte auch die Erinnerung gelöscht werden. In Kaufbeuren hatte ein solches Ansinnen kaum Aussicht auf Erfolg. Da



Die Bilder mutiger Liberaler als Wohnzimmerschmuck: Die Abgeordneten Haggenmüller und Reinhardt mit markanten Sinnsprüchen (Stadtmuseum Kaufbeuren)

⁶¹³ Eine solche Schaumünze ist im Evangelischen Kirchenarchiv innerhalb der Weidenbach-Chronik, Bd. VI überliefert.

⁶¹⁴ StBA, Augsburgs Anzeigblatt, Nr. 328, 28.11.1848.

die lokalen Revolutionsereignisse immer in gemäßigten Bahnen verlaufen waren, sich nie bis hin zur Gewaltanwendung radikalisiert hatten, brauchte man sich auch nicht davon ausdrücklich zu distanzieren. Die Revolution war ein akzeptierter Teil der eigenen Geschichte. So ist es auch zu erklären, dass die Fahne des Freicorps und des Volksvereins, dass Portraits linksliberaler Politiker nicht zerstört oder versteckt, sondern irgendwann dem städtischen Museum übergeben wurden. Heute bilden sie zusammen mit den Schropp-Bildern einen in Bayern wohl einzigartigen Bestand. Nirgends lässt sich die Geschichte der Jahre 1848/49 optisch so gut illustrieren wie in Kaufbeuren.

1864 zog der evangelische Stadtpfarrer Emanuel Eduard Christa (ein Sohn des Chronisten) folgendes Resümee der Jahre 1848/49: *„Die übermäßige Freisinnigkeit einzelner von auswärts gekommener Stimmführer wurde von der besonnenen Mehrzahl entschieden gemissbilligt und die Anhänglichkeit an das Herrscherhaus ist unter der hiesigen Bürgerschaft nie wankend geworden. Dass freilich seit jener Zeit ein größeres Streben nach Freiheit und Ungebundenheit im staatlichen und kirchlichen Leben sich zeigt, daß die Gemeinden von heutzutage nicht mehr so lenksam sind, wie ehemals, daß man mißtrauisch geworden ist gegen alles, was von höheren Stellen befohlen wird, wenn es auch den besten Zweck hat, das ist eine Erscheinung, die in den Zeitverhältnissen liegt und die einer einzelnen Gemeinde nicht zur Last gelegt werden kann.“*⁶¹⁵ Interessant an dieser Beurteilung ist nicht der übliche konservative Reflex, der die eigene Gruppe als unschuldiges Opfer übler Machenschaften sieht, die selbstredend von außen kommen, sondern die Feststellung einer deutlich fortgeschrittenen Politisierung der Kaufbeurer Bevölkerung. Christa bedauert dies zwar, aber darin scheint das wirklich wichtige Ergebnis der Revolution zu liegen – das langsame Erwachsenwerden einer städtischen Gesellschaft. Dieses Mündigwerden, dieser Emanzipationsprozess zeigte sich Anfang März 1848 zunächst in einem schier unstillbaren Informationsbedürfnis. Den Postbeamten wurden die Zeitungen aus der Hand gerissen. Wer sich darüber lustig machte, musste mit harschen Reaktionen rechnen. Der diskutierende Zeitungsleser wurde zu einer Leitfigur des öffentlichen Lebens. Noch besser war es, man verzichtete auf den Postbeamten und begab sich gleich zur Quelle der Information, dem Bahnhof. Dort wurden nicht nur die Zeitungspakete ausgeladen, sondern dort stiegen auch Reisende aus den Zügen, die interessante Nachrichten aus den großen Städten bringen konnten. Es verwundert nicht, dass den Kaufbeurer Wirten im Bahnhofsrestaurant ein Konkurrenzunternehmen entstand, gegen das man sich neiderfüllt zur Wehr setzte. Die eigenen Sommerkeller blieben leer, dafür strömte *„nun alles dorthin, um sich in Bier und anderen Getränken gütlich zu thun. Beamte, Kaufleute, Damen, Bauern, Bürger, alle Arten von Handwerksgesellen mit ihren Mädchen sieht man dort in geselliger Eintracht, trotz dem sonst vorherrschenden Stolze der Ersteren, beisammen sitzen. Kurz, das so schön beabsichtigte Etablissement einer ruhigen Restauration ist zur gemeinen Schenke geworden, und es ist bereits vorgekommen, daß man die politischen Kannengießereien sich einander mittels der Faust begreiflich zu machen gesucht hat.“*⁶¹⁶

Mit dem Jahresbeginn 1849 zog sogar das „Kaufbeurer Wochenblatt“ aus dem zunehmenden Informationshunger vorsichtige Konsequenzen und richtete unter der Überschrift *„Mündlichkeit. Öffentlichkeit. Gesetzliche Freiheit“* eine Rubrik für Leserzuschriften

⁶¹⁵ EKA, Pfarrakten 128, Kaufbeurer Pfarrbuch, verfaßt von Em. Ed. Christa, 1864.

⁶¹⁶ StBA, Augsburgs Anzeigblatt, Nr. 127, 8.5.1848.

ein. Allerdings sollte daraus keine Plattform für Allgemeinpolitik werden, vielmehr wollte man sich auf die Diskussion lokaler Missstände beschränken.⁶¹⁷ Dass diese Spalte „Lokalpolitik“ von Anfang an unter keinem guten Stern stand und schon Anfang Juni wieder eingestellt wurde, hatte mehrere Gründe. Der Herausgeber des Wochenblattes, Anton Krenkl, der sich anfangs erkennbar Mühe gab, die Interessen der unteren Bevölkerungsschichten zu vertreten, war hauptberuflich Stadtschreiber und geriet dadurch sofort in Loyalitätskonflikte mit der Stadtspitze. Mit Themen, wie: „Vernachlässigte Aufsicht bei der Lebensmittelüberwachung“, „Mangelndes Rechtsempfinden gegenüber geschädigten Dienstboten“ oder „Inanspruchnahme nicht vorhandener Privilegien durch vermögende Mitbürger“ machte man sich im Rathaus keine Freunde. Zum anderen gab es im Frühjahr 1849 vielleicht doch Wichtigeres als Lokalpolitik. Die Auseinandersetzung um Grundrechte und Reichsverfassung beherrschte das Denken auch in der Provinz. Nach dem Ende der Revolution war dann sowieso kein Platz mehr für kritische Diskussion. Möglicherweise scheiterte das Unternehmen auch deshalb, weil das „Wochenblatt“ nie als politische Informationsquelle, sondern nur als kommunaler Ausgangskasten gedacht gewesen war. Wollte man sich über das überregionale Geschehen kundig machen, dann las man in Kaufbeuren entweder die liberalen Blätter „Augsburger Abendzeitung“ und „Augsburger Anzeigblatt“ oder die konservativ-katholische „Augsburger Postzeitung.“

Die Beschwerde der Kaufbeurer Wirte über die - ihrer Meinung nach - üblen Zustände am Bahnhof zeigt zum einen, dass die Bürger nicht darauf warteten, bis die Neuigkeiten in die Stadt kamen, sondern dass man ihnen entgegenging, sie zeigt aber auch, dass die Revolutionsereignisse die Schranken zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen ins Schwanken brachten. Klagte man im April noch über die hermetische Abschottung der Gesellschaftsvereine, der Konfessionen, der Berufsgruppen, so saß man jetzt zusammen und diskutierte. Vorher hatte jede Gruppe ihr eigenes Stammlokal oder Gesellschaftshaus und das hieß auch, dass man bei der Gestaltung seines Feierabends erheblicher gesellschaftlicher Kontrolle unterlag. Die Jahrhunderte alten Rituale des Zunftwesens ließen sich auch im 19. Jahrhundert nicht so einfach abstreifen. So ließen sich noch 1822 die evangelischen Weber beim kollektiven Umzug in ein neues Lokal portraituren. Christa berichtet, dass die Weber einen festlichen Umzug durch die Stadt veranstalteten, *„dessen Ziel die neue, nach Innen mit Blumen und Kränzen gezielte, nach Außen mit einer Ehrenpforte schön geschmückte Herberge war; wohin sie unter Musikbegleitung, und Vortragung der neuen Fabne und der übrigen, mit viel Kosten restaurirten Gewerbs-Insignien“* zogen.⁶¹⁸ Jetzt aber gab es einen Ort, an dem die Gruppenzugehörigkeit keine Rolle spielte und dieser Ort lag bezeichnenderweise weit außerhalb der Stadt, auf quasi exterritorialem Gelände. Zwei Vereinsneugründungen des Jahres 1848, das Freicorps und der Gewerbeverein, dürften mit die ersten Vereine gewesen sein, die kein festes Lokal hatten, sondern ihre Versammlungen in wechselnden Gasthäusern abhielten. Ohne solche Kleinigkeiten überbewerten zu wollen, zeigen sie doch, wie traditionelle, man könnte auch sagen verkrustete Strukturen aufgebrochen wurden. Man agierte nicht mehr für seine spezielle Gruppe, sondern verstand sich weit eher als eine neue

⁶¹⁷ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 13.1.1849, S. 13.

⁶¹⁸ Christa-Chronik, S. 89.

Form von Bürger, dessen Handeln am Gemeinwohl ausgerichtet war und von dem auch Verhaltensänderungen erwartet werden konnten.

Wenn vorher der lesende Bürger als Leitfigur auch der Kaufbeurer Öffentlichkeit bezeichnet wurde, so müsste ihm jetzt der in Gesellschaft diskutierende Bürger zur Seite gestellt werden. Ein Bürger, dem es mit seinem Engagement für die neue Zeit ernst war, hatte Mühe, mit den verschiedenen Versammlungen Schritt zu halten. Sein Kalender war übertoll mit Veranstaltungsterminen. Das Freicorps versammelte sich mindestens zweimal im Monat, der Gewerbeverein hatte wenigstens eine Sitzung und der Volksverein tagte fast wöchentlich. Hatte man in diesen Organisationen vielleicht auch noch eine führende Stellung inne, dann kamen noch jede Menge zusätzlicher Vorstandstreffen hinzu. Die Aktiven der Revolution waren aber nicht nur auf Vereinsdiskussionen und Wehrübungen tätig, sie blieben auch weiterhin Familienväter, Handwerker und Geschäftsleute.

Manche mögen die Revolution bald als Störung der Verdienstmöglichkeiten erlebt haben. Die Einladung des Freicorps-Kommandos zur Generalversammlung am 28.4.1849 deutet zumindest solche Ermüdungserscheinungen an. „*Es wird schließlich noch der Wunsch angereicht*“, so heißt es da, „*es möchte die Betheiligung an dem Corps (...) allgemeiner werden, und diese freiwillig übernommene Bürgerpflicht nicht blos auf die Schultern Einzelner zu laden, sondern gemeinschaftlich zu tragen.*“⁶¹⁹ Die politische Beteiligung vieler Menschen ließ sich nicht dauerhaft über viele Monate hinweg auf hohem Niveau halten, irgendetwas blieb man dem Exerzieren einfach fern. Entzog man sich dieser Dauerbelastung nicht, dann litt die Familie, die man kaum noch zu Gesicht bekam. Die „*Aller unterthänigste Bitte der Kaufbeurer Frauen*“ an den König macht dies am Beispiel der Sperrstunde anschaulich. Dieses Gedicht wurde sicher nicht von einer Frau verfasst, der komödienartige Tonfall ist ja nicht zu überhören, aber der Anlass ist sicher der Realität entnommen:⁶²⁰

*„Im Namen aller Frauen
In Baierns schönen Gauen,
Im Namen aller Mädchen
In Dörfern wie auch Städtchen
Im Namen aller Bräute
Und aller braven Leute (...)
Im Nam' der Mäßigkeit
Geb uns die 11 Uhr Zeit
Geb uns, o güt'ger König –*

*Wir bitten nur ein wenig
Und sind zum Dank bereit.
Laß Gäst, was kann es nützen –
Nicht bis um 12 Uhr sitzen.
Geliebter Landesvater!
Erbör der Weiber Flehn
Schaff ab die 12te Stunde
Laß all's nach hause gehn
Um 11 Uhr.“*

Der kleine Text, vor allem aber die Antwort im „*Wächterlied der Kaufbeurer Frauen*“⁶²¹ strapaziert auf unsägliche Weise das Klischee der zänkischen Ehefrau, der angespro-

⁶¹⁹ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 28.4.1849, S. 75.

⁶²⁰ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, S. 109. Der Text dürfte zum Jahresende 1848, die Landtagswahlen standen vor der Tür, geschrieben worden sein. Die Initialen des Autors „J. D. H.“ lassen sich möglicherweise mit Johann Daniel Hohbach, einem Cafetier, der es ja wissen musste, auflösen.

⁶²¹ StBA, Augsburgs Anzeigblatt, Nr. 355, 26.12.1848.

chene Tatbestand, die Heraufsetzung der Sperrstunde im Revolutionsjahr, zeigt aber das erhöhte Bedürfnis der Männer, sich im Wirtshaus oder auf einer Versammlung gemeinschaftlich auszusprechen.

Und die Frauen? War die Revolution auch für die Frauen ein Grund, sich die Zukunft in bunten Farben auszumalen? Es gab zwar Frauen, die auf den Barrikaden kämpften, es gab eine Reihe prominenter Frauen, die an den Feldzügen der Demokraten in Baden teilnahmen, aber insgesamt war die Situation der Frauen den maßgeblichen Wortführern der Revolution kaum einen Gedanken wert. Selbst ein Friedrich Hecker dachte ganz in patriarchalischen Bahnen.⁶²²

Wo also fanden sich 1848/49 die Frauen in Kaufbeuren? Als Zaungäste, als Zuschauerrinnen tauchten sie eigentlich immer auf. Andreas Schropp, der fast alle öffentlich sichtbaren Vorgänge malte, zeigte sie immer auf seinen Bildern: bei der Hissung der deutschen Fahne, bei den nächtlichen Ständchen und Fackelzügen und auch bei der Volksversammlung. All diese Situationen hatten ungeheuren Neuigkeitswert und damit auch den Charakter eines Volksfestes. Ganze Familien fanden sich ein, um den festlichen Inszenierungen zuzusehen.

Zum ersten Mal herausgehoben, wirkliche Akteure, waren die Frauen bei der Ausstattung des Kaufbeurer Freicorps. Ein „Frauen- und Jungfrauenverein“ hatte die schwarz-rot-goldene Fahne des Freicorps angefertigt und bestickt. Bei der Übergabe bildeten die Stifterinnen, geschmückt mit revolutionären Accessoires, den Mittelpunkt der Veranstaltung. Ihre Aufgabe war es auch, die passenden Worte zu finden. Ob die einundzwanzigjährige Elise Schäfer bei ihrer Ansprache nur die üblichen Standardformulierungen (vielleicht sogar noch von Vater oder Bruder aufgesetzt) verwandte oder die persönliche Haltung der Frauen zu den Ereignissen mit einbezog, wissen wir leider nicht. Was die Frauen während ihrer Arbeit dachten und sprachen, werden wir ebenfalls nie erfahren. Auch die Fahne des Volksverein – ein Jahr später – wurde vermutlich von derselben Frauengruppe hergestellt. Waren sie es aber auch, die über die eigenwillige Gestaltung entschieden? War das Herauslassen der Farbe Rot ihre Entscheidung? Von den Frauen im badischen Durlach ist z.B. bekannt, dass sie sich mehrheitlich für die Farbe Weiß als Grundfarbe für die Fahne ihrer Bürgerwehr entschieden.⁶²³ Sie stellten sich damit ganz bewusst in Gegensatz zu ihren Männern, die das Rot der Republik bevorzugt hätten. Fahnenstickerei war also durchaus nicht nur traditionelle weibliche Handarbeit, sondern ermöglichte – zumindest gelegentlich – auch eigenständige politische Stellungnahmen.

Auch 1850, beim Aufflackern der Schleswig-Holstein-Kämpfe, bildete sich sofort wieder eine Gruppe von Frauen im Umfeld der liberalen Familien. Diesmal ging es um das Nähen von Hemden für die Lazarette und um das Sammeln von Kleidung und Verbandsmaterial.⁶²⁴ Hier entwickelten sich deutlich die Bahnen, auf denen Frauen in den nächsten Jahrzehnten den Bereich der öffentlichen Fürsorge dominierten. Man sollte das nicht gering schätzen, denn in allen anderen Bereichen wurden die Spielräume für

⁶²² Grundsätzlich: Lipp, C. (Hg.), *Schimpfende Weiber und patriotische Jungfrauen. Frauen im Vormärz und in der Revolution 1848/49*, Bühl-Moos 1986.

⁶²³ Hierzu: Asche, S., *Hinter schwarz-rot-gelben Tüchern. Die Bedeutung der Frauen in der Revolution 1848/49*, in: *Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hg.), 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden*, Baden-Baden 1998, S. 332f.

⁶²⁴ StAKf, Kaufbeurer Wochenblatt, 17.8.1850, S. 159.

Frauen eher eingeschränkt denn erweitert. Bezogen die Gesellschaftsvereine der Vormärzzeit die ganze Familie mit ein (immerhin handelte es sich dabei auch um eine Art „Heiratsmarkt“), so waren die zahlreichen Vereine der zweiten Jahrhunderthälfte reine Angelegenheiten von Männern. Die seit der Französischen Revolution vorherrschende Begriffseinheit von politisch mündigem Bürger und Wehrpflicht erweiterte zwar den Kreis der Männer über die Familienvorstände hinaus in den Bereich der unterbürgerlichen Schichten, verschloss aber gleichzeitig den Frauen die Möglichkeit, als politisch gleichberechtigte Menschen wahrgenommen zu werden.⁶²⁵ Während der Revolutionsmonate war das in Ansätzen noch anders. Stadtkommissär von Sighart registrierte bei der Volksversammlung im Mai 1849 erstaunt eine große Anzahl von Frauen unter den Zuhörenden. Zusammen mit den Gesellen und Lehrlingen, die ihm als Anhänger der Republik auffielen, stellten die Frauen etwa ein Drittel des Publikums. Vielleicht rückte hier eine andere Gruppe Kaufbeurer Frauen für einen kurzen Moment ins Licht der Öffentlichkeit? Wenn sich im Frauen-Verein eher bürgerliche Frauen zusammenfanden, dann dominierten bei der Kundgebung vielleicht die Frauen der Unterschicht und die Arbeiterinnen der Spinnerei.

Nach dem Ende der Revolution waren solche Bilder nicht mehr zu sehen. Das Vereinsgesetz bestimmte den vollständigen Ausschluss der Frauen aus dem politischen Leben. Weder in politischen Vereinen noch in politischen Versammlungen wurden sie geduldet. Insofern gehört die Revolution von 1848/49 doch ein Stück weit zur Emanzipationsgeschichte auch der Kaufbeurer Frauen.

Kaufbeuren 1848/49 - Ein Resümee

Vierzehn Monate lang Luft zum freien Atmen, vierzehn Monate Zeit, vieles Neue auszuprobieren - eine solche Situation hinterließ selbstverständlich Spuren in jedem Ort. Deshalb lautet die eigentlich interessante Frage nicht: Fand die Revolution auch in einer Provinzstadt wie Kaufbeuren ihren Widerhall? Vielmehr müsste man fragen: Weshalb fanden die Revolutionsereignisse gerade so und nicht anders statt? Dass in Kaufbeuren – im Gegensatz zu vielen anderen Allgäuer Ortschaften – die revolutionären Wogen nicht allzu hoch gingen, fiel schon den Zeitgenossen auf. In Kempten und Immenstadt, den beiden Revolutionszentren des Allgäus, setzte man unter der Führung von Balthasar Waibel und Fidel Schlund auf die größtmögliche Mobilisierung der Öffentlichkeit. Man traute den Menschen dort vieles zu, wollte sie stärker in politische Entscheidungen mit einbinden und trug Konflikte auch deutlicher aus. In Kaufbeuren wählte man ein anderes Modell. Hier war Politik nach wie vor eine Angelegenheit der Führungsgruppen, die sich immer um einen größtmöglichen Konsens bemühten. Die Unterschiede wollen erklärt sein. Hierzu ein paar Thesen:

1. In Kaufbeuren waren im Revolutionsjahr alle denkbaren politischen Haltungen zu finden. Es gab Konservative, Liberale, Befürworter einer Republik und völlig unpolitische Menschen. Beim Ausbruch der Revolution im März 1848 gab es aber kein politi-

⁶²⁵ Vgl.: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 173f, 270.

sches Vakuum, das allen politischen Richtungen gleiche Chancen eingeräumt hätte. Es existierte bereits eine lange Tradition des gemäßigten Liberalismus, wie er durch Christoph Friedrich Heinzelmann d.Ä. eindrucksvoll vertreten wurde. Über das Netz der Vereine hatte diese Haltung eine dominierende Stellung in der Stadt erreicht.

2. Es gab in Kaufbeuren keine ernst zu nehmenden Gegner, an deren Verhalten sich Streit und damit auch eine Radikalisierung hätte entzünden können. Der oberste Vertreter der Regierung und die evangelische Geistlichkeit konnten mit der neuen politischen Lage leben, der katholische Stadtpfarrer war zu wenig einflussreich, um Gegenkräfte zu mobilisieren.

3. Eine eigenständige politische Presse, vergleichbar der „Kemptner Zeitung“, die das Denken der Menschen in eine andere Richtung hätte beeinflussen können, gab es in der Stadt nicht. Kaufbeuren befand sich hier ganz im Schlepptau des ebenfalls gemäßigt-liberalen Augsburg, eine Beziehung, die durch die Eisenbahnanbindung und vielfältige familiäre Kontakte innerhalb der Oberschicht weiter verstärkt wurde.

4. Die protestantischen Großhändlerfamilien, die Kaufbeuren politisch, kulturell und wirtschaftlich dominierten, versuchten bei starkem Anwachsen des katholischen Bevölkerungsteils ihre Führungsrolle zu verteidigen. Um sich das Heft nicht aus der Hand nehmen zu lassen, kamen sie den Katholiken weit entgegen. Man suchte den Konsens mit den Katholiken, da ihnen kein Anlass gegeben werden sollte, sich politisch zu organisieren. Eine zu große Mobilisierung der Öffentlichkeit hätte für die Kaufbeurer Führungsschicht unkalkulierbare Folgen haben können.

Wir haben gesehen, dass weder die moderate Kaufbeurer Linie noch die radikalere Kemptener Vorgehensweise sich als erfolgreich erwiesen. Die äußeren Umstände gaben der Revolution von Anfang an kaum eine Chance, weder in Europa noch in der bayerisch-schwäbischen Provinz. Es erübrigt sich deshalb auch, diese beiden Vorgehensweisen auf ihre Erfolgchancen hin zu beurteilen.

Gab es denn überhaupt Erfolge? Oder firmierte das Jahr 1848 zu Recht unter dem populären Etikett - „Das tolle Jahr“? Wobei „toll“ hier negativ im Sinne von merkwürdig, verrückt zu verstehen ist. Meines Erachtens stellten die Jahre 1848/49 auf lokaler Ebene einen erkennbaren Einschnitt dar, der - trotz des Scheiterns der Revolution - für die Kaufbeurer Anlass genug bot, mit Zuversicht und einer gewissen Zufriedenheit in die Zukunft zu blicken. Was hatte sich geändert?

1. Die Revolution hatte geholfen, bei einer Reihe von konkreten Problemen zu Verbesserungen zu kommen: von der Öffentlichkeit der Sitzungen über die Senkung der Aufnahmegebühren ins Bürgerrecht bis hin zur Errichtung eines städtischen Krankenhauses.

2. Es gab zwar keinen Austausch der politischen Führung, aber beim politischen Führungspersonal hatte ein erkennbarer Generationswechsel stattgefunden. Der Wechsel im Bürgermeisteramt war dafür der sichtbarste Ausdruck.

3. Die Revolution führte zu einer enormen Politisierung der Öffentlichkeit. Ein wachsendes Selbstbewusstsein der Bürgerschaft auch gegenüber der lokalen Obrigkeit hatte den Effekt, dass man nicht mehr bereit war, alles kritiklos hinzunehmen.

4. Die wohl wichtigste Folge war das Aufbrechen überkommener Strukturen. Waren vor 1848 innerstädtische Auseinandersetzungen entlang der Konfessionsgrenze ausgetragen worden, so wurden die Konfessionsblöcke allmählich durch politische Lager

ersetzt. Damit war die Lokalpolitik ein Stück weit rationaler geworden, auch wenn es dabei immer wieder zu Rückschlägen kam. Über Glaubensfragen ließ sich nicht diskutieren, über politische Inhalte schon.

Kaufbeuren, Augsburg, Kempten - Einzelfälle oder Varianten?

Untersuchungen von Einzelstädten können immer nur winzige Punkte in der historischen Landschaft erhellen. Je intensiver sie sich mit den Einzelobjekten beschäftigen, desto mehr werden deren spezifische Eigentümlichkeiten hervortreten. Nebeneinander gesetzt ergeben viele solche Einzelstudien, da sie den Eindruck erwecken, dass es überall anders war, zwar ein buntes Bild, führen aber nicht automatisch zu einem Zuwachs an historischer Erkenntnis. Es kann deshalb im Folgenden nicht darum gehen, den Kaufbeurer Ereignissen weitere erschöpfende Revolutionsdarstellungen zur Seite zu stellen, vielmehr soll versucht werden, aus der chronologischen Ereigniskette wichtige Situationen herauszulösen und diese in vergleichenden Querschnittsuntersuchungen auf ihre Repräsentativität hin zu untersuchen. Hierbei wird sich dann - innerhalb einer überschaubaren Region - herausstellen, ob der Ablauf der Kaufbeurer Revolutionsereignisse eher die Ausnahme oder die Regel darstellte. Als interessante Gelenkstellen legt der erste Teil der Arbeit folgende Punkte nahe: das liberale Milieu im Vormärz, die besonders in der Anfangsphase aufflackernden gewalttätigen Auseinandersetzungen, die auffallende Konzentration auf lokale Belange, die erstaunlich späte Entstehung politischer Vereine und die Verbindung von Konfession und Politik. Damit wären auch Problembereiche benannt, die sich als Anknüpfungspunkte für weitere Lokalstudien eignen könnten. Sollte sich am Ende sogar ein eigenständiges regionales Muster herauskristallisieren, umso besser.

Entscheidend für die Ergiebigkeit des Vorhabens ist die Auswahl der Vergleichsstädte, sie sollte durch gewisse Übereinstimmungen sinnvolle Vergleiche zulassen, gleichzeitig aber auch eine angemessene Bandbreite garantieren. Dass Forschungsstand und Quellenlage ebenfalls Entscheidungshilfen darstellen können, braucht nicht verschwiegen zu werden. Dass die Wahl auf die ehemaligen Reichsstädte Augsburg und Kempten fiel, lag nicht nur an der Tatsache, dass sie mit Kaufbeuren zur selben Städtegruppe gehörten, sondern hatte auch den praktischen Vorteil, dass die archivalische Überlieferung sich dort traditionsgemäß wesentlich reichhaltiger darstellt. Nicht nur der Stadttypus sprach für diese Auswahl, sondern auch die gemischtkonfessionelle Zusammensetzung der Bevölkerung sowie eine gewisse Übereinstimmung im Verlauf des Industrialisierungsprozesses. Augsburg und Kaufbeuren besaßen im Untersuchungszeitraum seit etwa einem Jahrzehnt große Industriebetriebe, Kempten stand kurz vor der Errichtung seiner großen Fabrik.⁶²⁶ Die Unterschiede zwischen den drei Städten lagen zunächst in der Größe: Gehörte Kaufbeuren in der Gruppe der unmittelbaren Städte zu den kleinsten (4 200 E.), war Kempten etwa doppelt so groß (8 400 E.), Augsburg eine Großstadt (38 200 E.).⁶²⁷ Wichtiger als die Einwohnerzahlen ist in unserem Zusammenhang die

⁶²⁶ Hierzu: Zorn, W., Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648-1870, Augsburg 1961.

⁶²⁷ STAA, Regierung, Nr. 8487, Einwohnerzahlen nach der Volkszählung von 1846.

in der älteren Literatur vorgenommene Einschätzung als Städte mit höchst unterschiedlicher revolutionärer Aktivität und Zielsetzung. Gilt Augsburg als großbürgerlich dominierte, gemäßigt liberale Stadt, steht ihr Kempten als kleinbürgerlich demokratisches Zentrum gegenüber.⁶²⁸ Unter der Voraussetzung, dass diese Charakterisierung zutrifft, lag Kaufbeuren nicht nur geographisch zwischen diesen beiden Polen, sondern musste sich auch politisch mit beiden Gravitationsfeldern auseinander setzen.

Ausgangssituationen: Milieus und Führungspersönlichkeiten

Das liberale Kempten und Balthasar Waibel

Es waren vor allem die Gegner der Revolution, die Kempten sehr bald das Etikett der ultraradikalen Hochburg aufklebten. So wurden die Augsburger Zeitungsleser schon im September 1848 auf die „*höchst radikale revolutionäre Gesinnung*“ der Kemptener Bürgerschaft hingewiesen.⁶²⁹ Auch der neue Bataillonskommandant der Kemptener Garnison benötigte nur ein paar Tage, um zu erkennen, dass es sich bei der Einwohnerschaft, den Gemeindegremien einschließlich des Bürgermeisters um „*fanatische Demokraten*“ handeln müsse.⁶³⁰ Dabei hatte es im Frühjahr 1848 gar nicht danach ausgesehen, dass sich die Kemptener überhaupt zu einer Reaktion auf die dramatischen Ereignisse aufraffen würden. „*Wacht auf ihr trägen Schläfer! Die Sonne steht bereits hoch am Himmel.*“ Diesem Weckruf der „Kemptner Zeitung“ folgte zwei Tage später bittere Ironie. „*Rührt man sich denn in unserem Allgäu gar nicht? Oder glauben unsere Bürger, die Pariser Revolution habe nur deshalb stattgefunden, damit sie Abends beim Bier sich besser unterhalten?*“⁶³¹

Möchte man diesen Widerspruch auflösen, dann kommt man nicht umhin, sich ausgiebig mit einer Persönlichkeit zu beschäftigen, ohne die sich die Revolution im Allgäu mit Sicherheit ganz anders abgespielt hätte – mit Balthasar Waibel, der fast ein halbes Jahrhundert Kemptens markantester und umstrittenster Politiker war.⁶³²

Waibel kam 1796 in Weidach bei Kottern als Sohn eines Schmieds zur Welt, eine Herkunft, die für ihn immer ein wichtiger Bezugspunkt seines politischen Wirkens blieb. Auf Grund seiner schwachen Konstitution, die ihn für das väterliche Gewerbe wenig geeignet erscheinen ließ, ermöglichte man ihm eine höhere Schulausbildung und ein Studium, das mit dem juristischen Staatsexamen abgeschlossen wurde. 1821 bewarb er sich in Kempten erfolgreich um das Amt des rechtskundigen Magistratsrats.⁶³³ Auf diesem

⁶²⁸ Nickel, *Revolution*, S. 15f, S. 75 usw.; Fischer, I., *Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Augsburg 1840-1914*, Augsburg 1977, S. 225-231.

⁶²⁹ StAA, Augsburger Tagblatt, Nr. 246, 7.9.1848.

⁶³⁰ HStA, Abt. IV, A IV, Fasc. 111, Bataillonskommandant an IDK, 11.6.1849.

⁶³¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 4.3.1848, S. 249 und 6.3.1848, S. 259.

⁶³² Grundlegend zu Kempten und Waibel: Rottenkolber, J., *Geschichte der Stadt Kempten im 19. Jahrhundert 1800-1914*, Kempten 1935; Bachmann, K., *Die Volksbewegung 1848/1849 im Allgäu und ihre Vorläufer*, Erlangen 1954; Nickel, D., *Die Revolution 1848/49 in Augsburg und Bayerisch-Schwaben*, Augsburg 1965; Wagner, A., *Die Revolution von 1848/49 im Allgäu*, Magisterarbeit München 1987; Böck, F.-R., *Kempten vom Übergang an Bayern bis 1848*, in: Dotterweich, V. u.a. (Hg.), *Geschichte der Stadt Kempten*, Kempten 1989.

⁶³³ Die Daten sind dem Aufsatz „Balthasar Waibel“ in der Zeitschrift „Der Heimgarten“, Nr. 41 (1927), S. 314f entnommen.



Baltasar Waibel: Jurist, Reformier,
Zeitungsredakteur – die Führungsfigur der
Revolution in Kempten und im Allgäu

einflussreichen Posten versuchte er in den nächsten Jahren mit enormer Tatkraft die schwierige Situation der Doppelstadt Kempten zu verbessern.⁶³⁴ Als überzeugter Verfechter einer liberalen Gewerbeordnung geriet er aber seit 1825 sehr rasch zwischen alle Stühle. Vor allem für die Handwerksmeister, die jede Veränderung in der Gewerbepolitik mit größter Sorge erfüllte, wurde er zur Zielscheibe wütender Kritik. Man warf ihm vor, mit einer allzu großzügigen Vergabe von Aufnahmegenehmigungen die ansässigen Meister in das wirtschaftliche Unglück zu treiben. „(A)llein durch die neue Gewerbsgesetzgebung, deren Prinzipien ich aus voller Überzeugung huldige, kam ich mit meinen Kollegen, mit den Gemeindebevollmächtigten, ja ich darf sagen mit der ganzen Bürgerschaft in Collision“,⁶³⁵ so begründete Waibel 1830 entnervt und gesundheitlich angeschlagen seinen Rücktritt. Die ärztlichen Gutachten, die ihn auf Grund seines langjährigen Lungenleidens arbeitsun-

fähig erklärten, ermöglichten ihm damals einen geordneten Rückzug, sollten ihn aber in den nächsten Jahren noch in große Schwierigkeiten bringen.

Waibel war nun nicht der Mann, der bereit gewesen wäre, mit vierunddreißig Jahren das Leben eines Frührentners zu führen. Er bot dem Magistrat den Verzicht auf seine Pensionsansprüche an, wenn man ihm im Gegenzug eine Advokatur verschaffen würde.⁶³⁶ Die Verhandlungen zwischen Regierung und Magistrat zogen sich in dieser Frage über eineinhalb Jahre hin, bis die Regierung im Mai 1832 kategorisch erklärte, dass für Waibel eine Anwaltsstelle grundsätzlich nicht in Frage komme.⁶³⁷

Was hatte die Regierung zu dieser harten Haltung bewogen? Am 18.2.1831 war im Kemptener Rathaus die von Waibel verfasste „Kempter-Adresse“ zur Unterschrift ausgelegt worden, die sich scharf gegen die Pressezensur und die vom König betriebene Politik richtete, unbequeme Landtagsabgeordnete an der Ausübung ihres Mandats zu hindern. Die Unterschriftensammlung, die in ganz Schwaben für Furore sorgte, erregte den Unwillen des Königs und führte in Kempten zu einer strengen Untersuchung. In dieser kritischen Situation übernahm Waibel die alleinige Verantwortung für diese Aktion, obwohl sie ursprünglich nicht von ihm, sondern von einflussreichen Honoratioren, darunter Bürgermeister Fr. H. Schnitzer, ausgegangen war.⁶³⁸ Auch Waibels Schrift „Kempten's Finanzverhältnisse und seine Forderungen an den Staatsärar“ (1831) variierte dieses Muster. Das regierungskritische Büchlein erschien mit Wissen des Magistrats, die Verantwortung lastete aber ausschließlich auf dem Verfasser.

⁶³⁴ Hierzu auch: Rottenkolber, Kempten, S. 63ff.

⁶³⁵ StAKe, A III 32a, Personalakt Waibel, Schreiben an die Regierung vom 11.5.1830.

⁶³⁶ Ebda., Schreiben an den Magistrat vom 11.5.1830.

⁶³⁷ Ebda., Schreiben an den Magistrat vom 2.5.1832.

⁶³⁸ StAKe, A III 32, Nr. 14, gedrucktes Flugblatt Waibels vom 1.9.1841.

An diesem Wendepunkt in Waibels Leben wird ein immer wiederkehrender Vorgang deutlich: Man nutzte seine Fähigkeiten, wenn man sie brauchte und ließ ihn fallen, wenn er zu unbequem wurde. Nachdem ihm der Weg als Rechtsanwalt nunmehr versperrt war, versuchte er in immer drängenderen Bittschreiben wieder in den Verwaltungsdienst der Stadt zurückkehren zu können. Er wies auf seine Verdienste hin, „*daß die Sparanstalt, die Arbeitsanstalt, die Stiftung für verwahrloste Kinder sammt zahlreichen Verbesserungen in allen Theilen der Communal- und Stadtverwaltung meinem ehrlichen Streben ihr Daseyn verdanken*“;⁶³⁹ bot eine Reduzierung seines Gehalts an, versprach, sich aus den umstrittenen Bereichen der Gewerbepolitik herauszuhalten, doch die Gemeindegremien lehnten aus politischen Bedenken ab.⁶⁴⁰ Mit erstaunlicher Hartnäckigkeit nutzte Waibel jetzt jede Gelegenheit, um seine Arbeitskraft immer wieder anzubieten. Jede neue Gemeindevahl, jede damit vielleicht verbundene Veränderung der politischen Atmosphäre, führte bei ihm zu immer neuen Phasen der Hoffnung. Leidenschaftliches Engagement für seine Stadt und finanzielle Engpässe, er war mittlerweile verheiratet und hatte eine Familie zu ernähren, waren wohl die Triebfedern dieses aufreibenden Kleinkrieges. Um eine mehr als gerechtfertigte Pensionserhöhung Waibels finanzieren zu können, wies der Magistrat ihm untergeordnete, zeitlich begrenzte Verwaltungstätigkeiten zu. Die wenigen Einblicke in den Zustand der Verwaltung und vor allem in die städtische Finanzsituation brachten Waibel dazu, im Juni 1841 in einer Reihe von Flugschriften die Öffentlichkeit zu alarmieren. Er kam in seiner Einschätzung der Finanzverhältnisse zu einem völlig anderen Ergebnis als der Magistrat und warnte eindringlich vor allzu ehrgeizigen Großprojekten, die er als nicht finanzierbar erachtete. Er warf den Gemeindegremien zwar nicht Unredlichkeit, aber doch mangelnden ökonomischen Sachverstand vor. Waibel wusste nur zu genau, welche Folgen dieser Frontalangriff für ihn haben würde. „*Ich sah vollkommen voraus, wie viel ich in meiner unsicheren Lage für mich und meine Familie riskire, wenn ich den Haß der einflußreichsten Glieder der städtischen Administration und ihres ganzen Anhangs auf mich lade.*“ Er habe aber aus Pflichtgefühl gegenüber dem öffentlichen Wohl nicht anders handeln können.⁶⁴¹ Da der Streit bald zu eskalieren drohte, erwirkte der Kemptener Magistrat schließlich eine Beschlagnahmung der Schriften Waibels, eine Maßnahme, die aber, da sie juristisch nicht haltbar war, wieder zurückgenommen werden musste. An diesem Punkt wird der Kern der Auseinandersetzung sehr deutlich. Der Magistrat fühlte sich in seiner Rolle als Obrigkeit angegriffen und gab der Regierung zu bedenken, dass, wenn jeder immer alle seine Handlungen rechtfertigen müsse, „*jeder ruhige bessere Bürger*“ bemüht sein werde, sich „*der Theilnahme an der Verwaltung auf jede mögliche Weise (...) zu entziehen.*“⁶⁴² Umgekehrt war es Waibels wichtigstes Ziel, dass die Verwaltung „*in die Arena*“ herabsteigt, um ihr eigenes Werk zu „*verfechten*“. ⁶⁴³ Politik, das war Waibels Credo, sollte in der Öffentlichkeit stattfinden, transparent und für alle nachvollziehbar. Seine Gegner konnten in diesem Bemühen allerdings nur Rechtha-

⁶³⁹ StAKE, A III 32a, Personalakt Waibel, Schreiben an den Magistrat vom 10.11.1832.

⁶⁴⁰ Ebda., Schreiben des Magistrats an die Regierung vom 30.1.1834.

⁶⁴¹ StAKE, A III 32, Flugblatt Waibels „*An meine Gegner*“ vom 12.6.1841.

⁶⁴² Ebda., Flugschrift Waibels „*Kemptner Actenstücke*“ vom 23.12.1841.

⁶⁴³ Ebda., Flugschrift Waibels „*An meine Gegner*“ vom 12.6.1841.

berei und Querulantentum sehen, das in der Bürgerschaft Missgunst, Streit und Unbotmäßigkeit auslösen würde.

Die Gemeindewahlen 1842 brachten dann die Chance eines Neuanfangs. Waibel war zum Gemeindebevollmächtigten gewählt worden und die außergewöhnlichen Mehrheitsverhältnisse in diesem Gremium (die katholischen Neustädter hatten das Übergewicht) scheinen sogar dazu geführt zu haben, dass man eine Kandidatur Waibels für das Amt des Bürgermeisters in Betracht zog. Waibel habe dies aber, um die Spannungen zwischen Alt- und Neustadt zu beseitigen, abgelehnt. Als Kompromisskandidat sei auf sein Betreiben hin der Arzt Dr. Karrer zum neuen Bürgermeister gewählt worden.⁶⁴⁴ Waibel selbst bat nach dem Tod des Rechtsrates Bartl um seine Reaktivierung auf diesem Posten. Doch auch diesmal weigerte sich der Magistrat mit den altbekannten Argumenten (Waibel sei gesundheitlich dazu nicht in der Lage, politisch zu sehr vorbelastet und dem Gemeindefrieden nicht zuträglich) und entschied sich für eine Neuausschreibung dieses wichtigen Postens. Eine knappe Mehrheit der Gemeindebevollmächtigten und drei Magistratsräte stellten sich diesmal aber auf Waibels Seite.⁶⁴⁵ Es bildeten sich in diesen Wochen erkennbar die Lager heraus, die sich dann auch während der Revolutionsmonate in Kempten gegenüberstanden. Die in diesem Konflikt entstandenen persönlichen Feindschaften und Loyalitäten wurden dann zwar noch politisch überwölbt, bildeten aber mit Sicherheit den emotionalen Ausgangspunkt für viele Entscheidungen der Jahre 1848/49.

Auch dieser Rückschlag brach nicht Waibels Willen „*wenigstens als Bürger und Gemeindebevollmächtigter unausgesetzt und mit aller Kraft für das Beste der Stadt zu wirken.*“⁶⁴⁶ Vielleicht empfand der Magistrat das als Drohung, man fand jedenfalls doch noch eine Lösung, die es ihm ermöglichte, sich unter einigermaßen akzeptablen Bedingungen der Reform der Verwaltung und des Rechnungswesens der Stadt zu widmen. In den folgenden fünf Jahren leistete er jedenfalls Erhebliches zum Wohle der Stadt.

In seinem ungeklärten Status – „*nicht activer Rechtsrath mit entscheidender, sondern bloß Functionär mit beratender Stimme*“ zu sein – sah Waibel aber zunehmend ein Hindernis für wirklich durchgreifende Reformen.⁶⁴⁷ Er gleiche „*einem mit gebundener Hand das Ruder führenden Steuermann*“, klagte er gegenüber dem Magistrat.⁶⁴⁸ Wieder wurde seine Bitte, für ihn eine zweite Stelle als rechtskundigen Magistratsrat zu schaffen, verworfen. Die Enttäuschung über diese erneute Zurückweisung – kleinere Städte hatten schon längst zwei Juristen an der Spitze der Stadt – und zunehmende Differenzen über den finanzpolitischen Kurs bewogen ihn im April 1848 zu einem weitgehenden Rückzug aus der Stadtverwaltung. Hier wird auch die tiefe Kränkung spürbar, die diesem fähigen Fachmann zugefügt wurde, indem man ihm über Jahrzehnte die Stelle verweigerte, die ihm eigentlich zugestanden hätte. „*Schon längst war es meine Absicht, um die Entbindung von der Theilnahme an den Magistratssitzungen nachzusuchen; denn wie könnte ich ohne verletzendes Gefühl den Sitzungssaal betreten, sobald ich mich erinnere, daß fast alle meine Studiengenossen zu höhern, und viele selbst zu höchsten Staatsämtern emporgestiegen*

⁶⁴⁴ Ebda., Nr. 8, Verteidigungsschrift Waibels anlässlich des Beleidigungsprozesses 1854.

⁶⁴⁵ StAKe, A III 32a, Personalakt Waibel, Protokollabschrift vom 24.11.1842.

⁶⁴⁶ Ebda., Schreiben Waibels an den Magistrat vom 17.11.1842.

⁶⁴⁷ Ebda., Schreiben Waibels an den Magistrat vom 24.10.1844.

⁶⁴⁸ Ebda., Schreiben Waibels an den Magistrat vom 1.11.1847.

sind, während mir nach fünfundzwanzigjähriger Dienstzeit nur die beratende Stimme eines Rechtspraktikanten zusteht?“⁶⁴⁹ Seit geraumer Zeit war Waibel wohl zu einer beruflichen Neuorientierung entschlossen. Ab 1837 hatte er schon an der „Kemptner Zeitung“ mitgearbeitet, am 1. März 1848 übernahm er endgültig den Posten des verantwortlichen Redakteurs. Sein gewandter Stil, der von feinem Witz bis zu groben Beleidigungen reichte, dem weder Nüchternheit noch großes Pathos fremd waren, machte das Blatt rasch zur meistgelesenen Zeitung des Allgäus. Die Aufgabe der Presse definierte er folgendermaßen: *„Die Zeitung ist nicht bloß für die Neugierde da, ja selbst mit der Belehrung hat sie ihre Aufgabe nicht erfüllt. Sie soll zugleich eine eifrige Wächterin des Rechts und des Gesetzes sein und Jedermann, besonders aber den Schwachen und Niedrigen gegen Unrecht und Unterdrückung verteidigen.“*⁶⁵⁰ Ziel seiner journalistischen Arbeit war es also nicht, aus zurückhaltender Distanz zu beobachten, sondern sich vehement in die Ereignisse einzumischen. Auch von seinen demokratischen Überzeugungen wich er nicht ab. Der *„narkotischen Macht der Heimlichkeit“*⁶⁵¹ stellte er sein Ideal der politischen Öffentlichkeit gegenüber: *„Überdies sei es wünschenswerth, daß man keine würdige Gelegenheit zur Versammlung der Bürger vorübergehen lasse, damit dadurch der Sinn für politische Fragen in ihnen geweckt und genährt und ihre Einsicht in Staatssachen ausgebildet werde.“*⁶⁵² Politisches Engagement, das ausschließlich auf lokale Ziele gerichtet war, war ihm allerdings zu wenig. Mit den *„Staatssachen“* meinte Waibel es durchaus ernst, seine Leser sollten sich nicht nur als Kemptener, sondern zunehmend auch als Bayern und Deutsche verstehen.⁶⁵³ Mit dieser Haltung wurde Waibel rasch zur bestimmenden Figur während der Jahre 1848/49. Er organisierte die verschiedenen Wahlkämpfe, leitete den Kemptener Volksverein und berichtete selbst noch nach seiner Wahl in den Landtag regelmäßig seinen Lesern aus München. Als glänzender Organisator und Redner verhalf er im Frühjahr 1849 den linksliberalen Märzvereinen im Allgäu zu einer ländlichen Massenbasis. Kein Wunder, dass sich an ihm die Geister schieden. Für seine Anhänger verwandelte er sich zunehmend in eine verklarte Lichtgestalt. So schildert das *„Volksvereinsblatt“* die Rückkehr des Abgeordneten schon fast als biblische Szene: *„Mit welcher freudiger Rübrung Alles erfüllt war, den hochgeschätzten Mann wieder zu sehen. Jung und Alt drängte sich um ihn. Rüstige Männer begrüßten ihn und schwache Greise mit dem Silberhaar auf dem Haupte wankten auf ihn zu, ihm die Hand zu drücken.“*⁶⁵⁴ Seinen Gegnern erschien er dagegen als selbstgerechter, jähzorniger Mann, der Stadt und Umland terrorisierte und systematisch ein Klima der Einschüchterung und Angst erzeugte.⁶⁵⁵

Waibels hart erarbeiteter Aufstieg folgte ein rascher Sturz. Die Niederlage der Revolution brachte auch das Ende seiner Karriere mit sich. In Kempten begann von neuem das alte Spiel. Die Regierung in Augsburg verfügte, dass Waibel – er war gewähltes Mitglied des Armenpflegschaftsrates – an keiner Sitzung des Magistrates mehr teilnehmen

⁶⁴⁹ Ebda., Schreiben Waibels an den Magistrat vom 5.4.1848.

⁶⁵⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 12.5.1848, S. 527f.

⁶⁵¹ Ebda., 26.3.1848, S. 339f.

⁶⁵² Ebda., 27.5.1848, S. 465.

⁶⁵³ Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der Spott, den Waibel über die Haltung des Lindauer Magistrats ausgießt. (Vgl. „Kemptner Zeitung“, 21.3.1848, S. 317)

⁶⁵⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, Volksvereinsblatt Nr. 13, 20.6.1849, S. 56.

⁶⁵⁵ Hierzu vor allem: StAKe, Kemptner Zeitung, 1.5.1848, S. 516 und 9.9.1848, S. 1003f.

dürfe. Waibel versuchte sich dagegen zu wehren, indem er argumentierte, dass diese Entscheidung ausschließlich Sache des Kemptener Magistrats sei. Doch sein Appell an die Courage der Stadtführung war vergebens. Abgesehen von ganz wenigen Gegenstimmen beugte man sich in einem Akt vorsorglicher Unterwerfung der Regierung: Waibel wurde erneut fallen gelassen. Mit kleinlichen Verdächtigungen und mehr als zwanzig Anklagen wegen angeblicher Verstöße gegen das Pressegesetz versuchte die Obrigkeit diesen unbequemen Mann zu zermürben.⁶⁵⁶ Massiver Druck der Behörden führte im Juni 1851 dann auch zum Rückzug Waibels aus der Redaktion der „Kemptner Zeitung“. Man drohte der Stadt unverhohlen an, ihr neben der Garnison auch noch andere wichtige Einrichtungen zu entziehen, wenn sich die politische Tendenz der Zeitung nicht ändere. Um größeren Schaden von seiner Stadt abzuwenden, beendete Waibel seine journalistische Tätigkeit.⁶⁵⁷ Aber selbst danach beschäftigte sich jeder politische Stimmungsbericht der Behörden mit der Privatperson Waibel. „*Nachhaltige Ruhe*“ - allein diese Zielsetzung hätte Waibel wohl in Rage gebracht - würde in Kempten solange nicht eintreten, „*als jener Agitator lebt.*“⁶⁵⁸ 1865 starb Balthasar Waibel nach kurzer Krankheit. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung wurde er neben seinem Freund und Mitstreiter J. B. Haggenmüller beerdigt. Sogar in den USA wurde sein Tod von ausgewanderten Allgäuer Revolutionären wahrgenommen. „*Ruhe sanft, Du treuer Freund des Volkes, Du hast Dir in der alten Welt wie in der neuen Welt ein bleibendes Denkmal gesetzt*“, schrieb der Immenstädter Fidel Schlund an die Witwe seines Freundes.⁶⁵⁹ So wenig der Einfluss Waibels auf den konkreten Verlauf der Vorgänge von 1848/49 unterschätzt werden darf, so unangebracht wäre es, die lokalen Revolutionereignisse als „Ein-Mann-Unternehmen“ zu beschreiben. Ohne ein bestehendes liberales Milieu wäre die schnelle Herausbildung Kemptens als revolutionäres Zentrum nicht möglich gewesen. Allein das Zustandekommen der Kemptener Adresse von 1831 mit 312 Unterschriften zeigt, dass es in der Stadt einen breiten liberalen Konsens gegeben haben muss, der, von den Honoratioren des Magistrats ausstrahlend, weit in die Handwerker-schaft hineinreichte. Eine Reihe von Indizien deutet nun darauf hin, dass in den Jahren unmittelbar vor Ausbruch der Revolution der „Bürgerverein“ der organisatorische Kern der Kemptener Liberalen war.

Am 1.12.1845 wurde der seit 1833 existierende „Leseverein der Altstadt“ in den „Bürgerverein“ umgewandelt. Es ist nicht klar, ob es sich bei dem Vorgängerverein um eine exklusiv protestantische Angelegenheit gehandelt hatte, der neue Verein war jedenfalls überkonfessionell angelegt und umfasste Mitglieder aus der Alt- und der Neustadt. Alle „*ansässigen Bürger und großjährigen Bürgersöhne*“ konnten dem Verein beitreten, dessen Aufgabe darin bestand, für „*theils belebrende und unterhaltende Lektüre, theils gesellige Unterhaltung*“ zu sorgen.⁶⁶⁰ Innerhalb eines Jahres konnte der Verein seine Mitgliederzahl auf 134 Personen mehr als verdoppeln. Die Kaufleute und deren Söhne waren

⁶⁵⁶ Vergleiche hierzu: Nickel, Revolution, S. 218f.

⁶⁵⁷ STAA, Regierung, Nr. 9723, Berichte des Stadtkommissärs vom 25.5. und 25.6.1851.

⁶⁵⁸ Ebda., Bericht des Stadtkommissärs vom 22.2.1862.

⁶⁵⁹ Zitat nach: Bachmann, Volksbewegung, S. 150.

⁶⁶⁰ StAKe, P 31, Bürger bzw. Bürger-Lese-Verein in Kempten betreffend 1833, Statuten.

neben den Handwerksmeistern die absolut dominierende Gruppe.⁶⁶¹ Bürgermeister Dr. Karrer, sechs der acht Magistratsräte und über die Hälfte der Gemeindebevollmächtigten gehörten dem Verein an, der sich auch ganz selbstbewusst als der „*einzigste Repräsentant der ganzen Bürgerschaft*“ verstand.⁶⁶² Sozialstruktur und Selbstbewusstsein dieser Organisation spiegeln deutlich liberales bürgerliches Selbstverständnis wider. Am 6.7.1846 überreichten 110 Kemptener Bürger ihrem heimkehrenden Landtagsabgeordneten Johann Michael Schnetzer einen Pokal und eine Ehrenurkunde, die unter den Leitbegriffen „Gerechtigkeit“ und „Wahrheit“ sein Wirken für die liberale Sache würdigten.⁶⁶³ 79% der Unterzeichner dieser Urkunde waren Mitglieder des Bürgervereins oder gehörten zu dessen unmittelbarem Umfeld. Man kann also davon ausgehen, dass diese Ehrung, die eine deutlich politische Willenskundgebung war, im „Bürgerverein“ geplant und organisiert wurde.



Johann Michael Schnetzer: Käsebändler, Landtagsabgeordneter und einer der führenden Liberalen Kemptens. Seine Wähler dankten ihm mit einem Silberpokal für sein liberales Engagement im Landtag

War dieser Verein, der aufgrund der bestehenden Gesetze nichts anderes als ein geselliger Verein sein konnte, der Kristallisations-

kern des liberalen Kemptener Bürgertums, dann läge es nahe, Konflikte innerhalb dieses Vereins auch als latent politische Konflikte zu interpretieren. Die Heftigkeit, mit der der Streit um die Verlegung des Vereinslokals in der Öffentlichkeit ausgetragen wurde, spricht jedenfalls dafür, dass dem Verein erhebliche innerstädtische Bedeutung zukam. Im September 1846 beschloss der Vorstand - ohne dazu die Mitglieder zu befragen - das Vereinslokal zu verlegen. Über die Hälfte der Mitglieder erhob dagegen vergeblich Protest. Der Streit spitzte sich derart zu, dass beim Magistrat beantragt wurde, die Entnahme des Vereinsinventars aus dem alten Lokal polizeilich zu verhindern.⁶⁶⁴ Ende November traten dann fünfzig Mitglieder aus dem „Bürgerverein“ aus, in deren Reihen die Gründung eines Gegenvereins mit Sitz in der „Schützenwirtschaft“ diskutiert wur-

⁶⁶¹ Die Aufschlüsselung der Mitglieder nach Berufsgruppen ergibt folgendes Bild: Von den 113 Mitgliedern, denen eindeutig ein Beruf zugeordnet werden konnte (bei 21 war das nicht möglich), gehörten 49 dem Handelsstand und 41 dem Handwerk an. Die Kaufleute waren also absolut überproportional vertreten, was sich auch in der Besetzung der Vorstände niederschlägt. Die relativ hohe Anzahl der Lehrer hat sicher mit der notwendigen Betreuung der Bibliothek zu tun.

⁶⁶² StAKe, Kemptner Wochenblatt, 26.12.1846, S. 240.

⁶⁶³ Hierzu: Hacker, F., Johann Michael Schnetzer, der Kempter Abgeordnete der 48er Jahre, in: Im Heimgarten, Nr. 20 (1927), S. 157ff.

⁶⁶⁴ StAKe, P31, Schreiben an den Magistrat vom 28.9.1846. Der Protest wurde von J. J. Jenisch, H. Stoller und J. Chr. v. Bogner eingelegt.

de.⁶⁶⁵ Dabei fiel besonders ins Gewicht, dass zu den Dissidenten auch der Bürgermeister und die Magistratsräte gehörten. Deutlich wird an dieser Auseinandersetzung, dass es keineswegs nur der Führungsstil des Vorstandes war, der den Verein zu zerreißen drohte, sondern dass es um grundsätzliche Fragen des Selbstverständnisses ging. Die Dissidenten störte offensichtlich die inhaltlich völlig neue Ausrichtung des Vereins, das Zuviel an *„Abendessen, Musikhören, Spazierfahrten, Tanzunterhaltungen, (...) weil uns bei den Ansprüchen an einen bürgerlichen Leseverein etwas ganz anderes vor Augen schwebt, als die für die haute volee der Stadt ganz geeignete Einrichtung der Harmoniegesellschaft, welche die Herren Vorstände des Bürgervereins mit fast unerklärlichem Eifer nachzuahmen bemüht sind.“*⁶⁶⁶ Bezeichnend ist die Abgrenzung zum alten Kemptener Eliteverein, der „Harmonie“, dem die Spitzen der Behörden und das Offizierskorps angehörten.⁶⁶⁷ Diese Argumentationslinie zielte besonders auf die Befindlichkeit der Handwerksmeister unter den Mitgliedern. Gerade bei dieser Gruppe musste der Verein seine größten Verluste hinnehmen, da sie sich vielleicht tatsächlich in dem für sie ungewohnten Ambiente nicht so recht wohl fühlten. Was aber wünschte man sich dann? Die Gruppe um Bürgermeister Karrer wollte jedenfalls zurück zu einem reinen Leseverein, weg von einer Organisationsform, die sich zu einem neuen gesellschaftlichen Mittelpunkt der Stadt entwickelte, aus der heraus alles Mögliche, vielleicht auch allzu viel Politisches entstehen konnte. Die stille Lektüre erschien kontrollierbarer als etwas, was in seiner Bedeutung nicht recht einschätzbar war. Gewünscht war nicht das Lesen von Zeitungen, sondern die Lektüre *„classischer Romane“*, gewünscht war nicht die innerstädtische Debatte, sondern die *„unterhaltende Lektüre in den Familien“*.⁶⁶⁸ Was der konservative Bürgermeister als unnötige soziale Angleichung kritisierte, könnte aber genauso gut der Versuch gewesen sein, den alten Eliteverein auf die Seite zu drängen und dem Wirtschaftsbürgertum auch die gesellschaftliche Dominanz zu verschaffen. Dass der Streit um eine zeitgemäße Form des „Bürgervereins“ als latent politische Auseinandersetzung gesehen wird, kann durchaus eine Überinterpretation darstellen, auffallend ist aber, dass Dr. Karrer später zu den Gründern des konstitutionell-monarchischen Vereins gehören und die „Schützenwirtschaft“ dessen Lokal werden sollte. Der „Bürgerverein“ im „Lamm“ (ein Gegenverein kam dann doch nicht zustande) entwickelte sich jedenfalls zum Treffpunkt der Liberalen aller Schattierungen. Der gemäßigt liberale Rechtsrat Zethner charakterisierte den „Bürgerverein“ als *„Gesellschaft hiesiger Bürger, um die politischen, kirchlichen und socialen Tagesfragen in geselliger Unterhaltung zu besprechen.“*⁶⁶⁹ Weshalb sonst baten politisch interessierte Gymnasiasten im Frühjahr 1848 um die Aufnahme in den „Bürgerverein“, weshalb sonst sandte der Paulskirchenabgeordnete Haggenmüller seine Berichte aus Frankfurt zunächst an Mitglieder des „Bürgervereins“, bevor sie regelmäßig in der „Kempter Zeitung“ erschienen?⁶⁷⁰ Aus welchem anderen Grund trafen sich die liberalen Wahlmänner bei der Landtagswahl gerade hier zu ihren Vorbesprechungen?⁶⁷¹ Damit soll nicht be-

⁶⁶⁵ StAKe, Kemptner Wochenblatt, 5.12.1846, S. 228 und 12.12.1846, S. 232f.

⁶⁶⁶ Ebda., 26.12.1846, S. 240.

⁶⁶⁷ Rottenkolber, Kempten, S. 226.

⁶⁶⁸ Ebda., 12.12.1846, S. 233.

⁶⁶⁹ Ebda., 15.1.1849, S. 64.

⁶⁷⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 16.3.1848, S. 300 und 19.6.1848, S. 675.

⁶⁷¹ Ebda., 10.12.1848, S. 1372.

hauptet werden, dass der Verein geradezu eine verdeckte politische Organisation gewesen sei, mit Sicherheit standen Unterhaltung, Tanz, Spiel und die Lust am geselligen Essen und Trinken im Mittelpunkt, aber es gehörte wohl zur gemeinsamen Überzeugung, politisch auf der Seite des Fortschritts zu stehen. Mit dem im April 1848 einsetzenden Bemühen Waibels, der Märzbewegung eine organisatorische Form zu geben - er hielt seine Versammlungen in der „Stadt Hamburg“ ab - bekamen die entschiedenen Liberalen dann einen neuen Anlaufpunkt. In den Augen der Kemptener Offiziere war der „Bürgerverein“ trotzdem längst als „*Demokraten-Club*“ abgestempelt.⁶⁷² Nach dem Ende der Revolution hätte dieses Etikett tatsächlich Sinn gemacht, denn erst jetzt fanden sich die führenden Mitglieder des Volksvereins - sicher nicht zufällig - in den Reihen des „Bürgervereins“ wieder.⁶⁷³

Kaufbeurer Gesellschaftsvereine: Die bürgerliche Öffentlichkeit formiert sich

Wurden die Kaufbeurer Gesellschaftsvereine schon im ersten Teil der Arbeit, allerdings ausschließlich unter konfessionellen Gesichtspunkten, angesprochen, so lohnt in diesem Zusammenhang ein Blick auf die Reihenfolge ihrer Entstehung. Nicht nur in Kempten, sondern auch in Kaufbeuren wird das charakteristische Muster bei der Herausbildung einer bürgerlichen Öffentlichkeit in der zeitlichen Abfolge der Gründungen sichtbar. Am Anfang stand auch hier ein kleiner exklusiver Kreis der städtischen Oberschicht. In deutlichem Zusammenhang mit der reichsstädtischen Trinkstube der Herren- und Kramerzunft bildete sich im Dezember 1804 eine Lesegesellschaft, die später den Namen „Harmonie“, bzw. „Pavillon-Gesellschaft“ bekam.⁶⁷⁴ Eine innere Verbindung mit der 1786-92 existierenden Freimaurerloge „Charlotte zu den drei Sternen“⁶⁷⁵ und ihrem führenden Kopf, Christian Jakob Wagenseil, lässt sich nicht direkt nachweisen, der von der „Harmonie“ angesammelte Bestand an Zeitungen und aufgeklärt politisch-literarischen Zeitschriften macht ihn aber wahrscheinlich. Mitgliederlisten der „Harmonie“ sind nicht überliefert, aber man darf sich hier die Familien der Textilgroßhändler und die Spitzenbeamten als regelmäßige Besucher der Gesellschaftsräume vorstellen.⁶⁷⁵ Der Vereinszweck wurde in den Statuten zwar mit „*Annäherung der Gebildeten jeden Standes*“ beschrieben, allein der hohe Jahresbeitrag (11 fl) und das Aufnahmeverfahren, Ballotage, nachdem man durch ein tatsächliches Mitglied eingeführt wurde, sicherten die Exklusivität der Gesellschaft. Der Kreis, aus dem außerordentliche Mitglieder erwünscht waren, wurde sogar präzise genannt: Offiziere, benachbarte Adelige, Beamte und Pfarrer. Ein Paragraph der Satzung brachte das Selbstverständnis der „Harmonie“ unfreiwillig auf den Punkt: Um ungestört lesen, plaudern oder Billard spielen zu

⁶⁷² Ebda., 15.1.1849, S. 64.

⁶⁷³ StAKe, P 31, Mitgliederliste 1851. Waibel und Haggenmüller sind als Mitglieder verzeichnet, Wendlinger ist sogar erster Vorstand.

⁶⁷⁴ Christa-Chronik, S. 29; Ballis, A., Dieter, S., Die urbane Vielfalt - Kaufbeurer Literaturgeschichte in ihrer städtischen Verbundenheit, in: Kraus, J., Dieter, S. (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 2, Thalhofen 2001, S. 147.

⁶⁷⁵ Christa-Chronik, S. 29. Als spätere Vorstände amtierten z.B. der Großhändler Heinzelmann-Schachenmayr, der Großhändler und Bürgermeister Chr. D. Walch und der Notar und Paulskirchenabgeordnete M. Barth.

können, sollten an alle Türen der Gesellschaftsräume Schilder mit der Aufschrift „*Geschlossene Gesellschaft*“ angebracht werden.⁶⁷⁶

Der Bau des Pavillons der „Harmonie“ im Tänzelhölzchen gab etwa zwei Jahrzehnte später (1821/26) den Anstoß für die soziale Ausweitung des Kaufbeurer Vereinswesens. Die Gesellschaft „Bauernhaus“ errichtete an diesem traditionsreichen Ort ebenfalls ein Sommerhaus. Demonstrierte die Gleichzeitigkeit des Bauvorhabens einerseits Selbstbewusstsein, so unterschied sich der Fachwerkbau im Stil eines Bauernhauses doch deutlich vom schönen klassizistischen Gebäude der sozial höher stehenden „Harmonie“. Der soziale Unterschied lässt sich in diesem Fall nicht nur über die Höhe des Mitgliedsbeitrages (1 fl 24 kr), sondern auch über die Mitglieder selbst klar nachweisen.⁶⁷⁷ Es war immer noch das Wirtschaftsbürgertum, das den Kern des neuen Vereins bildete, aber eher die Kaufleute der zweiten Reihe, ergänzt durch ihre Handlungsgehilfen, Lehrer, Beamte, Juristen, Ärzte und Apotheker. Dass sich Angehörige der Familien Heinzelmann, Elch, Wagenseil, Schäfer und Schrader trotzdem unter den Mitgliedern befanden, widerspricht diesem Befund nicht. Denn die ganz großen Namen fehlten und die Präsenz dieser Familien in allen wichtigen Vereinen war für die Absicherung ihres Einflusses nur von Vorteil. Die soziale Bandbreite der „Bauernhausgesellschaft“ war trotz der Ausweitung immer noch deutlich begrenzt. Handwerker fanden sich im Vormärz in diesem Verein nur vereinzelt. Ihr gesellschaftlicher Ort war noch nicht der Verein, also ein freier Zusammenschluss, sondern die verpflichtende Berufsorganisation wie die Zunft bzw. später die Innung.

Aber auch diese Barriere bestand nicht mehr lange. Kern der ersten freien Assoziation der Handwerker wurde die evangelische „Lese-Gesellschaft“ (Zur blauen Ente), die zwar schon 1820 gegründet, aber zunächst als reiner Leseverein gedacht war. Zumindest spielte Unterhaltendes im Buchbestand noch keine Rolle, sehr ernsthaft wollte man sich auf wissenschaftliche, gemeinnützige, politische und belehrende Werke beschränken.⁶⁷⁸ Spätestens 1826 wurde der Vereinszweck in Richtung gesellschaftliche Unterhaltung verschoben, denn in diesem Jahr nahm auch dieser Verein ein Sommerhaus im Tänzelhölzchen in Betrieb. Wichtiger ist aber, dass die „Lese-Gesellschaft“ im April 1837 in „Bürgerverein“ umbenannt wurde. Die Ursache hierfür könnte, wie in vielen südwestdeutschen Orten, die Erfahrung der Julirevolution von 1830 gewesen sein, die einen gewaltigen Organisationschub auslöste.⁶⁷⁹ Auch in Kaufbeuren hatten diese Ereignisse Spuren hinterlassen. Das Verfassungsfest und der Eklat um die Vereidigung der Magistratsräte waren ein deutliches Zeichen dafür, dass man nicht länger gewillt war, jede Maßnahme des Königs widerstandslos hinzunehmen. Ein Ausfluss dieser zunehmenden Politisierung war möglicherweise die demonstrative Umbenennung des Vereins. Auch hier war der Name gewissermaßen Programm. „*Jeder Bürger und erwachsene Bürgersohn, auch fremde hier funktionierende Individuen*“ sollte Mitglied werden können. Der Jahresbeitrag von jährlich 4 fl stellte jedenfalls kein unüberwindbares Hindernis dar.

⁶⁷⁶ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik Nr. 53, Einrichtung und Gesetze der im Jahre 1804 errichteten Lese-gesellschaft in Kaufbeuren, § 6.

⁶⁷⁷ StAKf, B 280, Jahresrechnungen der Bauernhaus-Gesellschaft 1821-1875.

⁶⁷⁸ Ballis, Dieter, Kaufbeurer Literaturgeschichte, S. 148.

⁶⁷⁹ Vergleiche hierzu: Nolte, Gemeindebürgertum, S. 163f.

Über Neuaufnahmen wurde immer noch abgestimmt, aber die Plenarversammlung der Vereinsmitglieder war eindeutig die wichtigste Entscheidungsebene in allen Fragen.⁶⁸⁰ Eine Hürde gab es allerdings noch: Die Satzung sah das zwar nicht ausdrücklich vor, aber die Realität ließ daran keinen Zweifel – man musste evangelisch sein, um Mitglied werden zu können. Zur Vereinswirklichkeit zählte außerdem, dass der „Bürgerverein“ weitgehend handwerklich geprägt war, die Großhändler und Beamten suchte man hier vergebens. In den 40er Jahren hatte sich der „Bürgerverein“, auf die Breitenwirkung hin gesehen, zum einflussreichsten Verein der Stadt entwickelt. Fast alle protestantischen Mitglieder der Gemeindegremien waren im „Bürgerverein“ eingeschrieben, hier wurden vermutlich die Wahlabsprachen getroffen, von hier aus wurde auch, wenn es angebracht schien (Beispiel Gewerbeschule), gegen die ebenfalls protestantischen Großhändler opponiert.

So unterschiedlich die Kaufbeurer und Kemptener „Bürgervereine“ im Detail auch waren, gemeinsam war ihnen, dass sie sich in den Jahren vor 1848, getreu ihrem Namen, sehr selbstbewusst als Kern der städtischen Bürgerschaft verstanden und während der Revolution eindeutig dem liberalen Lager zuzuordnen waren.

Der Augsburger Liberalismus und Albrecht Volkhart

„Wo liegt denn dieses Augsburg? Vielleicht in Hinterindien oder China?“, spottete eine Ulmer Zeitung im Februar 1849 anlässlich einer konservativen Augsburger Adresse gegen die Grundrechte.⁶⁸¹ Dass Waibel diesen süffisanten Text in die „Kempter Zeitung“ übernahm, lässt den Schluss zu, dass auch er sich über den Verlauf der Revolution in Augsburg verwundert zeigte. Ihm gingen wohl ebenfalls entschieden zu wenig Impulse von der Kreishauptstadt aus.⁶⁸² Eine andere Zeitungsmeldung, diesmal im „Augsburger Tagblatt“ zu finden, hätte ihn sicher in seiner Meinung bestätigt. Die deutsche Fahne auf dem Augsburger Rathaus war gewaschen und wieder an ihrem Bestimmungsort angebracht worden, dabei sei sie, so kommentierte das Lokalblatt, „um 2/3 eingeschrumpft und das übriggeliebene Drittel versteckt sich schüchtern hinter dem bayerischen Wimpel.“⁶⁸³ All diese Zeitungsmeldungen sind geeignet, das Bild einer unpolitisch friedlichen Stadt zu verfestigen. Aber stimmt die zeitgenössische Wahrnehmung – hier das überhitzte Kempten, dort das übervorsichtige Augsburg – wirklich? Versuchte man die Ziele der Revolution tatsächlich mit unterschiedlicher Intensität zu erreichen oder unterlagen die Vorgänge einfach anderen Gesetzmäßigkeiten?

Bei der Betrachtung der vormärzlichen Ausgangssituation zeigen sich allerdings eher große Übereinstimmungen. Auch in Augsburg regte sich die liberale Bewegung schon seit Beginn der Dreißigerjahre und auch sie war von Anfang an mit einer zentralen

⁶⁸⁰ StAKf, FB 12, Statuten des Leseinstituts: der Bürger-Verein, gegründet von einer Gesellschaft Lese-Liebhaber am 12. Nov. 1820, verbessert am 24. April 1837.

⁶⁸¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 6.2.1849, S. 151f.

⁶⁸² Grundlegend zu Augsburg: Nickel, D., Die Revolution 1848/49 in Augsburg und Bayerisch-Schwaben, Augsburg 1965; Dotterweich, V., Die bayerische Ära 1806-1870, in: Gottlieb, G. u.a. (Hg.), Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984; Möller, F., Bürgerliche Herrschaft in Augsburg 1790-1880, München 1998.

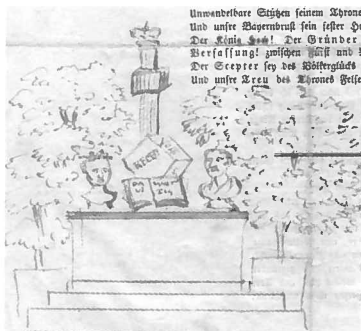
⁶⁸³ StAA, Augsburger Tagblatt, 29.11.1848, S. 1603.

Figur verbunden, die den Augsburger Ereignissen ihren Stempel aufdrückte, mit dem Buchdrucker Albrecht Volkhart.



Albrecht Volkhart: Der führende Kopf der Augsburger Liberalen

So gehörte der 1804 in Fürth geborene Volkhart, der es vom Schriftsetzer bei Cottas „Allgemeiner Zeitung“ zum erfolgreichen Inhaber einer eigenen Druckerei gebracht hatte, zu den Mitinitiatoren des Augsburger Verfassungsfestes von 1832.⁶⁸⁴ Diese Feiern sind ein sicheres Indiz für das Vorhandensein eines liberalen Milieus am jeweiligen Ort. Als Ersatz für offen politische Veranstaltungen, nahmen sie den Jahrestag der bayerischen Verfassung zum Anlass, um dieses Dokument im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern, auf ihrer Einhaltung zu bestehen und ihren Ausbau zu fordern. Damit verbunden war in der Regel die Auszeichnung eines liberalen Abgeordneten durch ein großes Festessen und die Überreichung eines Ehrenpokals. Im Saal der „Goldenen Traube“, dem Ort der Augsburger Verfassungsfeier, war eine besonders sinnfällige Dekoration arrangiert worden. Auf einem altarähnlichen Unterbau ruhte wie ein Evangelienbuch der aufgeschlagene Verfassungstext, eingerahmt von den Büsten der Könige Max I. und Ludwig I. Darüber befand sich ein auf die Spitze gestellter Würfel, dessen sechs Seiten die eingravierten Schlagwörter: Gott, König, Volk, Recht, Gesetz und Vaterland zeigten. Dahinter ragte eine dem Gaibacher Vorbild nachempfundene Säule empor, deren Spitze die bayerische Königskrone trug. In einem gedruckten Prolog wurde die Symbolik dieser Inszenierung erläutert, wobei der religiösen Begrifflichkeit nicht nur die Aufgabe zukam, der Veranstaltung eine sakrale Weihe zu geben, sondern auch die im liberalen Bewusstsein fundamentale Bedeutung der Verfassung – „ein heil'ger Name“, „In gold'ner Schaafe eine gold'ne Frucht“ – zu bekräftigen.⁶⁸⁵ Über 400 der „angesehensten Bürger und Einwohner Augsburgs“ besuchten laut Veranstalter die Feier,⁶⁸⁶ wobei der Polizeibericht allerdings einschränkt, dass „ein großer theil der durch Gold- und Grundbesitz Notablen Bürger und Eigenthümer“ seine Unterschrift zur Subskription der Veranstaltung verweigert hatte.⁶⁸⁷ Auch aus München, Memmingen und Kaufbeuren waren Gäste angereist, planten die Kaufbeurer doch einige Tage später



Verfassungsfest in Augsburg: Der Verfassungstext genießt fast kultische Verehrung (nach Schropp, StadtA KF B109)

⁶⁸⁴ Anonym (Pius Dirr), Albrecht Volkhart, Augsburg 1904, S. 4f.

⁶⁸⁵ StAKf, B 109 (Schropp-Chronik), S. 349. Beigeheftet sind der Chronik das Einladungsschreiben, der gedruckte Prolog und der Bericht über die Veranstaltung in der von Volkhart herausgegebenen Zeitung „Die Zeit“ vom 29.5.1832. Die Zeichnung Schroppps befindet sich auf dem Textblatt des Prologs.

⁶⁸⁶ Ebda., „Die Zeit“, S. 434.

⁶⁸⁷ Zitiert nach: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 265, Anm. 14.

eine erneute Ehrung für den Abgeordneten Heinzelmann.⁶⁸⁸ Die Vertreter der staatlichen wie der städtischen Behörden hatten eine Teilnahme allerdings abgelehnt, fürchteten sie doch, dass die Feier in revolutionäres Fahrwasser geraten könnte.⁶⁸⁹ Sogar die auswärtigen Besucher empfanden die „übertriebenen wie lächerlichen Vorsichtsmaßregeln“ als dem Anlass nicht angemessen.⁶⁹⁰

Die Verankerung der Augsburger Initiatoren in der städtischen Gesellschaft ist schwer zu beurteilen, da eine Großstadt wie Augsburg über ein viel differenzierteres Vereinsnetz verfügte wie Mittelstädte von der Größenordnung Kaufbeurens oder Kemptens. Allein die Größe der Stadt machte eine höhere Zahl von Vereinen notwendig, so dass es schwer fällt, „den“ zentralen liberalen Verein, wenn es ihn denn gegeben hat, zu identifizieren. Der Veranstaltungsort des Verfassungsfestes, die „Goldene Traube“, liefert zumindest einen kleinen Hinweis. Er war das Vereinslokal der „Erheiterung“, eines Geselligkeitsvereins, dem immerhin fünf der zwölf Initiatoren des Verfassungsfestes angehörten.⁶⁹¹ Diese Gesellschaft war - neben dem „Frohsinn“ - der zweite Geselligkeitsverein, der seine Mitglieder vor allem aus den Reihen der mittleren Kaufleute rekrutierte.⁶⁹² Genau diese mittelständischen Gruppen bildeten aber die Anhängerschaft Volkharts.⁶⁹³ Gemeinsam war den Augsburger Veranstaltern zudem ihre Herkunft aus dem Wirtschaftsbürgertum, ihr relativ junges Alter, die Tatsache, dass sie nicht in Augsburg geboren und nur bedingt Teil des traditionellen Netzwerkes der protestantischen Großhändler und Bankiers waren.⁶⁹⁴ Daraus auf die Schwäche der liberalen Bewegung in den Dreißigerjahren schließen zu wollen, erscheint aber nicht zwingend. Vielleicht war gerade das Aufbrechen von verkrusteten Netzwerken, das gesellige Zusammenkommen von Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten und unterschiedlicher Herkunftsorte das gewünschte Ziel? Viele der Organisatoren rückten zudem in den folgenden Jahren in die Gemeindegremien ein, ein Umstand, der ebenfalls nicht für eine gesellschaftliche Randlage der frühen Augsburger Liberalen spricht.

Noch im selben Jahr wurde Volkhart wegen der Verbreitung zweier liberaler Schriften vor Gericht gestellt und wegen Hochverrats und Majestätsbeleidigung zu einer zeitlich unbestimmten Zuchthausstrafe verurteilt, aus der er erst fünfzehn Jahre später wie-

⁶⁸⁸ StAKf, B 109, S. 349. Mit Schropp waren David und Gustav Schäfer, Johann Schmid, Georg Roth und der Sohn des Geehrten, Fritz Heinzelmann, nach Augsburg gereist. Dort begegneten sie den Memminger Kaufleuten Clauß, Erhardt und Mayer.

⁶⁸⁹ Hierzu auch: Westenburg, J., Integration trotz Reform. Die Eingliederung der ostschwäbischen Territorien und ihrer Bevölkerung in den bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Thalhofen 2001, S. 431f.

⁶⁹⁰ StAKf, B 109, S. 349.

⁶⁹¹ STAA, Regierung, Nr. 7126. Vereinsmitglieder waren die Advokaten Paur und Mayer sowie die Kaufleute Stotz, Vogel, Wagenseil. Ob Volkhart selbst Mitglied war, lässt sich nicht feststellen, da das Verzeichnis erst im Januar 1833, also nach Volkharts Verhaftung, erstellt wurde.

⁶⁹² Möller, Bürgerl. Herrschaft, S. 170.

⁶⁹³ Ebda., S. 264.

⁶⁹⁴ Ebda., S. 265. Zu den Initiatoren gehörten: Bankier Ludwig v. Heinzelmann, Redakteur Heinrich Kurz, Kistlermeister Peter Lang, Advokat Joseph Mayer, Bankier Georg Miltenberg, Maurermeister Konrad Möhle, Advokat Adolph Paur, Fabrikant Friedrich Stotz, Kaufmann Andreas Vogel, Buchdrucker Albrecht Volkhart, Bierbrauer Kaspar Wagenseil, Bankier Leopold Wagenseil. Da der Kaufbeurer Abgeordnete geehrt wurde, spielten die Mitglieder der Familie Heinzelmann und Wagenseil natürlich eine besondere Rolle.

der frei kam. Für die Regierung war diese Form der politischen Justiz ein Pyrrhussieg, denn Volkhart wurde dadurch zur unbestrittenen liberalen Führungsfigur Augsburgs, der auch die politischen Gegner persönlichen Respekt zollten. Seine Kandidatur für einen Sitz im Frankfurter Parlament hatte zwar nicht den gewünschten Erfolg, der Schluss seines Bewerbungsschreibens macht aber deutlich, dass er sich wegen seiner Vergangenheit als Kandidat geradezu prädestiniert fühlte. *„Diesem einfachen Bekenntnisse lasse ich einen Blick auf mein Leben folgen, welcher das durch Thaten beglaubigte, und von mir mit den höchsten Opfern bezahlte Streben nach Freiheit und Recht erkennen läßt.“*⁶⁹⁵ Als Herausgeber des „Augsburger Anzeigblattes“, das unter dem Motto „Durch Licht zu Wahrheit und Recht“ erschien, durch sein unermüdliches Eintreten für die alltäglichen Sorgen seiner Mitbürger erreichte er eine Popularität, die dazu führte, dass Freunde wie Gegner seit den Jahren 1848/49 nur noch von der „Partei Volkhart“ sprachen, wenn die Augsburger Liberalen gemeint waren.

Zusammenfassung

Versuchen wir ein erstes Fazit: In allen drei Untersuchungsstädten gab es mit Sicherheit seit Anfang der Dreißigerjahre ein gesellschaftliches Umfeld, in dem liberale Überzeugungen ihren festen Platz hatten. Die gemeinsame Vergangenheit als Reichsstädte und als Initialzündung die französische Julirevolution von 1830 bildeten hierfür wichtige Voraussetzungen. Gesellschaftsvereine, die nicht sozial exklusiv auf Elitenbildung abzielten, sondern für die Mehrheit der Bürger (nicht der Einwohner) zugänglich waren, strukturierten ein soziales Milieu, das sich zunehmend als Repräsentant der gesamten Bürgerschaft verstand. Frühliberale Vorstellungen einer harmonisch klassenlosen Bürgergesellschaft prägten wohl das Denken vieler Mitglieder, ohne dass diese Gesellschaftsvereine vorrangig als verkappte politische Organisationen eingestuft werden müssten. In konkreten Situationen, z.B. Gemeindewahlen, wurden dort aber sicher auch Entscheidungsmöglichkeiten diskutiert, in Ausnahmefällen, wie bei den Verfassungsfeiern, sogar politische Aktionen geplant und organisiert.

Ist die politische Bedeutung der Gesellschaftsvereine nur indirekt erschließbar, so kann das Vorhandensein von Turn- und Gesangsvereinen als zuverlässiger Gradmesser für das Gewicht der liberalen Bewegung betrachtet werden. Sie gehörten zu den größten Massenorganisationen des Vormärz und bildeten damit automatisch die organisierte Basis der deutschen Nationalbewegung.⁶⁹⁶ So ist z.B. die breite gesellschaftliche Akzeptanz der 1843 in Augsburg gegründeten „Liedertafel“, die aus dem gesellschaftlichen Leben der Stadt nach kürzester Zeit nicht mehr wegzudenken war, ein deutlicher Hinweis auf die auch in Augsburg weitverbreitete liberale und nationale Grundhaltung.⁶⁹⁷ Schon der erste Ausflug der Sänger zur Siebentisch-Gaststätte lockte über 4 000 Menschen aus allen sozialen Schichten zu diesem Ereignis.⁶⁹⁸ Das zeitgenössische Liedgut dieser Männerchöre mit inhaltlich vagen, aber in der Wortwahl immer präsenten

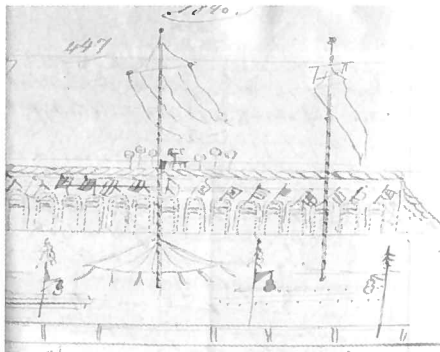
⁶⁹⁵ STBA, Augsburger Anzeigblatt, 25.4.1848.

⁶⁹⁶ Langewiesche, Nation, S. 103.

⁶⁹⁷ Hierzu: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 267ff.

⁶⁹⁸ Ebda., S. 268.

nationalen Bildern - ständig war von deutschem Lied, von deutscher Treue und Sitte, deutscher Vaterlandsliebe und Ähnlichem die Rede⁶⁹⁹ - formte gerade bei der städtischen Bevölkerung den Wunsch nach einem gemeinsamen deutschen Staat. Die Sängerkreise der Vierzigerjahre sorgten dann dafür, dass über die Grenzen der eigenen Stadt hinaus, sogar über Ländergrenzen hinweg, diese nationale Gemeinsamkeit erfahrbar wurde.⁷⁰⁰ Auf kulturellem Gebiet gelangen Grenzüberschreitungen wesentlich leichter als später die Verknüpfung politischer Organisationen. Das Kemptener Sängerkreis am



Die Festwiese für das oberschwäbische Sängerkreis in Kempten: weiß-blaue Fahnen und Städtewappen

13.7.1840 zeigt das eindrucksvoll. Hier trafen sich Chöre aus Kempten, Biberach, Immenstadt, Sonthofen, Isny, Kaufbeuren, Leutkirch, Lindau, Memmingen, Obergünzburg, Ottobern, Ravensburg, Wangen, Wolfsegg und Waldsee. Die Landesgrenze zwischen Bayern und Württemberg konnte offenbar problemlos überwunden werden. Die Gestaltung der Festwiese zeigte zwar auch die weiß-blauen Landesfarben, optisch dominierender waren jedoch die Wappenschilder der Herkunftsstädte. Die Reaktivierung älterer historischer Traditionen gelang anscheinend noch ohne Schwierigkeiten und konnte die Ergebnisse der territorialen Umgestaltung zu Beginn des

Jahrhunderts für bestimmte festliche Momente durchaus etwas in den Hintergrund drängen.⁷⁰¹ In allen drei Städten existierten vor Ausbruch der Revolution Gesangs- und Turnvereine, die, obwohl sie sich als unpolitisch verstanden oder verstehen mussten, einen wesentlichen Beitrag zur Herausbildung eines nationalen Bewusstseins leisteten. Schließlich lebten in allen drei Städten liberale Persönlichkeiten, die sich aufgrund ihrer Konfliktfähigkeit zu Meinungsführern innerhalb ihrer jeweiligen Anhängerschaft entwickelten.

Gewalterfahrungen: Militante Konflikte von unten und oben

Proteste zur Sicherung der eigenen Existenz

„Unser ehrenhafter Bürgerstand (...) weiß, daß ihm die Presse zu Gebote steht, deren mächtiges Wort ihm Gelegenheit darbietet, Übelstände frei und offen zu besprechen, er weiß, daß es Aufgabe derselben, Wacht zu halten, damit unreine Elemente, sie mögen sich vorfinden, wo sie wollen, entfernt werden.“⁷⁰² Mit dieser Bemerkung distanzierte sich das „Augsburger Tagblatt“ am 9. März 1848 deutlich von den beunruhigenden Ereignissen, die in der

⁶⁹⁹ Vgl. ebda., S. 269. Für Kaufbeuren: StAKf, B 109 (Schropp-Chronik), S. 446. Beigelegte Texthefte zum Sängerkreis in Kempten am 13.7.1840.

⁷⁰⁰ Hierzu: Langewiesche, D., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000, S. 132ff.

⁷⁰¹ StAKf, B 109, S. 446f.

⁷⁰² StAA, Augsburger Tagblatt, 9.3.1848, S. 295.

vorangegangenen Nacht zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Stadt geführt hatten. Der Bürger verfüge über das gedruckte Wort. Worüber verfügten aber diejenigen, die darauf keinen Zugriff hatten? Wer waren die „unreinen Elemente“, die die Revolution so „befleckten“?

Manfred Gailus eröffnete in seinem Buch „Straße und Brot“ einen umfangreichen und detailgenauen Blick auf die Vielfalt der sozialen Konflikte in den Jahren 1847-49, die von den zeitgenössischen bürgerlichen Beobachtern – unser Augsburger Gewährsmann macht hier keine Ausnahme – durchwegs angewidert mit Begriffen wie „Tumult“ oder „Pöbelexzess“ belegt wurden.⁷⁰³ Der Autor verwendet dafür den neutraleren Begriff „Straßenpolitik“, worunter er „tendenziell legitim erscheinende Aktionen von sozial schwächeren Volksschichten unter Einsatz symbolischer Gewaltformen zur Behauptung ihrer lokalen Autonomieansprüche und Sicherstellung ihrer materiellen Existenzbedingungen“ versteht.⁷⁰⁴ Charakteristisch für diese Form der Willensbekundung war nicht das gedruckte Wort, sondern die handgreifliche Tat, Aktionen, die zu einem erfahrbaren Ergebnis führen mussten. Wollte man sich Gehör verschaffen, dann ging das nur in einer „kollektiven, direkten, expressiven und physisch-konkreten Weise.“⁷⁰⁵ Niemals zuvor und niemals nach 1847-49 habe der soziale Protest im Deutschland des 19. Jahrhunderts mehr solche Ausmaße erreicht. Der Gipfelpunkt der Proteste im April/März des Jahres 1848 sei ohne die Erfahrungen des Hunger- und Teuerungsjahres von 1846/47 kaum zu verstehen.⁷⁰⁶

In unseren drei Untersuchungsstädten gab es Hungerrevolten, vergleichbar etwa mit den Ulmer Ereignissen vom 1.5.1847, nicht. Bürgerlicher Eigeninitiative war es anscheinend gelungen, die Folgen der Teuerungskrise so weit abzumildern, dass der Problemdruck eine kritische Grenze nicht überstieg. Die Popularität Volkharts in Augsburg beruhte in starkem Maße auch auf dessen Bemühungen, Fürsorgemaßnahmen zu organisieren. Trotzdem lassen sich einige Augsburger und Kaufbeurer Ereignisse des Frühjahrs 1848 unter dem Begriff „subsistenzorientierte Proteste“ (Gailus) fassen. Unter subsistenzorientierter Bewegung versteht Gailus Aktionen, die darauf ausgerichtet waren, die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern sicherzustellen, Verfügungs- und Nutzungsrechte zu verteidigen oder wiederherzustellen, Arbeitsverhältnisse zu verbessern oder die Arbeitsplätze zu sichern.⁷⁰⁷

Gut ins Bild passen hier die Angriffe der bäuerlichen Bevölkerungsgruppen auf die Förster im Landgericht Kaufbeuren in der zweiten Märzwoche 1848, ebenso das Auftauchen von anonymen Drohbriefen in der Stadt in den ersten Märztagen, ein Vorgang, der als symbolische Bestrafung „der Reichen“ interpretiert werden kann. Die Angriffe auf das Haus des Kaufbeurer Leihhausbesitzers Kaupert am 13. März gehören wohl ebenso in diesen Zusammenhang. Nicht nur Bäckerläden und Marktstände waren zentrale Orte der Auseinandersetzung, in Teuerungskrisen spielten die Leihhäuser eine ähnlich wichtige Rolle. Die Pfänder, die im Krisenjahr 1847 versetzt werden mussten, wollte man jetzt

⁷⁰³ Gailus, M., *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens, 1847-1849*, Göttingen 1990.

⁷⁰⁴ Ebda., S. 128.

⁷⁰⁵ Ebda., S. 495.

⁷⁰⁶ Ebda., S. 77ff.

⁷⁰⁷ Ebda., S. 189f.

wohl wieder unter günstigeren Bedingungen zurückbekommen. Jede Veränderung im Gebührensystem wurde unter den Bedingungen der Märzereignisse als nicht zu rechtfertigendes, unmoralisches Verhalten interpretiert und in Form einer Katzenmusik gerügt.

Die Ausschreitungen in Augsburg am 8. März, auf die sich das Eingangszitat bezog, illustrieren eine ganz ähnliche Problemlage.

Abends um 17.00 Uhr hatten sich „*Menschen der Arbeiterklasse*“⁷⁰⁸ vor dem Haus des Zinngießers und Porzellanhändlers Adam Benedikt Tischer versammelt, um ihm unter Pfeifen und Johlen ihre Missbilligung auszudrücken. Vier verschiedene Lokale in der Unter- bzw. Vorstadt waren der Ausgangspunkt für diese Aktion „*einer großen Anzahl Buben, Lehrbuben, Handwerksburschen*“⁷⁰⁹ gewesen. Als Tischer sich am Fenster zeigte und die Menge verhöhnte, ging das Lärmen in das Werfen von Schneebällen über. Aus Schneebällen wurden Steine, wodurch die Fenster seines Hauses zu Bruch gingen. Anschließend demolierte man seinen Verkaufsladen, ohne ihn jedoch zu plündern. Den herbeigeeilten Bürgermeistern gelang es zunächst, die Menge stellenweise wieder zu beruhigen, einige Gruppen sogar zum Gehen zu bewegen. Aber immer wieder flackerte die Gewalt von neuem auf. Die Menge zog jetzt zum Porzellanladen Tischers und zerstörte auch diesen. Insgesamt wurde der angerichtete Schaden auf 2 000 bis 3 000 fl geschätzt. Da die Polizeikräfte nicht ausreichten und die Landwehr nur langsam zu mobilisieren war, musste auf das in der Stadt stationierte Militär zurückgegriffen werden. Dadurch gelang es, die Menge zu zerstreuen, einige Gruppen zogen sich aber in andere Teile der Stadt zurück. Verwüstungen am Haus des Wolltuchfabrikanten J. Paulin konnten aber verhindert werden, ebenso Tumulte vor den Häusern der Kaufleute und Magistratsräte Pedrone, Casella und Frauendorfer. Nachts um halb elf war die Ruhe in der Stadt wiederhergestellt. Eine erwartete Wiederholung der Demonstrationen in der folgenden Nacht blieb aufgrund angeordneter Militärpatrouillen aber aus.⁷¹⁰

Was war der Auslöser dieses Tumults gewesen? Tischer war als Magistratsrat Vorsteher des städtischen Krankenhauses, und an dessen Führung entzündete sich der Konflikt. Offenbar wurde Tischer für die Erhöhung der Krankenhausbeiträge für Gesellen, Arbeiter und Dienstboten um ein Viertel auf nun 30 kr im Quartal verantwortlich gemacht, die der finanziellen Sanierung des Krankenhauses dienen sollten.⁷¹¹ Zum anderen sagte man ihm nach, habe er sich persönlich bereichert, indem er - im Zuge der Renovierung seines neu erworbenen Hauses - die alten gebrauchten Fenster und Öfen an das Krankenhaus verkauft und dort habe einbauen lassen. Die beteiligten Arbeiter seien mit der Drohung, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, zum Stillschweigen verpflichtet worden.⁷¹² Was die Menschen in Wut versetzte, war nicht nur die Verschlechterung ihrer finanziellen Situation durch erhöhte Gebühren, sondern auch die Attitüde eines Ar-

⁷⁰⁸ StAA, Bestand 5, Nr. 64, Bericht Bürgermeister Forndrans an die Regierung vom 9.3.1848.

⁷⁰⁹ Ebda., Polizeibericht vom 8.3.1848.

⁷¹⁰ HStA, Abteilung IV, A IV, Fasc. 109, Augsburg und Dillingen 1830-72, Bericht des 2. Divisionskommandos an das Kriegsministerium vom 8. März 1848.

⁷¹¹ StAA, Augsburger Tagblatt, 16.3.1848, S. 331. In einer ausführlichen Erklärung betont der Magistrat, dass die Beitragserhöhung eine unumgängliche Notwendigkeit und nicht das Werk eines Einzelnen gewesen sei.

⁷¹² StAA, Augsburger Tagblatt, 9.2.1848, S. 162.

beitgebers, der es sich leisten konnte, in wirtschaftlich schwierigen Zeiten die Vergabe von Arbeit als Druckmittel einzusetzen. Die Zerstörung seiner beiden Läden erschien den Demonstranten wohl als eine Form ausgleichender Gerechtigkeit. Der Fall Tischler hatte darüber hinaus noch weitere Aspekte, die aber an dieser Stelle noch ausgeblendet werden sollen.

Erhebliche Unruhe erzeugte in den ersten Märztagen das Gerücht, der Stadt stehe ein Maschinensturm einheimischer und auswärtiger Weber bevor. So meldete die „Postzeitung“ schon am 10. März: *„Es werden seit einigen Tagen ziemlich beunruhigende Gerüchte verbreitet. (...) Der 24. Februar hat bei denen, die nichts zu verlieren haben, aber Alles zu gewinnen haben, Hoffnungen und Wünsche erregt, die schon längst im Geheimen genährt, sich nun der Erfüllung nahe glauben.“*⁷¹³ Zu einem solch spektakulären Ereignis kam es nicht, aber die Weberinnung fühlte sich verpflichtet, in einem Zeitungsinserat Verdächtigungen dieser Art zurückzuweisen: *„Zu unserem Erstaunen müssen wir das Gerücht vernehmen, als ob Mitglieder unserer Innung ein höchst verwerfliches, strafbares Unternehmen gegen Eta-blissements, die als Rivalen unseres Gewerbes gelten, beabsichtigen. (...) Unsere Innung freut sich (...) über das Königliche Geschenk [gemeint ist die Märzproklamation] und hofft auf Besserung ihrer Lage, weit entfernt, einen solchen verabscheuungswürdigen Weg zu betreten.“*⁷¹⁴ Ausgangspunkt dieses Gerüchts war die Meldung zweier Arbeiter der Kattunfabrik Schöppler & Hartmann an ihren Arbeitgeber, dass einer ihrer Arbeitskollegen, der Weber Joseph Gensler aus Krumbach, ihnen anvertraut habe, *„er wolle nach Krumbach schreiben, daß 5-6000 Weber von dort hierher kommen, um die mechanischen Webstühle zu zerstören.“*⁷¹⁵ In der Vernehmung Genslers und der beiden Zeugen konnte sich niemand mehr an den Plan zur gewaltsamen Zerstörung der Maschinen erinnern, jetzt war nur noch von einer Massenpetition die Rede, die den Landtag zum Verbot, zumindest aber zu einer deutlichen Beschränkung der Maschinenweberei bewegen sollte. Der Magistrat nahm die Sache trotzdem doch so ernst, dass er die Informationen an die Krumbacher Behörden weiterleitete. Nicht bestritten wurde in den Verhören, dass Gensler der Maschinenweberei die Schuld am Niedergang des Handwerks gegeben und dass er sich über die endlose Geduld der hiesigen Weber gewundert habe.⁷¹⁶ Real war die Gefahr eines Maschinensturms in Augsburg nicht. Widerstand hätte Stärke und ein kollektives Selbstbewusstsein vorausgesetzt, aber davon konnte seit den Weberunruhen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts keine Rede mehr sein. Eine im „Augsburger Anzeigblatt“ abgedruckte Erklärung der Augsburger Weber, die Arbeitslosigkeit und Verarmung mit den mechanisierten Fabriken verknüpfte, trug den bezeichnenden Titel *„Nothschrei der Weberinnung.“*⁷¹⁷ Trotzdem reagierte die Stadtspitze noch einen Monat später völlig überzogen auf kleinste fabrikkritische Äußerungen. So ließ Bürgermeister Forndran während der Volksversammlung am 14. April einen Zwischenrufer, der sich gegen Maschinen aussprach, aus dem Börsensaal weisen und vom Fleck weg verhaften.

⁷¹³ StBA, Augsburger Postzeitung, 10.3.1848, S. 286.

⁷¹⁴ Ebda., 15.3.1848, S. 325.

⁷¹⁵ StAA, Bestand 5, Nr. 64, Schreiben des Augsburger Magistrats an das Landgericht Krumbach vom 16.3.1848.

⁷¹⁶ Ebda., Vernehmung der Fabrikarbeiter Kneule und Kunz am 15.3.1848.

⁷¹⁷ StBA, Augsburger Anzeigblatt, 29.3.1848.

Nur auf den Protest Volkharts hin wurde der Mann wieder freigelassen.⁷¹⁸ Die Tatsache, dass man den Augsburger Webern eine handgreifliche Aktion offensichtlich zutraute, verrät mehr über die Ängste der bürgerlichen Führungsgruppen als über das Protestpotential der Weber.⁷¹⁹

Dass die Frage des Lebensunterhaltes trotzdem einen zentralen Stellenwert im Denken der Unterschichten hatte, wird daran deutlich, dass sich Bäcker, Metzger und Brauer ständig gezwungen sahen, die Preise und die Qualität ihrer Waren öffentlich in Zeitungsinseraten zu rechtfertigen.⁷²⁰ Nicht umsonst begriffen Magistrat und auch liberale Wortführer wie Volkhart ein Insistieren auf der Frage nach dem gerechten Preis, wie es z.B. die Zeitung „Volkshalle“ betrieb, als hochgefährliches Spiel mit dem Feuer. So wurde z.B. ein Schweizer Färbergeselle, der die „Volkshalle“ in Wirtshäusern hochleben ließ, am 3. April des Landes verwiesen mit der ausdrücklichen Begründung, dass sein Benehmen *„im gegenwärtigen Augenblicke bei der großen Aufregung gegen dieses Blatt in allen Bürgerklassen besonders strafbar erscheint.“*⁷²¹

Die Ereignisse am 1. Mai 1848 zeigten dann in aller Deutlichkeit, dass die Befürchtungen keineswegs aus der Luft gegriffen waren. Es war erneut das Problem der gestiegenen Krankenhausbeiträge, das diesmal kombiniert mit gestiegenen Bierpreisen eine explosive Mischung erzeugte. Schon Tage zuvor waren deutliche Hinweise zu vernehmen, dass es erneut zu Ausschreitungen kommen würde. Bereits am Vormittag war es in einer Gaststätte zu Tötlichkeiten gekommen, am Abend war vor allem das Domviertel Schauplatz von Tumulten. Einzelne Wirtshäuser wurden regelrecht belagert. Geschrei, Piffe und Steinwürfe gegen die Fenster zwangen die Wirte zu einer Reaktion. Gaben sie nach und senkten sie von sich aus den Bierpreis, dann ließ man sie in Ruhe und zog weiter, wehrten sie sich mit Unterstützung ihrer Brauknechte, dann kam es zu heftigen Straßenschlachten mit Schwerverletzten. *„Der Volksbaufe bestand aus Tagelöhnern, Handwerksgesellen, Gassenbuben und auch Studenten, bewegte sich in großer Anzahl nach dem Rathhause bis gegen das Frauen Thor“*, bis die Menge durch berittene Soldaten auseinander gesprengt wurde. Der Magistrat gab nach, senkte den Bieraufschlag um einen Kreuzer, verbunden mit der Auflage an die Brauer, die Qualität des Bieres trotzdem zu halten. In einem Plakat ermahnte man die Einwohner zur Ruhe, warb um Einsicht für die unbequemen finanziellen Maßnahmen und ermahnte vor allem die Handwerksmeister, ihre *„Leute, besonders Lehrlinge, Mägde und Gesellen zur Abendzeit zu Hause zu behalten“*.⁷²²

Bierkrawalle waren durchaus keine neue Errungenschaft des Jahres 1848, es hatte sie in Augsburg und Kempten in den 40er Jahren schon häufiger gegeben, 1848 häuften sie

⁷¹⁸ StAKe, Kemptner Zeitung, 17.4.1848, S. 429.

⁷¹⁹ Hierzu auch: Spehr, M., Maschinensturm. Protest und Widerstand gegen technische Neuerungen am Anfang der Industrialisierung, Münster 2000, S. 113. Von 186 erfassten Maschinenprotesten ereigneten sich 140 Fälle tatsächlich in den beiden Revolutionsjahren. Allerdings hatten die Proteste in 118 Fällen die Form von Petitionen, nur zweieundzwanzigmal kam es zu handgreiflichen Aktionen, die sich aber so gut wie nie in Großstädten abspielten.

⁷²⁰ Als Beispiel für Augsburg: StAA, Augsburger Tagblatt, 16.3.1848, S. 335, als Beispiel für Kempten: StAKe, Kemptner Wochenblatt, 5.8.1848, S. 153.

⁷²¹ StAA, Bestand 5, Nr. 64, Bericht vom 3.4.1848.

⁷²² Ebda., Bestand 5, Nr. 64, Plakatentwurf vom 1. Mai, Plakattext vom 2. Mai und Bericht des Stadtgerichts vom 9. Mai 1848; HStA, Abteilung IV, A IV, Fasc. 109, Augsburg und Dillingen 1830-72, Bericht der Guß- und Bohrhausverwaltung an die kgl. Zeughaushauptdirektion vom 2. Mai 1848.

sich aber und waren mehr als nur durch Alkoholkonsum enthemmtes Imponiergehabe vorwiegend junger Männer.⁷²³ Gerade die Verknüpfung mit den Krankenhausgebühren macht deutlich, dass man sich mit Gewalt gegen finanzielle Zumutungen zur Wehr setzte, die man als unberechtigt ansah. Das waren keine Aktionen, die auf Veränderungen der politischen Ordnung abzielten, aber man holte sich das, worauf man Anspruch zu haben glaubte. Bier war nicht nur ein selbstverständlich akzeptiertes Grundnahrungsmittel, sondern auch eine - zugegeben kümmerliche - Möglichkeit des Vergnügens für Menschen, die sich in der Regel immer nur auf der Zuschauerseite des Lebens befanden:

*„Mäßige Kirchweih-Rechnung eines Proletariers, der nichts mitmachen kann. Morgens dem Ringles-Spiel zugesehen, dann Durst gelöscht mit 6 kr. Um 12 Uhr das Schild eines Traiteurs besichtigt, worauf Durst, gelöscht mit 6 kr. Um 3 Uhr Nachmittags um die Kramerbuden herumgestanden, dann die Krautköpfe und Rüben bewundert, sodann Durst, gelöscht mit 6 kr. Um 4 Uhr dem Porzellan- und Zinnspiel zugesehen, und dann Durst, gelöscht mit 6 kr. Um 5 Uhr den Anschlag des Lipperltheaters gemustert und einem Recensenten aufgepaßt, dann Durst, gelöscht mit 6 kr. Um 6 Uhr einer Tanzmusik zugehört und die Stiege zum Tanzsaal gehalten, dann Durst gelöscht mit 6 kr. Von 8 bis 11 Uhr dem Billardspiel zugesehen und die Bälle aufgesetzt, dann Durst, gelöscht mit 3 kr. Von 11 bis 12 Uhr Rast, die Kellnerin schlafen sehen, dann Durst, gelöscht mit einer Maaß Kaffee, Thut 24 kr. - Hunger habe mer kein!“*⁷²⁴

Die Liste der subsistenzorientierten Protestformen ist lang und selten eindeutig interpretierbar. Sie reicht von symbolisch aufgeladenen, in der traditionellen Volkskultur verwurzelten Strafaktionen bis zu purem kriminellen Handeln, sie reicht von schweren gewalttätigen Ausschreitungen bis hin zur Nötigung durch aggressives Betteln. Es ist sicher kein Zufall, dass die Kaufbeurer Idee, das Betteln mit Hilfe eines Stadtgeschenkes einzuschränken, auch in Augsburg und Kempten auf großes Interesse stieß. In allen drei Städten lassen sich solche „subsistenzorientierten“ Protestformen nachweisen. Sie gründierten vor allem in den Monaten März bis Mai den Ablauf der Ereignisse in viel stärkerem Maße, als es bisher wahrgenommen wurde. Das gilt aber weniger für die Häufigkeit tatsächlicher Aktionen, sondern viel eher für die Angst vor ihnen.

Ein letztes Mal sei das wieder an Augsburger Beispielen demonstriert. So wurde bereits Ende Januar 1848 im „Tagblatt“ eine deutliche Aufstockung der Polizeisoldaten gefordert, da *„die jetzige Noth auch vermehrte Sicherheits-Maßregeln anbefiehlt“*,⁷²⁵ und Mitte Juli 1848 verhindert der Magistrat, dass aus München ausgewiesene Schustergesellen, die dort Ende Mai vergeblich für Lohnerhöhung, Bezahlung ihres Arbeitsmaterials und gesündere Schlaf- und Arbeitsstätten gestreikt hatten, in Augsburg aus dem Zug steigen

⁷²³ Bierkrawalle in Augsburg (1.5 und 3.12.1848), in Kempten (13.5. und 1.7.1848). Die Häufigkeit der Bierkrawalle in den beiden Städten hat natürlich mit der Existenz einer Garnison zu tun. In den drei weiteren Fällen gingen die Auseinandersetzungen von den finanziell sehr schlecht gestellten Rekruten aus; Vgl.: Wüst, W., Die Manufaktur- und Fabrikarbeiterschaft als neue Gesellschaftsschicht in Augsburg, in: Müller, R. A. (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, S. 402-412; Hummel, München in der Revolution, S. 193ff; Blessing, W. K., „Theuerungsexcesse“ im vorrevolutionären Kontext - Getreidetumult und Bierkrawall im späten Vormärz, in: Conze, W., Engelhardt, U. (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1981, S. 356-384.

⁷²⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 26.7.1848, S. 874.

⁷²⁵ Ebda., 29.1.1848, S. 116.

konnten. Die Gefahr, dass sich Augsburger Gesellen mit ihnen solidarisieren könnten, erschien zu groß.⁷²⁶

Angriffe gegen die städtische Obrigkeit

Zurück zum Fall Tischer. Schon seit dem Februar des Jahres 1848 sah sich der Magistratsrat wachsender Kritik ausgesetzt. Vor allem die „Volkshalle“ und das liberale „Tagblatt“ nahmen ihn zunehmend unter Beschuss. Die Öffentlichkeit erwartete die Einleitung einer behördlichen Untersuchung der Vorwürfe und seinen Rückzug aus dem Magistrat. Er selbst vermochte aber anscheinend in seinem Verhalten keinen Fehler zu erblicken. Seine politischen Freunde, darunter auch der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten, der Fabrikant Johann Leopold Paulin, rieten ihm davon ab, sich öffentlich zu rechtfertigen. Die mangelnde Sensibilität für das, was in der Luft lag, zeigte sich deutlich in ihrer Begründung. Pressefreiheit und Öffentlichkeit, so wurden sie zitiert, seien nur dazu da, „um ehrenwerthe Personen öffentlich, ohne alle Beweise, anonym herabzuwürdigen“ und man mute ihnen auch noch zu, „auf solches Gewäsche hin, sich zu rechtfertigen.“⁷²⁷ Bereits am 19. Februar war im „Tagblatt“ ein Leserbrief erschienen, der die „Katzenmusik“ vom 8. März in gewisser Hinsicht vorankündigte. „Die Einführung des Haberfeldtreibens könnte auch andernorts nichts schaden, wo es Leute gibt, die man tupfen und stußen darf, wie man will, und sie rühren sich nicht.“ Nur in einem täuschte sich der wohl bürgerliche Leserbriefschreiber: „Dergleichen Prozesse gehen ohne alle Störung vorüber, so daß die Polizei nie einschreitet.“ Immer wieder wurde in den amtlichen Berichten zum Tischer-Tumult hervorgehoben, dass er keinerlei politische Tendenz beinhaltet habe. Natürlich ging es hier nicht um Verfassung und Staatsform, aber, vermischt mit sehr konkreten sozialen Anliegen, waren die Ereignisse dieser Nacht auch eine deutliche Misstrauenserklärung gegenüber dem bisherigen Magistrat. Man erzwang erfolgreich, was auf behördlichem Wege nur sehr langsam vorwärtsschritt, das Abtreten eines Kommunalpolitikers, der nicht mehr haltbar war. Man erteilte denjenigen einen Denkkzettel, die für eine der zentralen liberalen Forderungen, Öffentlichkeit und Pressefreiheit, nur abschätzbare Arroganz übrig hatten und man wandte sich, die Namen der potentiellen weiteren Opfer machen das deutlich, gegen diejenigen, die die Augsburger Stadtpolitik – zumindest in den Augen der Demonstranten – maßgeblich prägten, gegen die „katholische Partei“.

Die Vielschichtigkeit des Tischer-Tumults zeigt, wie sehr sich dieses Ereignis bereits von seiner agrarischen Tradition (Rüge moralischer Regelverletzungen) entfernt hatte, wie sehr ganz konkrete Existenznöte (Krankenhausbeiträge) nur noch einen Teilaspekt ausmachten und bereits eine deutliche Politisierung eingetreten war. Damit ist auch der Übergang von subsistenzorientierten zu kommunalpolitischen Protestformen bezeichnet, wobei die konkreten Konfliktlagen häufig so sehr miteinander verzahnt waren, dass

⁷²⁶ Vgl.: Jüngling, E., „Handwerker-Renitenz“ und „Arbeitsverweigerung“ – Protestverhalten während der Frühindustrialisierung in Bayern, in: Grimm, C. (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 463; Hummel, München in der Revolution, S. 484ff.

⁷²⁷ StAA, Augsburger Tagblatt, 24.2.1848, S. 225f.; hierzu auch die Artikel vom 9.2.1848, S. 162, vom 19.2., S. 204 und vom 5.3., S. 269.

eine begriffliche Trennung nur wenig Sinn macht. Als „Kommunaltumulte“ möchte Gailus Proteste verstanden wissen, die sich gegen „kommunale Machtstrukturen und etablierte Honoratiorenschichten insgesamt“ richteten. Der klassische Fall wäre der Massenprotest vor dem Rathaus, der sich bis zur gewaltsamen Erstürmung ausweiten konnte.⁷²⁸ Konkrete Fälle dieser Art liegen in den drei Untersuchungsstädten nicht vor, dass solche Aktionen im Kopf aber durchaus präsent waren, machte das Kaufbeurer Gedicht zum Verlauf der dortigen Bürgerversammlungen (19.3./5.4.1848) deutlich. Hier wurde in der Tat die Reformwilligkeit der Reichen und Gebildeten angezweifelt und die Erstürmung des Rathauses gedanklich angedroht. Grundsätzlich stellt sich bei zunehmender Politisierung aber auch die Frage, wie sehr sich solche traditionellen Protestformen in einem entstehenden parteipolitischen Kräftefeld veränderten bzw. wie sehr sie auch instrumentalisiert werden konnten.⁷²⁹

An den Ereignissen, die zwischen dem 9. und 14. Mai 1848 die Bürger in Kempten aufschreckten, lassen sich diese Prozesse im Detail gut nachvollziehen.

Am 9. Mai konnten die Kemptener Bürger Erstaunliches in ihrer Zeitung lesen. Dass Balthasar Waibel vor keinem Konflikt zurückscheute, dass er mit seiner kritischen Einstellung gegenüber der Magistratsmehrheit nicht hinter dem Berg hielt, daran hatte man sich gewöhnt, dass persönlicher Streit aber in dieser Form in die Öffentlichkeit getragen wurde, war neu. Waibel hatte in einer Beilage den Brief des Gewerbelehrers Dr. Feistle veröffentlicht, den dieser am 2. Mai an ihn gerichtet hatte. Dieser Brief war eine einzige Hasstirade gegen Waibel, in dem ihm alle möglichen schlechten Charaktereigenschaften nachgesagt, ihm vor allem aber der Vorwurf gemacht wurde, „den Terrorismus heraufbeschworen und überall Mißtrauen geweckt“ zu haben.⁷³⁰ Allein die Veröffentlichung dieses Briefes kam einer moralischen Hinrichtung gleich, Waibel ging aber noch einen Schritt weiter und warf seinem Kontrahenten das Fehlen jeglicher menschlichen Qualitäten, fachliche und pädagogische Unfähigkeit und politisches Denunziantentum vor. In derselben Nacht wurden Waibel und Feistles Vorgesetztem, Subrektor Mündler, Ständchen dargebracht, vor den Häusern Dr. Feistles und des Postverwalters von Montigny spielten sich dagegen „Katzenmusiken“ ab.⁷³¹ Mehrere hundert Menschen beteiligten sich an diesen Aufläufen. Ob es sich dabei immer um dieselbe Gruppe gehandelt hat, ob man von Haus zu Haus zog und wenn ja, in welcher Reihenfolge, kann nicht mehr geklärt werden. Es kam, völlig untypisch für diese Protestform, zu keinerlei Sachbeschädigungen, die Teilnehmer hatten sogar, „weit entfernt an der Person ihres Beleidigers sich zu vergreifen“, selbst Vorkehrungen getroffen, „dass weder Fenstereinwerfen noch sonst ein Exceß den Vorgang beflecke“. ⁷³² Aus einer Anzeige, die ein Jahr später (!) erfolgte, sind die Namen der Organisatoren bekannt: Goldarbeiter J. Walch, Gastwirt A. Schwarz, Fabrikant M. Schnetzer, Buchbinder J. Franciscus, Flößereibesitzer J. Schnetzer, Seilermeister Chr. Weitnauer.⁷³³ Es handelte sich dabei um enge Mitstreiter Waibels, alles angesehene Bürger der Stadt. Die Harmlosigkeit der „Katzenmu-

⁷²⁸ Gailus, Straße und Brot, S. 150.

⁷²⁹ Vgl.: Ebda., S. 142ff und 190f.

⁷³⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, Beilage zur Ausgabe vom 9. Mai 1848, S. 516.

⁷³¹ StAKe, B 35 Höschelchronik, S. 58.

⁷³² StAKe, Kemptner Zeitung, 11.5.1848, S. 524 und 19.5.1848, S. 555.

⁷³³ Ebda., Sitzungsprotokolle des Magistrats 1848/49, Sitzung vom 20.4.1849, S. 81.

siken“ erklärt sich sicher aus dem Umstand, dass Bürgerliche die Protestform einer anderen sozialen Gruppe lediglich nachinszenierten. Die Wirklichkeit sollte sie schnell einholen.

Bereits vor diesen „Katzenmusiken“ gab es in der Stadt Gerüchte, dass es auch in Kempten - möglicherweise durch die Augsburger Ereignisse inspiriert - zu Bierkrawallen kommen könnte. Am Wochenende (13./14. Mai 1848) war es tatsächlich so weit.⁷³⁴ Gruppen von Soldaten der Kemptener Garnison zogen in die Stadt und nötigten, von Teilen der Bevölkerung durchaus ermuntert, eine Reihe von Wirten, das Bier zu einem billigeren Preis auszuschenken. Am Abend des 13. Mai versuchte der Stadtkommandant mit Hilfe einer starken Patrouille, die etwa 200 lärmenden Soldaten in die Kaserne zurückzubringen. Zunächst scheiterte er damit, erst als er seinen scharfen Ton mäßigte, den Soldaten Straffreiheit zusicherte und die Freilassung zweier arrestierter Kameraden versprach, gelang es ihm, Herr der Situation zu werden. Die Zahl der Neugierigen war aber unterdessen immer größer geworden, so dass sich der Magistratsschreiber Züffel bemüht fühlte, die Zuschauer offenbar in grober Form vom Platz zu weisen. Daraus entwickelte sich ein aufgebrachter Wortwechsel, der Züffel zwang, sich in die Polizeiwachstube zu flüchten. Mit Gewalt holte man ihn aber dort wieder heraus und misshandelte ihn schwer. Ein paar angesehene Bürger nahmen sich dann seiner an und begleiteten ihn, immer noch von der Menschenmenge verfolgt, zu seiner Wohnung. Die ganze Nacht über patrouillierten Landwehr- und Freicorpseinheiten, um die Situation unter Kontrolle zu halten. Es kam zwar zu keinen weiteren Auseinandersetzungen mehr, aber die aufgeregte Stimmung beruhigte sich auch am nächsten Tag nur langsam.⁷³⁵

Waibel missbilligte in einem Zeitungskommentar den „*wüsten Auftritt*“ entschieden, kritisierte aber auch das anmaßende und ungeschickte Verhalten Züffels und schlug zur Vermeidung zukünftiger Auseinandersetzungen einen Maßnahmenkatalog zur Deeskalierung vor. Die Sperrstundenregelung an Sonn- und Feiertagen sollte weniger streng gehandhabt werden, die Tanzmusiken und Freinächte sollten nicht nur auf wenige Tage beschränkt sein. Klagen bezüglich der Lebensmittel sollte man unverzüglich nachgehen, ohne dabei aber immer sofort Strafen zu verhängen. Städtische Angestellte sollten gegenüber den Unterschichten ein höflicheres Benehmen an den Tag legen, vor allem sollten sie sich keine Befugnisse anmaßen, die ihnen nicht zustünden. Schließlich riet er den Polizeimannschaften zu grundsätzlich besonnenem Verhalten.⁷³⁶ Die Passage ist deshalb so aufschlussreich, da sie zeigt, wer diesmal die Träger des Protestes waren. Waibel verstand die vielfachen Frustrationen der Unterschichten sehr gut, die sich sehr plötzlich und unerwartet in Aggressionen verwandeln konnten, die auch von einer politischen Leitfigur wie ihm nicht gesteuert werden konnten. Zwischen dem Vorgehen bürgerlicher Liberaler gegen Dr. Feistle und dem Vorgehen von Gesellen, Arbeitern und Tagelöhnern gegen Züffel lagen Welten, obwohl es sich in beiden Fällen um Protestaktionen gegen Personen handelte, die dem Lager der kommunalen Führungs-

⁷³⁴ Hierzu auch: Rottenkolber, Kempten, S. 210ff.

⁷³⁵ StAKe, Kemptner Zeitung, 14.5.1848, S. 536; B 35, Höschelchronik, S. 58; B 17f, Tagebuch Anton Wendlinger, Einträge vom 12./13. Mai.

⁷³⁶ StAKe, Kemptner Zeitung, 21.5.1848, S. 563.

schicht zugeordnet wurden, weil sie einem im Alltag als Obrigkeit gegenübertraten. Waibel war aber auch klar, dass seine Gegner genau diese Unterscheidung nicht treffen, sondern ihn für beide Aktionen - zumindest indirekt - verantwortlich machen würden. Die Konsequenzen, die er daraus zog, waren zweifacher Art: Beruhigung der Gemüter auf der einen Seite, aber andererseits Beibehaltung einer konkreten und kritischen Berichterstattung. *„Nein! und abermals nein! nicht dadurch, daß man von allgemeinen Mißständen schweigt, sondern dadurch, daß man von ihnen redet, leistet man zugleich der Freiheit und der Ordnung einen Dienst.“*⁷³⁷

In den konservativen Kreisen der Stadt hatte sich dieser vermeintliche Zusammenhang zwischen Berichterstattung der „Kempter Zeitung“ und gewaltsamen Protestformen aber zur Gewissheit verdichtet. Die Vorstellung, Waibel brauche nur einen kleinen journalistischen Wink zu geben und schon stünden ihm gewaltbereite Randalierer zur Verfügung, trug nicht wenig zum Zerrbild Waibels als „Diktator des Allgäus“ bei. So führte Ende August 1848 eine wütende Zeitungsattacke Waibels auf *„einen allgemein verachteten Polizeispion und Denunzianten“*, verbunden mit der Fehlinterpretation einer lautstarken Freisprechungsfeier von Druckergesellen, zu einer vorsorglichen Bereitstellung von Militäreinheiten, um eine angeblich drohende „Katzenmusik“ zu unterbinden. Waibels Kommentar zu diesen Vorgängen - *„Warum haben sie [gemeint waren die Magistratsmitglieder] stillgeschwiegen und zugegeben, daß man ihre Mitbürger grundlos verdächtige? Warum haben sie zugegeben, daß man durch nutzlose Nachtwachen den Soldaten gegen den Bürger erbitterte?“* - zeigt nicht nur seine Enttäuschung, sondern auch das Ausmaß des Misstrauens und der Angst auf Seiten der lokalen Obrigkeit.⁷³⁸

Soldaten gegen Bürger, Soldaten gegen Soldaten

Die bisherigen Beispiele von Gewalterfahrung beschränkten sich auf Protestaktionen, die von den unteren Volksschichten bzw. von revolutionären Gruppen ausgingen. Genauso zahlreich sind aber auch Situationen, in denen die Gewalt von den Ordnungskräften ausgeübt wurde, in unseren Fällen vom Militär. Zeitliche Schwerpunkte der subsistenz- und kommunalpolitischen Protestformen waren eindeutig die Monate März-Mai 1848, der Großteil der Militärkonflikte spielte sich dagegen im Frühjahr/Sommer des Jahres 1849 ab, stand also eindeutig mit der politischen Großkonstellation, der Reichsverfassungskampagne, in Zusammenhang. Die konkreten Fälle, die in diesem Abschnitt vorgestellt werden sollen, beziehen sich alle auf die Zeit vor der militärischen Besetzung Schwabens und beinhalten auch innermilitärische Konflikte. Da Kaufbeuren keine Garnison hatte, scheidet es in diesem Punkt als Beobachtungsfeld aus. Auch im Zusammenhang mit den häufigen Einquartierungen in der Stadt sind keine Konfliktfälle überliefert, trotzdem war aber auch in Kaufbeuren in diesen Monaten ein deutlicher Anstieg allgemeiner Gereiztheit und Aggressivität zu verzeichnen. Im Gegensatz zur preußischen Armee, die den gegenrevolutionären Staatsstreich in Berlin durchführte und durch ihre Interventionen in anderen deutschen Staaten zum

⁷³⁷ Ebda., 15.5.1848, S. 539 und 31.5., S. 603.

⁷³⁸ Ebda., 24.8.1848, S. 940, 28.8., S. 955 und 2.9., S. 976.

Inbegriff der Reaktion wurde, befand sich die bayerische Armee in einem Zustand „sozial-organisatorischer Auflösung“, die sie im Falle großer revolutionärer Erhebungen kaum in den Stand gesetzt hätte, „die Autorität des Systems durchzusetzen.“⁷³⁹ Befehlsverweigerungen, Meutereien, Disziplinlosigkeiten, vor allem aber der hohe Grad der Politisierung bei den Beurlaubten und den neuen Rekruten beunruhigte die Militärführung in hohem Maße. In Berichten aus Augsburg und Kempten wurde die Sorge deutlich, dass ein Fraternisieren von Teilen der Einheiten mit der Volksbewegung nicht ausgeschlossen werden könne. So berichtete der Kemptener Kommandant am 2. Mai 1849, ein paar Tage vor der großen Volksversammlung, dass die Stimmung der Soldaten bisher gut gewesen sei, was sich aber seit der Ankunft der Beurlaubten in diesen Tagen geändert habe. Diese hätten erklärt, *„sie würden es vorkommenden falls mit dem Volke halten, und sich nicht gegen dasselbe gebrauchen lassen, sie würden einem Befehl zum Laden der Gewebre wohl, aber zum Abfeuern derselben keine Folge leisten. Ebenso wenig würden sie am kommenden Sonntag, wo ihre Verwandten und Brüder hierher kommen, sich durch irgendeine Bestimmung des Regiments abhalten lassen, auszugehen um dieselben zu sehen. Sie würden sich überhaupt für die Sache des Volkes aussprechen.“*⁷⁴⁰ Die Liberalen versuchten, mit allen Mitteln auf die Stimmung der Soldaten Einfluss zu nehmen. In ihren Heimorten wurden sie aufgefordert, nicht in die Kasernen zurückzukehren, Flugblätter wurden in die Eisenbahnabteile geworfen, der Buchhändler Dannheimer soll sogar jedem Soldaten 15 kr pro Tag versprochen haben, *„wenn sie zur Partei der Linken übergeben würden.“*⁷⁴¹ Am 10. Mai kam es dann zu regelrechten Krawallen in der Kaserne. Soldaten, die mit der Unterbringung nicht zufrieden waren, beschwerten sich lautstark und drohten, die Kaserne zu demolieren. Unter Hochrufen auf Hecker wurden Dachziegel auf die Posten geworfen.⁷⁴² Im Juni forderte man dringend die Verlegung der Allgäuer Rekruten in heimatferne Standorte, *„da die Aufwiegler der Demokratischen Partbei jedes Mittel benützen, um die jungen Soldaten ihren Pflichten zu entfremden und die Subordination und Manneszucht untergraben.“*⁷⁴³

Das Verhältnis zwischen den Soldaten und der Zivilbevölkerung war allerdings höchst ambivalent. In den vorausgegangenen Monaten war es regelmäßig auch zu zum Teil gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen. Ein Jahr zuvor, am Mittag des 30.6.1848, wurde von einer großen Zahl von Soldaten die Gaststätte „Bayerischer Hof“ völlig demoliert. Man zertrümmerte systematisch die ganze Inneneinrichtung, von den Gläsern bis zu den Türstöcken. Am Abend zuvor hatte es in der Wirtschaft handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Bauern der Umgebung und Soldaten gegeben. Der Wirt nahm für die Bauern Partei, weshalb die Soldaten wohl den Kürzeren zogen. Die Empörung der Kemptener über diesen Rachefeldzug war enorm. Der Magistrat berief eine Volksversammlung ein, um Gegenmaßnahmen bei ähnlichen Vorfällen ergreifen zu können. Einer zum Stadtkommandanten geschickten Deputation wurde versichert, dass sich Derartiges nicht wiederholen würde. Der Wirt verzichtete auf eine weitere Unter-

⁷³⁹ Calließ, *Militär in der Krise*, S. 201f.

⁷⁴⁰ HStA, Abt.IV, A IV, Fasc. 111, Kempten 1846-72, Kommandantschaft Kempten an das 2. Armeedivisionskommando vom 2.5.1849.

⁷⁴¹ Ebda.

⁷⁴² Ebda., 6. Schwadron an das kgl. Regimentskommando vom 11.5.1849.

⁷⁴³ Ebda., Bataillonskommando des 11. Infanterieregiments an das IDK vom 11.6.1849.

suchung, um eine möglichst rasche Beruhigung der Gemüter nicht zu verhindern.⁷⁴⁴ Möglicherweise hatte er sich in Bezug auf den Bierkrawall negativ über die Soldaten geäußert und so den Wirtshaustreit ins Rollen gebracht. Auch dem Wirt Johann Schnitzer, einem führenden Liberalen, war wegen solcher Äußerungen schon ein ähnliches Rollkommando angedroht worden.⁷⁴⁵ Es waren auch später vorzugsweise die Wirtshäuser von prominenten Volksvereinsmitgliedern („Sieben-Hansen“, „Stadt Hamburg“), bei denen durch Soldaten Sachbeschädigungen verübt wurden.⁷⁴⁶ Bürgermeister Schnitzer, dem das Problem ja bekannt war, sah sich sogar gezwungen, die Kemptener in einem Plakat zu einem freundlichen Verhalten gegenüber den Soldaten aufzufordern. Als Begründung gab er an, dass ein großer Teil der hiesigen Garnison sehr aufgebracht sei, „*weil einzelne Bürger beleidigende Äußerungen gegen das Militär gebraucht haben sollen.*“⁷⁴⁷ Der Konjunktiv wurde im Text nicht grundlos hervorgehoben. Schnitzer war sich darüber im Klaren, dass die gereizte Stimmung der Soldaten von den Offizieren und der konservativen Gegenseite durchaus geschürt wurde. Mitte Januar hatten die verbalen Ausfälle eines Offiziers gegenüber dem „Bürgerverein“ zu erheblichen Irritationen innerhalb der Bürgerschaft und keineswegs nur bei Volksvereinsmitgliedern geführt. 250 Bürger Kemptens warnten in einem offenen Brief vor der Gefahr, das „*bisher friedliche Verhältnis zwischen Offizieren und Bürgern auf die empfindlichste Weise zu stören.*“⁷⁴⁸ In dieses Bild passen auch Offiziere, die mit dem Säbel Plakate des Volksvereins zerstörten oder die im Anschluss an die große Volksversammlung erklärten, dass es besser gewesen wäre, wenn „*man sie zusammengeschoßen hätte.*“⁷⁴⁹ Es überrascht nicht, dass sich gerade zu diesem Zeitpunkt die Befürchtungen hochgeschaukelt hatten. Die erwartete Anwesenheit von Tausenden von Anhängern der Märzvereine ließ die Nerven blank liegen. Die Offiziere wussten weder, wie sich die Kundgebungsteilnehmer, noch wie sich die eigenen Soldaten verhalten würden. Die Bevölkerung wusste nicht, welche Maßnahmen das Militär ergreifen würde. Der Stadtkommandant fühlte sich der Situation nicht gewachsen und bat um die Anwesenheit eines Generals.⁷⁵⁰ Die Versammlung verlief aber ohne die geringsten Zwischenfälle. Trotzdem waren die Tage danach – sie bildeten mit den Nachrichten vom Beginn des Aufstandes in der Pfalz und dem blutigen Ende der Dresdner Erhebung wohl eine verwirrende Mischung aus Hoffnung und Resignation – eine ideale Zeit für Gerüchte. So musste der Magistrat offiziell dementieren, dass sich die Bürger in der Altstadt auf Kampfhandlungen einstellten, indem sie Steine in ihren Dachböden deponierten.⁷⁵¹ Nachdem mit den ersten Maiwochen der kritischste Punkt der Kemptener Revolutionsereignisse überwunden war, beruhigte sich die Situation relativ rasch wieder. Mit der militärischen Besetzung Anfang Juli waren die Machtverhältnisse dann endgültig klar.

⁷⁴⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 1.7.1848, S. 724; 3.7., S. 732; 4.7., S. 736.

⁷⁴⁵ HStA, Abt. IV, A IV, Fasc. 111, Kempten 1846-72, Kommandantschaft Kempten an 2. Armeedivisionskommando, vom 13.5.1848.

⁷⁴⁶ Ebda., Bericht vom 23.3.1849.

⁷⁴⁷ StAKe, Kemptner Zeitung, 2.3.1849, S. 249.

⁷⁴⁸ Ebda., 15.1.1849, S. 64 und 24.1.1849, S. 99.

⁷⁴⁹ Ebda., 8.5.1849, S. 527 und 16.5., S. 560.

⁷⁵⁰ HStA, Abt. IV, A IV, Fasc. 111, Kempten 1846-72, Kommandantschaft Kempten an 2. Armeedivisionskommando vom 2.5.1849.

⁷⁵¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 18.5.1849, S. 570.

In Augsburg lassen sich die Phänomene: Auflösung der militärischen Ordnung bei gleichzeitig provozierenden Aktionen durch die Offiziere ebenfalls beobachten. Auch hier berichtete der Stadtkommandant von fortgesetzten Versuchen, die Soldaten auf die Seite der Revolution zu ziehen, von konspirativen Treffen zwischen Soldatengruppen und politischen Aktivisten, von Versuchen, innerhalb der Kasernen Versammlungen zu organisieren.⁷⁵² Eine Versammlung der Soldaten, auf der über deren Probleme und Beschwerden diskutiert werden sollte, wurde untersagt, während eine Zusammenkunft aller in Augsburg stationierten Unteroffiziere gestattet wurde. Dort wurde in Anwesenheit des Kommandanten offen für ein energisches Vorgehen gegen die Bevölkerung Stimmung gemacht, die habe sich nämlich „durch Aufwiegler auf Abwege verleiten lassen.“⁷⁵³ Konkreter Anlass für diese Versammlung war der offenbar erhebliche Zulauf bei Veranstaltungen des Augsburger Märzvereins durch Soldaten, die dort mit Flugblättern aus Württemberg versorgt wurden, in denen die Soldaten zum Schutz der Reichsverfassung aufgerufen wurden.⁷⁵⁴ Dagegen setzten die Offiziere ihren Appell an den Korpsgeist: „Wir wollen uns Brüder nennen (...), denn wir haben alle eine Bestimmung. (...) Der Feind von Innen aber Brüder – das ist ein Theil unseres Volkes, und das ist ein Feind, der das Wohl seiner Majestät des Königs, das Wohl des ganzen Vaterlandes bedroht (...) Schonungslos werden wir in der Erfüllung unserer Pflichten, in der Bewährung unserer Treue für Se. Maj. den König, gegen jene, die sich aufthun um uns zum Meineid zu bringen, einschreiten.“⁷⁵⁵ Schon eine Woche später bot sich die Gelegenheit, die „Liebe zu König und Vaterland“ unter Beweis zu stellen. Ein Wortwechsel zwischen dem Bierbrauer F. Wirth und Kavalleristen des Chevauleger-Regiments „König“ über den Dresdner Aufstand hatte zur Folge, dass am 12. Mai zweihundert Soldaten dessen Gastwirtschaft zerstörten. Über den entscheidenden Satz, der die anwesenden Soldaten dazu brachte, das Lokal zu verlassen und ihre Kameraden zu mobilisieren, gab es allerdings höchst unterschiedliche Aussagen. Die Soldaten behaupteten, Wirth habe ihnen einen Teller mit Bleikugeln vorgehalten und gesagt: „Diese gehören für euch und euren Lumpenkönig.“⁷⁵⁶ Der Gastwirt gab dagegen an, gesagt zu haben, er könne sich in einer Bürgerkriegssituation nicht einmal gegen das Militär verteidigen, er habe kein Körnchen Pulver, nur seinen Karabiner und einige Bleikugeln.⁷⁵⁷ Das Argument, provoziert worden zu sein, wurde in den Berichten an die vorgesetzten militärischen Behörden noch häufig verwendet. Am nächsten Tag seien zwei Chevaulegers in Lechhausen misshandelt worden, die Folge war die Verwüstung des dortigen Wirtshauses. Auch die Tumulte im Lokal des Bierbrauers und linksliberalen Landtagsabgeordneten Beer durch Angehörige derselben Einheit seien von seinen „verschiedenen Äußerungen“, die er im Landtag „über die hiesige Garnison gemacht hat“, provoziert worden.⁷⁵⁸ Man hatte verbreitet, Beer hätte die Senkung der Soldatenlöhne gefordert, tatsächlich hatte er nur über Probleme der Einquartierung gesprochen. Die Nachricht von den Angriffen der Chevaulegers auf das Anwesen Beers löste sofort

⁷⁵² HStA, Abt. IV, A IV, Fasc.108, Stadtkommandant an 2. kgl. IDK vom 30.5.1849.

⁷⁵³ StBA, Augsburger Abendzeitung, 3.6.1849, S. 1081.

⁷⁵⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 26.4.1849; 2.5.1849, S. 628; 7.5.1849, S. 663.

⁷⁵⁵ StBA, Augsburger Abendzeitung, 14.5.1849, S. 948.

⁷⁵⁶ HStA, Abt. IV, A IV, Fasc. 109, 2. Infanteriedivision an kgl. Armeecorpscommando am 14.5.1849.

⁷⁵⁷ StAA, Best. 5, Nr. 64, Protokoll vom 13.5.1849.

⁷⁵⁸ HStA, Abt. IV, A IV, Fasc. 109, 2. Infanteriedivision an kgl. Armeecorpscommando am 14.5.1849.

Unruhe in der Vorstadt aus (in der Sprache des Militärberichts: „*häuften sich drohend die Massen des Proletariats*“), gleichzeitig traf man in der Stadt Sicherheitsvorkehrungen. Das Zeughaus wurde gesichert, die Hauptwache verstärkt, Kavallerie- und Infanteriepatrouillen durchgeführt. Größere Mengen von Gesellen und Tagelöhnern waren inzwischen vor das Wirtshaus des konservativen Bierbrauers G. Rösch, einem Stammlokal dieser Militäreinheit, gezogen. Nachdem Soldaten, die der Wirt zur Hilfe angefordert hatte, den Platz räumten, begannen die gewalttätigen Auseinandersetzungen: Am Vgeltor flogen Steine, Schüsse waren angeblich zu hören gewesen, eine Kavalleriepatrouille wurde von der Menschenmenge verfolgt, zog sich bei der Barfüßerkirche zu einem Infanteriezug zurück, Holzbrücken über den großen Graben wurden abgebrochen und zu Barrikaden in den Seitenstraßen aufgetürmt, die wütenden Menschen umringten vor der Hauptwache einen Soldaten, entwaffneten ihn und schlugen auf ihn ein. Daraufhin ließ der Offizier das Feuer eröffnen – die Bilanz: sechs Personen wurden dabei getroffen, eine von ihnen starb später im Krankenhaus.⁷⁵⁹ Am nächsten Tag kamen Magistrat und Militärführung überein, die Soldaten aus dem Blickfeld der Bürger zu entfernen und die Sicherheit der Stadt wieder in die Hände von Landwehr- und Freicorpseinheiten zu legen. Aus Militärkreisen war zu hören, die Ereignisse seien insgesamt das Werk von Agents provocateurs gewesen, eingefädelt „*von den hier sehr thätigen Wühlern*“, um die Soldaten „*noch mehr gegen die Bürger aufzuhetzen und dadurch einen Zusammenstoß herbeizuführen*“. ⁷⁶⁰ Plausibler erscheint eher die Annahme, dass man ein Exempel unter Einschluss des Risikos der Konfliktausweitung statuieren wollte. Drei Tage später wurden jedenfalls der Vorsitzende des Augsburger „Märzvereins“, der Advokat Kronacher, und der Herausgeber der „Volkshalle“, der Drucker E. Schatz, verhaftet. Kronachers Stellvertreter wurde steckbrieflich gesucht. Die radikalsten Wortführer der Augsburger Volksbewegung waren damit außer Gefecht gesetzt.

Zusammenfassung

Verlässt man die Ebene der Fallbeispiele und fragt nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden im Protestverhalten und bei der Erfahrung von Gewalt, dann erweist sich auch dieser Bereich als erstaunlich einheitlich. In allen drei Städten gab es in den Frühjahrsmonaten 1848, in einer Zeit des Machtvakuum, ausgehend von den Unterschichten, Konfliktsituationen, die zum Teil gewaltsam ausgetragen wurden oder in denen Gewaltanwendung befürchtet bzw. angedroht wurde. Zentrale Problemfelder waren in allen drei Städten die Sorge um die Finanzierbarkeit elementarer Lebensbedürfnisse, die Sorge um Arbeitsplätze und der Zorn über die gesellschaftliche Zurücksetzung von Teilen der städtischen Bevölkerung. Der Gewaltanwendung oder der Androhung von Gewalt entsprach auf der anderen Seite durchaus die partielle Bereitschaft zu entgegenkommendem Verhalten. Die zum Teil heftigen Konflikte in der Schlussphase der Revolution waren dagegen vor allem ein Phänomen der Garnisonsstädte. Insgesamt betrachtet erweist sich auch hier die Gegenüberstellung: ruhiges Augsburg - radikales Kempten als unzutreffend. Die Unterschiede waren eher quantitativer als qualitativer Natur. Natürlich gab es in einer

⁷⁵⁹ Ebda. und Anmerkung Nr. 635.

⁷⁶⁰ Ebda.

Großstadt mehr sozialen Konfliktstoff, umgekehrt machten sich die Reibereien zwischen Militär und Zivilbevölkerung in einer kleineren Stadt stärker bemerkbar.

Spätkommunalismus: Die Stadt als Handlungsfeld

Durchsetzung lokaler Reformen

„Und sind des Bürgers Wunsch nicht all erfüllt (...) stürmet tapfer dann den Rathaus Saal“, ⁷⁶¹ so lautete die drohende Schlussbemerkung des Gedichtes, das sich ein Teilnehmer an der Kaufbeurer Bürgerversammlung vom 19. März 1848 von der Seele schrieb. Wie sehr diese Drohgeste in das Muster der „Kommunaltumulte“ passt, wurde im vorigen Kapitel dargelegt. Jetzt soll das Schwergewicht der Überlegungen auf den Wünschen der Bürger liegen. Ebenso soll der Frage nachgegangen werden, in welchem Umfang diese Wünsche in Erfüllung gingen.

Der halbwegs rekonstruierbare Kaufbeurer Forderungskatalog, der dem Magistrat überreicht wurde, lässt sich grob in drei Bereiche gliedern: Einführung der Parität in den Gemeindegremien, größere Transparenz der Verwaltungsvorgänge und der politischen Entscheidungsprozesse sowie Verbesserung ganz elementarer Lebensbedingungen (Versorgung mit Heizmaterial, Errichtung eines städtischen Krankenhauses, Senkung der Aufnahmegebühren ins Bürgerrecht, Überführung des Leihhauses in kommunale Hand). Überraschend ist das völlige Fehlen allgemeinpolitischer Forderungen. Zwar hatte die Märzproklamation wichtige politische Reformen versprochen, zwar wurde die Bürgerversammlung ausdrücklich zur Besprechung von Gemeindeangelegenheiten einberufen, eine wirklich revolutionär gestimmte Bürgerversammlung hätte sich aber von der Formulierung weitreichender politischer Vorstellungen nicht abhalten lassen. Bleibt als Erklärung, dass die Verhältnisse vor Ort möglicherweise so im Argen lagen, dass sie alles andere überlagerten, oder aber, dass die politischen Prioritäten der städtischen Bürgerschaft eindeutig innerhalb der lokalen Grenzen lagen. Diese Frage lässt sich wiederum nur mit Hilfe vergleichender Untersuchungen beantworten.

Zu schriftlich ausformulierten und von Bürgerversammlungen gebilligten Forderungen an den Magistrat kam es außer in Kaufbeuren nur in Nördlingen. Dort wurde den Gemeindegremien eine von 536 Bürgern unterschriebene Petition übergeben, in der die Abschaffung der Bürgeraufnahmegebühr für Bürgersöhne, die Abschaffung des Tor- und Pflasterzolls, niedrigere Gebühren für Marktstände, ein fester Kornbodenzins, Steuerfreiheit für Hunde (soweit sie für das Gewerbe nützlich waren) und die Aufhebung der Gebühren für die Stadtmusiker verlangt wurden.⁷⁶² Die Fülle der Leserbriefe im „Augsburger Tagblatt“ und im „Augsburger Anzeigblatt“ lassen aber keinen Zweifel daran, dass auch in Augsburg zunächst lokale Probleme dominierten. Auch Balthasar Waibel kündigte in der „Kemptner Zeitung“ vom 26. März 1848 an, „im Laufe des nächsten Sommers“ die „Gebrechen [des Gemeinwesens] offen darlegen“ zu wollen. Seine Vorträge in der „Stadt Hamburg“ sollten „namentlich städtische Angelegenheiten“ zum Thema haben.⁷⁶³

⁷⁶¹ EKA, Weidenbach-Chronik, Bd. VI, eingelegtes handschriftliches Gedicht.

⁷⁶² Kessler, Politische Bewegung, S. 32f.

⁷⁶³ StAKE, Kemptner Zeitung, 26.3.1848, S. 339f. und 22.5.1848, S. 568.

Es ist bezeichnend, dass Waibel als ersten Reformvorschlag eine grundlegende Veränderung der Gemeindewahlordnung anmahnte. Nicht die bayerische und schon gar nicht eine gesamtdeutsche Perspektive bestimmte das Denken, sondern die lokale Ebene war der Ausgangspunkt für Wünsche nach größeren politischen Einflussmöglichkeiten. Um der aufwändigen Prozedur der Urwahl mehr Sinn zu verleihen, schlug Waibel vor, dem Gremium der Wahlmänner erheblich mehr politisches Gewicht zukommen zu lassen. Die im ersten Wahlschritt gewählten Wahlmänner sollten nicht nur wie bisher die neuen Gemeindebevollmächtigten, sondern auch die neuen Magistratsräte bestellen können. Darüber hinaus sollten sie den „*großen Gemeindeausschuß*“ bilden, dessen Zustimmung bei Gemeindeumlagen, Baumaßnahmen, Anleihen, Erwerb und Verkauf von Gemeinderealitäten und Rechten erforderlich sein sollte. Vor den kommunalen Urwahlen sollten politische Versammlungen erlaubt sein, d.h. die bislang üblichen geheimen Absprachen sollten durch einen offenen Wahlkampf ersetzt werden. Einer heilloosen Stimmenzersplitterung sollte die Einführung des Mehrheitswahlrechts vorbeugen. Konsequentergedacht, Waibel sprach das allerdings nicht offen aus, hätten diese Veränderungen zu einer Entmachtung der bisherigen Gemeindekollegien geführt und die Kommunalpolitik viel stärker an den Wählerwillen gekoppelt, als es bisher üblich war. Dass die Sitzungen der Gemeindekollegien in Zukunft öffentlich zu sein hätten, war für Waibel eine Selbstverständlichkeit. Ein Vorstoß in diese Richtung war in Kempten bereits 1842 gemacht worden, wurde damals aber von der Regierung abgelehnt. Waibels Ziel, „*eine erfreulichere Entfaltung unseres Gemeindelebens herbeizuführen*“, betont ausdrücklich den Stellenwert der Lokalpolitik in dieser Phase der Revolution.⁷⁶⁴

Die Öffentlichkeit politischer Entscheidungsprozesse stand auch in Augsburg ganz oben auf der Wunschliste der liberalen Bürger. Bereits am 27. Februar hatten die Gemeindebevollmächtigten Augsburgs die Veröffentlichung ihrer Sitzungsprotokolle im städtischen „Intelligenzblatt“ beschlossen.⁷⁶⁵ Seit Jahresanfang war in Leserbriefen die Veröffentlichung relevanter Vorgänge gefordert worden: So wünschte man sich die Veröffentlichung der protestantischen Stipendienverleihungen, der Gesuche zur Verleihung von Gewerbekonzessionen und der Anträge zur Ansässigmachung. Überhaupt legte man Wert darauf, „*daß es der Behörde darum zu thun ist, klar und ohne Rückhalt die Angelegenheiten des städtischen Haushaltes den Bürgern vor Augen zu legen*.“⁷⁶⁶ Ergebnisse politischer Entscheidungen mitgeteilt zu bekommen, war eine Sache, das Zustandekommen dieser Entscheidungen beobachten zu können, ging darüber noch hinaus. In der ersten gemeinsamen Sitzung der beiden Gemeindekollegien nach Ausbruch der Revolution gab es nur zwei Tagesordnungspunkte. Der erste bestand in dem Beschluss, bei der Regierung die Öffentlichkeit der Sitzungen zu beantragen.⁷⁶⁷

Der zweite Tagesordnungspunkt drehte sich um die gerechte Verteilung der Einquartierungslasten. Dieses Thema, das zunehmend auch die Haushalte der Arbeiter betraf, erschien so brisant, dass man eine Überprüfung der Zuteilungskriterien für dringlich erachtete. Da als maßgebliches Kriterium das Einkommen der Bürger herangezogen wer-

⁷⁶⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 23.2.1848, S. 209.

⁷⁶⁵ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 271.

⁷⁶⁶ StAA, Augsburger Tagblatt, 19.1.1848, S. 75 und 5.3.1848, S. 270.

⁷⁶⁷ StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats 1847/48, Sitzung vom 6.3.1848.

den sollte, wurde eine Überprüfung der Einkommensverhältnisse notwendig.⁷⁶⁸ Die Verwaltung benötigte ein dreiviertel Jahr, um diese Arbeit abzuschließen. Am Jahresende wurde das Ergebnis der Einquartierungs-Klassifikations-Kommission der Öffentlichkeit vorgestellt und die Einspruchsfrist festgelegt. Welch organisatorischer Aufwand hinter so einer Maßnahme stand, wird aus dem Umstand ersichtlich, dass Magistrat und Gemeindebevollmächtigte 24 Männer aus ihrer Mitte wählten, um ein Schiedsgericht zu bilden, dessen Aufgabe es war, die Einsprüche gegen die Bescheide des Prüfungsausschusses zu bearbeiten.⁷⁶⁹ Daran wird aber auch deutlich, wie sehr man von Seiten der Kommune bemüht war, lokale Missstände zu beseitigen, auftretende Probleme zu lindern oder gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Leserbriefe in den Zeitungen hatten dabei offenbar die Funktion von Seismographen, denn viele Wünsche, die dort artikuliert wurden, tauchten in gewissem zeitlichen Abstand auch auf der Tagesordnung des Magistrats auf. Da viele lokale Reformprojekte des Jahres 1848 auf Anregungen vom Jahresanfang, also den Monaten vor Revolutionsbeginn, zurückgingen, wird erneut sichtbar, dass die Erfahrungen des Krisenjahres 1846/47 für das Denken der Menschen von zentraler Bedeutung waren. 1847 war die Einrichtung einer Schwimmschule und Badeanstalt bewusst als öffentliche Maßnahme der Arbeitsbeschaffung genutzt worden. Darauf aufbauend schlug man jetzt vor, einen neuen Kanal von oberhalb des Ablasses durch den Siebentischwald graben zu lassen, „wobei wieder eine große Zahl hiesiger Arbeiter Beschäftigung finden wird“.⁷⁷⁰ War man in normalen Zeiten eher geneigt, bekannte Probleme zu tolerieren, so traten sie in Krisenzeiten wieder deutlich ins Bewusstsein und verlangten nach Lösungen. An den Beispielen Krankenhaus, Getreideversorgung und Armenpflege soll wenigstens angedeutet werden, wie die städtische Politik in Augsburg auf diese Problemlagen reagierte.

Ein Wiener Mediziner, der Ende der vierziger Jahre europäische Krankenhäuser besuchte und sie einander kritisch gegenüberstellte, kam im Falle Augsburgs zu wenig erfreulichen Ergebnissen: „*Ein altes, vernachlässigtes Gebäude. Welcher Abstand zwischen dem Münchener und Augsburger allgemeinen Krankenhause! Dort die größte Ordnung, Peinlichkeit und Sorgfalt, hier von Allem der grellste Gegensatz. Was läßt sich von dieser Anstalt schildern, als der wehmütige Eindruck, den ihr gänzlicher Verfall bei jedem Besuchenden hinterläßt!*“⁷⁷¹ Die Stadt war wegen Defiziten der St. Martins-Stiftung kaum in der Lage, den laufenden Betrieb zu finanzieren, geschweige denn umfangreiche Veränderungen durchzuführen, obwohl z.B. die Raumknappheit in Leserbriefen mehrfach beklagt wurde.⁷⁷² Sie musste deshalb zur Erhöhung der Krankenhausbeiträge bei Gesellen, Dienstboten und Arbeitern greifen, die im Frühjahr 1848 zu erheblicher Unzufriedenheit bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen führte. Gerade weil das Thema so sensibel war, versuchte man 1848 den Wünschen der Bevölkerung trotzdem so gut es ging entgegenzukommen. Kritische Artikel in der „Volkshalle“ über die angeblich schlechte Verpflegung im Krankenhaus wurden vom Magistrat sofort zum Anlass genommen, die

⁷⁶⁸ Ebda., Sitzung vom 4.4.1848.

⁷⁶⁹ StAA, Intelligenzblatt der Stadt Augsburg, 8.11.1848, S. 535 und 20.12.1848, S. 623.

⁷⁷⁰ StAA, Augsburger Tagblatt, 28.4.1848, S. 527.

⁷⁷¹ Zitiert nach: Sprengler, J., Das Krankenhaus zu Augsburg, erbaut in den Jahren 1856-1859, Augsburg 1879, S. 3f.

⁷⁷² StAA, Augsburger Tagblatt, 14.6.1847, S. 697f und 21.8.1847, S. 978.

Patienten in Anschlägen aufzufordern, sich bei Beschwerden umgehend an das ärztliche Personal zu wenden. Dem Pächter der Krankenhausküche wurde trotz der hohen Fleischpreise ein größerer finanzieller Spielraum zur Verbesserung des Angebotes zugestanden.⁷⁷³ Zu wirklich durchgreifenden Reformen bedurfte es aber erst der Erfahrung der Choleraepidemie, die am Ende der fünfziger Jahre dann zum Neubau des Hauptkrankenhauses führte.

Noch bedrückender als die Frage, wie gut man im Krankheitsfall versorgt sein würde, war die Ungewissheit darüber, ob man in der Lage sein würde, Lebensmittel und Brennholz zu bezahlbaren Preisen auf dem freien Markt zu beziehen. Um gegen Wucher geschützt zu sein und um die Preise zu drücken, die im Frühjahr 1847 astronomische Höhen erreicht hatten, wurde die Anlage eines städtischen Getreidemagazins und die Einrichtung eines Holzmarktes gefordert.⁷⁷⁴ Trotz der guten Ernte des Jahres 1847 hielt der Magistrat konsequent Getreideüberschüsse der Wohltätigkeitsstiftungen zurück und kaufte zusätzlich Roggen an, um im Notfall über städtische Vorräte verfügen zu können. Ende Mai 1848 wurde dann das seit Dezember 1847 geplante „Getreide-Noth-Magazin“ endgültig eingerichtet. Unter der Leitung einer fünfköpfigen Magistratskommission wurden 2 000 Schäffel Getreide in der St. Jakobs-Pfründe magaziniert.⁷⁷⁵

Die einschneidendste Veränderung ergab sich aber durch die Umstrukturierung der Armenpflege in Augsburg.⁷⁷⁶ Gerade während der Hungerkrise war die Bewältigung der Unterstützungsmaßnahmen offenbar an ihre Grenzen gestoßen. Ehrenamtliches Koordinations- und Leitungsorgan war der Armenpflegschaftsrat, dessen Mitglieder sich zum Teil aus Amtsinhabern (Bürgermeister, Pfarrer, Amtsärzte etc.), zum anderen Teil aus frei gewählten Bürgern rekrutierten. Städte wie Kempten (8 400 Einwohner) oder Kaufbeuren (4 200 Einwohner) hatten vier gewählte Armenpflegschaftsräte, eine ungleich größere Stadt wie Augsburg (ca. 38 200 Einwohner) verfügte nur über doppelt so viele. Die Versorgung von mehr als 3 000 Armen in einem Umfang von fast 60 000 fl war unter diesen organisatorischen Bedingungen kaum mehr zu leisten, wobei nicht vergessen werden darf, dass es sich dabei nur um Arme handelte, die offiziell Anspruch auf Unterstützung hatten. Die tatsächliche Anzahl der Not leidenden Einwohner dürfte noch beträchtlich höher gewesen sein.⁷⁷⁷ So wurde der Armenpflegschaftsrat in Leserbriefen aufgefordert, häufiger zu tagen, damit man nicht so lange auf Unterstützung warten müsse. Andere klagten, dass ihre Anträge auf Unterstützung durch die Armenpflege über Monate hinweg nicht beantwortet würden.⁷⁷⁸ Ebenso bezeichnend war es, dass die am 16. März 1848 im revolutionären Hochgefühl für die Armen durchgeführ-

⁷⁷³ StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 1.4.1848, Tagesordnungspunkt 30 und Sitzung vom 16.5.1848, Tagesordnungspunkt 13.

⁷⁷⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 25.7.1847, S. 868 und 28.1.1848, S. 113.

⁷⁷⁵ StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 11.4.1848, Tagesordnungspunkt 6, Sitzung vom 15.4.1848, Tagesordnungspunkte 14, 15, 16, 22, Sitzung vom 6.5.1848, Tagesordnungspunkt 6, Sitzung vom 20.5.1848, Tagesordnungspunkt 46.

⁷⁷⁶ Grundlegend hierzu: Eser, S., *Verwaltet und verwahrt. Armenpolitik und Arme in Augsburg vom Ende der reichsstädtischen Zeit bis zum Ersten Weltkrieg*, Sigmaringen 1996.

⁷⁷⁷ Ebda., S. 102ff und S. 182.

⁷⁷⁸ StAA, Augsburger Tagblatt, 4.2.1848, S. 143; STBA, Augsburger Anzeigblatt, 21.3.1848.

te Haussammlung zwar ca. 800 fl erbrachte, das Geld aber erst drei Monate später die Betroffenen erreichte.⁷⁷⁹ Um solche Pannen möglichst zu vermeiden und die Arbeit des Gremiums effektiver zu gestalten, wurde am 16. Mai 1848 die Zahl der gewählten Armenpflegschaftsräte auf 24 erhöht.⁷⁸⁰ Das war aber nur die quantitative Seite der Veränderungen. Ende März 1848 hatte der Magistrat bereits beschlossen, die Art und Weise der kommunalen Hilfeleistung grundlegend zu verändern. Alle bisherigen Einrichtungen wurden unter dem Namen „Städtische Armenpflege“ zusammengefasst, die Leistungen weitgehend in Naturalien ausbezahlt und eine Arbeitsverpflichtung eingeführt, die mit der Einrichtung einer kostenlosen Arbeitsvermittlung gekoppelt war. Ergänzt wurden diese Maßnahmen mit dem Betrieb dreier städtischer Wärmestuben und Suppenküchen, die ebenso wie das neu errichtete Holzmagazin nicht nur den eingeschriebenen Armen, sondern auch einem größeren Personenkreis mit ihren billigen Angeboten zur Verfügung standen. Der Tätigkeitsbericht über das erste Quartal bilanzierte stolz die bisherigen Leistungen. Man habe die Aufgabe, *„Arme unter Dach und Fach zu versorgen, dieselben auch auf andere Weise, wie durch Suppe, Kleider, Wochenspenden, Arbeit, durch Bereitung eines entsprechenden Lagers, zu unterstützen, nach Möglichkeit zu lösen gesucht.“* In den drei Monaten seien 12.945 Portionen Suppe verteilt worden, Arbeiten, wie z.B. Holzhacken, Holz- und Wassertragen, Putzen, Waschen, Botengänge seien vermittelt worden und in der Beschäftigungsanstalt würden Tisch- und Fußplatten, Matten, Feuereimer, Strohschuhe, Webgarne und vieles mehr hergestellt.⁷⁸¹

Entsprach die Errichtung einer städtischen Arbeitsanstalt und die Naturalverpflegung ganz dem bürgerlichen Arbeitsethos, so war man doch auch realistisch genug, um die Ursachen der verbreiteten Armut nicht ausschließlich in tatsächlicher oder vermeintlicher Arbeitsunwilligkeit zu suchen. Die gleichzeitige Vermittlung größerer Zuschüsse aus Staatsmitteln und die Gewährung eigener unverzinslicher Darlehen an die Weberinnung - *„zur Hebung ihrer Fabrikate“* - macht deutlich, dass man versuchte, die wirtschaftlichen Umstrukturierungsprozesse im Zuge der massiv einsetzenden Industrialisierung so gut es eben ging abzufedern.⁷⁸² In diesen Zusammenhang gehört wohl auch die Reduzierung der Gebühren für die Aufnahme ins Bürgerrecht um ein Drittel, die den Bürgersöhnen und damit in der Mehrzahl den Söhnen von Handwerkern zu Gute kam. Die völlige Abschaffung dieser Zahlungen, wie sie auf einer Bürgerversammlung am 30.4.1848 verlangt wurde, lehnte der Magistrat aus Rücksicht auf die Stadtkasse aber ab, hätte sie doch einen Verlust von 10-12 000 fl. bedeutet.⁷⁸³ Damit werden auch die engen finanziellen Grenzen städtischer Reformpolitik sichtbar. Man versuchte zwar den berechtigten Interessen unterschiedlicher Gesellschaftsgruppen so weit irgend möglich entgegenzukommen, konnte sich aber zu sehr kostspieligen Maßnahmen nur mit

⁷⁷⁹ StAA, Augsburgs Tagblatt, 10.3.1848, S. 299; 16.3., S. 330; 14.4., S. 461; 17.5., S. 639.

⁷⁸⁰ StAA, Intelligenzblatt der Stadt Augsburg, 27.5.1848, S. 266.

⁷⁸¹ StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 23.3.1848, Tagesordnungspunkt 20; Sitzung vom 29.7.1848, Tagesordnungspunkt 14; StAA, Intelligenzblatt der Stadt Augsburg, 18.11.1848, S. 559; 22.11., S. 566; 6.12., S. 600; 16.12., S. 616; 13.1.1849, S. 26f.

⁷⁸² StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 6.5.1848, Tagesordnungspunkt 22 und Sitzung vom 16.5., Tagesordnungspunkt 21.

⁷⁸³ StAA, Augsburgs Tagblatt, 29.4.1848, S. 536; StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 16.5.1848, Tagesordnungspunkt 8; Sitzung vom 20.6., Tagesordnungspunkt 12.

großen Bedenken durchringen. So beschloss man den von der Bevölkerung schon lange geforderten Neubau des Schlachthauses (Kostenvoranschlag: ca. 20 000 fl.) nur mit knapper Mehrheit.⁷⁸⁴ Die Balance zwischen Wünschbarem und Machbarem zu finden, noch dazu unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit, war für die städtischen Obrigkeiten eine schwierige Herausforderung.

In Kempten hatte Balthasar Waibel seit jeher auf einer soliden Haushaltspolitik bestanden. Seine spektakulären Flugschriften gegen die Kemptener Stadtführung 1841/42 waren eine einzige Warnung vor nicht finanzierbaren Großprojekten gewesen: *„Wir sagen zu den Bürgern nicht: Baut kein neues Schulhaus, kein Spital, keine Brücke, keine Brunnen! Ja thut es; aber ehe ihr zu bauen anfangt, sorgt dafür, daß 60 bis 70 000 fl. vorrätig daliegen.“* Im gegenteiligen Fall würde die Stadt sich entweder weiter verschulden müssen oder um die Einführung zusätzlicher direkter Steuern nicht herumkommen.⁷⁸⁵ Dementsprechend wurde 1848/49 neben kleineren Baumaßnahmen (Abriss des Hallgebäudes, Reparaturen an den Böschungsmauern der Wehre und Kanäle, Neupflasterung des Residenzplatzes) nur ein größeres Projekt anvisiert, der Neubau einer städtischen Kunstmühle.⁷⁸⁶ Der Zusammenhang zwischen diesem Bauvorhaben und dem Bemühen des Magistrats, gerade in Fragen der Lebensmittelversorgung tätig zu werden, liegt auf der Hand. So ließen moderne Kunstmühlen eine erhebliche Steigerung der Produktion bei gleichzeitig besserer Reinigung des Getreides erwarten.⁷⁸⁷ Ähnlich wie in Augsburg wurde auch in Kempten die Einrichtung eines kommunalen Getreidemagazins beschlossen. Klagen über mangelnde Qualität und überhöhte Preise bei Grundnahrungsmitteln, wie Milch und Brot, hatte es, wie in vielen anderen Städten, auch in Kempten gegeben.⁷⁸⁸ Für erheblichen Ärger hatte hier die schlechte Qualität des Trinkwassers in der Neustadt gesorgt. Man warf Bürgermeister Karrer *„beleidigende Geringschätzung“* der Probleme der Neustadt vor, was zu der prompten Weisung an den Stadtbaumeister führte, sich dieser Schwierigkeiten anzunehmen.⁷⁸⁹ Mustert man die kritischen Kommentare Waibels, mit denen er seit seinem Amtsantritt die Kemptener Lokalpolitik begleitete, dann schien es in Kempten ein absolut vordringliches Problem gegeben zu haben: die Sanierung der Armenpflege. Hauptleidtragende der desolaten Verhältnisse waren die katholischen Bürger Kemptens, die nicht nur den größeren Teil, sondern auch den ärmeren Teil der Stadtbevölkerung ausmachten. Wurden sie früher durch die Freigiebigkeit der Fürststäbte versorgt, fielen sie jetzt der Stadtkasse zur Last, hatte doch der bayerische Staat nach der Säkularisation die Armenpflege von einer Staats- zu einer Lokalaufgabe gemacht.⁷⁹⁰ Da Kempten nicht wie viele andere ehemalige Reichsstädte

⁷⁸⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 11.11.1847, S. 1351; StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 17.4.1849, Tagesordnungspunkt 17.

⁷⁸⁵ StAKe, A III 32, Rechtsrath Balthasar Waibel, „Kemptner Actenstücke“, Flugschrift „Ueber den gegenwärtigen Finanzzustand der Stadt Kempten“.

⁷⁸⁶ StAKe, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzungen vom 26.5.1848, S. 51; vom 12.1.1849, S. 38; vom 25.5.1849, S. 94 und vom 17.7.1848, S. 61.

⁷⁸⁷ Waibl, S., Studien zur Industrialisierungsgeschichte des Raumes Kempten im 19. Jahrhundert, Kempten 1999, S. 213.

⁷⁸⁸ StAKe, Kemptner Wochenblatt, 11.3.1848, S. 54; 29.4., S. 86; 5.8., S. 153.

⁷⁸⁹ Ebda., 1.4.1848, S. 68; Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 31.3.1848, S. 38.

⁷⁹⁰ StAKe, HdB :1550, B. Waibel, Kempten's Finanzverhältnisse und seine Forderungen an den Staatsärar, Kempten 1831, S. 55f.

über gut ausgestattete Stiftungen verfügte, (wenn es sie doch gab, kamen sie ausschließlich den Protestanten zugute), musste die Armenpflege neben Einnahmen aus freiwilligen Spenden, den Kirchensammlungen, diversen Strafgeldern auch über direkte Steuern finanziert werden. Diese Abgaben zu verringern, die Armenpflege aber gleichzeitig auf eine tragfähige finanzielle Grundlage zu stellen, war das Hauptanliegen Waibels. *„Die Armenpflege ist aber geradezu übel bestellt und es kann nicht fehlen, daß in kurzer Zeit eine starke Erhöhung der Armensteuer zur zwingenden Forderung wird (...) Diese und andere Gebrechen unseres gemeinen Wesens wollen wir im Laufe des nächsten Sommers offen darlegen.“*⁷⁹¹ Aus diesem Grund ließ er sich im Herbst 1848 in den Armenpflegschaftsrat wählen. Kurz darauf nahmen ihn aber seine politischen Verpflichtungen (Vorsitz des Volksvereins, Landtagsmandat) so sehr in Anspruch, dass für dieses wichtige Vorhaben kaum mehr Zeit blieb. Nach dem Ende der Revolution wurde er auf Druck der Regierung von allen städtischen Ämtern enthoben, so dass dieses wichtige Reformprojekt über Ankündigungen nicht hinauskam.

In Kaufbeuren, Augsburg und Kempten spielten sich offenbar vergleichbare Vorgänge ab. Die Krise der Jahre 1846/47 hatte die Schwierigkeiten der Lebensbewältigung für große Teile der städtischen Bevölkerung in das Zentrum des allgemeinen Bewusstseins zurückgeholt. Die Reformvorschläge, die aus diesen Erfahrungen hervorgingen, wurden in Volksversammlungen oder über die lokale Presse mit großem Nachdruck der Öffentlichkeit präsentiert und von den städtischen Führungsgremien in der Regel auch bereitwillig aufgenommen. Ob diese Bereitschaft auf Einsicht beruhte oder dem Wunsch zu verdanken war, politisch zu überleben, ist für das Ergebnis unerheblich. Der politische Druck der ersten Revolutionsmonate war offensichtlich so groß, dass er auf lokaler Ebene eine Phase der Reformen oder zumindest deutlich erkennbarer Bemühungen um Reformen bewirkte.

Entfaltung des Vereinswesens:

Von der Weiterbildung zur Interessensvertretung

Eine Anfrage der Regierung bezüglich der Arbeitsverhältnisse und der wirtschaftlichen Gesamtsituation veranlasste den Augsburger Magistrat in seiner Sitzung vom 13. Mai 1848 zu einer Art Zusammenschau seiner bisherigen Aktivitäten. Gespräche mit der Weberinnung hatten bereits zu finanziellen Unterstützungsmaßnahmen geführt, Schlichtungsverhandlungen zwischen den protestierenden Maurer- und Schuhmacher-gesellen und ihren Meistern standen bevor und für den Herbst war die Errichtung einer Arbeitsanstalt bereits beschlossene Sache. Darüber hinaus hielt man sich die aktive Unterstützung des neu gegründeten Gewerbevereins zugute.⁷⁹² Gerade diese Mischung unterschiedlichster Herangehensweisen an die Probleme des ökonomisch-gesellschaftlich-politischen Strukturwandels macht deutlich, wie sehr sich die Augsburger Stadtspitze unter den Bürgermeistern Forndran und Heinrich um Integration bemühte. Spiegelt sich in der Einrichtung der Arbeitsanstalt noch die traditionelle Vorstellung von Arbeitslosigkeit als moralischem Versagen, zeigt sich bei der finanziellen Unter-

⁷⁹¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 26.3.1848, S. 339f.

⁷⁹² StAA, Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats, Sitzung vom 13.5.1848, Tagersordnungspunkt 50.

stützung einzelner Branchen und der Vermittlung in Arbeitskämpfen das Bild einer obrigkeitlichen Fürsorgepflicht, so setzt die Unterstützung von ökonomischen Vereinen (Gewerbeverein, Arbeiterbildungsverein) auf wirtschaftliche Weiterentwicklung durch Selbstorganisation.

Zwischen den Gewerbevereinen des Jahres 1848 und den (polytechnischen) Industrievereinen der Vormärzzeit lagen in der Tat Welten. Das wird weniger an den Zielsetzungen - in beiden Fällen ging es pauschal um die Förderung von Industrie, Gewerbe und Handel - sondern eher an den tatsächlichen Vereinsaktivitäten und an der Zusammensetzung der Mitgliedschaft deutlich. So gehörten z.B. dem Kemptener „Industrieverein“ im Jahr seiner Gründung 1842 zwar auch eine Vielzahl von Handwerksmeistern und Kaufleuten an, den Vorstand bildeten aber ein Landgerichtsassessor und ein Gewerbelehrer.⁷⁹³ Ganz im Sinne aufgeklärten Nützlichkeitsdenkens wurde den Mitgliedern in sehr schulmeisterlicher Art Wissenswertes vermittelt, z.B. die Vorzüge des richtigen Holzspaltens. Anschaffung und Ausleihe von Fachzeitschriften, Hinweise auf interessante Artikel in der Lokalpresse, Vorträge zu physikalischen und chemischen Themen, Unterstützungsaufrufe für die Gewerbeschule bildeten das Gros der Vereinsaktivitäten, die aber zunehmend als praxisfremd und unzureichend empfunden wurden.⁷⁹⁴ Ähnlich wie bei der Gründung des Bürgervereins wandte man sich von einem obrigkeitlich gelenkten, nur auf individuelle Bildung abzielenden Vereinswesen ab und suchte nach zukunftsweisenden, am Kollektiv orientierten, selbstbestimmten Vereinsformen. Es ging mit Ausbruch der Revolution nicht mehr um technisch-wissenschaftlich ausgerichtete Weiterbildung, sondern um die Veränderung bzw. Verteidigung von Strukturen.

Bereits am 16. April 1848 wandten sich die Gewerbetreibenden Augsburgs mit einer Petition an den Landtag, in der eine Reihe weitgehender Forderungen erhoben wurde: Bildung einer Gewerbekammer und Einberufung eines Gewerbekongresses, Bildung eines Gewerbe-, Ackerbau- und Handelsministeriums, Revision der Zollgesetze in Richtung Schutzzoll, Neubestimmung der Stellung des Handwerks zu den Fabriken, Beiziehung von sachkundigen Vertretern des Handwerks, Einrichtung einer staatlichen Gewerbehilfskasse, Aufhebung der Verbrauchssteuern usw.⁷⁹⁵ Am 20. Mai wurde eine vergleichbare Petition auch von den Kaufbeurer Innungsvorständen nach München gesandt.

Forderungen dieser Art konnten nur innerhalb der neuen Vereinsform - der freien Assoziation - diskutiert, verabschiedet und mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden. Ebenso war die regionale, gegebenenfalls auch nationale Vernetzung eine unabdingbare Voraussetzung für Erfolge. Unter der Federführung Albrecht Volkharts entstand Ende Mai 1848 der Augsburger Gewerbeverein, der programmatisch genau das leisten wollte und sich dementsprechend zu einem Motor gewerblicher Interessenvertretung in ganz Bayerisch-Schwaben entwickelte.

Die Vorbereitungen zur Wahl der schwäbischen Delegierten für den gesamtdeutschen Gewerbekongress in Frankfurt stellten einen geeigneten Anlass dar, um den Augsbur-

⁷⁹³ StAKe, P 57, Den Industrieverein in Kempten betreffend 1842.

⁷⁹⁴ StAKe, Kemptener Wochenblatt, 12.2.1848, 19.2.1848, 13.5.1848.

⁷⁹⁵ StAA, Augsburger Tagblatt, 16.4.1848, S. 462.

ger Verein in der ganzen Region bekannt zu machen. Innungsvorstände in allen schwäbischen Städten und Märkten wurden am 1. Juli 1848 angeschrieben und zur Wahlversammlung nach Augsburg geladen. Gleichzeitig wurde in diesem Rundschreiben zur Bildung von Gewerbevereinen nach Augsburger Muster aufgerufen und die Zusendung der Statuten und der Geschäftsordnung angekündigt.⁷⁹⁶ Der Erfolg dieser flächendeckenden Aktion war offenbar recht unterschiedlich. In Kaufbeuren fiel der Vorstoß sofort auf fruchtbaren Boden. Man schickte Delegierte an den Lech und übernahm mit nur geringfügigen Veränderungen auch das Modell des Augsburger Gewerbevereins, obwohl ein eigener Gewerbe- und Industrieverein bereits seit drei Jahren existierte. Die Mindelheimer lehnten dagegen eine Teilnahme an der Augsburger Versammlung mit der Begründung ab, dass ein gesamtdeutscher Gewerbekongress ohne Nationalstaat wenig Sinn mache, man solle sich doch lieber auf die bayerische Ebene beschränken.⁷⁹⁷ Die Gründung eines eigenen Vereins unterblieb – zunächst jedenfalls. Nach heutigem Forschungsstand erfolgte im Laufe des Jahres 1848 im Gebiet des Kreises aber doch eine erhebliche Zahl von Vereinsgründungen: Augsburg, Kaufbeuren, Kempten, Lauingen, Lindau, Marktoberdorf, Memmingen, Mindelheim, Neuburg a.d. Donau, Nördlingen.⁷⁹⁸ Inwieweit der Augsburger Verein dabei jeweils Pate stand, ist in den meisten Fällen unklar, aber alles andere als unerheblich. Der Augsburger Gewerbeverein verstand sich nämlich als integraler Bestandteil, wenn nicht gar als die treibende Kraft der lokalen Revolutionsbewegung. Gleichzeitig förderte auch der bayerische Staat die Gründung von Gewerbevereinen, allerdings aus entgegengesetztem Interesse. Die Summen, die die Regierung zur Unterstützung Not leidender Handwerksmeister zur Verfügung stellte und die über die Vereine verteilt werden sollten, dienten vor allem der politischen Beruhigung dieser Bevölkerungsgruppe.⁷⁹⁹ Dementsprechend unpolitisch stellte man sich in München die Zielsetzung der Gewerbevereine vor. In einem Musterstatut wurde der angestrebte Vereinszweck wie folgt formuliert: „§1: Der Zweck des Gewerbevereins ist Industrie, Handel und Verkehr zu befördern, die Gewerbetreibenden in nützlichen Gewerbskenntnissen auszubilden und diejenigen seiner Mitglieder, welche selbständige Gewerbe treiben, mit Geldvorschüssen zu unterstützen.“ Im Augsburger Vorschlag wurde dagegen ausdrücklich betont, dass „bei Berathung der gewerblichen Zustände sociale und politische Fragen nicht umgangen werden können“ und diese deshalb „in dem Vereine ihre Berathung und Erledigung“ finden müssen.⁸⁰⁰ Entschied man sich in einer Stadt für die unpolitischere Fassung, musste das aber keineswegs heißen, dass der dortige Verein dem eher konservativen Lager zuzurechnen war. So glichen die Statuten des Kemptener Gewerbevereins zwar eher dem Regierungsentwurf, der Vorstand des Vereins war aber

⁷⁹⁶ StAMn, Beilagen zum Mindelheimer Wochenblatt 1848, Nr. 30, 31 und 32.

⁷⁹⁷ Ebda., Beilage Nr. 32.

⁷⁹⁸ Möller, F., Die bayerischen Gewerbevereine von 1848, in: Reininghaus, W., Stremmel, R. (Hg.), Handwerk, Bürgertum und Staat. Beiträge des zweiten Handwerksgehistorischen Kolloquiums auf Schloß Raesfeld, Dortmund 1997, S. 51.

⁷⁹⁹ Vgl.: Götschmann, D., Das bayerische Innenministerium 1825-1864. Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluß einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie, Göttingen 1993, S. 568ff.

⁸⁰⁰ StAKe, P 304, Der Gewerbeverein der Stadt Kempten 1848. Dieser Akt enthält beide von außen kommenden Vorschläge als Beilagen, wodurch die Konkurrenzsituation anschaulich belegt wird.

ausschließlich mit Mitgliedern des Volksvereins besetzt und tauchte geschlossen in der „schwarzen Liste“ des Jahres 1852 auf.

Praktische Hilfestellung für die Meister am Ort war überall der Kern der Vereinsaktivitäten. Dazu zählte man in Kempten neben der Vergabe von Krediten und der beruflichen Weiterbildung vor allem *„Ausmittlung und Beseitigung der den Gewerbestand hemmenden Ursachen, entschiedenes Auftreten gegen Gewerbspfuschereien und gütliche Ausgleichung von Gewerbestreitigkeiten.“*⁸⁰¹ Die Zielsetzung, die *„schwer empfundene, gedrückte Lage des (...) Gewerbestandes“* zu verbessern, wurde von den Vereinen aber weniger als Interessenpolitik einer gesellschaftlichen Gruppe unter vielen begriffen, sondern als zentrale gesellschaftliche Aufgabe angesehen.⁸⁰² Damit erwies sich der Übergang von einem Gewerbeverein zu einem politischen Verein als fließend. Der Augsburger wie der Kaufbeurer Gewerbeverein lud alle, *„welchen das Wohl des Volkes am Herzen liegt“*, zum Vereinseintritt ein.⁸⁰³ In der großen Adresse gegen die Einführung der Gewerbefreiheit vom September 1848 hatte Volkhart ganz ähnlich argumentiert. Dort war der gewerbetreibende Mittelstand, in Abgrenzung zu den Akademikern, den Beamten, den Geistlichen und Proletariern, zum eigentlichen *„Kern der Bevölkerung“* erklärt worden, *„seßhafter Bürger“* und *„Volk“* wurden als austauschbare Begriffe verwendet.⁸⁰⁴ Wenn einem als Leitbild nicht die individualisierte, völlig den Marktgesetzen unterworfenen Gesellschaft vorschwebte, sondern eine möglichst selbstverwaltete, am Gemeinwohl orientierte Kommune, dann war diese Schlussfolgerung nur konsequent, denn die Inhaber der Gewerbe stellten zu dieser Zeit in der Tat noch den Kern der Bürgerschaft in den Städten dar. Als gemeinsames Feindbild erschien *„die Herrschaft der Bureaukraten alten Schlages“*, konkret diejenigen Kräfte innerhalb der bayerischen Regierung, die seit 1825 die vorsichtige Liberalisierung der Gewerbeordnung betrieben. *„Die Gewerbe haben die Experimente der Bureaukratie nicht bloß gesehen, (...) sie haben deren Unheil gefühlt, und seit Jahrzehnten geduldig ertragen, sie haben besonders in Bayern seit 23 Jahren durch dieses heillose, aller praktischen Möglichkeiten baaere Umbertappen kleiner und großer Beamten und ihrer theoretisch aufgeblasenen Helfer und Helfershelfer furchtbar gelitten.“*⁸⁰⁵ Der Kampf gegen die Gewerbefreiheit war zwar *„sozial-restaurativ“*, sollte aber nicht zu einer Rückkehr des erstickenden Zunftwesens führen. Als erstrebenswert erschien ein Zustand, der *„ohne Vernichtung des Anderen“* dem Einzelnen die *„ungehinderte Anwendung seiner Kräfte“* ermöglichte, ein Zustand *„der freithätigen Entwicklung und autonomen Selbstverwaltung“* unter der Aufsicht und mit Unterstützung des Staates.⁸⁰⁶ Der Gemeindeverband, nicht die Innungen, sollte weiterhin über die Vergabe von GewerbeKonzessionen entscheiden dürfen.⁸⁰⁷ Da dieses Denken so offensichtlich auf die Städte zugeschnitten war, ist es nicht verwunderlich, dass es in fast allen größeren Kommunen Schwabens rasch zur Gründung von Gewerbevereinen kam, zumal ja eine Vielzahl von ihnen auch noch auf eine reichsstädtische Vergangenheit zurückblicken konnte. Es ist kein Zufall,

⁸⁰¹ Ebda., Statuten des Gewerbsvereins der Stadt Kempten vom 22. September 1848, § 9.

⁸⁰² StAMn, Beilage zu Nr. 31 des Mindelheimer Wochenblattes 1848.

⁸⁰³ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 576, § 1 der Statuten des Gewerbevereins.

⁸⁰⁴ DBA, Außenstelle Frankfurt, DB 51/124, Sammelpetition Nr. 3754.

⁸⁰⁵ Ebda.

⁸⁰⁶ Ebda.

⁸⁰⁷ Vgl.: Möller, Gewerbevereine, S. 55ff.

dass diese Form bürgerlich-genossenschaftlichen Denkens auch in den Märzforderungen besonders deutlich zum Ausdruck kommt: „Selbstverwaltung der Justiz durch Schwurgerichte, [Selbstverwaltung] des Militärs durch Volksbewaffnung, Gemeindereform, Öffentlichkeit und Mündlichkeit der Gerichtsverhandlungen.“⁸⁰⁸ Traditionelle Wirtschaftsvorstellungen und liberale politische Ziele mussten sich demnach nicht automatisch ausschließen, sie konnten in dieser spezifischen historischen Situation einander sogar bedingen.⁸⁰⁹

Dass die schwäbischen Gewerbevereine, allesamt unter der Leitung von Liberalen, sich nicht als sture Vertreter von Gruppeninteressen verstanden, sondern durchaus flexibel auf gesellschaftliche Lernprozesse vertrauten, wird nicht nur daran deutlich, dass sie - trotz Bedenken in Einzelpunkten - die Einführung der Grundrechte und der Reichsverfassung mittrugen, sondern auch daran, dass unter ihrem organisatorischen Dach unterschiedlichste Interessen integriert werden konnten.

Ein besonders konflikträchtiger Bereich war z.B. das Verhältnis von städtischem und ländlichem Handwerk. Die auf dem Gewerbekongress in Frankfurt entworfene Allgemeine Handwerks- und Gewerbeordnung, die am 15.8.1848 der Nationalversammlung übergeben wurde, sah über die Begrenzung der Anzahl der Landhandwerker eine Beschränkung des Handwerks auf die Städte vor. Die Handwerker und Gewerbetreibenden des Marktes Oberdorf riefen daraufhin empört zu energischen Gegenmaßnahmen auf. „Gegen solche Anmaßung sind wir genöthigt, friedlich zu protestieren. Wir Handwerker und Gewerbetreibende auf dem Lande haben unsere Befähigung zur Ausübung unserer Gewerbe auf den nämlichen Wegen erlangt, wie die Städter; wir zahlen verhältnismäßig die größere Steuer als die Städter, auch wir wünschen die Hebung der Gebrechen des deutschen Handwerker- und Gewerbebestandes; eine Verkümmernng unserer Rechte aber; zu Gunsten der Städter können wir nie und nimmer gedulden. (...) Der Städter Wille ist nicht des Volkes Wille, ist nicht unser Wille; die Pflicht der Selbsterhaltung fordert uns auf, gegen die Anmaßung der Städter uns zu schützen und bei der hohen Nationalversammlung die geeigneten Anträge zu stellen (...) Indem wir (...) diese Erklärung und Protestation (...) der Öffentlichkeit übergeben, fordern wir sämtliche Gewerbetreibenden auf dem Lande hiemit auf einmüthig gegen die böse Absicht der Städter zusammenzustehen.“⁸¹⁰ Was zunächst wie ein tiefer Graben aussah, konnte aber offenbar überbrückt werden, denn Anfang Februar 1849 schloss sich der Oberdorfer Gewerbeverein ganz offiziell dem Augsburger als Filialverein an. Der Hintergrund dieses Sinneswandels ist nicht bekannt, aber die Vorteile einer engeren Zusammenarbeit überwogen offenbar die Auseinandersetzungen in Einzelpunkten.⁸¹¹

In den Industriestädten stießen die gegensätzlichen Interessen von Fabrikanten und Handwerksmeistern hart aufeinander. Dass das Weberhandwerk seinen endgültigen Niedergang den Textilfabriken zuschrieb, muss nicht eigens betont werden, es gab die Konflikte auch auf weniger dramatischen Ebenen. Versuchten die eingessessenen Meister der Ansässigmachung neuer Handwerker sehr enge Grenzen zu ziehen (der Forderung nach Veröffentlichung der einschlägigen Gesuche lag mit Sicherheit diese Absicht

⁸⁰⁸ Ebda., S. 53.

⁸⁰⁹ So auch: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 290.

⁸¹⁰ StAKe, Kemptner Zeitung, 7.10.1848, S. 1195f.

⁸¹¹ StAA, Augsburgs Tagblatt, 1.2.1849, S. 156.

zugrunde), so wünschten sich die Unternehmer einen möglichst freien Zustrom von Arbeitskräften. Da diese Auseinandersetzung so häufig in den Leserbriefspalten der Augsburger Lokalzeitungen auftaucht, kann man davon ausgehen, dass von beiden Seiten ein regelrechter Kampf um das Meinungsklima in der Stadt geführt wurde.⁸¹² Wenn auch nicht in diesem speziellen Problem, so gelang den Liberalen - über den Weg des Vereinswesens - auch bei den unterschiedlichen Interessen von Handwerk und Industrie ein eindrucksvoller Interessenausgleich. Dem „Verein zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit“, der Anfang April 1848 in Augsburg gegründet wurde, gehörten zwar hauptsächlich Vertreter des Bildungs- und Besitzbürgertums an, aber mit dem Thema Schutzzoll wurde ein Feld besetzt, das die Interessen sowohl der Industriellen als auch der Handwerker berührte.⁸¹³ Die Unterschriftensammlung, die innerhalb einer nationalen Kampagne zum Jahresbeginn 1849 in Augsburg durchgeführt wurde, wurde mit 2609 Eintragungen zu einem beeindruckenden Erfolg der Schutzzollbefürworter.

Auch der Gewerbeverein klammerte Handwerker und Besitzbürgertum zusammen. So waren die Bankiers Carl Obermayer und Friedrich Schmid Schriftführer in einigen Sektionen und Augsburgs bedeutendster Industrieller dieser Zeit, Carl Forster, gehörte zumindest im Herbst 1849 sogar dem Vorstand des Gewerbevereins an. Beide Seiten hatten dafür ideologische Kompromisse in Kauf genommen. Die an Schutzzöllen interessierten Unternehmer pochten nicht mehr auf Gewerbefreiheit, dafür wurde die fabrikfeindliche Kritik der Gewerbevereine zurückgenommen. Gemeinsame Hoffnung war jetzt der wirtschaftliche Aufschwung „im Zusammenwirken von Fabrikindustrie und Handwerk im schutzzöllnerischen Nationalstaat.“⁸¹⁴ Den prägnantesten Ausdruck fand diese kompromissbereite Haltung in der kleinen Schrift *„Der Handwerkerstand, seine Wünsche und Hoffnungen“*. Der Autor, der Publizist und Vorsitzende des Arbeiterbildungsvereins, Ferdinand A. Oldenburg versuchte darin, die Handwerksmeister zu einer offenen, innovationsfreudigen Haltung zu motivieren. Die Gewerbefreiheit hielt er zwar langfristig für unvermeidlich, „zur Zeit“ aber „für unpassend.“ Skepsis gegenüber den Fabriken sei fehl am Platz, im Gegenteil, es sei sogar nötig, „noch mehr Fabriken bei uns anzulegen, statt sie zu verringern“. Dabei ließ er offen, wer davon profitieren solle, genossenschaftliche Modelle seien durchaus vorstellbar: „Vielleicht könnten die Meister zusammentreten und dies auf ihre Rechnung thun, um den Gewinn allein zu ernten.“⁸¹⁵ Zu erreichen sei der allgemeine Aufschwung aber nur in einer Ökonomie, „deren Zollschranken im Inneren gefallen und deren Schutzbarrieren nach außen dagegen erhöht sind“.⁸¹⁶

Möglicherweise lässt sich auch das friedliche Nebeneinander von Industrie und Handwerk in Kaufbeuren durch eine ähnlich stillschweigende Übereinkunft erklären. Die Kaufbeurer Innungsvorstände hatten in ihrer Gewerbepetition vom 20. Mai völlig auf industriekritische Forderungen verzichtet und die Kaufbeurer Petition für Schutzzölle, entworfen von den Direktoren der Mechanischen Spinnerei und Weberei, wurde am 22. 7.

⁸¹² Ebda., Augsburger Tagblatt, 5.7.1847, 2.12.1847, 5.3.1848; Augsburger Anzeigblatt, 24.3.1848, 15.4.1848.

⁸¹³ Hierzu grundlegend: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 295ff.

⁸¹⁴ Möller, Gewerbevereine, S. 57.

⁸¹⁵ Oldenburg, F. A., *Der Handwerkerstand, seine Wünsche und Hoffnungen*, Augsburg 1848, S. 4.

⁸¹⁶ Ebda., S. 5.

vom Gewerbeverein mit unterzeichnet, bevor sie der Nationalversammlung übergeben wurde.⁸¹⁷ Dafür unterschrieb der Textilgroßhändler und Landtagsabgeordnete Johann Ulrich Schäfer, einer der Mitbegründer der Kaufbeurer Spinnerei, am 18. 9. 1848 die Petition gegen die Einführung von Gewerbefreiheit. Denkbar ist auch, dass die Handwebstühle, die in der Fabrik eingerichtet worden waren, nicht von den dortigen Arbeitern, sondern von ansässigen Webern betrieben wurden, es also zu einem ganz praktischen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von Handwerk und Industrie gekommen war.

Die deutlichste Konfliktlinie verlief jedoch zwischen Handwerksmeistern und Gesellen. Diese Tatsache wurde allerdings von den Meistern, deren Wahrnehmung ganz von einer patriarchalischen Vorstellungswelt gesteuert war, rundweg bestritten. „*Wir bekennen uns allerdings zu dem Grundsatz, daß die Gesellen in gewerblicher Beziehung im Stande der Unterordnung seyn müssen, (...) wir haben aber auch Sorge getragen, daß, haben sie sich Kenntnisse und Charakter erworben, sie beide selbstthätig anwenden können; – sind sie ja doch unsere Kinder, wie sollte es uns in den Sinn kommen, sie zu vernachlässigen!*“⁸¹⁸ Geflissentlich übersehen wurde bei dieser von Volkhart vorgetragenen Argumentation, dass die Gesellenexistenz kein Übergangstatus mehr war, dass die Erlangung einer Meisterstelle unter den gegebenen Bedingungen für die meisten Gesellen außerhalb der Realität lag. Gewerbefreiheit war deshalb nicht nur für Unternehmer und Arbeiter, sondern auch für die Gesellen eine attraktive Vorstellung. Je stärker die Handwerksmeister die Gewerbefreiheit bekämpften, desto mehr mussten sich Gesellen und Arbeiter in ihren Zukunftschancen beeinträchtigt sehen. Da die Gewerbevereine in der Regel für Gesellen nicht offen standen, in Augsburg waren entsprechende Anträge Anfang Juni 1848 abgelehnt worden, lag es nahe, dass man daran ging, die Gründung eigener Organisationen voranzutreiben.⁸¹⁹ Es war aber nicht nur die Mobilmachung gegen die einseitige Reduzierung der Gewerbsinteressen auf die Interessen der Meister,⁸²⁰ es war nicht nur die Abschottung des Gewerbevereins gegenüber abhängig Beschäftigten gewesen, die am 3.9.1848 zur Gründung des Augsburger Gesellenvereins führte, sondern die Wurzeln lagen auch hier schon in den materiellen Notlagen der Krisenjahre 1846/47. Bereits im Juni 1847 war der Aufbau eines Unterstützung- und Bildungsvereins für Gesellen in der Lokalpresse angeregt worden.⁸²¹ Es bedurfte aber erst der Revolutionsergebnisse, die die Einschränkungen des Vereinsrechtes hinwegfegten und der energischen Initiative zweier wohlhabender Besitzbürger, die die Vereinsgründung dann Wirklichkeit werden ließ. Der Advokat Ferdinand von Kerstorf, einer der Großaktionäre der Augsburger Industrie, versuchte wohl durch die Bündelung industrieller und Arbeiterinteressen, ein Gegengewicht zu industiekritischen Positionen innerhalb der Handwerkerbewegung zu organisieren. Gleichzeitig verschaffte man der Schutzzollbewegung, deren rührigster Vertreter Kerstorf war, eine Massenbasis. Dass der Chemieunternehmer Emil Breisach zum ersten Vorsitzenden des Augsburger Arbeiterbildungsvereins – diesen Namen hatte der

⁸¹⁷ Breuning, Chronik des Gewerbevereins, S. 48.

⁸¹⁸ DBA, Außenstelle Frankfurt, DB 51/124, Sammelpetition Nr. 3754.

⁸¹⁹ StAA, Augsburger Tagblatt, 31.7.1848, S. 989.

⁸²⁰ Vgl. auch: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 292f.

⁸²¹ StAA, Augsburger Tagblatt, 28.6.1847, S. 752.

Verein mittlerweile angenommen - gewählt wurde, zeigt nicht nur die Verankerung der ersten Arbeiterorganisationen in der bürgerlichen Welt, sondern wohl auch deren Abhängigkeit von kapitalkräftigen Gönnern, ohne deren Hilfe die Unterstützungs- und Bildungsangebote kaum zu finanzieren gewesen wären.

Auch für den Kemptener „Bildungs-Verein für Arbeiter“ war, solange die Mehrheit der Gesellen und Arbeiter noch nicht organisiert war, die Finanzierung allein über die geringen Mitgliedsbeiträge (3 kr pro Woche) nicht gesichert. In einer Zeitungsannonce wandte sich der Vorstand deshalb an den „bekannten unermüdlichen Wohlthätigkeitssinn“ der Einwohnerschaft und die Spendenbereitschaft der „höchsten Klassen“, um den Aufbau einer eigenen Bibliothek zu ermöglichen.⁸²² Weit entfernt von revolutionärem Klassenbewusstsein wollte man anerkannter Teil der bürgerlichen Gesellschaft werden. In strikter Abgrenzung zum Milieu der vagabundierenden, bettelnden Wandergesellen sollte durch solidarische Hilfe eine würdevolle, auf dem Selbstwertgefühl des Arbeitenden beruhende Lebensführung organisiert werden. „Arbeiter, werft euren Werth nicht von euch, tretet zusammen, um das entehrende Betteln unter den Arbeitern auszurotten (...) Diese Müßiggänger sind allein Schuld, daß die Würde des Arbeiters bisher verkannt wurde (...) Euer Ansehen, eure Achtung wird steigen, man wird in euch eigentlich nur das sehen, was ihr seid und sein sollt: Der Kern des Volkes, die Wurzel des Staates, denn aus eurer Mitte kommt der Vaterlandsvertheidiger oder Bürger, der Künstler, der Wähler, der Gewählte, der Localbeamte ec.“⁸²³ Aufgabe der Vereinsmitglieder war es deshalb nicht nur, sich gegenseitig „gegen alle Bedrückungen zu schützen und in Noth zu unterstützen“, sondern man strebte die Ausbildung der Mitglieder in „politischer, socialer und wissenschaftlicher Beziehung, durch Anschaffung von Büchern, Zeitungen, Flugschriften und durch wissenschaftliche Vorträge und Besprechungen“ an.⁸²⁴ Die Ausrichtung an bürgerlichen Standards wird darüber hinaus durch die Erteilung von Elementarunterricht, die obligatorische Einrichtung eines Arbeiter-Gesangsvereins und durch die Forderung nach ehrenhafter Lebensführung deutlich.

Nur, die Gesellschaft, in der man seinen Platz eingeräumt haben wollte, konnte nicht die alte vorrevolutionäre sein. Nicht umsonst verwies der Aufruf an die Arbeiter Kemptens darauf, dass man sich auch als politisch tätiger Bürger akzeptiert wissen wollte. Das bedeutete in der Konsequenz ein Eintreten für Parlamentarismus und gleiches Wahlrecht. In allen drei Untersuchungsstädten waren die Arbeiterbildungsvereine Teil der liberalen Bewegung. Gerade dass der Kemptener Verein nach der Niederlage der Revolution sich über die Presse als weitgehend unpolitischer Verein darzu-



Zeitungskopf der „Arbeiterverbrüderung“: Der solidarische Handschlag wird später zu einem wichtigen Symbol der Arbeiterbewegung.

⁸²² StAKE, Kemptner Zeitung, 27.11.1849, S. 1340.

⁸²³ Ebda., 31.10.1849, S. 1232.

⁸²⁴ StAKE, P 42, Arbeiter Bildungs- und Unterstützungsverein, Statuten, § 2.

stellen suchte, spricht für seine engagierte Beteiligung an den revolutionären Ereignissen. Die schwarz-rot-goldene Vereinsfahne mit dem Emblem der „Arbeiterverbrüderung“ deutet ebenfalls darauf hin, dass die Vereine alles andere als unpolitische Unterstützungskassen waren. Die Tatsache, dass sowohl der Augsburger „Deutscher Verein“ wie der Kemptener Volksverein ihr Vermögen nach der Auflösung der politischen Vereine den örtlichen Arbeiterbildungsvereinen übergaben, belegt gleichfalls deren politische Nähe. Die Revolution war verloren, aber einem Teil der Arbeiter und Gesellen war „der Durchbruch zu einem neuen sozialen Selbstbewusstsein“ gelungen.⁸²⁵ Sie nannten sich selbstbewusst Arbeiter und fühlten sich als Teil der Arbeiterklasse: „*Brüder! fragt nicht, wann wird es in's Leben treten? es besteht bereits, nicht allein hier, sondern in ganz Deutschland und mit auswärtigen Staaten sind bereits Schritte zum Anschluß geschehen.*“⁸²⁶ Die schwäbischen Vereine in Augsburg, Kempten und Memmingen waren Teil der von Stephan Born 1848 gegründeten „Arbeiterverbrüderung“ und nach dem Bezirkskongress der bayerischen Zweigvereine am 13. 11. 1849 in Augsburg arbeitete man weiter an der organisatorischen Ausdehnung. Kempten war zu einem selbständigen Bezirksverein erklärt worden, von wo aus man Kontakte zu den Memmingern hielt. So traf man sich, von der Obrigkeit streng überwacht und reglementiert, am 2. 6. 1850 in Eichholz bei Grönenbach. Die Spitzel erfuhren auch, dass der Kemptener Vorsitzende, der Schreiner Joseph Heller, nach Kaufbeuren geschickt wurde, um dort ebenfalls einen Zweigverein ins Leben zu rufen.⁸²⁷ Das Verbot der „Arbeiterverbrüderung“ im Jahr 1850 bereitete aber allen Organisationsbemühungen ein rasches Ende.

Zusammenfassung

Als auf dem Fastnachtsfest der Kaufbeurer Liberalen in einer Einlage die Frage gestellt wurde, was für das Glück des Volkes in dieser bewegten Zeit besonders nötig sei, erschien auf drehbaren Buchstabenschildern die plakative Losung: „Einheit“. Allerdings glich diese scheinbar eindeutige Antwort dem antiken Orakel von Delphi, ließ sie doch mehrere sinnvolle Interpretationen zu. Zunächst könnte man meinen, es sei um die nationale Einheit gegangen. Immerhin waren von der Paulskirche die Grundrechte bereits verabschiedet worden, trat die Bildung eines deutschen Nationalstaates in ein sehr konkretes Stadium. Genauso gut könnte der Begriff „Einheit“ aber auch den Zusammenhalt der bürgerlichen Bewegung beschworen haben. In vielen Orten hatten sich schon konkurrierende Parteien herausgebildet bzw. stand dieser Differenzierungsprozess kurz bevor. Für diese zweite Deutung spricht, dass der Kaufbeurer Andreas Schropp, der diese Szene mit dem Zeichenstift festgehalten hatte, in einer zweiten Bildfassung das Wort „Einheit“ durch „Harmonie“ ersetzte. So viel sollte aber bisher deutlich geworden sein: „Harmonie“ war während der Revolutionsmonate eines der meistbenutzten Schlagworte in den drei schwäbischen Städten. Auf den ersten Blick erscheint die revolutionäre Karriere dieses friedlichen Begriffs paradox, genauer betrachtet, erweisen sich die damit verbundenen Inhalte als nachvollziehbares Konzept.

⁸²⁵ Grebing, H., Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1979, S. 45.

⁸²⁶ StAKe, Kemptner Zeitung, 31.10.1849, S. 1232.

⁸²⁷ STAA, Regierung, Nr. 6471, darin: Nr. 2021, 2034, 2194.

Kern dieser Vorstellung war das Ideal der „klassenlosen Bürgergesellschaft“. Diese Ordnung sollte alle politikfähigen, d.h. selbständigen Männer harmonisch vereinigen und ihnen eine ihrem sozialen und ökonomischen Gewicht angemessene politische Mitwirkung garantieren. Als Gegner wurden die bisherigen Träger traditioneller Herrschaft (Adel, Geistlichkeit, Beamte) angesehen, die sich nicht am Allgemeinwohl orientiert, sondern mittels ihrer Privilegien egoistische Sonderinteressen verfolgt hätten. Ebenso erfolgte eine Abgrenzung nach unten. Allen Nichtselbständigen wurde die Politikfähigkeit bestritten, aber immerhin die Chance eingeräumt, durch individuelle Anstrengung in den Kreis der Bürger aufsteigen zu können. Praktisch schottete man sich gegenüber den unterbürgerlichen Schichten ab, theoretisch behielt das System aber eine gewisse Offenheit. Die umstandslose Gleichsetzung von „Volk“ mit der Masse der Selbständigen, wie sie für die Vorstellungswelt der liberalen Gewerbevereine charakteristisch war, ist bezeichnend für diese Haltung. Auch die Arbeiterbildungsvereine bewegten sich in diesen gedanklichen Bahnen. Das Kriterium Selbständigkeit wurde zwar ausgeweitet auf all diejenigen, die sich durch Arbeit ernährten, Ziel war aber nie die revolutionäre Sprengung des Systems, sondern die Teilhabe an der bürgerlichen Gesellschaft.

Konkrete Bezugsgröße dieser „klassenlosen Bürgergesellschaft“ war zunächst die eigene Kommune, da Selbständigkeit und Bürgerrecht auf das engste miteinander verknüpft waren.⁸²⁸ Ansässigmachung, Gewerbe Konzession, Möglichkeit der Eheschließung, Unterstützung in Krisenzeiten und Teilhabe an kommunalpolitischen Entscheidungen, all das hing mit dem Bürgerrecht zusammen. Elementarste Lebensentscheidungen lagen somit in den Händen der Gemeinden. Der Versuch des Staates, im Zuge der Montgelas-Reformen die Gemeinden vollständig zu entmachten, hatte sich als nicht gangbar erwiesen, so dass das Gemeindeedikt von 1818 die kommunale Selbstverwaltung in Teilen wiederherstellte. So war der 10.1.1818 nicht nur für den Kaufbeurer Chronisten Emanuel Christa, sondern „für jeden Vaterlandsfreund ein Tag der Freude und froher Hoffnungen“, obwohl die bei genauerem Hinsehen erlangte Einsicht, „daß alle, dem Magistrat zugewiesenen Gegenstände unter der Aufsicht und Leitung des königl[ichen] Landgerichts stehen sollen, (...) unangenehm berührt“ hat.⁸²⁹ Weil beim bisherigen „beschränkten Wirkungskreise“ der städtischen Behörde, „der an Nullität gränzte“, jede Initiative erstickt worden war, wurde der neue, wenn auch noch unvollkommene Zustand als „anbrechende Morgenröthe der Volksfreiheit“ hoffnungsvoll begrüßt.⁸³⁰ Jetzt entstand in der Stadt rasch ein Klima, das die Selbstorganisation der Bürger in einem sich entfaltenden Vereinswesen ermöglichte. Neben der „Harmonie“, dem Verein der städtischen Elite, der schon seit 1804 existierte, entstanden in den Zwanziger- und Dreißigerjahren Vereine, die einen großen Teil der Bürgerschaft miteinander verknüpften. Das Gemeindeedikt rekonstruierte für die Bürger der ehemaligen Reichsstädte allerdings nur Verhältnisse, die für sie jahrhundertlang selbstverständlich waren. Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass hier politische Ordnungsvorstellungen überdauern konnten, die in erster Linie auf die autonome Gestaltung der lokalen Lebenswirklichkeit ausgerichtet waren. Peter Blicke hat dafür den Begriff Kommunalismus entwickelt, den er aber aus-

⁸²⁸ Für Augsburg grundlegend: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 210-232.

⁸²⁹ Christa-Chronik, S. 80.

⁸³⁰ Ebda., S. 79.

drücklich nur auf eine vormoderne, ständisch geprägte Gesellschaft angewandt wissen möchte.⁸³¹ Der Absolutismus und die Idee der Volkssouveränität hätten, so seine Argumentation, kommunalistischen Vorstellungen in immer größerem Ausmaß den Boden entzogen und Gemeinden zu „Vorzimmern der landesfürstlichen Amtsstuben herabgemindert“.⁸³²

Grundsätzlich gesehen ist es sicher richtig, dass die auf Vereinheitlichung abzielenden Bemühungen des Absolutismus und verkrustete Patrizieroligarchien in den Städten genossenschaftliche Modelle bis zur Unkenntlichkeit entstellt haben, es bleibt trotzdem auffallend, wie sehr das Selbstverständnis des Stadtbürgertums im Vormärz und während der Revolution gerade wieder diesen Geist atmete. Deshalb ist der Begriff Spätkommunalismus, wie ihn Möller in seiner Augsbургstudie verwendet, den Vorgängen durchaus angemessen.⁸³³ Auch wenn die finanziellen Spielräume der Städte relativ gering waren und die Stadtkommissariate als staatliche Kontrollorgane zusätzliche Grenzen setzten, konnten die Kommunen wesentliche Angelegenheiten selbst regeln. Die städtische Obrigkeit (Bürgermeister und Gemeindegkollegien) war durch Wahlen mit den Bürgern eng verbunden, die darüber hinaus auf der unteren Verwaltungsebene (in Gestalt der Distriktvorsteher) und in Ehrenämtern (Armenpflegschaftsräte) zusätzliche Aufgaben der Selbstverwaltung wahrnahmen. Wurde in der Frühen Neuzeit die Idee der Gemeindeautonomie vom „gemeinen Mann“ getragen, so waren es im frühen 19. Jahrhundert die liberal gesinnten, selbständigen Haushaltsvorstände, die im „Gehäuse der Gemeinde“ ihren primären politischen Lebensraum sahen.⁸³⁴ In der Adresse der Kemptener Bürger vom 8. März 1848 wurde die Zusammengehörigkeit von Haus, Gemeinde und Staat als Selbstverständlichkeit empfunden, deshalb konnten die Märzforderungen umstandslos als „*Lebensadern unseres öffentlichen und Familienwobles*“ und „*Seele der Nationaleinheit*“ bezeichnet werden.⁸³⁵ In Szene gesetzt wurde das bürgerliche Selbstbewusstsein in den farbenprächtigen Paraden der Landwehr. Das Bürgermilitär befriedigte nicht so sehr eine angebliche Lust am Soldatenspiel, sondern war Spiegelbild der städtischen Sozialordnung und Repräsentation dieses Konzeptes bürgerlicher Herrschaft. Geriet die bürgerliche Eintracht, aus welchen Gründen auch immer, aus den Fugen, dann musste die „Harmonie“ wiederhergestellt werden. Signalisierten im Frühjahr 1848 gewalttätige Unruhen, Gerüchte, Klagen in den Leserbriefspalten der Lokalblätter zunehmende innerstädtische Spannungen, waren es bezeichnenderweise Versammlungen der Bürgerschaft, in denen versucht wurde, lokale Reformen einzufordern. Die Magistrate bemühten sich erkennbar darum, den Forderungen so gut es ging nachzukommen oder ihre Vermittlung anzubieten, um den innerstädtischen „common

⁸³¹ Frühere Überlegungen zusammenfassend: Blickle, P., Kommunalismus-Begriffsbildung in heuristischer Absicht, in: Ders. (Hg.), Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich, München 1991, S. 5-38.

⁸³² Ebda., S. 26.

⁸³³ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 227.

⁸³⁴ Blickle, Kommunalismus-Begriffsbildung, S. 12ff.

⁸³⁵ StAKf, Beilagen zur Christa-Chronik, Nr. 547, S. 10.

sense“ neu auszutarieren.⁸³⁶ Wenn der Eindruck aufgrund der Quellenlage nicht täuscht, dann beschäftigte die Menschen in den drei Untersuchungsstädten vor allem die Beseitigung lokaler Missstände. Probleme, die außerhalb des eigenen überschaubaren Bereichs lagen, spielten demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Das bedeutete aber nicht, dass man nicht in der Lage war, über den Tellerrand der eigenen Kommune hinauszublicken. Ganz im Gegenteil: Nicht die Nation sollte die Kommunen in ihrer Bedeutung zurückdrängen, sondern funktionierende Kommunen sollten Modell für die Nation sein. Nicht umsonst kam der bedeutendste Theoretiker des Frühliberalismus, Karl von Rotteck, aus dem Südwesten Deutschlands, der Region mit ausgeprägter kommunalistischer Tradition. Die Gemeinde sei, so Rotteck, der Geburtsort der Demokratie und ihre reale Gegenwart.⁸³⁷ Sie auszubauen, war auch das Ziel von Waibels Vorschlag zur Reform der Gemeindewahl in Kempten. Seine Forderung nach einem großen Bürgerausschuss lehnte sich deutlich an die Gemeindeordnung Badens und Württembergs an, wo solche Einrichtungen wesentlich zum Selbstbewusstsein der Gemeinden beitrugen.⁸³⁸ Entwickelte Waibel seine Vorschläge für die Stadt, so wandte sich die Broschüre *„Rechts und links“* vornehmlich an die Landbevölkerung. Die Revision der Gemeindeordnung *„unter zu Grundlegung des Prinzips der Selbstverwaltung des Volkes“* wurde in leicht fasslichem Ton angemahnt: *„Jetzt sind wir auf dem rechten Punkt. (...) Wohl hat jede Gemeinde das Recht gehabt, ihren Vorsteher, ihren Stiftungspfleger, ihren Gemeindepfleger selbst zu wählen, das heißt, sie hat sagen dürfen, den möchten wir zum Vorsteher und den zum Stiftungspfleger haben. Dann aber ist die Sache zum Landgericht und vom Landgericht zu der Regierung gekommen, und die hat gar oft gesagt, der Stiftungspfleger ist recht, aber einen anderen Vorsteher müsset ihr wählen. Und hat man gefragt warum? So hat man es einem noch verübelt.“*⁸³⁹ Die Selbstverwaltung zu stärken, verlangte auch Marquard Barth in seinem Kaufbeurer Wahlprogramm: *„Den Gemeinden werde Freiheit in ihrer inneren Entwicklung und Entfesselung von der ins Kleinliche gehenden Curatelherrschaft; der Staat lege ihnen nicht fürderhin Leistungen auf, die nicht Gemeinde-, sondern Staatszwecke betreffen.“*⁸⁴⁰ Das Verhältnis von Gemeindebürgerrecht und Staatsbürgerrecht gehörte zu den großen Themen der Paulskirchendebatten. Paragraph 184 der Reichsverfassung sah als zentrale Voraussetzung der Freiheit die Selbstverwaltung der Gemeinde vor. Der Stellenwert dieser Vorstellung wird durch nichts deutlicher als durch die Einstufung als Grundrecht. Die in der süddeutschen Öffentlichkeit so heftig bekämpften Bestimmungen zur freien Wahl des Wohnsitzes und zur Einführung der Gewerbefreiheit ließen sich zwar nicht mit der traditionellen Bürgerrechtsvergabe vereinbaren, waren aber nicht als Beschränkung kommunaler Rechte gedacht. Was der Gemeinde hier verloren ging, sollte durch ihre „neue Rolle als aktiver Förderer des Associationswesens, der betriebs- und verteilungsgenossenschaftlichen Zusammenschlüsse der Arbeiter und

⁸³⁶ Hierzu: Kaschuba, W., Kommunalismus als sozialer „Common sense“. Zur Konzeption von Lebenswelt und Alltagskultur im neuzeitlichen Gemeindegedanken, in: Blickle, P. (Hg.), *Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich*, München 1991, S. 65-91.

⁸³⁷ Zitiert nach: Koch, R., *Staat oder Gemeinde? Zu einem politischen Zielkonflikt in der bürgerlichen Bewegung des 19. Jahrhunderts*, in: HZ 236 (1983), S. 87.

⁸³⁸ Vgl.: Nolte, *Gemeindeliberalismus*, S. 70f.

⁸³⁹ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 588/1, S. 9.

⁸⁴⁰ StAKf, Beilage zur Christa-Chronik, Nr. 550.

des Handwerks“ mehr als ausgeglichen werden.⁸⁴¹ Wenn sich also, wie in Augsburg, die Stadtspitze intensiv um den Gewerbeverein und den Arbeiterbildungsverein kümmerte, an ihren Besprechungen lebhaften Anteil nahm, so geschah das nicht nur zur Vorbeugung gegen unliebsame Aktionen, sondern war Ausdruck des Wunsches, den Interessenausgleich innerhalb der Stadt führend mitzuorganisieren, ihren Beitrag zur „Einheit“ zu leisten.

Parteien als Notlösung: Politische Vereine

Entstehung und Mitgliederstruktur

Gemessen am Grad der Politisierung, der in den Jahren des Vormärz in den drei Untersuchungsstädten bereits erreicht war, erscheint die relativ späte Gründung der politischen Vereine als erklärungsbedürftiges Phänomen. Die Existenz liberaler Milieus, die problemlose Durchführung der Wahl zur Nationalversammlung innerhalb kürzester Zeit würden eigentlich eine deutlich raschere Herausbildung von politischen Organisationen erwarten lassen. In Kempten kam es aber erst im Herbst, in Augsburg zum Jahresende 1848 und in Kaufbeuren im Frühjahr 1849 zu entsprechenden Vereinsgründungen. Eine Darstellung und Würdigung der jeweiligen Programme ist an dieser Stelle nicht notwendig, nicht nur weil die vorhandene Literatur dies bereits leistet,⁸⁴² sondern weil die Programmatik in der lokalen Realität eine absolut untergeordnete Rolle spielte. Waren sich z.B. die Zielsetzungen des „Konstitutionellen Vereins“ und des „Volksvereins“ in Kempten auf dem Papier zum Verwechseln ähnlich, so unterschieden sich die Vereine aufgrund ihrer Führungspersönlichkeiten deutlich voneinander. Die Personen, nicht die Programme gaben die tatsächlichen Alternativen vor. Um diese lokalen Konstellationen richtig deuten zu können, ist eine detaillierte Darstellung der Vereinsentstehung hilfreicher als scharfsinnige ideologische Unterscheidungsversuche. Das gilt nicht nur für die Trennung zwischen Befürwortern und Gegnern der Revolution, sondern auch für die Differenzierungen innerhalb des revolutionären Lagers. Der Wendepunkt der Kemptener Revolutionsereignisse war eindeutig die Auseinandersetzung um das Abstimmungsverhalten J. B. Haggenmüllers bei der Wahl des Reichsverwesers am 29. Juni 1848. Zwar hatte es im Zusammenhang mit der Paulskirchenwahl schon eine Anregung zur Gründung eines politischen Vereins gegeben, diese Idee war aber nicht ernsthaft weiterverfolgt worden.⁸⁴³ Es hatte sich lediglich eine Gruppe herausgebildet, die den Wahlkampf für Haggenmüller organisierte und die sich ab Ende Mai 1848 einmal pro Woche in der „Stadt Hamburg“ traf, um unter der Führung von Waibel öffentlich über „*allgemeine und namentlich städtische Angelegenheiten*“ zu diskutieren.⁸⁴⁴ Diese lockere, informelle Form der politischen Organisation wurde offenbar als ausreichend betrachtet, wie Waibel drei Monate später betonte: „*Unsere Montags-*

⁸⁴¹ Koch, Staat oder Gemeinde?, S. 90.

⁸⁴² Für Kempten: Bachmann, Volksbewegung, S. 71-76; Nickel, Revolution, S. 91-94; für Augsburg: Nickel, Revolution, S. 135f, 142f, 151-164; grundsätzlich: Langewiesche, D., Republik, Konstitutionelle Monarchie und „Soziale Frage“, in: HZ 230 (1980), S. 529-548.

⁸⁴³ StAKe, Kemptner Zeitung, 19.4.1848.

⁸⁴⁴ Ebda., 10.5.1848, S. 520 und 22.5.1848, S. 568.

*versammlungen auf der Hamburg waren bisher völlig zwanglos; es gab weder Statuten noch Ausschuß, kurz kein anderes Band, als die Gleichheit der politischen Gesinnung. Ich hätte gewünscht, es könnte auch künftig so bleiben.“*⁸⁴⁵

Dass es nicht so blieb, dafür sorgte die öffentliche Diskussion um J. B. Haggenmüller. Die Tatsache, dass der Kemptener Abgeordnete nicht mit der überwältigenden Mehrheit des Parlaments für Erzherzog Johann, sondern für den Doyen der badischen Liberalen und Mitglied der parlamentarischen Linken, Adam v. Itzstein, gestimmt hatte, führte zu erheblichen Verwerfungen im Kemptener Wahlkreis. So entwarfen die Wahlmänner Obergünzburgs eine Adresse an das Frankfurter Parlament, in der sie sich vom Abstimmungsverhalten Haggenmüllers ausdrücklich distanzieren, da es sich *„weder mit unserer politischen Gesinnung noch mit seinen vor der Wahl ausgesprochenen Grundsätzen der constitutionellen Monarchie in Übereinstimmung“* befinde.⁸⁴⁶

Der Kemptener Magistrat und eine Mehrheit der Kemptener Wahlmänner teilten wohl diese Einschätzung, zögerten aber, die Adresse zu unterstützen, da das einem Misstrauensvotum dem eigenen Abgeordneten gegenüber gleichgekommen wäre. Waibel bestritt sofort die Zuständigkeit dieser Gremien in dieser Frage und drängte auf eine Versammlung der Urwähler Kemptens, zudem sollte Haggenmüller die Möglichkeit einer Stellungnahme gegeben werden. Noch am



*Johann Baptist Haggenmüller:
Ungewollt trieb sein Abstimmungsverhalten in der Paulskirche die Parteienbildung im Kemptener Wahlkreis voran.*

selben Abend versuchte die Gruppe um Bürgermeister Karrer, hinter dem Rücken Waibels, doch noch eine Ergebnissadresse an Erzherzog Johann durchzusetzen, was zu erregten Auftritten auf beiden Seiten führte. Am nächsten Tag mussten sich Dr. Karrer und der Magistratsrat Geneve in einer großen Volksversammlung für ihr Vorgehen rechtfertigen, wobei sie nur mühsam ihr Gesicht wahren konnten. Waibel vermutete hinter dem Verhalten seiner Gegner - es waren dieselben Leute, mit denen er schon seit Jahren Auseinandersetzungen führte - vor allem ängstlichen Opportunismus, denn bisher hätten *„die Lenker unserer städtischen Geschicke nicht das mindeste Interesse an der Reichsverweserwahl gezeigt, nicht die kleinste Feierlichkeit veranstaltet, nicht das armseligste dreifarbige Fähnchen ausgesteckt.“* Als drei Tage später Waibel und Schnetzer in einer erneuten Volksversammlung auch noch eine Adresse für Haggenmüller zu Wege brachten, in der sich 424 Urwähler ausdrücklich mit ihrem Abgeordneten solidarisierten, war die politische Kluft, die sich in Kempten aufgetan hatte, nicht mehr zu überbrücken. Für die Konservativen schien sich die Situation von 1832 zu wiederholen, in der Waibel aufgrund einer kritischen Adresse den Zorn des Monarchen auf Kempten gezogen hatte. Um den befürchteten Schaden möglichst zu begrenzen und um die politische Bewegung in der Stadt unter Kontrolle zu bekommen, schritt man jetzt zur Gründung einer politischen Organisation. Am 7. August erging unter der Ägide Bürgermeister

⁸⁴⁵ Ebda., 22.8.1848.

⁸⁴⁶ Zum Ablauf der gesamten Auseinandersetzung: Ebda., 21.7.1848, Beilage „Die Obergünzburger Adresse in Kempten“, S. 805.

Karrers die Einladung zur Gründung eines konstitutionellen Vereins.⁸⁴⁷ Dessen Programm war so allgemein liberal gehalten, dass auch Waibel, obwohl von Anfang an sehr skeptisch, nicht umhin konnte, die Vereinsgründung zu unterstützen. Als es allerdings offensichtlich wurde, dass der Vereinszweck darin bestand, das Ansehen Kempdens in München zu heben und Waibel politisch auzumanövrieren, zog dieser die Konsequenz und gründete am 22. August den „Volksverein“. Obwohl der „Konstitutionelle Verein“ zunächst etwa 300 Mitglieder gewinnen konnte, wurde er sehr schnell vom „Volksverein“ ins politische Abseits gedrängt. Triumphierend berichtete die „Kemptner Zeitung“ schon Anfang September, dass die Versammlungen des Volksvereins zwischen drei und vierhundert Teilnehmer hätten, während der konservative Verein gerade noch vierzig Aktive mobilisieren könne.⁸⁴⁸ Dementsprechend siegreich war der Volksverein auch bei den anstehenden Wahlen. Bei den Urwahlen für die Landtage Dezember 1848 und Juli 1849 setzten sich fast ausschließlich Kandidaten des Volksvereins durch.⁸⁴⁹ Der größte Erfolg stellte sich jedoch bei den Gemeindeersatzwahlen ein: Bürgermeister Dr. Karrer konnte durch den Volksvereinskandidaten Johann Schnitzer abgelöst werden. Die Liberalen erwiesen sich damit eindeutig als die politisch bestimmende Kraft Kempdens.

Leider lässt die Quellenlage nur sehr eingeschränkte Aussagen zur Sozialstruktur des Kemptener Volksvereins zu. Die Liste des vierundzwanzigköpfigen Vereinsvorstandes (Januar 1849) zeigt das zu erwartende Bild. Die Handwerksmeister (8) stellen zwar die größte Gruppe innerhalb des Vorstandes, sind aber im Vergleich zur Gesamtbedeutung dieser Berufsgruppe innerhalb der Bürgerschaft deutlich unterrepräsentiert. Überrepräsentiert sind dagegen Kaufleute (5), Gastwirte (3) und Ökonomen (4). Ein Lehrer,



Johann Martin Dannheimer: Der Verleger der „Kemptner Zeitung“, ein enger Mitstreiter Waibels

ein Eisenbahnbeamter, ein Flößereibesitzer und ein Fabrikant komplettieren die Liste.⁸⁵⁰ Gerade die aktivsten Vorstandsmitglieder, wie der Gutsbesitzer und Landtagsabgeordnete Schnetzer sowie Bürgermeister Schnitzer und der Druckereibesitzer Dannheimer gehörten mit Sicherheit zu den vermögendsten Bürgern der Stadt. Der Kemptener Volksverein kann deshalb nur sehr eingeschränkt als Sammelbecken des Kleinbürgertums betrachtet werden, wie es die ältere Literatur häufig nahe legt.⁸⁵¹ Mit einiger Vorsicht lassen sich vielleicht die 424 Urwähler (ein gutes Drittel der Wahlberechtigten), die sich mit Haggenmüller solidarisierten, als das potentielle Mitgliederreservoir des Volksvereins betrachten. Hier dominierten mit 75% eindeutig die Handwerker. Deutlich mehr als die Hälfte der Kemptener Handwerksmeister stellte sich hinter ihren

⁸⁴⁷ Ebda., 7.8.1848, S. 871.

⁸⁴⁸ Ebda., 8.9.1848, S. 1000. Auch der Stadtkommissär kam in seinem Bericht vom 12.6.1849 zu einer ähnlichen Einschätzung der Kräfteverhältnisse. (STAA, Regierung, Nr. 9723.)

⁸⁴⁹ Im Dezember 1848 stellte der Volksverein 11 von 12 Wahlmännern (StAKe, Kemptner Zeitung, 2.12.1848, S. 1339f.), im Juli 1849 15 von 17 Wahlmännern (ebda., 18.7.1849.)

⁸⁵⁰ Ebda., 24.1.1849, S. 99.

⁸⁵¹ Vgl.: Nickel, Revolution, S. 75, 154 oder Bachmann, Volksbewegung, S. 36, 59.

Abgeordneten. Trotzdem zeigt sich auch innerhalb dieser Untersuchungsgruppe eine große soziale Bandbreite. Es gelang Waibel, sowohl Tagelöhner wie Großhändler zu mobilisieren, aber auch die innovationsfreudigen Bürger, die die technische Modernisierung Kemptens vorantrieben. So gehörten zu den Unterzeichnern Johann Schnitzer und Max Schnetzer, die eine Zündholzfabrik betrieben, die Papierfabrikanten Marx Schachenmayr, Alois Steinhauser und Karl Ebbecke, der auch eine kleine Fabrik mit 40 Webstühlen unterhielt, sowie Anselm Berchtold, der eine neue Furniersäge in Betrieb genommen hatte. Dass die Unterschrift des Verlegers und Druckers Tobias Dannheimer, der seit 1844 mit einer mechanischen Schnellpresse arbeitete, nicht fehlen durfte, war in Kempten eine Selbstverständlichkeit. Lediglich die Inhaber der Spinnerei & Weberei Sandholz waren auf dieser Liste nicht zu finden, sie hatten aber zwei Jahre vorher die Ehrung des Abgeordneten Schnetzer mit unterstützt und dürften deshalb ebenfalls der liberalen Seite zuzuschlagen sein.⁸⁵² Auffallend ist allerdings das Fehlen von Juristen und Freiberuflern, die üblicherweise das Führungspersonal der Märzvereine dominierten. Wie sehr sich die Führung des Volksvereins als das politische Herz der Stadt begriff, wird deutlich, wenn man sie auf ihre Funktionsträger hin analysiert. Es gehörten ihr der Bürgermeister, zwei Magistratsräte, fünf Gemeindebevollmächtigte, der Kommandant des Freicorps, der Herausgeber der einflussreichsten Zeitung, der Vorstand des Gewerbevereins und der Vorstand des Bürger-Sängervereins an. Hier konnten das politische Vorgehen in den Gemeindegremien, Fragen der Sicherheit und der Gewerbeförderung, Strategien der Öffentlichkeitsarbeit über Medien und Kultur diskutiert und koordiniert werden. Die Kemptener Liberalen hatten sich eine politische Struktur geschaffen, die, getragen von großem, anhaltendem Interesse der Öffentlichkeit, auch dann funktionierte, als der Kopf des Vereins, Balthasar Waibel, nach seiner Wahl in den Landtag nur noch sporadisch anwesend sein konnte.

In Kaufbeuren wie in Augsburg waren die Verhältnisse sehr ähnlich gelagert. Das gilt nicht nur für das Ergebnis - die beherrschende Stellung der Liberalen -, sondern gerade auch für die fast widerwillige Gründung einer liberalen Organisation.

Auch in Augsburg sah man offenbar bis zum Herbst 1848 keine Notwendigkeit, einen dezidiert politischen Verein ins Leben zu rufen. Neben den eher konservativ-katholisch dominierten Gemeindegremien hatte sich seit Mitte April das „Wahlcomité“ etabliert, zu dessen Aufgaben die Organisation von Volksversammlungen gehörte, die gewöhnlich im unteren Flur des Rathauses stattfanden. Auch um die häufigen Wünsche nach Volksversammlungen zu den unterschiedlichsten Themen besser koordinieren zu können, hatte Albrecht Volkhart den Gewerbeverein ins Leben gerufen, der sich keineswegs nur als Vertreter spezifisch gewerblicher Interessen verstand.⁸⁵³ Wie sehr der Gewerbeverein, dem innerhalb weniger Wochen etwa 800 Mitglieder beitraten, zur einflussreichsten Organisation der Stadt geworden war, zeigt auch die Anwesenheit des Bürgermeisters bei fast jeder Sitzung. Der Verzicht auf eine eindeutige politische Festlegung, ermöglichte

⁸⁵² Vgl. hierzu auch: StAKe, Kemptner Wochenblatt, 22.1.1848, S. 20. Dieser Befund bestätigt sich, wenn man die Liste der Unterzeichner der Petition vom 22.4.1849 heranzieht. Alle für die Industriegeschichte Kemptens wichtigen Personen, auch Max und Joseph Sandholz, standen ein Jahr später noch immer auf der Seite des Volksvereins (DBA 51/431, Petition vom 22.4.1849).

⁸⁵³ StBA, Augsburger Anzeigblatt, 21.5.1848.

es dem Gewerbeverein, an die traditionellen Handwerkerinnungen anzuknüpfen und damit eine überkonfessionell attraktive Organisation zu schaffen, die auch die katholische Handwerkerschaft dem Liberalismus öffnete. Da sich „Wahlcomite“ und Gewerbeverein personell stark überschneiden, hatten die Liberalen de facto die Führungsrolle in Augsburg übernommen. An Volkhart, der in beiden Organisationen führend vertreten war, kam niemand vorbei.

Ähnlich wie in Kempten ging deshalb die Initiative zur Gründung politischer Vereine auch in Augsburg von den Konservativen aus. Das von den Liberalen so erfolgreich praktizierte Modell einer informellen Herrschaft sollte dadurch aufgebrochen werden, dass man den Gegner zwang, politisch eindeutig Farbe zu bekennen.⁸⁵⁴ Schon im Juli 1848 tauchten in der Tagespresse Leserbriefe auf, die - zunächst noch erfolglos - die Gründung eines „konstitutionell-monarchischen Vereins“ anregten.⁸⁵⁵ Differenzen in der Frage der Qualitätskontrolle bei Lebensmitteln führten Ende September 1848 zum Austritt der Bierbrauer und Bäcker aus dem Gewerbeverein. Dieser interne Streit schien den Konservativen eine realistische Möglichkeit zu eröffnen, die Gründung eines eigenen Vereins erfolgreich voranzutreiben.⁸⁵⁶ In Leserbriefen attackierte man den Gewerbeverein und Volkhart jetzt ganz offen und forderte unzufriedene Gewerbevereinsmitglieder - vornehmlich der Nahrungsmittelbranchen - auf, einem konstitutionellen Verein beizutreten. Vergeblich beschwor man auf liberaler Seite noch einmal die Vision einer harmonischen Bürgergemeinde: *„Wir wollen nur Einen Verein! und das ist unser Volksverein in den Volksversammlungen. Die besucht, wenn ihr Interesse an der Lage des Vaterlands habt, dort steht Jedem die Rednerbühne offen, dort sagt, was Euch nicht gefällt, dort soll man sich besprechen und, so Gott will, verständigen. Aber in offene Heerlager wollen wir uns nicht scheiden, denn wir haben nöthig uns zu einigen und alte Risse auszufüllen; aber nicht neue zu machen, mit einem Worte, wir wollen uns nicht auch noch politisch separieren!“*⁸⁵⁷ Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn Liberale in diesem Umfang Konsensvorstellungen bemühten, während Konservative auf pluralistischer Meinungsvielfalt bestanden. *„Was hat die Volkhart'sche Presse so sehr außer sich bringen können? Die Sorge für die Stadt oder der einfache und natürliche Vorschlag, neben dem Gewerbeverein, welcher ursprünglich zwar nicht zum politischen Clubb bestimmt, von den Leitern aber desto sicherer dazu benutzt werden konnte, einen Verein zu gründen, welcher einer großen Anzahl Nichtvertreter Gelegenheit bieten wird, ihren politischen Ansichten Geltung zu verschaffen? (...) Es versteht sich von selbst, daß eine Stadt von 30 000 Einwohnern nicht Einen politischen Mann, nicht Eine und dieselbe politische Farbe annehmen und behalten wird, oder daß spezielle Vereine durch allgemeine Volksversammlungen, wo man die Güte hat, Allen das Wort zu gönnen, ersetzt werden könnten. (...) Der Frieden der Stadt, für welchen man so viele Theilnahme zeigt, scheint ebenfalls gesicherter, wenn der Einfluß auf die öffentliche Meinung vertheilt, anstatt einseitig geübt und um den Preis der Herrschaft nur solange von dort verbürgt wird, als es gerade dem Helden des Tages gefällt.“*⁸⁵⁸ Der Gründung des „Konstitutionell-monarchischen

⁸⁵⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 4.11.1848, S. 1477.

⁸⁵⁵ Ebda., 9.7.1848, 27.7.1848, 28.7.1848.

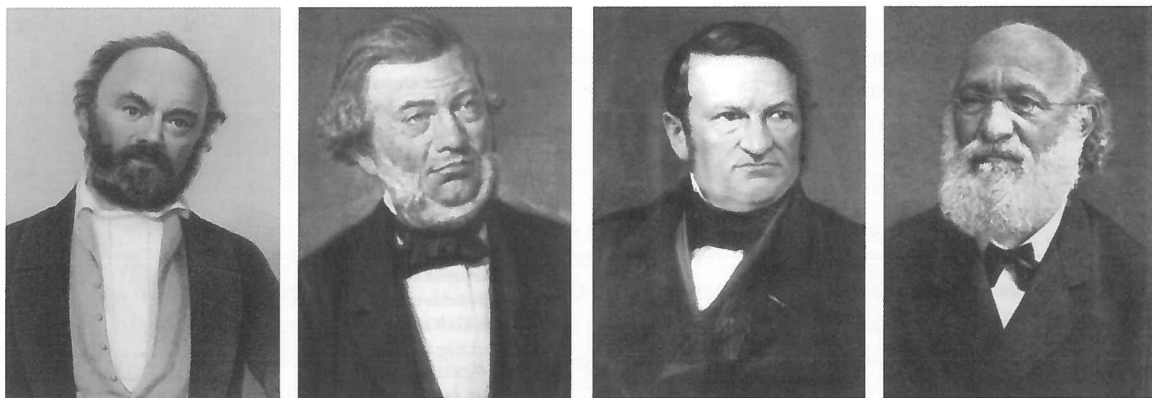
⁸⁵⁶ StBA, Augsburger Anzeigblatt, 23.9.1848.

⁸⁵⁷ StAA, Augsburger Tagblatt, 2.11.1848, S. 1469.

⁸⁵⁸ Ebda., 4.11.1848, S. 1481.

Vereins“ am 14. November folgte zwangsläufig die Konstituierung einer liberalen Organisation. Schon seit Anfang Dezember 1848 im Aufbau begriffen, fand die Gründungsversammlung des „Deutschen Vereins“ am 2. Januar 1849 statt, im unmittelbaren Umfeld der Inkraftsetzung der Grundrechte durch die Paulskirche.

Der „Deutsche Verein“ ging nicht wie der Kaufbeurer Volksverein direkt aus dem Gewerbeverein hervor, hatte seine Wurzeln aber ebenfalls in schon bestehenden Vereinsstrukturen. Der Geselligkeitsverein „Gemütlichkeit“, der im März 1846 im Lokal „Zum Eisenhut“ gegründet worden war, lässt sich zwar nicht eindeutig als liberaler Verein beschreiben, dem Flügel, der sich schon im Oktober 1846 davon wieder abgespalten hatte, gehörte aber die Hälfte der Gründungsmitglieder des „Deutschen Vereins“ an.⁸⁵⁹ Zunächst schien der neue Verein ausschließlich eine Sache von Bildungsbürgern zu sein. Unter den zwanzig Gründungsmitgliedern befanden sich vier Juristen, vier Journalisten, vier Lehrer, zwei Ärzte, zwei Privatiers, ein Antiquar, zwei Bankiers und ein Buchhalter.⁸⁶⁰ Auch die Zusammensetzung des zwölfköpfigen Vorstandes weist in dieselbe Richtung. Erst im Juni 1849 gelangten ein Bierbrauer (der Landtagsabgeordnete Beer) und ein Schreibwarenhändler in den von wortmächtigen Akademikern geprägten Vereinsausschuss.



Prominente Mitglieder des „Deutschen Vereins“ in Augsburg: Carl August Mebold (Redakteur der Augsburger Allgemeinen Zeitung), Carl August Reichenbach (Gründer der MAN), Ludwig August Riedinger (Direktor der größten Textilfabrik), Johann Rösle (Leiter der Liedertafel)

Entsprechend gebremst verlief zunächst der Zustrom an Mitgliedern. In den ersten drei Monaten traten nur 160 Bürger dem Verein bei. Das änderte sich aber deutlich Ende April 1849. Die Ablehnung der Reichsverfassung durch die bayerische Regierung mobilisierte die Anhänger der Liberalen in ganz erheblichem Umfang. Zudem konnte mit dem kollektiven Eintritt von Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins, darunter der gesamte Vorstand, die soziale Bandbreite des Vereins deutlich ausgeweitet werden. Bis

⁸⁵⁹ StAA, Bestand 4, Nr. G 88. Die dort vorhandenen Mitgliederlisten vor und nach der Trennung machen eine Abgleichung mit den Mitgliederlisten des „Deutschen Vereins“ möglich. Zum Verein „Gemütlichkeit“ siehe auch: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 184f.

⁸⁶⁰ StAA, Nachlässe, Verschiedenes in Stapeln, Stapel 3, Nr. 8, Deutscher Verein in Augsburg.

Ende Mai konnte man 307 Mitglieder verzeichnen, eine Zahl, die sich bis zum faktischen Ende des Vereins im August 1849 auf 369 erhöhte.⁸⁶¹

Konnten im Falle Kaufbeurens und Kemptens nur indirekt Erkenntnisse zur Sozialstruktur der liberalen Vereine gewonnen werden, lässt sich der „Deutsche Verein“ Augsburgs genau analysieren.

Sozialstruktur der Mitglieder der liberalen Vereine in Augsburg und Kaufbeuren

	Augsburg		Kaufbeuren	
Großhändler, Kaufleute, Fabrikanten,				
Bankiers	54	17,6%	18	7,0%
Wirte, Brauer	7	2,3%	13	5,0%
Handwerksmeister	114	37,0%	212	71,0%
Gesellen, Arbeiter, Tagelöhner	6	2,0%	4	1,6%
freiberufliche Akademiker (Ärzte, Advokaten, Redakteure)	16	5,2%	8	2,0%
Lehrer	31	10,1%	2	0,4%
Beamte	6	2,0%	2	0,4%
Angestellte (städt. Angestellte, Commis, Buchhalter, Verwalter)	42	13,7%	10	4,0%
Ökonomen	-	-	4	1,2%
Andere	14	4,6%	-	-
Beruf nicht feststellbar	17	5,5%	21	7,8%

Gemeinsam ist beiden Vereinen, dass die unterbürgerlichen Schichten in der Mitgliedschaft keine Rolle spielten.⁸⁶² Die Grenzen, die das Bürgerrecht zog, wurden – auch wenn es durchaus möglich gewesen wäre – nicht übersprungen. Dann zeigen sich aber sehr deutliche Unterschiede. In Augsburg lag der soziale Schwerpunkt des Vereins eindeutig in den Bereichen Industrie, Handel, Dienstleistung und Bildung, während in Kaufbeuren und wohl auch in Kempten die Handwerksmeister dominierten. Diese Differenz wäre noch deutlicher, wenn man für den Augsburger Verein die kollektiv beigegetretenen 56 Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins herausrechnen würde.

Es wäre aber verfehlt, dem Augsburger Liberalismus aufgrund dieses Befundes den Stempel einer großbürgerlich dominierten Bewegung aufzudrücken. Eine solche Argumentation würde übersehen, dass „Deutscher Verein“, Gewerbeverein und Arbeiterbildungsverein immer als Einheit auftraten. Das galt für die gemeinsame Durchführung großer Veranstaltungen (Feier des Jahrestages der Märzerrungenschaften, Volksver-

⁸⁶¹ Ebda., Sitzungsprotokolle. Die Sitzungsprotokolle verzeichnen namentlich die Neueintritte, ebenso die sehr geringen Austritte. Das Mitgliederverzeichnis dokumentiert dagegen nur 311 Mitglieder, offenbar der Stand bei der Erstellung Mitte Mai 1849.

⁸⁶² Ein Problem stellen die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins dar. Das alphabetische Mitgliederverzeichnis differenziert zwischen Gesellen, Arbeitern und Handwerkern. Aufgrund der wenigen Gesellen müssten die meisten Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins dann verarmte Handwerksmeister gewesen sein.

sammlung in Buchloe), für die Werbung für Grundrechte und Verfassung sowie für die Organisation der Landtagswahl 1849. Da der Gewerbeverein somit Sammelbecken für die Handwerksmeister bleiben konnte, war der „Deutsche Verein“ vor allem für die sozialen Gruppen interessant, die sich im Gewerbeverein nur schwer integrieren ließen: Bildungsbürger, das Gros der Industriellen und die Gesellen und Arbeiter. Es ist bezeichnend, dass selbst Albrecht Volkhart erst Ende April Mitglied des „Deutschen Vereins“ wurde. Dafür waren mit Sicherheit keine inhaltlichen Vorbehalte ausschlaggebend, es war einfach nicht zwingend notwendig. Ähnlich wie in Kaufbeuren und Kempten gelang es den Liberalen auch in Augsburg, ihre Stadt politisch fast vollständig zu dominieren. Die Anstrengungen, die dafür unternommen wurden, werden z.B. im Aufbau eines Systems von Vertrauensleuten für alle Bezirke der Stadt deutlich. Je nach sozialer oder konfessioneller Zusammensetzung der einzelnen Stadtbezirke wurden entsprechende Vereinsmitglieder als Obleute eingesetzt. In schon industriell dominierten Bezirken stellten sich Maschinenmeister oder Direktoren, wie Riedinger und Reiser, zur Verfügung, in handwerklich geprägten Stadtteilen waren es Vorstandsmitglieder des Gewerbevereins oder Kaufleute, die den Kontakt zu den Bürgern intensivieren sollten.⁸⁶³ Die Urwahl im Juli 1849 wurde auch deshalb zu einem Triumph der gemeinsamen liberalen Liste: 54 der 76 städtischen Wahlmänner gehörten dem liberalen Lager an.⁸⁶⁴ Frank Möller weist zu Recht auf die „erstaunlichen Integrationsleistungen des Augsburger Bürgertums“ hin, dem es mit der „innigen Verbindung von nationaler Einheit, Volksfreiheit und materiellem Wohlergehen“ gelang, einen tragfähigen Kompromiss zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen herzustellen.⁸⁶⁵ Die „Partei Volkhart“ war die eindeutig dominierende politische Kraft Augsburgs. Am 10. Mai erschienen sogar Bürgermeister Forn-dran und der Vorstand der Gemeindebevollmächtigten Paulin auf einer Sitzung und erklärten, dass sie zwar aufgrund ihrer Stellung nicht Vereinsmitglieder werden könnten, sie gehörten aber *„ihrer Überzeugung nach demselben an“*.⁸⁶⁶

Der am 3. März 1849 gegründete Augsburger „Märzverein“ blieb dagegen politisch völlig einflusslos, obwohl auch er einige hundert Mitglieder zu verzeichnen hatte. Weshalb das so war, wird an den besonderen Umständen der Vereinsgründung deutlich. Ausgangspunkt war eine Versammlung des Arbeiterbildungsvereins, die, geleitet von Vorstandsmitgliedern des „Deutschen Vereins“, des Gewerbevereins und des Veranstalters, eine Adresse an den Landtag für die unbedingte Einführung der Grundrechte verabschiedete. Unterstützt von einer Gruppe auswärtiger Arbeiter, riss der Redakteur Adolph Leo Kronacher die Versammlungsleitung gegen den vergeblichen Protest der Veranstalter an sich und funktionierte die bislang in ruhigen Bahnen verlaufende Veranstaltung zur Gründungsversammlung eines „Märzvereins“ um.⁸⁶⁷ Glaubt man dem Polizeibericht, dann fand dieser Überraschungscoup hauptsächlich bei den anwesenden Gesellen, nicht aber bei den Arbeitern Unterstützung. Für das bürgerliche Augsburg

⁸⁶³ Ebda., Sitzung vom 1.6.1849.

⁸⁶⁴ STAA, Regierung, Nr. 8684, Augsburger Stadt- und Landbote, Nr. 339, 18.12.1854, S. 1358.

⁸⁶⁵ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 284f. Sehr instruktiv ist in diesem Zusammenhang sein Kapitel „Liberaler Gewerbe- und Industriepolitik in der Revolution“.

⁸⁶⁶ StAA, Nachlässe, Verschiedenes in Stapeln, Stapel 3, Nr. 8, Protokollbuch des Deutschen Vereins, Sitzung vom 10.5.1849.

⁸⁶⁷ STAA, Regierung, Nr. 10062, Bericht vom 5. März 1849.

war der „Märzverein“ damit erledigt, eine Zusammenarbeit mit ihm war für die liberalen Gruppen nicht akzeptabel. Die Ablehnung ging so weit, dass Kronacher seine Aufrufe und Plakate zunächst in Friedberg herstellen lassen musste, da er in Augsburg keinen Drucker fand.⁸⁶⁸

Obwohl der „Märzverein“ seinen Ton in der nächsten Zeit deutlich mäßigte, blieb es bei diesem strikten Ausgrenzungskurs. So wurde z.B. den Mitgliedern des Arbeiterbildungsvereins eine gleichzeitige Mitgliedschaft im „Märzverein“ untersagt. Interne Querelen verminderten den Einfluss des „Märzvereins“ zusätzlich. Mitte April sagten sich eine Reihe von Mitgliedern öffentlich von Kronacher los, dem ein dubioser Umgang mit den Vereinsgeldern vorgeworfen wurde. Die Gründung eines „Kreis-Märzvereins“ unter der Führung des Arztes Dr. Nusser am 16. April war eher ein Produkt der Spaltung als eine Stärkung der Organisation.⁸⁶⁹ Die Verhaftung Kronachers am 16. Mai 1849 und die Fahndung nach weiteren Vorstandsmitgliedern beschleunigte den Verfall des „Märzvereins“ zusätzlich. Der Vorsitzende des „Deutschen Vereins“, der Advokat Dr. Stanislaus Fischer, übernahm zwar die Verteidigung Kronachers, der Preis dafür war aber anscheinend eine weitgehende Ruhigstellung des demokratisch gesinnten Vereins. Umgehend meldete das liberale „Tagblatt“: *„Der Märzverein hat beschlossen, Hand in Hand mit der Bürgerschaft zu gehen und jeden Schritt zu meiden, der uns der Reaction zu-führen könnte.“*⁸⁷⁰ Da der „Märzverein“ nur für Gesellen, Arbeiter und Soldaten, also Einwohner unterhalb des Bürgerrechts, attraktiv war, wurde er von den Augsburger Liberalen bestenfalls als vernachlässigbare Größe angesehen. Schlimmstenfalls wurde er als potentieller Unruheherd betrachtet, dessen Drangsalierung durch die Regierung

Augsburg, den 19. Juni 1849.
G. Wies.

(736)

S t e c k b r i e f.

Der wegen Versuch der Verleitung des Militärs zum Ungehorsam und Treubruch gegen den Monarchen und Aufforderung zu staatsverrätherischen Aufbruch dahier in Untersuchung befangene Buchbindermeister Karl Schropp von hier, hat sich der gegen ihn eingeleiteten Untersuchung und Haft durch die Flucht entzogen.

Es werden daher alle Gerichts-, Polizei- und Militärbehörden ersucht, auf den unten näher beschriebenen Flüchtling fahnden und denselben im Betretungsfalle wohl verwahrt an das unterzeichnete Untersuchungsgericht anher liefern zu lassen.

Karl Schropp, 39 Jahre alt, Buchbinder von Profession, ist mittlerer untersehter Statur, trägt einen um das ganze Gesicht herumziehenden, röthlichten Bart, (s. g. Heckerbart,) sammt gleichem Schnauzbart, hat eine etwas dicke Nase, lebhaft geröthetes Gesicht, eine hohe Stirne und trägt gewöhnlich eine Brille.

Seine Kleidung kann nicht näher beschrieben werden, doch trägt derselbe meistens einen braunen Oberrock.

Seine Sprache ist die des Augsburger Dialekts.

Augsburg, den 15. Juni 1849.

Der funktionirende Untersuchungsrichter.

Ebenhöch, königl. Kreis- und Stadtgerichts-Rath.

Vorbrugg

Steckbrief des stellvertretenden Vorstands des Augsburger Märzvereins: Die Soldaten zur Verteidigung der Verfassung aufzurufen, betrachtete die Regierung bereits als Hochverrat.

⁸⁶⁸ Ebda., Bericht vom 6. März 1849.

⁸⁶⁹ StAA, Augsburger Tagblatt, 16.4.1849, S. 531; 22.4.1849, S. 564 und 24.4.1849, S. 583.

⁸⁷⁰ Ebda., 18.5.1849, S. 719.

man mit einer gewissen Sympathie verfolgte. Richtig ernst genommen wurde er nie. Nicht nur Mitgliederstruktur und -bewegung lassen sich am „Deutschen Verein“ nachvollziehen, er ist bislang der einzige liberale Verein Schwabens, der über die Versammlungsprotokolle in Aktion zu beobachten ist. Da er aufgrund seiner späten Konstituierung (Januar 1849) Teil einer nationalen Kampagne zur Durchsetzung der Grundrechte und der Reichsverfassung war, sind vor allem seine Außenkontakte von Interesse.

Gescheiterte und geglückte Vernetzungsversuche

Zunächst herrschte noch ein unbedingtes Streben nach Unabhängigkeit. Man wollte sich keiner Parteioorganisation unterordnen, am allerwenigsten dem Zentralmärzverein.⁸⁷¹ Trotzdem ergaben sich sehr schnell Kontakte zu auswärtigen Organisationen. Zum Teil wurden sie gesucht (so zum Münchener Vaterlandsverein), zum Teil erfolgte die Kontaktaufnahme von außen (Münchener Märzverein, Deutsche Vereine in Schweinfurt und Kassel).⁸⁷² Vordringlicher als die eigene Vernetzung in übergeordnete Organisationsstrukturen erschien der systematische Aufbau von eigenen Filialvereinen. In der Sitzung vom 16. März beschloss man deshalb, in allen bedeutenden Orten Schwabens Zweigvereine nach dem Augsburger Muster zu initiieren. In allen Lokalblättern sollten entsprechende Aufrufe erscheinen, erfolgversprechender erschien es jedoch, private Verbindungen zu aktivieren. Diese „zuverlässigen und thätigen Vertreter der Vereinssache“ sollten sich in den jeweiligen Orten zu Kristallisationskernen für Zweigvereine entwickeln.⁸⁷³ Dieses Konzept misslang, musste wohl auch misslingen. Die lokalen Wochen- und Intelligenzblätter druckten die Aufrufe nicht und das erhoffte private Engagement der Mitglieder überforderte wohl deren Bereitschaft und Fähigkeit zur Eigeninitiative. Der einzige Verein, der sich den Augsburgern tatsächlich anschloss, war der „Deutsche Verein“ in Landsberg/Lech. Aus Memmingen und Weißenhorn kamen zwar vage Andeutungen von bevorstehenden Vereinsgründungen, als es dort aber so weit war, wandte man sich den Märzvereinen zu.⁸⁷⁴ Auch der Kaufbeurer „Volksverein“ zeigte in Augsburg seine Gründung an, schloss sich aber nie offiziell dem „Deutschen Verein“ an. Gerade hier lassen sich die persönlichen Verbindungen noch am ehesten erahnen, waren doch Ludwig v. Heinzelmann und F. L. Wagenseil, die schon das Verfassungsfest von 1832 mitorganisierten, Mitglieder des „Deutschen Vereins“. Der Kaufbeurer Volksverein war auch der einzige liberale Verein, der von einer Augsburger Delegation besucht wurde, danach überstürzten sich die Ereignisse derart, dass eine intensive Kontaktpflege nicht mehr weiterverfolgt werden konnte. Der Aufbau einer gesamtschwäbischen Organisation gelangte dementsprechend über bescheidene Anfänge nie hinaus.

Gemessen an diesen wenig ermutigenden Erfahrungen war die Idee, von Augsburg aus alle deutschen liberalen Vereine zu einer Adressbewegung zugunsten der Reichsverfassung

⁸⁷¹ StAA, Nachlässe, Verschiedenes in Stapeln, Stapel 3, Nr. 8, Deutscher Verein in Augsburg, Notiz mit dem Entschluss wohl vor dem 2.1.1849.

⁸⁷² Ebda., Protokollbuch, 6.2., 27.2. und 23.3.1849.

⁸⁷³ Ebda., 16.3.1849.

⁸⁷⁴ Ebda., Anschlussschreiben der Landsberger am 27.3.1849, Rückmeldungen aus Memmingen und Weißenhorn am 10.4.1849.

zu motivieren, geradezu tollkühn. Der Verteiler für diesen Aufruf zeigt aber nochmals die Reichweite, die dem Augsburger Verein in knapp vier Monaten zugewachsen war, bzw. den politischen Radius, den man ideologisch wie geographisch abdecken wollte. Folgende Zeitungen sollten angeschrieben werden: Nürnberger Kurier, Constitutionelle Zeitung (München), Landbote (München), Frankfurter Journal, Leipziger Allgemeine Zeitung, Schwäbischer Merkur (Stuttgart), Fränkische Zeitung (Würzburg), Regensburger Zeitung, Landsberger Tagblatt. Politische Vereine, zu denen Kontakt aufgenommen werden sollte, waren der Märzverein München, Vaterlandsverein München, Deutscher Verein Landsberg, Nationalverein für Deutschland Kassel, Deutscher Verein Schweinfurt, Volksverein Kaufbeuren, Volksverein Kempten und der Märzverein Schwabmünchen.⁸⁷⁵

Die Bandbreite der angeschriebenen Vereine macht nochmals deutlich, dass eine Betrachtungsweise, die sich vornehmlich auf die Programmatik eines Vereins stützt, die vielschichtige Realität kaum angemessen in den Blick bekommen kann. Für einen Verein wie den „Deutschen Verein“, der in seinem Programm das Vereinbarungsprinzip ausdrücklich akzeptierte, war es trotzdem selbstverständlich, prominente Märzvereiner, wie Balthasar Waibel, zu gemeinsamen Veranstaltungen einzuladen oder deren Flugschriften in großer Auflage für eigene Zwecke einzusetzen.⁸⁷⁶ Die programmatische Unentschiedenheit entsprach durchaus den unterschiedlichen politischen Ansichten der Mitglieder, dürfte aber als Erklärung für das Scheitern einer organisatorischen Ausweitung kaum ausreichen. Eine Angleichung des Programms an das tatsächliche politische Verhalten des Vereins, wie es im „Deutschen Verein“ Ende Juni 1849 diskutiert wurde, hätte an dieser Tatsache wohl kaum etwas geändert.⁸⁷⁷ Die beiden Landtagswahlen (Dezember 1848 / Juli 1849) legten die Schwachstellen der liberalen Vereine in Augsburg und Kaufbeuren schonungslos offen. Ohne eine organisatorische Verankerung in der Region konnte man sich in den Städten zu Tode siegen.

Die überwältigenden liberalen Siege in den Wahlkreisen Augsburg und Kaufbeuren bei der Paulskirchenwahl waren zuallererst ein Resultat der euphorischen Aufbruchsstimmung im Frühjahr 1848, in längerfristige Erfolge auf bayerischer Ebene ließen sie sich nicht ummünzen. Ganz im Gegensatz zu den Verhältnissen im Wahlkreis Kempten: Der anhaltende Erfolg der Kemptener Liberalen beruhte auf der klaren Einsicht Waibels, dass Veränderungen nur mit, aber nicht ohne oder gar gegen die ländliche Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen seien. Bereits der Wahlkampf für Haggenmüller war erkennbar auf die bäuerlichen Urwähler zugeschnitten, er öffnete die „Kemptner Zeitung“ für Berichte aus den Landgemeinden, er scheute keine Auseinandersetzung mit den dörflichen Autoritäten wie Geistlichen und Gemeindevorstehern, zwei Bauern saßen sogar im Vorstand des Kemptener Volksvereins. Die Positionen der liberalen Landtagsmehrheit wurden in einer leicht fasslichen Sprache erläutert, die Grundrechte mit einem nachvollziehbaren Kommentar versehen und in Tausenden von Exemplaren auf dem Land verbreitet. Resultat dieser intensiven politischen Arbeit war, dass sich um

⁸⁷⁵ Ebda., 20.4.1849.

⁸⁷⁶ Ebda., Absage Waibels am 4.5.1849, Bestellung seiner Flugschrift „Randglossen zur letzten königlichen Proclamation“ am 13.7.1849 in einer Auflage von 5000 Stück.

⁸⁷⁷ Ebda., Sitzung vom 22.6.1849.

Kempten ein dichtes Netz von Volksvereinsfilialen legte und im Landgericht Kempten trotz massiven Gegenwinds noch im Juli 1849 fast alle Gemeinden liberal wählten.⁸⁷⁸ Dieser strategischen Ausrichtung mussten sich die inhaltlichen Schwerpunkte einfügen. Das Generalthema der ländlichen Versammlungen war nicht „Nation“, sondern „Gerechtigkeit“. Abstrakte verfassungstheoretische Erörterungen wurde vermieden, dafür versuchte man die weitverbreiteten und bewusst geschürten Vorurteile gegen bestimmte Artikel der Grundrechte zu entkräften. Dabei hatte man gegen ein Schreckensszenario zu argumentieren, das von konservativer Seite aufgebaut worden war und in den Vorstellungen gipfelte, dass durch die Einführung der Grundrechte *„der ganze bayerische Bauern-, Gewerb- und Handelsstand mit einem Male vernichtet würde“*, sich *„jeder Deutsche (...) ohne alle Einsprache in einer Stadt, Markt oder Dorf, wo es ihm gefällt, unbedingt niederlassen und sein Gewerbe ausüben dürfe, ohne alle Rücksicht, ob er sich nähren kann oder nicht“* und dass man kurz davor stehe, *„die katholische Religion auszurotten, weil sie [die Unterstützer der Reichsverfassung] sonst die Republik nicht einführen und den König davon jagen“* könnten.⁸⁷⁹

Das vom Steindorfer Kaplan Schmölzer in Allgäuer Mundart verfasste Spottgedicht auf Waibels Auftritt bei einer Volksversammlung in Legau ist ein einzigartiges Dokument für die politische Arbeit der Liberalen auf dem Land.⁸⁸⁰ Waibels Rede wird in der konservativen Satire sicher sehr grobschlächtig wiedergegeben, aber Themen und Argumentationsgang dürften der Realität wohl weitgehend entsprechen:

(...)
*„Jetzt riebeg heist´s, itzt gaut es a
 Und alles druckt zur Kanzl na;
 Sei Pfeif im Maul und Kappe auf
 Siet jeder jetz zum Waibel nauf
 Des Bucke aber vor am döt
 Hat Waibel bald für übel köt
 Er kann dös rauche it vertrage
 Des müß er glei zum vorraus sage
 Au zuicht er in sei Vorröd ei,
 Daß er die löscht Wuch krank gweh sei.
 S'laut Schreie däbs ihm eimaul it,
 Drum gang um Nachsicht au sei Bitt.
 Nau der Röd ischt d'Hauptsach komme,
 Dau haut ma Grundrecht dure gnomme.
 Die müßt ma hau uf jedn Fall,
 Do it bloß ötle, sondern all.
 Es geb zwar viel, die saget wohl,*

⁸⁷⁸ StAKe, Kemptner Zeitung,

⁸⁷⁹ Ebda., Kemptner Zeitung, 4.3.1849, S. 257. Zitiert wird hier aus einem Schreiben des Münchener Professors Rauch, der ein Argumentationsmuster für konservative Adressen zusammenstellte.

⁸⁸⁰ StAKe, A III 32, Rechtrath Balthasar Waibel. Die Abschrift des Gedichtes stammt aus dem Besitz von A. Rottach.

Daß Land it anerkenne soll.
 Dös sei aber au so Füschtekneacht,
 Die moines mit dem Volk it recht.
 Die ließe lieber alls beim alte
 Und däte alle Reachter vorenthalte.
 Ma hab zwar gsait nau Paragraph drei
 Könn jedr Lump in d'Öarter nei
 Und könn dort wie er wöll hantiere,
 A Bäckerei und Wirtschaft führe,
 Au Schneidr sei und Schuster, Schmied;
 Der Punkt aber wöll dös it.
 A aiges Gsetz komm hinda nau
 Ma derf sie keck drauf verlau.
 Was Nummer dreiunddreißig belang
 So darfes oihm au da it bange
 Vor Religion dau komm nix wek,
 Ma laß da als beim alte Fleck,
 Mit dene häbe sie nichts schaffe,
 Die laß ma nach wie nui de Pfaffe.
 Der dreiedreißigscht Paragraph,
 Der, moine viel, sei au it brav,
 Do um des Hof- und Guet verträummre,

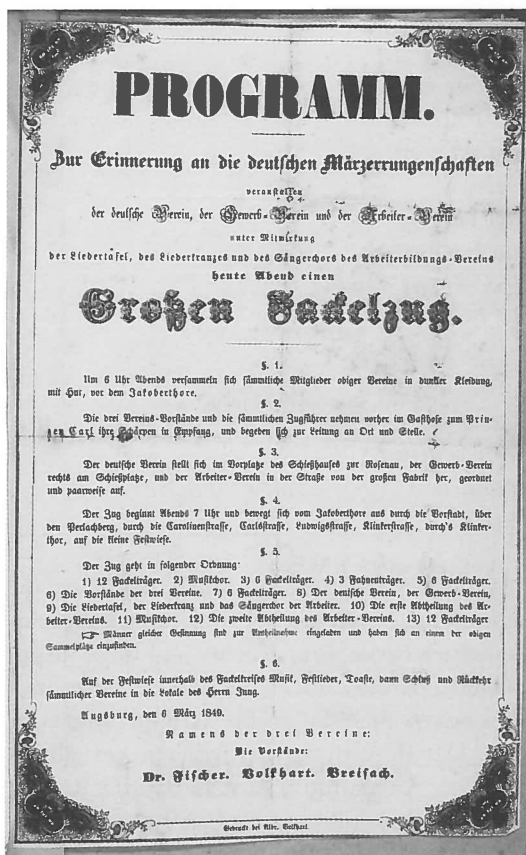
Dau darf ma sie it z'schtark bekümmre.
 Wenn ma a Guet häb no so groß,
 Ma müßt it theile, könn's no bloß.
 Zum g'sötzte Fall, es wär sei Huet,
 Haut Waibl gsait, a Baureguet,
 So möcht ern schneide bleibe lau.
 Nau deane ganz do liebr hau,
 Von dene Grundrecht haut a grödt,
 Und insoweit it Unrecht ghött.
 Vom viele zable und de Stuir;
 Au s Militär däb Sach vertuire,
 Dr König henk viel zviel dra na,
 Au brauch ma lang it so viel Ma.
 S'Land zahlt 's Jahr viel Millione Gulde
 Und do häb Baire so viel Schulde.
 Sogar, was allerürgst no wär,
 Fast alle Kassa sei leer.
 Bei sechs Millione feble huir,
 Für dös komm meh a nuie Stuir.
 Uf dös naufnimmt er Gricht in d'Kur
 und beachlets scho ganz bsese dur.
 Es sei a Graus und aus dr Weis,

*Wie so a Gricht de Baure bscheiß.
 Mit Taxe, Stempel und andere Käste,
 No ihre Zweck komms oft zum beste.
 So haut er futt gmacht no a Zeit
 Und gegem End der Röd denn gsait:
 Ihr liebe Leut, ihr sehet scho,
 In d'Länge kas dös numme to.
 Die's redle moinet mit am Land,
 So thuts Noth, daß die itzt zämme stand.
 Fürs Reacht tund bloß die Linke fechte,
 Drum sind die Linke itzt die Rechte.
 Die Sach, die wird bald anderst gau,
 Dau müsset ihr zur Linke stau,
 In Löge [Legau] sind scho viel derbei.
 Drum Kappe ra und stimmtet ei:
 Es leab dr Lögär Merzverein!“*

Nur die Tatsache, dass Waibel für die Annahme der Grundrechte warb, nahm auf die „deutsche Sache“ Bezug, ansonsten bestimmten die bayerischen Probleme die Auseinandersetzung. Ähnlich hatte schon die Kemptener Broschüre „Rechts und links“ argumentiert. Sie richtete sich gezielt an die Bauern, da diese nicht nur die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sicherstellten, sondern auch die größte Gruppe unter den Steuerzahlern und den Soldaten ausmachten. Der Reform der bayerischen Verhältnisse, vor allem in den Bereichen Öffentlichkeit der Verwaltung, Ausbau demokratischer Elemente, gerechtes Steuersystem, sparsame Haushaltsführung und Wirtschaftsförderung, wurden die meisten Überlegungen gewidmet. Die Betrachtungen zum Thema „Deutschland“ hatten bestenfalls den Charakter einer erinnernden Einleitung und waren an Unverbindlichkeit kaum zu übertreffen. *„Das Volk aber hat sich herzlich gefreut auf das einige Deutschland, denn das wäre ein Land, wie man es sich nicht schöner wünschen könnte, ein Land wohlhabend und mächtig, wie wenige.“*⁸⁸¹ Der nationale Aspekt der Revolution war auf dem Land kein wichtiges Thema, ganz im Gegensatz zu einer sich rasant entwickelnden Industriestadt wie Augsburg. Hier erschien die Schaffung eines Nationalstaates geradezu als Voraussetzung für die Lösung aller anderen Probleme. Unternehmer, Handwerker, Gesellen und Industriearbeiter fanden unter dieser Formel zu bemerkenswerten Kompromissen und gemeinsamem Handeln. Der liberale Publizist Ferdinand A. Oldenburg, Vorstand des Augsburger Arbeiterbildungsvereins, träumte sogar von *„einem deutschen Manchester (...) wenn wir nämlich einst das Glück haben sollten, die germanischen Volksstämme in einem Gesamtstaate verschmolzen zu sehen, worin bei genügendem Schutze gegen ausländische (nicht deutsche) Konkurrenz, der Markt ungehindert bezogen werden kann.“*⁸⁸²

⁸⁸¹ StAKf, Beilage zur S. 588 der Christa-Chronik, S. 6.

⁸⁸² StBA, Oldenburg, F. A., Die Fabriken von Augsburg und Blicke auf die europäische Industrie- und Gewerbe-Ausstellungen, Augsburg 1850, S. 6.



Augsburger Plakat zur Feier des ersten Jahrestages der Revolution

Sinnfälligen Ausdruck fand dieser Konsens in der Inszenierung der Feierlichkeiten zum ersten Jahrestages der Märzproklamation. Am Abend des 6. März 1849 sammelten sich die ca. 1 500 aktiven Teilnehmer in festlicher Kleidung (schwarzer Anzug und Hut) zu einem Fackelzug in der Rosenau. Der Zug wurde von zwölf Fackelträgern mit deutschen Schärpen eröffnet, es folgten ein Musikcorps, die große schwarz-rot-goldene Fahne, die Vorstände des Deutschen Vereins, des Gewerbe- und des Arbeiterbildungsvereins. Die Mitte wurde aus den vereinigten Sängern des Liederkränzes, der Liedertafel und des Arbeitersängervereins gebildet, dann schlossen sich, unterbrochen nur durch ein zweites Musikcorps, „in dieser Ordnung“ die Mitglieder des Deutschen Vereins, des Gewerbe- und des Arbeiterbildungsvereins an, „alle in ausgezeichnete Ordnung und Haltung“. Über den Perlachberg, die Carolinen- und Ludwigsstraße marschierten die Fackelträger durchs Klinkertor zur Festwiese, wohin ihnen eine „über-große, sich drängende und drückende Volksmenge“ folgte. In einem Kreis der Fackeln sammelten sich dort die Sän-

ger und die Vereinsvorstände um die deutsche Fahne. Hier wurden folgende Toaste ausgebracht, denen die Zuschauer mit Jubel antworteten:

Dr. Stanislaus Fischer (Deutscher Verein): „Der Anerkennung der deutschen Grundrechte, unter deren Segen einem freien Bürgerthum in allen deutschen Landen und einem kräftigen, einigen Deutschland!“

Albrecht Volkhart (Gewerbeverein): „Das große deutsche Vaterland, die Wiege, wo Volk und König schlief, des Vaterlands, des Schlußsteins zu dem großen Ringe der deutschen Einheit, dem großen schönen deutschen Vaterlande!“

Emil Breisach (Arbeiterbildungsverein): „Einem freien - die Arbeit und den Handel schützenden und durch sie mächtigen und starken Volke Deutschlands!“

Ihre Fortsetzung fand die Feier in den Räumen der Jung'schen Wirtschaft. Die Wände des Saales waren mit herabhängenden schwarz-rot-goldenen Transparenten dekoriert, die die Namen und Revolutionsdaten folgender Städte zeigten: Karlsruhe, Homburg, Frankfurt, München, Weimar, Hechingen, Kassel, Leipzig, Wien und Berlin. Der Berichterstatter kam jedenfalls zu dem Schluss: „In keiner Stadt Deutschlands wurde die

*Erinnerung an den 6. März 1848 als dem Geburtstag der deutschen Errungenschaften würdiger und erhabener gefeiert, als in Augsburg.*⁸⁸³ Alles, was die Augsburger Revolutionsereignisse charakterisierte - Ordnung (von der Kleidung bis zur hierarchischen Aufstellung des Zuges), klassenübergreifender Konsens und nationale Ausrichtung - wurde in dieser festlichen Veranstaltung ins Bild gesetzt.

Wurde auf dem Land der Aspekt der Nationalstaats ausgeblendet, so trat in Augsburg die Einbettung in die eigene Region in den Hintergrund. Stadt und Land hatten sich hier offenbar wenig zu sagen.

Zusammenfassung

Versucht man für diesen vierten Untersuchungsbereich ein Fazit, so überwiegen auch hier die strukturellen Ähnlichkeiten. In keiner der drei Städte war die Bildung eines dezidiert politischen Vereins vorrangiges Ziel der Liberalen. Überall hielt man Organisationsformen, die sich eher im vopolitischen Raum bewegten, für erstrebenswerter. In Kempten erachtete Waibel seine Versammlungen in der „Stadt Hamburg“ für ausreichend, in Kaufbeuren und Augsburg übernahmen die Gewerbevereine die Aufgabe der politischen Mobilisierung. Ausschlaggebend für diese informelle Art, liberale Strukturen auszubilden, waren sicher auch taktische Überlegungen, die Quellen machen aber ebenfalls deutlich, dass das Streben nach Harmonie und Konsens Kern des liberalen Selbstverständnisses war. Auf dem Weg zur „klassenlosen Bürgergesellschaft“ wollte man möglichst viele Bürger mitnehmen, Gräben zuschütten und den mit großen Hoffnungen verbundenen Aufbruch nicht durch das Austragen von Konflikten im eigenen bürgerlichen Lager gefährden. Die schnelle Gründung politischer Vereine hätte eindeutige Positionen und damit automatisch Abgrenzungen und Ausgrenzungen erforderlich gemacht. Es waren in allen Fällen die Konservativen, die die Liberalen genau dazu zwangen. Der Konstituierung der liberalen Vereine ging die Gründung der konstitutionell-monarchischen Vereine (Kempten, Augsburg) und oft auch der katholischen Piusvereine voraus. Wenn die Zahlenangaben der Regierung zutreffen, dann hatte der konstitutionell-monarchische Verein Augsburgs mit seinen Zweigvereinen im Januar 1849 bereits etwa 3 000 Mitglieder, bevor die große Welle der Märzvereinsgründungen im Frühjahr 1849 überhaupt einsetzte.⁸⁸⁴ So eindrucksvoll die Anzahl der liberalen Vereine in Schwaben, so spektakulär der Zulauf zu den Volksversammlungen, so dominant die liberale Publizistik dann auch war, das Aufbäumen der Reichsverfassungskampagne hatte einen ausgesprochen defensiven Charakter. Diese letzte Phase der Revolution war nur auf den ersten Blick Aktion, viel eher war sie Reaktion, denn die Vorgaben kamen längst von konservativer Seite. Die Gründung der liberalen Vereine - gleichgültig, ob es sich um Deutsche-, Volks- oder Märzvereine handelte - erfolgte nicht aus einer Position selbstbewusster Stärke heraus, sondern eher widerwillig und der Not gehorchend. Die ursprüngliche Offenheit der Organisationsform war andererseits aber die Erfolgsgarantie für die dauerhafte Dominanz der Liberalen in den drei Untersuchungsstädten.

⁸⁸³ StAA, Nachlässe, Verschiedenes in Stapeln, Stapel 3, Nr. 8, Protokollbuch des „Deutschen Vereins“, Eintrag vom 18.3.1849.

⁸⁸⁴ STAA, Regierung, Nr. 10062, Bericht vom 22.1.1849.

Die Mitgliedschaft beschränkte sich in keinem Fall auf wenige, klar abgrenzbare Gruppen, sondern umfasste jeweils ein breites Spektrum der städtischen Gesellschaft. Es reichte von den Spitzen der Gemeindegremien, den Trägern der beginnenden Industrialisierung über das Gros der Handwerksmeister bis zu den Gesellen und Industriearbeitern (Arbeiterbildungsvereine in Augsburg, Kempten, Kaufbeuren und Memmingen). Der Kitt, der diese Gruppen, die ja höchst unterschiedliche Interessen hatten, verband, war der Rückgriff auf die kommunalistische Tradition, die sehr allgemeine Hoffnung auf Veränderung und mit steigendem Industrialisierungsgrad die Aussicht auf die Vorteile eines Nationalstaats.

Die tatsächlichen Unterschiede zwischen den untersuchten politischen Vereinen zeigten sich nicht in ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Mitgliederstruktur oder gar ihrer Programmatik, sondern in ihrer Fähigkeit zur Außenvernetzung. In Kaufbeuren wurde der Aufbau eines Filialnetzes offenbar gar nicht versucht, in Augsburg scheiterte er weitgehend, in Kempten war man damit jedoch höchst erfolgreich. Das Beispiel Kaufbeurens, mit dem anfänglich großen Interesse der Landbevölkerung an der Gründung des Volksvereins, macht deutlich, dass es keine grundsätzlich unüberbrückbaren Gegensätze zwischen Stadt und Land gegeben hat, sondern dass Erfolg oder Misserfolg der liberalen Sache auf dem Land von der Bereitschaft oder der Fähigkeit des städtischen Liberalismus abhing, sich mit den Problemen des Landes auseinander zu setzen. Weshalb dies in Kempten gelang, in Augsburg und Kaufbeuren dagegen scheiterte, soll im nächsten Kapitel eingehender untersucht werden.

Konfessionelle Rivalität: Katalysator der Revolution

Augsburg: Das Scheitern der Parität

„Mitbürger! Einigkeit ist es, welche uns nach außen und innen stark macht, Einigkeit ist es, welche unsere Errungenschaften erhält. Ein Gegenstand ist in Augsburg, welcher uns insbesondere zur Einigkeit auffordert (...) ein Gegenstand seit Jahrhunderten, der Grund manchen Haders (...).“⁸⁸⁵ Allen Zuhörern im überfüllten Goldenen Saal des Augsburger Rathauses war klar, wovon Bürgermeister Forndran am 7. März, anlässlich der Verkündung der königlichen Proklamation, sprach: Es ging um das Dauerproblem der Augsburger Stadtgeschichte, das prekäre Zusammenleben zwischen Katholiken und Protestanten.⁸⁸⁶ Mit großem Pathos beschwor Forndran das, woran es offenbar fehlte: „(...) das ist unsere Einigkeit, daß wir im Bewußtsein eines Rechtes eines Jeden seine Persönlichkeit achten (...), daß wir wie unser Besitzthum, unser Vermögen und unsere Personen gegenseitig schätzen und achten, ebenso und noch mehr unser geistiges Eigenthum, die Freiheit unserer Meinungen, die Überzeugungen gegenseitig schätzen und achten, daß das Band der brüderlichen Liebe in unserem Denken und Handeln uns Alle harmonisch durchdringe.“ Drei Monate zuvor war der katholische Bürgermeister mit seinem Vorschlag gescheitert, den konfessionellen Gleichstand in den Gemeindegremien wieder einzuführen. Die katholische Mehrheit

⁸⁸⁵ StAA, Augsburger Tagblatt, 9.3.1848, S. 294.

⁸⁸⁶ Grundlegend für die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts: Fassl, Konfession, S. 107-119, 315-326; Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 237-258.



Georg Forndran: Bürgermeister von Augsburg, die wichtigste städtische Integrationsfigur.

hatte den Vorstoß abgelehnt, jetzt stand man kurz davor, die Parität per Bürgervotum doch zu reaktivieren. Es ist nicht nachweisbar, was Forndran zu seiner Initiative im Januar veranlasst hatte, es lohnt sich aber, darüber nachzudenken. Forndran, der erst ein paar Monate im Amt war, konnte sich bei seiner Wahl als Kandidat der konservativen mittelständischen Katholiken nur knapp gegen seinen liberalen Gegenkandidaten, den Syndikus der Textilfabrik SWA, den Advokaten Dr. Adolph Paur durchsetzen.⁸⁸⁷ War das Angebot der Parität ein Versuch, die protestantische Opposition, die das Wirtschaftsbürgertum repräsentierte, in schwierigen Zeiten kommunalpolitisch einzubinden? Die soziale und wirtschaftliche Kluft zwischen den Konfessionen war in den letzten Jahrzehnten deutlich größer geworden, und zwar ganz eindeutig zu Lasten der Katholiken, die ca. zwei Drittel der Ein-

wohner stellten. Katholik zu sein, bedeutete z.B. auch, im Schnitt eine geringere Lebenserwartung zu besitzen. Der durchschnittlich um 15% größere Sterbeüberhang der Katholiken war das Ergebnis ihrer sich ständig verschlechternden wirtschaftlichen und sozialen Lage.⁸⁸⁸ Umgekehrt waren alle größeren Unternehmen in der Hand einer exklusiven, vielfach miteinander verbundenen Gruppe protestantischer Familien.⁸⁸⁹ Die Hungerkrise von 1846/47 hatte zwar keine unmittelbar lebensbedrohenden Folgen mehr, brachte aber nach wie vor viele Menschen in größte Schwierigkeiten. Auch der Winter 1847/48 wurde, das machen die Leserbriefe in der Lokalpresse deutlich, noch als Teil dieser wirtschaftlich kritischen Phase empfunden. Eine Kommunalpolitik, die - natürlich im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten - bereit war, Gegenmaßnahmen zu treffen, konnte dies nicht ohne die Mithilfe der wirtschaftlichen Eliten bewerkstelligen. Zwar hatten die katholisch dominierten Gemeindegremien auch bisher meistens eine industriefreundliche Grundhaltung eingenommen, dafür waren die Fabriken als größte Arbeitgeber am Ort einfach zu wichtig, aber selbst ein minimaler Schutz der (weitgehend katholischen) Industriearbeiterschaft wäre gegen die Unternehmer nicht durchsetzbar gewesen.⁸⁹⁰ Da Bürgermeister Forndran der gesellschaftlichen Führungsschicht Augsburgs nicht angehörte und aus diesem Kreis aber versucht wurde, seine ministerielle Bestätigung zu verhindern, könnte das überraschende Angebot der Parität als geschickter Schachzug des Bürgermeisters interpretiert werden, sich bei den oppositionellen Protestanten den bislang fehlenden Respekt zu verschaffen, war ihm doch im Umfeld seiner Wahl von dieser Seite sogar Unfähigkeit vorgeworfen worden, die Bedürfnisse von „Gewerbe, Handel und Industrie in der Gegenwart wie für die Zukunft“ zu

⁸⁸⁷ Fassl, Konfession, S. 270.

⁸⁸⁸ Ebda., S. 202ff.

⁸⁸⁹ Ebda., S. 231.

⁸⁹⁰ Hierzu: Fassl, Konfession, S. 269f.

erkennen.⁸⁹¹ Ein erfolgreicher Versuch, seine Gegner durch ein großzügiges Entgegenkommen zu gewinnen, hätte seine eigenen politischen Gestaltungsspielräume auf einen Schlag erheblich verbreitert. Der harte Kern von konservativen Katholiken, die ultramontane „katholische Partei“, verhinderte dieses Vorhaben aber zunächst.

Die Revolution veränderte diese Ausgangslage jedoch grundlegend. Die nächtlichen Unruhen vom 8. März hatten die „katholische Partei“ in Angst und Schrecken versetzt und damit politisch zunächst mundtot gemacht. Da den liberalen Protestanten und gemäßigten Katholiken an einer schnellen Beruhigung der Lage sehr gelegen war, stieß die Idee, die Parität wieder einzuführen, jetzt auf allgemeine Zustimmung. Am 13. März wurde von einer achtzigköpfigen Honorationenversammlung, die paritätisch besetzt war, der notwendige Konsens herbeigeführt, der dann zwei Tage später von einer Volksversammlung bestätigt wurde. Die Unterschriften von 1048 Bürgern erschienen den Gemeindegremien ausreichend, um nun ebenfalls die nötigen Beschlüsse zu fassen. Dass die Regierung die notwendige Bestätigung versagen würde, war zu erwarten, lag doch die Vorstellung der Quotierung einer Wahl völlig quer zu allen gängigen liberalen Forderungen. Wohl wissend schrieb Forndran in seinem Plädoyer für die Parität allen potentiellen Spöttern ins Stammbuch: *„Allein diejenigen, welche also urtheilen, verfolgen eine schöne Theorie, aber sie kennen die Menschen nicht, welche nicht nach Theorien ihr Verhalten einrichten, sondern nach Gewohnheiten noch mit der Muttermilch eingesogener eigenthümlicher Anschauungen.“*⁸⁹² Trotz der Ablehnung durch die Regierung hielt man sich in Augsburg bei Wahlen an die getroffenen Absprachen. Der erweiterte Armenpflegschaftsrat wurde paritätisch besetzt und auch bei den anstehenden Gemeindeersatzwahlen fiel das Ergebnis entsprechend aus. Zu einer wirklichen Parität kam es jedoch trotzdem nicht. Da sie nur auf die Neuzugänge angewandt wurde, vergrößerte sich zwar die Anzahl der Protestanten, die katholische Mehrheit blieb jedoch bestehen (Magistrat: vorher 8:4, jetzt 6:6, Gemeindebevollmächtigte: vorher 27:9, jetzt 24:12). Zu einer wirklichen Umgestaltung wäre wohl der kollektive Rücktritt aller Gemeindebevollmächtigten notwendig gewesen. In einem Leserbrief im „Tagblatt“ war dieser Schritt schon Anfang September gefordert, andernfalls sogar mit Wahlboykott gedroht worden, aber zu so einschneidenden Änderungen konnte man sich auf katholischer Seite nicht durchringen.⁸⁹³ Politisch wichtig war jedoch, dass die umstrittenen konservativ-katholischen Magistratsräte Tischer, Cassella und Pedrone - sie verkörperten geradezu das alte System - aus ihren Ämtern schieden und mit den Protestanten Volkhart, Heinzelmann und Wagenseil Politiker auftraten, die schon seit 1832 zum Kern des Augsburger Liberalismus gehört hatten. Bürgermeister Forndran agierte nun in der Tat als hoch angesehene politische Integrationsfigur. Aus konfessioneller Sicht bewährte sich die Parität auch bei den Landtagswahlen im Dezember 1848. Der Katholik Forndran, unterstützt von den Liberalen und der protestantische Bierbrauer Beer, den der konservative konstitutionell-monarchische Verein nominiert hatte, waren die Vertreter Augsburgs in München. Dass Forndran sich dort immer mehr den Konservativen annähern und Beer sich zu einem Vertreter der Linken entwickeln würde, konnten die Wähler nicht vorhersehen.

⁸⁹¹ Zitiert nach: Fassl, Konfession, S. 270.

⁸⁹² Zitiert nach: Fassl, Konfession, S. 325.

⁸⁹³ StAA, Augsburger Tagblatt, 7.9.1848, S. 1172.

Der begeisterte Jubel, mit dem die Wiedereinführung der Parität begrüßt wurde, macht es notwendig, nach dem tatsächlichen Stellenwert dieser Institution zu fragen. Die neuere Forschung weist übereinstimmend darauf hin, dass die Parität im Alltag den Normalfall darstellte. Die Vorstände der Kaufleutestube, der Handwerkerinnungen, wichtiger Gesellschaftsvereine und die Offiziersstellen der Landwehr waren konfessionell weitgehend gleichgewichtig besetzt, konfessionelle Reibungsflächen scheint es in diesen Bereichen kaum gegeben zu haben.⁸⁹⁴ Anders lagen die Dinge auf der Ebene der politischen Selbstverwaltung. Hier nutzten die Katholiken, die innerhalb der Einwohnerschaft die überwältigende, innerhalb der Bürgerschaft vermutlich eine knappe Mehrheit stellten, konsequent ihr Übergewicht, um ihre inhaltlichen und personellen Vorstellungen durchzusetzen. Abgeschirmte Zirkel, in denen Personalentscheidungen getroffen und inhaltliche Linien vorgegeben wurden, agierten dabei aus dem Hintergrund heraus. Diese verdeckte Form der Einflussnahme beruhte nicht nur auf dem vormärzlichen Verbot politischer Absprachen, an Parteien war überhaupt nicht zu denken, sondern auch auf der besonderen Form des Wahlsystems. Solange eine konfessionell orientierte Stimmabgabe der Wählerschaft die Regel war, genügte theoretisch eine hauchdünne Mehrheit bei den Wahlmännern, um alle Entscheidungen im eigenen konfessionellen Sinne durchsetzen zu können. Dementsprechend konzentrierte sich die politische Einflussnahme nicht auf die Masse der Wähler, sondern auf die überschaubare Zahl der Wahlmänner. Öffentlichkeit wäre für diese Form der Honoratiorenpolitik alles andere als hilfreich gewesen. Wer sich nicht an diese geheimen Absprachen hielt, bekam es umgehend zu spüren.⁸⁹⁵ Noch bei den Gemeindewahlen im September 1848 wurde dieses undurchsichtige System praktiziert. Zum Erstaunen der Urwähler wurde kurz vor dem entscheidenden Wahlgang, in dem die Wahlmänner die nachrückenden Gemeindebevollmächtigten wählten, eine Namensliste in Umlauf gebracht, die das Wahlergebnis bereits exakt vorwegnahm.⁸⁹⁶ Den alten Gewohnheiten entsprechend, war auf einen Wahlkampf verzichtet und alles im Vorfeld vereinbart worden. Das kam zwar in dieser Situation auch den Harmonievorstellungen der Liberalen sehr entgegen, war von demokratischen Gepflogenheiten aber weit entfernt.

Welchen Zielsetzungen hatte diese jahrelang „erprobte“ Personalpolitik gedient? Vorrangiges Ziel der Katholiken war die Wiederherstellung ihrer alten geschlossenen katholischen Infrastruktur, die durch die Säkularisation schwer beschädigt worden war. Die Aufhebung der Klöster, die Beschränkung der Kirchen, der Verlust der eigenen Stiftungen, Schulen und Armenversorgung hatte nicht nur einen massiven Einschnitt in den geistigen, sondern auch in den materiellen Alltag der katholischen Bevölkerung bedeutet.⁸⁹⁷ Nach dem Regierungsantritt König Ludwigs I., der vor allem nach den Revolutionserfahrungen von 1830 sein katholisch fundiertes, konservatives Herrschaftsverständnis verstärkte, gelang es den Augsburger Katholiken Stück für Stück ihre Le-

⁸⁹⁴ Möller, *Bürgerliche Herrschaft*, S. 246, Fassl, *Konfession*, S. 196 und S. 323.

⁸⁹⁵ Möller, *Bürgerliche Herrschaft*, S. 237ff. Der Fall des katholischen Kramers R. Ganther ist hierfür ein eindrucksvolles Beispiel.

⁸⁹⁶ StAA, *Augsburger Tagblatt*, 26.9.1848, S. 1267.

⁸⁹⁷ Vergleiche hierzu: Möller, *Bürgerliche Herrschaft*, S. 250ff, Fassl, *Konfession*, S. 324.

benswelt fast vollständig wiederherzustellen. Diese Bemühungen bargen grundsätzlich kaum konfessionellen Zündstoff, stiftete die erneute Formierung der konfessionellen Lebenswelten doch eher Frieden als Unfrieden. So wurde z.B. die Einrichtung des katholischen Gymnasiums bei St. Stephan und damit die Rekonnfessionalisierung der höheren Schulbildung auch von den Protestanten mitgetragen. Der geistige Zugriff auf die jeweils eigene Konfessionsgruppe vereinfachte sich dadurch für beide Seiten. Man ließ sich gegenseitig in Ruhe, lebte aber immer in der Sorge, dass sich der eingependelte Zustand zu Ungunsten der eigenen Gruppe verschieben könnte. Befürchteten die Protestanten, dass sie in einer mehrheitlich katholischen Stadt, eingebunden in eine katholische Region, Teil eines katholischen Staates, entgegen ihrer wirtschaftlichen Potenz, an die Seite geschoben werden könnten, so sahen die Augsburger Katholiken in den protestantischen Forderungen nach stärkerer politischer Einbeziehung nur den Versuch, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Dominanz auch noch auf den Bereich der Gemeindeverwaltung auszudehnen.⁸⁹⁸ Mit Händen zu greifen war diese Angst, als 1840 die Anzahl der protestantischen Gemeindebevollmächtigten nur knapp unter der ihrer katholischen Kollegen lag (19:17), was auf Seiten der Katholiken sofort zu der Befürchtung führte, „daß ein paar schwankende Katholiken, wie es deren, mit oder ohne Mischehen, manchmal gibt, das Übergewicht auch äußerlich der anderen Seite zuwenden könnten, auf welcher obnehin das Gewicht eines Sander, Schätzler, Miltenberg, Erzberger, Bonnet, Fröblich u.s.f. [der führenden Unternehmer und Bankiers] die Waagschale niederzuziehen geeignet war.“⁸⁹⁹

Eine neue Qualität bekam die konfessionelle Rivalität zu dem Zeitpunkt, als die konkreten lokalen Wünsche der Katholiken weitgehend erfüllt waren und die katholischen Führungszirkel zunehmend in ultramontanes Fahrwasser gerieten. Der wirtschaftliche Bedeutungsverlust des katholischen Bevölkerungsteils (1842/43 schloss z.B. die letzte „katholische“ Bank) ging in den 1840er Jahren einher mit der zunehmenden Ideologisierung seiner politischen Führungsgruppe. Für die neuen Leitfiguren des Augsburger Katholizismus war eine besonders enge Verbindung mit dem orthodoxen Teil des Klerus charakteristisch.⁹⁰⁰ Aus diesem Kreis kam während der Revolutionsmonate dann auch die Führung des „Konstitutionell-monarchischen Vereins“ (v. Brentano, Casella, Dr. Wittmann). In Augsburg wurde dieser Verein deshalb auch nie als eine Spielart des gemäßigten Liberalismus begriffen, sondern aufgrund der personellen Kontinuität als eine konservative Gruppierung, die alte „*katholische Parthei*“, deren „*Matadors*“ das „*Régiment Abel (...) auf den Händen getragen*“ hatten.⁹⁰¹

Charakteristisch für diese Gruppe war die Streitschrift von Patricius Wittmann „*Was wollen die neuen Kirchenfeinde und Klosterstürmer in Bayern? Und was wollen wir Katholiken? Ein Wort für das katholische Volk*“, die 1846 deutliche Worte für Monarchie und Katholizismus und gegen alle liberalen Bestrebungen fand. Nicht nur die bedingungslose Unterstützung des umstrittenen Ministeriums Abel irritierte die Augsburger Protestanten, mehr noch wurden sie durch die rücksichtslose Nutzung der Macht vor Ort

⁸⁹⁸ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 242ff.

⁸⁹⁹ STAA, Regierung, Nr. 8684, Augsburger Stadt- und Landbote, 23.11.1854, S. 1262.

⁹⁰⁰ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 255ff.

⁹⁰¹ StAA, Augsburger Tagblatt, 4.12.1848, S. 1627f.

brüskiert. So befand sich bei der Gemeindewahl von 1842 weder unter den 12 neuen Gemeindebevollmächtigten, noch unter den 12 Ersatzleuten ein einziger Protestant.⁹⁰² Gemessen an der verfahrenen politischen Situation stellte die offizielle Wiedereinführung der Parität im März 1848 eine Art Notbremsung dar. Die breite Unterstützung der Parität innerhalb der Augsburger Bürgerschaft zeigt, wie sehr die „katholische Partei“ den Bogen überspannt hatte. Der Sturz dieser Gruppierung und der überwältigende Zuspruch für die Politik der (in der Mehrheit) protestantischen Liberalen kann anders kaum erklärt werden. Gemessen am unproblematischen Nebeneinander der Konfessionen im Alltag war die Parität allerdings eher die Legitimierung bereits bestehender Zustände.⁹⁰³

Trotzdem, eine Selbstverständlichkeit war die Erneuerung der Parität nicht. Sie war auch mehr als nur ein kommunalpolitischer Waffenstillstand. Zumindest von Seiten der Liberalen wurde sie auch als Lernprozess begriffen, an dessen Ende die Entflechtung von politischer und religiöser Überzeugung stehen konnte. Dr. Carl Mebold, liberaler Redakteur bei der „Allgemeinen Zeitung“, formulierte diese Hoffnung sehr klar. Er bat darum, *„daß man in Zukunft bei Besprechung von staatlichen und städtischen Angelegenheiten die religiösen Sympathien nicht bei den Haaren in das Interesse ziehen möge. Auf dem Panier der Jetztzeit steht: Völlständige Religions-, Gewissens- und Lehrfreiheit und in ihrem Gefolge schreitet einher Religiosität, Bruderliebe und ein des deutschen Charakters würdiger Gemeinn.“*⁹⁰⁴ Die Reihenfolge ist eindeutig: Als verpflichtend galten politische Haltungen, Freiheitsliebe und Toleranz, Religiosität war dem untergeordnet, eine Privatangelegenheit, beinahe schon reduziert auf soziales Mitgefühl.

Von den Katholiken die geistige Trennung von Glaube und Politik zu verlangen, war für einen Liberalen eine leichte Übung. Sich selbst im Zaum zu halten, nicht reflexhaft aggressiv auf alles loszugehen, was einem am Katholizismus als überlebt erschien, kostete sichtlich Mühe. Dass man zumindest noch im Frühjahr 1848 um solche duldsame Haltung rang, zeigt die Ernsthaftigkeit der Vorgänge um die Parität. Zwischen welch unterschiedlichen Welten es zu vermitteln galt, wird an der publizistischen Auseinandersetzung um die Osterbeichtzettel deutlich. Nach Ostern war es im katholischen Augsburg üblich, dass die Kapläne alle katholischen Familien aufsuchten, von Haus zu Haus gingen, um die Nachweise der Osterbeichte einzusammeln - für einen kämpferischen Liberalen ein empörender Vorgang, *„ein Eingriff in die constitutionelle Gewissensfreiheit“*.⁹⁰⁵ Was vor der Parität zu einem heftigen Schlagabtausch geführt hätte, verwandelte sich jetzt in eine differenzierte Auseinandersetzung um die Reichweite von Gewissensfreiheit und den Respekt vor „fremdartigen“ Lebensformen. *„Ich brauche die ängstliche Controlle meiner Seelenzustände nicht“*, argumentierte ein Leser des „Tagblatts“, fand aber doch, dass man das *„uralte Einverständnis der Familienväter mit den Geistlichen“* respektieren solle. Mit Gewissensfreiheit habe das alles wenig zu tun, da die Verfassung die Freiheit sichere, eine als bedrückend empfundene kirchliche Gemeinschaft zu verlassen. Entschiedener fielen dagegen die Urteile anderer Leser aus. Hier liege kein

⁹⁰² STAA, Regierung, Nr. 8684, Augsburger Stadt- und Landbote, 24.11.1854, S. 1265f.

⁹⁰³ Vergleiche hierzu: Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 247 und 258.

⁹⁰⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 8.3.1848, S. 289.

⁹⁰⁵ Ebda., 1.5.1848, S. 548.

urales Einverständnis vor, sondern Bevormundung, „ein uralther Schlendrian (...) welcher endlich der Richtung unserer Zeit weichen muß“, hieß es auf liberaler Seite, während ein konservativer Katholik fragte: „Wer will einem Vater oder einer Mutter das Aufsichtsrecht über die Kinder abstreiten? Sollte der kathol. Pfarrer nicht das Recht haben, von seinen Pfarrangehörigen genauere Kunde einzuziehen, wie sie leben und wandeln? (...) und wenn er das Beichtzetteleinsammeln als eine „Bevormundung“ ansehen will, so entledige er sich derselben dadurch, daß er erklärt, er will nicht mehr katholisch seyn, und hiemit punctum.“ Es erschien schwierig, zwischen diesen klaren Positionen Brücken zu schlagen: „Das ist eine zur Erhaltung der Gesellschaft angeordnete Controlle, die sich jedes Mitglied, eben weil es Mitglied ist, gefallen lassen soll.“ Als wirkliche Gefahr betrachtete dieser Leser, der bekannte, durchaus bei der Beichte gewesen zu sein, „die gereizte und blindeifernde Weise aller Entgegnungen, welche sämmtlich gleich ein Excommunicationsdecret ergeben lassen möchten. (...) Wer jährlich nicht einmal beichtet, übertritt zwar ein Kirchengebot und begeht eine Sünde, allein er hört nicht auf Katholik zu sein.“⁹⁰⁶ War das Beharren auf überlieferten Verpflichtungen geradezu typisch für das konservative Verständnis von Parität – gerade in der deutlichen Abgrenzung zur anderen Konfession lag die Möglichkeit, die eigene Gruppe zu stabilisieren –, so stand dem jetzt eine tolerantere, individuellere Interpretation gegenüber, in der Konfessionszugehörigkeit aber kaum mehr war als die aufkündbare Zugehörigkeit zu einem beliebigen Verein. Diese öffentliche Debatte zeigte jedenfalls Wirkung, auch von Seiten des Bischofs war man bemüht, den jungen konfessionellen Frieden nicht zu belasten. Die Registrierung der Beichtzettel wurde zwar nicht abgeschafft, aber das Einsammeln von Haus zu Haus wurde eingestellt. Die Familienväter sollten sie selbst im jeweiligen Pfarrhof abliefern.⁹⁰⁷ Man verzichtete nicht auf ein Mittel konfessionsinterner Kontrolle, aber der Eindruck einer häuslichen Überwachung, das Eindringen in die Privatsphäre, sollte aus der Welt geschafft werden.

Dieses konträre Verständnis von Religion, hier Glaube als Privatsache, dort das Bedürfnis nach freiwilliger Unterordnung, formte auch die politische Parteinahme vor. Das Gros der Protestanten sympathisierte mit dem liberalen, große Teile der Katholiken mit dem konservativen Lager. Je stärker sich die Parteien ausbildeten, je näher die wichtigen Entscheidungen rückten, desto brüchiger wurden die guten Vorsätze im Geist der Parität. Da in den Augen des katholisch-konservativen Lagers der denkbar schlimmste Fall darin bestand, dass Albrecht Volkhart zum Repräsentanten Augsburgs aufsteigen könnte, wurde die konfessionelle Eintracht aufgekündigt und die anstehenden Landtagswahlen zu Anti-Volkhart-Wahlen umfunktioniert. Kirchliche Kreise begannen im Dezember 1848 einen massiven öffentlichen Angriff auf Volkhart, in dem man ihm heimliche Sympathien für die Republik, vor allem aber antikatholische Hassgefühle unterstellte. Der Kaplan von St. Georg listete in einem offenem Brief alle nur denkbaren Verfehlungen Volkharts auf.⁹⁰⁸ Der Angegriffene revanchierte sich mit Andeutungen über einen gelegentlich wenig zölibatären Lebenswandel des Kaplans, was wiederum eine Klage wegen Ehrverletzung nach sich zog.⁹⁰⁹ Der gewünschte Skandal

⁹⁰⁶ Ebda., 3.5.1848, S. 562, 8.5., S. 595, 11.5., S. 610.

⁹⁰⁷ Ebda., 13.5.1848, S. 621.

⁹⁰⁸ Ebda., 2.12.1848, S. 1621.

⁹⁰⁹ Ebda., 4.12.1848, S. 1631, 5.12., S. 1636.

war jedenfalls da, Volkharts Ansehen (zumindest außerhalb Augsburgs) beschädigt, die paritätische Gesinnung zerstört. Kurzfristig erreichten die Konservativen ihr Ziel, Volkhart wurde weder 1848 noch 1849 als Abgeordneter gewählt, der langfristige Schaden, der dem konfessionellen Miteinander damit zugefügt wurde, entpuppte sich allerdings als ein hoher Preis. Mit ihrer aggressiven, kompromisslosen Haltung verlor die kurzfristig wiedererstarke „katholische Partei“ für lange Zeit ihre Mehrheitsfähigkeit in der Stadt.⁹¹⁰

Die Kommunalwahl von 1854, in der die Protestanten erstmals eine Mehrheit unter den Wahlmännern erzielten, war der Beginn einer langen Phase liberaler Herrschaft in Augsburg, die bis in die Anfangsjahre des 20. Jahrhunderts reichen sollte. Der führende Kopf der ultramontanen Katholiken, Dr. Patrizius Wittmann, nahm diesen Durchbruch der Protestanten zum Anlass, in einer Artikelserie im „Augsburger Stadt- und Landboten“ über diesen Umbruch nachzudenken und die Ursachen dieses Prozesses zu analysieren.⁹¹¹ Die Ereignisse der Jahre 1848/49 stellten für ihn eine klare Zäsur dar, wobei die Revolution fast ausschließlich unter dem Aspekt der konfessionellen Rivalität gedeutet wurde. Trotz einer eindeutigen Mehrheit der Katholiken in den Gemeindegremien seien damals zwei entscheidende Fehler begangen worden: die Erneuerung der Parität und die Politisierung der Gemeindegremien.⁹¹² Die Parität sei, und sein nachträglicher Ärger darüber ist nicht zu überhören, „*ein purer Akt der Großmuth gewesen*“, ein Akt „*der Versöhnlichkeit, der Feindesliebe*“ ohne die Erwartung einer Gegenleistung. Sprechendster Ausdruck dieser Haltung sei gewesen, dass die katholische Mehrheit bereit war, „*gerade jenen Mann, der offenkundig zu den eifrigsten und einflußreichsten Gegnern katholischer Grundsätze und Bestrebungen gehörte, zum bürgerlichen Magistratsrathe zu wählen und ebendamit seinen Einfluß unter den bedenklichsten Zeitumständen zu erhöhen.*“⁹¹³ In Wittmanns Augen hatte Volkhart dann im Juli 1849 durch die Aufstellung einer liberalen Wahlliste, der kein ultramontaner Katholik angehörte, den „*Paritätsvertrag (...) rechtsförmlich zerrissen und für diejenigen Katholiken aufgehoben, welche in der trügerischen Hoffnung auf das unverbrüchliche Festhalten an Gerechtigkeit und Billigkeit sich zur Eingebung desselben hatten verleiten lassen.*“⁹¹⁴ Damit waren die Rollen in dieser Sicht klar verteilt: Auf der einen Seite gutwillige, leider etwas naive und zur Parität verführte Katholiken, denen eine „*zahlreiche, engverbundene, überaus rührige Partei*“ gegenüberstand, „*deren Führer unstreitig Herr Volkhart, deren Fahne das Anzeigblatt, deren Ziel die möglichste Zurückdrängung des katholischen Elements in der Stadt Augsburg*“ gewesen sei, eine Partei, „*zu welcher jedoch keineswegs alle Nichtkatholiken, wohl aber manche Aufklärer-Katholiken zu rechnen sind.*“⁹¹⁵ Wittmann konnte sich kaum von der Vorstellung lösen, dass Protestanten weitgehend mit Liberalen und Katholiken mit Konservativen gleichzusetzen seien.

⁹¹⁰ Vergleiche hierzu: Fassl, Konfession, S. 326.

⁹¹¹ STAA, Regierung, Nr. 8684. Hierin in leider nicht vollständiger Überlieferung verschiedene Nummern der von Wittmann herausgegebenen Lokalzeitung „Augsburger Stadt- und Landbote“ mit der Artikelserie „Zur Geschichte der Communalwahlen in Augsburg“ (21.11.1854 mit Lücken bis 22.12.1854, im Folgenden mit der jeweiligen Seitenzahl zitiert).

⁹¹² Ebda., S. 1281.

⁹¹³ Ebda., S. 1310.

⁹¹⁴ Ebda., S. 1358.

⁹¹⁵ Ebda., S. 1366f.

Dabei waren die Augsburger Liberalen in erster Linie Liberale und nicht Protestanten, Katholiken oder Juden. Gerade die Nachordnung der Religion erschien Wittmann wie Verrat, nur so erklärt sich seine Verachtung gegenüber den „Renegaten“, den liberalen „Aufklärer-Katholiken“.

Weshalb aber konnten sich 1848 „die Protestanten“ gegen „die Katholiken“ durchsetzen, ließen die Mehrheitsverhältnisse doch eher das Gegenteil erwarten? Wittmann machte hierfür vor allem das Fehlen einer *„wohlorganisierten katholischen Bürgerpartei“* verantwortlich, die den *„Einfluß auf den Gewerbeverein und den Ausschuß für Volksversammlungen und die Volksversammlungen selbst nicht ausschließlich den Protestanten“* überlassen hätte.⁹¹⁶ Dabei bestritt er keineswegs die Existenz einer einflussreichen katholischen Gruppierung in den Jahren des Vormärz, gestand ihr allerdings nur einen beschränkten Einfluss zu. Die Einigkeit der Katholiken habe außerhalb von Fragen der Besetzung von Posten innerhalb der Gremien bzw. der städtischen Verwaltung nicht existiert.⁹¹⁷ Dieser angebliche organisatorische Rückstand, verschärft durch offene Einschüchterung, habe die Katholiken geradezu handlungsunfähig gemacht. Nach seiner Vorstellungsrede im Zusammenhang mit der Paulskirchen-Wahl sei er *„halbamtlich verwahrt“* und aufgefordert worden, zur nächsten Volksversammlung nicht mehr zu erscheinen.⁹¹⁸ Eine am 12. März 1848 als Reaktion auf den „Tischer-Krawall“ geplante katholische Volksversammlung auf dem Frauenhof, die eine an den Bischof gerichtete *„Erklärung für den Schutz von Sicherheit und Eigentum hervorbringen sollte“*, wurde von der Stadtspitze aus Angst vor einer Gewalteskalation nicht genehmigt. Umgekehrt hatte eine vergleichbare Veranstaltung zugunsten eines angegriffenen liberalen Journalisten aber stattgefunden. Nicht ohne Respekt zieht Wittmann aus diesen Vorgängen den Schluss, dass die andere Seite *„offenbar mehr Muth und darum auch mehr Recht hatte, in öffentlichen Angelegenheiten die erste Rolle zu spielen“*.⁹¹⁹ Erst die Gründung des Central-Piusvereins im Winter 1848 habe ein Gegengewicht schaffen können, *„in welchem gegen Tausend Mitglieder und darunter sehr viele der eifrigsten katholischen Bürger und Wähler ihren Sammelpunkt gefunden hatten.“*⁹²⁰

War die Zurückhaltung der Augsburger Liberalen bei der Gründung eines offen politischen Vereins eher taktischer bzw. ideologischer Natur, so wurzelte das Zögern der Katholiken in noch viel grundsätzlicheren Bedenken. Noch ganz gefangen in einer staatlichen wie kirchlichen Untertanenmentalität, hielt man politische Betätigung, vor allem wenn sie sich als oppositionelle Politik verstand, für unstatthaft: *„Haben Gemeindecolliegen in stürmischen Zeiten einmal den Weg der Politik betreten, (...) so befinden sie sich (...) auf einer gefährlichen Bahn.“*⁹²¹ Bescheidene Formen kommunaler Selbstverwaltung waren in den Augen der führenden Katholiken das Höchstmaß an politischer Mitgestaltung, ein Recht, sich auf allgemeinpolitischer Ebene einzumischen, erschien als Anmaßung. Wenn die Augsburger Katholiken sich in einen liberalen und einen konservativen Flügel spalteten, dann nicht wegen dunkler Machenschaften Volkharts und seiner Anhän-

⁹¹⁶ Ebda., S. 1289.

⁹¹⁷ Ebda., S. 1270.

⁹¹⁸ Ebda., S. 1289f.

⁹¹⁹ Ebda., S. 1298.

⁹²⁰ Ebda., S. 1342.

⁹²¹ Ebda., S. 1285f.

ger, sondern aufgrund einer politischen Grundhaltung der katholischen Meinungsführer, die immer weniger Bürgern attraktiv erschien. Bescheidene Unterordnung unter Autoritäten (beginnend bei den Beichtzetteln und endend bei der Diskussion um die Reichsverfassung) entsprach so gar nicht den Vorstellungen einer sich selbstbewusst entfaltenden bürgerlichen Gesellschaft. Insofern war auch die Vorstellung von der Parität, zumindest wenn sie vor allem als Sicherung des Bestehenden begriffen wurde, Teil einer untergehenden Welt.

Kempten: Neustadt gegen Altstadt?

Die Aussöhnung der Bürgerschaft, die Befriedung der konfessionellen Konflikte hatte sowohl in Augsburg wie in Kaufbeuren die höchste Priorität. Als sich die Nachricht von der Einführung der Parität in Augsburg über die Tagespresse verbreitete, reagierte auch Balthasar Waibel sofort zustimmend. „*Wir empfehlen dieses schöne Beispiel auch für Kempten zur Nachahmung*“, legte er den Lesern der Kemptner Zeitung ans Herz.⁹²² Zwei Jahre später, die Revolution war verloren, versuchte der kommissarische Kemptener Bürgermeister, Rechtsrat Zethner, die Regierung von Strafkationen gegen die selbstbewusste Stadt abzubringen. Seine Argumentation warf ein bezeichnendes Licht auf die Verhältnisse in der Stadt: „*Auch stehen schon seit vielen Jahren zufolge der geschichtlichen und confessionellen Verhältnisse zwei feindliche Partheien einander gegenüber, weshalb es für das Interesse der Stadt wünschenswerth erschiene, die gegenseitige Annäherung nicht durch neues Aufreißen der politischen Wunden zu erschweren.*“⁹²³

Der erste Teil dieser Beschreibung bietet keine Interpretationsschwierigkeiten. Nicht nur seit vielen Jahren, eher seit Jahrhunderten, lagen die ehemalige Stiftsstadt, die katholische Residenzstadt des Kemptener Fürstbistums und die protestantische Reichsstadt in einem spannungsvollen Verhältnis einander gegenüber.⁹²⁴ Lebten im bikonfessionellen Augsburg und Kaufbeuren die Menschen innerhalb der Mauern einer Stadt, so waren sie in Kempten nicht nur konfessionell, sondern auch räumlich weitgehend voneinander geschieden. Mit der schrittweisen Vereinigung der beiden Städte unter bayerischer Herrschaft in den Jahren 1806-1818 veränderten sich nicht nur die Bezeichnungen (Reichsstadt/Altstadt und Stiftsstadt/Neustadt), auch die räumliche Verteilung der Konfessionen geriet immer mehr in Fluss. So blieb die Neustadt aufgrund des Bevölkerungszuzuges aus dem Umland ein fast vollständig katholisch dominierter Stadtteil (1853: 842 katholische und 33 protestantische Familien), die Altstadt bekam jedoch ein immer stärkeres gemischtkonfessionelles Gepräge (1853: 351 katholische und 633 protestantische Familien).⁹²⁵ Diese Vermischung führte aber keineswegs zu einem Zurücktreten konfessioneller Gesichtspunkte. Ganz im Gegenteil, in der Altstadt wurden fast ausnahmslos protestantische Gemeindevertreter gewählt, um gegenüber den katholischen Neustädtern nicht ins Hintertreffen zu geraten. Da die Altstadt aufgrund ihrer

⁹²² StAKe, Kemptner Zeitung, 16.3.1848, S. 298.

⁹²³ StAKe, P 38, Schreiben vom 16.4.1850 an die Regierung von Augsburg.

⁹²⁴ Grundlegend hierzu: Petz, W., *Zweimal Kempten-Geschichte einer Doppelstadt (1694-1836)*, München 1998 und die einschlägigen Beiträge in: Dotterweich, V. u.a. (Hg.), *Geschichte der Stadt Kempten*, Kempten 1989.

⁹²⁵ StAKe, A III 14b, Unions-Volkszählungen in den Jahren 1843-52.

höheren Einwohnerzahl mehr Wahlmänner stellte als die Neustadt (30:26), konnten beide Gemeindekollegien von den Protestanten dominiert werden. Diese zementierten Mehrheitsverhältnisse, unterfüttert durch jahrhundertlang währende wirtschaftliche Rivalität, führten dazu, dass sich die Bewohner der Neustadt das ganze 19. Jahrhundert als benachteiligte Bürger fühlten.⁹²⁶ Die räumliche Trennung oder umgekehrt die sichtbare Notwendigkeit der Integration verhinderte aber eine allzu deutliche Dominanz der altstädtischen Bürger. Proben in den Vierzigerjahren in Kaufbeuren die Protestanten und in Augsburg die Katholiken den politischen Durchmarsch, so blieben die konfessionellen Mehrheitsverhältnisse in Kempten in einem relativen Gleichgewicht. Die protestantisch dominierte Altstadt sicherte sich die Führungsrolle, ohne die katholische Neustadt zu offensichtlich vor den Kopf zu stoßen. Dabei wurde es zur Regel, dass der Bürgermeister von der Altstadt gestellt wurde und somit Protestant war, wohingegen das einflussreiche Amt des Rechtsrates, er war meist der einzige Fachmann in Verwaltungsfragen, einem Katholiken zustand. Dass ein Katholik aus einer neustädtischen Familie Bürgermeister werden konnte (Franz Heinrich Schnitzer 1830-36), war nur dadurch möglich, dass er seinen beruflichen Schwerpunkt (Kauf der Gastwirtschaft „Zum grünen Baum“ 1807) verlagert hatte und somit gewissermaßen Altstädter geworden war. An diesem Beispiel wird sehr deutlich, wie problematisch es ist, den Stellenwert der Konfession richtig einzuschätzen. Was hatte größeres Gewicht: die ökonomisch-soziale Stellung in einem Stadtteil oder die Konfession? In der Tat speiste sich das Selbstverständnis eines Bürgers aus einem „Geflecht vielfältiger Bezüge, wobei das religiöse Bekenntnis nur einen von mehreren Strängen bildet“, aber die Bedeutung der verschiedenen Stränge konnte je nach den Umständen stark variieren.⁹²⁷ Balthasar Waibel, Katholik und an der Nahtstelle zwischen Alt- und Neustadt wohnend, beherrschte es virtuos, auf der Klaviatur der komplexen Interessen, Loyalitäten und Animositäten zu spielen. Sein Versuch, in Kempten mit Hilfe einer großzügigen Vergabe von Gewerbekonzessionen liberale Wirtschaftsverhältnisse durchzusetzen, hatte ihn in den Zwanzigerjahren vor allem mit den altstädtischen Meistern in Konflikt gebracht. Dort war aus historischen Gründen die Zahl der personalen (nur mit der Person verknüpften) Handwerksgerechtigkeiten viel größer als in der Neustadt, wo reale oder radizierte Gewerbe, die vererbt, verkauft oder verpfändet werden konnten, dominierten.⁹²⁸ Verschärfte Konkurrenz konnte Meister mit personaler Gerechtigkeit deutlich härter treffen, da Zukunftsentscheidungen ohne die Sicherheit der realen Gerechtigkeit viel weniger planbar wurden. Folgerichtig wurde Waibel nach seinem erzwungenen Rückzug aus der Gemeindepolitik in den Vierzigerjahren fast ausschließlich von den Gemeindevertretern der Neustadt unterstützt, da beide Seiten aus persönlichen wie grundsätzlichen Interessen heraus der damals dominierenden Mehrheit sehr kritisch gegenüberstanden.⁹²⁹ Waibel brauchte die politische Rückendeckung, um wieder auf die Stelle des Rechtsrates gesetzt zu werden, die Neustadt versprach sich von dessen fach-

⁹²⁶ Hierzu: Filser, K., Industrialisierung und Urbanisierung. Kempten 1850 bis 1918, in: Dotterweich, Kempten, bes. S. 386ff.

⁹²⁷ Petz, Zweimal Kempten, S. 417.

⁹²⁸ Ebda., S. 485ff.

⁹²⁹ StAKe, A III 32a, Personalakt Waibel, Abstimmungsergebnisse des Magistrats und der Gemeindebevollmächtigten vom 24.11.1842.

licher Kompetenz eine stärkere Berücksichtigung ihrer Interessen. Eine 1842 mögliche, von der Neustadt wohl auch anvisierte Wahl Waibels zum Bürgermeister hätte die traditionelle Machtverteilung Kemptens aber so stark verändert, dass Waibel im Interesse des Gesamtwohls davon Abstand nahm. Diese Haltung, die sich für ihn persönlich nicht auszahlte, macht deutlich, dass Waibels Taktieren nicht vorrangig Mittel zum Zweck, sondern seinem Bemühen um „*Frieden und Eintracht der beiden Stadtteile*“ untergeordnet war. „*Ich wollte dadurch die zwischen der Alt- und Neustadt entstandene Spannung, die mir sehr widerwärtig war, beseitigen*“, erklärte er 1854 in der Rückschau.⁹³⁰ Je stärker sich in Kempten die liberale Richtung entwickelte, desto weniger spielten konfessionelle Überlegungen eine Rolle. Wie der Bürgerverein stand auch der Volksverein programmatisch weder einer bestimmten Konfession noch einem Stadtteil besonders nahe. Zum ersten Mal wurde so etwas wie ein Gesamtinteresse der Kemptener Bürgerschaft in eine politische Form gegossen. Dabei war man sich der Störungsanfälligkeit des Vorhabens immer bewusst. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um J. B. Hagenmüller Ende Juli 1848 warnte der Landtagsabgeordnete Schnetzer die Bürger der Alt- und Neustadt in eindringlichen Worten davor, „*sich gegeneinander betzen zu lassen – ein Ziel, auf das die Reactionspartei, freilich ohne es einzugestehen, emsig binarbeitet*.“⁹³¹ Deshalb war es auch nicht im Sinne der Liberalen, als sich in diesem Zusammenhang Spannungen zwischen den Landwehreinheiten der Alt- und Neustadt andeuteten. Einheiten der Altstadt wollten den Gehorsam verweigern, wenn der konservative Neustädter Magistratsrat C. Geneve, mit dem Waibel heftig aneinander geraten war, noch länger Landwehrmajor bleibe. Da sich die Neustädter mit ihrem Major solidarisierten, war es Waibel wichtig, den Konflikt möglichst rasch zu entschärfen.⁹³² Sollte sich nach der Begeisterung der Frühlingsmonate die bürgerliche Einigkeit nicht halten lassen, dann wollte man wenigstens nicht als der Schuldige dastehen. Bereits zwei Monate vorher hatte die Kemptner Zeitung in dieser Richtung argumentiert: „*Sollte es wirklich in unserer Stadt zu einer bedauerlichen Spaltung kommen, so tragen einige sogenannte Freunde der Ordnung die Hauptschuld*.“⁹³³ Wenn die Spaltung unvermeidlich sein sollte, dann sollte der Graben nicht Konfessionen oder Stadtteile trennen, sondern politische Haltungen. Ganz in diesem Sinne begrüßte Waibel die konservative Konkurrenz, die „*Allgäuer Zeitung*“, indem er ihre geistigen Eltern charakterisierte: „*Ein aus züchtiger Umarmung des Ultramontanismus und Bürokratismus entsprungenes hoffnungsvolles Kind, bei dessen Geburt der zeitgemäße Liberalismus einiger Protestanten mit rühmlicher Selbstverleugnung ersprießliche Hebammendienste verrichtete*.“⁹³⁴

Prüfstein dieser gesamtstädtischen Gesinnung mussten die Gemeindeersatzwahlen im Spätherbst sein. Hier kam es für den Volksverein darauf an, einen liberalen Sieg mit einem ausgewogenen Konfessionsverhältnis zu verbinden. Genauso wie in Augsburg wurden die Neuzugänge bei den Gemeindebevollmächtigten, den Magistratsräten und den Armenpflegschaftsräten paritätisch gewählt. Damit näherte sich die Zahl der alt- und

⁹³⁰ StAKe, A III 32, Flugblatt vom 5.5.1842, Verteidigungsschrift vom 28.12.1854.

⁹³¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 24.7.1848, S. 816.

⁹³² Ebda., 27.7.1848, S. 828.

⁹³³ Ebda., 19.5.1848, S. 555.

⁹³⁴ Ebda., 27.8.1848, S. 952.

neustädtischen Gemeindebevollmächtigten deutlich einander an, der Magistrat wurde - wie in Augsburg - tatsächlich paritätisch besetzt. Mit dem neuen Bürgermeister Johann Schnitzer hatten die Katholiken in diesem Gremium sogar die Mehrheit.⁹³⁵ Schnitzer war, gemessen an den Vorstellungen der Liberalen, geradezu eine Idealbesetzung, da er die völlige Abkehr von vertrauten Mustern verkörperte. Er war Vertreter der Altstadt, aber Katholik, er war ein enger Vertrauter Waibels, aber als Unternehmer und Inhaber einer Brauereiwirtschaft einer der wohlhabenden Männer der Stadt. Wie wichtig Waibel die Überwindung alter Frontstellungen war, wird auch daran deutlich, dass er den Lesern seiner Zeitung die Wahlergebnisse in Regensburg geradezu als Kontrastbild zu den Vorgängen in Kempten präsentierte. Dort hatten die Wahlen zu einem Erdrutschsieg der Katholiken geführt, *„man hat sonach den Grundsatz der Parität, der unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als je hätte berücksichtigt und aufrecht erhalten werden sollen, gänzlich beseitigt. Bedauerlich ist es, daß man nicht die Intelligenz, die Gesinnungstüchtigkeit und Rechtlichkeit der wählbaren Bürger zur ausschließlichen Richtschnur der Wahlhandlung genommen und zu den vielen politischen Spaltungen auch noch eine confessionelle gefügt hat.“*⁹³⁶

Rekrutierte sich die Führung des Volksvereins in der Anfangsphase vor allem aus dem Lager der neu- und altstädtischen Katholiken, so wurde diese Konfessionsgruppe mit der Bildung des konstitutionell-monarchischen Vereins auch von konservativer Seite umworben. Der katholische Klerus und die Regierungsbeamten, die in der Mehrheit katholisch waren und in der Neustadt wohnten, hatten nur in diesen Bezirken Chancen, kraft ihrer Amtsautorität regierungsfreundliche Positionen auch in Wählerstimmen umzusetzen. Da im Gegenzug die protestantische Pfarrei St. Mang mit dem Vikar Ernst Kraus auch noch einen wortgewaltigen, revolutionsfreundlichen Prediger bekam, verschob sich das Schwergewicht der liberalen Partei, zumindest was Wähler- und Anhängerschaft betraf, langsam in Richtung Altstadt. Im August 1849 charakterisierte der Stadtkommissär die beiden Stadtteile jedenfalls in dieser Weise: *„In der Neustadt scheint die Ruhe nicht bloß eine äußere zu sein, während in der Altstadt ein großer Theil der Bürger noch immer den Ansichten der Kempter Zeitung mehr oder minder anhängt.“*⁹³⁷ Als sich nach dem Ende der Revolution die traditionelle Rivalität zwischen Alt- und Neustadt erneut herausbildete, stand Waibel wieder auf Seiten derer, die weniger durchsetzungsfähig, weil politisch ungeübt waren.⁹³⁸ So verteidigte er 1862 die „Bürgergesellschaft der Neustadt“ gegen Angriffe der Regierung, da in diesem Verein keine allgemeinpolitischen Fragen, wohl aber *„Gemeindesachen“* besprochen würden. Der Stadtkommissär konnte in diesem Verhalten jedoch nichts anderes erblicken als die Befriedigung querulantischer Neigungen: *„Erst nach seinem Tode mögen sich die schroffen Gegensätze zwischen Alt- und Neustadt allmählich ausgleichen, denn seit er in der Altstadt den in den Jahren 1848 und 1849 gewonnenen Halt mehr und mehr schwinden sah, benutzt er den in materiellen Gründen gelegenen Antagonismus der Neustadt zu seinen Zwecken.“*⁹³⁹

⁹³⁵ Ebda., 14.9.1848, S. 1024.

⁹³⁶ Ebda., 6.10.1848, S. 1112.

⁹³⁷ STAA, Regierung, Nr. 9723, Bericht vom 27.8.1849.

⁹³⁸ Vgl. Petz, Zweimal Kempten, S. 463f.

⁹³⁹ STAA, Regierung, Nr. 9723, Bericht vom 22.2.1862, darin auch die Flugblätter Waibels vom 5./7.2.1862.

Konnte die deutliche katholische Dominanz im Vorstand des Volksvereins innerstädtisch ein gewisses Risiko beinhalten, so erwies sie sich für die Überzeugungsarbeit auf dem Land als unabdingbare Voraussetzung. Alle Vorstandsmitglieder, die ländliche Volksversammlungen organisierten oder dort als Redner auftraten (Balthasar Waibel, Johann Michael Schnetzer, Johann Schnitzer und Anton Wendlinger), waren katholisch und boten wegen ihrer Konfession keine unnötigen Reibungsflächen. Die Vorstellung, als Protestant, als Städter, als Industrieller oder Rechtsreferendar in den bauerlichen Landgemeinden erfolgreich für die Reichsverfassung werben zu können, wäre an Weltfremdheit kaum zu überbieten gewesen. Man musste sich in der bauerlichen Welt wie ein Fisch im Wasser bewegen können, musste deren Probleme kennen, deren Sprache sprechen und mit deren geistiger Welt vertraut sein, um selbst vertrauenswürdig zu sein. Waibel kam selber vom Dorf, Wendlinger war Lehrer, Schnetzer Käsehändler und Schnitzer Brauereibesitzer, alle kamen aus Bereichen, in denen Kontakte mit der Landbevölkerung die Regel waren. War man akzeptiert, dann konnte man sich - wie Waibel - zum Beispiel sehr kritisch mit den Dorfpfarrern auseinander setzen. Meist selbst aus einfachen Verhältnissen stammend, waren diese in der dörflichen Gesellschaft fest verankert. Aufgrund ihrer Bildung, ihres Lebensstils und ihrer Präsenz im Ort waren sie die „Herren“ in den Dörfern und, wie alle Autoritätsträger, in einer Mischung aus Verehrung und Misstrauen respektiert.⁹⁴⁰ Ihre Meinungsführerschaft konnte nur jemand in Frage stellen, der nicht als gänzlich Außenstehender eingestuft wurde. Welche Bedeutung die „richtige“ Konfession hatte, zeigen vor allem die Versuche der Konservativen, Ängste vor den Grundrechten zu schüren. Unmittelbare Folge der Trennung von Staat und Kirche sei, so argumentierten sie zum Beispiel sehr erfolgreich, dass *„der nächste beste Jude, Protestant, Calvinist, Neukatholik, den katholischen Gemeinden als Schullehrer aufgedrungen werden kann.“*⁹⁴¹ Konnte man mit solchen Befürchtungen richtig umgehen - und das war weniger eine Angelegenheit logischer Argumentation als eine Frage der Mentalität -, dann sprach nichts dagegen, auch die Landgemeinden für die liberale Sache zu gewinnen. Dass im Falle Kemptens die konfessionelle Übereinstimmung, wenn nicht notwendige Voraussetzung, so doch zumindest hilfreich war, um Stadt und Region politisch miteinander zu verzahnen, belegt der enorme Erfolg des Volksvereins bei der Gründung von Filialvereinen. Da viele dieser Zweigvereine im ehemaligen Territorium des Fürststifts lagen, erscheint der Gedanke, dass dabei alte politische, wirtschaftliche und vor allem geistige Bindungen an die ehemalige „Hauptstadt“ reaktiviert werden konnten, zwar kaum belegbar, aber nicht abwegig. Entscheidend für den Erfolg auf dem Land war neben der intensiven politischen Werbung, Wendlinger hielt selbst in kleinsten Orten Versammlungen ab,⁹⁴² die Anknüpfungsmöglichkeit an „landschaftliche“ Traditionen. Für etwa 300 Jahre hatte die „Landschaft“ für die bauerlichen Untertanen ein parlamentsähnliches Gegengewicht zur Herrschaft des Kemptener Fürstabts dargestellt. In den Gemeinden waren in regelmäßigen Abständen bauerliche Vertreter gewählt worden, deren Aufgabe unter anderem darin bestand, die bauerlichen

⁹⁴⁰ Vgl.: Blessing, W. K., Staat und Kirche in der Gesellschaft, Göttingen 1982, S. 96.

⁹⁴¹ StAKe, Kemptner Zeitung, 23.2.1849, S. 244.

⁹⁴² StAKe, B 17, Tagebuch 1849. Von Mitte März bis Mitte Juni hielt er in Waltenhofen (2x), Nesselwang, Herzmanns, Sulzberg, Ettlis, Sonthofen und Mariaberg Versammlungen ab.

Rechte gegen herrschaftliche Übergriffe zu verteidigen.⁹⁴³ Bereits während der Wahlkampagne für Haggenmüller hatte Waibel diesen Aspekt immer wieder hervorgehoben: *„Wenn der Bauer des ehemaligen Fürstentum Kemptens sich in einer günstigeren Lage befand, als in den meisten Theilen Deutschlands, so hatte er dies sich selbst, nicht seinen Herrn zu verdanken. Er ist nicht durch, sondern trotz seiner Fürsten emporgekommen; denn der Wohlstand des kemptischen Landes war eine Frucht der landschaftlichen Verfassung und diese Verfassung selbst eine Frucht des Widerstandes der Bauern gegen die Unterdrückungsversuche der Fürsten.“*⁹⁴⁴ Für die Breitenwirkung der Revolution im Allgäu war diese Tradition unabdingbar, obgleich es verfehlt wäre, sich diese Tradition als sofort abrufbare Erinnerung vorzustellen. Die Idee der Selbstverwaltung war zumindest in der Neustadt so schwach ausgeprägt, dass bei der Umsetzung der Regierungsverordnungen im Jahr 1806 die Mehrheit der dortigen Bürger kein Interesse an entsprechenden kommunalen Körperschaften zeigte.⁹⁴⁵ Um die Tradition zu reaktivieren, musste man sie erst wieder ins Bewusstsein zurückholen. Es ist schwer einzuschätzen, ob in der bauerlichen Bevölkerung diese Tradition noch irgendwie präsent war oder ob sie erst von bürgerlichen Historikern wie J. B. Haggenmüller, der sich in seinen Studien intensiv mit den Auseinandersetzungen zwischen Fürstabt und Landschaft beschäftigt hatte, wiederbelebt wurde.⁹⁴⁶ Die entscheidende Frage war dann aber immer noch: Wer konnte diese Tradition auf dem Land wieder zum Leben erwecken? Dass der Kemptener Volksverein personell deutlich katholisch-neustädtisch geprägt war, erwies sich dafür als wichtige Grundlage. Einem protestantisch-altstädtisch dominierten Verein wäre Ähnliches kaum gelungen. Die fehlende Ausstrahlungskraft der protestantischen Inseln Kaufbeuren und Augsburg weist jedenfalls deutlich in diese Richtung.

Zusammenfassung

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Konfession und Intensität der Revolutionsereignisse lässt sich für Bayerisch-Schwaben nicht herstellen. Es gab ruhige Orte, die mehrheitlich katholisch waren (z.B. Mindelheim) genauso, wie es ruhige evangelische Gemeinden (z.B. Memmingen) gab. Umgekehrt waren Gemeinden, in denen die Revolution hohe Wellen schlug, sowohl im katholischen (z.B. Immenstadt) wie auch im protestantischen (z.B. Nördlingen) Bereich zu finden. Zudem waren die beiden Großkirchen so intensiv in langfristige staatliche Planungen wie in konkretes Verwaltungshandeln eingebunden, dass sie immer als verlässliche Stützen von „Thron und Altar“ auftraten und von oben alles daransetzten, die überkommene Herrschaftsordnung zu legitimieren und revolutionäre Bestrebungen zu dämpfen. Wurde im Zeitalter der Aufklärung die Sicht auf den Herrscher immer rationaler, verdünnte sich das „Gottesgnadentum“ zum „monarchischen Prinzip“, so verliehen ihm gerade die im ganzen

⁹⁴³ Hierzu: Blickle, P., Politische Landschaften in Oberschwaben. Bäuerliche und bürgerliche Repräsentation im Rahmen des frühen europäischen Parlamentarismus, in: ders. (Hg.), Landschaften und Landstände in Oberschwaben, Tübingen 2000, bes. S. 24.

⁹⁴⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 3.5.1848, S. 489.

⁹⁴⁵ Petz, Zweimal Kempten, S. 463f.

⁹⁴⁶ Vgl.: Haggenmüller, J. B., Geschichte der Stadt und der gefürsteten Grafschaft Kempten von den ältesten Zeiten bis zu ihrer Vereinigung mit dem bayerischen Staat, 2 Bde., Kempten 1840 und 1842.

Land angeordneten, festlich gestalteten Gottesdienste zu allen möglichen dynastischen Anlässen (Geburtstag des Königs und der Königin, Taufen, Hochzeiten und Sterbefälle) wieder sinnliche Präsenz.⁹⁴⁷ Auf der Ebene der Amtskirchen existierten Verbindungen zwischen Konfession und Revolution höchstens im Bereich der vorbeugenden Maßnahmen.

Anders sah es „unten“ aus. Dass liberales Gedankengut seit den Dreißigerjahren vor allem in den Städten auf fruchtbaren Boden fiel, hing nicht nur mit den Eigentümlichkeiten einer städtischen Gesellschaft zusammen, sondern hatte seinen Grund auch in der Tatsache, dass ein großer Teil des Stadtbürgertums in Bayerisch-Schwaben protestantischer Konfession war. Der in diesem Milieu seit dem 18. Jahrhundert vorherrschende protestantische Rationalismus stand in engstem Zusammenhang mit der „Entwicklung der bürgerlichen Ideen und Leitbilder“.⁹⁴⁸ So bildete der Pfarrer als „aufgeklärter Morallehrer“ das angestrebte Priesterideal, die Prüfungsordnung für Pfarramtskandidaten definierte deshalb als zentrale Anforderungen: „Sinn für Wahrheit, Tugend und Religiosität.“⁹⁴⁹ Wenn der Mensch nicht mehr vorrangig als Sünder, sondern als tugendhaftes Subjekt angesehen wurde, dann lag auch der selbstbewusste Umbau einer Gesellschaft nach vernünftigen Gesichtspunkten im Bereich des Möglichen und Wünschbaren. Den Untertitel des von Albrecht Volkhart herausgegebenen „Augsburger Anzeigblattes“: „Durch Licht zu Wahrheit und Recht“ könnte man sich ebenso gut als rationalistisches Predigtthema vorstellen. Die zunehmende Verpersönlichung des Glaubens konnte jedoch auch den Effekt haben, dass man sich - abgesehen von gelegentlichen Gottesdienstbesuchen - weitgehend von der Gemeinde löste und Religiosität durch Philosophie, Wissenschaft, Politik und Kunst ersetzte. Kirchlichkeit reduzierte sich dann auf die festliche Gestaltung wichtiger Festtage im Lebenslauf und verkümmerte zur Erziehungsinstanz für Kinder und Dienstboten. Diesen „Kulturprotestantismus“ hatte der Kaufbeurer Landgerichtsarzt vermutlich vor Augen, als er in seinem Physikatsbericht die Kaufbeurer Protestanten als „*indifferent in Glaubenssachen*“ charakterisierte, als Bevölkerungsteil, der „*gar keine Religion hat*“, aber streng an seiner Konfession festhält.

Passte der protestantische Rationalismus genau zu den Absichten der Reformbürokratie in der Ära Montgelas, so veränderte sich das friedliche Klima zwischen den Konfessionen mit dem Regierungsantritt Ludwigs I. deutlich. Seine romantisch-konservative Einstellung begünstigte zwar eine grundsätzliche Aufwertung von Kirche und Religion, die einseitige Bevorzugung und massive Förderung des Katholizismus führte jedoch zu heftigen Irritationen bei den Protestanten.⁹⁵⁰ Existierte 1818 in den Gemeindegremien Kaufbeurens die konfessionelle Parität, so setzte hier bald eine deutliche Rekonfessionalisierung ein. Nutzten in Kaufbeuren die Protestanten rücksichtslos ihre Mehrheit in der Bürgerschaft, so verhielt es sich in Augsburg genau umgekehrt. Kempten dürfte nur aufgrund des Charakters als Doppelstadt von dieser Entwicklung verschont geblieben

⁹⁴⁷ Hierzu: Blessing, W. K., Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1982, S. 17, 34ff, 42ff, 57f, 76.

⁹⁴⁸ Ebda., S. 47.

⁹⁴⁹ Ebda., S. 46.

⁹⁵⁰ Ebda., S. 107f.

sein. Damit deutet sich der grundlegende Mechanismus an, der in den Revolutionsmonaten zum Tragen kam. Auf der Ebene der Städte hieß das: Die Konfessionsgruppe, die sich jeweils benachteiligt glaubte, versuchte die neue Situation für sich zu nutzen. Die Führer der Augsburger Liberalen waren mehrheitlich Protestanten, die dominierenden Kemptener Liberalen waren Katholiken. Kaufbeuren bildete insofern die Ausnahme, als die dortigen Katholiken auch nicht im Ansatz organisationsfähig waren. Auf staatlicher Ebene zeigte sich in den protestantischen Gebieten ein deutlicher Anti-München-Effekt, das hieß, die Erfahrung der konfessionellen Minderheit lockerte die Loyalität gegenüber der Regierung beträchtlich.

Die in allen drei Untersuchungsstädten sofort auftauchende Forderung nach Parität und deren schnelle und reibungslose Durchsetzung zeigt aber auch, dass das konfessionelle Konfliktpotential nicht überschätzt werden darf. Der Wunsch nach einer einheitlich handelnden Bürgerschaft erwies sich als viel stärker als alle konfessionellen Voreingenommenheiten, auch wenn sich das Ideal einer harmonischen klassen- und konfessionsübergreifenden Bürgergesellschaft bald als unrealistisch herausstellen sollte.

Revolution in den Städten Schwabens: Ein Modell

Wie repräsentativ waren die Revolutionsereignisse in Kaufbeuren? - Diese Frage bildete den Ausgangspunkt für den zweiten Teil der Untersuchung. Der Vergleich mit Augsburg und Kempten ergab für Schwaben das Bild einer - zumindest in den Grundzügen - erstaunlich einheitlichen Bewegung. Ortsspezifische Abweichungen konnten viele Ursachen haben, so spielten die Größe der Stadt, ihr Industrialisierungsgrad oder auch die Sozialtopographie eine Rolle. Darüber hinaus hing z.B. die unterschiedliche verbale Schärfe der politischen Verlautbarungen zu einem guten Stück auch vom Temperament der Führungsfiguren ab. Da es in Kaufbeuren 1848 keinen unbestrittenen Lokalmatador mehr gab, Chr. Fr. Heinzelmann war im Jahr zuvor gestorben, die revolutionäre Verlaufskurve somit von „persönlich“ bedingten Ausschlägen bereinigt war, dürfte der Verlauf der Kaufbeurer Revolutionsmonate für die ehemaligen schwäbischen Reichsstädte in hohem Maße idealtypischen Charakter haben.

Als weiteres Ergebnis lässt sich festhalten, dass sorgfältig differenziert werden muss zwischen einer Revolution, die im Rahmen der Bürgergemeinde Verbesserungen der konkreten Lebenswirklichkeit anstrebte und einer von außen kommenden „politischen“ Revolution, die die Ebene der Kommune verließ und auf die bayerische bzw. nationalstaatliche Ebene zielte. Welches Gewicht diese unterschiedlichen Ebenen besaßen und wie sie vom zeitlichen Ablauf her miteinander verschränkt waren, soll in ein paar zusammenfassenden Überlegungen skizziert werden.

1. Ohne die einschneidenden Erfahrungen der Krisenjahre 1846/47 hätte es die Revolution nicht gegeben. Die einander überlappenden Krisen (Ernteausfälle, Gewerbekrise in den Städten und Industriekrise) hatten zwar nicht mehr die katastrophalen Auswirkungen wie 1816/17, führten aber insgesamt zu einer Desillusionierung bezüglich der alten Ordnung. Im Frühjahr 1848, zu einem Zeitpunkt, an dem das Schlimmste gerade überstanden schien, wurde man sich der erlebten Missstände besonders schmerzhaft bewusst. Die Sicherung elementarer Lebensbedürfnisse (Versorgung mit Lebens-

mitteln und Brennholz, Armenfürsorge, Krankenversorgung, etc.) schien nicht mehr in ausreichendem Maße gewährleistet zu sein. Die Leserbriefspalten der Augsburger Lokalzeitungen machen deutlich, dass noch vor dem Ausbruch der Revolution ein intensiver Diskussionsprozess über notwendige städtische Reformen in Gang gekommen war. Ob die vielen Forderungen und Vorschläge auch ohne die Revolutionsereignisse von der jeweiligen Stadtführung aufgegriffen worden wären oder ob man die Probleme einfach ausgesessen hätte, muss dahingestellt bleiben. Nach dem Beginn der Revolution konnte man sich ein passives Abwarten jedenfalls nicht mehr leisten. Ausschlaggebend für die Reformbereitschaft waren gar nicht so sehr die tatsächlich erlebten gewalttätigen Ausschreitungen (sie hielten sich zahlenmäßig in sehr überschaubaren Grenzen), sondern in viel stärkerem Maße die Angst vor ihnen. Die soziale Revolution stand nirgends auf der Tagesordnung, aber deren Gespenst ging um. Die Protestaktionen der Monate März, April und Mai 1848 waren immer lokal orientiert und hatten durchweg sozialen Charakter, das gilt auch für die stärker kommunalpolitisch ausgerichteten Aktionen. So lässt sich bei Katzenmusiken vor den Häusern einiger Magistratsräte nicht genau sagen, ob diese als Vertreter der alten Ordnung angegriffen wurden oder ob sie ihren Kopf für konkrete Maßnahmen hinhalten mussten, die als sozial ungerecht empfunden wurden. Selbst die Forderung nach Öffentlichkeit der Sitzungen war weniger von abstrakten liberalen Theorien inspiriert, sondern hatte immer eine Stoßrichtung gegen die örtlichen Oligarchien, denen man oft die Durchsetzung vorwiegend privater Interessen unterstellte. Ein Resultat der tatsächlichen oder befürchteten Proteste war deshalb die Verunsicherung und zeitweise Lähmung der alten lokalen Eliten. Die rasche Aufstellung von Freikorps sollte nicht nur die Handlungsfähigkeit der Magistrate demonstrieren und den Bürgern das Gefühl von Sicherheit vermitteln, sondern auch diejenigen Gruppen ein Stück weit in die bürgerliche Gesellschaft integrieren, die zu militanten Protestaktionen neigten. Aber das war überall so. Bis zu diesem Punkt unterschied sich der Verlauf der Revolution in Schwaben noch nicht von anderen Regionen.

2. Das lokale Machtvakuum wurde umgehend von neuen Einrichtungen ausgefüllt. Neben den Gemeindekollegien, zum Teil auch bewusst gegen sie, entstanden Volksversammlungen, die mitunter präzise Forderungskataloge zusammenstellten und sich institutionell verfestigten. Die Zusammensetzung der Führungsgremien macht aber deutlich, dass diese Bürgerkomitees nicht auf einen Austausch der lokalen Eliten abzielten, sondern bestenfalls einen Generationswechsel signalisierten. Dementsprechend lauteten die zentralen Begriffe dieser Phase nicht Konfrontation oder Konflikt, sondern Einheit und Harmonie. Die Forderung nach Parität war der sichtbarste Ausdruck für den Wunsch nach einer möglichst konfliktfreien Bürgergemeinde. Auch die anderen Forderungen bewegten sich nie auf einer allgemeinpolitischen Ebene, sondern waren immer auf die Herstellung sozial ausgeglichener Verhältnisse gerichtet. Diese auffallende Beschränkung auf den lokalen Bereich könnte man durchaus als Ausdruck engstirniger Kirchumpolitik deuten und damit die Bedeutung der schwäbischen Städte für die Geschichte der Revolution als insgesamt unbedeutend einstufen. Dann bliebe aber immer noch zu klären, weshalb die Reichsverfassung von 1849 ausgerechnet in diesen Zentren lokaler Selbstbezogenheit auf deutliche Zustimmung stieß. Viel sinnvoller lässt sich dieser Befund erklären, wenn man die Städte Ostschwabens, vor allem die ehemaligen Reichsstädte, als Teil einer Region betrachtet, in der die Tradition des spätmittelalter-

lich-frühneuzeitlichen Kommunalismus noch lebendig war bzw. wieder reaktiviert werden konnte. Der Begriff „Gemeindeliberalismus“⁹⁵¹ erfasst exakt den Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung im politischen Selbstverständnis der Liberalen Südwestdeutschlands. Für Baden und Württemberg haben Paul Nolte und Manfred Hettling den zentralen Zusammenhang zwischen „Gemeindeliberalismus“ und spezifischem Revolutionsverlauf herausgearbeitet, Bayerisch-Schwaben ließe sich in dieses Muster problemlos einfügen. Wenn der liberale Kernbegriff „Freiheit“ nicht mit schrankenlosem Individualismus übersetzt wurde, sondern eher die Einbettung des Individuums in eine möglichst autonome Bürgergemeinde meinte, dann erweist sich der festgestellte Lokalismus als Bestandteil eines traditionsreichen politischen Denkens im südwestdeutschen Raum. Diese Tradition fand im Ideal der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ ihre passende Ergänzung. Weit davon entfernt, die Realität widerzuspiegeln, begründete diese Utopie den Anspruch der Liberalen, für alle Gruppen der Bürgerschaft sprechen und handeln zu können. Damit wurden die Unterschichten aus dem öffentlichen politischen Raum gedrängt. Soweit die Quellen die Realität richtig wiedergeben, spielten sie in den Untersuchungsstädten keine eigenständige Rolle mehr. An den bürgerlichen Politikformen beteiligten sich allerdings Menschen aus einem weiten sozialen Spektrum: Fabrikanten bis hin zu verarmten Alleinmeistern. Die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen sozialen Schichten erwies sich nicht als die entscheidende Grenze, den wirklichen Graben markierte der Besitz des Bürgerrechts. In diesem Sinn war die Revolution in den schwäbischen Städten eine ausschließlich bürgerliche Revolution.⁹⁵²

3. Begriffe wie Eintracht, Einheit, Harmonie, Gemeinwohl signalisierten aber nicht, dass die Existenz unterschiedlicher Schichten und deren spezifische Interessen geleugnet wurden. Ganz im Gegenteil, im Frühjahr und Sommer 1848 organisierten sich überall Interessengruppen, die ihren Ausgangspunkt in den verschiedenen ökonomischen Bedürfnissen hatten. Am schnellsten gelang es den Augsburger Fabrikanten im „Verein zur Förderung des Absatzes deutscher Arbeit“ (April 1848), ihre schutzzöllnerischen Interessen zu organisieren und in der Bevölkerung populär zu machen. Auch die Inhaber der Kaufbeurer Textilfabrik beteiligten sich an dieser nationalen Kampagne. Der im Mai 1848 gegründete Augsburger „Gewerbeverein“ trat für die Interessen der Handwerksmeister ein und machte seinen Einfluss rasch in ganz Schwaben geltend. Im Verlauf des Jahres entstanden in allen größeren schwäbischen Städten entsprechende Vereine. Ausgeschlossen blieben Gesellen und Fabrikarbeiter, die sich seit dem Sommer 1848 in den „Arbeiterbildungsvereinen“ ebenfalls ihre eigene Organisation gaben. All diesen Gruppen war gemeinsam, dass das vormärzliche Prinzip der individuellen Fortbildung in den Hintergrund trat und kollektiver Interessenvertretung Platz machte. Grundlegende Voraussetzung hierfür war aber eine regionale bzw. überregionale Vernetzung. Da der Landtag in München nur bis Anfang Juni 1848 tagte, fiel er als Anlaufstelle für industrie- und gewerbepolitische Wünsche praktisch aus. Deshalb wurde unter Überspringung der bayerischen Ebene sofort die nationale Koordinierung gesucht, um die Beratungen der Nationalversammlung im jeweiligen Sinne beeinflussen zu können. Neben den Verbindungen zu den eigenen Abgeordneten in der Paulskirche

⁹⁵¹ Vgl.: Nolte, Gemeindeliberalismus, S. 58.

⁹⁵² Hierzu: Hachtmann, Epochenschwelle, S. 11ff.

bildeten diese nationalen Interessenverbände („Allgemeiner deutscher Verein zum Schutz der nationalen Arbeit“, „Deutscher Handwerker- und Gewerbekongress“ und „Arbeiterverbrüderung“) die stabilste Brücke zwischen „Gemeinde“ und nationaler Ebene. Von entscheidender Bedeutung für den lokalen Verlauf der Revolution war, dass die z.T. sehr divergierenden wirtschaftlichen Vorstellungen das liberale Lager keineswegs spalteten, sondern dass nach Kompromissen gesucht wurde, die für alle Beteiligten tragbar waren. Die gemeinsame Ablehnung von Freihandel und Gewerbefreiheit bildete für den Moment noch eine ausreichende Basis, ein zukunftsfähiges Konzept war das aber nicht. Liberalismus in Schwaben hatte wenig mit wirtschaftsliberalen Forderungen zu tun, es ging nicht um das Abwerfen von Fesseln jeglicher Art. Korporative Vorstellungen waren Bestandteil traditionellen kommunalistischen Denkens und führten nicht automatisch zu einem politisch konservativen Politikverständnis. Wenn Nolte am badischen Liberalismus vor allem dessen Modernisierungskepsis betont, dessen „defensiven Charakter, der eher auf die Verteidigung und Wiederherstellung der alten Ordnung zielte als auf die Durchsetzung einer neuen“, dann trifft dies in gleichem Maße auch auf Bayerisch-Schwaben zu.⁹⁵³ Nicht nur inhaltlich war die Verankerung in traditionellen Lebenswelten mit Händen zu greifen, ohne die Organisationserfahrung der Handwerksmeister und der Gesellen wäre die schnelle Herausbildung von Interessengruppen in diesem Umfang nicht denkbar gewesen. Gruppen, wie z.B. die Handlungsgehilfen, die über diese Erfahrungen nicht verfügten, scheiterten in ihren Organisationsbemühungen. In einem Zeitungsinserat wurde darauf hingewiesen, dass *„wie es scheint, Schranken des Dünkels bisher Buchhalter, Reisende, Magaziniers, Comptoiristen und Laden-Commis von einander fern gehalten haben.“*⁹⁵⁴ Das Bedürfnis nach Organisation verspürten viele, es in die Tat umzusetzen, gelang nicht allen.

4. Der Sommer 1848 war die einzig sorglose Zeit der Revolutionsmonate. Die aggressive Welle spontaner Ausschreitungen auf dem Land und in den Städten hatte sich gelegt, in der Märzproklamation waren den Bürgern wichtige Reformen zugesagt worden. Der nach dem alten Wahlrecht gewählte Landtag hatte zumindest noch zwei wichtige Bereiche über die parlamentarischen Hürden bringen können: das Ablösegesetz und die Steuerreform. Die am Jahresende zu wählende neue Kammer, so war zu hoffen, würde auch die restlichen Punkte abarbeiten. Die Wahlen zur Nationalversammlung waren reibungslos verlaufen. Die Arbeit der Abgeordneten verfolgte man mit großem Interesse und ebenso großen Erwartungen. Die Pressefreiheit ermöglichte es, sich von den Vorgängen nicht nur in München und Frankfurt, sondern von den Ereignissen in ganz Europa ein genaues Bild zu machen. Fast wichtiger noch als die überregionale Berichterstattung wurde die Öffnung der Lokalblätter für die Meinungen der Leser. Die Durchsicht dieser Leserbriefspalten eröffnet ungewöhnlich anschauliche Einblicke in die Welt der Normalbürger, deren Sorgen und Wünsche häufig weit entfernt waren von den Themen der Parlamentsdebatten. Hier wurden bereits im Frühjahr wichtige lokale Forderungen artikuliert, die dann zeitlich versetzt zu Tagesordnungspunkten der Magistratssitzungen wurden. Die Leserbriefe entwickelten sich - zumindest für Augsburg lässt sich das nachweisen - zu politischen Seismographen für die Stadtspitze. Das

⁹⁵³ Nolte, Gemeindebürgertum, S. 16.

⁹⁵⁴ StAA, Augsburger Tagblatt, 14.4.1848, S. 456.

ungewohnte Ausmaß an kritischer Öffentlichkeit setzte die Magistrate unter Handlungsdruck und vermittelte den Bürgern gleichzeitig das Gefühl, zumindest auf lokaler Ebene erfolgreich Veränderungen in Gang setzen zu können. Die ungewöhnliche Dichte kommunaler Reformvorhaben macht deutlich, dass die Revolutionsmonate zumindest auf lokaler Ebene von den Bürgern als Erfolgsgeschichte wahrgenommen wurden. Motoren dieser Veränderungsprozesse waren, neben den liberalen Zeitungen, die von den Liberalen dominierten Organisationen, seien es politische Vereine oder noch vorpolitisch ausgerichtete Zusammenschlüsse, wie die Gewerbevereine. „Harmonie“-Vorstellungen von einer konfliktarmen Bürgergesellschaft hatten auch einen realen Gehalt und waren nicht nur Ideologie, die zur Aufrechterhaltung der Macht der städtischen Eliten diente. Der Liberalismus der Revolutionszeit war eine tatsächliche Volksbewegung mit hoher sozialer Integrationskraft. Auch die Wiedereinführung der Parität entsprang - neben allen taktischen Überlegungen - einer fast kindlichen Freude über den Anbruch einer neuen Zeit, einer Begeisterung, die man nicht durch Streit und Misgunst trüben wollte. Wenn die Revolutionsbilder des Kaufbeurer Konditors Andreas Schropp in der Mehrzahl festliche Szenen zeigen (Fackelzüge, Festbankette, Überreichung von Fahnen etc.), dann liegt das nicht nur daran, dass sich solche repräsentativen Momente leicht malen lassen, sondern sie spiegeln das tatsächliche Grundgefühl dieser Sommermonate wider. Die Gemeindeersatzwahlen Anfang September wurden aus dieser Haltung heraus zu einem Triumph der Liberalen, bezeichneten aber gleichzeitig den Endpunkt des kommunalen Höhenflugs. Mit der Revolutionswende im Herbst zerbrachen auch die Illusionen über die Dauerhaftigkeit gemeindebürgerlicher „Einheit“.

5. Die Ausbildung wirklich politischer Vereine war für die schwäbischen Liberalen kein vordringliches Ziel. Das hatte taktische und grundsätzliche Gründe, die das eigene Selbstverständnis berührten. Wenn die Liberalen sich zur Vertretung der „klassenlosen Bürgergesellschaft“ berufen fühlten, dann wäre die Gründung einer Partei, die schon durch den Begriff die Existenz eines gesellschaftlichen Teilwillens zum Ausdruck bringen musste, ein Widerspruch in sich gewesen. Organisationen, die im vorpolitischen Raum angesiedelt waren, eigneten sich zu Mobilisierungszwecken viel besser. Die Institutionalisierung der Volksversammlungen und die Gründung von Gewerbevereinen nach Augsburger Vorbild waren deshalb in Schwaben die gängigen Muster der Politisierung im liberalen Sinne. Diese informellen politischen Strukturen hatten zudem den Vorteil, dass in den bikonfessionellen Städten die katholische Bevölkerungsgruppe wenigstens in Teilen dem Liberalismus geöffnet werden konnte. Dass im Sommer 1848 in einer schwäbischen Stadt ein politischer Verein existierte, war deshalb die große Ausnahme. In Nördlingen mussten sich die Liberalen eine feste Organisation geben, um am 27. 8. 1848 das Treffen von württembergischen und bayerischen Volksvereinen überhaupt veranstalten zu können.⁹⁵⁵ In Kempten war Waibel durch die Gründung eines konstitutionellen Vereins zu organisatorischen Gegenmaßnahmen gezwungen worden. In allen anderen Städten erfolgte die Gründung liberaler Vereine erst zum Jahreswechsel 1848/49 oder im Zuge der Reichsverfassungskampagne. Erst die forcierte Bildung konservativer Gruppierungen vor den Landtagswahlen im Dezember 1848 (konstitutionell-monarchische Vereine, katholische Pius-Vereine) zwang die liberale Seite zur

⁹⁵⁵ Nickel, *Revolution*, S. 97.

Aufgabe ihres „Alleinvertretungsanspruchs“. Ab diesem Zeitpunkt standen sich überall in Bayerisch-Schwaben klare Alternativen gegenüber. Man musste sich für oder gegen die Revolution entscheiden. Eine Zersplitterung der liberalen Bewegung in verschiedene Fraktionen fand in Schwaben nicht statt, die Revolution erwies sich hier nirgends als „großes Ringen der Demokraten mit den Liberalen“.⁹⁵⁶

Wenn bislang die Zugehörigkeit Bayerisch-Schwabens zur südwestdeutschen Revolutionslandschaft betont wurde, dann zeigt sich in der fast einjährigen Verspätung bei der Gründung politischer Vereine der auffallendste Unterschied. Wenn Baden, Württemberg und Bayerisch-Schwaben eine halbwegs vergleichbare kommunalistische Tradition besaßen, wenn sich die Form des Gemeindeliberalismus in gleicher Weise durchgesetzt hatte, wenn die Integration der jeweils neuen Landesteile ein gemeinsames, nach wie vor virulentes Problem war, wenn die Auswirkungen der französischen Julirevolution von 1830 und die Wirtschaftskrise von 1846/47 ähnliche Folgen zeitigten, dann muss das erhebliche West-Ost-Gefälle in der Radikalität der Revolution anders erklärt werden als durch angebliche Mentalitätsunterschiede.⁹⁵⁷ Ein Blick auf die Besonderheiten der kommunalen Selbstverwaltung führt auch in dieser Frage zu plausiblen Antworten. Waren Bürgermeister und Gemeinderäte von der Regierung gestützte Verwaltungsorgane und damit tendenziell Teil des Beamtenapparates oder von der Bürgerschaft gewählte und auch wieder abwählbare Gemeindevertreter? - Dieser Problemkreis gehörte in Baden bis 1832, in Württemberg bis 1848 zu den zentralen Feldern der Auseinandersetzung zwischen Liberalen und der Regierung. In Baden entbrannte 1831/32, nach der Einführung der neuen Gemeindeordnung, ein erbitterter Wahlkampf zwischen den alten Amtsinhabern und der liberalen Bewegung, der das Land in bisher nicht gekanntem Maße politisierte.⁹⁵⁸ Zehn Jahre später führte eine Reihe rasch nacheinander auftretender politischer Konflikte zu einer grundsätzlichen Zerrüttung des Verhältnisses zwischen Regierung und Gemeindeliberalismus, einer „Krisenverdichtung“, die geradezu in die Revolution mündete.⁹⁵⁹ In Württemberg drehte sich der markanteste Dauerkonflikt im Vormärz um die Lebenslänglichkeit der Gemeindeämter. Wurde man nach zwei Jahren als Bürgermeister oder Gemeinderat wieder gewählt, so erwarb man sich das Amt auf Lebenszeit. Der freiwillige Rücktritt nach zwei Jahren wurde für liberale Amtsinhaber deshalb geradezu eine Verpflichtung. Die aus diesem Grund ständig notwendigen Nachwahlen hatten in Württemberg ebenfalls eine dauerhafte Politisierung der Gemeindebürger zur Folge.⁹⁶⁰ In Bayern existierten diese Probleme nicht oder nur in sehr viel geringerem Ausmaß. Hier waren Bürgermeister und Magistratsräte, soweit sie keine Volljuristen waren, seit 1818 frei wählbar und nur auf Zeit im Amt. Auch die Gemeindebevollmächtigten hatten von Anfang an weit größere Mitspracherechte als die Bürgerausschüsse in den westlichen Nachbarterritorien. Wenn die kommunale Ebene für die bürgerliche Lebenswirklichkeit die entscheidende Rolle spielte, dann heißt das aber: Die politische Radikalisierung in den 40er Jahren unterblieb in

⁹⁵⁶ Möller, Bürgerliche Herrschaft, S. 310.

⁹⁵⁷ Nickel, Revolution, S. 96.

⁹⁵⁸ Nolte, Gemeindebürgertum, S. 102ff.

⁹⁵⁹ Ebda., S. 229.

⁹⁶⁰ Hettling, Reform, S. 131ff, 169f.

Bayerisch-Schwaben, weil die Verhältnisse hier am liberalsten waren.⁹⁶¹ Damit unterblieb auch der Schub an politischer Organisation, die Ausbreitung des Gemeindeliberalismus in der Fläche, die regionale Vernetzung des Liberalismus durch häufige Versammlungen, Feste und Koordinierungstreffen. Was in den Jahren des Vormärz für die Menschen von Vorteil war, erwies sich im Verlauf der Revolution als Schwäche. Konnte man in Baden und Württemberg sofort auf landesweite Organisationsstrukturen zurückgreifen, mussten sie in Schwaben erst mühsam aufgebaut werden.

6. Kamen im Frühjahr 1848 die Bürger selbst (und nicht nur ihre Meinungsführer) zu Wort, dann zielten ihre Forderungen durchwegs auf die Wiederherstellung des sozialen Gleichgewichts in ihren Gemeinden. Man wollte Arbeit finden, von seiner Arbeit leben können, ausreichend mit Nahrungsmitteln und anderen lebenswichtigen Gütern versorgt sein, im Falle von Krankheit oder Verarmung nicht auf sich gestellt bleiben, möglichst viele Dinge selbstverantwortlich vor Ort entscheiden können – kurz, man betrieb mit der Revolution zunächst seine eigene Sache, andere Ziele waren erkennbar nachgeordnet. Nur ließen sich Prozesse wie der Pauperismus oder die Industrialisierung kaum von den Kommunen aus beeinflussen. Jede Gemeinde musste mit Problemen dieser Art überfordert sein, die Kommune als Schutzraum gegen eine unwirtliche Gesamtgesellschaft war eher eine rückwärtsorientierte Utopie als ein zukunftsweisendes Konzept. Zudem wurden die Gesetze nicht vor Ort, sondern in München gemacht. Es wäre also zu klären, welches Gewicht in Bayerisch-Schwaben den übergeordneten politischen Ebenen zugesprochen wurde. Gab es ein in größerem Umfang erkennbares traditionelles Reichsbewusstsein oder war der nächst wichtige Bezugspunkt der bayerische Staat? Es gibt vereinzelte Äußerungen Fischers oder Waibels auf Volksversammlungen, die daran erinnerten, dass die schwäbischen Reichsstädte wesentlich länger Teil des Reiches als Teil Bayerns gewesen waren. Stellungnahmen dieser Art sind aber so singulär, dass aus ihnen kaum auf eine weitere Verbreitung in der Bevölkerung geschlossen werden kann. Wenn die reichsstädtische Tradition lebendig war, dann im Bereich der kommunalen Selbstverwaltung, denn das war zu allererst eine Frage der alltäglichen Lebenspraxis. In welchen territorialen Rahmen die Selbstverwaltung eingebettet war, dürfte ein zweitrangiges Problem gewesen sein. Einem Reisenden, der im März 1848 Schwaben durchfahren hätte, wären kaum Zweifel an der Gesinnung der Menschen gekommen. In Augsburg *„lief alles was Odem hatte sich umzusehen nach einem Stücklein blau-weißen Band. Die ächten Patrioten begnügten sich nicht damit einen Streifen blau-weiß am Rock zu befestigen, sondern flaggten wie die Maibäume von dem Scheitel bis zur Zehe voll blau-weiß.“*⁹⁶² Hätte er ins Wertachtal geblickt, so wäre ihm dort *„jubelnd Volk in übergroßer Zahl, viel Fähnlein weiß und blau“* vor Augen gekommen.⁹⁶³ Noch sprechender waren das Verhalten oder die Kommentare der politischen Wortführer. Der spätere Augsburger Paulskirchenabgeordnete Dr. Paur lehnte seinen Sitz im Fünfgigerausschuss des Frankfurter Vorparlaments mit der Begründung ab, er habe, *„den ihm von mindestens 60 Gemeinden des Kreises von Schwaben und Neuburg gegebenen Auftrag, ihre Beschwerden an die Regierung über die übertriebenen Grund- und Gemeindelasten, sowie die Beschränkung der Gemeinderechte überhaupt,*

⁹⁶¹ Vgl., Fassl, Konfession, S. 315.

⁹⁶² StAA, Augsburger Tagblatt, 7.5.1849, S. 663f.

⁹⁶³ Ebda., 26.3.1848, S. 374.

schleunigst zu Ende zu führen.“⁹⁶⁴ Kommunale Verpflichtungen wurden wichtiger genommen als nationales Engagement. In Kempten formulierte Waibel die Befindlichkeit der Allgäuer: *„Das Allgäu kennt keinen grundherrlichen Adel mehr und es erfreut sich daher unser Bauer einer Selbständigkeit, wie er sie nur in wenigen Gegenden Deutschlands besitzt. (...) Bekommen wir noch bald eine bessere und wohlfeilere Rechtspflege nebst einer humaneren, minder willkürlichen Polizei und ein billiges Ablösungsgesetz, so sind die Hauptwünsche des Allgäus erreicht.“*⁹⁶⁵ Von nationaler Euphorie fand sich nirgends eine Spur, es dauerte einen ganzen Monat, bis auf den Rathäusern unserer Untersuchungsstädte die schwarz-rot-goldene Fahne wehte. Man verfolgte zwar die Beratungen in Frankfurt mit großer Sympathie und unterstützte die Reichsverfassung trotz der Skepsis gegenüber der liberalen Gewerbepolitik und trotz der Abneigung gegen ein kleindeutsches Erbkaisertum, aber selbst im Frühjahr 1849 verließen Aktionsformen und Argumentationsmuster nie den bayerischen Bezugsrahmen. Im Wunsch, einen deutschen Nationalstaat zu errichten, war man sich weitgehend einig, eine besondere Priorität besaß dieser Wunsch allerdings nicht. Wichtiger waren die Grundrechte. Aber die Allgäuer Volksversamlungsreden zeigen auch, dass man sie nicht aus nationalem Überschwang forderte, sondern um ihrer Inhalte willen. Wenn der Nationalstaat schon in erkennbar weite Ferne rückte, so wollte man wenigstens auf der Ebene des Einzelstaates von den konkreten Ergebnissen der Grundrechtsdebatte profitieren. Als das Kemptener „Volksvereinsblatt“ im Juni 1849 seinen Lesern den Begriff „Volksouveränität“ erläuterte, war vom Fürsten und nicht vom Kaiser die Rede, wichtigster Anknüpfungspunkt war aber auch hier die Gemeinde: *„Im Großen verhält es sich mit der Volkssouveränität gerade so, wie es sich im Kleinen mit den Angelegenheiten in einer Gemeinde verhält. Die Gemeindeglieder, die wissen gewiß am Besten, was ihrer Gemeinde nutzt und frommt (...) Es ginge gewiß manchmal viel besser, wenn die Regierung nicht überall gleich von vornherein ihre Hand darin hätte, sondern das Volk auch etwas gelten ließe. Mit der constitutionellen Monarchie verträgt sich diese Einrichtung ganz gut. Der Fürst im Land, der ist dann der Vollzieher und der Wächter der Gesetze und sorgt dadurch für das Wohl des Volkes (...) Freilich heißt es dann nimmer das Volk ist der Regierung wegen da, sondern umgekehrt, die Regierung ist da wegen dem Volk.“*⁹⁶⁶ Wenn die Revolution in den schwäbischen Städten auch relativ einheitlich verlief, am Ende zeichnete sich doch ein wichtiger Unterschied ab. Je traditioneller ein Gebiet strukturiert war, desto hartnäckiger hielt man am Konzept des Gemeindeliberalismus fest, je industrialisierter eine Stadt war, desto mehr schob sich der nationale Gedanke in Gestalt von ökonomischen Argumenten in den Vordergrund. In einem Aufruf zur Landtagswahl 1849 beklagte der „Deutsche Verein zum Schutze nationaler Arbeit“ in Augsburg, dass nicht einmal die *„materielle Einheit Deutschlands“* zu Stande gekommen sei. Um so notwendiger sei es jetzt, Leute zu wählen, die *„auch Kenntnis von dem besitzen, was Brod schafft.“* Überhaupt sei diejenige Regierungsform die beste, *„bei welcher das Volk in der kürzesten Zeit zur höchsten allgemeinen Wohlfahrt gelangt (...) Idealpolitiker und kosmopolitische Schwärmer, welche die gepriesene Zeit des erträumten Völkerfrühlings verkünden, können uns nicht frommen.“*⁹⁶⁷

⁹⁶⁴ StAKe, Kemptner Zeitung, 22.4.1848, S. 449.

⁹⁶⁵ Ebda., 31.5.1848, S. 603.

⁹⁶⁶ Ebda., Volksvereinsblatt, Nr. 11, 6.6.1849, S. 46.

⁹⁶⁷ StAA, Augsburgs Tagblatt, 20.7.1849.

In engem Zusammenhang mit der fortschreitenden Industrialisierung wandelte der Liberalismus sein Gesicht. Die Kommunen blieben zwar die Hochburgen der Liberalen – gerade der spätere langjährige Augsburger Bürgermeister Ludwig Fischer war eine der markantesten Persönlichkeiten des Liberalismus in Bayern –, aber der Liberalismus nach der Revolution war erkennbar ein anderer als der vor und während der Revolution. Die „realpolitische“ Wende und die Verschiebung der Akzente in Richtung nationale Frage warfen ihre Schatten voraus. Um es mit der Formulierung Paul Noltes zu sagen, der Liberalismus war nach wie vor *in* den Gemeinden verankert, er war aber nicht mehr länger ein Liberalismus *der* Gemeinden.⁹⁶⁸

Epilog: Erinnerung als Waffe

Am 18. März 1898 kam es im Berliner Reichstag, mittlerweile gab es den deutschen Nationalstaat in Form des Kaiserreiches, zu einer Debatte, die von der Presse zu einer der aggressivsten überhaupt gezählt wurde. August Bebel, der Führer der Sozialdemokraten, hatte der Aussprache durch eine genau kalkulierte Provokation ein ganz neues Thema gegeben. Man debattierte nicht mehr wie vorgesehen über die Militärstrafgesetzzordnung, sondern über ein Ereignis, das genau fünfzig Jahre zurücklag – die Barrikadenkämpfe in Berlin am 18. März 1848. Für manchen Abgeordneten gehörten die Monate der Revolution noch zu den Erfahrungen der eigenen Jugend. Wie so oft gab die Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit der Auseinandersetzung erst die besondere Schärfe. Auf der Rechten kam die alte Wut auf dieses „Jahr der Schande“, die grundsätzliche Verachtung der Revolution hoch, die Linke betonte dagegen deren Legitimität und sah in den Ergebnissen von 1848/49 nach wie vor die bessere Alternative zum Kaiserreich bismarckscher Prägung. Die Liberalen rechtfertigten ihre vielfältigen ideologischen Wandlungen. Sie wollten nur ungern an die Gewalt und die Formen sozialen Protestes erinnert werden, sahen aber das Paulskirchenparlament als selbstverständlichen Teil ihrer Tradition. Nach wie vor schieden sich die Geister an der Frage: monarchische Legitimität oder Volkssouveränität?⁹⁶⁹

Wie frisch die Erinnerungen in Kaufbeuren fünfzig Jahre später noch waren, lässt sich kaum abschätzen. Weder der bayerische Staat noch das Kaiserreich hatten irgendein Interesse daran, die kollektive Erinnerung an die Revolution zu fördern. In Vergessenheit geraten war sie aber bestimmt nicht, dafür sorgte allein schon die Existenz eines lebenden Denkmals wie Karl Haffner. Das liberal-protestantische Milieu hatte sich nach der Reichsgründung 1871 und in den hochfahrenden Jahren des Wilhelminismus seine eigene nationale Sicht der Dinge zurechtgelegt. Deshalb war es für das „Kaufbeurer Anzeigblatt“ überhaupt keine Frage, in einer Reihe von Artikeln an das Jahr 1848 zu erinnern. Den Auftakt bildete ein Wiederabdruck der königlichen Proklamation vom 6. März 1848, in welcher *„alle die Wünsche befriedigt wurden, von denen damals die Herzen des*

⁹⁶⁸ Nolte, Gemeindebürgertum, S. 11.

⁹⁶⁹ Der Absatz stützt sich weitgehend auf den Artikel „Zwischen Friedrichshain und Paulskirche“ von Jürgen Kocka, in: Die Zeit, 29.4.1998, S. 78.

Volkes bewegt wurden.“⁹⁷⁰ Diese konservative Deutung leugnet zwar nicht die Berechtigung der Märzereignisse, suggeriert aber gleichzeitig, dass weiter gehende Forderungen nach politischer Mit- oder gar Selbstbestimmung nur Schaden angerichtet hätten. *„Wir wissen sehr wohl, daß viele von denen, die auf den Barrikaden standen und die heute von der Demokratie als Helden gefeiert werden, zu dem elendsten internationalen Gesindel gehörten, wir ermessen sehr wohl die traurigen Folgen, die jede Auflehnung gegen Gesetz und Ordnung mit sich bringt, und erkennen die Schmach, die in diesen Tagen das Königtum erlitt (...) Wir hoffen, daß niemals wieder eine Zeit kommen möge, in der der Parteihaß diese grauenhafte Frucht treibt.“*⁹⁷¹ Trotzdem fand das nationalliberale Kaufbeurer Blatt durchaus Aspekte, die der Leser positiv würdigen sollte. Da waren zum einen die *„vielen ausgezeichneten“* Parlamentarier der Paulskirche, derer man sich *„mit Dank und Pietät“* erinnern sollte,⁹⁷² zum anderen sei damals *„das Sehnen nach nationaler Einigung und nach einem mächtigen, starken Deutschland im Inneren wie nach Außen wieder kräftig zum Durchbruch“* gekommen.⁹⁷³ Das war wohl die Generalformel, auf die man sich in diesem gesellschaftlichen Spektrum verständigt hatte: die Revolution als in jeder Hinsicht unzureichendes, aber aner kennenswertes Vorspiel zum Kaiserreich von 1871. Die Farben Schwarz-Rot-Gold waren eingemottet und problemlos durch Schwarz-Weiß-Rot ersetzt worden. *„Jener Freiheitsstaat, wie ihn die deutschen Vaterlandsschwärmer von damals sich vorstellten und ihn erstrebten, würde, selbst wenn seine Verwirklichung gelungen wäre, zweifellos bald wieder zu Grunde gegangen sein. Der deutsche Einheitsstaat mußte unter ganz anderen Voraussetzungen, als unter denen des Revolutionsjahres, geschaffen werden, nur eine weitausschauende kühne und zugleich rücksichtslose Politik von „Blut und Eisen“ konnte ihn (...) entstehen lassen. Und diese gewaltige Aufgabe wurde denn auch von dem staatsmännischen Genie, eines Otto v. Bismarck herrlich gelöst. (...) In weit höherem Maße, als es je zu erwarten stand, haben sich die sehnlichsten Hoffnungen unserer Väter durch die Errichtung des neuen deutschen Reiches erfüllt.“*⁹⁷⁴

Während sich ein bürgerlicher Zeitungsleser zufrieden zurücklehnen konnte, um mit seinem Kaiser vom „Platz an der Sonne“ zu träumen (die historische Reminiszenz an 1848 war eher eine Reaktion auf die Debatte im Reichstag), wurden die Leser der sozialdemokratischen „Augsburger Volkszeitung“ schon seit geraumer Zeit auf das Revolutionsjubiläum eingestimmt. Die SPD war die einzige politische Kraft, die die Erinnerung an die Jahre 1848/49 kontinuierlich pflegte und ritualisierte. Dazu gehörte z.B. die Ehrung der Toten der Berliner Barrikadenkämpfe vom 18. März 1848 durch Kranzniederlegungen auf dem Friedhof Friedrichshain. Diese Tradition verlor allerdings in dem Maße an Bedeutung, in dem sich der 1. Mai als zentraler Festtag durchsetzte. 1898 wurden Märzfeiern in allen größeren Städten abgehalten. So lud die Augsburger SPD für den 19. März zu einer öffentlichen Kundgebung, die unter dem Thema *„Die Bedeutung des 18. März für das arbeitende Volk“* stand.⁹⁷⁵ Einen Tag später fand eine *„Märzfeier zum 50-jährigen Gedächtnis der Volkserhebung des Jahres 1848 unter Mitwirkung des Arbeiter-*

⁹⁷⁰ StAKf, Kaufbeurer Anzeigebblatt, Nr. 54, 8.3.1898.

⁹⁷¹ StAKf, Kaufbeurer Anzeigebblatt, Nr. 64, 21.3.1898.

⁹⁷² Ebda., Nr. 111, 18.5.1898.

⁹⁷³ Ebda., Nr. 63, 18.3.1898.

⁹⁷⁴ Ebda.

⁹⁷⁵ StBA, Münchener Post und Augsburger Volkszeitung, 18.3.1898.

Sängerbundes und des Arbeiterturnvereins“ statt. Dabei sollten lebende Bilder zur Ausführung kommen.⁹⁷⁶ Einen Eindruck vom Pathos einer solchen Feier vermittelte der Bericht über die Münchner Märzfeier, die von ca. 3 000 Menschen besucht gewesen sein soll. Im Zentrum des großen Saales des „Münchener-Kindl-Kellers“ stand die Statue einer fast vier Meter hohen Freiheitsgöttin, „die flammende Fackel in der hoherhobenen Rechten.“ Ein „wehevoller Männerchor“ umrahmte die Festrede. Das gemeinsame Singen der Arbeiter-Marseillaise schloss den „*imposanten Verlauf*“ der mehrstündigen Veranstaltung. Dass den Arbeitern die Gegenwart aber doch wichtiger war als das Gedenken, wurde darin deutlich, dass ein Telegramm an Wilhelm Liebknecht, der gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war, den stürmischsten Beifall erhielt.⁹⁷⁷ Aber auch bei den Sozialdemokraten wurden die Revolutionsereignisse durchaus selektiv wahrgenommen. Beanspruchte man auf bürgerlicher Seite Parlament und Nationalstaat für sich, betonte die SPD den Aspekt des Volksaufstandes und der Freiheit. „*Die Braven, die vor 50 Jahren ihr Leben für die Sache der Freiheit hingaben, waren unsere Vorkämpfer. Nicht allein deshalb, weil wir auch heute noch, und fast allein, den Kampf um die bürgerlichen Freiheiten zu führen haben, sondern weil sie die Bahn ebneten, auf der sich die moderne Arbeiterbewegung entwickeln konnte. Gegen die brutale Gewalt des vormärzlichen Systems konnte nur die gewaltsame Revolution des Volkes etwas ausrichten, das war das Einzige, was den Staatsmännern jener Zeit Achtung einflößte. (...) Unseren Vorkämpfern, denen die Berliner Bourgeoisie mit Recht kein Denkmal setzt, weil sie mit den Toten in Friedrichshain nichts gemein hat und auch nie gehabt hat. Im Herzen der deutschen Arbeiter aber lebt das Andenken dieser Namenlosen fester eingemeißelt als in Erz.*“⁹⁷⁸

Beide Formen der Erinnerung versuchten, die Revolutionsereignisse für die eigene politische Sache nutzbar zu machen. Das Verfahren, sich der Geschichte wie eines Steinbruchs zu bedienen, war nicht neu, aber selten war der Gegenstand, der der Identitätsstiftung dienen sollte, so widerspenstig wie hier. Betrachtete man Geschichte als ein geschlossenes System, das zwangsläufig auf einen idealen Endzustand zulief, dann ließen sich die Jahre 1848/49 nur unter größten Mühen darin integrieren. Wie das Ziel auch immer aussah – kleindeutsch-preußischer Nationalstaat oder klassenlose Zukunftsgesellschaft –, die Revolutionsereignisse waren zu widersprüchlich, um sie umstandslos als wichtiges Etappenziel ins eigene Geschichtsbild einzufügen. Das dürfte letztlich auch erklären, weshalb die Jahre 1848/49 bis heute keinen rechten Platz in der kollektiven Erinnerung gefunden haben und deshalb immer in der Gefahr stehen, vergessen zu werden. Versteht man Geschichte aber eher als ein in Maßen offenes System, in dem es jeder Generation neu aufgegeben ist, ihre Vorstellung von Leben durchzusetzen, dann bekommt auch die Erinnerung an 1848/49 eine neue Qualität. Dann braucht man sich um die Vielschichtigkeit und die Widersprüche der Revolutionsereignisse nicht herumzudrücken. Man kann sie als notwendige Folge eines gesellschaftlichen Lernprozesses begreifen. Der Werkstattcharakter des Versuches, zum ersten Mal in Deutschland freiheitliche Verhältnisse zu organisieren, beinhaltet selbstverständlich auch Fehler, Sackgassen und Illusionen. Damit schließt sich der Kreis, wir wären wieder bei der Schule

⁹⁷⁶ Ebda.

⁹⁷⁷ Ebda., 22.3.1898.

⁹⁷⁸ Ebda., 19./20.3.1898.

angelangt. Varnhagen von Ense notierte in Berlin am 25. März 1848 in sein Tagebuch die schöne Bemerkung: „(...) *die Freiheitsschule für die Deutschen ist eröffnet worden, und ehe sie wieder geschlossen wird, können sie viel lernen für die Zukunft.*“⁹⁷⁹ Als mutige und erstaunlich lernfähige Menschen hätten die Achtundvierziger einen fest verankerten Platz in unserem historischen Gedächtnis verdient.

Abkürzungsverzeichnis

ABA	Augsburger Bistumsarchiv
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
DBA	Deutsches Bundesarchiv Koblenz
EKA	Evangelisches Kirchenarchiv Kaufbeuren
GG	Geschichte und Gesellschaft
HStA	Hauptstaatsarchiv München
HZ	Historische Zeitschrift
IDK	Infanterie-Divisions-Kommando
KGBL	Kaufbeurer Geschichtsblätter
KKA	Katholisches Kirchenarchiv St. Martin
MVGN	Mitteilungen des Vereins für Geschichte der Stadt Nürnberg
STAA	Staatsarchiv Augsburg
StAA	Stadtarchiv Augsburg
StADill	Stadtarchiv Dillingen
StADon	Stadtarchiv Donauwörth
StAKe	Stadtarchiv Kempten
StAKf	Stadtarchiv Kaufbeuren
StALL	Stadtarchiv Landsberg am Lech
StAMm	Stadtarchiv Memmingen
StAMn	Stadtarchiv Mindelheim
StAMü	Stadtarchiv München
StBA	Staatsbibliothek Augsburg
StMKf	Stadtmuseum Kaufbeuren
ZBLG	Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte
ZHVS	Zeitschrift des Historischen Vereins für Schwaben

⁹⁷⁹ Varnhagen von Ense, K. A., *Journal einer Revolution. Tagesblätter 1848/49*, Nördlingen 1986, S. 129.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Archivalische Quellen

Augsburg

Archiv des Bistums Augsburg

Generalia des Bischofs Richarz

Dekanatsarchiv Kaufbeuren, D 112

Generalvikariatsprotokoll 123

Traungsbuch der Pfarrei Dillingen 1851

Stadtarchiv

Bestand 2, Nr. 3519, 4788

Bestand 4, Nr. B 385, 423, G 88, L14, Sch118-126

Bestand 5, Nr. 64, 620

Nachlässe, Verschiedenes in Stapeln, Stapel 3, Nr. 8, Deutscher Verein in Augsburg

Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats 1847-49

Adressbücher der Stadt Augsburg

Augsburger Tagblatt

Intelligenzblatt der Stadt Augsburg

Staatsarchiv

Regierung, Nr. 5177, 6411, 6451, 6460, 6471, 6526, 6677, 6786, 6851, 6889, 6897, 7126, 7145, 7157, 7158, 8192, 8205, 8487, 8488, 8677, 8684, 9308, 9564, 9687a, 9703, 9707, 9723, 9725, 10062

Bezirksamt Kaufbeuren, Abgabe 1907, Nr. 651, 667

Landgericht älterer Ordnung Kaufbeuren, Nr. 752

Rentamt Kaufbeuren, Nr. 55, 97

Staats- und Stadtbibliothek

Augsburger Abendzeitung

Augsburger Allgemeine Zeitung

Augsburger Anzeigblatt

Augsburger Postzeitung

Münchener Post und Augsburger Volkszeitung

Flugschriften 1848/49

Deutsches Bundesarchiv Koblenz

DB 51/124, Sammelpetition Nr. 3754

DB 51/181, Petition Nr. 1792

DB 51/431, Petition Kempten vom 22.4.1849

Dillingen

Stadtarchiv

Dillinger Wochenblatt 1848/49

Donauwörth

Stadtarchiv

Wochen- Anzeige- und Amtsblatt der Stadt Donauwörth 1877

Kempten

Stadtarchiv

A III 14a-c, III 32, III 32a, XIII 36a

AA II 1005, AA VIII 1088, AA VIII 1091

AA X 1101

B 17, 35

HdB: 1550

P 31, 38, 42, 57, 304,

Sitzungsprotokolle des Stadtmagistrats

Sitzungsprotokolle der Gemeindebevollmächtigten

Kemptner Zeitung

Kemptner Wochenblatt

Kaufbeuren

Stadtarchiv

A 57, 78, 81, 93, 111, 114, 747/1,764, 882, 883, 916, 928, 2013

B 4 (1846-1859), 25/177, 109, 112, 115, 116, 120, 154/4, 161, 173 (1845-49), 279, 280

R 1c 1849/50, 1850/51

Beilagen zur Christa-Chronik, 2 Bd.

Intelligenzblatt der kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg

Kaufbeurer Anzeigeblatt

Wochenblatt der Stadt Kaufbeuren

Katholische Familienbücher 1733-1935, Bd. I-VIII (X. Sailer)

Kaufbeurer Liederkranz. Noten und Schriftgut FB 16

Evangelisches Kirchenarchiv

Anlage 164 (=Weidenbach-Chronik, Bd. VI)

Evangelische Familienkartei (X. Sailer)

Pfarrakten 128

Katholisches Kirchenarchiv St. Martin

B 11

K 601

P 106

Firmenarchiv der Mechanischen Spinnerei und Weberei

Jall, W., Entwurf einer Chronik der Mechanischen Baumwoll-Spinnerei & Weberei in Kaufbeuren

Jall, W., Mechanische Baumwollspinnerei

Landsberg am Lech

Stadtarchiv

Landsberger Volksblatt

Memmingen

Stadtarchiv

Magistratsakten 820/i (121)

Memminger Wochenblatt

Mindelheim

Stadtarchiv

Mindelheimer Wochenblatt

München

Stadtarchiv

BuR 318

Bayerisches Hauptstaatsarchiv

MA 99796

MF 28140, 28574

MIInn 13397, 34123, 36454, 43677, 43865, 43866, 44354, 60836

Kriegsarchiv (Abt. IV des Hauptstaatsarchivs)
A IV, Fasc. 108, 109, 111

Stuttgart
Hauptstaatsarchiv
E 50/01, Bü 767

Privatbesitz
Tagebuch Rudolf Schäfer 1895

2. Zeitgenössische Literatur

Diezel, G., Baiern und die Revolution, Zürich 1849.

Knorr, J., Charte über die politische Färbung Bayerns zur Zeit des Landtages 1849, München 1859.

Oldenburg, F. A., Der Handwerkerstand, seine Wünsche und Hoffnungen, Augsburg 1848.

ders., Die Fabriken von Augsburg und Blicke auf die europäische Industrie- und Gewerbeausstellung, Augsburg 1850.

Varnhagen von Ense, K. A., Journal einer Revolution. Tagesblätter 1848/49, Nördlingen 1886.

Wiegand, F. (Hg.), Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituierenden Nationalversammlung, Frankfurt 1848-1850.

Wirth, J. C., Augsburg wie es ist!, Augsburg 1846.

Wittmann, P., Was wollen die neuen Kirchenfeinde und Klosterstürmer in Bayern? Und was wollen wir Katholiken?, Augsburg 1846.

3. Literatur

Abel, W., Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa. Versuch einer Synopsis, Hamburg 1974.

Albrecht, J., Honore´ Daumier, Reinbek 1984 (= Rowohlt Monographien, Bd. 326)

Aretin, K. O. v., Zeitgenössische Betrachtungen über den Landtag von 1827/28, in: Kraus, A. (Hg.), Land und Reich, Stamm und Nation, Bd. 3, München 1984.

Bachmann, K., Die Volksbewegung 1848/49 im Allgäu und ihre Vorläufer, Erlangen 1954.

Baer, W., Bellot, J. u.a. (Hg.), Augsburger Stadtlexikon. Geschichte, Gesellschaft, Kultur, Recht, Wirtschaft, Augsburg 1985.

Badisches Landesmuseum Karlsruhe (Hg.), 1848/49. Revolution der deutschen Demokraten in Baden, Baden-Baden 1998.

Ballis, A., Dieter, St., Die urbane Vielfalt. Kaufbeurer Literaturgeschichte in ihrer städtischen Verbundenheit, in: Kraus, J., Dieter, St. (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 2, Thalhofen 2001, S. 120-156.

Bauer, S.-M., Revolution 1848/49 in Oberschwaben. Eine oberschwäbische Revolution?, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), Ohne Gerechtigkeit keine Freiheit. Bauern und Adel in Oberschwaben, Stuttgart 1999, S. 8-31.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Hg.), 1648-1748-1848-1948. Stationen bayerischer und deutscher Geschichte, München 1998.

Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Hg.), Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann (1795-1868). Ein Genie im Dienste der bayerischen Könige. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Aufbruch, München 1999.

Beichel, K., Das Verhältnis zwischen Staat und Gemeinden im rechtsrheinischen Bayern nach den Gemeindegesetzen von 1808 bis 1869, Erlangen 1957.

Bellot, J., Peter Richarz, Bischof von Augsburg, in: Zorn, W. (Hg.), Lebensbilder aus dem bayerischen Schwaben, Bd. 9, München 1966, S. 276-307.

- Belting, I.**, Mode und Revolution. Deutschland 1848/49, Hildesheim 1997.
- Bergmann, J.**, Das Handwerk in der Revolution von 1848. Zum Zusammenhang von materieller Lage und Revolutionsverhalten der Handwerker 1848/49, in: Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S.320-347.
- ders.**, Wirtschaftskrise und Revolution. Handwerker und Arbeiter 1848/49, Stuttgart 1986.
- Best, H., Weege, W.**, Biographisches Handbuch der Abgeordneten der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49, Düsseldorf 1996.
- ders.**, Interessenpolitik und nationale Integration 1848/49. Handelspolitische Konflikte im frühindustriellen Deutschland, Göttingen 1980.
- Blessing, W. K.**, Staatsintegration als soziale Integration. Zur Entstehung einer bayerischen Gesellschaft im frühen 19. Jahrhundert, in: ZBLG 41 (1978), S.633-700.
- ders.**, „Theuerungsexcesse“ im vorrevolutionären Kontext - Getreidetumult und Bierkrawall im späten Vormärz, in: Conze, W., Engelhardt, U. (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1981., S. 356-384.
- ders.**, Staat und Kirche in der Gesellschaft. Institutionelle Autorität und mentaler Wandel in Bayern während des 19. Jahrhunderts, Göttingen 1982.
- ders.**, 1848/1849. Revolution in Franken, Haus der Bayerischen Geschichte, Augsburg 1999 (= Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd.22).
- Blickle, P.**, Kommunalismus, Parlamentarismus, Republikanismus, in: HZ 242 (1986), S.529-556.
- ders.**, Das Fürststift Kempten: Ein typischer Kleinstaat in der Frühneuzeit, in: Dotterweich, V. u.a. (Hg.), Geschichte der Stadt Kempten, Kempten 1989, S. 184-202.
- ders.**, Kommunalismus. Begriffsbildung in heuristischer Absicht, in: ders. (Hg.), Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich, München 1991, S. 5-38.
- ders.** (Hg.), Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993.
- ders.** (Hg.), Landschaften und Landstände in Oberschwaben. Bäuerliche und bürgerliche Repräsentation im Rahmen des frühen europäischen Parlamentarismus, Tübingen 2000, S. 11-35.
- ders.**, Der Gemeine Nutzen. Ein kommunaler Wert und seine Karriere, in: **Münkler, H.**, **Bluhm, H.** (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001, S. 85-109.
- Böck, F.-R.**, Kempten vom Übergang an Bayern bis 1848, in: Dotterweich, V. u.a. (Hg.), Geschichte der Stadt Kempten, Kempten 1989, S. 349-372.
- ders.**, Kempten im Umbruch. Studien zur Übergangsphase von Reichsabtei und Reichsstadt zur bayerischen Landstadt unter besonderer Berücksichtigung von Kontinuität und Wandel in Verfassung und Verwaltung 1799-1818, Augsburg 1989.
- Breil, M.**, Die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ und die Pressepolitik Bayerns. Ein Verlagsunternehmen zwischen 1815 und 1848, Tübingen 1996.
- Brenner, A.**, Kaiser-Max-Str. 3. Würfeln um den Hausanteil, in: KGBL, Bd. 12, Heft 11 (Sept. 1992), S. 512ff.
- Breuning, W.**, Chronik des Gewerbevereins Kaufbeuren 1848-1898. Festschrift, dem Gewerbe-Verein zum 50jährigen Jubiläum gewidmet, Kaufbeuren 1899.
- Broszat, M.**, Plädoyer für Alltagsgeschichte, in: Merkur, Heft 12 (1981), S. 1245f.
- Brückner, G.**, Der Bürger als Bürgersoldat. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Bürgertums und der bürgerlichen Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Dargestellt an den Bürgermilitärorganisationen der Königreiche Bayern und Hannover und des Großherzogtums Baden, Bonn 1968.
- Brüggemeier, F.J., Kocka, J.**, „Geschichte von unten - Geschichte von innen“. Kontroversen um die Alltagsgeschichte, Fernuniversität - Gesamthochschule - Hagen 1985.
- Bühl, Ch.**, Revolution, Demokratie, Reichsbewußtsein - Nürnberg 1848/49, in: MVGN 85 (1998), S. 185-277.
- Calließ, J.**, Militär in der Krise. Die bayerische Armee in der Revolution 1848/49. Boppard am Rhein 1976.

- Conze, W., Zorn, W.** (Hg.), Die Protokolle des volkswirtschaftlichen Ausschusses der deutschen Nationalversammlung 1848/49 mit ausgewählten Petitionen, Boppard am Rhein 1992.
- Conze, W., Engelhardt, U.** (Hg.), Arbeiterexistenz im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1981.
- Dann, O.** (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984.
- Dieter, St.**, Die Reichsstadt Kaufbeuren in der frühen Neuzeit. Studien zur Wirtschafts-, Sozial-, Kirchen- und Bevölkerungsgeschichte, Thalhofen 2000.
- Dietrich, St. J.**, Der eigene Weg in die Revolution. Die Märzforderungen der Bauern, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), Heute ist Freiheit. Bauernkrieg im Odenwald 1848, Stuttgart 1998, S. 56-71.
- ders.**, Bauernunruhen im Odenwald, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), Heute ist Freiheit. Bauernkrieg im Odenwald 1848, Stuttgart 1998, S. 12-31.
- Dilger, M.**, Landsberg 1848/49: Im Blick der Obrigkeit, in: Landsberger Geschichtsblätter 1999, Nr. 6 (24.9.1999).
- Dipper, Ch., Speck, U.** (Hg.), 1848. Revolution in Deutschland, Frankfurt/Leipzig 1998.
- Dippold, G., Wirz, U.** (Hg.), Die Revolution von 1848 in Franken, Bayreuth 1998.
- Dirr, P.** [Anonym], Albrecht Volkhart, Augsburg 1904.
- Doege, M.**, Armut in Preußen und Bayern (1770-1840), München 1991.
- Dotterweich, V.**, Die bayerische Ära 1806-1870, in: **Gottlieb, G., Baer, W.** u.a. (Hg.), Geschichte der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984, S.551-567.
- ders.**, u.a. (Hg.), Geschichte der Stadt Kempten, Kempten 1989.
- Dowe, D., Haupt, H.-G., Langewiesche, D.** (Hg.), Europa 1848. Revolution und Reform, Bonn 1998.
- Drexl, W.**, Joseph Völk - ein Kämpfer für Deutschlands Einheit, in: Landsberger Geschichtsblätter 1990/91, S. 75-77.
- Droß, E.**, Vom Spottgedicht zum Attentat. Angriffe auf König Ludwig I. von Bayern (1825-1848), Frankfurt 1994.
- Duczek, B.**, Redakteur zwischen den Revolutionen. Der Leiter der Allgemeinen Zeitung Gustav Kolb (1798-1865), in: Archiv für Geschichte des Buchwesens, Bd. 30 (1988), S.271-367.
- Eberle, W.**, Vor 150 Jahren - Vorgänge um die Märzrevolution 1848 in der Stadt Kaufbeuren, in: KGBL, Bd. 14, Nr. 11 (Sept. 1998), S. 410-418.
- ders.**, Dr. Marquard Barth (1809-1885). Kaufbeurer Bürger, Reichstags- und Landtagsabgeordneter in Bayern, auf seinem politischen Weg zur „Mainbrücke“, in: KGBL, Bd. 14, Nr. 12 (Dez. 1998), S. 480-486.
- Eggel, E.**, Der „Ausländer“ Johann David Schäfer (1744-1816) und seine Familie, in: KGBL, Bd. 8, Nr. 4 (Dez. 1978), S. 104-111.
- ders.**, Die Kaufbeurer Walch, in: KGBL, Bd. 8, Nr. 1 (Febr. 1978), S. 9-20.
- ders.**, Die Kaufbeurer Heinzelmännchen im Industriezeitalter (19./20. Jahrhundert), in: KGBL, Bd. 7, Nr. 12 (Dez. 1977), S. 353-362.
- Engelhardt, U.** (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984.
- Enzensberger, H. U.**, Herwegh. Ein Heldenleben, Frankfurt a.M. 1999.
- Erichsen, J.** (Hg.), „Vorwärts, vorwärts sollst du schauen...“ Geschichte, Politik und Kunst unter Ludwig I., Ausstellungskatalog und Aufsatzband, München 1986.
- Eser, S.**, Verwaltet und verwahrt. Armenpolitik und Arme in Augsburg. Vom Ende der reichsstädtischen Zeit bis zum Ersten Weltkrieg, Sigmaringen 1995.
- Fassl, P.**, Wirtschaftsgeschichte 1800-1914, in: **Gottlieb, G., Baer, W.** u.a. (Hg.), Geschichte Der Stadt Augsburg von der Römerzeit bis zur Gegenwart, Stuttgart 1984, S. 592-607.

- ders.**, Ludwig August Riedinger (1809-1879). Techniker, Industriegründer und sozialer Unternehmer. Mit einem autobiographischen Anhang, in: Fried, P. (Hg.), *Miscellanea Suevica Augustana*. der Stadt Augsburg dargebracht zur 2000-Jahrfeier 1985, Sigmaringen 1985, S. 155-174.
- ders.**, Karl Ludwig Forster (1788-1877) - Ein Pionier der Augsburger Textilindustrie, in: **Müller, R. A.** (Hg.), *Unternehmer - Arbeitnehmer. Lebensbilder aus der Frühzeit der Industrialisierung in Bayern*, München 1985, S. 177-185.
- ders.**, *Konfession, Wirtschaft und Politik. Von der Reichsstadt zur Industriestadt, Augsburg 1750-1850*, Sigmaringen 1988.
- ders.**, *Bezirk Schwaben-Heimatspflege, Die Revolution von 1848/49 in Bayerisch-Schwaben. Dokumentation der Wanderausstellung der Heimatspflege des Bezirks Schwaben*, Augsburg 1998.
- Federmann, E.**, *1000 Jahre Illertissen*, Illertissen 1954.
- Fehrenbach, E.**, Die Entstehung des „Gemeindeliberalismus“, in: **Ehbrecht, W.** (Hg.), *Verwaltung und Politik in Städten Mitteleuropas. Beiträge zu Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit in altständischer Zeit*, Köln/Weimar/Wien 1994, S. 255-270.
- Fenske, H.** (Hg.), *Quellen zur Revolution in Deutschland 1848/49*, Darmstadt 1996.
- Fiedler, W.** (Hg.), *Die erste deutsche Nationalversammlung 1848/49: handschriftliche Selbstzeugnisse ihrer Mitglieder*, Königstein/Ts. 1980.
- Filser, K.**, Industrialisierung und Urbanisierung. Kempten 1850 bis 1918, in: **Dotterweich, V.** u.a. (Hg.), *Geschichte der Stadt Kempten*, Kempten 1989, S. 372-407.
- Finken, U.**, *Gottlieb Freiherr von Thon Dittmer 1802-1853. Politische Biographie eines bayerischen Frühliberalen*, Kallmünz 1990.
- Fischer, I.**, Industrialisierung, sozialer Konflikt und politische Willensbildung in der Stadtgemeinde. Augsburg 1840-1914, Augsburg 1977.
- Fischer, St.**, Der politische Umbruch. Die bayerische Stadt des 19. Jahrhunderts in den Ereignissen deutscher Staatsentwicklung (1780 bis 1914), in: Kraus, J., Fischer, St. (Hg.), *Die Stadt Kaufbeuren*, Bd.1, Thalhofen 1999, S. 100-128.
- Francois, E.**, *Die unsichtbare Grenze. Protestanten und Katholiken in Augsburg 1648-1806*, Sigmaringen 1991.
- Fried, P.** (Hg.), *Probleme und Methoden der Landesgeschichte*, Darmstadt 1978.
- Funk, W.**, *Die Verfassungsfrage im Spiegel der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ von 1818-1848*, Berlin 1977.
- Gailus, M.**, *Straße und Brot. Sozialer Protest in den deutschen Staaten unter besonderer Berücksichtigung Preußens. 1847-1849*, Göttingen 1990.
- Gall, L.**, Liberalismus und „bürgerliche Gesellschaft“. Zu Charakter und Entwicklung der liberalen Bewegung in Deutschland, in: *HZ* 220 (1975), S. 324-356.
- ders.**, *Bürgertum in Deutschland*, Berlin 1989.
- ders.** (Hg.), *Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert*, München 1990.
- ders.**, Das liberale Milieu. Die Bedeutung der Gemeinde für den deutschen Liberalismus, in: *Liberalismus und Gemeinde*, St. Augustin 1991, S. 17-33.
- ders.** (Hg.), *Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft*, München 1993.
- ders.** (Hg.), *Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert*, München 1995.
- Gebhardt, H.**, *Revolution und liberale Bewegung. Die nationale Organisation der konstitutionellen Partei in Deutschland 1848/49*, Bremen 1974.
- Geertz, C.**, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt am Main 1983.
- Germanisches Nationalmuseum** (Hg.), *1848. Das Europa der Bilder*, 2 Bde., Nürnberg 1998.

- Götschmann, D.**, Das bayerische Innenministerium 1825-1864. Organisation und Funktion, Beamtenschaft und politischer Einfluß einer Zentralbehörde in der konstitutionellen Monarchie, Göttingen 1993.
- ders.**, Bayerischer Parlamentarismus im Vormärz. Die Ständeversammlung des Königreichs Bayern 1819-1848, Düsseldorf 2002.
- Gollwitzer, H.**, Ludwig I. von Bayern. Königtum im Vormärz. Eine politische Biographie, München 1986.
- ders.**, Bemerkungen zum politischen Katholizismus im bayerischen Vormärz und Nachmärz, in: **Bracher, K. D., Mikat, P.** u.a. (Hg.), Staat und Parteien, Berlin 1992, S. 283-304.
- ders.**, Ein Staatsmann des Vormärz: Karl von Abel 1788-1859. Beamtenaristokratie-monarchisches Prinzip - politischer Katholizismus, Göttingen 1993.
- Grebing, H.**, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1979.
- Gründig, M. E.**, Verwickelte Verhältnisse. Folgen der Bikonfessionalität im Biberach des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, Epfendorf 2002.
- Hachtmann, R.**, 150 Jahre Revolution von 1848: Festschriften und Forschungserträge, in: AfS XXXIX (1999), S. 447-493, XL (2000), S. 337-402.
- ders.**, Epochenschwelle zur Moderne. Einführung in die Revolution von 1848/49, Tübingen 2002.
- Hacker, F.**, Johann Michael Schnetzer, der Abgeordnete der 48er Jahre, in: „Im Heimgarten“ (Beilage der Allgäuer Zeitung), Nr. 20 (1927), S. 157ff.
- Haertel, V.**, Die Augsburger Weberunruhen 1784 und 1794 und die Struktur der Weberschaft Ende des 18. Jahrhunderts, in: ZHVS 64/65 (1971), S. 121-268.
- Hagel, B.**, Vom Landrath des Oberdonaukreises zum Bezirkstag Schwaben (1828-1987), Augsburg 1988.
- Haggenmüller, R.**, Geschichte des Landrates von Schwaben und Neuburg 1829-1852, Augsburg 1980.
- Halasz, G.**, Die Jahre 1848/49 in Kaufbeuren, unter besonderer Berücksichtigung des Dr. Marquard Barth, Zulassungsarbeit, München 1970.
- Hanisch, M.**, Für Fürst und Vaterland. Legitimitätsstiftung in Bayern zwischen Revolution 1848 und deutscher Einheit, München 1991.
- Hardtwig, W.**, Strukturmerkmale und Entwicklungstendenzen des Vereinswesens in Deutschland 1789-1848, in: **Dann, O.** (Hg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 11-50.
- ders.** (Hg.), Revolution in Deutschland und Europa 1848/49, Göttingen 1998.
- ders.**, Vormärz. Der monarchische Staat und das Bürgertum, München 1998.
- Hartung, K.**, Joseph Hofstetter und die Revolution 1848/49 in Weißenhorn, in: Jahrbuch des historischen Vereins Dillingen a.d. Donau, 96. Jg. (1994), S. 218-229.
- Haus der Geschichte Baden-Württemberg** (Hg.), Freiheit oder Tod. Die Reutlinger Pfingstversammlung und die Revolution von 1848/49, Stuttgart 1998.
- dass.** (Hg.), Heute ist Freiheit. Bauernkrieg im Odenwald 1848, Stuttgart 1998.
- dass.** (Hg.), Nationalität trennt, Freiheit verbindet, Stuttgart 1998.
- dass.** (Hg.), Ohne Gerechtigkeit keine Freiheit. Bauern und Adel in Oberschwaben, Stuttgart 1999.
- Heffter, H.**, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert. Geschichte der Ideen und Institutionen, 2. überarb. Auflage, Stuttgart 1969.
- Heilbronner, O.**, Wahlkämpfe im Allgäu 1871-1932: Ein abweichender Fall?, in: ZHVS 90 (1997), S. 297-327.
- Hein, D.**, Soziale Konstituierungsfaktoren des Bürgertums, in: **Gall, L.** (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 151-182.
- ders.**, Die Revolution von 1848/49, München 1998.

- Heinz, W.**, „Mitbürger, greift zu den Waffen.“ Die Revolution von 1848/49 in Oberschwaben, Konstanz 1998.
- Heinze, St.**, Die Region Bayerisch-Schwaben. Studien zum schwäbischen Regionalismus im 19. und 20. Jahrhundert, Augsburg 1995.
- Henkel, M., Taubert, R.**, Die deutsche Presse 1848-1850. Eine Bibliographie, München-London-New York-Oxford-Paris 1986.
- Hesse, H.**, Carl August Reichenbach 1801-1883. Handwerker und Maschinenbauer im Dienste der Schwarzen Kunst, in: **Bellot, J.** (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 13, Weißenhorn 1986, S. 218-250.
- Hetting, M.**, Reform ohne Revolution. Bürgertum, Bürokratie und kommunale Selbstverwaltung in Württemberg von 1800 bis 1850, Göttingen 1990.
- Hetzer, G.**, Die Beteiligung der Juden an der politischen Willensbildung in Schwaben 1818-1871. Erfolge und Fehlschläge eines Integrationsprozesses, in: Fassl, P. (Hg.), Geschichte und Kultur der Juden in Schwaben, Sigmaringen 1994, S. 73-93 (= Irseer Schriften, Bd. 2).
- Hildebrand, B.**, Die Nationalökonomie der Gegenwart und der Zukunft und andere gesammelte Schriften, Bd. 1, Jena 1922.
- Hölscher, L.**, Die Religion des Bürgers. Bürgerliche Frömmigkeit und protestantische Kirche im 19. Jahrhundert, in: HZ 250 (1990), S. 595-630.
- Hoffmann, G.** (Hg.), Biedermeier auf Walze. Aufzeichnungen und Briefe des Handwerksburschen Johann Eberhard Dewald 1836-1838, Berlin 1936.
- Hoffmann, H.**, Revolution, Randle und Reformen. Bauernbefreiung in Bayerisch-Schwaben vor 150 Jahren, Kronburg-Ilberbeuren 1998 (= Begleitbuch zur gleichnamigen Sonderausstellung des Schwäbischen Bauernhofmuseums Ilberbeuren).
- Hoffmann, St.-L.**, Tocquevilles „Demokratie in Amerika“ und die gesellige Gesellschaft seiner Zeit, in: **Münkler, H., Bluhm, H.** (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001, S. 303-327.
- Hoser, P.**, Die Geschichte der Stadt Memmingen, Bd. 2, Memmingen 2001.
- Huch, R.**, Alte und neue Götter. Die Revolution des neunzehnten Jahrhunderts in Deutschland, Berlin/Zürich 1930.
- Hummel, K.-J.**, Die Revolution von 1848/49 in Bayern, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 499-511.
- ders.**, München in der Revolution von 1848/49, Göttingen 1987.
- Jall, W.**, Die Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Kaufbeuren, masch. Diss., Innsbruck 1927.
- Jansen, Ch., Mergel, Th.** (Hg.), Die Revolution von 1848/49. Erfahrung - Verarbeitung - Deutung, Göttingen 1998.
- Jüngling, E.**, „Handwerker-Renitenz“ und „Arbeitsverweigerung.“ Protestverhalten während der Frühindustrialisierung in Bayern, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 459-468.
- Junginger, F.**, Geschichte der Reichsstadt Kaufbeuren im 17. und 18. Jahrhundert, Neustadt a.d. Aisch 1965.
- ders.**, Kaufbeuren im 17. und 18. Jahrhundert (1618 bis 1790), in: **Kraus, J., Fischer, St.** (Hg.), Die Stadt Kaufbeuren, Bd. 1, Thalhofen 1999, S. 72-100.
- Kaschuba, W.**, Vom Gesellenkampf zum sozialen Protest, in: Engelhardt, U. (Hg.), Handwerker in der Industrialisierung. Lage, Kultur und Politik vom späten 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984, S. 381-407.
- ders.**, Zwischen Deutscher Nation und Deutscher Provinz. Politische Horizonte und soziale Milieus im frühen Liberalismus, in: **Langewiesche, D.** (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988, S. 83-108.

ders., Kommunalismus als sozialer „Common sense“. Zur Konzeption von Lebenswelt und Alltagskultur im neuzeitlichen Gemeindegedanken, in: **Blickle, P.** (Hg.), Landgemeinde und Stadtgemeinde in Mitteleuropa. Ein struktureller Vergleich, München 1991, S. 65-91.

Kaschuba, W., Lipp, C., 1848 - Provinz und Revolution. Kultureller Wandel und soziale Bewegung im Königreich Württemberg, Tübingen 1979.

Kaufhold, K. H., Gewerbefreiheit und gewerbliche Entwicklung in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 118 (1982), S. 73-114.

Keßler, H., Politische Bewegungen in Nördlingen und dem bayerischen Ries während der deutschen Revolution 1848/49, München 1939.

Kießling, R., Städtischer Republikanismus. Regimentsformen des Bürgertums in oberschwäbischen Stadtstaaten im ausgehenden Mittelalter und der beginnenden Frühneuzeit, in: **Blickle, P.** (Hg.), Politische Kultur in Oberschwaben, Tübingen 1993, S. 175-205.

Kießling, R., Buttenwiesen, die Stauden und der Rest der Welt - Perspektiven einer Landesgeschichtsforschung in Schwaben, in: **Fried, P.** (Hg.), Jahrbuch für bayerisch-schwäbische Geschichte 1995, Sigmaringen 1996, S. 35-55.

Kirner, G. O., Polis und Gemeinwohl. Zum Gemeinwohlbegriff in Athen vom 6. bis 4. Jahrhundert v. Chr., in: **Münkler, H., Bluhm, H.** (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001, S. 31-65.

Kirzl, G., Staat und Kirche im Bayerischen Landtag zur Zeit Max II. (1848-1864), München 1974.

Kleßmann, Chr., Zur Sozialgeschichte der Reichsverfassungskampagne von 1849, in: HZ 218 (1974), S. 282-337.

Kluge, A., Die politischen Beziehungen zwischen J. G. A. Wirth und seiner Heimatstadt Hof, in: **Hermann, A., Kluge, A.**, J. G. A. Wirth (1798-1848). Ein Revolutionär aus Hof, Hof 1999.

Koch, R., Staat oder Gemeinde? Zu einem politischen Zielkonflikt in der bürgerlichen Bewegung des 19. Jahrhunderts, in: HZ 236 (1983), S. 73-96.

ders. (Hg.), Die Frankfurter Nationalversammlung 1848/49. Ein Handlexikon der Abgeordneten der deutschen verfassungsgebenden Reichs-Versammlung, Kelkheim 1989.

Kocka, J., Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation, in: GG 10 (1984), S. 395-408.

ders. (Hg.), Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert, Göttingen 1987.

ders., Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875, Berlin/Bonn 1983.

ders. (Hg.), Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, 3 Bde., München 1988.

ders., Zwischen Friedrichshain und Paulskirche, in: Die Zeit, 29.4.1998, S. 78.

Köhle-Hezinger, Chr., Evangelisch-Katholisch. Untersuchungen zum konfessionellen Vorurteil und Konflikt im 19. und 20. Jahrhundert vornehmlich am Beispiel Württembergs, Tübingen 1976.

Körner, H.-M., Staat und Geschichte in Bayern im 19. Jahrhundert, München 1992.

Kraus, A. (Hg.), Land und Reich, Stamm und Nation, Bd. 3, München 1984.

Kraus, J., Fischer, St. (Hg.), Eine Liebe in Bildern. Die Kaufbeurer Ansichten des Konditormeisters Andreas Schropp, Kaufbeuren 1997.

Kraus, J. (Hg.), Geborgen ruht die Stadt im Zauber des Erinnerns. Der Kaufbeurer Komponist Herman Hutter 1848-1926 und sein biographisches Vermächtnis, Kempten 1996.

ders. (Hg.), Die Christa-Chronik 1801-1875, Thalhofen 1999.

Krauss, M., Revolution, Revision und Konsens. Das Beispiel Bayern nach 1848, in: **Middell, M.** (Hg.), Widerstände gegen Revolutionen 1789-1989, Leipzig 1994, S. 234-248.

dies., Herrschaftspraxis in Bayern und Preußen im 19. Jahrhundert. Ein historischer Vergleich, Frankfurt/New York 1997.

Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren (Hg.), Chronik der Kreis- und Stadtparkasse Kaufbeuren 1825-2000, Kaufbeuren 2000.

Krug, E., Das Hauptkrankenhaus in Augsburg, München 1975.

Krug, O., Zum Problem der öffentlichen Meinung. Die Volksstimmung in Schwaben über einige markante Ereignisse in der Regierungszeit Max II. anhand der Volksstimmungsberichte und zweier kontroverser Tageszeitungen, ungedruckte Zulassungsarbeit München 1972.

Kuppelmayer, L., Die Tageszeitungen in Bayern (1849-1972), in: **Spindler, M.** (Hg.), Bayerische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Bd. 2, München 1978.

Landkreis Augsburg (Hg.), Landkreis Schwabmünchen. Landschaft, Geschichte, Wirtschaft, Kultur, Augsburg 1974.

Langewiesche, D., Die Anfänge der deutschen Parteien. Partei, Fraktion und Verein in der Revolution von 1848/49, in: GG 4 (19, 1978), S. 324ff.

ders., Republik, konstitutionelle Monarchie und „soziale Frage“. Grundprobleme der deutschen Revolution von 1848/49, in: HZ 230 (1980), S. 529-548.

ders. (Hg.), Die deutsche Revolution von 1848/49, Darmstadt 1983.

ders. (Hg.), Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich, Göttingen 1988.

ders., „Staat“ und „Kommune“. Zum Wandel der Staatsaufgaben in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: HZ 248 (1989), S. 621-635.

ders., Die deutsche Revolution von 1848/49 und die vorrevolutionäre Gesellschaft: Forschungsstand und Perspektiven, in: Afs 21 (1981), S. 458-498; Afs 31 (1991), S. 331-443.

ders., Württemberg und Baden. Zwei Länder in der Revolution 1848/49 - ein Vergleich, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hg.), Freiheit oder Tod. Die Reutlinger Pfingstversammlung und die Revolution von 1848/49, Stuttgart 1998, S. 6-19.

ders., Liberalismus und Region, in: **Gall, L., Langewiesche, D.** (Hg.), Liberalismus und Region. Zur Geschichte des deutschen Liberalismus im 19. Jahrhundert, München 1995, S. 19-40.

ders. (Hg.), Demokratiebewegung und Revolution 1847-1849, Karlsruhe 1998.

ders., Nation, Nationalismus, Nationalstaat in Deutschland und Europa, München 2000.

Laube, St., Fest, Religion und Erinnerung. Konfessionelles Gedächtnis in Bayern von 1804 bis 1917, München 1999.

Lautemann, W., Schlenke, M. (Hg.), Geschichte in Quellen, Bd. 5, München 1980.

Ledermann, R., Geschichte der Probst zu Kaufbeuren, Kaufbeuren 1913.

Lenger, Fr., Sozialgeschichte der deutschen Handwerker seit 1800, Frankfurt a.M. 1988.

Lenk, L., Revolutionär-kommunistische Umtriebe im Königreich Bayern. Ein Beitrag zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft 1848/1864, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 28 (1965), S. 555-621.

ders., Zur Geschichte der bayerischen Volksvertretung, in: **Bocklet, R.** (Hg.), Das Regierungssystem des Freistaates Bayern, München 1979.

Levi, G., Schmitt, J.-C. (Hg.), Geschichte der Jugend, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1996.

Liebhart, W., Das Ostallgäu im 19. und 20. Jahrhundert, in: **Kolb, A., Kohler, E.** (Hg.), Ostallgäu - Einst und Jetzt, Bd. 1, o.O. 1984, S. 173-184.

Lienert, R., Die Chapuis-Villa. Vom Fehrschen Lusthaus zur Villa Viva, Kempten 1996.

Magen, F., Protestantische Kirche und Politik in Bayern. Möglichkeiten und Grenzen in der Zeit von Revolution und Reaktion 1848-1859, Köln/Wien 1986.

Mailer, C., Die Wahlbewegungen im Jahre 1848 in Bayern, Ichenhausen 1931.

Mancal, J., Augsburger Zeitungen: Abend- und Postzeitung, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 608-623.

Matt, W., Weber, W. (Hg.), „Schwarzrotgold'ne Banner küssen“. Die Jahre 1848/49 als Zeitenwende im Bodenseeraum, Konstanz 1999.

Mayring, E. A., Bayern nach der französischen Julirevolution. Unruhen, Opposition und antirevolutionäre Regierungspolitik 1830-1833, München 1990.

Menges, H., Aus Günzburgs Vergangenheit, Günzburg 1927.

- Mettele, G.**, Verwalten und Regieren oder Selbstverwalten und Selbstregieren?, in: **Gall, L.** (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 343-367.
- Miedaner, St.**, Der Augsburger Bistumsklerus und die Revolution von 1848, in: **Kohlberger, A.** (Hg.), KulturGeschichteN. Festschrift für Walter Pötzl zum 60. Geburtstag, Bd. 2, Augsburg 1999, S. 898-922.
- Möller, F.**, Die lokale Einheit der bürgerlichen Bewegung bis 1848, in: **Gall, L.** (Hg.), Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionellen zur modernen Gesellschaft, München 1993, S. 391-412.
- ders.**, Die bayerischen Gewerbevereine 1848, in: **Reininghaus, W., Stremmel, R.** (Hg.), Handwerk, Bürgertum und Staat. Beiträge des zweiten Handwerksgehistorischen Kolloquiums auf Schloss Raesfeld, Dortmund 1997, S. 47-62.
- ders.**, Bürgerliche Herrschaft in Augsburg 1790-1880, München 1998.
- Mommson, W. J.**, 1848. Die ungewollte Revolution. Die revolutionären Bewegungen in Europa 1830-1849, Frankfurt 1998.
- Müller, F. L.**, Der Traum von der Weltmacht. Imperialistische Ziele in der deutschen Nationalbewegung von der Rheinkrise bis zum Ende der Paulskirche, in: Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft 1996/97, S. 99-183.
- Müller, G.**, König Max II. von Bayern und die soziale Frage, München 1964.
- Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985.
- ders.**, Rebellion oder Revolution? Zu den Augsburger Weberunruhen im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 153-159.
- ders.** (Hg.), König Maximilian II. von Bayern 1848-1864, Rosenheim 1988.
- Münchenbach, S.**, Revolution in Krumbach 1848/49, in: Krumbacher Heimatblätter, 7/1989, S. 50-139.
- Münkler, H., Bluhm, H.** (Hg.), Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001.
- Nickel, D.**, Die Revolution 1848/49 in Augsburg und Bayerisch-Schwaben, Augsburg 1965.
- Nipperdey, Th.**, Deutsche Geschichte 1800-1866. Bürgerwelt und starker Staat, München 1984.
- ders.**, Religion im Umbruch: Deutschland 1870-1918, München 1988.
- Nolte, P.**, Gemeindeliberalismus. Zur lokalen Entstehung und sozialen Verankerung der liberalen Partei in Baden 1831-1855, in: HZ 252 (1991), S.57-91.
- ders.**, Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition-Radikalismus-Republik, Göttingen 1994.
- Pache, W.**, Christoph Friedrich Heinzelmann (1786-1847). Bürger, Unternehmer, Politiker, in: **Haberl, W.** (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 14, Weißenhorn 1993, S. 229-267.
- Piereth, W.**, „Mitten im Holze aus Mangel an Holz kaum eine Suppe kochen können“. Staatliche Forstpolitik und städtische Holzversorgung im vormärzlichen Bayern, in: **Siemann, W.** u.a. (Hg.), Städtische Holzversorgung. Machtpolitik, Armenfürsorge und Umweltkonflikte in Bayern und Österreich (1750-1850), München 2002, S. 141-155.
- Petz, W.**, Zweimal Kempten - Geschichte einer Doppelstadt (1694-1836), München 1998.
- Puschner, U.**, Unbekannte Schicksale - Lebensausschnitte von Handwerkern, Arbeiterinnen und Arbeitern, Kleinunternehmern, in: **Müller, R. A.** (Hg.), Unternehmer - Arbeitnehmer. Lebensbilder aus der Frühzeit der Industrialisierung in Bayern, München 1985, S. 13-30.
- Reiser, R.**, Ich bleib´ bei meiner Lola. Ein bayerisches Sittengemälde mit Willkürakten: Neues aus den „Memorabilien“ des Leo Klenze über Ludwig I., in: Süddeutsche Zeitung, 12./13.10.1996, S. V3/17.
- ders.**, Klenzes geheime Tagebücher, München 1998.

- Riedmiller, Th.**, Treue zum bayerischen Königshaus und demokratische Bewegung - Die Zeit der Revolution 1848/49 in Füssen, in: Alt Füssen. Jahrbuch des Historischen Vereins „Alt Füssen“ 1998, S. 158-182.
- Rohrbacher, St.**, Gewalt im Biedermeier. Antijüdische Ausschreitungen in Vormärz und Revolution (1815-1848/49), Frankfurt a.M. 1993.
- Rottenkolber, J.**, Zur Geschichte der Jahre 1848 und 1849 im Allgäu, in: Der Heimgarten (Beilage der Allgäuer Zeitung), 11. Jg. (1926), Nr. 46, S. 357-359, Nr. 47, S. 369-371, Nr. 48, S. 377-379, Nr. 49, S. 383-385.
- ders.**, Geschichte der Stadt Kempten im 19. Jahrhundert 1800-1914, Kempten 1935.
- ders.**, Geschichte des Allgäus. Das 19. Jahrhundert, München o.J. [1938].
- ders.**, Johann Baptist Haggenmüller, in: Pöllnitz, G. Freiherr v. (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd.1, München 1952, S. 365-370.
- Salm, H.**, Das Pfandleihhaus in Kaufbeuren 1795-1934, in: KGBL, Bd. 8, Nr. 8 (Dez. 1979), S. 213-222.
- Sauer, P.**, Revolution und Volksbewaffnung. Die württembergischen Bürgerwehren im 19. Jahrhundert, vor allem während der Revolution von 1848/49, Ulm 1976.
- Schäfer, D.**, Die Begründung der Handelskammern in Bayern, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 269-279.
- Schieder, Th.**, Die kleindeutsche Partei in Bayern in den Kämpfen um die nationale Einheit 1863-1871, München 1936.
- Schieder, W.** (Hg.), Liberalismus in der Gesellschaft des deutschen Vormärz, Göttingen 1983.
- ders.** (Hg.), Volksreligiosität in der modernen Sozialgeschichte, Göttingen 1986.
- Schindler, N.**, Die Hüter der Unordnung. Rituale der Jugendkultur in der frühen Neuzeit, in: **Levi, G., Schmitt, J.-C.** (Hg.), Geschichte der Jugend, Bd. 1, Frankfurt a.M. 1996, S.319-383.
- Schmidt, W.**, Zur Geschichte des Regensburger Bürgermilitärs im 19. Jahrhundert, in: ZBLG 58 (1995), S. 577-636.
- Schremmer, E.**, Die Wirtschaft Bayerns. Vom hohen Mittelalter bis zum Beginn der Industrialisierung. Bergbau, Gewerbe, Handel, München 1970.
- Schweizer, K.**, Lindau und die Zeit der Bürgerrevolution von 1848/49. Ein Überblick, in: **Matt, W., Weber, W.** (Hg.), „Schwarzrotgold'ne Banner küssen.“ Die Jahre 1848/49 als Zeitenwende im Bodenseeraum, Konstanz 1999, S. 41- 79.
- Sedatis, H.**, Liberalismus und Handwerk in Südwestdeutschland. Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen des Liberalismus und die Krise des Handwerks im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1979.
- Seitz, M.**, Die Februar- und Märzunruhen in München 1848, in: Oberbayerisches Archiv für vaterländische Geschichte, Bd. 78 (1953), S. 1-104.
- Sieber, J.**, Festschrift zum 300jährigen Jubiläum der Marianischen Bürgerkongregation Kaufbeuren 1628-1928, Kaufbeuren 1928.
- ders.**, Die Pfarrer von St. Martin in Kaufbeuren. Beiträge zu ihrer Lebensgeschichte, o.O. 1930.
- Siemann, W.**, Die deutsche Revolution von 1848/49, Frankfurt 1985.
- ders.**, Gesellschaft im Aufbruch. Deutschland 1849-1871, Frankfurt 1990.
- ders. u.a.** (Hg.), Städtische Holzversorgung. Machtpolitik, Armenfürsorge und Umweltkonflikte in Bayern und Österreich (1750-1850), München 2002.
- Simon, M.**, Handwerk in Krise und Umbruch. Wirtschaftspolitische Forderungen und sozialpolitische Vorstellungen der Handwerksmeister 1848/49, Köln/Wien 1983.
- Sobczyk, P.**, Das „Wochenblatt der königlich-bayerischen Stadt Mindelheim“ in der Revolution 1848/49. Ein Beitrag zur Pressegeschichte Bayerisch-Schwabens, in: ZHVS, Bd. 84 (1991), S. 247-263.
- SPD Kaufbeuren**, 1887-1987. 100 Jahre SPD Kaufbeuren. Zusammengestellt und kommentiert von Erwin Birnmeyer, Kaufbeuren 1987.
- Speck, U.**, 1848. Chronik einer deutschen Revolution, Frankfurt/Leipzig 1989.

- Specker, H. E.** (Hg.), *Ulm im 19. Jahrhundert. Aspekte aus dem Leben der Stadt*, Ulm 1990.
- Spehr, M.**, *Maschinensturm. Protest und Widerstand gegen technische Neuerungen am Anfang der Industrialisierung*, Münster 2000.
- Spengler, J.**, *Das Krankenhaus zu Augsburg, erbaut in den Jahren 1856-1859*, Augsburg 1879.
- Spindler, M.**, *Die Regierungszeit Ludwigs I. (1825-1848)*, in: *Handbuch der Bayerischen Geschichte*, Bd. IV/1, München 1974.
- Springer, M.**, *Die Auswirkungen der Revolution vom Jahre 1848 auf Lauingen. Bericht aus dem Tagebuch des Lauinger Stadtschreibers Bernhard Mayer*, in: *Jahrbuch des historischen Vereins Dillingen an der Donau*, Bd. 84 (1982), S. 337-373.
- Steinsdorfer, H.**, *Marquart Barth (1809-1885) - Ein Vorkämpfer der deutschen Einheit in Freiheit aus Bayerisch-Schwaben. Zum 100. Todestag am 23. Mai 1985*, in: **Fried, P.** (Hg.), *Miscellanea Suevica Augustana. der Stadt Augsburg dargebracht zur 2000-Jahrfeier 1985*, Sigmaringen 1985, S. 191-213.
- Thamer, H.-U.**, *Emanzipation und Tradition. Zur Ideen- und Sozialgeschichte von Liberalismus und Handwerk in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: **Schieder, W.** (Hg.), *Liberalismus in der Geschichte des deutschen Vormärz*, Göttingen 1983, S. 39-54.
- Thompson, E. P.**, *Plebejische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, Frankfurt/Berlin/Wien 1980.
- Thränhardt, D.**, *Wahlen und politische Strukturen in Bayern 1848-1953. Historisch-soziologische Untersuchungen zum Entstehen und zur Neuerrichtung eines Parteiensystems*, Düsseldorf 1973.
- Traub, H.**, *Die Augsburger Abendzeitung und die Revolution im Jahre 1848*, München 1925.
- Valentin, V.**, *Fürst Karl von Leiningen und das deutsche Einheitsproblem*, Stuttgart 1910.
- ders.**, *Geschichte der deutschen Revolution 1848-1849*, Bd. 2, Neuauflage Köln/Berlin 1970.
- Vogel, R.** (Hg.), *Immenstadt im Allgäu. Landschaft, Geschichte, Gesellschaft, Wirtschaft, kulturelles und religiöses Leben im Laufe der Jahrhunderte*, Immenstadt 1996.
- Wagner, A.**, *Die Revolution von 1848/49 im Allgäu. Unter besonderer Berücksichtigung der Kemptner Zeitung, ungedruckte Magisterarbeit* München 1986.
- Wagner, G., Zimmer, G.**, *Heimatbuch Weiler im Allgäu*, Weiler im Allgäu 1992.
- Waibl, S.**, *Studien zur Industrialisierungsgeschichte des Raumes Kempten im 19. Jahrhundert*, Kempten 1999.
- Weber, Chr.**, *Ultramontanismus als katholischer Fundamentalismus*, in: **Loth, W.** (Hg.), *Deutscher Katholizismus im Umbruch zur Moderne*, Stuttgart/Berlin/Köln 1991, S.20-45.
- Weber, W.**, *Kriminalität und öffentliche Sicherheit in Augsburg 1780-1850*, in: **Müller, R.A., Henker, M.** (Hg.), *Aufbruch ins Industriezeitalter*, Bd. 2, München 1985, S. 43-53.
- ders.**, *Zwischen gesellschaftlichem Ideal und politischem Interesse. Das Zahlenlotto in der Einschätzung des deutschen Bürgertums im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 69 (1987), S. 116-149.
- Wehler, H.-U.**, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 2, München 1987.
- Weißfloch, L.**, *Geschichte des städtischen Krankenhauses in Kaufbeuren*, in: *KGBL*, Bd. 5, Nr. 3 (Nov. 1966), S. 43-48.
- ders.**, *Das Hölzle und die drei Gesellschaftshäuser. Einst ein Paradies der Erholung vor den Toren der Stadt*, in: *KGBL*, Bd. 7, Heft 6/7 (Juli/Oktober 1976), S. 166-170, 199-208.
- ders.**, *Geschichte des Bürgermilitärs in Kaufbeuren in der bayerischen Zeit von 1802-1868*, in: *KGBL*, Bd. 9, Nr. 8 (Dez.1982), S. 226-236.
- ders.**, *Das Leben in Kaufbeuren und seiner Umgebung in der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Ein Bericht aus dem Jahre 1858*, in: *KGBL*, Bd.11, Heft 10 (Juni 1989), S. 415-422.
- Weiss, J. A.**, *Die Integration der Gemeinden in den modernen Bayerischen Staat. Zur Entstehung der kommunalen Selbstverwaltung in Bayern (1799-1818)*, München 1986.
- Weiss, O.**, *Der Ultramontanismus. Grundlagen-Vorgeschichte-Struktur*, in: *ZBLG* 41 (1987), S. 821-878.

- Werkstatt Demokratie.** 140 Jahre Paulskirchenverfassung, Frankfurt 1989.
- Westerburg, J.,** Integration trotz Reform. Die Eingliederung der ostschwäbischen Territorien und ihrer Bevölkerung in den bayerischen Staat in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Thalhofen 2001.
- Wie die Baumwolle ins Allgäu kam.** 100 Jahre Mechanische Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Kaufbeuren. 1839-1939, Kaufbeuren 1939.
- Wiegand, H.-J.,** Der Kampf der protestantischen Landeskirche Bayerns gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Ministeriums v. Abel, in: **Schmidt, M., Schwaiger, G.** (Hg.), Kirchen und Liberalismus im 19. Jahrhundert, Göttingen 1975, S. 84-112.
- Winkler, H. A.,** Der lange Weg nach Westen, Bd. 1, München 2001.
- Witetschek, H.,** Studien zur kirchlichen Erneuerung im Bistum Augsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Augsburg 1965.
- Wördehoff, B.,** Im Schatten Preußens, in: ZEIT Punkte 1/1998: „Freiheit, schöner Götterfunken. Europa und die Revolution 1848/49“, S. 60-64.
- Wollstein, G.,** Gedenken an 1848. Tradition im Wandel der Zeit, in: **Rill, B.** (Hg.), 1848. Epochenjahr für Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland, Bayreuth 1998, S. 311-345.
- Wüst, W.,** Die Manufaktur- und Fabrikarbeiterschaft als neue Gesellschaftsschicht im frühindustrialisierten Augsburg, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 402-411.
- ders.,** Land ohne Landschaft?. Lokale und regionale „Selbstbestimmung“ unter den Bischöfen von Augsburg und Konstanz, in: **Blickle, P.** (Hg.), Politische Landschaften in Oberschwaben, Tübingen 2000, S. 133-161.
- Zabel, U. J.,** Gewerbeaufsicht in Bayern und Augsburg in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: **Müller, R. A., Henker, M.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 2, München 1985, S. 37-42.
- Zang, G.,** Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte, Konstanz 1985.
- ders.,** Der „innere Tod“ der badischen Revolution von 1848/49, in: **Matt, W., Weber, W.** (Hg.), „Schwarzrotgold'ne Banner küssen.“ Die Jahre 1848/49 als Zeitenwende im Bodensee-raum, Konstanz 1999, S. 21-41.
- Zech, H.,** Geschichte der im bayerischen Allgäu bis 1900 erschienenen Zeitungen, München 1949.
- Zerback, R.,** München und sein Stadtbürgertum. Eine Residenzstadt als Bürgergemeinde 1780-1870, München 1997.
- Zöpfl, F.,** Geschichte der Stadt Mindelheim in Schwaben, München 1948.
- Zorn, W.,** Lorenz und Ferdinand Benedikt v. Schaezler, in: **Pölnitz, G. Freiherr v.** (Hg.), Lebensbilder aus dem Bayerischen Schwaben, Bd. 3, München 1954, S. 369-388.
- ders.,** Handels- und Industriegeschichte Bayerisch-Schwabens 1648-1870. Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte des schwäbischen Unternehmertums, Augsburg 1961.
- ders.,** Kleine Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns 1806-1933, München-Pasing 1962.
- Zwehl, K. v.** (Hg.), Aufbruch ins Industriezeitalter, Bd. 3, Quellen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Bayerns vom ausgehenden 18. Jahrhundert bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, München 1985.

Bildnachweis

Allgäu Museum Kempten: S. 263

Archiv Marktoberdorf: S. 179

Bayerisches Staatsarchiv Augsburg: S. 131

Bayerische Staatsbibliothek Bamberg: S. 82 (Bestand MvO. C I 221), S. 92 (Bestand MvO. C I 329)

Bayerische Staatsbibliothek München: S. 85

Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin: S. 22

Bundesarchiv Koblenz: S. 92, 99, 163

Historisches Museum der Stadt Frankfurt: S. 89

MAN B&W GmbH Augsburg: S. 267b, 267c

Museum Türkheim: S. 179

Nousch, Günther, Berlin / C. H. Beck Verlag München: S. 19

Privatbesitz: S. 35, 40, 56, 62, 90, 186, 196, 222, 264

Reiss-Engelhorn-Museen Mannheim, Kunst- und Kulturgeschichtliche Sammlungen: S. 80

Sammlung Georg Schäfer Schweinfurt: S. 101

Stadtarchiv Augsburg: S. 227, 270, 276

Stadtarchiv Kaufbeuren: S. 23, 26, 31, 36, 66, 68, 76, 91, 93, 97, 105, 108, 110, 111, 122, 139, 156, 159, 169, 171, 175, 189, 197, 201, 204, 207, 227, 230

Stadtarchiv Kempten: S. 217

Stadtmuseum Kaufbeuren: S. 13, 31, 55, 94, 107, 117, 131, 139, 147, 199, 204, 208

Städtische Kunstsammlungen Augsburg: S. 96, 267a, 267d, 279